



böhlau

HISTORISCH- POLITISCHE MITTEILUNGEN

ARCHIV FÜR
CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE
POLITIK

24 / 2017

HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN

Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Im Auftrag der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
herausgegeben von
Thomas Brechenmacher, Günter Buchstab,
Hans-Otto Kleinmann und Hanns Jürgen Küsters

24. Jahrgang
2017



BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN

Archiv für Christlich-Demokratische Politik

24. Jahrgang 2017

Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

herausgegeben von

Prof. Dr. Thomas Brechenmacher, Dr. Günter Buchstab,

Prof. Dr. Hans-Otto Kleinmann und Prof. Dr. Hanns Jürgen Küsters

Redaktion: Dr. Wolfgang Tischner, Dr. Christopher Beckmann

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Rathausallee 12

53757 Sankt Augustin

Tel. 02241 / 246 2240

Fax 02241 / 246 2669

E-Mail: zentrale-wd@kas.de

Internet: www.kas.de

© 2017 by Böhlau Verlag GmbH & Cie., Köln Weimar Wien

Lindenstr. 14, D-50674 Köln, www.boehlau-verlag.com

Alle Rechte vorbehalten

Satz: Satzpunkt Ursula Ewert GmbH, Bayreuth

Druck: Strauss, Mörlenbach

ISSN: 0943-691X

ISBN: 978-3-412-51064-0

Erscheinungsweise: jährlich

Preise: € 19,50 [D] / € 20,10 [A]

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung oder direkt beim Böhlau Verlag unter:

vertrieb@boehlau-verlag.com, Tel. +49 221 91390-0, Fax +49 221 91390-11

Ein Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn die Kündigung nicht zum 1. Dezember erfolgt ist. Zuschriften, die Anzeigen und Vertrieb betreffen, werden an den Verlag erbeten.

Inhalt

ESSAY

<i>Günther Heydemann</i>	1
Großbritannien und Europa zwischen Distanz und Ablehnung: Der politisch-historische Kontext des Brexit	

AUFSÄTZE

<i>Christopher Dowe</i>	15
Ein föderaler Unitarist? Matthias Erzberger und seine Vorstellungen von Reichsreform und Einheitsstaat	
<i>Tiziana Di Maio</i>	37
Eine „nationale Außenpolitik“: Aspekte der Außenpolitik und der internationalen Politik im Programm der Italienischen Volkspartei (PPI)	
<i>Nikolas Dörr</i>	59
Der „Historische Kompromiss“ als Belastung für die Beziehungen der Democrazia Cristiana zur CDU und den britischen Konservativen	
<i>Holger Löttel</i>	87
Die „Gefahren des Wohlstands“: Konrad Adenauer und Ludwig Erhard im Disput über die Hochkonjunktur und die gesellschaftlichen Folgen des Konsums 1955/56	
<i>Tim Szatkowski</i>	109
Die Libyenpolitik der Regierung Kohl/Genscher bis zum Attentat auf die Diskothek „La Belle“ (1982–1986)	

DIE ÄRA KOHL IM GESPRÄCH

XVI. Helmut Kohl und die Umbrüche in Osteuropa

<i>Hanns Jürgen Küsters</i>	151
Einführung	
<i>Helmut Altrichter</i>	157
Der Zusammenbruch der Sowjetunion und die deutschen Reaktionen	

<i>Peter Ruggenthaler</i>	167
Die sowjetische Perzeption von Kohls Wiedervereinigungspolitik	
<i>Klaus Naumann</i>	177
Militärische Optionen? Die Balkankriege und die Regierung Kohl	
<i>Hans-Georg Wieck</i>	189
Das Ende der Sowjetunion aus der Sicht des BND	
<i>Christian Schwarz-Schilling</i>	197
Die Haltung der Bundesregierung zum beginnenden Balkan-Konflikt	
MISZELLEN	
<i>Oliver Salten</i>	213
Die Gründung der CDU in Sachsen-Anhalt 1945	
<i>Stephan Eisel</i>	225
Konrad Adenauer und Bonn	
WÜRDIGUNG	
<i>Hanns Jürgen Küsters</i>	239
Nachruf auf Prof. Dr. Dr. h. c. Hans-Peter Schwarz	
NEUERSCHEINUNGEN ZUR CHRISTLICHEN DEMOKRATIE . . .	
Abstracts – Résumés – Zusammenfassungen	259
Mitarbeiter dieses Bandes	277

ESSAY

Großbritannien und Europa zwischen Distanz und Ablehnung: Der politisch-historische Kontext des Brexit

Günther Heydemann

I.

Noch ist nicht ausgemacht, wie es mit den Verhandlungen zwischen London und Brüssel über den Brexit weitergehen und inwieweit man überhaupt zu tragfähigen Ergebnissen kommen wird, obwohl der Zeitdruck inzwischen hoch ist. Denn der komplizierte Loslösungsprozess muss bis zum März 2019 abgeschlossen werden, andernfalls verlässt Großbritannien die Europäische Union ohne jegliches rechtliches Abkommen. Dass es jedoch bisher nicht gelang, beiderseits akzeptable Bedingungen auszuhandeln, dazu hat eine ganze Reihe von Gründen beigetragen, die vor allem auf britischer Seite zu verzeichnen sind.

Nicht zuletzt der Verlust der absoluten Mehrheit der Tories hat Premierministerin Theresa May nicht den erhofften innenpolitischen Rückhalt für die anstehenden Verhandlungen mit Brüssel gebracht, sondern das Gegenteil. Mit dem Fehlschlag vorgezogener Wahlen, ausgerufen am 18. April 2017, wurde die britische Premierministerin am 9. Juni 2017 zum Zauberlehrling. Sie verlor die absolute Mehrheit, erhielt nur 318 Mandate, acht weniger als die erforderliche Mehrheit von 326 Sitzen, und ist seither auf eine Koalition mit den nordirischen Unionisten (Democratic Unionist Party, 10 Sitze) angewiesen; ihre Mehrheit im Unterhaus ist daher denkbar knapp. Ihr Image-Verlust in der eigenen Partei, aber auch im ganzen Land, hat sie zu einer schwachen Premierministerin gemacht, zu einer „lame duck“, die gegenwärtig nicht in der Lage zu sein scheint, ihre eigenen Kabinettsminister auf Linie zu halten. Auch ihr während der Wahl verkündetes Verhandlungsziel, einen gegenüber der EU „harten“, das heißt für England günstigen Brexit durchzusetzen, wird inzwischen kaum mehr proklamiert.

Hinzu kommt, dass die Tory-Partei tief zerstritten ist und mehr aus Brexit-Befürwortern denn aus -Gegnern besteht. Da May auch aus taktischen Gründen zwischen diesen innerparteilichen Fronten lavieren muss, konnte Brüssel bisher keinen klaren Kurs auf der britischen Verhandlungsseite ausmachen. Ob allerdings der gefeierte Vorsitzende der Labour Party, Jeremy Corbyn, der in der EU nur ein neoliberales Elitenprojekt zu erkennen vermag, ein besserer Verhandlungspartner in Brüssel wäre, ist keineswegs ausgemacht; zudem gibt es auch in der Labour-Party eine nicht unbeträchtliche Minderheit, die den Brexit befürwortet.

Tatsache ist gegenwärtig, dass es in den drei wichtigsten Kernfragen des Brexit noch keine wirkliche Annäherung, geschweige denn tragfähige Vereinbarung zwischen London und der EU gibt: erstens eine Regelung zum Personen- und Warenverkehr an der künftigen EU-Außengrenze zwischen dem zum Vereinigten Königreich gehörenden Nordirland und der Republik Irland; das gilt zweitens für die Erfüllung aller von London vertraglich eingegangenen finanziellen Verpflichtungen gegenüber der EU, die zwischen 60 und 90 Milliarden Euro beziffert werden, unter ihnen EU-Projekte zur Infrastruktur, Ausgaben der EU-Staaten unter anderem für die Landwirtschaft, dazu der Strukturfond für ärmere Regionen, Kreditaufnahmen der EU sowie schließlich Ruhestandsbezüge von EU-Beamten; und schließlich drittens die Frage nach den zukünftigen Rechten der mehr als drei Millionen in Großbritannien lebenden ausländischen EU-Bürger sowie der rund eine Million in anderen EU-Ländern wohnhaften Briten. Der Forderung Brüssels, dem Europäischen Gerichtshof nach dem Brexit weiterhin eine zentrale Rolle bei der Wahrung der Rechte von EU-Bürgern in UK zuzuerkennen, ist London bisher nicht gefolgt.

Der Versuch Theresa Mays, mit einer Rede in Florenz am 22. September dieses Jahres den Gordischen Knoten des faktischen Stillstandes der Verhandlungen zwischen London und Brüssel zu durchschlagen, ist bislang ebenfalls nur ansatzweise geglückt. Immerhin stellte sie in Aussicht, die Rechte der in Großbritannien lebenden EU-Bürger auch nach dem Brexit schützen zu wollen, wobei allerdings die Personenfreizügigkeit 2019 definitiv beendet werden solle. Ihre Zusage, dass England seinen während der EU-Mitgliedschaft eingegangenen finanziellen Verpflichtungen nachkommen werde, wurde zwar aus Brüsseler Sicht als Schritt in die richtige Richtung interpretiert, aber moniert, dass sie keine Zahlen genannt habe. Deutlich wurde in ihrer Rede allerdings das britische Verlangen nach einer zweijährigen Übergangsfrist nach dem Austritt Londons aus der EU Ende März 2019. May fügte dem an, dass Großbritannien bereit sei, auch nach 2019 Zahlungen an Brüssel zu leisten und zwar bis zum Ablauf der bis 2020 laufenden EU-Finanzperiode. Für die laufenden Verhandlungen selbst zwischen London und der EU habe ihre Rede, so EU-Chefunterhändler Michel Barnier, konstruktive Elemente aufgezeigt, doch müssten jetzt auch konkrete Zusagen folgen.

Wie auch immer sich die weiteren Verhandlungen zwischen London und der EU entwickeln werden, fest steht, dass für Großbritannien schwierige Zeiten angebrochen sind, vielleicht die schwierigsten seit 1945. Binnen eines Jahres hat sich das Land in eine Selbstisolierung in der europäischen Staatengemeinschaft hineinmanövriert, die kurz vor der Entscheidung zum Brexit noch undenkbar schien. Doch damit nicht genug. Sein absehbarer Austritt aus der EU könnte auch die substanzielle Auflösung der eigenen traditionellen Staatsorganisation als „United Kingdom“ nach sich ziehen, sollte die irische Frage nicht

gelöst werden können oder Schottland seine Mitgliedschaft in UK aufkündigen, um weiterhin Mitglied der EU zu bleiben.

II.

In der Tat hat die Entscheidung für den Brexit vor ziemlich genau einem Jahr nicht nur eine knapp unterlegene Minderheit von Briten geschockt (rund 48%), sondern mehr noch die übergroße Mehrheit von Kontinentaleuropäern, die eine solche Entscheidung letztlich nicht für möglich hielten. Zwar galten „die Briten“ seit ihrem Eintritt in die Europäische Gemeinschaft im Jahre 1973 nie als besonders gute Mitglieder; denn über die Jahre hinweg wurde mehrfach deutlich, dass sie zwar am Gemeinsamen Markt teilhaben wollten, eine Vertiefung der europäischen Integration jedoch – nicht selten vehement! – ablehnten. Man hatte sich daran gewöhnt, dass „die Briten“ die europäische Staatengemeinschaft eher als „Club“ denn als Gemeinschaft verstanden. Aber ein Austritt wurde ihnen letztlich nicht zugetraut.

Diese Einschätzung hat zweifellos auch damit zu tun, dass die besonderen politischen, historischen und psychologischen Faktoren unterschätzt wurden, weshalb Großbritannien immer eine distanzierte Haltung gegenüber dem „continent“ einnahm. Jedenfalls ist es keineswegs so, dass nur die jüngste politische und sozioökonomische Entwicklung in England zum Brexit geführt hat. Vielmehr gibt es ein Konglomerat von bereits seit langem existenten Gründen und Motiven, die in der einen oder anderen Weise zum Brexit beigetragen haben. Hierzu muß man indes auch ein Stück weit in die Historie des Verhältnisses Großbritanniens zum europäischen Kontinent zurückgehen.

III.

Aus britischer Sicht stellte Europa immer eine Ansammlung von Staaten dar, in die man sich nicht einmischte, solange dort eine „balance of power“ vorherrschte. Strebte einer der europäischen Staaten zu einer Hegemonie über die anderen, wie das zum Beispiel Frankreich im Gefolge der Französischen Revolution und dann insbesondere unter Napoleon versuchte, kämpfte „Albion“, dem Prinzip einer „antihegemonialen Sicherheitspolitik“ folgend, verbissen darum, den status quo ante auf dem europäischen Kontinent wiederherzustellen. So hat Großbritannien an allen sechs Koalitionskriegen gegen das revolutionäre und napoleonische Frankreich in den Jahren 1792 und 1815 als militärische Führungsmacht und ausschlaggebender Financier der antifranzösischen Allianzen teilgenommen. Die Friedensordnung des Wiener Kongresses 1814/15 war maßgeblich ein Werk britischer Dominanz und Diplomatie. War die „balance of power“ auf dem europäischen Kontinent wiederhergestellt, zog sich die Weltmacht Großbritannien wieder zurück. Eine ähnliche Situation er-

gab sich im Krimkrieg (1853/54–1856), als Russland Mitte des 19. Jahrhunderts versuchte, über seine Vorherrschaft über das Schwarze Meer die Meereengen am Bosphorus und an den Dardanellen zu kontrollieren, um so ins Mittelmeer vorzudringen. Wieder stand Großbritannien an der Spitze einer Koalition gegen Russland und trug politisch wie militärisch maßgeblich dazu bei, die hegemonialen russischen Aspirationen durch Entmilitarisierung des Schwarzen Meeres zu vereiteln.

Im Grunde wiederholte sich diese britische Politik auch zu Beginn des Ersten Weltkrieges. Erneut ging es London vor allem darum, weiteren hegemonialen Zielsetzungen des Deutschen Kaiserreichs, das inzwischen militärisch und technologisch eine „halbhegemoniale Stellung“ (Ludwig Dehio) auf dem europäischen Kontinent errungen hatte, in Europa und Übersee einen Riegel vorzuschieben. Nicht zuletzt der massive Ausbau einer deutschen Hochseeflotte seit 1898, die für die Royal Navy vor 1914 zunehmend zu einer Bedrohung der eigenen Suprematie auf den Weltmeeren geworden war, bestärkte die britischen Eliten in ihrer Entscheidung. Dazu zählte aber auch, abgesehen von der deutschen Kriegserklärung an Großbritannien, ganz zu Beginn des Weltkrieges die Verletzung der Neutralität Belgiens durch die Okkupation deutscher Truppen und dadurch die Gefährdung der belgisch-holländischen Kanalküste, die Großbritannien seit jeher als sicherheitspolitisches „glacis“ betrachtete. Der Sieg über das deutsche Kaiserreich, zusammen mit Frankreich und vor allem den USA (Kriegseintritt 1917) errungen, schien noch einmal die britische Weltmachtposition zu betätigen, zumal der Zugewinn deutscher Kolonien nach 1918 zur größten Ausdehnung des Empire überhaupt führte. Doch die starke Abhängigkeit Englands von Rohstoffen und Nahrungsmittelimporten aus den eigenen Kolonien vermochte die heimische Wirtschaft durch die Ausfuhr hochwertiger Industrieprodukte nicht mehr auszugleichen. Zunehmend fiel es dem Mutterland schwer, die Verbindung mit seinen überseeischen Besitzungen militärisch und finanziell zu sichern. England begann seit den 1920er Jahren mehr von seinen Kolonien zu leben als für diese zu arbeiten. Auch war das Land in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht nach dem Ersten Weltkrieg stärker geschwächt, als es nach außen schien. In den 1920er und 1930er Jahren wurde es mehrfach von sozialen Unruhen und ökonomischer Stagnation geschüttelt. Auch deshalb verfolgten die britischen Eliten gegenüber der Expansionspolitik Nazi-Deutschlands vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges außenpolitisch eine „Appeasement-Politik“, um innenpolitisch die angespannte wirtschaftliche und soziale Lage ruhig zu halten.

Der erzwungene Kriegseintritt Großbritanniens durch den nationalsozialistischen Überfall auf Polen im September 1939 deckte die massiven ökonomischen und finanziellen Probleme, die das Land seit Jahren mit sich schleppte, schonungslos auf. Ohne die militärische und materielle Hilfe der USA hätte England den Krieg nicht durchstehen können. Schon im Winter 1940 waren

die letzten Dollarreserven aufgebraucht. Mit der Überlassung von Stützpunkten aus seinem Kolonialbesitz im Atlantik und in der Karibik „kaufte“ Großbritannien bezeichnenderweise amerikanische Zerstörer für die eigene Marine an. Bis 1945 erhielt London Kriegsmaterial im Wert von über 30 Milliarden Dollar, dreimal so viel, wie die USA an die Sowjetunion lieferten. Noch im ersten Kriegsjahr 1940 konstatierte Sir Alexander Cadogan, der höchste Beamte im Foreign Office, selbstkritisch und zugleich sarkastisch: „We lived on bluff in Europe for the last years of the peace and we have been living on a larger degree on bluff in other parts of the world, e. g. the Far East for nearly half a century“.¹ Schon während des Zweiten Weltkrieges zeichnete sich somit ab, dass Großbritannien nicht über die Mittel an Menschen und Material verfügte, um mit den beiden zukünftigen Weltmächten USA und UdSSR mithalten zu können.

Gleichwohl war das britische Königreich erneut siegreich aus einem Weltkrieg hervorgegangen und blieb für mehrere Jahre noch – nicht zuletzt für Deutschland! – eine bestimmende politische und militärische Macht. Allerdings war es schon vor 1945, vor dem Hintergrund einer sich abzeichnenden neuen, bipolaren Weltordnung, zum Junior-Partner der USA herabgesunken. Das ehemalige Weltreich war zu einer Mittelmacht geschrumpft. Doch erst während der Suez-Krise im Jahr 1956 wurde vielen Briten tatsächlich bewusst, dass Großbritanniens Anspruch und Status als Weltmacht inzwischen der Vergangenheit angehörte. Sein politischer, ökonomischer und militärischer Niedergang war untrennbar mit dem Kampf um die eigene Existenz während zweier Weltkriege verbunden, deren erster maßgeblich und deren zweiter ausschließlich von Deutschland verursacht worden war. Es verwundert daher nicht, dass der Verlust des früheren Hegemonialstatus vor allem mit Deutschland in Verbindung gebracht wurde – und dies, vor allem bei der älteren Generation, verständlicherweise nicht mit positiver Konnotation.

IV.

Vor dem Hintergrund einer neuen, nun bipolaren Weltordnung nach 1945 mit der fundamentalen Veränderung, dass Ost- und Südosteuropa unter dem Joch der sowjetischen Hegemonialmacht stand, Europa mithin geteilt war, wurde die Fortsetzung traditioneller britischer Europapolitik nach den Maximen der „balance of power“ obsolet. Fortan hatte Großbritannien seine Politik gegenüber dem geteilten europäischen Kontinent neu auszurichten und als Junior-

1 So dessen handschriftliche Stellungnahme zu einem Memorandum von Sir Orme Sargents vom 28. Oktober 1940; Public Record Office: FO 371/25208/W 11399. Zit. nach Lothar Kettenacker: Die Deklassierung Großbritanniens bei der Herausbildung des bipolaren Weltmächtesystems 1939–1945, in: Historische Mitteilungen 3 (1990), S. 57–72, hier 60.

Partner der USA Sorge dafür zu tragen, die west- und südeuropäischen Staaten gegenüber weiterer sowjetischer Expansion abzusichern. Als Beleg dafür wird immer wieder die berühmte Rede Winston Churchills am 19. September 1946 in Zürich angeführt, in der er zur Schaffung der „Vereinigten Staaten von Europa“ aufrief. Offensichtlich wird heutzutage jedoch nur noch deren Titel, nicht aber ihr Wortlaut zur Kenntnis genommen. Denn sein Appell galt in erster Linie einer Aussöhnung zwischen Deutschen und Franzosen als Bollwerk eines starken Westeuropa gegenüber der Sowjetunion – Großbritannien selbst jedoch wollte sich nach wie vor nicht stärker an Europa binden. „Die britische Unterstützung für den europäischen Einigungsprozess“, hat Daniel Gossel zutreffend festgestellt, „fand dort ihre Grenzen, wo London nationale Interessen gefährdet sah. Daher erteilten die Briten allen Konzepten, die auf einen supranationalen Zusammenschluss, das heißt, auf eine Einschränkung der nationalen Souveränität, womöglich sogar auf ein föderatives Europa hinauslaufen sollten, letzten Endes eine klare Absage“.² Aus diesen Motiven resultierte auch Englands Entscheidung, nicht am Schuman-Plan vom 9. Mai 1950 teilzunehmen, der die Grundlage für den beginnenden europäischen Integrationsprozess mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl schuf. Nach wie vor war bei den britischen Eliten wie in der Gesellschaft ein traditionelles Denken virulent, dass Großbritannien noch immer eine Weltmacht verkörpere.

Das sollte die weitere Entwicklung zeigen. Großbritannien setzte sich zwar wiederholt für die Westintegration der jungen Bundesrepublik ein, beteiligte sich aber nicht an der Gründung der EWG im Jahre 1957, deren Zielprojektion ja letztlich eine supranationale war. England war nur an einer Freihandelszone interessiert und daher maßgeblich an der Gründung der Konkurrenzorganisation EFTA (= European Free Trade Association) am 4. Januar 1960 beteiligt, die rein wirtschafts- und zollpolitische Ziele verfolgte. Die EFTA mit den Mitgliedern Norwegen, Schweden, Dänemark, Österreich, Schweden und Portugal erwies sich allerdings rasch als erheblich weniger leistungsstark als die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Doch dem ersten britischen Antrag auf Vollmitgliedschaft in der EWG, nur eineinhalb Jahre nach Gründung der EFTA gestellt (9. August 1961), widersetzte sich Frankreich im Januar 1963 mit dem Veto von Präsident Charles de Gaulle. Dieser „rebuff“ verstärkte in London wie im ganzen Land natürlich nicht die Begeisterung für Europa beziehungsweise dessen weiteren Integrationsprozess; ganz abgesehen davon, dass man ohnehin nur an der prosperierenden wirtschaftlichen Entwicklung der EWG teilhaben wollte. Ein zweiter britischer Antrag auf Vollmitgliedschaft in der damaligen Europäischen Gemeinschaft (EG) erlitt das gleiche Schicksal: Am

2 Vgl. ders.: Briten, Deutsche und Europa: Die Deutsche Frage in der britischen Außenpolitik, Stuttgart 1999, S. 22.

11. Mai 1967 gestellt, wurde er von de Gaulle am 19. Dezember 1967 erneut mit Veto verhindert. Erst nach de Gaulles Abdankung 1969 hatte der dritte Antrag Londons Erfolg: Am 1. Januar 1973 wurde Großbritannien endlich Vollmitglied der EG.

Dieser schwierige und von vielen Briten geradezu als „insult“ empfundene Beitrittsprozess hinterließ Spuren; schon zwei Jahre später wurde auf der Insel ein Referendum durchgeführt, ob England überhaupt weiter Mitglied der EG bleiben solle. Doch das Plebiszit erbrachte überraschenderweise ein positives Votum: 67,1% der Wähler stimmten für einen weiteren Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Gemeinschaft. Antieuropäische Ressentiments blieben indes virulent. Dem von Paris und Bonn gemeinsam vorgeschlagenen und 1979 institutionalisierten Europäischen Währungssystem (EWS) trat England als einziges EG-Mitglied nicht bei, obwohl sich die wirtschaftliche Lage des Landes gerade in den 1970er Jahren massiv verschlechterte. Mit dem „winter of discontent“ 1978/79 wurde Großbritannien zum kranken Mann der EG. Tiefgreifende Reformen wurden unausweichlich.

V.

Der triumphale Wahlsieg Margaret Thatchers, der ersten weiblichen Premierministerin, im Mai 1979 leitete dann einen wirtschaftlichen Aufschwung in Großbritannien ein, insbesondere durch die überfällige Domestizierung der Gewerkschaften, aber auch durch strikte Haushaltspolitik und Inflationsbekämpfung. Doch es war auch der Beginn einer noch stärkeren europaskeptischen Politik, teilweise sogar von Aversion geprägt, die bis Ende 1990 das Verhältnis zwischen der Europäischen Gemeinschaft und England bestimmen sollte. Aus dieser, auch persönlich geprägten, Grundhaltung resultierte eine britische Europa-Politik, die sich jeglichen Bestrebungen nach einer weiteren Vertiefung des europäischen Integrationsprozesses energisch widersetzte. Noch härter und kompromissloser als zuvor unter den Labour-Kabinetten Wilsons und Callaghans tritt die „Eiserne Lady“ unter dem Motto „I want my money back“ für eine Reduzierung des britischen Anteils am gemeinsamen EG-Haushalt – ein Ziel, das sie schließlich auf dem Gipfel von Fontainebleau im Jahre 1984 erreichte. Dieser auf der britischen Insel groß gefeierte Erfolg wurde allerdings mit einer Perpetuierung des negativen Images Englands in Europa erkaufte. Doch davon unberührt machte sie vier Jahre später in einer programmatischen Rede vor dem Europa-Kolleg in Brügge am 26. September 1988 ihre Haltung zur EG noch einmal unmissverständlich deutlich: Die Gemeinschaft könne nur in freiwilliger Zusammenarbeit unabhängiger souveräner Staaten funktionieren; die Zielsetzung einer Europäischen Union sei daher „absurd“ und stelle für Großbritannien einen „Alptraum“ dar, insofern könne es aus britischer Sicht keine Übertragung nationaler Hoheitsrechte an suprana-

tionale Institutionen geben. Lediglich der freie Handel zwischen den EG-Mitgliedstaaten stelle ein gemeinsames europäisches Ziel dar.

Ein gutes Jahr später aber, im Herbst des „annus mirabilis“ 1989, wurde Großbritannien angesichts der epochalen Umwälzungen auf dem europäischen Kontinent zunehmend in die Rolle eines bloßen Zuschauers gedrängt. Zwar hatte Thatcher noch im Januar 1990 versucht, den sich abzeichnenden Wiedervereinigungsprozess Deutschlands mit dem Argument aufzuhalten, zuvor müsse die demokratische Erneuerung in den ehemaligen ost- und südosteuropäischen Staaten des Warschauer Pakts erfolgreich durchgeführt werden. Dahinter stand indes die Befürchtung, dass massive Veränderungen auf dem europäischen Kontinent und dadurch auch der EG zu Lasten Englands gehen könnten, besonders aber, dass ein vereintes Deutschland aufgrund seines gewachsenen ökonomischen Gewichts die übrigen europäischen Staaten zukünftig dominieren werde. Das Pochen auf Bewahrung bestehender Strukturen ließ die britische Außen- und Europapolitik jedoch zu einem Zeitpunkt in Inflexibilität erstarren, als es darauf ankam, flexibel zu agieren. Dabei korrespondierte die Fehleinschätzung der tatsächlichen Dynamik der ablaufenden Prozesse mit einer gewissen Überschätzung der eigenen Machtposition. Doch Thatchers unverändert ablehnende Haltung gegenüber einer weiteren Vertiefung der europäischen Integration, besonders herausgefordert durch die Umwälzungen in Ost- und Südosteuropa und die Wiedervereinigung Deutschlands, verstärkten die Zweifel an ihrer Politik sowohl in Großbritannien als auch in ihrer eigenen Partei und führten zu ihrem Rücktritt im November 1990. Ohne Frage ist Margaret Thatcher an ihrer Europa- und Deutschlandpolitik gescheitert.

Ihr Nachfolger, John Major, zeigte sich zwar gegenüber einem weiteren europäischen Zusammenschluss eher aufgeschlossen, wurde aber in seiner Europapolitik durch eine einflussreiche Minderheit erklärter EG-Gegner in der eigenen Partei behindert. Sein zu Beginn seiner Amtszeit gegebenes Wort, Großbritannien müsse „at the heart of Europe“ stehen, löste er realpolitisch nicht ein. Die Nicht-Unterzeichnung der „Sozialcharta“ des Maastricht-Vertrages belegte dies ebenso wie der Austritt aus der Europäischen Währungsschlinge nach einem starken Verfall des Pfundes im Jahre 1992. Auch ein Ende 1993 von ihm verfasster programmatischer Beitrag im „Economist“ machte deutlich, dass für Großbritannien auch weiterhin Nationalstaaten im Zentrum des europäischen Integrationsprozesses standen. Es sei Aufgabe der Nationen, Europa zu bauen; demgegenüber solle Europa nicht versuchen, die Nationalstaaten zu ersetzen.³ Während seiner Regierung traten sowohl im Kabinett als auch in der Tory-Fraktion immer stärker europaskeptische Kräfte in den Vordergrund, so dass sich Major zu einer Blockade-Haltung in Fragen der EU-

3 Vgl. The Economist vom 25. September 1993, S. 27–29.

Reform gezwungen sah. Seine Wahlniederlage im Mai 1997 wurde daher in Brüssel nicht ungerne gesehen.

VI.

Doch obwohl sein Nachfolger Tony Blair einen imponierenden Wahlsieg errungen hatte, gab es auch in der Labour-Party erhebliche Widerstände gegen einen fortschreitenden europäischen Integrationsprozess. Mit der Kritik an Major, dieser habe Großbritannien an den Rand Europas geführt, stellte sich der neue Premierminister ostentativ an die Spitze einer umfassenden Reform der EU, andernfalls könne Großbritannien nicht der geplanten europäischen Währungsunion beitreten. In einer Grundsatzrede vor dem Europäischen Forschungsinstitut in Birmingham am 23. November 2001 kritisierte er die bisherige britische Politik als „eine Geschichte der verpassten Gelegenheiten“, weil zu viele Politiker „die Realität der europäischen Integration“ zu wenig anerkannt hätten. Dahinter stand gleichwohl die Absicht, sich als starke politische Kraft an die Seite Frankreichs und Deutschlands zu stellen, um diesen nicht allein die Geschicke der EU zu überlassen. Getragen vom „Glauben an ein sozial starkes Europa“, wie Blair feststellte, sei die Europäische Union „mehr als nur eine einfache Wirtschaftsgemeinschaft“.⁴ Er ließ diesen Worten auch Taten folgen, indem er den von Thatcher ausgehandelten „Briten-Rabatt“ auf dem Brüsseler Gipfel im Dezember 2005 zumindest teilweise wieder zurücknahm. Doch seine Ablehnung einer qualifizierten Mehrheit im Finanzbereich bei der Regierungskonferenz aus innenpolitischen Gründen führte zu einer Blockade der weiteren Ratifizierung des angestrebten EU-Verfassungsvertrages, so dass sich England in den letzten beiden Jahren seiner Amtszeit – Blair trat am 27. Juni 2007 als Premierminister zurück – erneut als Hemmschuh für die weitere Vertiefung des europäischen Integrationsprozesses erwies.

Im Unterschied zu Blair nahm sein langjähriger Schatzkanzler und Nachfolger als Premierminister, Gordon Brown, keine vergleichbar europafreundliche Haltung ein. Brown war während der Amtszeit Blairs maßgeblich dafür verantwortlich, dass Großbritannien nicht am Schengen-Abkommen teilnahm und auch die Übernahme des Euro ablehnte. Zu Recht war er indes Gegner eines überholten europäischen Agrarprotektionismus; dessen Umfang sollte endlich auch in finanzieller Hinsicht reduziert werden, um stärker in Bereichen wie Wissenschaft, Bildung und Infrastruktur investieren zu können. Trotz seines unverkennbaren Euroskeptizismus war Brown jedoch davon überzeugt, dass ein starkes Europa in einer zunehmend globalisierten Welt unverzichtbar sei. Seine Regierungszeit war allerdings glücklos; am 11. Mai 2010 trat er zurück.

4 Vgl. FAZ vom 24. November 2001, S. 1, 3.

Einmal mehr wies Großbritannien ein enormes Handelsdefizit auf; Ende des Jahres 2009 war die Wirtschaft um 4,75 % geschrumpft, zugleich musste eine Neuverschuldung von rund 20 Milliarden Pfund vorgenommen werden, das Land wies tiefe soziale Probleme auf.

Obwohl keineswegs ein Gegner der EU, verweigerte der neue konservative Premierminister David Cameron nur ein Jahr nach seiner Amtsübernahme die Unterschrift unter den Europäischen Fiskalpakt, in welchem strenge Haushaltsdisziplin für jedes EU-Mitglied sowie eine nationale Schuldenbremse eingefordert wurden. Zugleich führte er als Vorbedingung für jegliche Änderung am Vertrag von Lissabon von 2009 ein Referendum der britischen Wählerschaft ein. Unter seiner Ägide behielt sich England auch weiterhin Ausstiegs- und Wiedereinstiegsmöglichkeiten vor, insbesondere bezüglich der Europäischen Charta der Grundrechte, Fragen der inneren Sicherheit und des Justizwesens. Dazu gehörte auch das in Brüssel erstrittene Recht Großbritanniens, EU-Einwanderern nicht mehr die vollen Sozialleistungen zahlen zu müssen, wovon insbesondere Ost- und Südosteuropäer betroffen wurden.

Trotz dieser weitreichenden Sonderrechte und Zugeständnisse seitens der EU gelang es Cameron jedoch zunehmend weniger, den wachsenden euroskeptischen Stimmen in der eigenen Partei und im ganzen Land Einhalt zu gebieten. Zudem wuchs am rechten Rand der Tories eine Partei heran, welche die EU radikal ablehnte und für einen Austritt Großbritanniens warb: Die UKip-Partei (United Kingdom Independence Party), die rasch, vor allem in ländlichen Regionen und bei bildungsfernen Schichten, an Zulauf gewann. Unter dem doppelten Druck seiner euroskeptischen Parteimitglieder sowie von UKip setzte Cameron ein Referendum für den 23. Juni 2016 an, bei dem über den weiteren Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union abgestimmt werden sollte – getragen von der Erwartung, dass es ein Votum gegen einen Brexit geben würde. Das Weitere ist bekannt: Eine knappe Mehrheit von Briten (51,9 %) votierte für den Austritt aus der EU. Im Zusammenhang mit diesem negativen Ausgang sollte allerdings nicht vergessen werden, dass UKips Parteichef Nigel Farage und Boris Johnson von der konservativen Partei den Kampf um Stimmen für einen Brexit zuvor völlig skrupellos mit bewussten Fehlinformationen und gezielten Diffamierungen der EU geführt hatten.

VII.

Aus der Skizzierung des Verhältnisses Großbritanniens zu Europa, insbesondere zur EWG und sodann als Mitglied der EG und EU vom Kriegsende bis zum Brexit-Referendum wird deutlich, dass es sich fast immer um problematische Beziehungen gehandelt hat. Den avisierten europäischen Integrationsprozess hat London bestenfalls halbherzig unterstützt, im Grunde aber abgelehnt.

Würde man die britische Europapolitik gegenüber der EG beziehungsweise EU mit einem plakativen Begriff umschreiben, so geht man mit dem Wort „Rosinenpickerei“ sicherlich nicht fehl.

Doch was sind die eigentlichen Ursachen und Motive für das schwierige Verhältnis Großbritanniens zu Europa? Die Beantwortung dieser Frage – so sie sich überhaupt umfassend beantworten lässt – umgreift ein ganzes Konglomerat verschiedenster Faktoren: Historische, politische, wirtschaftliche und psychologische Gründe, die oft ein Amalgam darstellen und nicht selten schwer voneinander zu trennen sind.

Vielleicht wird der Umstand, dass Großbritannien eine Insel ist, heute als so selbstverständlich angesehen, dass daraus keine Schlussfolgerungen mehr abgeleitet werden. Doch ist das Identitätsbewusstsein von insularen Bevölkerungen meist besonders stark ausgeprägt – für die Menschen auf den britischen Inseln gilt das auf jeden Fall. Seit fast 1000 Jahren (1066 Eroberung durch die Normannen) ist die Insel nicht mehr erobert worden und unterlag seither auch keiner fremden Okkupation mehr. Weitere Versuche, Großbritannien zu erobern, misslangen, sowohl unter Napoleon als auch unter Hitler. Vor allem das Standhalten Großbritanniens im „Blitz“ gegenüber NS-Deutschland im Jahre 1940, das diesem die erste Niederlage zufügte, stellt noch heute, vor allem für die ältere Generation, ein großes Identifikationsmoment dar. Zugleich resultiert dieses Bewusstsein aus einem insularen Selbstverständnis, vor allem, was die Nachbarn auf dem europäischen Kontinent betrifft: „We here and they over there!“ Dieses Selbstverständnis kommt auch darin zum Ausdruck, dass sich britische Staatsangehörige nicht selbstverständlich als Europäer betrachten, sondern zuerst als Briten. Noch im Jahre 1990 verstanden sich 70 % der britischen Bevölkerung nicht als Europäer.

Ein weiteres, starkes Identifikationselement resultiert zweifellos aus der Entwicklung eines politischen Systems, das sehr früh moderne politische und konstitutionelle Strukturen herausgebildet hat. Der mit unverkennbarem Stolz von Margaret Thatcher während ihrer berühmt-berüchtigten Rede in Brügge aus dem Jahre 1988 vorgetragene Satz: „We have the oldest sovereign parliament by far!“ kann in der Tat nicht bezweifelt werden. Allerdings wird seit Jahren zu Recht kritisiert, ob das traditionelle britische Mehrheitswahlsystem, wie auch bei der jüngsten Wahl geschehen, heutzutage noch ausreicht, um den demokratischen Willensbildungsprozess einer Gesellschaft ausreichend widerzuspiegeln. Jeder verlorene, insbesondere knapp verlorene Wahlkreis bedingt ja automatisch, dass der Wählerwille, der schließlich auch in den verlorenen Stimmen zum Ausdruck gebracht wird, politisch völlig bedeutungslos ist. Versuche, stattdessen ein Verhältniswahlrecht einzuführen oder das bestehende Mehrheitswahlrecht durch ein Verhältniswahlrecht zu ergänzen, sind jedoch bisher gescheitert. Hinzu kommt: Obwohl gerade in England individuelle Schutzrechte am frühesten gewährt wurden, etwa im Habeas Corpus Act von

1679, gibt es in der bis heute ungeschriebenen Verfassung keine Festschreibung von Menschen- und Bürgerrechten.

Schließlich ist die unter Elisabeth I. (Regierungszeit 1558–1603) errungene und dann immer weiter ausgebauten Weltmachtstellung Großbritanniens, die bis in die Zeit des Zweiten Weltkrieges reichte und ihren Höhepunkt vor allem im 19. Jahrhundert fand, zu berücksichtigen. Die mit der Krone Englands assoziierten Staaten und die unter ihrer Herrschaft stehenden Kolonien erreichten nach dem Ersten Weltkrieg ihre größte Ausdehnung: Ein Fünftel der Erdoberfläche gehörte 1920 dem Empire an. Quer durch alle sozialen Schichten resultierte daraus ein tiefer Stolz: „*Britannia rules the waves!*“ Und da es den politischen Eliten gelang, weiten Teilen der britischen Gesellschaft den Status einer Weltmacht noch bis Mitte der 1950er Jahre zu suggerieren, zeitigt ein solches Denken bis heute Nachwirkungen, obgleich Großbritannien bereits zu Beginn des Zweiten Weltkrieges längst diesen Rang verloren hatte und politisch, wirtschaftlich und militärisch eine Mittelmacht ist. Sich damit abzufinden, ist offenbar einem Teil der politischen Elite Englands, aber auch einer Minderheit in der Gesellschaft bis heute nicht völlig gelungen.

Nach 1945 konnte Großbritannien jedoch nicht mehr zu seiner traditionellen Politik der „*balance of power*“ auf dem europäischen Kontinent zurückkehren; einmal schon deshalb nicht, weil es keine Weltmacht mehr war, zum anderen aber auch, weil sich mit der Bildung der Europäischen Montanunion, der EWG 1957 und nachfolgend der EG und EU, eine neue Machtkonstellation herausbildete, deren Achse fortan Frankreich und Deutschland bis heute bilden. Mochte es zwischen Paris und Bonn und später Berlin auch immer wieder zu Dissonanzen kommen – Großbritannien blieb außen vor, einerseits durch seine eigene europaskeptische Politik, andererseits durch seine fast permanente Wirtschafts- und Währungsschwäche. Dass diese zumindest partielle Marginalisierung in Europa bei weiten Teilen der britischen Bevölkerung nicht auf Gegenliebe stieß, kann kaum verwundern.

Noch mehr als das deutsch-französische Duo auf dem europäischen Kontinent verbindet sich die britische Abneigung jedoch mit Deutschland in ganz besonderer Weise. Schließlich war es im letzten Jahrhundert ja gerade Deutschland, das in zwei Weltkriegen den Verlust der Weltmachtstellung Englands herbeigeführt und dieses hinsichtlich Wirtschaftskraft und Wohlstand längst überholt hat, obwohl es – im Unterschied zum zweimaligen Sieger Großbritannien – beide Weltkriege verlor. Psychologisch spielt das für das Selbstwertgefühl, wenngleich vor allem bei der älteren Generation, nach wie vor eine zumindest subkutane Rolle.

VIII.

Gegenwärtig scheint ein harter Brexit, wie noch von Premierministerin May vor wenigen Monaten angestrebt, kaum mehr möglich, noch weniger „a jump over the cliffs“, das heißt überhaupt kein Abkommen zwischen Großbritannien und der EU. Immerhin war das Land rund 45 Jahre lang Mitglied der Europäischen Gemeinschaft und ist völkerrechtlich, multi- und bilateral mit ihr und den europäischen Staaten eng verbunden.

Noch gewichtiger ist sicherlich, dass der europäische Binnenmarkt den mit Abstand größten Markt für britische Produkte darstellt. Auf diesen Markt kann England nicht verzichten, ohne ökonomisch und finanziell und dadurch auch sozial schwere Nachteile und Defizite hinnehmen zu müssen. 52 % des Güterhandels, 42 % des Handels mit Dienstleistungen und 30 % des Handels mit Finanzdienstleistungen werden über den europäischen Binnenmarkt getätigt. Umso mehr ist verständlich, dass aus der britischen Industrie und dem Londoner Finanzbusiness zunehmend Stimmen laut werden, die Verhandlungen über den Brexit endlich mit klaren Positionen anzugehen und die Abkoppelung von der EU so schonend wie möglich vorzunehmen. Bereits jetzt scheint sicher, dass noch vor dem Austritt Englands aus der EU im März 2019 insgesamt 15 Banken aus London nach Frankfurt am Main umziehen werden mit ca. 3.000–5.000 Arbeitsplätzen.⁵

Vor diesem Hintergrund wird Großbritannien auch seine Forderung nicht durchsetzen, unter den inzwischen 3,3 Millionen eingewanderten EU-Bürgern auswählen zu können, wer von ihnen im Land bleiben darf und wer nicht. Ganz abgesehen davon, dass Freizügigkeit eine der höchsten Errungenschaften des europäischen Binnenmarktes war und ist, liegt hier zudem ein selbstgemachtes Problem vor. Denn anders etwa als Frankreich und Deutschland, die ihre Arbeitsmärkte nach dem Beitritt der ost- und südosteuropäischen Länder 2004 und 2007 für den Zustrom von Polen, Ungarn und Rumänen unter anderem erst einmal durch Moratorien sperrten, ließ Großbritannien diesen Zustrom zu – mit zum Teil massiven, negativen Folgen für das eigene Arbeitskräftepotenzial. Dass vor einem Jahr viele Menschen gerade aus den Unterschichten für ein Ausscheiden Großbritanniens aus der EU gestimmt haben, strafte Brüssel für etwas ab, wofür es gar nicht verantwortlich war; denn schließlich waren es die eigenen Regierungen gewesen, die mit ihren Entscheidungen den britischen Arbeitsmarkt für die ost- und südosteuropäischen Arbeitskräfte geöffnet haben und hatten.

Zudem wird Großbritannien nicht an den Kosten vorbeikommen, die es vertragsgemäß zu begleichen hat. Schließlich ist die mittelfristige Haushaltspla-

5 Vgl. jüngst FAZ vom 29. August 2017 („Der Brexit wird für Banken eine teure Angelegenheit“).

nung der EU bis 2020 von allen 28 EU-Mitgliedstaaten gemeinsam beschlossen worden. London wird daher das Ziel, letztmals im Jahr vor dem Austritt in den EU-Haushalt einzahlen zu müssen, nicht durchsetzen können. Kein EU-Mitgliedstaat ist bereit, für den Austritt Großbritanniens irgendwelche Zusatzkosten zu übernehmen.

Auch das Motiv, durch den Brexit Großbritanniens traditionelle, im Parlament verankerte Souveränität zurück zu gewinnen, stellt eine Chimäre dar; denn nach seinem Austritt wird Großbritannien, nicht zuletzt im Handel, im Finanzbereich und auf weiteren Gebieten, auch zukünftig EU-Vorschriften unterliegen.

Die Erkenntnis, dass der Brexit für Großbritannien schwerwiegende Folgen und Konsequenzen und nicht zuletzt hohe Kosten nach sich zieht, ist erst in den letzten Wochen bei einem größeren Teil der britischen Gesellschaft angekommen. Gleichwohl gibt es nach wie vor eine beträchtliche Befürwortung des Brexit. Dessen ungeachtet hat sich Großbritannien binnen eines Jahres ohne Not in eine Lage manövriert, die kaum schwieriger sein könnte. Die jüngste Politik war jedenfalls meilenweit von jenem sprichwörtlichen „britischen Pragmatismus“ entfernt, der lange Zeit als Charakteristikum für die Politik Londons galt.

AUFSÄTZE

Ein föderaler Unitarist? Matthias Erzberger und seine Vorstellungen von Reichsreform und Einheitsstaat

Christopher Dowe

I.

Die deutsche Geschichte wurde zutiefst durch Föderalismus geprägt. Mit Blick auf das 19. Jahrhundert sei nur an den Deutschen Bund oder an die als Fürstenbund konzipierte Verfassung des ersten deutschen Nationalstaates von 1871 erinnert. Die Weimarer Republik erscheint vor diesem Hintergrund als eine Phase, in der der Föderalismus durch einen starken Unitarismus zurückgedrängt wurde. Als Belege dafür nennen Historiker bis heute vor allem Regelungen der Weimarer Verfassung und die Erzbergersche Reichsfinanzreform von 1919/20, die einem tiefgreifenden Umbau des deutschen Steuer- und Finanzwesens gleichkam. Albert Funk etwa konstatierte in seiner Geschichte des Föderalismus in Deutschland: „Erzbergers Finanzreform entmachtete die Länder.“¹ Eberhard Kolb betonte, Erzberger habe als Reichsfinanzminister „1919/20 die Finanzhoheit des Reichs gegenüber den Ländern“ durchgesetzt.² Andreas Wirsching hob den „Unitarisierungsschub der Erzbergerschen Reichsfinanzreform“ hervor,³ während Heinrich August Winkler in den Ländern und Gemeinden die „Opfer“ von Erzbergers Reichsfinanzreform“ sah und den Politiker selbst als „überzeugten Unitarier“ beschrieb.⁴

Dass 1919/20 mit Matthias Erzberger⁵ gerade ein süddeutscher Zentrumspolitiker einen wichtigen Beitrag zur Unitarisierung des politischen Systems leis-

-
- 1 Albert Funk: Föderalismus in Deutschland. Vom Fürstenbund zur Bundesrepublik. Bonn 2010, S. 265.
 - 2 Eberhard Kolb: Besprechung zu: Anke John: Der Weimarer Bundesstaat. Perspektiven einer föderalen Ordnung (1918–1933). Böhlau Verlag, Köln 2012, in: FAZ vom 26. November 2012.
 - 3 Andreas Wirsching: Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft (Enzyklopädie deutscher Geschichte 58). München 2000, S. 59.
 - 4 Heinrich August Winkler: Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte 1806–1933. Bonn 2002, S. 408, zweites Zitat dort im Genitiv.
 - 5 Vgl. zu Matthias Erzberger Klaus Epstein: Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie. Berlin 1962; Theodor Eschenburg: Matthias Erzberger. München 1973; Christopher Dowe: Matthias Erzberger. Ein Leben für die Demokratie (Mensch – Zeit – Geschichte). Stuttgart 2011. Als jüngsten Sammelband Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Hg.): Matthias Erzberger. Ein Demokrat in Zeiten des Hasses (Stuttgarter Symposium 15). Karlsruhe 2013.

tete, erscheint vor dem Hintergrund der Geschichte des politischen Katholizismus im Kaiserreich überraschend und erklärungsbedürftig, hatte doch die Zentrumsparlei vor 1918 immer wieder die Rechte der einzelnen Staaten innerhalb des Kaiserreiches wie den Föderalismus als politisches Prinzip zu verteidigen versucht.⁶ Erzberger selbst hatte 1909 als Reichstagsabgeordneter des oberschwäbischen Wahlkreises Biberach – Leutkirch – Wangen – Waldsee ganz auf der Linie seiner Partei liegend festgehalten: „Gegen direkte Reichssteuern, d. h. Reichseinkommen- und Reichsvermögenssteuer hat sich das Zentrum immer ausgesprochen, da es hierin eine Gefährdung der Einzelstaaten erblickt.“⁷ Zehn Jahre später verkündete der Schwabe, inzwischen Reichsfinanzminister im Kabinett Bauer, in der Weimarer Nationalversammlung: „Reichsverfassung und Steuereinheit werden in Zukunft die beiden kräftigen Klammern bilden, die das deutsche Volk zu einer starken Einheit zusammenfassen. (...) Auch von der Vereinheitlichung des Steuerwesens in Deutschland wird das Wort gelten: In der Einheit liegt die Kraft.“⁸ Wann sich dieser tiefgreifende Wandel vollzog, wie er zu erklären ist und welche Rolle Kriegs- und Nachkriegserfahrungen dabei spielten, soll im Folgenden in einem biographischen Zugriff untersucht werden.

II.

Als Voraussetzung dafür ist zunächst kurz Erzbergers Grundverständnis als Politiker zu skizzieren. Erzberger bekannte sich bewusst und demonstrativ zu einem Verständnis von Politik und Politikersein, das zeitgenössisch heftig umstritten war und das Max Weber 1919 in seinem berühmten Vortrag „Politik als Beruf“ mit Verantwortungsethik zu beschreiben suchte.⁹ Entgegen damals verbreiteten Erwartungen, ein Politiker müsse seiner Gesinnung treu bleiben und dürfe seine politischen Positionen im Wesentlichen nicht verändern, beharrte Erzberger darauf, ein Politiker müsse sein Handeln an den jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Problemen und Herausforderungen ausrichten und demzufolge seine politischen Forderungen und Ziele anpassen und gege-

6 Vgl. Karl Bachem: Die Deutsche Zentrumsparlei, 9 Bde., Köln 1927–1932; Rudolf Morsey: Die Deutsche Zentrumsparlei 1917–1923 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 32). Düsseldorf 1966; Wilfried Loth: Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 75). Düsseldorf 1984.

7 Matthias Erzberger: Die Bedeutung des Zentrums für das Deutsche Reich, in: Zeitschrift für Politik 2 (1909), S. 212–235, hier 226.

8 Protokolle der Weimarer Nationalversammlung 121. Sitzung/3. Dezember 1919, Sp. 3839B.

9 Vgl. Wolfgang J. Mommsen/Wolfgang Schluchter (Hg.): Max Weber Gesamtausgabe. Wissenschaft als Beruf 1917/1919 – Politik als Beruf 1919. Tübingen 1992, S. 138–254.

benenfalls aus Fehlern lernen dürfen.¹⁰ In der ihm eigenen volksnahen Sprache formulierte er 1920: „Petrefakten darf es nur in der Gesteinslehre, nicht in der lebendigen Politik geben. Neue Zeiten erheischen neue Aufgaben. Wer sich diesen nicht anpassen kann, mag als Klageweib auf den Trümmern des Alten sitzen bleiben; aber er kann das Volk nicht führen.“¹¹ Einige Jahre vorher hatte er während des Krieges in einem Brief ausgeführt: „Was ich vor 2 ½ Jahren gesagt und geschrieben habe, war der damaligen Kriegslage angepaßt; nur ein politischer Idiot kann im Jahr 1917 das Kriegsziel noch so stecken wie 1914/15.“¹² Gerade mit Blick auf Zeiten größter politischer Gefahren und Herausforderungen betonte Erzberger 1919, man dürfe „Politik nicht mit Entrüstung und Gefühl machen, sondern nur mit kaltem Verstand und mit dem Bleistift in der Hand“.¹³ Manchen seiner politischen Gegner galten entsprechende Äußerungen hingegen als Nachweis für Erzbergers angebliche Gesinnungslosigkeit, moralische Verworfenheit und Charakterlosigkeit.¹⁴ Erzberger ließ sich von solchen Anfeindungen jedoch nicht beirren und warb kämpferisch für seine Grundauffassung von Politik und Politikersein.

Nachdem er am 11. November 1918 im Wald von Compiègne für die deutsche Seite den Waffenstillstand unterzeichnet hatte, reiste Erzberger mit einem Zwischenstopp im Großen Hauptquartier bei Generalfeldmarschall von Hindenburg nach Berlin zurück. In der Reichshauptstadt berichtete er umgehend dem Rat der Volksbeauftragten über die Verhandlungen und wurde von den neuen revolutionären Machthabern damit betraut, als Staatssekretär die Umsetzung des Waffenstillstandes zu verantworten.¹⁵ In der Folge drängte er gegenüber der Sozialdemokratie auf schnellstmögliche Wahlen zu einer verfas-

10 Vgl. neben den im Folgenden genannten Belegen als weiteres Beispiel etwa Protokolle der Weimarer Nationalversammlung 66. Sitzung/25. Juli 1919, Sp. 1927B.

11 Nach Deutsches Volksblatt, Stuttgart (im Folgenden als DtVBl. abgekürzt) Nr. 114/18. Mai 1920, Zweites Blatt.

12 Matthias Erzberger am 30. August 1917 in einem Brief an einen Zeitungsredakteur, zit. nach Torsten Oppelland: Reichstag und Außenpolitik im Ersten Weltkrieg. Die deutschen Parteien und die Politik der USA 1914–1918 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 103). Düsseldorf 1995, S. 261 (Anm. 7).

13 Erzberger in der Rheinisch-Westfälischen Zeitung vom 9. September 1917, zit. nach Epstein: Erzberger, S. 242. Ähnlich auch Erzberger in seiner Singener Rede bei Alfons Winz (Hg.): Erzberger zu den neuen Problemen der Gegenwart. Singen 1921, S. 4f.

14 Vgl. zur Hetze gegen Erzberger Dowe: Erzberger Leben, S. 140–150; ders.: Antirepublikanische Hetze, in: Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Hg.): Matthias Erzberger. Ein Wegbereiter der deutschen Demokratie. Stuttgart 2011, S. 66–73; Wolfgang Michalka: Vom „Dolchstoß“ zum politischen Mord: Matthias Erzberger in der Strategie terroristischer Gegenrevolution, in: ders. (Hg.): Matthias Erzberger: „Reichsminister in Deutschlands schwerster Zeit“. Potsdam 2001, S. 83–94; Boris Barth: Matthias Erzberger und die Dolchstoßlegenden, in: Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Hg.): Matthias Erzberger. Ein Demokrat in Zeiten des Hasses, S. 184–211, 270–272.

15 Vgl. Epstein: Erzberger, S. 307–323; Dowe: Erzberger Leben, S. 97–101; ders.: Matthias Erzberger (1875–1921) – Wegbereiter deutscher Demokratie, in: Ines Mayer/Reinhold

sungsgebenden Nationalversammlung. Zusammen mit einigen Berliner Zentrumspolitikern versuchte er, die Zentrumsparlei reichsweit neu zu beleben und zu positionieren, nachdem mit der Reichstagsfraktion ein wesentliches Machtzentrum der Partei weggebrochen war.¹⁶ Föderale Vielfalt Deutschlands und bedrohte nationale Einheit waren wesentliche Themen eines am 15. November 1918 veröffentlichten Zeitungsaufrufes Berliner Zentrumspolitiker, den Erzberger an erster Stelle unterschrieben hatte.¹⁷ Dass die Elsässer, die Erzberger als Deutsche betrachtete, infolge des verlorenen Krieges aus dem Reich ausscheiden würden, sah Erzberger mit Bedauern, hielt dies aber für unabwendbar. Eine Abtrennung der bayerischen Rheinpfalz und der linksrheinischen Rheinlande hoffte der Zentrumspolitiker hingegen vermeiden zu können.¹⁸

Diese Äußerungen zeugen nicht nur davon, wie stark die Nationalisierungsprozesse der wilhelminischen Friedensphase und des Krieges auch den politischen Katholizismus geprägt hatten.¹⁹ In ihnen scheint auch eine Verknüpfung von Außenpolitik und deutscher Innenpolitik auf, die für Erzbergers Wandel vom Föderalisten zum Unitaristen wichtig werden sollte, der sich zu wesentlichen Teilen im Jahr 1919 vollzog.²⁰ Erzberger trug als Minister in den Kabinet-

Weber (Hg.): Menschen, die uns bewegten. 20 Biografien im 20. Jahrhundert. Köln 2014, S. 18–25.

16 Morsey: Zentrumsparlei, S. 79–109.

17 Abdruck des Aufrufes von Mitgliedern der Zentrumsfraktion des Reichstages, erschienen am 15. November 1918 bei Herbert Lepper (Bearb.): Volk, Kirche und Vaterland. Wahlaufrufe, Satzungen und Statuten des Zentrums 1870–1933 (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 9). Düsseldorf 1998, S. 379–381. Zu Erzberger in dieser Zeit vgl. Epstein: Erzberger, S. 324–368; Dowe: Erzberger Leben, S. 101–140.

18 Harry Graf Kessler: Das Tagebuch. Bd. 6: 1916–1918. Hg. von Günter Riederer. Stuttgart 2006, S. 637 zum 15. November 1918; Aufruf von Mitgliedern der Zentrumsfraktion des Reichstages und des Preußischen Abgeordnetenhauses vom 15. November 1918, abgedruckt in Lepper (Bearb.): Volk, S. 381.

19 Vgl. Rudolf Morsey: Die deutschen Katholiken und der Nationalstaat zwischen Kulturkampf und Erstem Weltkrieg, in: Historisches Jahrbuch 90 (1970), S. 31–64; Reinhard Richter: Nationales Denken im Katholizismus der Weimarer Republik. Münster u. a. 2000; für den akademischen Katholizismus Christopher Dowe: Auch Bildungsbürger. Katholische Studierende und Akademiker im Kaiserreich (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 171). Göttingen 2006, S. 159–230; Stephan Fuchs: „Vom Segen dieses Krieges“. Katholische Gebildete und der Erste Weltkrieg. Eine Studie zur Kriegsdeutung im akademischen Katholizismus (Contubernium. Tübinger Beiträge zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 61). Stuttgart 2004. Zur Bedeutung von Nationsvorstellungen für Erzbergers Wirken im Ersten Weltkrieg zusammenfassend Christopher Dowe: Krieg, Nation und Katholizität. Matthias Erzberger, ein Wegbereiter deutscher Demokratie im Ersten Weltkrieg, in: Karl-Joseph Hummel/Christoph Kösters (Hg.): Kirche, Krieg und Katholiken. Geschichte und Gedächtnis im 20. Jahrhundert. Freiburg 2014, S. 21–49.

20 Die Leitsätze für die Politik der deutschen Zentrumsparlei vom 30. Dezember 1918, die Erzberger mitformulierte, steckten einen weiten Rahmen ab mit den Forderungen „Stärkung des Reichsgedankens“ und „Erhaltung des bundesstaatlichen Charakters des Reiches

ten Scheidemann und Bauer die Regierungspolitik mit Blick auf die zu schaffende neue Verfassung mit und zählte ab Februar 1919 zu denjenigen Politikern, die federführend die Übernahme der Ländereisenbahnen und der Post durch das Reich gegen heftige Widerstände betrieben.²¹ Als Vizekanzler und Reichsfinanzminister setzte Erzberger zwischen Ende Juni 1919 und März 1920 im Rahmen der nach ihm benannten Reichsfinanzreform eine Umkehr des finanzpolitischen Verhältnisses von Zentralgewalt und Ländern durch und verreichlichte die Steuer- und Finanzverwaltung. Parallel dazu brachte er sich in Diskussionen um eine mögliche Neugliederung der Länder im Rahmen einer sogenannten „Reichsreform“ ein.²²

Waffenstillstandsbedingungen wie später den Versailler Friedensvertrag nahm Erzberger als externen Zwang zur Bildung eines starkem Einheitsstaats wahr.²³ Für Erzberger war klar, dass Deutschland aus Sicht der Sieger die Auflagen des Waffenstillstands und des Friedensvertrages unabhängig davon zu erfüllen hatte, ob es sich im Innern eher föderal oder mit starker Zentralgewalt organisierte.²⁴ Zudem hatte er spätestens nach der Übergabe der Friedensforderungen der Alliierten im Mai 1919 erkannt, dass die deutschen Eisenbahnen als Reparationspfand dienen konnten.²⁵ Sowohl bei den innenpolitisch höchst

zum Schutz der Eigenart der deutschen Stämme“, wobei dem Reich als ausschließliche Zuständigkeit wehr- und außenpolitische Fragen zugesprochen wurden, während schul- und kirchenpolitische Fragen reine Angelegenheiten der Bundesstaaten sein sollten. Die finanzpolitische Forderung „Gleichmäßige Durchführung der Reichssteuergesetze in ganz Deutschland“ weist voraus auf grundsätzliche Ideen der Erzbergerschen Reichsfinanzreform. Text bei Bachem: Zentrumsparterie, Bd. 8, S. 366–369. Zur Entstehung Morsey: Zentrumsparterie, S. 128–133.

- 21 Vgl. Wolfgang Benz: Süddeutschland in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1918–1923 (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter 4). Berlin 1970, bes. S. 116f; Ursula-Maria Ruser: Die Reichsbahn als Reparationsobjekt. Freiburg 1981, S. 10–13; Hagen Schulze (Bearb.): Das Kabinett Scheidemann. 13. Februar bis 20. Juni 1919 (Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik). Boppard/Rhein 1971, bes. S. 66, 71f., 122–124, 138–140, 208, 229, 248.
- 22 Zu den Reichsreformdebatten vgl. Anke John: Der Weimarer Bundesstaat. Perspektiven einer föderalen Ordnung (1918–1933) (Historische Demokratieforschung 3. Köln 2012; Gerhard Schulz: Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik. Bd. 1: Die Periode der Konsolidierung und der Revision des Bismarckschen Reichsaufbaus 1919–1930. Berlin 1963.
- 23 Vgl. etwa Anton Golecki (Bearb.): Das Kabinett Bauer 1919/20. 21. Juni 1919 bis 27. März 1920 (Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik). Boppard 1980, S. 71; Reden zur Neuordnung des deutschen Finanzwesens vom Reichsminister der Finanzen Erzberger. Berlin 1919, S. 7f., 26, 70, 112.
- 24 Reden, S. 8: „Reich und Einzelstaaten stehen nach dem Friedensvertrag als gemeinsam Verpflichtete den Vertragsgegnern gegenüber.“
- 25 Vgl. Epstein: Erzberger, S. 348f.; Manfred Pohl: Von den Staatsbahnen zur Reichsbahn 1918–1924, in: Lothar Gall/Manfred Pohl (Hg.): Die Eisenbahn in Deutschland. München 1999, bes. S. 76; Ruser: Reichsbahn, S. 8 (Anm. 32). Intensiver diskutiert wurde dies in der Reichsregierung dann ab 1923, vgl. ebd., S. 68–72.

kontrovers diskutierten Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes wie bei den Auseinandersetzungen um die Annahme der Versailler Friedensbedingungen ließ sich Erzberger von der Erkenntnis leiten, dass nach einer deutschen Ablehnung der gegnerischen Forderungen der Krieg weitergehen werde, Gebiete im Westen Deutschlands von den Alliierten besetzt und mindestens die linksrheinischen Teile vom deutschen Nationalstaat abgespalten würden.²⁶ Im äußersten Falle befürchtete Erzberger ein Auseinanderbrechen des Reiches, an dessen Stelle auf der Landkarte „eine Buntscheckigkeit von Kleinstaaten“ treten werde, „wie sie stets der große Traum Frankreichs“ gewesen sei.²⁷ Diese möglichen Folgen galt es nach Erzbergers Ansicht auf jeden Fall zu vermeiden, und deshalb plädierte er jeweils für eine Annahme der Forderungen der Sieger, auch wenn er diese inhaltlich ablehnte beziehungsweise sie als unerfüllbar betrachtete.

Die Angst um den deutschen Nationalstaat prägte auch Erzbergers Haltung gegenüber Bestrebungen im Westen des Reiches, (linksrheinische) Republiken zu bilden, an denen sich auch manche Gruppen innerhalb des politischen Katholizismus im Rheinland und der Rheinpfalz beteiligten.²⁸ Solche Pläne lehnte Erzberger konsequent ab, da er davon ausging, dass diese neuen Staaten aus dem Reichsverband herausgelöst und unter den Einfluss Frankreichs geraten würden.²⁹

Ebenso strikt wandte sich Erzberger gegen Argumente, um der deutschen Ehre willen die Waffenstillstandsforderungen oder später die Friedensbedingungen der Alliierten zurückzuweisen. Parolen wie „Lieber tot als Sklave“³⁰ ließen sich in Berlin und im Osten Preußens nicht nur deshalb leichter vertreten, weil ein möglicher militärischer Einmarsch der Sieger zunächst einmal

26 Vgl. Dowe: *Erzberger Leben*, S. 112–123; Epstein: *Erzberger*, S. 324–368, bes. 339, 356–358.

27 Memorandum von Erzberger über die möglichen Folgen einer Annahme beziehungsweise Ablehnung der Friedensforderungen der Alliierten, abgedruckt bei Epstein: *Erzberger*, S. 356–358, hier 357.

28 Zu diesen Bewegungen vgl. Martin Schlemmer: „Los von Berlin“. Die Rheinstaatbestrebungen nach dem Ersten Weltkrieg (Rheinisches Archiv 152). Köln u. a. 2007.

29 Vgl. oben Erzbergers Einschätzungen vom 15. November 1918. Ferner Epstein: *Erzberger*, bes. S. 357, 358 (Anm. 55); Gerhard Senger: *Die Politik der Deutschen Zentrumspartei zur Frage Reich und Länder von 1918–1929* (Hamburgische Universität. Abhandlungen und Mitteilungen aus dem Seminar für Öffentliches Recht, Heft 27). Hamburg 1932, S. 37f.; Christoph Kuhl: *Carl Trimborn (1854–1921). Eine politische Biographie* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte. Reihe B: 120). Paderborn u. a. 2011, S. 206 (Anm. 12); Morsey: *Zentrumspartei*, S. 125, 204.

30 Zunächst von der Deutschnationalen Volkspartei propagiert, wurde diese Parole am 12. Mai 1919 auch vom sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Preußens, Paul Hirsch, aufgenommen. Vgl. Christopher Dowe: *Versailler Friedensvertrag*, in: *Haus der Geschichte Baden-Württemberg* (Hg.): *Matthias Erzberger. Ein Wegbereiter der deutschen Demokratie*. Stuttgart 2011, S. 56–60, hier 57.

den Westen und Süden Deutschlands getroffen hätte. Sie fanden ihren Rückhalt oft auch in einem kleindeutschen, oft protestantisch aufgeladenen Nationsverständnis, das Preußen und Deutschland gleichsetzte, während sich Erzberger nach dem Zusammenbruch der alten politischen Ordnung des Kaiserreiches als Verfechter großdeutscher Nationsvorstellungen profilierte.³¹ Damit vertrat Erzberger Nationsvorstellungen, die nicht Preußen-zentriert waren, die bewusst die föderale Vielfalt der deutschen Geschichte³² unter dem Dach eines – im Falle Erzbergers starken – deutschen Nationalstaates vereinen wollten, die die Gleichsetzung von Protestantisch, Preußisch und Deutsch ablehnten und Katholiken und Protestanten als gleichberechtigte Teile der deutschen Nation begriffen. Für Erzberger gehörten entsprechend neben den west- und süddeutschen Katholiken, deren Heimat vor einer möglichen Besetzung und möglichen Abtrennung vom deutschen Nationalstaat zu bewahren war, auch die Deutsch-Österreicher zur deutschen Nation, auch wenn die Siegermächte zunächst einen Beitritt Österreichs zum Deutschen Reich verboten hatten.

Diese politischen Positionen sollte Erzberger in den folgenden Jahren weiter fortentwickeln, sodass er 1921 vor badischen Anhängern³³ in Singen den Krieg von 1866 als „eine Schmach vom nationalen Standpunkt“ aus gesehen bezeichnete und damit borussianischen Geschichtsbildern widersprach, für die die Bildung des kleindeutschen Nationalstaates als Erfüllung der nationalen Mission Preußens galt. „Wir“ hätten damals, so Erzberger in Singen, „aus unserem Bunde Deutsche hinausgeworfen, sie ausgeschlossen“. Das habe „sich jetzt bitter gerächt; denn nach dem kurzen Aufblühen von 1871“ komme „der nationale Niedergang wieder. Wie waren denn die Verhältnisse im neuen deutschen Reiche von 1871 bis 1914?“ Man hätte „nicht eine Stärkung der Zentral-

31 Zu Erzbergers großdeutschen Nationsvorstellungen vgl. Morsey, Zentrumsparlei, S. 129, bes. Anm. 5. Am 15. November 1918 hatte Erzberger noch ausschließlich das Deutsche Kaiserreich im Blick. Vgl. Kessler: Tagebuch, S. 637 und Aufruf vom 15. November 1918, in: Lepper (Bearb.): Volk, S. 379. Zur großdeutschen Orientierung Erzbergers siehe auch dessen Rede beim Ersten Reichsparteitag der Zentrumsparlei, vgl. Offizieller Bericht des 1. Reichsparteitags der deutschen Zentrumsparlei. Berlin [o.J.], S. 32.

32 Zum Konzept der föderalen Nationsvorstellungen vgl. Dieter Langewiesche: Föderativer Nationalismus als Erbe der deutschen Reichsnation. Über Föderalismus und Zentralismus in der deutschen Nationalgeschichte, in: ders.: Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa. München 2000, S. 55–79. Zu deren Relevanz bei den Beratungen der Weimarer Nationalversammlung siehe Rainer Gruhlich: Geschichtspolitik im Zeichen des Zusammenbruchs. Die Deutsche Nationalversammlung 1919/20: Revolution – Reich – Nation (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien 160; Reihe Parlament und Öffentlichkeit 3). Düsseldorf 2012, S. 193–289.

33 Zu Erzbergers Beziehungen und Rückhalt im badischen Katholizismus vgl. Christopher Dowe: Unterstützung, Solidarität, politisches Erbe – der Schwabe Matthias Erzberger und die Badische Zentrumsparlei, in: Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins 160 (2012), S. 561–599.

gewalt gehabt, sondern das System, das ein einziger Staat – und der war Preußen – geschaffen“ habe. Dieser sei zugleich „maßgebend für die Führung der ganzen Reichsgeschäfte“ gewesen. „Das ganze Deutschland“ von 1871 sei, so Erzberger in dieser Rede von 1921, „nur ein verkörpertes Preußen“ gewesen.³⁴ Damit zeigte sich auch bei Erzberger, dass der Zusammenbruch der alten politischen Ordnung gesellschaftliche Aushandlungsprozesse um die Neukonstruktion beziehungsweise um den Umbau nationaler Geschichtserzählungen zur Folge hatte,³⁵ die in seinem Falle zu einer eher ungewöhnlichen Verbindung von föderalen Geschichtsbildern, Ablehnung des Borussianismus und Befürwortung einer Stärkung der Reichsgewalt in der Gegenwart führten.

III.

Dass Erzberger vor dem Hintergrund eines föderalen Geschichtsbildes argumentierte, zeigte sich in seinen, vor allem ab der zweiten Jahreshälfte 1919 vorgetragenen, Plänen zu einer Neugliederung der Länder als Teil einer möglichen Reichsreform, einem Thema, das in dieser Phase ebenso intensiv wie kontrovers in der deutschen Öffentlichkeit erörtert wurde. Im Mittelpunkt aller Neugliederungsüberlegungen stand – Erzberger war keine Ausnahme³⁶ – das Ziel, Preußen, das zwei Drittel des Reichsterritoriums umfasste und drei Fünftel der gesamten Bevölkerung des Reiches stellte, zu zerschlagen und neue, homogenere Länder zu schaffen. Erzberger erklärte die territoriale Vielgestaltigkeit des Kaiserreiches mit seiner Genese als Zusammenschluss unter Federführung der verschiedenen Herrscher. Der Zusammenbruch der Monarchien,³⁷ die sich nicht nur, aber auch (immer noch) unter Hinweis auf das Gottesgnadentum gerechtfertigt hatten, bedeutete Erzbergers Ansicht nach den Wegfall der wichtigsten Rechtfertigung der überkommenen föderalen Strukturen. Besonders deutlich sprach er dies Anfang 1920 aus, als er erläuterte:

„Was war das Deutsche Reich vor der Revolution? Eine Zusammensetzung dynastischer Fürstenstaaten. Die Fürsten sind verschwunden. Das deutsche Volk ist souverän geworden. (...) Mit den Fürstenhäusern sind die eigentlichen Stützen des Föderalismus dahingesunken. Vor der Revolution war das Volk nur

³⁴ Vgl. Winz: Erzberger, S. 18.

³⁵ Vgl. Gruhlich: Geschichtspolitik, S. 195.

³⁶ Vgl. John: Bundesstaat; aus südwestdeutscher Sicht; Manfred Peter Heimers: Unitarismus und süddeutsches Selbstbewußtsein. Weimarer Koalition und SPD in Baden in der Reichsreformdiskussion 1918–1933 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 98). Düsseldorf 1992. Vgl. auch Jörn Retterath: „Was ist das Volk?“. Volks- und Gemeinschaftskonzepte der politischen Mitte in Deutschland 1917–1924 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 110). München 2016, bes. S. 247f.

³⁷ Vgl. Lothar Machtan: Die Abdankung. Wie Deutschlands gekrönte Häupter aus der Geschichte fielen. Berlin 2008

beschränkt souverän. Seine Souveränität war beschränkt durch den Bündnisvertrag der Einzelfürsten. Der Gegensatz zwischen den Dynastien war in künstlicher Weise zu einem Gegensatz zwischen den Bevölkerungsmassen der einzelnen Teilstaaten geworden. Das ist jetzt anders geworden, seitdem die Fürsten verschwunden sind. Es gibt keine 25 verschiedenen selbständigen Völker in Deutschland, wie sie durch die künstliche Schöpfung der Fürstenstaaten gebildet waren.³⁸ Erzberger gehörte damit zu denjenigen, die Föderalismus von den Dynastien des 19. Jahrhunderts lösten und mit Vorstellungen von Stämmen (und Gauen) verbanden, deren territoriale Verortung in Teilen quer zu den Grenzen der ehemaligen Bundesstaaten des Kaiserreiches konstruiert wurde.³⁹ Erzberger blieb sich also der föderalen Traditionen und regionalen Unterschiede Deutschlands bewusst, wobei er die Länderebene im Staatsaufbau nicht ersatzlos beseitigen, sondern den Ländern neue territoriale Zuschnitte und andere Funktionen zuweisen wollte. Dabei sollte die Zerschlagung Preußens eine wichtige Rolle spielen.

Erzberger kannte nicht nur aus seiner schwäbischen Heimat Vorbehalte gegen Preußen und erinnerte den preußischen Kulturkampf. Er wusste sich in diesen Haltungen auch einig mit Katholiken aus den Rheinlanden, Westfalen, Baden oder Bayern. Er teilte zudem die Ehrfurcht vor dem preußischen Militär und vor der Kultur des preußischen Militarismus nicht, die ein wichtiger Bestandteil der wilhelminischen politischen Kultur gewesen war, auch wenn er sich vor dem Krieg zu einem der besten Kenner des Militärhaushaltes entwickelt hatte.⁴⁰ Schließlich hatte Erzberger – aber nicht nur er – während des Ersten Weltkrieges und danach Erfahrungen gesammelt, die seine Skepsis gegenüber dem politischen und militaristischen Preußen stärkten. Das galt für zahlreiche Auseinandersetzungen in der zweiten Kriegshälfte mit der Dritten Obersten Heeresleitung, also den höchsten preußischen und damit auch deutschen Soldaten, die sich nicht nur militärisch, sondern auch innenpolitisch so viel Macht verschafft hatten, dass sie Kanzler und Minister stürzen und dem Kaiser ihren politischen Willen aufzwingen konnten. Erzberger (und andere Abgeordnete) hatten seit 1917 mehrfach Machtkämpfe mit Hindenburg und Ludendorff über die Kriegsziele und Friedensmöglichkeiten

38 Matthias Erzberger: Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Rede, gehalten auf einer Versammlung der Zentrumspartei Groß-Stuttgart im Kuppelsaal des Kunstgebäudes in Stuttgart am 4. Januar 1920. Stuttgart 1920, S. 24. Ähnlich auch Reden, S. 112.

39 Vgl. Retterach: Was.

40 Vgl. Epstein: Erzberger, S. 96–101. Zur Kritik der Zentrumspartei am Militarismus vgl. Ingo Löppenber: „Wider Raubstaat, Großkapital und Pickelhaube“. Die katholische Militarismuskritik und Militärpolitik des Zentrums 1860 bis 1914 (Europäische Hochschulschriften. Reihe III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 1066). Frankfurt/Main u. a. 2009.

geführt und sich nicht durchsetzen können.⁴¹ Dem entsprechend hatte sich der Zentrumspolitiker auch im Oktober 1918 als Minister des Kabinetts Max von Baden maßgeblich daran beteiligt, den Primat der Politik gegenüber dem Militär wieder herzustellen, der im Krieg verloren gegangen war.⁴² Mit der Revolution 1918/19 wurde zwar die Zuständigkeit für das Militär den Ländern genommen und dem Reich zugewiesen, doch blieben Generäle und Offiziere noch die alten.

Erzbergers wachsende Distanz zum als typisch für Preußen gedeuteten Militarismus speiste sich aber auch aus seinen Kriegserfahrungen an der Heimatfront. Denn während des Krieges hatten innerhalb wie außerhalb Preußens zumeist preußische Generäle infolge der Ausrufung des Belagerungszustandes wesentliche Teile des alltäglichen Lebens an der Heimatfront unter militärische Aufsicht gestellt, Meinungsfreiheit eingeschränkt, Versammlungsmöglichkeiten beschnitten und waren gegen missliebige Bürger vorgegangen.⁴³ Entsprechende Beschwerden hatte Erzberger als Abgeordneter mit einem offenen Ohr für die Belange der Bürger während des Krieges immer wieder erhalten und vorgebracht.⁴⁴ Aber auch ihm selbst hatten Militärs Verbote erteilt, über bestimmte Themen öffentlich zu reden, und eine mögliche Anklage wegen Vaterlandsverrat erwogen, nachdem er den uneingeschränkten U-Boot-Krieg kritisiert und einen Verständigungsfrieden bei Verzicht auf weiter gehende Annexionen gefordert hatte.⁴⁵ Im Rückblick charakterisierte Erzberger in einer Rede in seiner politischen Heimat Biberach 1920 die Situation während

-
- 41 Vgl. Dowe: *Erzberger Leben*, S. 68–100; ders.: *Krieg*, S. 21–49; Epstein: *Erzberger*, S. 173–286. Dessen ungeachtet betont mit Recht den institutionellen Machtzuwachs des Reichstags Oppelland. Vgl. ders.: *Reichstag*; ders.: *Matthias Erzberger und die Anfänge demokratischer Außenpolitik in Deutschland*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 2 (1995), S. 25–47; ders.: *Matthias Erzberger als Außenpolitiker im späten Kaiserreich*, in: *Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte* 23 (2004), S. 185–200. Zu den beiden Generälen vgl. Wolfram Pyta: *Hindenburg, Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler*. München 2007; Manfred Nebelin: *Ludendorff. Diktator im Ersten Weltkrieg*. München 2011.
- 42 Vgl. Christopher Dowe: *Der Unvermeidbare: Matthias Erzberger (1875–1921)*, in: Konrad Krimm (Hg.): *Der Wunschlose: Prinz Max von Baden und seine Welt*. Stuttgart 2016, S. 180–185; Epstein: *Erzberger*, S. 287–314. Vgl. zum Hintergrund Lothar Machtan: *Prinz Max von Baden. Der letzte Kanzler des Kaisers*. Berlin 2013. Immer noch grundlegend, insbesondere auch die Einleitung, Erich Matthias/Rudolf Morsey (Bearb.): *Die Regierung des Prinzen Max von Baden (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Erste Reihe: 2)*. Düsseldorf 1962.
- 43 Vgl. Wilhelm Deist (Bearb.): *Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914–1918 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Zweite Reihe: 1/I u. 1/II)*, Bd. 2. Düsseldorf 1970.
- 44 Vgl. etwa Haus der Geschichte Baden-Württemberg Inv.Nr. 2003/1192; DLG 1493/03.
- 45 Vgl. Christopher Dowe: *Im Ringen um Frieden und Mitbestimmung. Matthias Erzberger und seine Biberacher Rede vom 16. September 1917*, in: *Momente* 4 (2011), S. 20f.; Deist (Bearb.): *Militär*, Bd. 2, S. 1092f.

des Krieges als „Militärdiktatur“ und fügte hinzu: „Wir lebten und zitterten unter der Oberherrschaft der Militärs. (...) An der innenpolitischen Übermacht und dem politischen Unverständnis der Militärdiktatur sind wir zugrunde gegangen.“⁴⁶ Dass es im Krieg einflussreichen Teilen der preußischen Eliten gelang, hinhaltenden Widerstand gegen eine Änderung des diskriminierenden Drei-Klassen-Wahlrechts zu leisten,⁴⁷ war schließlich nicht nur für Erzberger ein Hinweis dafür, dass diese Gruppen ihre eigenen Interessen, koste es, was es wolle, durchzusetzen suchten, und zugleich Ursache dafür, dass die preußische Bevölkerung nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches radikaler auftrat als die süddeutsche.⁴⁸

Aber auch in der Umbruchszeit 1918/19 und in den ersten Jahren der Weimarer Republik diente die Berufung auf Preußen zahlreichen rechten Gegnern der Republik dazu, ihre Fundamentalopposition gegen die Demokratie zu begründen und Angriffe auf demokratische Politiker wie Erzberger oder Ebert zu rechtfertigen. Gottfried Traub, einst sozialliberaler evangelischer Pfarrer, inzwischen DNVP-Politiker, proklamierte etwa in der Zeitschrift *Eiserne Blätter* 1919: „Wir erkennen die Revolution nicht an. Wir halten gar nichts von Schwarz-Rot-Gold. (...) Wir halten noch etwas vom Kaisertum und vom Heer. Bismarck bleibt unser Held. Wir lassen uns einen Ludendorff nicht beschmutzen. Die Sonne Eberts und Erzbergers leuchtet uns nicht. (...) Wir sind monarchistisch und bleiben es.“⁴⁹

Erzberger wäre nicht Erzberger gewesen, wenn er entsprechende Äußerungen nicht scharf öffentlich angegriffen hätte. Am 14. August 1919 rief er der Rechten in der Weimarer Nationalversammlung zu: „Sie müssen sich einmal daran gewöhnen, daß es anders ist als im alten Preußen. Natürlich, wenn im alten Preußen ein Mann der Rechten gegen einen Minister aufstand, so waren dessen Tage als Minister gezählt, unbekümmert, ob die Rechte glaubte, sie wäre in der Opposition oder sie wäre in der Mehrheit. Diese Zeiten sind vorüber! Wenn Sie wieder einmal mit anderen Parteien eine Mehrheit bilden könnten, dann werden Sie die Minister mitbestimmen; solange Sie dazu nicht in der Lage sind, werden die anderen Parteien die Minister bestimmen. (...) Ich bleibe

46 DtVBl. Nr. 114/18.5.1920, 2. Blatt.

47 Vgl. Reinhard Patemann: *Der Kampf um die preussische Wahlreform im Ersten Weltkrieg* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 26). Düsseldorf 1964.

48 Vgl. DtVBl. Nr. 114/18.5.1920, 2. Blatt.

49 Zitiert nach Gottfried Mehnert: *Evangelische Kirche und Politik, 1917–1919. Die politischen Strömungen im deutschen Protestantismus von der Julikrise 1917 bis zum Herbst 1919* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien 16). Düsseldorf 1959, S. 113.

also solange Finanzminister, als ich das Vertrauen der Mehrheit des Hauses habe.“⁵⁰

Hatte Erzberger vor 1914 wie andere Zentrumsolitiker Kritik an der preußischen Politik gegenüber den polnisch sprechenden (katholischen) Staatsangehörigen geübt⁵¹ und noch im März 1919 Maßnahmen der neuen preußischen Regierung verteidigt, den Interessen der polnischsprachigen deutschen Staatsbürger in Westpreußen gerecht zu werden,⁵² knüpften Zentrumsolitiker angesichts der militärischen Auseinandersetzungen um die deutschen Ostgrenzen mit dem polnischen Nachbarn immer weniger an diese Argumentation an. Erzberger fokussierte nun auf den früheren Umgang Preußens mit seinen westlichen Staatsangehörigen, um Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen und eine Zerschlagung Preußens zu rechtfertigen,⁵³ wenn er etwa in der Nationalversammlung an die Rechte gerichtet ausführte: „Meine Herren, haben Sie im alten Preußen den einzelnen Wünschen der Länder Rechnung tragen können? Haben Sie die Wünsche der Rheinländer befriedigt? Woraus kommt denn die Opposition der Rheinländer? (...) Woraus kommen die Separationsbestrebungen, die wir verurteilen und auf das schärfste bekämpfen, die sich in den verschiedensten Teilen des alten Preußens und sonst nirgends geltend machen?“ Auf die eigene rhetorische Frage, warum nur im alten Preußen, antwortete der Süddeutsche: „Weil Sie durch Gewalt und Nichtachtung der berechtigten Empfindungen die Bestrebungen der einzelnen Landesgaue brutal unterdrücken wollten“, und er verurteilte unter begeisterter Zustimmung bei den Sozialdemokraten und wüstem Toben rechts „die verkehrte Gewaltpolitik, die Preußen über ein Jahrhundert gegenüber diesen ihm angegliederten Landesteilen getrieben“ habe.⁵⁴

Seine eigenen Ideale zur inneren Neuordnung beschrieb Erzberger im Reichstagswahlkampf 1920 in Biberach folgendermaßen: „Im neuen Deutschland müßten alle Staaten ungefähr gleiche Größe und Bedeutung haben. Das große Preußen sei in diesem Sinn störend und müsse in kleine Teile als selbst-

50 Eduard Heilfron (Hg.): Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919 in ihrer Arbeit für den Aufbau des neuen deutschen Volksstaates, Bd. 7. Berlin 1921, S. 635.

51 Vgl. dazu Epstein: Erzberger, S. 89–91; kritisch gegenüber Epsteins Interpretation Christian Leitzbach: Matthias Erzberger. Ein kritischer Wegbereiter des Wilhelminischen Deutschland, 1895–1914 (Beiträge zur Kirchen- und Kulturgeschichte 7). Frankfurt/Main 1998, S. 145–152.

52 Zu Erzbergers Haltung im Streit um die Bildung einer polnischsprachigen Präparandenanstalt zur Ausbildung polnischsprachiger Volksschullehrer für Westpreußen vgl. Protokolle der Weimarer Nationalversammlung 21. Sitzung/5. März 1919, Sp. 508 D.; Grulich: Geschichtspolitik, S. 373 (Anm. 271).

53 Vgl. zu ähnlichen Argumentationsfiguren bei anderen Zentrumsolitikern und bei Sozialdemokraten in der Weimarer Nationalversammlung Grulich: Geschichtspolitik, S. 373.

54 Protokolle der Weimarer Nationalversammlung 120. Sitzung/27. November 1919, Sp. 3803C. Vgl. auch ebd., Sp. 3814D.

ständige Länder zerlegt werden.⁵⁵ Preussen müsse sich „in seine natürlichen und historischen Bestandteile“ auflösen. Ziel sei „die Gleichberechtigung aller deutschen Stämme“.⁵⁶ Ein knappes halbes Jahr zuvor auf dem Ersten Reichsparteitag des Zentrums hatte er als Ziel vorgegeben: „Gleichgroße Länder mit Gleichberechtigung der Stämme, keine Vorherrschaft irgendeines Stammes oder Landes.“ „Auf dem Boden der Gleichberechtigung aller Stämme und Länder“ solle „eine Reihe gleichgroßer Länder“ gebildet werden, mit dem langfristigen Ziel, „alles, was deutsch spricht und denkt, in einem deutschen Reiche zu vereinigen“, einschließlich Österreichs.⁵⁷

Dieser Stoßrichtung entsprach auch Erzbergers Oberschlesien-Politik: Erzberger förderte ab Anfang Juli 1919 massiv die dortige Katholische Volkspartei und ihren Führer Carl Ulitzka bei den Bemühungen, aus Oberschlesien ein eigenes Land zu machen.⁵⁸ Aus Sicht Erzbergers war dies ein Schritt hin in Richtung erwünschter Reichsreform, ein Beitrag zur Schwächung Preußens und zugleich der Versuch, die drohende Abspaltung Oberschlesiens von Deutschland zu verhindern.⁵⁹ Während über letzteren Punkt ein weitgehender Konsens in Deutschland herrschte, stießen die ersten beiden Ziele auf vehemente Widerstände, nicht nur bei der demokratisch gewählten Preußischen Landesregierung, sondern auch bei der radikalen Rechten. Die in Berlin erscheinende Deutsche Zeitung etwa bezeichnete am 5. September 1920 den ober-schlesischen Autonomiegedanken als nichts weiter als „ein Hauptstück von Erzbergers Politik der Zerschlagung Preußens“ und die „Träger [dieser Idee] im Lande“ als „nahe Freunde und gelehrige Schüler des schwäbischen Vertrauensmannes der Gesellschaft Jesu“.⁶⁰

55 Schwäbischer Merkur vom 18. Mai 1920, Morgenausgabe.

56 DtVBl Nr. 114/18. Mai 1920, 2. Blatt.

57 Offizieller Bericht des 1. Reichsparteitags der deutschen Zentrumspar-tei, Berlin [o.J.], S. 32. Ähnlich auch DtVBl. Nr. 114/18. Mai 1920, 2. Blatt.

58 Vgl. Guido Hitze: Carl Ulitzka (1873–1953) oder Oberschlesien zwischen den Weltkriegen (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 40). Düsseldorf 2002, bes. S. 237–243, 508. Siehe auch Morsey: Zentrumspar-tei, S. 206.

59 Vgl. ferner DtVBl. Nr. 114/18. Mai 1920, 2. Blatt.

60 Deutsche Zeitung vom 5. September 1920, zit. nach Hitze: Ulitzka, S. 503. Dort auch eine umfassende Kontextualisierung der Widerstände gegen die Politik Ulitzkas. Zum Antijesu-ismus und zum Bild des Jesuiten im Rahmen des Antikatholizismus vgl. für das 19. Jahrhundert Manuel Borutta: Antikatholizismus. Deutschland und Italien im Zeitalter der europäischen Kulturkämpfe (Bürgertum. Neue Folge 7). Göttingen 2010, bes. S. 218–266; Róisín Healy: The Jesuit Specter in Imperial Germany (Studies in Central European Histories 28). Boston 2003; Michael B. Gross: The war against catholicism. Liberalism and the anti-catholic imagination in Nineteenth-century Germany. Ann Arbor 2005; Stefan Gerber: „Jesuitische Umtriebe“. Tradition und Aktualität eines konfessionellen Topos im Sachsen des 19. Jahrhunderts, in: Ulrich Rosseau/Gerhard Poppe (Hg.): Konfession und Konflikt. Religiöse Pluralisierung in Sachsen im 18. und 19. Jahrhundert. Münster 2012, S. 251–272.

IV.

Erzbergers Reichsreformideen waren aufs engste mit seinem Kampf für eine Zentralisierung des politischen Systems verbunden. Terminologisch sei, so fand Erzberger, die verbreitete zeitgenössische Bezeichnung „Einheitsstaat“ für seine Vorstellungen „kein glückliches Wort“.⁶¹ Seiner Ansicht nach benötigte Deutschland „eine starke Zentralgewalt“,⁶² die stärker sein müsse „als die in der Vergangenheit, denn die Aufgaben, die dem Reich gestellt“ würden, seien „größer und schwieriger als je zuvor“. Wichtig war es Erzberger, zu betonen, dass niemand „daran [denke], einen Einheitsstaat nach französischem Muster zu schaffen“. Vielmehr solle in Deutschland „das Reich, der Einheitsstaat, (...) die großen Richtlinien schaffen“, während es Aufgabe der Länder sein werde, „entsprechend der Mannigfaltigkeit und Eigenart der deutschen Entwicklung diese Richtlinien in die Praxis zu überführen“.⁶³ Mit seiner Distanzierung vom Terminus „Einheitsstaat“, der vielfach von liberalen und sozialdemokratischen Unitaristen gebraucht wurde,⁶⁴ nahm Erzberger nicht nur Rücksicht auf Feindbilder im Katholizismus, sondern versuchte seine Vorstellung von starker Einheit bei kultureller Vielfalt politisch-semantic kommunizierbar zu machen. Dass er für seine Vorstellungen zu keiner eigenen politischen Begrifflichkeit durchdrang, machte dieses Unterfangen extrem schwer und nötigte ihn dazu, laufend auf Termini zurückzugreifen, die er zuvor als allenfalls bedingt zutreffend bezeichnet hatte. Was mit Hinblick auf das Werben um politische Unterstützung eine große Schwäche bedeutete, ermöglichte Erzberger jedoch andererseits eine gewisse politische Beweglichkeit, da er während seiner Ministerzeit laufend daran mitzuwirken hatte, für politische Kompromisse sowohl im heterogenen deutschen Katholizismus wie in der weltanschaulich gegensätzlichen Regierungskoalition Mehrheiten zu finden.

Am 4. Januar 1920 hob Erzberger bei einer Rede in Stuttgart hervor, dass die neue Verfassung die einheitliche Außenvertretung des Reiches, das Heerwesen, die Steuer- und Zollverwaltung und das einheitliche Verkehrswesen gebracht habe. Damit seien „vier Riesenpfeiler für das neue Reich errichtet. Aber die Entwicklung“ stehe „nicht still“. Er „persönlich halte die Zeit für gekom-

61 Offizieller Bericht des 1. Reichsparteitags, S. 32.

62 Ob „Zentralisierung“ wirklich „die Stellung eines Stigmawortes im semantischen Kampf des Katholizismus gegen die unitarischen Pläne der politischen Gegner“ darstellt, wie Retterath: Was, S. 247, behauptet, erscheint nicht nur aufgrund der Verwendung bei Erzberger zweifelhaft. Retterath unterstellt infolge seiner Verwendung eines auf Homogenität basierenden Milieuverständnisses und aufgrund der von ihm für den Katholizismus herangezogenen begrenzten Quellengrundlage deutlich zu homogene katholische Positionen zum Thema Unitarismus und Föderalismus. Vgl. dagegen etwa Heimers: Unitarismus.

63 Offizieller Bericht des 1. Reichsparteitags, S. 32.

64 Vgl. Retterath: Was, S. 239–250.

men, daß das Reich das gesamte Justizwesen übernehmen soll[e]“.⁶⁵ Mit dieser Forderung knüpfte Erzberger an Diskussionen aus dem Frühjahr 1919 an, als im Rahmen der Debatten über die Ausgestaltung der Verfassung auch die Verreichlichung der Justiz kurz diskutiert, aber dann wieder fallengelassen worden war.⁶⁶ Erzbergers Stuttgarter Rede eröffnete keine neue Runde in den Diskussionen um die Reichsreform, vielmehr war sie sein später Beitrag zu Debatten, die durch einen Vorstoß der Regierungsfractionen der preußischen verfassungsgebenden Nationalversammlung vom 13. Dezember 1919 ausgelöst worden waren. Erzbergers in vielerlei Hinsicht wenig spektakuläre Rede, deren auf Stärkung der Zentralgewalt zielende Forderungen etwa im badischen Katholizismus teils auf Zustimmung, teil auf Ablehnung stießen,⁶⁷ erhielt insofern eine besondere Bedeutung, als dass sie der Bayerischen Volkspartei den Anlass bot, sich von der Zentrumsparlei zu trennen, worauf Teile des bayerischen politischen Katholizismus seit 1917 hingearbeitet hatten.⁶⁸

Wenig Aufmerksamkeit fanden hingegen Erzbergers Forderungen nach der Verknüpfung von Zentralisierung und Länderneubildungen, die wesentlicher Teil der Stuttgarter Rede vom 4. Januar 1920 waren. Erzberger betonte bei diesem Auftritt: „Wir brauchen die Zusammenfassung aller Kräfte, aber nicht Untergang der Eigenart. Mit der Zentralisation muß eine weitestgehende Dezentralisation in allen kulturellen Fragen und in der Verwaltung parallel gehen. (...) Die Länder müssen sich auf ihrem ureigensten Gebiet, dem kulturellen, voll betätigen.“⁶⁹ Doch für solche Vorstellungen fanden sich während der Weimarer Republik weder zu Erzbergers Lebzeiten noch nach seiner Ermordung politische Mehrheiten. Wie groß die Widerstände gegen jegliche Zentralisierungsbestrebungen waren, zeigte sich etwa bei der Übernahme der Ländereisenbahnen in die Reichsobhut, deren Realisierung Preußen und Bayern auch

65 DtVBI Nr. 3/5. Januar 1920, 2. Blatt.

66 Vgl. Senger: Politik, S. 24f.

67 Vgl. Heimers: Unitarismus, S. 99–101. Zum badischen Zentrum vgl. Michael Kitzing: Für den christlichen und sozialen Volksstaat. Die Badische Zentrumsparlei in der Weimarer Republik (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 163). Düsseldorf 2013.

68 Vgl. Klaus Schönhoven: Die Bayerische Volkspartei 1924–1932 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 46). Düsseldorf 1972. Zur Vorgeschichte der Abspaltung im Ersten Weltkrieg vgl. auch Richard Kessler: Heinrich Held als Parlamentarier. Eine Teilbiographie 1868–1924 (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter 6). Berlin 1971, S. 322–326. Die bayerische Pfalz stellte einen Sonderfall dar: Ab 1924 traten hier zwei katholische Parteien gegeneinander an, vgl. Gerhard Nestler: Bürgerliche Einheitsfront oder Weimarer Koalition? Die Bayerische Volkspartei der Pfalz und die Koalitionsfrage in den Jahren 1919–1920, in: Jahrbuch zur Geschichte von Stadt und Landkreis Kaiserslautern 34/35 (1996/97), S. 9–28; ders.: Der politische Katholizismus der Pfalz zwischen Novemberrevolution und Nationalversammlung, in: Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz 99 (2001), S. 293–322.

69 DtVBI Nr. 3/5. Januar 1920, 2. Blatt.

nach den entsprechenden grundsätzlichen Beschlüssen weiterhin Widerstand entgegenbrachten und die schließlich erst im Laufe des Jahres 1920 erfolgen konnte.⁷⁰ Als greifbarstes Ergebnis der Reichsreformdebatten ist der Zusammenschluss mehrerer mitteldeutscher Kleinstaaten zum neuen Flächenland Thüringen zu betrachten.⁷¹ Ansonsten belasteten die während der 1920er Jahre immer wieder ausgetragenen Konflikte um eine mögliche Reichsreform die politische Kultur der ersten deutschen Demokratie und boten Möglichkeiten, die demokratischen Länderverfassungen in Frage zu stellen.⁷²

Erzberger rechtfertigte seine unitarischen Ideen nicht nur mit dem Hinweis auf ihre erhoffte Wirkung als Klammern für den vom Zerfall bedrohten Nationalstaat, sondern, anwendungsbezogen und pragmatisch⁷³, wie er dachte und Politik verstand, auch unter dem Gesichtspunkt der Effizienz des Staatswesens. Die Haushaltslage fest im Blick, erklärte Erzberger 1920 seinen Anhängern: „Die vielen Staatsmaschinen in Deutschland arbeiten zu kostspielig. Die Zeit ist vorbei, wo das deutsche Volk sich Hunderte von Ministern und zwei Dutzend Parlamente leisten kann.“⁷⁴

So rechtfertigte Erzberger nicht nur seine Forderungen nach einer Reichsreform und der Neubildung vergleichbar großer Länder. Wirtschaftlichkeitsüberlegungen waren für ihn auch ein zentrales Argument dafür, die 1919/20 eingeführten Reichssteuern durch eine neu und einheitlich aufzubauende Reichsfinanzverwaltung erheben zu lassen. Denn eine Harmonisierung der bestehenden Steuerverwaltungen bei fortdauernder Länderzuständigkeit, der notwendige ergänzende Neuaufbau solcher Institutionen für Teile Preußens sowie effiziente Kontrollen dieser zahlreichen Behörden wären, so das Argument, wesentlich teurer, aufwändiger und langsamer gewesen als die Schaffung der von Erzberger auch aus Gründen des politischen Durchgriffs präferierten neuen Reichsverwaltung.⁷⁵

Gerade mit Blick auf Erzbergers Steuer- und Finanzreform, die die Beziehungen von Reich und Ländern tiefgreifend umgestaltete, dürfen neben dem Aspekt der staatlichen Effizienz seine Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit nicht aus dem Blick geraten. Dass auf dem Gebiet der Finanzpolitik besonders großer politischer Handlungsdruck bestand, war der Kriegsfinan-

70 Vgl. Pohl: Von, S. 71–82.

71 Zur Bildung Thüringens vgl. Timo Leimbach: Landtag von Thüringen 1919/20–1933 (Handbuch der Geschichte des deutschen Parlamentarismus). Düsseldorf 2016, S. 45–84.

72 Vgl. Heimers: Unitarismus, S. 12f. mit Forschungsbericht.

73 Zum Pragmatismus-Diskurs im deutschen Katholizismus vgl. Stefan Gerber: Pragmatismus und Kulturkritik. Politikbegründung und politische Kommunikation im Katholizismus der Weimarer Republik (1918–1925) (Quellen und Forschungen aus dem Gebiet der Geschichte Neue Folge, Heft 26). Paderborn u. a. 2016.

74 Erzberger: Vergangenheit, S. 24.

75 Vgl. Reden, S. 70f.

zierung und den Kriegsfolgekosten geschuldet, die den Finanzbedarf der öffentlichen Hand explosionsartig erhöht hatten, ohne für eine Gegenfinanzierung zu sorgen.⁷⁶ Zudem hatte sich der Schwerpunkt der öffentlichen Ausgaben dramatisch von den Ländern weg zur Reichsebene verlagert. Deshalb veränderte Erzberger als Reichsfinanzminister die Zuweisungen der öffentlichen Einnahmen ins Gegenteil. War im Kaiserreich das Reich fiskalisch „Kostgänger“ der Einzelstaaten gewesen, machte nach dem Ersten Weltkrieg nach Erzbergers Schätzung der Finanzbedarf des Reichs fast drei Viertel der gesamten öffentlichen Einnahmen aus.⁷⁷ Die Schlussfolgerung des Reichsfinanzministers daraus war klar, wie Erzberger in der Nationalversammlung darlegte: „Solche Riesenverschiebungen erfordern neue Maßnahmen, neue Organisationen, neue Ideen.“⁷⁸ Und für ihn bedeutete das eine reichsweite Vereinheitlichung der bisherigen Steuervielfalt in den Ländern, die schon genannte Übernahme der Finanzverwaltung der Länder durch die Zentralgewalt sowie eine andere Verteilung der Steuerlasten sowie den Aufbau eines Länder-Finanzausgleichs.⁷⁹

Welche vereinheitlichende Wirkung die Reichsfinanzreform bedeutete, zeigt alleine schon ein quantitativer Blick. Erzbergers Einkommenssteuergesetz vom 29. März 1920 löste in 25 ehemaligen deutschen Bundesstaaten 26 verschiedene Gesetze ab, wobei Sachsen-Coburg-Gotha zwei Einkommenssteuergesetze besessen hatte. Ähnlich sah es bei der Erbschaftssteuer aus. Erzbergers entsprechendes Reichsgesetz vom 10. September 1919 löste 28 verschiedene Ländergesetze ab. In Oldenburg hatte es bis dahin drei solcher Gesetze gegeben.

Diese Zahlen stehen nicht nur für Maßnahmen zur Verreichlichung und Vereinheitlichung. Sie sind auch aufs Engste mit einem grundsätzlichen Anliegen

76 Zur deutschen Finanzlage nach 1918 vgl. Peter Christian Witt: Matthias Erzberger und die Entstehung des demokratischen Wohlfahrtsstaates (1919–1920), in: Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte 23 (2004), S. 201–227; Gerald D. Feldman: The great disorder. Politics, economics, and society in the German Inflation, 1914–1924. New York/Oxford 1993, bes. S. 156–208. Zur deutschen Kriegsfinanzierung vgl. auch Gerd Hardach: War Finance and Monetary Consequences: The German Case Revisited, in: 1914–1918-online. International Encyclopedia of the First World War, ed. by Ute Daniel, Peter Gatrell, Oliver Janz, Heather Jones, Jennifer Keene, Alan Kramer, and Bill Nasson, issued by Freie Universität Berlin, Berlin 2015-09-21. DOI: 10.15463/ie1418.10732 (Abruf 16. September 2017); Stephen Gross: War Finance (Germany), in: 1914–1918-online. International Encyclopedia of the First World War, ed. by Ute Daniel, Peter Gatrell, Oliver Janz, Heather Jones, Jennifer Keene, Alan Kramer, and Bill Nasson, issued by Freie Universität Berlin, Berlin 2014-10-08. DOI: 10.15463/ie1418.10020 (Abruf 16. September 2017).

77 Reden, S. 8. Zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte in langer Dimension vgl. Hans-Peter Ullmann: Der Deutsche Steuerstaat. Eine Geschichte der öffentlichen Finanzen vom 18. Jahrhundert bis heute (Becksche Reihe). München 2005.

78 Reden, S. 8.

79 Vgl. grundlegend mit älterer Literatur Witt: Erzberger; Feldman: Disorder, S. 156–208.

Erzbergers verbunden, der die Gleichbehandlung der Steuerzahler im gesamten Reichsgebiet erreichen wollte. Um diesem Ziel näher zu kommen, setzte Erzberger im Rahmen seiner Reichsfinanzreform nicht nur legislativ, sondern auch administrativ an. Denn während es in den süddeutschen Ländern und in Sachsen auch schon vor 1918 eine flächendeckende effiziente Finanzverwaltung gegeben hatte, die die Zensiten gleich behandelte, galt ebenjenes nicht für Nord- und Ostdeutschland. Innerhalb Preußens hatte es große administrative Unterschiede bei der Festsetzung wie bei der Erhebung der Steuern gegeben, die vielfach eine Ungleichbehandlung der Steuerbürger zur Folge hatten, obwohl das gleiche preußische Gesetz herangezogen wurde.⁸⁰ So sprachen aus Erzbergers Sicht nicht nur Effizienzgründe, sondern auch der wichtige Gleichheitsgrundsatz dafür, eine einheitliche Reichsfinanzverwaltung aufzubauen und die Finanzbeamten reichsweit einheitlich auszubilden.⁸¹

Mit der reichsweiten Vereinheitlichung der wichtigsten Steuern, gleichen Definitionen von Einkommen, Besitz und anderen für die Veranlagung zentralen Kategorien, identischen Ausnahmen und der einheitlichen Anwendung der entsprechenden Gesetze und Verordnungen legte Erzberger die Grundlage dafür, dass alle Bürger steuerlich von den sie jeweils tangierenden Regelungen gleich berührt wurden.

Diese Maßnahmen zur Gleichbehandlung der Bürger vor dem (Steuer-) Gesetz hatten aus Sicht des Finanzministers Erzberger zugleich auch den Vorteil, dass er so eine bis dahin praktizierte innerdeutsche Steuervermeidungsstrategie, eine innerdeutsche „Steuerflucht“, unmöglich machen konnte, wie er am 8. Juli 1919 vor der Nationalversammlung erläuterte: „Der deutsche Steuerzahler wird künftig keine Sorge mehr haben, auszurechnen, ob er mit Steuern billiger wekommt, wenn er in Berlin, Grunewald, Coburg oder am Bodensee wohnt.“ Dies rechtfertigte Erzberger nicht nur mit dem zentralen Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz. Er griff auch ergänzend auf eine andere, eine nationale Argumentation zurück, wenn er sagte: „Gemeinsam zogen wir in den Krieg, als geschlossener Staat treten wir in den Frieden über; gemeinsam und gleich müssen die Lasten sein, unabhängig von dem Wohnsitz des Steuerzahlers.“⁸² Erzberger appellierte so nicht nur an den „Geist von 1914“ und die Volksgemeinschaft⁸³, er versuchte auch, mit seiner Reichsfinanzreform

80 Vgl. Erzbergers Beispiele in Protokolle der Weimarer Nationalversammlung 76. Sitzung/11. August 1919, Sp. 2308D–2309A; 2315D.

81 Zum Aufbau der Reichsfinanzverwaltung vgl. Peter-Christian Witt: Reichsfinanzminister und Reichsfinanzverwaltung. Zum Problem des Verhältnisses von politischer Führung und bürokratischer Herrschaft in den Anfangsjahren der Weimarer Republik (1918/19–1924), in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 23 (1975), S. 1–61.

82 Reden, S. 9.

83 Zum Gebrauch dieses Begriffs im politischen Katholizismus schon ab 1919 vgl. Retterath: Was, S. 306f.

Konsequenzen aus den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre zu ziehen und so etwas wie eine positive politische Vision zu entwerfen. Sozial-, Wirtschafts- und Fiskalpolitik in ihrem Zusammenspiel begreifend, zielte Erzberger darauf ab, die erste deutsche Demokratie nicht nur zentralstaatlich zu stärken, sondern die Republik auf der Grundlage von Sozialverpflichtung des Eigentums⁸⁴ und wohlfahrtsstaatlichen Angeboten zu einer ansprechenden Alternative zu konkurrierenden Ordnungsentwürfen von rechts- und linksaußen zu entwickeln und damit die erste deutsche Demokratie zu festigen.⁸⁵

Dementsprechend beseitigte Erzberger einerseits im Rahmen seiner Reichsfinanzreform zahlreiche für Elitegruppen geltende steuerliche Privilegierungen und Sonderregelungen, die historisch gewachsene Teile der unterschiedlichen Landesgesetzgebungen gewesen waren.⁸⁶ Andererseits versuchte er, durch die erhoffte umverteilende Wirkung der neuen Steuern von ihm als ungerecht wahrgenommene Entwicklungen wieder zu korrigieren. So legte er am 8. Juli 1919 in der Weimarer Nationalversammlung dar: „Schon vor dem Krieg war der Unterschied in Deutschland zwischen den Besitzenden und Nichtbesitzenden zu groß und damit zur sozialen Ungerechtigkeit und zu einer Krankheit am Wirtschaftskörper geworden (...). Der Grundfehler der Wirtschaftspolitik im Kriege läßt sich auf die kurze Formel bringen, daß man durch die allgemeine Wehrpflicht die lebendigen Leiber mobil gemacht hat, daß aber die allgemeine Wehrpflicht halt machte vor dem Kapital und dem Besitz (...).“⁸⁷ Zukünftig, so stellte er in Aussicht, werde „nicht mehr der Besitz die herrschende Macht spielen (...) wie früher“, vielmehr werde „die Arbeit das ausschlaggebende Element im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben der Zukunft bilden“. Die Steuerreform solle „durch diese Vorbelastung des Besitzes den großen Gedanken zum Ausdruck bringen, daß ein jeder, der schaffen und wirken kann, auch verpflichtet“ sei, „an der Erneuerung des Wirtschaftslebens und des Volkswohlstandes tätig beizutragen, daß dagegen ein gemächliches Rentnerdasein unter den heutigen Umständen nicht mehr Raum“ habe. In diesem Sinne, so Erzberger bei einer Sitzung der Constituante, werde „die Steuerreform einen nicht geringen Anteil erhalten an der großen Aufgabe, aus den Trümmern des Krieges ein neues Deutschland aufzurichten, den Sozialstaat der Zukunft“.⁸⁸

Erzberger ging es im Ganzen gesehen also um eine Nivellierung ihm zu groß erscheinender gesellschaftlicher Unterschiede, um eine neue Verteilung von Pflichten, Lasten und Vermögen, die er als sozial gerechter und ausgeglichener

84 Vgl. etwa dazu Reden, S. 122.

85 Vgl. Witt: Erzberger, S. 201–227; John: Bundesstaat, S. 173f.

86 Erzbergers Sicht dazu vgl. Reden, S. 111.

87 Reden, S. 5.

88 Reden, S. 122–123.

empfang. Weitergehende Egalisierungsforderungen lehnte er jedoch ab.⁸⁹ Damit zeigte er auch im Bereich der Steuer- und Finanzpolitik die Bereitschaft, auf dem gesetzgeberischen, evolutionären Wege eine tiefgreifende Umgestaltung der deutschen Gesellschaft anzugehen und extreme Disparitäten zu beseitigen, und handelte damit vergleichbar wie auf dem Feld der Staatsorganisation, wo er für eine starke Zentralgewalt, für die Zerschlagung des übermächtigen Preußen und für die (Neu-)Bildung von Ländern ähnlicher Bevölkerungszahl und Größe warb. Für die Umgestaltung des deutschen Steuer- und Finanzwesens hatte Erzberger im Sommer 1919 eine Realisierungsmöglichkeit erkannt, die er in den folgenden neun Monaten mit großer Energie, kluger Mehrheitsbildung und viel politischem Geschick nutzte und so seine das Reich stärkenden Pläne gegen viele Widerstände politisch durchsetzte. Doch seine Hoffnungen auf eine Reichsreform mit einer Zerschlagung Preußens sollten sich während der gesamten Weimarer Republik nicht erfüllen. Hatten die Bildung Thüringens aus mehreren mitteldeutschen Kleinstaaten und der Anschluss Coburgs an Bayern noch auf Möglichkeiten der Neu- und Umbildung von Ländern unmittelbar nach der Verabschiedung der Weimarer Verfassung verwiesen,⁹⁰ setzten sich mit Blick auf die Zerschlagung Preußens die heterogenen politischen Kräfte durch, die auf die Bewahrung des mit Abstand größten deutschen Landes setzten. Auch wenn Erzberger 1920 und 1921 anders lautende Hoffnungen hatte und für die Zerschlagung Preußens politisch warb, sollte sich zeigen, dass das, was er am Jahreswechsel 1918/19 mit Blick auf die Entstehung einer Rheinischen Republik geäußert hatte, sinngemäß auch für die gesamte Preußenfrage galt: Aussicht auf Erfolg hätte ein solches Vorhaben nur gehabt, wenn bis Anfang Dezember 1918 gehandelt worden wäre.⁹¹

So vielfältig Erzbergers Reformvorschläge in den unterschiedlichen Politikfeldern nach 1918 ausfielen, so lassen sich neben seinem Bestreben, eine Nivellierung übergroßer Unterschiede ohne Egalisierung zu erreichen, weitere Gemeinsamkeiten erkennen. Erzberger orientierte sich wenig an tiefgehenden grundsätzlichen Erörterungen oder staatsphilosophischen Theorien, sondern suchte pragmatisch nach Lösungen für gravierende Herausforderungen der jungen Demokratie. Er war bereit, historisch Überkommenes radikal in Frage zu stellen und gegebenenfalls abzuschaffen. Das galt für Fragen der Umsetzung

89 Vgl. auch Erzberger: *Vergangenheit*, S. 23.

90 Vgl. Leimbach: *Landtag*, S. 45–84; Rainer Hambrecht: *Die Vereinigung des Freistaates Coburg mit Bayern*, in: *Jahrbuch für fränkische Landesforschung* 58 (1998), S. 371–390; ders.: *Vereinigung Coburgs mit Bayern*, 1. Juli 1920, publiziert am 11. Mai 2006; in: *Historisches Lexikon Bayerns*, URL: <http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Vereinigung_Coburgs_mit_Bayern,_1._Juli_1920> (Abruf 17. März 2017).

91 Diese Äußerung Erzbergers und ihrem Kontext bei Kuhl: *Trimborn*, S. 206, bes. Anm. 12. Erzberger äußerte sich mit Blick auf die Rheinische Republik und betrachtete eine Versammlung am 4. Dezember 1918 als spätesten möglichen Termin.

der Waffenstillstandsbedingungen oder der Finanzpolitik wie für Fragen der Staatsorganisation, Aspekte des Föderalismus und Unitarismus eingeschlossen. Eine Überhöhung des Staates, wie sie das Denken so vieler deutscher Staatstheoretiker, Philosophen, Juristen, Historiker und Politiker des langen 19. Jahrhunderts geprägt hatte, war und blieb Erzberger völlig fremd, hatte er dieses Denken doch weder auf dem Gymnasium kennengelernt noch bei einem Universitätsstudium verinnerlicht.⁹² Nicht der Staat oder die Staaten waren Referenzgrößen für Erzbergers Überlegungen, sondern die Bewahrung des deutschen Nationalstaats sowie die Realisierung der Gleichheit der Bürger vor Recht und Gesetz, verbunden mit dem Bekenntnis zur Volkssouveränität der parlamentarischen Demokratie. Fragen der Staatsorganisation waren demgegenüber von nachgeordneter Bedeutung, dienten der Problemlösung und waren nach Ansicht Erzbergers dem entsprechend pragmatisch zu lösen. Kurz: das Wohl von Nation und Bürgern hatte für Erzberger Vorrang vor dem Staat.

92 Erzberger hatte eine Volksschullehrerausbildung und belegte (Immatrikulationsdatum 17. November 1902, bis Sommersemester 1905) an der katholischen Universität in Fribourg (Schweiz) volkswirtschaftliche Kurse. Diese Hochschule konnten auch Studierende ohne Abitur beziehungsweise Matura besuchen. Erzberger kann dort nicht regulär länger am Stück studiert haben, da er als Multifunktionär im württembergischen Katholizismus nach einem intensiven Wahlkampf 1903 in den Reichstag gewählt wurde, nach Berlin umzog und dort den Großteil des Jahres präsent war. Die Erwähnung „stud.i. Freiburg (Schweiz) Staatsrecht u. Nationalökon.“ etwa in Kürschners Reichstagsabgeordneten Handbuch von 1912 führte nichtsdestotrotz und in Unkenntnis vom Immatrikulationsdatum zu vielfältigen Spekulationen über ein Studium um 1896 in biografischen Beiträgen. Bei Louise Wilhelm: Matthias Erzberger im Deutschen Reichstag 1903–1914. Diss. Univ. München 1962, S. 177 Abdruck der Auskunft der Universität Fribourg über Erzberger. Zu Erzbergers Frühphase vgl. Christopher Dowe: Matthias Erzbergers politische Anfänge und der entstehende Göppinger Katholizismus, in: Hohenstaufen/Helfenstein 18 (2014), S. 233–263; Dowe: Erzberger Leben, S. 18–32; Andreas Gawatz: „Kutten und Kinder haben uns zusammengeführt.“ Matthias Erzberger und die Formierung des modernen politischen Katholizismus, in: Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte 23 (2004), S. 157–173; Joachim Köhler: Heimatliche Erfahrungsräume und frühe politische Prägungen des Staatsmannes Matthias Erzberger (1875–1921) (Oberschwaben 20.4.2002). Weingarten 2002.

Eine „nationale Außenpolitik“: Aspekte der Außenpolitik und der internationalen Politik im Programm der Italienischen Volkspartei (PPI)

Tiziana Di Maio

Einleitung

In der italienischen Historiographie wird des Öfteren hervorgehoben, wie wichtig Programm und inhaltliche Überlegungen der Italienischen Volkspartei (Partito Popolare Italiano, PPI) zur Außen- und internationalen Politik Italiens gewesen seien. Protagonisten, Zeitzeugen und Historiker gingen sogar so weit, dieses Programm als den „ersten strukturierten Ansatz einer Projektion nach außen der realen Probleme des Landes“ zu bezeichnen.¹ 1924 machte Iginò Giordani², Autor der ersten umfassenden Darstellung zur Außenpolitik des PPI, deutlich, dass „es Italien für die Außenpolitik an kompetenten Personen mangelt, da es keine Tradition gibt (...), noch einen realistischen Sinn für die Dinge oder eine einheitliche Ausrichtung, ein durchdachtes Konzept“.³ Dies habe nach dem Sieg im Ersten Weltkrieg zu den großen Enttäuschungen geführt. Für einen anderen Vertreter des PPI, Stefano Jacini⁴, Abgeordneter von 1919 bis 1924 und Mitbegründer der Democrazia Cristiana nach dem Zweiten

-
- 1 Vgl. Vincenzo Clemente: *La critica popolare alla politica estera italiana del primo dopoguerra ed alla pace adriatica*, in: Istituto Luigi Sturzo (Hg.): *Saggi sul Partito Popolare Italiano*. Rom 1969, S. 160–210. Für einen Überblick über die Außenpolitik des PPI siehe auch Gabriele De Rosa: *La politica estera nel pensiero e nell'opera di Luigi Sturzo*, in: Centro di Cultura „Giancarlo Puecher“ (Hg.): *I cattolici democratici e la politica estera in Italia*. Mailand, 1966, S. 13–21; Vincenzo Clemente: *La politica estera del Partito popolare italiano*, in: Gabriele De Rosa (Hg.): *Luigi Sturzo nella storia d'Italia. Unterlagen der von der Region Sizilien geförderten Studientagung (Palermo-Caltagirone, 26.–28. November 1971)*, Bd. I: *Storia e Letteratura*. Rom 1973, S. 163–200.
 - 2 Iginò Giordani (1894–1980) trat 1920 dem PPI bei und arbeitete bei der Parteizeitung „Il Popolo nuovo“, deren Direktor er 1924 wurde. In den Jahren des Faschismus arbeitete er in der Apostolischen Vatikan-Bibliothek und nahm während des Zweiten Weltkrieges zusammen mit De Gasperi (dem Giordani zu einer Anstellung in der Vatikan-Bibliothek verholfen hatte) an illegalen Sitzungen zur Vorbereitung des Wiederaufbaus einer christlich ausgerichteten Partei teil. Nach dem Krieg wurde er in die Verfassunggebende Versammlung gewählt. Vgl. Art. Iginò Giordani, in: *Dizionario biografico degli italiani*. Bd. 55. Rom 2001.
 - 3 Iginò Giordani: *La politica estera del Partito Popolare Italiano*. Rom, 1924, S. 1.
 - 4 Stefano Jacini (1886–1951) war seit seiner Jugend in der Katholischen Bewegung aktiv. Er gehörte zur Gruppe der PPI-Begründer und war Abgeordneter von 1919 bis 1926, als sein Parlamentsmandat für abgelaufen erklärt und er aller Ämter enthoben wurde. Er beteiligte sich an der illegalen Bewegung, gehörte zu den Begründer der Mailänder DC und war Mitglied des nationalen Befreiungskomitees Oberitaliens (CLNAI). Im Kabinett Parri (Juni – Dezember 1945) war er Kriegsminister, ferner Abgeordneter in der Verfassunggebenden Versammlung. Ab 18. April 1948 war er gewählter Senator und Präsident der

Weltkrieg, war die Italienische Volkspartei womöglich die einzige Partei, die sich in der ersten Nachkriegszeit ernsthaft mit der Außenpolitik befasste.⁵ Auch Luigi Sturzo nahm 1924 für seine Partei in Anspruch, als einzige politische Kraft Italiens sich unmittelbar nach dem Krieg ernsthaft mit der Außenpolitik befasst zu haben. Er betonte, dass während der Pontifikate von Pius IX. und Leo XIII. „diejenigen – recht wenige –, die sich im katholischen Lager mit internationalen Fragen beschäftigten, unsere Außenpolitik oft in Verbindung mit der ‚Questione Romana‘ betrachteten“. Als 1913 anlässlich der ersten Parlamentswahlen mit allgemeinem Stimmrecht der Heilige Stuhl den italienischen Katholiken die Teilnahme gestattete, hätten diese begonnen, obschon begrenzt, am politischen Leben des Königreichs Italien teilzunehmen. Manche seien in ihrem außenpolitischen Denken von den ersten nationalistischen Ausbrüchen im libyschen Krieg beeinflusst worden, andere pazifistischen Tendenzen gefolgt. „In Italien“ – bemerkte Sturzo ironisch – „ist die Außenpolitik fast immer nur wenigen Personen und den Diplomaten vorbehalten“. Unmittelbar nach dem Krieg hätten nur die Popolari und die Nationalisten „außenpolitische Fragen als Bewertung der Politik allgemein“ zur Sprache gebracht.⁶ Diese Ansicht vertrat Sturzo seit Gründung der Partei: Schon das Gründungsmanifest des PPI, der „Aufruf an die Freien und Starken“, betonte die „unerlässliche Pflicht für gesunde Demokratien und Volksregierungen, das richtige Gleichgewicht zu finden zwischen den nationalen Rechten, den höchsten internationalen Interessen und den immer währenden Zielen eines friedlichen Fortschritts der Gesellschaft“. 1926 ging er in dem Band „Popolarismo e Fascismo“ genauer darauf ein: „In der Außenpolitik suchen die Popolari den Schlüssel zur Innenpolitik und der Wirtschaftspolitik; der kleinbürgerliche Realismus sucht dagegen in der Innenpolitik und in der Wirtschaftspolitik den Schlüssel zur Außenpolitik.“⁷

Der PPI konnte nur ungefähr drei Jahre wirken, denn der Faschismus beschränkte und verhinderte von Anfang an die Arbeit der Parteien und antifaschistischen Bewegungen. Der Einfluss, den die Partei mit ihren Programmen in der Außenpolitik erreichte, war gleich null; sie verblieb – so Giovanni Gronchi – weitgehend in einem „Verkündigungsstadium“.⁸ Doch das schmälert

Senatskommission für Außenpolitik. Vgl. Art. Stefano Jacini, in: *Dizionario biografico degli italiani*. Bd. 61. Rom 2004.

5 Vgl. Stefano Jacini: *Storia del Partito Popolare Italiano*. Mailand 1951, S. 84.

6 Luigi Sturzo: *Prefazione a Igino Giordani: La politica estera del Partito Popolare Italiano*, S. III–VIII.

7 Luigi Sturzo: *Popolarismo e Fascismo*. Turin 1924, in: *Edizioni di Storia e Letteratura*. Rom 2013, S. 54.

8 Vgl. *I cattolici democratici e la politica estera*, in: *Italia*, S. 43–52. Giovanni Gronchi (1887–1978) trat 1919 dem PPI bei, wurde zum Abgeordneten gewählt und war Sekretär des Italienischen Arbeitervereins (die katholische Gewerkschaft); 1924/25 führte er die Partei nach dem Zwangsausscheiden von Sturzo. Der Faschismus zwang ihn zum Rück-

nicht ihr Verdienst, Grundlagen geschaffen zu haben, auf die die katholischen Demokraten Italiens nach der Befreiung vom faschistischen Joch für ihre eigene Arbeit zurückgreifen konnten.

Damit die Bedeutung dessen besser verständlich wird, was man als Beginn einer Tradition der Ausübung von Außenpolitik definieren könnte, erscheint es angebracht, zunächst die ganz besondere politische Lage, in der sich die italienischen Katholiken in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg befanden, ebenso zu untersuchen wie die Positionen einiger Katholiken in der Debatte zum Kriegseintritt, die später zu Protagonisten der italienischen Politik werden sollten.

Die Zeit der politischen Entfremdung

Der Erste Weltkrieg mit seinen tiefen gesellschaftlichen Erschütterungen und das Pontifikat von Benedikt XV. beschleunigten die Gründung einer Partei der italienischen Katholiken. Bis dahin hatte die sogenannte *Questione Romana*, die Römische Frage, das heißt der Konflikt zwischen dem italienischen Staat, der dem Kirchenstaat zur Vervollständigung der nationalen Einheit ein Ende gemacht hatte, und dem Heiligen Stuhl, der in der Bewahrung der weltlichen Macht die unverzichtbare Garantie für seine Freiheit und Unabhängigkeit sah, die Beteiligung der Katholiken am politischen Leben verhindert.

Die während des ganzen Risorgimento aktuell gebliebene Frage bekam eine konkrete politische Dimension mit dem Entstehen des Königreichs Italien und der Erklärung des Königs, Rom zur Hauptstadt des neuen Staates machen zu wollen.⁹ Als am 20. September 1870 die Eroberung Roms das Ende der weltlichen Herrschaft des Papstes besiegelte, wurden die italienischen Katholiken

zug aus der Politik. Im Komitee für die Nationale Befreiung (CLN) vertrat er zusammen mit De Gasperi die *Democrazia Cristiana*. Er war Chef der christlich-demokratischen Fraktion in der Verfassungsgebenden Versammlung, Minister für Industrie und Handel (1944–1946) und Abgeordneter sowie Parlamentspräsident von 1948 bis Mai 1955, als er mit großer Mehrheit zum Staatspräsidenten gewählt wurde. Nach Ablauf seiner Amtszeit 1962 zog er sich aus der Politik zurück. Vgl. Art. Giovanni Gronchi, in: *Dizionario biografico degli italiani*. Bd. 59. Rom 2002.

9 In den nachfolgenden zehn Jahren wurden zahlreiche Versuche zur Lösung der Frage unternommen. Nach der Eroberung Roms wurden die Beziehungen zum Papst durch das Garantiesgesetz vom 13. Mai 1871 geregelt, das allerdings von Papst Pius IX. abgelehnt wurde. Das Königreich Italien erkannte dem Papst damit ähnliche Vorrechte wie einem Staatsoberhaupt zu und verpflichtete sich einseitig, ihm die Bedingungen für die freie Ausübung seines spirituellen Amtes zu garantieren. Für einen Gesamtüberblick betr. die „Römische Frage“ unter ihren gesellschaftlichen und politisch-diplomatischen Aspekten siehe Fausto Fonzi: *I cattolici e la società italiana dopo l'unità*. Rom 1977; Giorgio Candeloro: *Il movimento cattolico in Italia*. Rom 1974; Istituto per la storia del Risorgimento italiano (Hg.): *La fine del potere temporale e il ricongiungimento di Roma all'Italia*. Atti del 45. Congresso di storia del Risorgimento italiano (Roma, 21-25 settembre 1970). Rom 1972.

vom Vatikan aufgefordert, sich von der Politik des Königreichs fernzuhalten. 1874 definierte die „Sacra Penitenziera“, das katholische Kirchengengericht, die Beteiligung der katholischen Bürger am politischen Leben des italienischen Staates mit der Formel „attentis omnibus circumstantiis, non expedit“ als „unpassend“; den Bürgern wurde die Teilnahme an den Parlamentswahlen verboten, andererseits wurden sie zur Teilnahme an den Kommunalwahlen ermutigt.

Die ersten Jahre des italienischen Staates waren also von einer geringen Beteiligung der katholischen Bürger am politischen Leben gekennzeichnet. Die Lösung der Römischen Frage war das vorrangige Ziel der italienischen Regierungen ebenso wie der Katholiken. 1905 lockerte Papst Pius X. mit der Enzyklika „Die feste Absicht“ teilweise die Vorgaben des „non expedit“. Die italienischen Katholiken wurden angeregt, sich „vorsichtig und ernsthaft“ auf das politische Leben vorzubereiten, bis sie dann zur Teilnahme aufgerufen würden. 1913, anlässlich der ersten Wahlen mit allgemeinem Stimmrecht, wurde das „non expedit“ vorübergehend gemildert, das heißt, der Heilige Stuhl gestattete den italienischen Katholiken, an den Wahlen teilzunehmen und für diejenigen Abgeordneten zu stimmen, die den „Patto Gentiloni“ unterzeichneten, eine Liste von sieben Punkten, die jeder Kandidat unterschreiben musste, der die Stimmen der Katholiken erhalten wollte. Dazu gehörten die Wahrung der Unterrichtsfreiheit, der Religionsunterricht, die Einheit der Familie (Ablehnung der Scheidung), sowie die juristische Anerkennung der katholischen Organisationen im Bereich von Wirtschaft und Gesellschaft und eine Steuer- und Rechtsreform. Ziel dabei war es, den Vormarsch der Sozialisten aufzuhalten, den das kurz zuvor eingeführte allgemeine Wahlrecht für Männer beschleunigt hatte. Das Ergebnis dieser Wahlen zeigte dann auch, dass die Katholiken ein unersetzliches Bollwerk gegen die Sozialisten darstellten. In dieser besonderen, durch eine lange politische Entfremdung gekennzeichneten Situation mussten sich die italienischen Katholiken mit dem Eintritt Italiens in den Ersten Weltkrieg auseinandersetzen.¹⁰

Die Katholiken und die Debatte über den Kriegseintritt

Italiens Eintritt in den Ersten Weltkrieg erfolgte am 24. Mai 1915, zehn Monate nach Ausbruch des Konflikts. Der Entschluss, sich an die Seite der Entente und gegen das Habsburger und das Deutsche Reich zu stellen, war schmerzvoll und umstritten und spaltete Politik und Öffentlichkeit in „Interventionisten“

¹⁰ Die „Questione Romana“ wurde endgültig erst am 11. Februar 1929 mit den Lateran-Verträgen gelöst, die von der Regierung Mussolini und vom Heiligen Stuhl unterzeichnet wurden. Mit Kriegsende hatte diese Frage allerdings schon ihre Dramatik verloren, wie auch die Tatsache zeigt, dass sie im Programm des Partito Popolare nicht aufgeführt wurde.

und „Neutralisten“. In den zehn Monaten zwischen Sommer 1914 und Frühjahr 1915 nahmen die italienischen Katholiken aktiv an dieser Debatte teil.¹¹

Sie gingen mit unterschiedlichen Positionen in diese Debatte; ihre Positionen unterschieden sich entsprechend ihrer Zugehörigkeit zu den jeweiligen kulturellen, gesellschaftlichen und religiösen Vereinigungen des italienischen Katholizismus und reichten von der strikten Ablehnung des Krieges bis zur Befürwortung von interventionistischen Lösungen.

Die Debatte über den Kriegseintritt, die „Intervention“, war ein echter Prüfstein für die italienischen Katholiken: Sie stellten zwar die Mehrheit der italienischen Bevölkerung, waren aber politisch gesehen eine subalterne Gruppe, die noch keine eigenständige politische Ausdrucksform gefunden hatte. Der Krieg sollte den entscheidenden Anstoß zur Überwindung dieser Subalternität geben.¹²

Gegner eines Kriegseintritts waren die Erben des katholischen „intransigentismo“ sowie einige Vertreter der Gewerkschaftsbewegung und der sogenannten weißen (katholischen) Bauernbewegung. Hier ist vor allem Guido Miglioli¹³ zu nennen, der sich mit dem Slogan „No guerra ma terra“ („Nicht Krieg, sondern Boden“) dem italienischen Kriegseintritt zu widersetzen versuchte. Ziel dabei war unter anderem, die Landbevölkerung vor den Leiden und Opfern zu bewahren, die der Krieg ihr auferlegen würde¹⁴, Opfer, die nach seiner Überzeugung keinerlei Verbesserung der Lage der Bauern und der Landbevöl-

11 Die italienische Fachliteratur zur Katholischen Bewegung hat sich wesentlich auf diesen Aspekt konzentriert. Herausragend nach wie vor Pietro Scoppola: *I cattolici e il problema della guerra nel dibattito sull'intervento*, in: ders.: *Coscienza religiosa e democrazia nell'Italia contemporanea*. Bologna 1966, S. 235–301; Giuseppe Rossini (Hg.): *Benedetto XV, i cattolici e la Prima guerra mondiale*. Rom 1963; Gabriele De Rosa: *I cattolici*, in: Alberto Caracciolo u. a. (Hg.): *Il trauma dell'intervento*. Vallecchi 1968, S. 167–201; Francesco Malgeri: *La chiesa, i cattolici e la Prima guerra mondiale*, in: Gabriele De Rosa/Tullio Gregory/André Vauchez (Hg.): *Storia dell'Italia religiosa*. Bd. 3: *L'età contemporanea*. Bari 1993–1995, S. 189–222; Alberto Monticone: *La Prima guerra mondiale*. Florenz 1974.

12 Vgl. Pietro Scoppola: *Cattolici neutralisti e interventisti alla vigilia del conflitto*, in: Rossini (Hg.): *Benedetto XV, i cattolici e la Prima guerra mondiale*, S. 95–151.

13 Guido Miglioli (1879–1954) war der ersten *Democrazia Cristiana* beigetreten und engagierte sich dort in der Cremoneser Bauern-Organisation. Seit 1913 war er Abgeordneter und trat 1919 dem PPI bei. Er wurde zum Führer der Gewerkschaftslinken des PPI und befürwortete die Gewerkschaftseinheit als ersten Schritt in Richtung Klasseneinheit von Arbeitern und Bauern. Später wandte er sich dem Kommunismus zu, trat jedoch der Partei nie bei und blieb gläubiger Christ. Nach Kriegsende wurde ihm die Mitgliedschaft in der DC verweigert und er wandte sich endgültig der Linken zu. Vgl. Art. Guido Miglioli, in: Francesco Traniello/Giorgio Campanini (Hg.): *Dizionario storico del Movimento cattolico in Italia 1860–1980*. Bd. II: *I protagonisti*. Casale Monferrato 1982.

14 Vgl. Franco Leonori: *No guerra, ma terra*. Guido Miglioli: *Una vita per i contadini*. Mailand/Rom 1969 sowie Mario G. Rossi: *Guido Miglioli, nella storia e nella storiografia italiana contemporanea*, in: Franco Leonori (Hg.): *La figura e l'opera di Guido Miglioli 1897–1979*. Rom 1982. S. 17–45.

kerung Italiens bringen, sondern letztendlich nur die Macht des Bürgertums vermehren würden.

Im entgegengesetzten Lager befanden sich zahlreiche Anhänger der Demokratisch-Nationalen Liga und der christlich-demokratischen Tradition von Romolo Murri¹⁵, Giuseppe Donati¹⁶ und Eligio Cacciaguerra¹⁷, die den Kriegseintritt – die „Intervention“ – als Verteidigung der von den Mittelmächten unterdrückten Bevölkerungen ansahen. Zu den katholischen Interventionisten von einer gewissen Bedeutung gehörte auch der letzte Vorsitzende der sogenannten Opera dei Congressi, Graf Giovanni Grosoli¹⁸, der die Position des patriotischen Interventionismus teilte. Lösungen interventionistischer Art befürwortete auch der spätere Begründer des Partito Popolare Italiano, Don Luigi Sturzo. Er interpretierte den Kriegseintritt unter dem Gesichtspunkt der Veränderungen, die der Krieg in Italien und in Europa hervorrufen würde: Eine mit ihm einhergehende echte demokratische Revolution böte die historische Chance, das transformistische System Giolittis mit der Wurzel auszurotten und den

-
- 15 Romolo Murri (1870–1944) wurde 1893 zum Priester geweiht. 1895 gründete er die Zeitschrift „Vita Nova“, deren Ziel es war, den modernen Kräften und Kulturen ein aus der Tradition kommendes Wissen entgegenzusetzen, das zur Wiedergeburt der Gesellschaft im christlichen Sinn beitragen sollte. 1898 gründete er die Zeitschrift für gesellschaftspolitische und religiöse Studien „Cultura sociale“. Er befürwortete das Entstehen einer katholischen Partei mit klar umrissenem Programm und landesweiten Parteistrukturen. Dies führte zu Konflikten mit dem Heiligen Stuhl. 1909, nach seiner Wahl zum Abgeordneten, wurde Murri exkommuniziert. Bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs schloss er sich dem demokratischen Interventionismus an. In seinen letzten Lebensjahren kehrte er zur katholischen Kirche zurück. Vgl. Art. Romolo Murri, in: *Dizionario biografico degli italiani*. Bd. 77. Rom 2012.
- 16 Giuseppe Donati (1899–1931) trat 1907 der National-Demokratischen Liga von Romolo Murri bei. Seine interventionistische Haltung war auch von der Erwartung bestimmt, dass der europäische Konflikt die Krise beschleunigen könnte, in der sich die italienische Gesellschaft befand, und somit eine Regeneration des moralischen, bürgerlichen und politischen Lebens fördern würde. Nach den Wahlen von 1919 näherte sich Donato dem PPI an. 1925 musste er aufgrund von Drohungen des faschistischen Regimes ins Exil gehen. Vgl. Art. Giuseppe Donati, in: *Dizionario biografico degli italiani*. Bd. 41. Rom 1992.
- 17 Eligio Cacciaguerra (1878–1918) begründete 1898, als er noch Rechtswissenschaften in Bologna studierte, in Rom zusammen mit Romolo Murri die erste italienische „Democrazia Cristiana“. Er trat später der national-demokratischen Liga von Murri bei, zog sich aber zurück, als dieser auf radikale und kirchenfeindliche Positionen umschwenkte. Er bejahte den Eintritt in den Krieg – „als eine Katharsis der Menschheit betrachtet und als mystisches Leiden gelebt“. Vgl. Art. Eligio Cacciaguerra, in: *Dizionario biografico degli italiani*. Bd. 15. Rom 1972.
- 18 L’Opera dei Congressi e dei Comitati cattolici entstand 1874 nach dem „non expedit“ als offizielle Organisation der katholischen Bewegung Italiens. Ihre Positionen waren eng mit dem katholischen Intransigentismo und der Ablehnung des neuen italienischen Einheitsstaates verbunden. Die Opera regte einen ausgeprägten Aktivismus der katholischen Bewegung an, indem sie die Vertretung des „realen Landes“ gegen den liberalen Staat beanspruchte und indem sie alle katholischen Initiativen in den Bereichen Gesellschaft, Genossenschaftswesen, Schulwesen und Journalismus koordinierte.

Plan einer einenden, katholischen Prägung des Nationalbewusstseins in seinem ganzen Umfang in der bürgerlichen Gesellschaft wie in der Politik zu verwirklichen.¹⁹ Dies sollte es schließlich auch ermöglichen, den Einfluss des historischen und dialektischen Materialismus in der italienischen Kultur und Gesellschaft zu beseitigen. Die Welt, die aus der Französischen Revolution hervorgegangen war, sei schuld daran – so Sturzo im November 1915 –, „dass die Religion von der Gesellschaftsordnung getrennt und die Wissenschaft vor dem Glauben verteidigt wurde“ und im Begriff war, vom Krieg zerstört zu werden²⁰. Der Krieg – schrieb Gabriele De Rosa in der ersten Biographie des sizilianischen Priesters aus Caltagirone – habe Sturzos Patriotismus an den Tag gebracht. Er sah ihn als den großen Korrektor des öffentlichen Lebens in Italien, das nach der Einigung ohne ein nationales Zentrum dastand, und als eine neue Chance, die spirituelle und moralische Einheit des Landes wiederherzustellen.²¹

Einen noch dezidierteren Standpunkt vertrat Filippo Meda, der erste Katholik mit einem Ministeramt im geeinten Italien.²² Er bekleidete das Amt des Finanzministers in der von Paolo Boselli am 18. Juni 1916 gebildeten Regierung der nationalen Einheit; auf vielfaches Drängen trat er im Oktober desselben Jahres, ungefähr zehn Monate nach der Parteigründung, in den PPI ein. Meda war der Meinung, dass ein Regierungsmitglied zum einen nicht in eine Partei eintreten könne, die erst nach der Bildung des Ministeriums gegründet worden sei, und zum anderen, „weil ihm die Parteidisziplin widerstrebe“. Nach einer anfänglich neutralistischen Position änderte er seinen Standpunkt infolge des deutschen Angriffs auf das neutrale Belgien; er hielt es für unmöglich, angesichts einer derartigen Verletzung des Internationalen Rechts neutral zu

19 Vgl. Gabriele De Rosa: Luigi Sturzo, Turin 1977, S. 175.

20 Una conferenza di don Luigi Sturzo, in: „L'Italia“, 13. November 1915, zit. nach: Francesco Piva/Francesco Malgeri: Vita di Luigi Sturzo. Rom 1972, S. 193.

21 Vgl. De Rosa: Sturzo, S. 176.

22 Filippo Meda (1869–1939) trat noch im Gymnasium in Mailand der Jugendsektion der „Opera dei Congressi“ bei. Mit nur 18 Jahren begann er seine Mitarbeit in zahlreichen katholischen Zeitschriften. 1890 gründete er die Vereinigung der katholischen Wähler mit Blick auf die Kommunalwahlen von 1893. Sein Vorbild war das Zentrum, die katholische Partei in Deutschland. Bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs war er unter den Neutralisten, bis zur Invasion Belgiens durch die Deutschen. Am 18. Juni 1918 wurde er zum Finanzminister in der Regierung von Boselli ernannt. Er war damit der erste Katholik, der nach der Einigung Italiens ein Ministeramt bekleidete. Nach Gründung des PPI im Januar 1919 trat Meda der Partei im Oktober bei. Von 1921 bis 1927 war er Präsident der Volksbank von Mailand. Obwohl er gegen eine Beteiligung der „Popolari“ in der Regierung Mussolini war, war er doch überzeugt, dass der PPI keine frontale Gegenposition zum Faschismus einnehmen sollte. Vgl. Art. Filippo Meda, in: Dizionario biografico degli italiani. Bd. 73. Rom 2009.

bleiben.²³ Mit dem Entschluss, sich an der Regierung zu beteiligen, die vom Heiligen Stuhl abgelehnt wurde, übernahm Meda die Verantwortung für den Versuch, die pazifistischen und supranationalen Tendenzen im Vatikan und das Kriegsende des liberalen Italiens auf einen Nenner zu bringen.

In dem knappen Rahmen dieser Analyse sei noch darauf hingewiesen, dass auf Volksebene – also jenseits der Positionen der bekannten Persönlichkeiten – der größte Teil der Katholiken gegen den Krieg war: Die Kirchengemeinden, die Bauern nahmen vom Krieg – wie Gabriele De Rosa in seinen Studien eindrücklich bemerkte²⁴ – nur die Leiden und persönlichen Opfer wahr, die ihnen daraus entstehen würden. Wenn sich der katholische Neutralismus dennoch nicht durchzusetzen vermochte, so war das auch auf das Wollen und das Tun des Heiligen Stuhls zurückzuführen: Dieser wollte das Risiko vermeiden, dass die Positionen des katholischen Nicht-Interventionismus sich den entsprechenden sozialistischen Positionen annäherten, und damit eine potentielle und gefürchtete Annäherung der Katholiken an die revolutionär-sozialistische Linie erfolgen könnte. Eine Art Kompromiss war hier die Formel der „bedingten Neutralität“, die der Vorsitzende des Leitungsgremiums der „Azione Cattolica“, Graf Giuseppe Dalla Torre, im Januar 1915 aufgezeigt hatte. Diese Linie schien auch Sturzo teilen zu können. Die Formel, nach der der prinzipielle Neutralismus der Katholiken gebunden war an „die Integrität jener höchsten Gerechtigkeitsansprüche im Sinne unseres Rechts auf Existenz und unserer Entwicklung in der Welt“²⁵, gestattete die Unterscheidung zwischen der patriotischen Position der italienischen Katholiken und der vom Heiligen Stuhl unter Papst Benedikt XV. wiederholt betonten „absoluten Neutralität“. Dalla Torre wollte die Aversion der Katholiken gegen den Krieg nicht in Frage stellen, sondern an ihre Verantwortung als italienische Bürger appellieren. Der Heilige Stuhl nahm die Formel der „bedingten Neutralität“ nicht mit Wohlwollen auf und verdeutlichte so das Auseinanderklaffen zwischen der Position der „Azione Cattolica“ und einigen offiziellen Organisationen der katholischen Bewegung Italiens auf der einen und seinen eigenen Bemühungen, Italien aus dem Konflikt heraus zu halten, auf der anderen Seite. Als Italien schließlich in den Krieg eintrat, rügte Benedikt XV. die Führungsorgane der „Azione Cattolica“ dementsprechend heftig.²⁶

23 Gabriele De Rosa: *Filippo Meda e l'età liberale*. Florenz 1959, S. 183–193. Für die persönliche Erfahrung Medas und für die Debatte unter den Katholiken während des Krieges Filippo Meda: *I cattolici italiani nella guerra*. Mailand 1928.

24 De Rosa: *I cattolici*, S. 171–175.

25 Vgl. „Corriere d'Italia“ vom 6. Januar 1915, zit. nach: Francesco Malgeri: *Luigi Sturzo*. Cinisello Balsamo 1993, S. 87.

26 Ebd., S. 87–90. Eine ausführliche Beschreibung der Angelegenheit sowie der Auswirkungen der Debatte auf die italienische Öffentlichkeit bei Pietro Scoppola: *I cattolici e il*

Es kann hier nicht im Einzelnen auf die lebhafteste Debatte eingegangen werden, die die Tage der italienischen Neutralität begleitete bis hin zu den „leuchtenden Maitagen“, den stürmischen letzten Tagen der Neutralität. Diese Debatte dauerte – unter veränderten Umständen – den ganzen Krieg über an.²⁷ Angesichts der besonderen Situation der italienischen Katholiken, die in den Maschen der „Römischen Frage“ gefangen waren, mag es jedoch angebracht sein, hervorzuheben, dass die Zustimmung zum Eintritt in den Ersten Weltkrieg die Gelegenheit bot, ein für allemal den Bruch zwischen den Katholiken und der Nation zu heilen.²⁸ Sie wollten nicht mehr als Patrioten zweiten Grades behandelt werden; deshalb folgten sie bereits in der Vorbereitungsphase der Intervention und dann im Verlauf des Krieges den mit dem Nationalismus verbundenen Motivationen. Auf diese Weise gelang es ihnen, die Kluft zu überbrücken, die das lange Andauern der „Römischen Frage“ geschaffen hatte.

Als Don Luigi Sturzo – mittlerweile im Exil in London – die Gründe für das Scheitern der Demokratie in Italien und das Aufkommen des Faschismus analysierte, betonte er dass der Eintritt Italiens in den Krieg ganz klar aufgezeigt habe, wie notwendig es sei, zwischen der Haltung des Heiligen Stuhls (der neutral bleiben musste) und der Haltung der Italiener der katholischen Vereinigungen zu unterscheiden, die nicht nur ihre Bürgerpflicht leisten, sondern auch „an der moralischen Anstrengung des Vaterlandes“²⁹ teilhaben mussten. In dieser Hinsicht habe „der PPI mit seiner Gründung eine höchst wichtige, nationale Aufgabe“ erfüllt.³⁰

Das Ende der politischen Entfremdung: Die Gründung des Partito Popolare Italiano (PPI)

Es war ein anderes Italien, das aus dem Krieg hervorging: Der lange, zermürbende Konflikt hatte wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen sowie ein patriotisches Ressentiment hervorgerufen, was eine politische Anpassung in einem Land notwendig machte, das auf Grund der Kriegsfolgen – Federico Chabod bezeichnete diese als „Crisi nella vittoria“, eine Krise im Sieg – dem revolutionären Ostwind besonders ausgesetzt schien. In dieser

problema della guerra nel dibattito sull'intervento, in: ders.: *Coscienza religiosa e democrazia nell'Italia contemporanea*, S. 235–302.

27 Vgl. Benedetto XV, *i cattolici e la Prima guerra mondiale*, insbesondere den Beitrag von Alfonso Prandi: *La guerra e le sue conseguenze nel mondo cattolico italiano*, S. 153–205.

28 Vgl. Pietro Scoppola: *Cattolici neutralisti e interventisti alla vigilia del conflitto*, in: Benedetto XV, *i cattolici e la prima guerra mondiale*, und Jean Leflon: *L'action diplomatique-religieuse de Benoît XV en faveur de la paix durant la première guerre mondiale*, ebd., S. 53–70.

29 Luigi Sturzo: *Italia e Fascismo (Italy and Fascism)*. London 1926; *Italien und der Faschismus*. Köln 1926). Vgl. die jüngste Ausgabe Rom 2001, S. 85.

30 Ebd., S. 86.

komplexen Situation reifte für die italienischen Katholiken die Chance, jene Anomalie zu überwinden, die seit Jahrzehnten ihr Leben als Bürger bestimmt hatte, und endlich uneingeschränkt am politischen Leben des eigenen Landes teilzunehmen.³¹

Der Partito Popolare Italiano wurde am 18. Januar 1919 gegründet.³² An diesem Tag wurde auch der „Aufruf an die Nation“ veröffentlicht, mit dem die Gründungsväter um Zustimmung für Parteiprogramm und Satzung warben.³³ Es war neu in der Geschichte der italienischen Politik, dass sich eine Partei der Öffentlichkeit mit einer programmatischen Charta vorstellte.

In der Tat war der PPI im politischen Panorama Italiens eine neue, moderne Partei, was Struktur und Zielsetzungen betrifft; eine Partei, die eine eigenständige und demokratische Antwort suchte auf die Forderungen eines Großteils der italienischen Gesellschaft nach politischer Veränderung. Im Programm der Partei Sturzos wurden Lösungen vorgeschlagen, wie die „Krise im Sieg“ – eine wirtschaftliche, gesellschaftliche und auch internationale Krise – zu bewältigen sei.

An dieser Stelle sei vermerkt, dass der Gründer der Partei, der sizilianische Geistliche aus Caltagirone, im Verlauf der drei Kriegsjahre seine Einstellung dahingehend geändert hatte, dass er nun eine internationalistische Perspektive einnahm anstelle der fast ausschließlich national konzentrierten, die in den Jahren 1914/1915 seine pro-interventionistische Haltung bestimmt hatte.

-
- 31 Federico Chabod: *L'Italia contemporanea (1918–1948)*. Turin 1961, S. 24. Das Nationalgefühl der Italiener erschien immer übersteigter, nicht zuletzt weil man auf der Friedenskonferenz die eigenen, zum Teil illusionären Ziele nicht durchzusetzen vermochte. Viele Italiener fühlten sich vom Sieg enttäuscht, hatten das Gefühl, die Anstrengungen, die Toten und die während der vier Kriegsjahre gebrachten Opfer würden nicht anerkannt. Der Sieg wurde von Gabriele D'Annunzio als „verstümmelt“ bezeichnet. Im September 1919 stellte sich der italienische Dichter an die Spitze einiger rebellierender Militäreinheiten und Freiwilliger, besetzte Fiume (zu der Zeit unter internationaler Kontrolle) und verkündete die Annexion der Stadt. Fiume wurde am Weihnachtstag 1920 von regulären italienischen Truppen befreit. Die Krise zeigte, wie instabil das politische System Italiens war. Nach Chabod war deswegen 1919 ein wesentliches Jahr in der italienischen Zeitgeschichte. Ebd., S. 19.
- 32 Für einen Überblick in deutscher Sprache über die Geschichte des Partito Popolare Italiano siehe Tiziana Di Maio: *Zwischen Krise des Liberalen Staates, Faschismus und demokratische Perspektive*. Der Partito Popolare Italiano, in: Michael Gehler/Wolfram Kaiser/Helmut Wohnout (Hg.): *Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert*. Wien/Köln/Weimar 2001, S. 122–142.
- 33 Der Aufruf ist auch bekannt unter dem Namen „Aufruf an die Freien und Starken“. Er wandte sich weder an die Kirche noch an die Gläubigen, sondern an das ganze Land, an die „moralisch freien und sozial entwickelten Menschen“, an „diejenigen, die in dieser schweren Stunde die Pflicht fühlen, für die höchsten Ziele des Vaterlandes gemeinsam zu arbeiten“. Vgl. *Appello al Paese*, in: Francesco Malgeri (Hg.): *Gli atti dei congressi del Partito Popolare Italiano*. Brescia 1969, S. 35–37.

Fundamental hierfür waren die Denkanstöße Benedikts XV.³⁴ und vor allem die am 1. August 1917 an die kriegführenden Mächte gerichtete Note, mit der der Papst die Beendigung des Krieges – ein „sinnloses Blutvergießen“ – und die Rückkehr zum Status quo ante forderte; er machte konkrete Vorschläge für eine Anerkennung der legitimen Bestrebungen aller Beteiligten und zeigte die Voraussetzungen für eine künftige, ausgewogene internationale Ordnung auf, wobei er auch ein Instrumentarium zur Vermeidung neuer Konflikte vorsah.³⁵ Die Worte des Papstes gelangten auf die Schlachtfelder und drangen in die Schützengräben als eine konkrete Hoffnung auf Frieden.³⁶ Sie stießen aber auf Ablehnung bei den meisten Politikern und Militärs der kriegführenden Staaten und hier vor allem der Entente-Länder; diese waren vom italienischen Außenminister Sidney Sonnino beeinflusst, der die Note als von Deutschland inspiriert ansah.³⁷ Die wichtigste Neuheit an der päpstlichen Note war die Aufforderung, die Normen des Internationalen Rechts zur Grundlage für den künftigen Frieden zu machen. Der Papst nannte Prinzipien einer neuen Doktrin in der Führung der internationalen Beziehungen, die denen von Präsident Wilson genannten um wenige Monate vorausgingen. Sie zeigten ein neues System der internationalen Beziehungen auf, das sich auf die moralische und spirituelle Autorität des Papstes stützen sollte. Es war eine an alle Katholiken gerichtete Aufforderung, sich um einen gerechten und dauerhaften Frieden zu bemühen. Dies kann auch als das Grundelement der Analyse des PPI-Begründers gesehen werden: Ausgehend von der Kritik an der imperialistischen und bourgeoisen Gesellschaft der Vorkriegszeit, postulierte Sturzo die geordnete Wiedererstehung Europas auf der Basis eines neuen, christlichen Bewusstseins. Mit derartigen Überlegungen schuf er die Grundlage für das Parteiprogramm zur internationalen Politik, eine Grundlage die mit den Botschaften von Benedikt XV., von Wilson und der gesamten völkerbundfreundlichen politischen Kultur jener Jahre verbunden war und blieb.³⁸

34 Vgl. Malgeri: Luigi Sturzo, S. 93.

35 Benedikt XV. schlug unter anderem folgende Maßnahmen für die Schaffung und den Erhalt einer neuen Friedensordnung vor: „gleichzeitiger und gegenseitiger Rüstungsabbau“, Einrichtung eines Schiedsgerichts, „Kommunikationsfreiheit und Gemeinsamkeit der Meere“, gegenseitige Annullierung der Reparationsforderungen, Rückgabe der besetzten Gebiete. Die enormen Vorteile eines auf gegenseitiger und gleichzeitiger Abrüstung basierenden Friedens würden außerdem die Beilegung der Territorialstreitigkeiten zwischen Österreich und Italien sowie zwischen Deutschland und Frankreich beschleunigen. Wortlaut der „Nota“, in Italienisch und Französisch veröffentlicht, in: *Civiltà Cattolica*, 1917, III, S. 385–392.

36 Vgl. Malgeri: La Chiesa, i cattolici e la prima guerra mondiale, S. 208.

37 Vgl. Enrico Serra: La Nota del primo agosto 1917 e il governo italiano: qualche osservazione, in: Giorgio Rumi (Hg.): *Benedetto XV e la pace*. Brescia, 1990, S. 49–63.

38 Vgl. Giuseppe Ignesti: Pace e comunità internazionale in Luigi Sturzo, in: *Annuario della Lumsa 1993/1994*, S. 87–94, hier 91.

Sturzo kommentierte die päpstliche Note im Rahmen eines Vortrags im „Circolo di San Pietro“ in Rom am 15. September 1917. Er brachte dabei seine eigenen Überlegungen zu den Vorschlägen Benedikts XV. ein; dies vor allem an der Stelle, wo er als hauptverantwortlich für den Konflikt den von den europäischen Mächten ausgelösten Kampf um die Vorherrschaft auf den Märkten und Kommunikationswegen nannte – ein Kampf, der die Rivalitäten und den Rüstungswettlauf noch verschärft habe.³⁹

An einigen von Sturzos Reden zwischen 1917 und 1918 lassen sich die zu Kriegsende entwickelten Grundgedanken wie auch seine besonderen Charaktereigenschaften rekonstruieren. Nach Gabriele De Rosa ist der wichtigste Anhaltspunkt für das Verständnis von Sturzos Denken die Rede vom 30. Juni 1918 in Pesaro.⁴⁰ Darin nannte der sizilianische Priester den noch andauernden Krieg „den ersten nationalen Krieg im wahrsten Sinne des Wortes“, das heißt ein einendes Element und damit ein bedeutendes Ereignis in der italienischen Nationalgeschichte. Als Sturzo die bis zu jenem Zeitpunkt von Italien verpassten Gelegenheiten (den italienisch-türkischen Krieg um Libyen von 1911 und den „unterschwelligem und verzerrten Irredentismus des Dreibundes“) rekapitulierte – ebenso die „Verantwortung der italienischen Kultur für das nicht erreichte neue italienische Bewusstsein“ aufgrund ihrer Unterordnung unter die deutsche Kultur des klassischen Materialismus –, definierte er den Krieg als eine Art moralische und politische Befreiung von der Last der katholischen, Habsburg-freundlichen Kulturtradition und von den Einflüssen der sozialistischen Ideologien.⁴¹ De Rosa betont, dass eine derartige Analyse des Krieges und die wiederholte Rechtfertigung des italienischen Kriegseintritts Sturzo von den Positionen des Papstes und der päpstlichen Note von 1917 entfernt hätten. Außerdem hebt De Rosa hervor, dass das Ende des Krieges und seine Folgen – Anwachsen der nationalen Egoismen, erste ausgedehnte Verbreitung des Sozialismus, Aufkommen des Faschismus in Italien – Sturzos These vom Ende des Sozialismus und vom Erfolg einer wahren demokratischen Gesellschaft widerlegt hätten. Und so war in der Tat die „große Palingenese (Wiedergeburt)“ der Nationen, die er zwei Wochen nach Kriegsende in einer Rede symbolisch angekündigt hatte, nicht dazu bestimmt, sich zu verwirklichen: „Keine Nation wird sich früher oder später der großen Palingenese entziehen können: Derartige Erschütterungen hat der lebende oder sich entwickelnde Sozialkörper erfahren oder wird sie noch erfahren; und die moralische Aufwertung erfolgt nicht so sehr durch reflektierten Willen als vielmehr in der instink-

39 Vgl. Malgeri: Luigi Sturzo, S. 94.

40 De Rosa: Sturzo, S. 177.

41 Die Rede mit dem Titel „Resistenza spirituale“ hielt Sturzo in Pesaro und vielleicht in anderen italienischen Städten, zit. nach De Rosa, Luigi Sturzo nella storia d'Italia, S. 42–107.

tiven Erarbeitung des religiösen und kollektiven Bewusstseins, in Kontakt mit der Realität der Lebensdynamik.“⁴²

Die Originalität von SturzOs Ansatz wird jedoch deutlich, wenn man ihn in seiner internationalen Dimension betrachtet und in Verbindung stellt zu den sonstigen Entwicklungen sowohl im politischen Spektrum Italiens wie Europas, innerhalb dessen es ihm gelungen war, sich als unbestrittener Pionier des ersten zwischenparteilichen Kooperationsprojekts unter Katholiken zu behaupten.

In den letzten Kriegsmonaten wurden SturzOs Betrachtungen zu den internationalen Themen nach und nach reifer und fundierter. Er brachte den Inhalt der päpstlichen Note in Einklang mit den Aussagen des US-Präsidenten Thomas Woodrow Wilson und sah die Möglichkeit, dass nach dem Krieg eine neue internationale, auf Recht und den legitimen Bestrebungen der Völker basierende Gemeinschaft entstehen könnte. In der bereits zitierten Rede von Mailand im November 1918 erklärte Sturzo, dass Wilsons 14 Punkte („die in Vielem an die päpstliche Note vom 1. August 1917 erinnern“) die zentralen Elemente für die Zukunft der Völker enthielten, und damit den Vereinigten Staaten die Aufgabe anzutragen schienen, Europa zu neuem Leben zu erwecken.⁴³

Sturzo entwickelte aus den Überlegungen des Papstes wie aus denen Wilsons die Grundgedanken des Parteiprogramms zur internationalen Politik. Aber seine Überlegungen zu den Fragen der internationalen Politik standen auch unter dem Einfluss von Theorien katholischer Philosophen über die internationale Gemeinschaft, etwa Antonio Rosmini, Luigi Taparelli D’Azelio und Francisco De Vitoria. Diese hatten stets den Gedanken vom Staat als etwas Absolutem abgelehnt und die Existenz einer höheren Ebene hervorgehoben, die über der Staatengemeinschaft stehe, nämlich der Weltgemeinschaft.⁴⁴

Die Synthese, die Sturzo zwischen der Lehre Benedikts XV. und dem Friedensplan von Wilson hergestellt hatte, ist einer der interessantesten Aspekte in seinem Denken: Der Völkerbund war für ihn ein Organ, das auf dem idealistischen Fundament Wilsons aufgebaut und von einem christlichen Impuls und einer christlichen Inspiration beseelt sein sollte, durch die das Zusammenleben der Völker erneuert werden könne. In der Betonung eines Gleichgewichts zwischen der Anerkennung nationaler Rechte und gerechtfertigter nationaler Bestrebungen, der Verfolgung höherer internationaler Interessen und den „immerwährenden Voraussetzungen für den friedlichen Fortschritt der Gesellschaft“ wollte man allen Völkern – Siegern wie Besiegten – den Weg zur ge-

42 Luigi Sturzo: I problemi del dopoguerra, Rede vom 17. November 1918 im Circolo della Cultura, Mailand, anlässlich der Eröffnung des Kulturjahres, zit. nach ders.: Il Partito Popolare Italiano, Bd. 1: 1919–1922. Rom 1956, S. 32ff.

43 Ebd., S. 36.

44 Vgl. Giuseppe Ignesti: Pace e comunità internazionale, S. 87–94. Siehe auch Iginio Giordani: La politica estera del Partito Popolare Italiano, S. 62ff.

meinsamen Überwindung der schweren sozialen und politischen Krise nach dem Ersten Weltkrieg weisen.⁴⁵ Hierin liegen die große Originalität und der Mut Sturzos (der ja immerhin ein katholischer Priester war) und sein internationalistisches Denken. Er distanzierte sich klar von der Misstrauenshaltung gegenüber dem amerikanischen Präsidenten und dessen Idee vom Völkerbund. Gerade unter Katholiken, die Wilsons Plan als Ausdruck der internationalen Freimaurerei und des Protestantismus ansahen, war dieses Misstrauen weit verbreitet.⁴⁶ Sturzo war besonders beeindruckt von dem „idealistischen“ und demokratischen Tenor des Wilson-Projekts; er lobte vor allem den demokratischen Aspekt, ohne jedoch zu verbergen, dass er sich der damit auch verbundenen „nationalen und plutokratischen Interessen“ bewusst war, ebenso wie des offensichtlichen Ziels, die Motivation der eigenen Soldaten an den verschiedenen Fronten zu fördern, wie er im Band „Italia e Fascismo“ erklärte, den er 1926 während seines Londoner Exils schrieb.⁴⁷ Gerade in diesem Buch, einem Rückblick auf die Kriegsjahre und ihre Konsequenzen für die nachfolgenden Entscheidungen der Friedenskonferenz, gesteht Sturzo ein, dass der Idealismus der Entente durch die Tendenz beider Lager, den Krieg bis zur Vernichtung des Feindes weiterzuführen, beeinträchtigt war. Der Krieg – so Sturzo – war Folge eines ausgeprägten Militarismus, eines Hegemonie-Kampfes zwischen Industrie- und Handelskapitalismen und eines unsicheren, instabilen europäischen Gleichgewichts. Er habe aber zusätzlich einen „ideellen Wert“ erhalten, als die Mittelmächte „sich den konfliktfernen Parteien gegenüber auf die Seite des Unrechts gestellt hatten“⁴⁸. Ein schwerer Fehler, den die Deutschen gemacht hätten, sei „psychologischer“ Natur gewesen: Nämlich zu glauben, dass es möglich sei, einen Krieg gegen viele Staaten ohne eine ideelle Grundlage zu führen, die sie zu Sympathieträgern machen und Hoffnungen bei den nicht beteiligten Völkern wecken könnte. Stattdessen hätten die Ausweitung des Krieges, die Verletzung der Neutralität Belgiens, der Einsatz von U-Booten und von Bomben gegen wehrlose Menschen dazu beigetragen, das Wohlwollen ihnen gegenüber auch in neutral gebliebenen Ländern zu vermindern. Auch seien von der Entente eingesetzte, ebenfalls völkerrechtswidrige Mittel – wie etwa die Seeblockade – von Drittstaaten milder beurteilt worden. Demgegenüber habe der unbeschränkte deutsche U-Boot-Krieg die Vereinigten Staaten veranlasst, in den Krieg einzutreten und damit dessen Ausgang zu entscheiden.⁴⁹ Zwar sei die amerikanische Intervention in erster Linie auf der

45 Vgl. Francesco Malgeri: L'opera di Sturzo per la comunità internazionale dalla Società delle Nazioni all'Onu, in: Istituto di Sociologia Luigi Sturzo (Hg.): Luigi Sturzo e la Comunità internazionale. Atti del V Corso della Cattedra Sturzo. Catania 1985, S. 5–21, hier 9.

46 Ebd., S. 10.

47 Sturzo: Italia e Fascismo, S. 37.

48 Ebd., S. 36.

49 Ebd., S. 37.

Grundlage eines idealistischen Ansatzes erfolgt, gleichzeitig aber kompromittiert worden durch die Tendenz zur Vernichtung des Feindes, was im weiteren Verlauf des Krieges schließlich von beiden Lagern angestrebt worden sei. Hierin sah der sizilianische Geistliche die Wurzel einer falschen Einstellung für die Zukunft: „Der menschliche und politische Wert der Aufforderung Benedikts XV. vom August 1917 zu Friedensverhandlungen wurde verkannt; die tiefe Realität des Satzes vom ‘sinnlosen Gemetzel’ wurde nicht ausreichend beachtet. Dieser Kampfwille machte viele der von der Entente als Kriegsziele verkündeten Prinzipien nicht realisierbar; das bereitete den Weg für die Krise der Pariser Konferenz. So kommen die verjagten Nationalismen durch die Hintertür wieder herein mit ihrer fatalen Logik des Krieges bis zum bitteren Ende und der Strafjustiz gegenüber den Feinden; auf diese Weise entsteht eine tiefe Kluft, die zu überbrücken es viele, viele Jahre brauchen wird.“⁵⁰

Im Einklang mit der Botschaft des Evangeliums und auf der Linie mit jener Ideenfülle, die wenige Jahre später Männer wie Aristide Briand und Gustav Stresemann anspornen sollte, forderten die Popolari weltweite Abrüstung und unterstützten den Völkerbund. Indem sie die Aufteilung in Sieger und Besiegte verwarfen, befürworteten sie das Recht der Besiegten, im Völkerbund mitzuwirken. Das von der Volkspartei erarbeitete Konzept der internationalen Beziehungen fußte auf der Überzeugung, dass allein gleichberechtigte Beziehungen zwischen den Staaten den Interessen der Völker gerecht werden könnten. Dieser Grundgedanke taucht schon in der Einleitung des „Aufrufs an alle Freien und Starken“ auf, der am Abend des 18. Januar 1919 von einem Zimmer des römischen Hotels Santa Chiara aus verbreitet wurde. Die Gründungsväter des PPI baten damit um Zustimmung für das Parteiprogramm, dessen Statut ebenfalls bekannt gegeben wurde: „An alle Freien und Starken, die in dieser schweren Stunde die Pflicht empfinden, an den höchsten Zielen des Vaterlandes ohne Vorbehalte und Vorurteile mitzuwirken, appellieren wir, damit sie gemeinsam die Ideale von Gerechtigkeit und Freiheit insgesamt verbreiten. Und während die Vertreter der Siegerstaaten sich treffen, um die Grundlagen für einen gerechten und dauerhaften Frieden zu schaffen, müssen die politischen Parteien jedes Landes dazu beitragen, die Tendenzen und die Grundsätze zu stärken, die es ermöglichen, jegliche Gefahr neuer Kriege fern zu halten, den Nationen ein stabiles Gefüge zu geben, die Ideale von sozialer Gerechtigkeit zu verwirklichen und die allgemeinen Arbeitsbedingungen zu verbessern, die geistigen und materiellen Energien aller Länder in dem feierlichen Band des Völkerbundes zur Entfaltung zu bringen.“⁵¹

Sturzo und die Mitbegründer des PPI teilten das Vertrauen in den Völkerbund und die Hoffnung, dass ein organisierter Zusammenschluss der Staaten

50 Ebd., S. 39.

51 Vgl. Appello al Paese, S. 35.

das Entstehen von künftigen Kriegen verhindern könne. In diesem Sinne richteten die Gründungsväter des PPI ihren Aufruf an die politischen Parteien aller Länder und forderten sie auf, zur Festigung der pazifistischen Tendenzen und Prinzipien beizutragen; den Nationen eine stabile Ordnung zu geben; die Ideale sozialer Gerechtigkeit zu verwirklichen und die allgemeinen Arbeitsbedingungen zu verbessern. Der Völkerbund entspreche den Friedenserwartungen aller Völker und insbesondere denen der Christen. Der PPI machte es sich während seines kurzen Bestehens daher zum Ziel, diese Institution zu stärken, indem er den Vorgaben des Papstes folgte, der 1920 in der Enzyklika „Pacem, Dei Munus Pulcherrimum“ den Christen den aktiven Beistand der Kirche bei der Zusammenarbeit zwischen den Staaten für die Wahrung des Friedens und die Ordnung der menschlichen Gesellschaft zugesagt hatte.

1921, auf dem III. Kongress der Partei, der in Venedig stattfand, wurde eine Erklärung verabschiedet, in der das Vertrauen und die Unterstützung gegenüber der Genfer Institution betont wurden. Die Regierung wurde aufgerufen, mit geeigneten Persönlichkeiten und angemessenen Mitteln an der Arbeit und Verbesserung des Völkerbundes teilzunehmen. Es wurden auch entsprechende Reformvorschläge gemacht: Die Arbeitsweise des Völkerbund-Rates sollte effizienter gestaltet werden und die Delegationen der Mitgliedsländer sollten einen repräsentativeren Charakter erhalten. Dies bedeute – so der Kommentar von Igino Giordani – die logische Weiterentwicklung der Programmpunkte des „Aufrufs an die Freien und Starken“.⁵² Die Vorschläge wurden in einem Antrag gesammelt und im Dezember 1921 dem Parlament von PPI-Abgeordneten vorgestellt. Es ist keineswegs von zweitrangiger Bedeutung, dass der Kongress von Venedig die Einrichtung eines ständigen Büros für die Untersuchung und Abwicklung internationaler Fragen innerhalb der Parteileitung gebilligt hatte.⁵³

Sturzo hielt die in Italien traditionell praktizierte Unterordnung der Außenpolitik unter die Innenpolitik für falsch und erarbeitete ein Programm für die Außenpolitik, das sich am Internationalismus⁵⁴, am Anti-Imperialismus und an der Europäischen Idee orientierte und trotz der ausdrücklichen Ablehnung des Imperialismus die Wahrung der Interessen des Landes ermöglichen sollte.⁵⁵

Unmittelbar nach Veröffentlichung des Programms nahm der PPI die Probleme des Wiederaufbaus nach dem Krieg auf der Grundlage eines Konzepts in Angriff, das die Außenpolitik in engen Zusammenhang mit den Problemen der Innenpolitik stellte, die gemeinsam gelöst werden sollten. In diesem Sinne

52 Vgl. Giordani: *La politica estera del Partito Popolare Italiano*, S. 61f.

53 Ebd., S. 68.

54 Vgl. Punkt XII des Programms, veröffentlicht in: Malgeri (Hg.): *Gli atti dei congressi del Partito Popolare Italiano*, S. 39.

55 Vgl. *Appello al Paese*.

beispielhaft ist die Verbindung, die zwischen der Lösung der „süditalienischen Frage“ und der „adriatischen Frage“ sowie zwischen Auswanderung und italienischem Kolonialismus hergestellt wurde. In Punkt XI wurden der „Schutz und die Aufwertung der italienischen Auswanderung“ sowie eine „im Einvernehmen mit den Interessen der Nation stehende und am Programm für eine progressive Zivilisierung ausgerichtete Kolonialpolitik“ befürwortet. Die Kolonialpolitik wurde somit als komplementär zur Auswanderung dargestellt – als eine Notwendigkeit zur Verminderung des demographischen Drucks in Italien und als ein Ausweg für die Agrar-Frage, besonders mit Blick auf die Lösung der Probleme Süditaliens. Es handelt sich hier um einen Vorschlag, den Sturzo bei verschiedenen Gelegenheiten vorlegte, und der ganz explizit 1921 in einer Rede in Rom auftauchte, unmittelbar vor den Neuwahlen nach der Auflösung der Abgeordnetenversammlung, die Ministerpräsident Giovanni Giolitti unter Missbilligung des PPI in der Absicht provoziert hatte, das parlamentarische Gewicht der Popolari und der Sozialisten einzuschränken: „Wir müssen Arbeitskräfte exportieren und Rohstoffe importieren; wir müssen unser Betätigungsfeld nach Osten richten; wir müssen unseren Platz im Mittelmeer wieder einnehmen. Das ist eine Politik: tun oder nicht tun (...). Die Außenpolitik ist für uns am schwierigsten eben wegen der Position unseres Vaterlandes, wegen des Interessenspiels der hegemonialen Nationen, wegen unserer politischen Tradition an sich sowie wegen der wirtschaftlichen Armut, die uns zwangsläufig zu Schuldnern im Ausland macht. An diesem Schwachpunkt unserer nationalen Position müssen die Anstrengungen der Gelehrten wie der Politiker zusammenkommen und jene Gleichgültigkeit gegenüber den außenpolitischen Problemen überwinden, die lang genug das Merkmal unserer Erziehung zum öffentlichen Leben war.“⁵⁶

Für den Mezzogiorno – Süditalien – erhoffte Sturzo eine Politik tiefgreifender Veränderungen in der Landwirtschaft, in enger Verbindung mit der Mittelmeerpolitik Italiens. Auch die adriatische Küste sollte in den Rahmen einer neuen italienischen Wirtschaftsaktivität mit dem Ziel der Stärkung des Mezzogiorno eingebunden werden. 1922 regte Sturzo eine „Unione italo-danubiana“⁵⁷ an, was die italienische Regierung ablehnte, und ein Jahr später in Neapel, anlässlich des vierten Jahrestages der Parteigründung, verknüpfte er ausdrücklich die Außenpolitik mit der adriatischen und der süditalienischen Frage.

Das Mittelmeer war für Sturzo der natürliche Expansionsraum für die Wirtschaft Süditaliens. Diese Auffassung entsprach sowohl den realen und legiti-

56 Vgl. Rede von Don Luigi Sturzo im Augustus-Theater in Rom vom 2. Mai 1921, in: Sturzo: *Il Partito Popolare Italiano*. Bd. I., S. 177.

57 Vgl. IV Kongress (Turin, 12.–14. April 1923), veröffentlicht in: Malgeri (Hg.): *Gli atti dei congressi del Partito Popolare Italiano*, S. 387–520, hier 499. Siehe auch die Rede von Sturzo in Neapel am 18. Januar 1923, in: Luigi Sturzo: *I discorsi politici*. Hg. vom Istituto Luigi Sturzo. Rom 1951, S. 261–307.

men Interessen des Südens, wie denen des Nordens im Bereich von Landwirtschaft und Industrie: „Das handwerkliche Norditalien muss notwendigerweise zum Donaubecken hin ausgerichtet sein, gerade so, wie das landwirtschaftliche Norditalien mit der Zeit versuchen muss, die schweizerischen und deutschen Märkte wieder zu erobern.“⁵⁸ Ein starkes Italien im Zentrum des Mittelmeerraums: Das war das zentrale Konzept Sturzos seit Gründung der Partei.⁵⁹

Ein wirtschaftliches und politisches Gleichgewicht musste auch in Europa angestrebt werden, vor allem durch die Beendigung der deutsch-französischen Zwietracht. Die „Popolari“ hatten verstanden, dass die französische Politik der wirtschaftlichen und politischen Vernichtung Deutschlands genau jenen Revanche-Geist nähren würde, den die Franzosen damit unterdrücken wollten. Sie vertraten darüber hinaus die Ansicht, dass die Absicht, Deutschland zu schwächen und zu isolieren, eine imperialistische Tendenz auslösen würde, die wiederum zu erneuten Forderungen und Konflikten führe. Aufgrund der Beschlüsse von Versailles hatte sich der deutsch-französische Konflikt in der Tat im Wesentlichen in ein wirtschaftliches Problem verwandelt. Die wirtschaftliche und finanzielle Schwäche Deutschlands war ein Schaden für ganz Europa. Sicherheit und die Beseitigung des deutschen Revanchismus sollten nach Auffassung des PPI durch einen Auslandskredit erreicht werden, der es Deutschland erlaubte, die Reparationszahlungen zu leisten und seine Wirtschaft wieder aufzubauen.⁶⁰ Die „Popolari“, „(...) die Fahne der christlichen Prinzipien über dem Hass der Völker schwenkend“ – so die Kölnische Volkszeitung 1921⁶¹ –, machten den Vorschlag, die Reparationsfrage mit der der interalliierten Schulden zu verbinden, indem Deutschland ein Aufschub gewährt und die Zahlungen an England und Amerika ausgesetzt werden sollten.⁶² Dementsprechend erklärten sie sich auch nicht einverstanden mit der Ruhrbesetzung.⁶³

Im April 1923 erklärte Prinz Rufo Ruffo della Scaletta, einer der aufmerksamsten Beobachter der internationalen Geschehnisse⁶⁴, auf dem IV. Parte-

58 Vgl. La funzione storica del Partito Popolare Italiano. Rede von Don Luigi Sturzo, in: Malgeri (Hg.): Gli Atti dei congressi del Partito popolare italiano, S. 395–416. Für eine eingehende Untersuchung der von Sturzo für Italien vorgeschlagenen politischen Formeln und Perspektiven für das Italien des Ersten Weltkriegs siehe Gabriele De Rosa: L'utopia politica di Luigi Sturzo. Brescia 1972.

59 Vgl. Giordani: La politica estera, S. 18 ff.

60 Siehe hierzu die Beschlüsse des PPI-Nationalrats vom 6. Mai 1922. Ebd., S. 114.

61 „Kölnische Volkszeitung“ vom 19. Juni 1921.

62 Siehe hierzu die Beschlüsse des PPI-Nationalrates vom 20. Oktober 1922, in: Giordani: La politica estera, S. 129.

63 Ebd., S. 125f.

64 Prinz Rufo Ruffo della Scaletta (1888–1959), Rechtsanwalt, „Interventista“ und Kriegsfreiwilliger im Ersten Weltkrieg, trat dem PPI unmittelbar nach dessen Gründung bei. Er war Mitglied der Parteidirektion und ab 1921 auch des Nationalrats. Er spielte eine wichtige Rolle bei der Erarbeitung des Parteiprogramms für die Außenpolitik und war Sturzo freundschaftlich verbunden. Ab Dezember 1925 gehörte er zur „pentarchia“, die die Partei

kongress in Turin, dass die Reparationszahlungen die deutsche Wirtschaft daran hinderten, zu normalen Bedingungen zurückzufinden. Die Reparationen hätten einen Mechanismus ausgelöst, der die schwere Krise in Deutschland charakterisiere: Produktion zu Niedrigstpreisen, um die Konkurrenz mit der daraus folgenden, ständigen Abwertung der Mark und der Inflation zu schlagen; dies wiederum hätte das relative Erlahmen der Industrie in den anderen Ländern und die Verringerung der deutschen Importe zur Folge. In einem 1921 in der Zeitschrift „L’Azione popolare“ veröffentlichten Artikel hatte Ruffo unumwunden die Gefahren einer Politik der Vernichtung aufgezeigt. Unter dem programmatischen Titel „Frieden oder Krieg?“ kritisierte Ruffo offen „die Politik der Verteilung“ von Ressourcen und Gütern der deutschen Kolonien sowie die Auferlegung ungeheurer hoher Reparationszahlungen, die sich später in der Tat als fatal für die deutsche Demokratie erweisen sollten. Ruffo unterstützte die Ablehnung der Reparationszahlungen. Er wünschte sich, dass aus dem Versailler Vertrag nicht ein neuer Krieg entstehe, und forderte die „Popolari“ auf, ihren Beitrag zu leisten, damit der „Psychologie des Krieges“ ein Ende gemacht werden und Rache und Repressalien durch einen „guten Friedenswillen“ ersetzt werden könnten.⁶⁵ Im selben Jahr hatte der PPI-Abgeordnete Stefano Jacini im Parlament die Parteilinie – im Sinne einer internationalen Wirtschaftssolidarität – erläutert. Da sich das finanzielle Desaster in Deutschland auf ganz Europa auswirkte, erschien den „Popolari“ die Freundschaft zwischen Italien, Großbritannien und den Vereinigten Staaten als wichtiger Faktor für die Lösung der europäischen Nachkriegskrise.⁶⁶ Die Interessen Italiens und Großbritanniens stimmten hinsichtlich des angestrebten Wiederaufbaus der Wirtschaft in Mitteleuropa überein, der für Italien von vitaler Bedeutung war. Der PPI-Abgeordnete brachte seine Ablehnung und die seiner Partei gegenüber dem französischen Monopol in der europäischen Kohlewirtschaft – „fast gänzlich durch die Ruhrbesetzung erreicht“ –, das die italienische Wirtschaft schädigte, deutlich zum Ausdruck.⁶⁷ Die „logische und einfachste Lösung“ für den durch die deutschen Reparationen ausgelösten Teufelskreis – so erklärte Ruffo in seinem Bericht auf dem Kongress von Turin –, „wäre die, dass Amerika den Deutschen das zur Zahlung der Reparationen notwendige, nach dem derzeitigen Wert berechnete Kapital leiht, und dass Italien und Frankreich nach erhaltener Zahlung sich dieser bedienen, um ihre Schulden gegenüber den Ver-

bis zu ihrer Auflösung führte. Nach dem Zweiten Weltkrieg trat er in die Democrazia Cristiana ein, wo er als Vorsitzender der Schlichter eine wichtige Rolle hatte. Vgl. Gabriele De Rosa: Rufo Ruffo della Scaletta e Luigi Sturzo. Rom 1961.

65 Rufo Ruffo della Scaletta: Pace o guerra?, in: „L’Azione popolare“ vom 20. April 1921, veröffentlicht in: De Rosa: Rufo Ruffo della Scaletta e Luigi Sturzo, S. 90–94.

66 Vgl. Giordani: La politica estera, S. 125.

67 Siehe IV. Kongress der PPI, Turin, Ordine del giorno Ruffo della Scaletta sulla politica estera, in: Gli atti dei congressi del Partito Popolare Italiano, S. 544–546.

einigten Staaten und gegenüber England mit den teilweise bereits festgesetzten Abschlägen zu tilgen“.⁶⁸ Das wirtschaftliche Gleichgewicht in Europa sollte durch Beendigung der protektionistischen Tendenzen, Aufwertung der Währung und Erleichterungen beim Rohstoffkauf angestrebt werden. Der PPI hatte außerdem das unbestrittene Verdienst, das Gewicht des Nationalitätenprinzips erkannt zu haben, ebenso wie die Notwendigkeit, dies international als ein Instrument der Aussöhnung zu verteidigen und geltend zu machen. Mit dieser Vision gaben die „Popolari“ auch ihrer Ablehnung der Politik der Alliierten gegenüber der Türkei und der Isolierung Sowjetrusslands zum Ausdruck. Das Streben Irlands nach Unabhängigkeit unterstützten sie.⁶⁹

Aus dem Kongress von Turin ging der erste, einheitliche Beschluss zu außenpolitischen Fragen hervor; es wurde eine Erklärung zur Außenpolitik verabschiedet, in der die Verwirklichung einer transparenten, an den Prinzipien von Zusammenarbeit und Brüderlichkeit ausgerichteten Politik in Europa als notwendig erklärt wurde. Dabei sollten die Grundprinzipien der christlichen Moral angewendet, aber gleichzeitig das Völkerrecht wachsam und entschlossen verfochten werden. Mit dem Ziel, diese Prinzipien zu verbreiten und auf internationaler Ebene in das allgemeine Bewusstsein eindringen zu lassen, wurde die Schaffung einer Volks-Internationalen vorgeschlagen, im Sinne einer „intimeren Vereinbarung zwischen gleichartigen Parteien, die ausgehend vom Begriff des Vaterlandes für eine bessere, christliche Zukunft der internationalen Beziehungen zusammenarbeiten“.⁷⁰

Der Einsatz Sturzos für die Schaffung einer Volks-Internationalen – verstanden als ein Zusammenschluss von christlich-sozial geprägten Parteien und politischen Bewegungen – hatte 1919 begonnen: Schon der „Aufruf an die Freien und Starken“ war an die Parteien aller Länder gerichtet, die aufgefordert wurden, am Aufbau der neuen Friedensordnung mitzuwirken. Sturzo strebte die Schaffung eines internationalen Zusammenschlusses an mit dem Ziel einer intensiveren Bekräftigung der christlichen Prinzipien. Er präsentierte und erläuterte seine Gedanken auf dem ersten Kongress der Partei in Bologna im Juni 1919.⁷¹ Der Plan der Parteiführung wurde positiv aufgenommen: Am 21. Juni 1919 – also nur wenige Monate nach ihrer Gründung – billigte die römische Sektion eine Erklärung, in der die geplante Arbeit für eine Verständigung mit den Volksparteien der anderen Länder „zur Kenntnis genommen“ und dem

68 Vgl. IV. Kongress der PPI, Turin, Indirizzi di politica estera, in: Gli atti dei congressi del Partito Popolare Italiano, S. 496f.

69 Vgl. Giordani: La politica estera, S. 173–183.

70 Vgl. IV. Kongress der PPI, Turin, Ordine del giorno Ruffo della Scaletta sulla politica estera.

71 Vgl. IV. Kongress der PPI, Turin, Luigi Sturzo: La costituzione, le finalità e il funzionamento del Partito Popolare Italiano, in: Malgeri (Hg.): Gli atti dei congressi del Partito Popolare Italiano, S. 47–56, hier 63f.

Wunsch Ausdruck gegeben wurde, dass diese Verständigung zur Stärkung der Einigkeit unter den christlichen Gewerkschaftsorganisationen beitragen möge.⁷² Im Dezember desselben Jahres verabschiedete dann der Nationalrat der Partei eine Erklärung, in der die Grundlagen für eine Verständigung mit den demokratisch und christlich gesinnten Parteien und Gewerkschaftsorganisationen in den verschiedenen europäischen Ländern geschaffen wurden.⁷³ Mitbeteiligt an den beiden Erklärungen war Giovanni Gronchi, einer der Mitgründer des PPI, später dann der DC und 1955 dritter Staatspräsident der Republik. Im Ausland weckte die Initiative des PPI mit seinem Streben nach Solidarität unter den Völkern großes Interesse und belebte die Hoffnungen derer, die – so schrieb Igino Giordani, der Protagonist dieser Initiative – „die unabänderliche Zerstörung der Entwicklung der europäischen Politik nach dem Krieg sahen“.⁷⁴ Das PPI-Projekt der Volks-Internationalen erhielt Zustimmung aus Frankreich, Deutschland, Österreich, Polen, Spanien und sogar aus amerikanischen Ländern.

1920 ernannte die Partei eine Studienkommission zur Volks-Internationalen und begann, Parteivertreter zu ersten Konsultationen mit den Schwesterparteien im Ausland zu schicken. Diese Treffen sollten die Freundschaft unter den Volksparteien konsolidieren und zur erhofften Schaffung einer neuen Ordnung beitragen. Eines der wichtigsten Zusammentreffen war das mit den Vertretern der deutschen Zentrumspartei im August 1921: Luigi Sturzo, Alcide De Gasperi, Stefano Jacini und Rufo Ruffo della Scaletta trafen in München und Köln den deutschen Kanzler Josef Wirth, die Minister und christlichen Gewerkschafter Adam Stegerwald und Heinrich Brauns sowie den Oberbürgermeister von Köln, Konrad Adenauer. Hauptthemen der Besprechungen waren die Lage Deutschlands und die italienische Ansicht dazu, aber auch das Entstehen einer Internationalen der christlichen Parteien.⁷⁵ Um diesen Entstehungsprozess zu beschleunigen, fuhr Sturzo nach Genua, wo zu dem Zeitpunkt eine wichtige Wirtschaftskonferenz mit Delegierten aus 29 Ländern stattfand (34, wenn man die britischen Dominions mitrechnet). Er traf dort mit zahlreichen Vertretern christlicher Parteien zusammen, denen er seinen Plan unterbreitete.

Zu diesem Anlass erklärte Sturzo in einem Vortrag im Redaktionssitz der katholischen Tageszeitung „Il cittadino“ die Beweggründe für das Projekt: Man wolle eine „politische Internationale, deren Grundlage die christlich-sozialen Prinzipien sind, deren Ziel die Beurteilung der moralischen und der sozi-

72 Vgl. Giordani: *La politica estera*, S. 203.

73 Vgl. Jacini: *Storia del Partito Popolare Italiano*, S. 66.

74 Vgl. Giordani: *La politica estera*, S. 204.

75 Ebd., S. 209–212. Siehe auch Maddalena Guiotto: *Luigi Sturzo e il mondo politico e intellettuale della Germania di Weimar*, in: Istituto Luigi Sturzo (Hg.): *Universalità e cultura nel pensiero di Luigi Sturzo*. Rubbettino 2001, S. 443–465; Francesco Malgeri: *Alle origini del Partito Popolare Europeo*, in: *Storia e politica* 18 (1979), S. 285–310.

alen Probleme in den verschiedenen Ländern ist“, und die „den ganzen Wert einer auf den Prinzipien von Recht und Nächstenliebe erbauten Wirtschaft aus der richtigen Perspektive sieht“. ⁷⁶Abschließend setzte er den Akzent nicht allein auf die pro-europäische Sichtweise, sondern auch auf die Universalität des Projekts – eines Projekts, das das moralische und politische Kapital der Italienischen Volkspartei war. Doch trotz Sturzos Enthusiasmus und der wohlwollenden Aufnahme seiner Initiative verhinderte die Entwicklung der Ereignisse in Italien deren Verwirklichung. Er nahm, ab 1924 auf Betreiben des Vatikans im Exil, den Plan wieder auf und gründete im Dezember 1925 in Paris auf der Grundlage eines von ihm verfassten Dokuments das „*Secrétariat international des partis ou organisations politiques démocratiques chrétiennes*“. Allerdings erhielt kein PPI-Delegierter von der faschistischen Regierung die Erlaubnis, daran teilzunehmen. Die Internationale ist nie jener echte und aktive Organismus geworden, wie Sturzo ihn gewollt hatte. ⁷⁷ Im Jahr darauf wurden der Partito Popolare und alle antifaschistischen Parteien vom Regime aufgelöst: Auch im Bereich der Außenpolitik war es Sturzos Schicksal, weniger die Gegenwart gestalten zu können als vielmehr für die Zukunft zu säen.

76 Luigi Sturzo: *Un Segretariato internazionale poco conosciuto*, in: ders: *Miscellanea Londinese*, Bd. 2: 1931–1933. Bologna 1967, S. 150–152.

77 Über die Entwicklung des Sekretariats Roberto Papini: *Il coraggio della democrazia. Sturzo e l'Internazionale popolare tra le due guerre*. Rom 1995; ders.: *L'Internazionale DC. La cooperazione tra i partiti democratici cristiani dal 1925 al 1985*. Mailand 1986; Guido Müller: *Das Secrétariat international des partis Démocratiques d'inspiration chrétienne 1925–1939 – ein vorweggenommenes Exil katholischer Demokraten in der Zwischenkriegszeit*, in: Gehler/Kaiser/Wohnaut (Hg.): *Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert*, S. 559–573.

Der „Historische Kompromiss“ als Belastung für die Beziehungen der Democrazia Cristiana zur CDU und den britischen Konservativen

Nikolas Dörr

Der 1996 in den Historisch-Politischen Mitteilungen erschienene Aufsatz von Carlo Masala über die Beziehungen der Christlich Demokratischen Union (CDU) zu ihrer italienischen Schwesterpartei Democrazia Cristiana (DC) in den Jahren 1949 bis 1969 trägt den Untertitel „Eine schwierige Beziehung“.¹ Betrachtet man das Verhältnis zwischen den beiden christlich-demokratischen Parteien im Folgejahrzehnt, muss man den Untertitel ergänzen und in diesem Fall von einer sehr schwierigen Beziehung sprechen. Dieses angespannte Verhältnis betraf nicht nur die CDU. Vor dem Hintergrund einer Annäherung und Mitte bis Ende der 1970er Jahre auch einer engen Zusammenarbeit zwischen der Democrazia Cristiana und dem Partito Comunista Italiano (PCI) wurde der Umgang mit der DC zu einer massiven Herausforderung für die europäische Christdemokratie und konservative Parteien insgesamt.

Der vorliegende Beitrag analysiert die Entwicklung hin zu dieser ungewöhnlichen Konstruktion, in der die größte kommunistische Partei Westeuropas mit dem „compromesso storico“ (Historischer Kompromiss) eine Strategie verfolgte, die mittelfristig eine christdemokratisch-kommunistische Regierungskoalition ermöglichen sollte und schließlich für knapp drei Jahre (1976–1979) in eine parlamentarische Tolerierung der christdemokratischen Minderheitsregierung durch den PCI mündete. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt auf der Haltung der CDU und der britischen Konservativen gegenüber der Democrazia Cristiana sowie den Auswirkungen auf die europäische Christdemokratie. Die Analyse beruht primär auf Recherchen im Archiv für Christlich-Demokratische Politik in der Konrad-Adenauer-Stiftung, dem Archiv für Christlich-Soziale Politik in der Hanns-Seidel-Stiftung und dem Archiv der Margaret Thatcher Foundation.

Die Beziehungen zwischen deutschen und italienischen Christdemokraten bis zum Ende der Ära Adenauer

Während mit dem Zentrum bereits seit 1870 eine dem Katholizismus verpflichtete Partei in Deutschland existierte, wurde unter der Führung des Priesters Luigi Sturzo mit dem Partito Popolare Italiano (PPI) erst zu Beginn des

¹ Carlo Masala: Die CDU und die Democrazia Cristiana, 1949–1969. Eine schwierige Beziehung, in: Historisch-Politische-Mitteilungen (HPM) 3 (1996), S. 145–162.

Jahres 1919 eine katholische Volkspartei in Italien gegründet. Bereits in den ersten Jahren avancierte der PPI neben den Sozialisten zur prägenden politischen Kraft im Land. Auch baute die Partei Kontakte zum Zentrum auf. Bereits im September 1921 kam es zu einem Treffen von Vertretern des PPI, unter ihnen auch Alcide De Gasperi, mit führenden Politikern der Zentrumspartei, zu denen auch der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer gehörte.² Nach dem Beginn der faschistischen Diktatur unter Benito Mussolini arbeiteten Teile des PPI zunächst mit der neuen Regierung zusammen. Infolge des Acerbo-Gesetzes³ wurde die PPI-Fraktion in den Parlamentswahlen von 1924 deutlich dezimiert und die Partei schließlich 1926 aufgelöst. Knapp fünf Monate nach der Absetzung Mussolinis wurde die Democrazia Cristiana im Dezember 1943 als Nachfolgerin des PPI als katholische Sammlungspartei gegründet.

Die italienische Christdemokratie zeichnete sich bereits in der Nachkriegszeit durch einen der katholischen Soziallehre verpflichteten einflussreichen linken Flügel aus. Mit Giuseppe Dossetti verfügte dieser über eine charismatische Führungsfigur, die in den späten 1940er und frühen 1950er Jahren De Gasperis Politik der militärischen Westbindung äußerst kritisch sah, sich aber letztlich nicht durchsetzen konnte.⁴ Erst in den 1970er Jahren konnte der linkskatholische Flügel der DC eine Mehrheitsstellung in der Partei erreichen und die strategische Ausrichtung maßgeblich beeinflussen.

Bis Mitte der 1950er Jahre verlief der Kontakt zwischen CDU und DC primär über die beiden Führungsfiguren Adenauer und De Gasperi. Eine hohe Symbolkraft besaß dabei der erste Staatsbesuch des Bundeskanzlers im Juni 1951 in Italien.⁵ Mit dem Kommunismus, der in Italien durch den Partito Comunista Italiano deutlich stärker innenpolitisch wirkte als die seinerzeit bereits relativ schwache Kommunistische Partei Deutschlands, hatten beide einen gemeinsamen politischen Gegner. Auch in der Europa-, Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik gab es weitgehende Übereinstimmungen.⁶

Nachdem Amintore Fanfani im Juni 1954 auf dem Parteikongress in Neapel zum neuen Nationalen Sekretär der Christdemokraten gewählt worden war, gestalteten sich die Beziehungen zwischen CDU und DC schwieriger. Darüber hinaus verstarb am 19. August 1954 mit De Gasperi die wichtigste Kontaktperson

2 Ebd., S. 146.

3 Das Acerbo-Gesetz, benannt nach Giacomo Acerbo, sollte die Faschistische Partei Mussolinis bevorteilen. Es stellte eine Wahlrechtsänderung dar, die im November 1923 verabschiedet wurde und in der Folge der stärksten Partei zwei Drittel der Mandate zusicherte.

4 Vgl. Angelo Panebianco: *Political Parties. Organization and Power*. Cambridge 1988, S. 127.

5 Vgl. Hans-Peter Schwarz: *Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952*. Stuttgart 1986, S. 866–871.

6 Vgl. Gian Enrico Rusconi: *Adenauer und De Gasperi*, in: Klaudia Ruschkowski/Wolfgang Storch (Hg.): *Deutschland – Italien. Aufbruch aus Diktatur und Krieg*. Dresden 2013, S. 51–53.

son für die CDU. Die bereits seit Gründung der Partei markante Flügelbildung in zahlreiche „correnti“⁷ weitete sich nach dem Tod der Integrationsfigur De Gasperi noch einmal deutlich aus, was auch von Adenauer kritisch gesehen wurde.⁸ In den Folgejahren erlahmte der Austausch zwischen italienischen und deutschen Christdemokraten weitestgehend.⁹ Eine wichtige Rolle nahmen daher die Urlaube Adenauers im norditalienischen Dorf Cadenabbia ein. Dort pflegte er weiter enge Beziehungen zu ausgewählten Persönlichkeiten, darunter viele Spitzenpolitiker der DC.¹⁰

Die DC auf der Suche nach neuen Partnern

Seit Mitte der 1950er Jahre verringerte sich langsam aber stetig der Einfluss der Democrazia Cristiana in der italienischen Politik und Gesellschaft, während derjenige der Kommunisten anstieg. Der PCI gewann bei jeder Parlamentswahl von 1948 bis 1976 an Stimmen hinzu. Seit 1968 verzeichnete die Partei darüber hinaus einen fast zehn Jahre lang ununterbrochen andauernden Mitgliederzuwachs. Die DC konnte hingegen nicht mehr an ihre dominante Stellung der ersten Nachkriegsjahre anknüpfen, als sie absolute Mehrheiten in beiden Parlamentskammern erzielt hatte oder sogenannte „centrismo“-Koalitionen mit den kleinen Parteien der politischen Mitte (Republikaner, Liberale und Sozialdemokraten) gebildet hatte.¹¹ Seit den späten 1950er Jahren wurde daher gezwungenermaßen ein Strategiewechsel diskutiert.

Eine Alternative für die italienischen Christdemokraten stellte die parlamentarische Unterstützung durch den neofaschistischen Movimento Sociale Italiano (MSI) dar. Die 1946 gegründete Partei setzte in den Anfangsjahren auf die verbliebenen Anhänger der Repubblica Sociale Italiana, Mussolinis Republik von Salò. Der christdemokratische Ministerpräsident Fernando Tambroni be-

7 Der Einfluss der diversen Parteiflügel (ital. correnti) war in Italien deutlich stärker ausgeprägt als in Deutschland. Die erste italienische Republik wurde daher bereits zeitgenössisch abfällig als „correntocrazia“ („Herrschaft der Parteiflügel“) bezeichnet. Zur Entwicklung der „correnti“ innerhalb der DC siehe Matthias Trefs: *Democrazia Cristiana, il partito di correnti*, in: Patrick Köllner/Matthias Basedau/Gero Erdmann (Hg.): *Innenparteiliche Machtgruppen. Fiktionalismus im internationalen Vergleich*. Frankfurt am Main/New York 2006, S. 67–98, hier 68–77.

8 Vgl. Adenauer: „...um den Frieden zu gewinnen.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961. Bearb. von Günter Buchstab (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 24). Düsseldorf 1994, S. 406, 812.

9 Vgl. Masala: *Die CDU und die Democrazia Cristiana*, S. 151.

10 Vgl. Günter Buchstab: *Adenauer in Cadenabbia. Vortrag anlässlich der Veranstaltung „Cadenabbia als literarischer Ort“* am 17. Januar 2007 im Wallraf-Richartz-Museum, S. 4f., URL: http://www.kas.de/wf/doc/kas_10042-544-1-30.pdf?070806130714 (Abruf 1. September 2017).

11 Vgl. Rudolf Lill: *Zur Erinnerung an Alcide De Gasperi (1881–1954)*, in: *HPM* 11 (2004), S. 171–182, hier 179.

endete 1960 die parteiinternen Überlegungen hinsichtlich einer christdemokratisch-sozialistischen Koalition und führte die DC auf einen entschiedenen Rechtskurs.¹² Neben einer harten Linie gegenüber den Kommunisten und Sozialisten sah er auch eine Zusammenarbeit mit dem MSI vor.¹³ Nachdem die neofaschistische Partei verkündet hatte, dass sie ihren nächsten Parteikongress in Genua, einem symbolträchtigen Ort und Schwerpunkt für die Kommunistische Partei, durchführen werde, kam es zu Massendemonstrationen in ganz Italien. Ministerpräsident Tambroni verlangte daraufhin von der dem Innenministerium unterstellten Polizei beziehungsweise den Spezialkräften der „Carabinieri“, die dem Verteidigungsministerium unterstanden, ein hartes Vorgehen gegen die Demonstranten, das, wenn nötig, auch den Einsatz von Schusswaffen beinhalten sollte.¹⁴ Infolge der Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften starben mehrere Personen. Tambroni musste schließlich nach nur 116 Tagen im Amt zurücktreten. Damit war eine Annäherung der DC an den MSI endgültig diskreditiert.¹⁵

Die „apertura a sinistra“

Von nun an verfolgten die Christdemokraten eine Öffnung gegenüber dem bislang von der Regierungsbildung ausgeschlossenen Partito Socialista Italiano (PSI). Die Sozialisten sollten die Mehrheit einer christdemokratisch geführten Koalition sichern und die Kommunisten somit isolieren helfen. Diese als „apertura a sinistra“ (Öffnung nach links) debattierte Option beinhaltete mehrere Schwierigkeiten. Zum einen handelte es sich beim PSI um eine Partei, die in der Nachkriegszeit eine äußerst enge Anbindung an die Kommunisten gesucht hatte und mit diesen sogar in einer gemeinsamen Wahlverbindung zu den Parlamentswahlen am 18. April 1948 angetreten war. Das enttäuschende Wahlergebnis von nur 31 Prozent der Wählerstimmen, während die Christdemokraten eine absolute Mehrheit erzielten, führte zwar zur Auflösung der Wahlallianz. Dennoch blieben beide Parteien in den Folgejahren eng verbunden. Der PSI verfolgte unter seinem Nationalen Sekretär Pietro Nenni in dieser Phase eine prosovjetsche Politik. 1951 wurde Nenni von der Sowjetführung sogar

-
- 12 Tambroni wurde am 25. März 1960 mit den Stimmen der Abgeordneten der Democrazia Cristiana, des MSI, des nationalkonservativ-monarchistischen Partito Democratico Italiano di Unità Monarchica und der regionalen Kleinparteien aus Südtirol und dem Aostatal zum Ministerpräsidenten gewählt. Er bildete daraufhin eine Minderheitsregierung der DC.
- 13 Vgl. Paul Ginsborg: *A History of Contemporary Italy. Society and Politics, 1943–1988*. Basingstoke/Hampshire 2003, S. 256f.
- 14 Vgl. David Ward: *Antifascisms. Cultural politics in Italy, 1943–46*. Benedetto Croce and the Liberals, Carlo Levi and the „Actionists“. Madison, N. J. 1996, S. 87.
- 15 Vgl. Mario Caciagli: *The Movimento Sociale Italiano-Destra Nazionale and Neo-Fascism in Italy*, in: Klaus von Beyme (Hg.): *Right-Wing Extremism in Western Europe*. London, New York 1988, S. 19–33, hier 19f.

der Internationale Stalin-Friedenspreis verliehen.¹⁶ Ebenso pflegten die italienischen Sozialisten gute Beziehungen zur DDR, was vor allem in den Augen deutscher Christdemokraten zusätzlich gegen eine Regierungsbeteiligung sprach.

Bereits im Januar 1947 hatte sich der rechte Parteiflügel der Sozialisten unter dem späteren Staatspräsidenten Giuseppe Saragat abgespalten und den Partito Socialista Democratico Italiano (PSDI) gegründet.¹⁷ Diese Sozialdemokratische Partei Italiens zeichnete sich durch eine klare Befürwortung der Westbindung, der Europäischen Einigung, einer engen Anbindung Italiens an die USA sowie einen ausgeprägten Antikommunismus aus. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, dass auch Adenauer die Partei für einen geeigneten Koalitionspartner der DC hielt.¹⁸ In den folgenden Jahren wurde der kleine PSDI zu einem Dauerpartner in den christdemokratisch geführten Regierungskoalitionen. Aufgrund der zurückgehenden Wahlergebnisse wurde die Mehrheit für die Koalitionen des „centrismo“ aus DC, PSDI sowie den beiden Kleinparteien Partito Liberale Italiano (nationalliberal) und Partito Repubblicano Italiano (linksliberal) jedoch immer geringer.

Die „apertura a sinistra“ stellte eine Option zur Lösung des Problems dar. Erst nach der gewaltsamen Niederschlagung des Aufstands in Ungarn 1956 lösten sich die Sozialisten von der Kommunistischen Partei Italiens.¹⁹ Diese hatte, bis auf wenige Ausnahmen, den gewaltsamen Einmarsch sowjetischer Truppen nicht öffentlich verurteilt. Adenauer lehnte eine Koalition mit den Sozialisten zusammen mit dem Großteil der Führung von CDU und CSU allerdings vehement ab.²⁰ Der Bundeskanzler stand mit seiner Haltung international nicht alleine. Insbesondere der spätere Nationale Sicherheitsberater des Präsidenten und US-Außenminister Henry Kissinger kritisierte die Öffnung der italienischen Christdemokraten gegenüber den Sozialisten.²¹ Die eindeutige Wahlniederlage der Democrazia Cristiana in der Parlamentswahl vom 28. April 1963 bei gleichzeitigen Gewinnen der Kommunisten erhöhte jedoch den

16 Vgl. Donald Sassoon: *One Hundred Years of Socialism. The West European Left in the Twentieth Century*. Revised Edition. London/New York 2010, S. 267.

17 Ursprünglich nannte sich die Partei Partito Socialista dei Lavoratori Italiani (Sozialistische Partei der italienischen Arbeiter). 1952 wurde der Name in PSDI geändert.

18 Vgl. Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957. Bearb. von Günter Buchstab (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 16). Düsseldorf 1990, S. 928.

19 Vgl. Spencer M. Di Scala: *Renewing Italian Socialism. Nenni to Craxi*. New York 1988, S. 111f.

20 Vgl. Adenauer: „Stetigkeit in der Politik“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961–1965. Bearb. von Günter Buchstab (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 32). Düsseldorf 1998, S. 104f.; Tim Geiger: *Atlantiker gegen Gaullisten. Außenpolitischer Konflikt und innerparteilicher Machtkampf in der CDU/CSU 1958–1969*. München 2008, S. 124.

21 Vgl. Niall Ferguson: *Kissinger*. Band 1: 1923–1968, *The Idealist*. New York 2015, S. 575.

Druck, neue Koalitionspartner zu finden.²² Trotz der Einwände zahlreicher Spitzenpolitiker der USA sowie internationaler Mahner entschied sich die Kennedy-Administration dazu, die Bildung einer christdemokratisch-sozialistischen Koalition in Italien zu unterstützen, um die Kommunisten von der Regierung fernzuhalten.²³ Im Dezember 1963 wurde schließlich die erste „centro-sinistra“-Koalition (Mitte-Links-Koalition) zwischen Democrazia Cristiana und Partito Socialista Italiano sowie den Sozialdemokraten und Republikanern mit Aldo Moro als Ministerpräsident gebildet. Adenauer versuchte anschließend die Beziehungen zur DC wieder zu intensivieren, um vor einer weiteren Zusammenarbeit mit dem PSI oder zukünftig gar mit den Kommunisten zu warnen.²⁴ Allerdings konnte mit der neuen Führungsgeneration der DC keine Beziehung etabliert werden, die adäquat zum Verhältnis Adenauer – De Gasperi gewesen wäre. Auf dem ersten CDU-Bundesparteitag nach Beginn der centro-sinistra-Regierung vom 14. bis 17. März 1964 in Hannover stellte der Vertreter der Democrazia Cristiana, Luciano Dal Falco, daher Kontinuität und das gemeinsame Erbe in den Mittelpunkt seines Grußwortes: „Wenn wir die Probleme von neuem berücksichtigen, dann darf ich im Namen meiner Partei behaupten, die italienische Democrazia Christiana [sic!] wird immer dieselbe bleiben. Das heißt, die Democrazia Christiana [sic!] von Alcide De Gasperi.“²⁵

Ähnlich schwach war die Zusammenarbeit mit der DC nach der Wahl des seit 1963 amtierenden Bundeskanzlers Ludwig Erhard zum neuen Parteivorsitzenden der CDU im März 1966. Anders als sein Vorgänger akzeptierte er jedoch – im Gegensatz zur CSU-Führung²⁶ – die Einschätzung der US-Regierung, wonach eine centro-sinistra-Koalition in Italien ein Weg sein könnte, um die gouvernementale Stabilität zu erhöhen und die Kommunisten zu isolieren.²⁷ Das Verhältnis beider Parteien steuerte jedoch auf einen Tiefpunkt zu, der sich symbolisch in dem Staatsbegräbnis Konrad Adenauers widerspiegelte, das am 25. April 1967 stattfand. Der seit Januar 1964 amtierende Nationale Sekretär und mehrmalige Minister Mariano Rumor hatte die DC vertreten und

22 Die DC erreichte 38,3 (Abgeordnetenhaus) bzw. 36,5 Prozent (Senat) der Stimmen, was einen Verlust von 4,0 bzw. 4,8 Prozentpunkten zur vorherigen Wahl darstellte.

23 Zur Haltung der Kennedy-Administration siehe Leopoldo Nuti: *Missiles or Socialists? The Italian Policy of the Kennedy Administration*, in: Douglas Brinkley/Richard T. Griffiths (Hg.): *John F. Kennedy and Europe*. Baton Rouge 1999, S. 129–147.

24 Vgl. Masala: *Die CDU und die Democrazia Cristiana*, S. 155f.

25 Luciano Dal Falco, zit. nach: *Christlich Demokratische Union Deutschlands, Bundesgeschäftsstelle* (Hg.): *Protokoll des 12. Bundesparteitags der CDU vom 14. bis 17. März 1964 in Hannover*. Bonn 1964, S. 125.

26 Vgl. Geiger: *Atlantiker gegen Gaullisten*, S. 229f.

27 Zur außenpolitischen Positionierung gegenüber der centro-sinistra Regierung unter Bundeskanzler Erhard siehe Jürgen Klöckler: *Die deutsch-italienischen Beziehungen vom Centro-Sinistra zur Großen Koalition aus Sicht des Auswärtigen Amts*, in: *Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken* 79 (1999), S. 530–575.

sich im Nachhinein ausgiebig über die schlechte protokollarische Behandlung seitens der Schwesterpartei beschwert.²⁸ Da Rumor in den Folgejahren zu einem der wichtigsten Politiker Italiens avancierte, wog die vermeintliche Brüskierung besonders schwer. Darüber hinaus blockierte er die Einbindung konservativer Parteien in die europäischen und internationalen christdemokratischen Parteienbündnisse. Zwar hatte auch Rumor als Vorsitzender der DC bereits 1965 öffentlich betont, dass es eines Gremiums zur Abstimmung auf europäischer Ebene bedürfe. Dieses könne jedoch nur christlich-demokratisch orientiert sein.²⁹ Als Rumor in seiner Funktion als Präsident der EUCD³⁰ ein Grußwort auf dem Bundesparteitag der CDU 1972 in Wiesbaden sprechen sollte, drohte er sogar seine Abreise für den Fall an, dass zusätzlich zu ihm gleichrangig ein Vertreter einer konservativen Partei begrüßen würde.³¹

Im CDU-Bundesvorstand wurde nun auch die im Vergleich zu den 1950er und 1960er Jahren noch stärkere Flügelbildung der Democrazia Cristiana als massives Problem wahrgenommen. Die zahlreichen „correnti“ inklusive einer sehr hohen Fluktuation im Parteiapparat der DC machten es der CDU zunehmend schwerer, geeignete Gesprächspartner für langfristig orientierte Strategien der Zusammenarbeit ausfindig zu machen. Der designierte neue Parteivorsitzende Helmut Kohl warnte in der Sitzung vom 12. Mai 1973 ausdrücklich vor einer ähnlichen Zersplitterung aufgrund von Partikularinteressen: „Ich meine, wenn wir so das Stichwort der Erneuerung aufnehmen, vollzieht sich auch etwas anderes ganz automatisch, nämlich eine Normalisierung zwischen den einzelnen Bereichen der Partei, den Gruppierungen, wo wir ja zunehmend anfangen, die Rolle der einzelnen Gruppen der Democrazia Cristiana zu übernehmen. Das ist kein leuchtendes Beispiel. Was sich in Italien abspielt zwischen den einzelnen Gruppen, sollte bei uns auf gar keinen Fall in die CDU/CSU hineingenommen werden. Denn wer den Weg der italienischen Republik,

28 Vgl. Carlo Masala: *Italia und Germania. Die deutsch-italienischen Beziehungen, 1963–1969*, 2. Aufl. Köln 1998, S. 124f. Rumors Kritik entbehrte allerdings jedweder Grundlage. Zum einen war Rumor, der als Parteivorsitzender und einfacher Parlamentsabgeordneter an dem Staatsbegräbnis teilgenommen hatte, den internationalen protokollarischen Gepflogenheiten entsprechend nach Staatsoberhäuptern und Regierungschefs platziert worden. Zum anderen war nicht die CDU, sondern die Bundesregierung für die Organisation und Durchführung des Staatsbegräbnisses zuständig gewesen.

29 Vgl. „La Democrazia Cristiana milizia al servizio della libertà“ (Roma, 4 giugno 1965), in: Costanza Ciscato (Hg.): *Mariano Rumor. Discorsi sulla Democrazia Cristiana*. Mailand 2010, S. 229–247, hier 241.

30 Die Europäische Union Christlicher Demokraten (EUCD) war 1965 aus den Nouvelles Équipes Internationales hervorgegangen. 1998 fusionierte die EUCD mit der EVP.

31 Vgl. Barzel: „Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1969–1973. Bearb. von Günter Buchstab mit Denise Lindsay (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 56). Düsseldorf 2009, S. 984f.

und wer die Prognosen für diese Republik in den nächsten Jahren betrachtet, der kann hier nichts besonders Überzeugendes für uns gewinnen.“³²

Das Verhältnis der SPD zur italienischen Linken

Gegensätzlich hatte sich die Beziehung der SPD zu den Parteien der italienischen Linken entwickelt. Im ersten Nachkriegsjahrzehnt hatte sie sich gegenüber Nennis Sozialistischer Partei, aufgrund deren Nähe zum Kommunismus, zurückhaltend gezeigt. Der kleine PSDI war hingegen mit Wahlergebnissen von durchschnittlich fünf Prozent der Wählerstimmen keine Partei, die die italienische Politik nachhaltig beeinflussen konnte. Zu den Kommunisten bestanden überhaupt keine Kontakte. Diese Situation änderte sich seit 1956 deutlich. Mit dem Abbruch der engen Anbindung an den PCI sowie einer strategischen Neuorientierung gegenüber der NATO, der EG und den Vereinigten Staaten fielen die Vorbehalte gegenüber einer engeren Beziehung mit dem Partito Socialista Italiano weg. Neben dem Wandel des PSI infolge der Niederschlagung des Aufstands in Ungarn gab es 1956 noch eine zweite strategische Wende in der italienischen Linken und diese betraf den Partito Comunista Italiano. Desse Generalsekretär Palmiro Togliatti verkündete nach dem XX. Parteitag der KPdSU und Chruschtschows Geheimrede eine neue Leitlinie des PCI, die als Polyzentristentheorie bekannt werden sollte. Togliatti folgend sollte es ab sofort kein zentrales Machtzentrum mehr geben, das einen monolithischen Block kommunistischer Parteien führt, so wie es bei der Kommunistischen Internationale (1919–1943) oder auch beim Kommunistischen Informationsbüro (1947–1956) der Fall gewesen war. Vielmehr sollte jede Partei von nun an eigene Wege zum Sozialismus finden. Zwar stellte die Verkündung des Polyzentristenkonzepts noch keinen Bruch mit dem Mutterland des Kommunismus dar, da der PCI auch in den Folgejahren enge Beziehungen zur KPdSU aufrechterhielt. Allerdings war Togliattis Strategiewechsel ein erster Schritt zu einer zunehmenden Eigenständigkeit der italienischen Kommunisten, die bis zur Auflösung der Partei 1991 sukzessive ausgebaut wurde.

1967 vereinbarten PCI und SPD einen Dialog. Nach dem ersten Zusammentreffen von Delegationen beider Seiten in Rom im November 1967 kam es in den Folgejahren zu wiederkehrenden Zusammenkünften und Korrespondenzen.³³ Als die ursprünglich geheim gehaltenen Kontakte öffentlich wurden, kam es zu einer politischen und medialen Auseinandersetzung, ob sich demo-

32 Vgl. ebd., S. 1386. Ähnlich äußerte sich Kohl auch in der Bundesvorstandssitzung vom 27./28. Januar 1973. Vgl. ebd., S. 1136.

33 Vgl. Heinz Timmermann: Im Vorfeld der neuen Ostpolitik. Der Dialog zwischen italienischen Kommunisten und deutschen Sozialdemokraten 1967/68, in: Osteuropa Nr. 6/1971, S. 388–399.

kratische Parteien mit Kommunisten treffen sollten oder nicht.³⁴ Die Kontakte zwischen der SPD und dem PCI wurden trotz der Kritik in den 1970er und 1980er Jahren fortgeführt, was im Laufe der Jahre wiederholt zu innenpolitischen Auseinandersetzungen führte.³⁵ Eine besondere Rolle spielte dabei der Vorwurf, die SPD würde die italienischen Kommunisten nutzen, um mit der SED zu verhandeln und auf diese Weise Elemente der Ostpolitik umzusetzen.³⁶ Explizit wurde in der Bundesvorstandssitzung der CDU vom 20. November 1972 der Grundlagenvertrag als Ergebnis dieser sozialdemokratisch-kommunistischen Zusammenarbeit genannt. Alfred Dregger empfahl, diesen Aspekt in der Öffentlichkeit künftig stärker zu thematisieren.³⁷ Seit 1972 nahm man den PCI im CDU-Bundesvorstand darüber hinaus auch als direktes Problem der bundesdeutschen Innenpolitik wahr.³⁸ Zu Beginn des Jahres hatten die italienischen Kommunisten Auslandssektionen in der Bundesrepublik gegründet.³⁹ Die für West- und Norddeutschland zuständige Sektion in Köln umfasste beispielsweise mehr als 1.000 PCI-Mitglieder.⁴⁰ Die Eröffnung der kommunistischen Auslandsbüros löste Ängste vor einer verstärkten Anwerbung italienischer „Gastarbeiter“ aus. Ebenso wurde die Gefahr einer Zusammenarbeit des PCI mit der Deutschen Kommunistischen Partei in der Bundesrepublik gesehen. In der Bundesvorstandssitzung vom 13. März 1972 wurde ein Verbot der Auslandssektionen angeregt. Dafür sollte Druck auf das zuständige Bundesministerium des Innern aufgebaut werden. Friedrich Vogel machte jedoch darauf aufmerksam, dass ein solches Verbot auch die anderen ausländerextremistischen Vereinigungen, darunter auch die Auslandssektionen des neofaschistischen MSI in der Bundesrepublik, umfassen müsse, da ansonsten der Vorwurf der Diskriminierung im Raum stehe.⁴¹

34 Vgl. Nikolas Dörr: Die Auseinandersetzungen um den Eurokommunismus in der bundesdeutschen Politik 1967–1979, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2012), S. 217–232.

35 In Einzelfällen kam es jedoch auch zu Informationsgesprächen zwischen CDU-Politikern und italienischen Kommunisten, so beispielsweise während des Aufenthalts des ehemaligen Bundesministers und damaligen Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages Gerhard Schröder im November 1975 in Rom. Vgl. Der Spiegel vom 2. Februar 1976, S. 26.

36 Vgl. Philipp Gassert: Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Kanzler zwischen den Zeiten. München 2006, S. 597f.

37 Vgl. Barzel: „Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition“, S. 1010f., 1073.

38 Vgl. ebd., S. 723–726.

39 Vgl. Nikolas Dörr: Die Rote Gefahr. Der italienische Eurokommunismus als sicherheitspolitische Herausforderung für die USA und Westdeutschland 1969–1979. Köln/Weimar/Wien 2017, S. 269–272.

40 Trasmisione del 8/2/1972 di Radio Colonia, Roma, in: Archivio del Partito Comunista Italiano, Fondazione Istituto Gramsci Rom, Estero, 1972, mf 053, 1625.

41 Vgl. Barzel: „Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition“, S. 725f.

Die Annäherung von Democrazia Cristiana und Partito Comunista Italiano

Gegenüber dem PCI verfolgten die italienischen Christdemokraten seit den späten 1960er Jahren einen zunehmend pragmatischen Kurs, wobei sich vor allem der charismatische, 1978 von Mitgliedern der *Brigate Rosse* (Rote Brigaden) ermordete Aldo Moro zu einem Protagonisten der Gesprächsbereitschaft entwickelte.⁴² Für die Annäherung waren verschiedene Gründe ausschlaggebend. Vor allem die Parlamentswahl des Jahres 1968 hatte offenbart, dass die Sozialisten als wichtigster Koalitionspartner der DC massiv Wählerstimmen an die Kommunisten verloren. Insgesamt hatten die Parteien links der Mitte nur knapp eine Mehrheit verfehlt. Auf regionaler und kommunaler Ebene, insbesondere in Mittelitalien, war der PCI ohnehin schon seit Jahren eine feste Größe als Regierungspartei. Aus pragmatischen Gründen war es daher für die Christdemokraten angebracht, Gesprächsbereitschaft gegenüber den Kommunisten zu zeigen. Hinzu kam der zunehmende Einfluss des linkskatholischen Flügels in der Partei, so unter anderem durch den christlich-demokratischen Gewerkschaftsverband *Confederazione Italiana Sindacati Lavoratori*. Vor dem Hintergrund der wiederholten Veröffentlichung rechtsextremer Putschpläne spielte auch die gemeinsame antifaschistische Grundausrichtung von Christdemokraten und Kommunisten eine Rolle, die spätere Protagonisten beider Parteien bereits in der *Resistenza* zusammen hatte kämpfen lassen.⁴³ Als besonders wichtig muss schließlich der Vatikan angesehen werden, der seit Gründung der Partei eng mit der *Democrazia Cristiana* verbunden war. Der infolge des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962–1965) eingeleitete christlich-marxistische Dialog eröffnete einerseits dem linken Flügel der *Democrazia Cristiana* die Möglichkeit, öffentlich über eine Zusammenarbeit mit der kommunistischen Partei nachzudenken. Andererseits führte die Öffnung des Vatikans dazu, dass sich gläubige Wählerinnen und Wähler vermehrt für den *Partito Comunista Italiano* entschieden. Kurz nach dem Ende der faschistischen Diktatur hatte Papst Pius XII. die ersten Parlamentswahlen der jungen italienischen Republik noch auf die Entscheidung „*essere con Cristo o contro Cristo*“ (mit Christus oder gegen Christus sein) reduziert.⁴⁴ 1949 wurde Mitgliedern von kommunistischen Parteien gar von Seiten des Vatikans die Ex-

42 Vgl. Winfried Becker: *The Emergence and Development of Christian Democratic Parties in Western Europe*, in: Emiel Lamberts (Hg.): *Christian Democracy in the European Union, 1945/1995. Proceedings of the Leuven Colloquium, 15–18 November 1995*. Leuven 1997, S. 109–120, hier 114.

43 Vgl. Giovanni Orsina: *Italien*, in: Günter Buchstab/Rudolf Uertz (Hg.): *Geschichtsbilder in Europa*. Freiburg im Breisgau/Basel/Wien 2009, S. 155–197, hier 163f.

44 Vgl. Robert A. Ventresca: *From Fascism to Democracy. Culture and Politics in the Italian Election of 1948*. Toronto/Buffalo 2004, S. 100f.

kommunikation angedroht.⁴⁵ Dieser ausgeprägte Antikommunismus wurde von Papst Johannes XXIII. seit 1958 abgeschwächt. Neben dem bereits erwähnten Zweiten Vatikanischen Konzil war es vor allem die vatikanische Ostpolitik, die nunmehr Gespräche mit Kommunisten zuließ, teilweise sogar förderte.⁴⁶ In diesem Zusammenhang muss erwähnt werden, dass der Vatikan den Partito Comunista Italiano und dessen Netzwerk für den Kontaktaufbau zu sozialistischen Staaten nutzte, so beispielsweise im Falle der DDR.⁴⁷ Zusätzlich erließ Papst Johannes XXIII. 1961 mit der Enzyklika „Mater et Magistra“ sowie zwei Jahre später mit der Enzyklika „Pacem in Terris“ zwei grundlegende Dokumente, die zwar nicht direkt zum Dialog mit dem Kommunismus aufforderten, in ihrer Aussage jedoch die soziale Frage beziehungsweise den Weltfrieden zu zentralen Themen machten und damit Anknüpfungspunkte lieferten. In Italien reagierte die Kommunistische Partei entsprechend und näherte sich ihrerseits der Katholischen Kirche an.⁴⁸ Hinzu kam, dass die Ehefrau des seit 1972 amtierenden Generalsekretärs Enrico Berlinguer streng gläubige Katholikin war, die regelmäßig den Gottesdienst besuchte und die Kinder im katholischen Glauben aufzog, was ebenfalls Eindruck auf katholische Wählerinnen und Wähler ausübte.

Der „compromesso storico“

Berlinguer vollzog den Strategiewechsel des PCI, der unter der Bezeichnung „compromesso storico“ (Historischer Kompromiss) bekannt werden sollte, im September und Oktober 1973 in drei Artikeln in der kommunistischen Zeitschrift *Rinascita*.⁴⁹ Ursprünglich zielte der „compromesso storico“ nicht primär auf eine kommunistisch-christdemokratische Koalition ab, obwohl er in der Praxis weitestgehend darauf reduziert wurde. Berlinguers Antrieb waren die demokratiegefährdenden Entwicklungen in Italien sowie der Staatsstreich in Chile gegen den gewählten Präsidenten Salvador Allende gewesen. Um die italienische Demokratie zu schützen, wollte Berlinguer ein breites Bündnis der wichtigsten Fraktionen – neben Kommunisten und Christdemokraten waren auch die Liberalen, Sozialisten und Sozialdemokraten angesprochen – bilden.

45 Vgl. Peter C. Kent: *The lonely Cold War of Pope Pius XII. The Roman Catholic Church and the Division of Europe, 1943–1950*. Montréal/Ithaca 2002, S. 5.

46 Zur vatikanischen Ostpolitik siehe: Karl-Joseph Hummel (Hg.): *Vatikanische Ostpolitik unter Johannes XXIII. und Paul VI. 1958–1978*. Paderborn u. a. 1999.

47 Vgl. Roland Cerny-Werner: *Vatikanische Ostpolitik und die DDR*. Göttingen 2011, S. 182f.

48 Vgl. Michael Strübel: *Neue Wege der italienischen Kommunisten. Zur Außen- und Sicherheitspolitik der KPI (1973–1981)*. Baden-Baden 1982, S. 57f.

49 Die Artikel sind abgedruckt in: Enrico Berlinguer: *Für eine demokratische Wende. Ausgewählte Reden und Schriften 1969–1974*. Berlin (Ost) 1975, S. 360–386.

Ein solches Bündnis schien aus mehreren Gründen notwendig. Zum einen litt Italien seinerzeit unter einem massiven Links- und Rechtsterrorismus, der beispielsweise 1969 bei dem Anschlag von Mitgliedern des rechtsextremen Ordine Nuovo auf der Mailänder Piazza Fontana 17 Tote und 88 Verletzte gefordert hatte. Hinzu kamen die hohen Wahlergebnisse des neofaschistischen MSI sowie linksextremer Parteien, die den PCI als zu staatstragend kritisierten. Darüber hinaus galt ein rechter Staatsstreich als möglich, wenn die Kommunisten weiter an Stimmen gewinnen würden. Weniger als drei Jahre vor der Verkündung des „compromesso storico“ war ein maßgeblich von Fürst Junio Valerio Borghese geplanter rechtsradikaler Putsch erst kurzfristig in der Nacht vom 7. auf den 8. Dezember 1970 abgebrochen worden.⁵⁰ Außenpolitisch war der „compromesso storico“ eine Anerkennung der Realitäten. Berlinguer war bewusst, dass er eine Regierungsbeteiligung der Kommunisten, selbst wenn eine eigene parlamentarische Mehrheit mit den Sozialisten zustande käme, nicht gegen den Willen der Vereinigten Staaten, aber auch des Vatikans und der Mitgliedsstaaten der NATO und der Europäischen Gemeinschaft durchsetzen konnte. Italien galt sicherheitspolitisch als ein wichtiges Mitglied des Nordatlantischen Verteidigungsbündnisses, das zahlreiche NATO-Basen beheimatete und als strategisch zentral für die Überwachung des Mittelmeerraumes angesehen wurde.⁵¹ Eine kommunistische Regierungsbeteiligung bedurfte daher neben dem innenpolitischen Ausgleich mit der Democrazia Cristiana auch einer außen- und verteidigungspolitischen Annäherung insbesondere an die USA und die NATO.

Entsprechende Reformen, die der PCI bereits Ende der 1960er Jahre eingeleitet hatte, wurden nun intensiviert. Gleichzeitig wurde der Kontakt zur europäischen Sozialdemokratie und zu anderen reformorientierten kommunistischen Parteien verstärkt. Vor allem bei der spanischen und zeitweise der französischen KP sah man Ähnlichkeiten. Auch diese Parteien hatten sich nach der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 kritisch über das sowjetische Vorgehen geäußert und das Recht auf einen eigenen Weg zum Sozialismus ohne Bevormundung durch die KPdSU gefordert. Für diese neue Tendenz im westeuropäischen Kommunismus, der sich auch bald außereuropäische Akteure wie die Kommunistische Partei Japans⁵² anschlossen, fand der jugoslawische Journalist Frane Barbieri 1975 den Begriff „Eurokommunismus“.⁵³

Der PCI konnte mit der Strategie des „compromesso storico“ bei den Wählerinnen und Wählern reüssieren. In einer Volksabstimmung votierte im Mai

50 Vgl. Tobias Hof: Staat und Terrorismus in Italien 1969–1982. München 2011, S. 54.

51 Vgl. Dörr: Die Rote Gefahr, S. 150–155.

52 Vgl. Tadasi Takahasi: Die KP Japans und der Eurokommunismus, in: Politische Studien Nr. 255, Jan./Febr. 1981, S. 77–90.

53 Vgl. Manfred Steinkühler: Ursprung und Konzept des Eurokommunismus. Gespräch mit Frane Barbieri, in: Deutschland Archiv 10 (1977), S. 347–350.

1974 die deutliche Mehrheit der Italienerinnen und Italiener gegen die vom Vatikan und der Democrazia Cristiana geforderte Abschaffung der Ehescheidung, was als klarer Sieg der Kommunisten interpretiert wurde, die sich von Anfang an für die Beibehaltung ausgesprochen hatten.⁵⁴ Knapp ein Jahr später erreichte der PCI ein Rekordergebnis in den Regionalwahlen, das ihn landesweit fast gleichauf mit den Christdemokraten brachte und die Strategiediskussion in der DC verstärkte.⁵⁵

Die italienischen Parlamentswahlen am 20. Juni 1976 wurden vor dem Hintergrund des Aufschwungs der Kommunisten weltweit beachtet. Letztlich erreichte der Partito Comunista Italiano zwar nicht die erhoffte Mehrheit. Mit 34,4 Prozent der Stimmen bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus beziehungsweise 33,8 Prozent bei den Wahlen zum Senat konnte die Partei jedoch ein Rekordergebnis verbuchen. Die Democrazia Cristiana konnte sich nur knapp als größte Fraktion in beiden Parlamentskammern behaupten. Die Sozialistische Partei machte die inzwischen unpopulären „centro-sinistra“-Koalitionen für ihre Stimmenverluste verantwortlich und verweigerte sich einer erneuten Regierungsbildung mit den Christdemokraten. Neben Neuwahlen, die aus Angst vor einem noch höheren kommunistischen Wahlergebnis nicht angestrebt wurden, schien der seit Jahren debattierte „compromesso storico“ nun Wirklichkeit zu werden. In den folgenden Gesprächen über eine Regierungsbildung wirkten nationale und internationale Akteure auf die Spitzen der Democrazia Cristiana ein, um eine offizielle gouvernementale Beteiligung der Kommunisten zu verhindern oder zumindest abzuschwächen. Nach langen Verhandlungen einigte man sich auf eine besondere Konstruktion. Der PCI sollte von nun an der christdemokratischen Minderheitsregierung unter Ministerpräsident Giulio Andreotti im Parlament die Mehrheit sichern, indem sich die kommunistische Fraktion bei Abstimmungen enthielt. Die Kommunistische Partei erhielt zwar wichtige Posten, so vor allem das Präsidentenamt des Abgeordnetenhauses und den Vorsitz in mehreren wichtigen Parlamentsausschüssen, eine Regierungsbeteiligung wurde ihr damit jedoch verwehrt. Diese besondere Konstruktion wurde in Italien als Regierung der „solidarietà nazionale“ („nationalen Solidarität“) oder auch passenderweise Regierung der „non sfiducia“ („Nicht-Misstrauens“) bezeichnet. Berlinguer wollte mit diesem Kurs die Kompromissbereitschaft des PCI und seine Fähigkeit zu staatstragendem Handeln beweisen. In den folgenden Monaten erhöhten die Kommunisten sukzessive den Druck auf die Regierung, um eigene programmatische Vorstellungen durchzusetzen. Angesichts der

54 Vgl. Giorgio Vecchio: Christliche Demokratie in Italien, in: Günter Buchstab/Rudolf Uertz (Hg.): Christliche Demokratie im zusammenwachsenden Europa. Entwicklungen, Programmatik, Perspektiven. Freiburg im Breisgau/Basel/Wien 2004, S. 167–189, hier 179f.

55 Vgl. Agostino Giovagnoli: Il partito italiano. La Democrazia cristiana dal 1942 al 1994. Rom/Bari 1996, S. 169–173.

Umfragen war eine Neuwahl auch mehr als ein Jahr nach den Wahlen keine Option für die Democrazia Cristiana, da der Partito Comunista knapp vor ihr lag.⁵⁶ Um die weitere parlamentarische Unterstützung durch den PCI nicht zu gefährden, erwog Andreotti daher knapp zehn Monate nach den Wahlen, die Kommunisten offiziell in die Regierung aufzunehmen. Diese sollten jedoch nur untergeordnete Ministerien besetzen und keine Parteimitglieder, sondern dem PCI nahestehende parteilose Fachexperten in die Regierung entsenden. Zwar konnte der Ministerpräsident auf US-amerikanischen Druck hin von dieser Idee wieder abgebracht werden.⁵⁷ Die offizielle Einbeziehung des PCI in die Regierung blieb jedoch ein wiederkehrendes Thema.

Die CDU und der Historische Kompromiss

Für die CDU stellte diese Konstellation ein ernstes Problem dar. Von nun an konnte der Eurokommunismus nicht mehr öffentlich kritisiert werden, ohne dass dadurch auch indirekt die Democrazia Cristiana und mit ihr die mitgliederstärkste christlich-demokratische Partei Europas angegriffen würde. Prinzipiell war eine Zusammenarbeit der Democrazia Cristiana mit der Kommunistischen Partei auf Seiten der CDU unerwünscht. Andererseits wollte man, zumindest in der Öffentlichkeit, so weit wie möglich Solidarität mit der italienischen Schwesterpartei wahren. Aus dem gleichen Grund waren Vorwürfe gegenüber der SPD wegen deren Kontakten zu den italienischen Kommunisten problematisch, da die angegriffenen Sozialdemokraten umgehend mit dem Hinweis auf die christdemokratisch-kommunistische Zusammenarbeit in Italien antworteten.⁵⁸ Als Ausweg aus der Bredouille bot sich Kritik an den italienischen Sozialisten an, da sich diese einer Regierungsbildung ohne die Kommunisten widersetzt hatten. Die Verantwortung für die christdemokratisch-kommunistische Zusammenarbeit läge daher beim Partito Socialista Italiano und somit bei der Schwesterpartei der SPD.⁵⁹

56 Vgl. Norman Kogan: *The Italian Communist Party. The Modern Prince at the Crossroads*, in: Rudolf L. Tökés (Hg.): *Eurocommunism and Détente*. New York 1978, S. 68–137, hier 78.

57 Memorandum von David Aaron für Jimmy Carter, 28. April 1977, in: Jimmy Carter Presidential Library, Atlanta, National Security Affairs-Brzezinski Material, Country File, Israel 9/80-Italy 1-4/78, Box 38, Italy 1-6/77.

58 Ein Beispiel hierfür ist der Zwischenruf im Deutschen Bundestag von Arbeits- und Sozialminister Herbert Ehrenberg (SPD) auf die Kritik von Karl Carstens (CDU/CSU) gegenüber der vermeintlich sozialdemokratischen Nachlässigkeit im Umgang mit dem italienischen Kommunismus: „Fragen Sie mal Ihre Kollegen von der Democrazia Cristiana!“ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 7. Wahlperiode, 240. Sitzung, 11. Mai 1976, S. 16803.

59 So zum Beispiel geäußert von Helmut Kohl, Kai Uwe von Hassel, Egon Klepsch, Hans Katzer und Werner Marx. Vgl. *Die ZEIT* vom 16. Juli 1976 („Ich bin ein Mann der Mitte“). Kurt Becker und Carl-Christian Kaiser im Gespräch mit Helmut Kohl); Kai-Uwe von

Helmut Kohl erkannte die Sprengkraft des Themas frühzeitig und hielt sich daher mit verbalen Attacken gegenüber dem politischen Kontrahenten zurück. Der Kanzlerkandidat der Unionsparteien ging bereits im Januar 1976 davon aus, dass die Außenpolitik den Bundestagswahlkampf nachhaltig beeinflussen werde. Explizit nannte Kohl als prägende Faktoren den anstehenden US-Präsidentschaftswahlkampf und die Entwicklungen im Mittelmeerraum, wo sich kommunistische Parteien im Aufwind befanden.⁶⁰ Neben der Möglichkeit einer kommunistischen Regierungsbeteiligung in Italien galten auch die südeuropäischen Staaten Frankreich, Griechenland, Spanien und Portugal als gefährdet. In Frankreich hatte François Mitterrand seinen Parti Socialiste 1972 in eine Linksunion mit dem mitgliederstarken Parti Communiste Français und dem kleinen linksliberalen Mouvement des radicaux de gauche geführt, die Kohl als Gefahr für Europa betrachtete.⁶¹ Umfragen wiesen darauf hin, dass diese „Union de la Gauche“ die Parlamentswahlen 1978 gewinnen und fortan den Ministerpräsidenten stellen könnte. In Portugal hatte nach der Nelkenrevolution in Staat und Gesellschaft eine Linkswende eingesetzt, die der doktrinären Kommunistischen Partei Portugals einen großen Einfluss verlieh. Auch in Bezug auf Griechenland und Spanien herrschte Unsicherheit über die Stärke der wieder zugelassenen kommunistischen Parteien. Der Slogan „Freiheit oder Sozialismus“ eigne sich daher, so CDU-Generalsekretär Kurt Biedenkopf, insbesondere im Bereich der Außen- und Europapolitik im Bundestagswahlkampf.⁶²

Trotz seiner taktischen Zurückhaltung mit öffentlichen Vorwürfen hatte der Parteivorsitzende Kohl eine klare Meinung zur Situation in Italien: „Wir alle müssen, finde ich, unseren Beitrag dazu leisten, indem wir dieses törichte Gerede über Eurokommunismus oder weißen Kommunismus beenden. Für mich ist völlig klar, daß die kommunistische Ideologie immer eine totalitäre Ideologie war, ist und bleibt (...) Was sich in Italien jetzt zum Teil im Bürgertum wiederholt hat, erinnert ja in einer bestürzenden Weise an die Anpassungsver-

Hassel: „Warum wollen wir Europa?“, in: WirtschaftsBild – Informations- und Kontaktorgan im Dienste der Sozialen Marktwirtschaft, Nr. 1/1978, Sonderausgabe, S. 9f.; Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 7. Wahlperiode, 235. Sitzung, 8. April 1976, S. 16382; 8. Wahlperiode, 67. Sitzung, 24. Januar 1978, S. 5223; Christlich Demokratische Union Deutschlands, Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Protokoll des 27. Bundesparteitags der CDU vom 25. bis 27. März 1979 in Kiel. Bonn 1979, S. 141.

60 Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstands der CDU vom 14. Januar 1976 in der Politischen Akademie Eichholz von Karl-Heinz Bilke, 27. Januar 1976, Bonn, in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik in der Konrad-Adenauer-Stiftung (ACDP), Bestand CDU-Bundespartei 07-001-962.

61 Vgl. Jürgen Hartmann: Das Frankreichbild Helmut Kohls, in: HPM 20 (2013), S. 233–245, hier 242f.

62 Redemanuskript von Kurt Biedenkopf zur Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes für die Bundesvorstandssitzung am 14. Januar 1976, in: ACDP 07-001-962.

suche eines Teils der deutschen bürgerlichen Schicht, an die Nazis. Wenn Berlinguer in Rom oder Marchais⁶³ in Paris oder beide zusammen in Ostberlin auf dem kommunistischen Kongreß solche Reden führen, dann will ich gar nicht untersuchen, was sie persönlich denken.“⁶⁴ Nicht nur in Gesprächen mit der Führung der Democrazia Cristiana, sondern auch gegenüber dem spanischen Ministerpräsidenten Adolfo Suárez machte Kohl daher auf die Gefahren des westeuropäischen Reformkommunismus aufmerksam.⁶⁵

Henning Wegener, seinerzeit Leiter des Büros für Auswärtige Beziehungen der CDU und Abteilungsleiter „Außen- und Sicherheitspolitik“ im Konrad-Adenauer-Haus, erstellte im Dezember 1977 einen ausführlichen Bericht über das angespannte Verhältnis zur italienischen Schwesterpartei für den Parteivorsitzenden und den neuen Generalsekretär Heiner Geißler.⁶⁶ Wegener machte einen deutlichen Linksschwenk der Democrazia Cristiana aus, der sich personell in der Wahl Benigno Zaccagninis zum neuen Nationalen Sekretär widerspiegeln sollte. Die Zusammenarbeit mit der CDU sei dadurch zusätzlich erschwert worden, was sich auch an der Bevorzugung von Treffen mit dem sozialdemokratischen Bundeskanzler Schmidt anstelle des CDU-Parteivorsitzenden zeige. Die zwischen beiden Parteien, auf Wunsch der DC ohne Hinzuziehung der CSU, vereinbarte gemeinsame Kommission entfalte ebenfalls kaum Wirkung und der vereinbarte gegenseitige Austausch von Artikeln in den jeweiligen Parteizeitungen werde von italienischer Seite, trotz mehrfacher Erinnerung, nicht aufgegriffen. Darüber hinaus habe es die Democrazia Cristiana versäumt, den von der CDU unterstützten Gruppen christdemokratisch orientierter italienischer Gastarbeiter in der Bundesrepublik organisatorische Unterstützung zukommen zu lassen. Als Gegenmaßnahme schlug Wegener die Einladung von Protagonisten des rechten, CDU-nahen Flügels der DC in die Bundesrepublik vor.

Kurze Zeit später reiste der stellvertretende Bundesvorsitzende und baden-württembergische Ministerpräsident Hans Filbinger nach Italien. Wegener wies ihn auf die zunehmende Stärke des linken Parteiflügels in der Democrazia Cristiana hin und machte gleichzeitig deutlich, dass man, aufgrund der in ihren Bezeichnungen und personellen Zugehörigkeiten häufig wechselnden „correnti“, über keine konkreten Informationen bezüglich deren tatsächlicher Stärke

63 Gemeint ist hier der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs Georges Marchais.

64 Helmut Kohl, zit. nach: Die ZEIT vom 16. Juli 1976 („Ich bin ein Mann der Mitte“. Kurt Becker und Carl-Christian Kaiser im Gespräch mit Helmut Kohl).

65 Vgl. Die Welt, 23. Mai 1977 („Kohl: Euro-Kommunismus ist Teil des Welt-Kommunismus“).

66 Vermerk über die Schwierigkeiten im Verhältnis der DC zur CDU von Henning Wegener an Helmut Kohl und Heiner Geißler, 5. Dezember 1977, in: ACDP 07-001-16032.

verfüge.⁶⁷ Filbinger wurde gebeten, diesbezüglich Informationen bei Ministerpräsident Andreotti vor Ort einzuholen. Vor allem sollte er dem italienischen Regierungschef jedoch vermitteln, dass die CDU strikt gegen eine offizielle Einbindung der Kommunisten in eine Regierungskoalition sei. Filbinger sollte dabei äußerst behutsam vorgehen und die schwierige Situation der DC anerkennen. Dieses Vorgehen entsprach auch dem Wunsch der US-Regierung, die die CDU darum gebeten hatte, entsprechenden Einfluss auf ihre italienische Schwesterpartei auszuüben.⁶⁸

Uneinigkeit herrschte in der CDU-Führung hinsichtlich einer Analyse des Erfolgs der Kommunisten in Italien. Kurt Biedenkopf empfahl, die von zahlreichen Wählern als effizient wahrgenommene Politik des PCI in den kommunistisch regierten Kommunen und Regionen Italiens zu studieren.⁶⁹ In diese Richtung hatte bereits 1972 Alfred Dregger argumentiert. Nach Auffassung des hessischen Landesvorsitzenden waren es weniger ideologische Faktoren, die zur Wahl des PCI führten, sondern die Unzufriedenheit mit den vorherrschenden wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Verhältnissen.⁷⁰ Bundesschatzmeister Walter Leisler Kiep räumte auf einem Vortrag in Rom vor der Fraktion der Democrazia Cristiana im Abgeordnetenhaus Ende November 1976 ebenfalls ein, dass der Kommunismus in Italien unbestreitbar Erfolge vorzuweisen habe, die man untersuchen müsse.⁷¹ Gänzlich anders analysierte Hans Filbinger den Aufschwung des PCI. Nach Meinung des stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden lag die zentrale Ursache für die Offenheit gegenüber dem Kommunismus darin, dass man es in Italien in den vergangenen Jahren versäumt habe, Kinder und Jugendlichen mit den Werten des Christentums vertraut zu machen.⁷²

Einigkeit herrschte innerhalb des CDU-Bundesvorstands darüber, dass die massive Flügelbildung der Democrazia Cristiana und ihre wiederkehrenden Verstrickungen in Korruptionsskandale in hohem Maße mitverantwortlich für die Wahlerfolge des PCI seien. Explizit nannte Kohl im CDU-Bundesvorstand die Lockheed-Affäre als Problem für die italienischen Christdemokraten.⁷³

67 Vermerk zum bevorstehenden Besuch in Rom von Henning Wegener an Hans Filbinger, 14. Dezember 1977, ebd.

68 Brief von Heinrich Böx an Heinrich Köppler, 20. Januar 1976, in: ACDP Nachlass Heinrich Köppler 01-258-016/3.

69 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 5. März 1979 („CDU wappnet sich für Berührung mit dem Eurokommunismus“).

70 Vgl. Barzel: „Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition“, S. 710f.

71 Pressemitteilung der CDU zur Rede Walter Leisler Kieps in Rom, 26. November 1976, Bonn, in: ACDP 07-001-16032.

72 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 5. März 1979 („CDU wappnet sich für Berührung mit dem Eurokommunismus“).

73 Vgl. Kohl: „Wir haben alle Chancen“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1973–1976. Bearb. von Günter Buchstab (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 67), Band 2. Düsseldorf 2015, S. 1836.

Zahlreiche Spitzenpolitiker der DC, so auch Staatspräsident Giovanni Leone, und der kleinen Sozialdemokratischen Partei waren in diesen Bestechungsskandal verwickelt. Diese kritische Haltung wurde der DC-Führung auch kommuniziert, so beispielsweise während des Besuchs des CDU-Vorsitzenden in Italien im Mai 1977. Ebenso herrschte Einigkeit im CDU-Bundesvorstand, dass eine Koalition der Democrazia Cristiana mit den Kommunisten in Italien in jedem Fall abgelehnt werden müsse. Allerdings wurden die angespannten Beziehungen der beiden Parteien dadurch so sehr belastet, dass sich Andreotti sogar gegenüber Bundeskanzler Schmidt kritisch über die Unionsparteien äußerte.⁷⁴ Kohl hatte der DC-Führung für den Fall einer offiziellen Regierungsbeteiligung der Kommunisten „das Ende der Zusammenarbeit mit der CDU und den Bruch mit den Schwesterparteien“⁷⁵ angedroht.⁷⁶ Neben der christdemokratischen Zusammenarbeit mit Kommunisten waren der CDU-Führung die anhaltenden, guten Kontakte der DC zur CDU in der DDR ein Dorn im Auge.⁷⁷ Von Seiten der CDU wurden den italienischen Christdemokraten harte Maßnahmen im Rahmen der EUCD und der EVP⁷⁸ angekündigt, wenn die Beziehungen zur ostdeutschen CDU nicht eingestellt würden.⁷⁹ Eine Aufwertung des neofaschistischen MSI durch die CDU als Konkurrenz zur nach links tendierenden DC wurde von Henning Wegener allerdings deutlich abgelehnt.⁸⁰ Mit einem maßgeblich von Generalsekretär Geißler initiierten gemeinsamen Ausschuss von CDU und DC sollten die Beziehungen wieder intensiviert werden.⁸¹ Ebenso versuchte die DC-Führung nun verstärkt durch symbolische

74 Telex von Erich B. Kusch und Rudolf Schloz an Bruno Heck, 07. Dezember 1977, in: ACDP 07-001-16032.

75 Helmut Kohl, zit. nach: Dieter S. Lutz: Die Haltung der bundesrepublikanischen Parteien in der Eurokommunismusfrage, in: ders. (Hg.): Eurokommunismus und NATO. Zukunftsprobleme europäischer Sicherheit. Bonn 1979, S. 145–168, hier 152.

76 Eine ähnliche Warnung hatte der FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher gegenüber den beiden liberalen italienischen Parteien PLI und PRI ausgesprochen. Diese sollten, im Falle einer Unterstützung des „compromesso storico“, aus der 1976 gegründeten Föderation der Liberalen und Demokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft ausgeschlossen werden (PLI) bzw. ihrem Antrag auf Aufnahme sollte nicht stattgegeben werden (PRI). Vgl. Kohl: „Wir haben alle Chancen“, S. 1956.

77 Zu den Beziehungen zwischen der DC und der Ost-CDU siehe Charis Pöthig: Italien und die DDR. Die politischen, ökonomischen und kulturellen Beziehungen von 1949 bis 1980. Frankfurt/Main u. a. 2000, S. 262–266.

78 Die Europäische Volkspartei (EVP) wurde im Juli 1976 gegründet und umfasste anfangs nur christlich-demokratische Parteien, obwohl sich die CDU für die Aufnahme konservativer Parteien, insbesondere der britischen, ausgesprochen hatte.

79 Vermerk über die Kontakte der DC zur Ost-CDU von Henning Wegener an Heiner Geißler, 12. Juli 1977, in: ACDP 07-001-16032.

80 Vermerk über den MSI von Heinrich Böx an Horst Teltschik, 1. März 1977, ebd.

81 Vgl. Christlich Demokratische Union Deutschlands, Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Protokoll des 26. Bundesparteitags der CDU vom 23. bis 25. Oktober 1978 in Ludwigshafen. Bonn 1978, S. 150.

Maßnahmen das Verhältnis zu verbessern. So ging Flaminio Piccoli, Nachfolger von Moro im Amt des Parteipräsidenten der DC, als Gastredner auf dem Bundesparteitag der CDU 1978 in Ludwigshafen ausdrücklich auf die Vorbehalte gegenüber einer Tolerierung durch die Kommunisten im italienischen Parlament ein. In der ansonsten auf Italienisch gehaltenen Rede fügt er auf Deutsch hinzu: „Ihr könnt ruhig bleiben. Wir sind die gleichen geblieben – die Democrazia Cristiana von Luigi Sturzo, von Alcide De Gasperi, von Aldo Moro.“⁸²

Trotz der anhaltenden Differenzen zwischen den Schwesterparteien sah der Auslandssekretär der DC und ehemalige Staatssekretär im Außenministerium, Luigi Granelli, das Verhältnis zur CSU und vor allem zu Franz Josef Strauß als größeres Problem an. Tatsächlich äußerten sich Strauß und weitere christsoziale Spitzenpolitiker in der Öffentlichkeit deutlich häufiger und negativer über die Politik der Democrazia Cristiana als es Vertreter der CDU taten. Günther Müller, damaliger Abgeordneter für die CSU im Deutschen Bundestag, forderte von der Democrazia Cristiana beispielsweise nicht nur den Verzicht auf jedwede Zusammenarbeit mit dem PCI, sondern im Falle einer gewählten kommunistisch-sozialistischen Regierung gar einen „Kampf im Volk, an der Basis gegen die Volksfront“⁸³. Auch die Junge Union in Bayern hatte sich nach der italienischen Parlamentswahl vehement dafür eingesetzt, dass die CSU-Vertreter in der EVP die „Widerstandskraft“ der DC gegen den „compromesso storico“ stärken sollten.⁸⁴ Ein Erklärungsansatz für die kritischere Haltung der CSU sind deren enge Beziehungen zur Südtiroler Volkspartei (SVP),⁸⁵ die eine stärkere Ablehnung in die Münchener Parteizentrale kommunizierte als die Democrazia Cristiana in das Konrad-Adenauer-Haus.⁸⁶

82 Flaminio Piccoli, zit. ebd., S. 22.

83 Neue Bildpost vom 29. Januar 1978 („Der ‚Stiefel‘ im roten Sumpf“).

84 Anträge zum Parteitag am 25./26. Juni 1976 in München, in: Archiv für Christlich-Soziale Politik, CSU Bundesparteitage, PT 19760625:5.

85 Siehe hierzu auch in den Beitrag des SVP-Vorsitzenden und langjährigen Landeshauptmannes von Südtirol in der Festschrift zu Ehren des 65. Geburtstages von Franz Josef Strauß. Silvius Magnago: Die Gefahren des Eurokommunismus, in: Friedrich Zimmermann (Hg.): Anspruch und Leistung. Widmungen für Franz Josef Strauß. Stuttgart 1980, S. 127–142.

86 Neben der DC stellte der Vatikan für die CDU die wichtigste Informationsquelle zur Situation in Italien dar. So spielte beispielsweise das Verhältnis zwischen Christlich-Demokratischer und Kommunistischer Partei während des Gesprächs von Theodor Sautter und Herbert Kremp mit dem vatikanischen Staatssekretär Agostino Casaroli eine zentrale Rolle. Vgl. Aktennotiz zum Gespräch zwischen Staatssekretär Agostino Casaroli, Theodor Sautter und Herbert Kremp am 8. Juni 1976 von Brigitte Meurer, 19. Juli 1976, in: ACDP Nachlass Theodor Sautter 01-721-007/2.

*Die britischen Konservativen und die Democrazia Cristiana:
Der Historische Kompromiss als Herausforderung auf europäischer Ebene*

Auf europäischer Ebene gehörten die Vertreter der britischen Konservativen zu den stärksten Kritikern der christdemokratisch-kommunistischen Zusammenarbeit in Italien. Die seit 1975 amtierende Parteivorsitzende Margaret Thatcher sah in der Tolerierung eine sicherheitspolitische Bedrohung Europas, da sie auf eine Verwirklichung des „compromesso storico“ hinauslaufe. So betonte die britische Oppositionsführerin in einer Rede im Centro Italiano di Studi per la Conciliazione Internazionale in Rom am 24. Juni 1977 explizit die Rolle Italiens für die Verteidigung der westlichen Welt und kritisierte damit indirekt die von kommunistischen Stimmen abhängige Regierung.⁸⁷ Das Verhältnis zwischen britischen Konservativen und italienischen Christdemokraten verschlechterte sich unter der Führung Thatchers drastisch. Zeitgleich intensivierten sich die Kontakte der Tories zur CDU.⁸⁸ Thatcher setzte sich gemeinsam mit Helmut Kohl für eine enge Zusammenarbeit von Christdemokraten und Konservativen im Sinne des Kampfes gegen Kommunismus und Sozialismus ein. Kurz vor der italienischen Parlamentswahl hatte sie diese Haltung in ihrer Rede als Gast auf dem CDU-Parteitag in Hannover am 25. Mai 1976 dargelegt und an die Führer der europäischen Mitte-Rechts-Parteien appelliert: „Each of us, in our own countries, have our different problems. But many problems – of maintaining free economies, of combating threats to our way of life from within and from without – we hold in common. It is to solve those problems and meet those threats that we should bring ourselves closer together. I am convinced that the Christian Democrat, Conservative, and Centre parties in Europe should now join together in an effective working alliance. I believe that this is a task of historic importance and one in which we should all invest our energies.“⁸⁹ Im CDU-Bundesvorstand war Thatchers Auftritt im Vorfeld als besonders wichtig erachtet worden, um „deutlich [zu] machen, daß wir als christliche Partei auch offen sind, nicht nur für die Zusammenarbeit der christlichen Parteien in Europa, sondern für eine volle Zusammenarbeit mit den Konservativen.“⁹⁰ Gleichzeitig musste in der Parteitagsplanung die Haltung

87 Pressemitteilung des Conservative Central Office zur Rede „Europe as I see it“ von Margaret Thatcher in Rom, 24. Juni 1977, in: ACDP 07-001-16027.

88 Vgl. Martina Steber: Talking in Europe. The CDU/CSU, the British Conservative Party, and the Quest for a Common Political Language in the 1960s and 1970s, in: Anna von der Goltz/Britta Waldschmidt-Nelson (Hg.): Inventing the Silent Majority in Western Europe and the United States. Conservatism in the 1960s and 1970s. Cambridge u. a. 2017, S. 295–314, hier 299f.

89 Margaret Thatcher, zit. nach: Circulated Paper „The European Democratic Union (E.D.U.)“ von Douglas Hurd und Baroness Elles, 24. April 1978, in: Margaret Thatcher Foundation (MTF), London, Archives, Thatcher MSS (2/6/1/162).

90 Kurt Biedenkopf, zit. nach: Kohl: „Wir haben alle Chancen“, S. 1870.

der Democrazia Cristiana mitbedacht werden, wonach der Redner beziehungsweise die Rednerin einer konservativen Partei nicht in der gleichen Reihenfolge wie der Gastredner aus Italien sprechen durfte.⁹¹

Thatchers Initiative zur Zusammenarbeit war eine Reaktion auf die zunehmende Europäisierung und Globalisierung, die ein handlungsfähiges, breit aufgestelltes Gremium zur Information und Abstimmung von Parteien der rechten Mitte nötig machten. Während die sozialdemokratischen Parteien seit der Wiedergründung der Sozialistischen Internationale (SI) 1951 in Frankfurt am Main über ein gut funktionierendes Netzwerk an internationalen Parteikontakten verfügten, fehlte eine entsprechende Organisation auf christdemokratisch/konservativer Seite. Die 1947 etablierten *Nouvelles Equipes Internationales* (NEI) waren deutlich schwächer organisiert als die SI oder der 1974 gegründete Bund der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft. Hinzu kam, dass große Parteien wie die britischen Konservativen oder auch der Sonderfall der französischen Gaullisten nicht in den christlich-demokratischen NEI vertreten waren. Thatcher und Kohl waren sich dieser Schwäche bewusst und versuchten seit Mitte der 1970er Jahre, eine gemeinsame Plattform zu initiieren.⁹²

Innerhalb des CDU-Bundesvorstands teilte man Kohls Einschätzung, wonach ein europäisches Bündnis christlich-demokratischer und konservativer Parteien notwendig sei. Kai-Uwe von Hassel stellte den von ihm ausgearbeiteten und von Kohl unterstützten Vorschlag in der Sitzung des Bundesvorstands am 16. Februar 1976 zur Debatte. Angestrebt wurde die Gründung einer Europäischen Volkspartei, die möglichst alle Mitte-Rechts-Parteien Europas umfassen sollte. Gleichzeitig war man sich der Ablehnung einer Erweiterung des Bündnisses um konservative Parteien durch die christlich-demokratischen Parteien in Italien, Belgien und den Niederlanden bewusst. Diese wünschten darüber hinaus, dass der christlich-demokratische Wertebezug auch im Namen des zu gründenden Parteienbündnisses auftauche. Hans Katzer verwies als Protagonist des linken CDU-Flügels auf die hohe Bedeutung einer klaren christlich-demokratischen Orientierung für die Gewerkschaften in diesen Staaten sowie auch in der Bundesrepublik. Gerd Langguth warnte, dass im Falle einer zu offensichtlichen christlich-demokratischen Ausrichtung die konservativen Parteien aus Großbritannien, Skandinavien oder auch Portugal mit hoher Si-

91 Vgl. ebd., S. 1873f.

92 Hierzu Helmut Kohl in der Bundesvorstandssitzung vom 9. Juni 1975: „Ich habe diesen Wunsch [gemeint ist die Aufnahme von Parteiführungsgesprächen in Klessheim zur Bildung eines gemeinsamen Parteienbündnisses] vor allem auch aus dem eben genannten Grunde angemeldet, weil ich hoffe, daß wir dann in dieser Runde, wenn es sein muß in aller Härte, diese Meinung vertreten müssen, daß wir hier in Europa rettungslos gegenüber dem sozialistischen Büro abgehängt sind, wenn es nicht gelingt, die Konservativen bei uns in einer vernünftigen Form zu integrieren.“ Kohl: „Wir haben alle Chancen“, S. 1345.

cherheit keine Mitgliedschaft anstreben würden.⁹³ Generell wurde die Einbindung oder zumindest eine enge Anbindung der Tories vor dem Hintergrund der wichtigen Rolle, die Großbritannien nach seinem EG-Beitritt spielen würde, betont. Kohl mahnte daher zu Pragmatismus. Die Gründung der Europäischen Volkspartei habe Vorrang. Sollten die Widerstände bestehen bleiben, wäre eine schrittweise Annäherung an die konservativen Parteien ein realistisches Ziel, das beispielsweise über Kooperationen erreicht werden könne. Bruno Heck, der als Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung an der Sitzung teilnahm, verwies allerdings auf die Proteste von Seiten der Democrazia Cristiana als den britischen Konservativen das Gastrecht in der EUCD verliehen werden sollte.⁹⁴

In der Praxis gestaltete sich die gewünschte Zusammenarbeit von katholischen Parteien mit starker sozialpolitischer Ausrichtung wie der DC, protestantisch orientierten Parteien in Skandinavien und wirtschaftsliberalen Parteien ohne direkten christlichen Bezug wie den britischen Konservativen äußerst schwierig. Insbesondere Thatcher stieß mit ihrem kompromisslosen Antikommunismus mehrmals die italienischen Christdemokraten vor den Kopf. Im Gegensatz zur CDU und der Ära Adenauer–De Gasperi konnten die Tories auf keine als glorreich empfundene Vergangenheit in den Beziehungen beider Parteien zurückblicken. Im Stile der „splendid isolation“ hatten die britischen Konservativen eher schwach ausgeprägte Kontakte zu den europäischen christlich-demokratischen Parteien aufgebaut.⁹⁵ Erst im Zuge der Debatte über einen britischen EG-Beitritt intensivierten sich zumindest die Kontakte zur CDU.⁹⁶ Die Retourkutsche der Democrazia Cristiana folgte bei der Gründung der Europäischen Volkspartei 1976. Die Partei unter Führung von Zaccagnini weigerte sich zusammen mit der niederländischen Christen Democratisch Appèl und den belgischen Christdemokraten, konservative Parteien ohne direkten christlichen Wertebezug in die Gemeinschaft aufzunehmen, was als direkter Affront gegen die Conservative Party und Margaret Thatcher verstanden werden musste.⁹⁷

93 Vgl. ebd., S. 1821.

94 Vgl. ebd., S. 1823.

95 Vgl. Karl Magnus Johansson: *The Alliance of European Christian Democracy and Conservatism. Convergence through Networking*, in: Wolfram Kaiser/Peter Starie (Hg.): *Transnational European Union. Towards a Common Political Space*. London/New York 2005, S. 131–149, hier 138.

96 Vgl. Steber 2017, S. 299. Thatcher bedankte sich nach ihrer Wahl zur britischen Premierministerin explizit bei Helmut Kohl für seinen Einsatz hinsichtlich der Intensivierung der Beziehungen zwischen CDU und Conservative Party. Vgl. Letter from Margaret Thatcher to Helmut Kohl, 25th May 1979, in: MTF Thatcher MSS (Churchill Archive Centre) THCR 2/4/1/8.

97 Vgl. Thomas Jansen: *The European People's Party. Origins and Development*. Houndmills, Basingstoke/Hampshire 1998, S. 63f.

Neben dem Veto der DC waren es auch persönliche Faktoren, die das Verhältnis zwischen den beiden Parteiführern erschwerten. Zaccagnini war Veteran der Resistenza, in der er zusammen mit kommunistischen Partisanen gekämpft hatte, und zählte auch nach Kriegsende führende PCI-Mitglieder wie Arrigo Boldrini zu seinen engen Freunden.⁹⁸ Im Zweifelsfall hielt der DC-Vorsitzende Antifaschismus für wichtiger als Antikommunismus.⁹⁹ Der Kommunistischen Partei gegenüber zeigte sich Zaccagnini daher gesprächs- und kompromissbereit.¹⁰⁰ Darüber hinaus war er tief im Linkskatholizismus verwurzelt. Sein dezidiert christlich geprägtes sozialpolitisches Profil wirkte wie ein Gegensatz zu Thatchers neoliberalen Vorstellungen.

Thatcher setzte ihre Hoffnungen vorerst auf Aldo Moro. Zur Verbesserung der Beziehungen zur DC initiierte sie im Juni 1977 ein Treffen in Rom mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten. Als politischer Ziehvater Zaccagninis und Protagonist des linkskatholischen Flügels unterstützte Moro jedoch die Gesprächsbereitschaft zwischen Democrazia Cristiana und PCI. Thatchers Aussichten auf eine Änderung in der Haltung der DC waren daher von vornherein begrenzt. Die britische Oppositionsführerin verwies in ihren Ausführungen auf die Notwendigkeit eines geschlossenen Auftretens aller demokratischen Parteien im Hinblick auf die bevorstehenden ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament: „Ultimately Europe would be politically divided between the Communists on the one hand and the Democrats on the other. The two could not co-exist. Those who believed in democracy must present a united front against those who wanted to extinguish all political thought except the Communist creed.“¹⁰¹ Im Hinblick auf die ablehnende Haltung der DC gegenüber einem gemeinsamen Parteienbündnis in Europa betonte Thatcher, dass der internationalen Kooperation von Kommunisten und Sozialisten eine engere Abstimmung der Mitte-Rechts-Parteien gegenübergestellt werden müsse. Auch wenn Moro dieser Analyse im Prinzip zustimmte, reagierte er auf Thatchers Avancen hinsichtlich einer Mitarbeit der Democrazia Cristiana in der Europäischen Demokratische Union (EDU), die in Kürze gegründet werden sollte, mit der überraschenden Bemerkung, dass er noch nie von dieser gehört hätte.

98 Vgl. Testimonianza del Senatore Arrigo Boldrini, in: Biagio Bonardi: Benigno Zaccagnini. La vitalità interiore della fede. Rom 1999, S. 161–165.

99 Vgl. Richard James Boon Bosworth: Antifascism, in: Gino Moliterno (Hg.): Encyclopedia of Contemporary Italian Culture. London/New York 2000, S. 26–28, hier 27.

100 Zaccagnini wurde in diesem Zusammenhang vorgeworfen, dass er ein „filo-comunista“ („Kommunistenfreund“) sei. Er selbst wehrte sich mit dem Hinweis, dass eine Politik für die Schwächsten in der Gesellschaft nicht automatisch bedeute, dass man mit dem Kommunismus sympathisiere. Vgl. Benigno Zaccagnini: Lettere agli amici, hrsg. von Aldo Preda. Rom 1990, S. 39–41.

101 Notes of a meeting between the Right Honourable Mrs Thatcher and Onorevole Aldo Moro, Rome, 25th June 1977, S. 1, in: MTF Thatcher MSS (Churchill Archive Centre) THCR 5/1/2/140 f52.

Dies musste vor dem Hintergrund der andauernden Debatte über die Gründung eines europäischen Bündnisses der Mitte-Rechts-Parteien als klare Ablehnung einer Zusammenarbeit verstanden werden.

Als unter anderem in Reaktion auf das italienische Veto die Europäische Demokratische Union als Sammlungsbewegung von Parteien der rechten Mitte gegründet werden sollte, erneuerte die Spitze der italienischen Christdemokraten ihre Ablehnung einer britischen Mitgliedschaft.¹⁰² Die DC-Vertreter sahen in einer Konkurrenzgründung mit konservativen Parteien eine Schwächung der bereits etablierten Parteienbündnisse EVP und EUCD.¹⁰³ Benigno Zaccagnini legte in einem äußerst kritischen Brief an Helmut Kohl seine Auffassung bezüglich der britischen Konservativen dar.¹⁰⁴ Kurz zuvor war es zu einem Eklat gekommen, als der DC-Vorsitzende krankheitsbedingt seinen Besuch in der CDU-Parteizentrale in Bonn abgesagt hatte, dann aber fast zeitgleich zu einem Treffen mit den belgischen Christdemokraten gereist war, die sich moderater gegenüber der Democrazia Cristiana in der Frage der Zusammenarbeit mit den Kommunisten und ebenso ablehnend gegenüber der Zusammenarbeit mit konservativen Parteien gezeigt hatten.¹⁰⁵ Helmut Kohl befürchtete, dass neben den bestehenden Differenzen zwischen Democrazia Cristiana und Tories infolge der Tolerierung der christdemokratischen Minderheitsregierung durch die Kommunisten in Italien nun auch Verstimmungen mit den anderen Mitgliedsparteien in der EVP entstehen könnten.¹⁰⁶

Schließlich wurde die EDU im April 1978 auf Schloss Kleßheim in der Nähe von Salzburg ohne die christlich-demokratischen Parteien aus Italien, Belgien und den Niederlanden gegründet.¹⁰⁷ Als Folge des Boykotts der DC wurde Italien in der EDU vorerst nur von der kleinen Südtiroler Volkspartei als

102 Vermerk von Henning Wegener an Helmut Kohl u. a., 21. Dezember 1977, in: ACDP 07-001-16020.

103 Vgl. Steven Van Hecke: *The Fractious Foundation of the European People's Party*, in: Jean-Dominique Durand (Hg.): *Christian Democrat Internationalism. Its Action in Europe and Worldwide from post World War II until the 1990s*, Vol. II. *The Development (1945–1979). The Role of Parties, Movements, People*. Brüssel 2013, S. 173–184, hier 181.

104 Brief von Benigno Zaccagnini an Helmut Kohl, 6. Dezember 1977, in: ACDP 07-001-16032.

105 Vermerk über die Beziehungen der DC zu den belgischen Christdemokraten von Henning Wegener an Helmut Kohl u. a., 23. November 1977; Vermerk betreffend Termine für den Besuch Moro/Zaccagnini in Bonn von Henning Wegener an Dr. Wolfgang Bergsdorf u. a., 23. September 1977, beide ebd.

106 Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes vom 27. Februar 1978, in: ACDP 07-001-985.

107 Vgl. Michael Gehler/Johannes Schöner: *Transnationale christdemokratische Parteienkooperationen in Europa 1965–1989. Der Beitrag österreichischer Ideen und Initiativen*, in: Helmut Wohnout (Hg.): *Demokratie und Geschichte 2007/2008. Jahrbuch des Karl von Vogelsang-Instituts zur Erforschung der Geschichte der christlichen Demokratie in Österreich*. Wien/Köln/Weimar 2009, S. 271–318, hier 282.

Beobachter und ab 1979 von der ebenso kleinen Trentiner Volkspartei als Vollmitglied vertreten.¹⁰⁸ Die Abneigung der Democrazia Cristiana gegenüber den britischen Tories hielt auch in den Folgejahren an.¹⁰⁹ So berichtete die Botschaft des Vereinigten Königreiches in Rom an das Außenministerium in London über die Einschätzung des Leiters der Internationalen Abteilung der Konservativen Anthony Royle, der auf dem Parteikongress der DC als Gast gewesen war: „He did not think the Christian Democrats as a party liked the British Conservatives very much (...) I remain pessimistic about the prospects of an early improvement in the formal relations between the two parties.“¹¹⁰

Ausblick und Fazit

1979 beschloss die Parteiführerkonferenz der EDU in London die Ausarbeitung einer Handreichung zum Umgang mit dem Eurokommunismus. Diese wurde unter der Federführung eines EDU-Unterausschusses unter dem Vorsitz der britischen Konservativen Douglas Hurd, der nach dem Wahlsieg 1979 zum Staatsminister im Außenministerium ernannt wurde, und der Europaparlamentarierin Baroness Elles erarbeitet. Im Ergebnis wurde eine Koordination der Strategien der EDU-Mitgliedsparteien im Umgang mit dem Eurokommunismus gefordert. Allerdings ließ sich dieser Wunsch in der Praxis nicht umsetzen, da sich die Positionen der EDU-Parteien nicht vereinheitlichen ließen. Ebenso wurde nun eine ständige EDU-Arbeitsgruppe zum Thema „Eurokommunismus“ eingerichtet, da es notwendig sei „die Entwicklung dieser Parteien aus der Nähe zu verfolgen und zu verstehen.“¹¹¹ Allerdings hatte der Eurokommunismus zu diesem Zeitpunkt seinen Höhepunkt bereits überschritten. Im Wahlkampf für die ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament vom 7. bis 10. Juni 1979 hatten die Unionsparteien zwar in starkem Maße die Gefahr einer potenziellen eurokommunistisch-sozialdemokratischen Mehrheit thematisiert.¹¹² In der Praxis erreichten die kommunistischen Parteien jedoch in den meisten Mitgliedsstaaten, so auch in Italien, ein enttäuschendes Ergebnis. Die anschließende Zusammenarbeit in der Fraktion wurde darüber hinaus

108 Minutes of the 2nd Party Leaders' Conference of the European Democrat Union, London, 20th/21st July 1979, in: MTF Thatcher MSS (Churchill Archive Centre) THCR 2/10/6.

109 Vgl. Wilfried Martens: *Europe: I Struggle, I Overcome*. Foreword by Angela Merkel. Heidelberg/London/New York 2008, S. 120f.

110 UKE Rome letter to „Christian Democrat Conference: Visit of Sir Anthony Royle MP“ by W.J. Adams, 25. Februar 1980, in: MTF FCO33/4436 f205.

111 Europäische Demokratische Union (Hg.): *Eurokommunismus*, Bulletin Nr. 5. Wien 1979, S. 3.

112 Vgl. hierzu die Wahlplakate der CDU für die Europawahl 1979 mit dem Slogan „Gegen ein sozialistisches Europa“ in: Hans-Gert Pöttering (Hg.): *Politik in Plakaten*. Plakatgeschichte der CDU aus acht Jahrzehnten. Bearb. von Hanns Jürgen Küsters, Martin Falbisoner, Hans-Jürgen Klegraf und Sabine Widmeier. Bonn 2015, S. 123f.

von massiven Auseinandersetzungen zwischen sowjettreuen und reformorientierten Kommunisten überschattet.¹¹³

Die italienische Parlamentswahl wenige Tage vor der Wahl zum Europäischen Parlament hatte einen deutlichen Stimmenrückgang für den PCI erbracht, während die Democrazia Cristiana ihr Ergebnis von 1976 halten konnte. Die Kommunisten hatten sich durch die Unterstützung der Democrazia Cristiana inklusive des unpopulären Austeritätsprogramms der Regierung zunehmend von der eigenen Basis entfernt und zugleich die erhofften bürgerlichen Wählerinnen und Wähler nicht an sich binden können. Bis zu seiner Auflösung im Februar 1991 verlor der PCI bei jeder weiteren Parlamentswahl an Stimmen, Mandaten und Mitgliedern. Infolge des Ergebnisses konnten die Christdemokraten wieder eine Koalition des „centrismo“ mit den Liberalen und Sozialdemokraten bilden. Ministerpräsident wurde der ehemalige Innenminister Francesco Cossiga, der dem rechten Flügel der DC angehörte und einen Strategiewechsel einleitete, der auf eine erneute Isolierung der Kommunisten im italienischen Parteiensystem abzielte.

Der Streit über den „compromesso storico“ hatte die Beziehungen der DC zur CDU zwar massiv belastet, aber die Kontakte zwischen beiden Parteien waren zu keiner Zeit abgebrochen worden. Dies lag zum einen an der taktischen Finesse von Ministerpräsident Giulio Andreotti, dem es in den drei Jahren der parlamentarischen Abhängigkeit von der Kommunistischen Partei wiederkehrend gelang, dem Druck zur offiziellen Aufnahme des PCI in die Regierung zu widerstehen.¹¹⁴ Mit der Ermordung Aldo Moros verloren die Kommunisten darüber hinaus im Mai 1978 ihren wichtigsten christdemokratischen Ansprechpartner für den „compromesso storico“. Helmut Kohl war sich bewusst, dass die europäische Christdemokratie auf die DC nicht verzichten konnte. Denn mit seinerzeit mehr als 1,3 Millionen Mitgliedern stellten die Italiener die größte christlich-demokratische Partei des Kontinents dar. Kohl hielt sich daher in der Öffentlichkeit mit Kritik an der Tolerierungspolitik zurück und äußerte seine Einwände vor allem in persönlichen Gesprächen. Hinzu kam die dargestellte innenpolitische Dimension der Zusammenarbeit von Christdemokraten und Kommunisten insbesondere vor dem Hintergrund der Bundestagswahl 1976.

Während die Beziehungen zwischen CDU und DC zwar deutlich litten, aber letztlich doch aufrechterhalten werden konnten, stellte der „compromesso storico“ ein massives Problem für die Kontakte auf europäischer Ebene dar.

113 Vgl. Nikolas Dörr: Die erste Direktwahl zum Europäischen Parlament als Herausforderung für die kommunistische Bewegung Europas, in: Francesco Di Palma/Wolfgang Müller (Hg.): Kommunismus und Europa. Europapolitik und -vorstellungen europäischer kommunistischer Parteien im Kalten Krieg. Paderborn 2016, S. 261–273, hier 268ff.

114 Vgl. Vera Capperucci: La „destra“ democristiana, in: Giovanni Orsina (Hg.): Storia delle destre nell'Italia repubblicana. Soveria Mannelli 2014, S. 41–84, hier 79f.

Neben den ideologischen Unterschieden zwischen Christdemokratie und Konservatismus (sowie Gaullismus) muss die Offenheit der Democrazia Cristiana gegenüber der kommunistischen Tolerierungspolitik als Hauptgrund für das Scheitern eines schlagkräftigen europäischen Bündnisses von Parteien der rechten Mitte in den 1970er und frühen 1980er Jahren angesehen werden. Eine besondere Rolle spielte dabei auch das äußerst konfliktreiche Verhältnis zwischen Margaret Thatcher und Benigno Zaccagnini. Im Gegensatz zu den Beziehungen zwischen CDU und DC kam es auch in den Folgejahren zu keiner Verbesserung zwischen britischen Konservativen und italienischen Christdemokraten, was sich insbesondere in der persönlichen Abneigung zwischen Margaret Thatcher und Giulio Andreotti ausdrückte.¹¹⁵ Thatcher bezeichnete ihn in ihren Memoiren explizit als prinzipienlosen Politiker und seine Art Politik zu betreiben als geschmacklos.¹¹⁶

Mit der Bildung der Regierung Cossiga normalisierte sich rasch das Verhältnis zwischen DC und CDU. Sowohl in der proeuropäischen Politik als auch sicherheitspolitisch in der Frage der Umsetzung der NATO-Nachrüstung herrschte nun wieder weitgehende Einigkeit zwischen den Parteien. Durch den zunehmenden Einflussverlust kommunistischer Parteien in den 1980er Jahren verlor auch die Debatte über den Eurokommunismus an Brisanz. Sogar der in den 1970er Jahren noch gefürchtete sozialistisch-kommunistische Sieg in der französischen Parlamentswahl sorgte 1981 nicht mehr für Panik. Nach seiner Wahl zum Bundeskanzler etablierte Kohl zum sozialistischen französischen Staatspräsidenten Mitterrand sogar ausgesprochen freundschaftliche Beziehungen. In Italien stand eine kommunistische Regierungsbeteiligung spätestens mit der Bildung des „pentapartito“, einer Fünfparteienkoalition aus Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Liberalen und Republikanern, im Juni 1981 nicht mehr zur Debatte. Durch die Zusammenarbeit der fünf Parteien wurde der Regierung bis in die frühen 1990er Jahre eine sichere Parlamentsmehrheit ohne die Kommunisten garantiert. Der Historische Kompromiss blieb somit ein Schreckgespenst für die christdemokratischen und konservativen Parteien Europas, das letztlich – mit einer (kleinen) Ausnahme – nicht Realität wurde: Im Oktober 1986 kam es im Zwergstaat San Marino doch noch zu einer Regierungskoalition zwischen Christdemokratischer und Kommunistischer Partei.¹¹⁷

115 Vgl. Massimo Franco: Andreotti. La vita di un uomo politico, la storia di un'epoca. Mailand 2008, S. 193f. Eine Ausnahme stellte das relativ gute Verhältnis zwischen Thatcher und Cossiga dar, der nach seiner kurzen Zeit als Ministerpräsident (1979–1980) von 1985 bis 1992 als italienischer Staatspräsident amtierte. Vgl. Clio Pedone: L'uomo che guardò oltre il muro. La politica estera italiana dagli euromissili alla riunificazione tedesca svelata da Francesco Cossiga. Soveria Mannelli 2012, S. 143f.

116 Vgl. Margaret Thatcher: The Downing Street Years, 2. Aufl. London 2011, S. 70.

117 Vgl. Wouter Veenendaal: Politics and Democracy in Microstates. London/New York 2015, S. 74f.

Die „Gefahren des Wohlstands“: Konrad Adenauer und Ludwig Erhard im Disput über die Hochkonjunktur und die gesellschaftlichen Folgen des Konsums 1955/56

Holger Löttel

An einem Abend in der Vorweihnachtszeit des Jahres 1954, der genaue Termin ist nicht bekannt¹, unterhielten sich Konrad Adenauer und Ludwig Erhard buchstäblich über die ganz großen Fragen – über das „leiblich[e] Sein“ und das „Mensch-Sein im göttlichen Sinne“, über die profanen Ziele der Politik und das Streben nach den „gemeinverbindlich letzte[n] Werte[n]“, deren Erfüllung „nicht Verdienst, sondern immer nur Gnade sein kann.“

Wir sind über diese außergewöhnliche Besprechung nur durch ein nachträgliches Schreiben Erhards vom 22. Dezember 1954 informiert, in dem er seine Gedanken nochmals gebündelt vortrug.² Keineswegs, so versicherte er hierin, erschöpfe sich seine Politik als Wirtschaftsminister in den „materiellen Dingen“, seien „Wohlstand und satte Lebensführung“ allein die „glückliche Lösung für unser Volk“. Aber ebenso wie der einzelne Mensch eine gesunde leibliche Basis brauche, um sich „in einem höheren Sinne entfalten zu können“, bedürfe es auch im „Leben eines Volkes der naturellen Unterbauung, um sich in seinen letzten Zielen und Werten vollenden zu können“.

Diese dinglichen ‚Grundlagen‘ zu sichern, darin hatte Erhard bisher seine wichtigste Aufgabe im Amt erblickt. Nun wollte er dem Bundeskanzler auch bei der politisch-mental Sinnstiftung assistieren: „Ich möchte Ihnen helfen, so gut ich es eben vermag, ja, ich habe das Gefühl, daß es Schuld werden würde, wenn ich mich nicht über das bisher geübte Maß einsetzen würde, um mit Ihnen das zu erkämpfen, was unserem Volke in jeglicher Beziehung die Freiheit zurückgeben kann.“ Adenauer antwortete hierauf freundlich, aber knapp und in einer nicht annähernd so emphatischen Tonlage.³

1 Das letzte nachweisbare Vieraugengespräch Erhards mit Adenauer vor Jahresende hatte am 30. November stattgefunden. Da die Formulierungen des nachstehend zitierten Erhard-Briefes vom 22. Dezember aber den Eindruck erwecken, als würde er sich auf eine erst kürzlich stattgefunden Besprechung beziehen, hat es möglicherweise noch einen weiteren Termin gegeben, der dann in den Besucherlisten des Bundeskanzleramts nicht vermerkt wäre. Vgl. das durch weitere Bestände ergänzte Online-Kalendarium unter www.konrad-adenauer.de.

2 Dieser handschriftlich verfasste Brief ist überliefert in: Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus (StBKAH), Nachlass Adenauer, III/23. Die vorangegangenen und folgenden Zitate sind hieraus entnommen.

3 Vgl. Schreiben Adenauers an Erhard vom 22. Dezember 1954, in: Rudolf Morsey/Hans-Peter Schwarz (Hg.): Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe. Briefe 1953–1955. Bearb. von Hans Peter Mensing. Berlin 1995, Nr. 185, S. 203.

Vielleicht wurde hier eine zu hohe Erwartungshaltung formuliert, die früher oder später enttäuscht werden musste. Als die beiden im Frühjahr 1956 wieder über die materiellen und ethischen Aspekte der Wirtschaftspolitik nachdachten, hatte sich die stille Übereinkunft⁴ jedenfalls verflüchtigt. Zwischenzeitlich war die Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland auf so rasante Weise gewachsen, dass es manchem Beobachter geradezu schwindelte und sich (paradoxiertweise) eine „unübersehbare Krisenstimmung“ ausbreitete.⁵ Eine ungezügelter Hochkonjunktur⁶ wurde nämlich nicht nur als Segen betrachtet, sondern auch – in Erinnerung an den Boom der 1920er Jahre und die darauffolgende Depression – als Gefahr für die Stabilität der Preise, den Wert des Geldes und die Stetigkeit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gedeutet.

Vor diesem Hintergrund offenbarten sich weitreichende Meinungsverschiedenheiten zwischen Adenauer und Erhard – im Hinblick auf die konkret zu ergreifenden Maßnahmen, aber auch auf die Analyse des Phänomens als solches und seiner gesellschaftlichen Ursachen. Schließlich spitzte sich die Kontroverse in einer Weise zu, die an ein regelrechtes Zerwürfnis grenzte. Zuletzt attestierte Erhard dem Bundeskanzler einen rein „[g]efühlsmäßigen“⁷ Zugang zu ökonomischen Fragen, sprach ihm also offen den fachlichen Sachverstand ab, die Angelegenheit kompetent beurteilen zu können, während Adenauer die konjunkturpolitischen Prämissen seines Wirtschaftsministers in entscheidenden Punkten eben nicht teilte und sich im Übrigen auch einen solchen „Ton“ verbat, „den ich nicht mehr von Ihnen angeschlagen sehen möchte“.⁸

4 Erhard im Schreiben vom 22. Dezember 1954: „Sie werden verstehen, wenn ich auf diesen Brief nicht angesprochen werden möchte, aber Sie wollen über mich und meine Dienste verfügen, wann und wo immer Sie wollen.“ StBKAH III/23.

5 Daniel Koerfer: Wirtschaftspolitische Kontroversen zwischen Konrad Adenauer und Ludwig Erhard (1956–1963), in: Hans Pohl (Hg.): Adenauers Verhältnis zu Wirtschaft und Gesellschaft. Bonn 1992, S. 33–45, hier 33.

6 Die politischen Meinungsbildungen und Entscheidungsprozesse in der Hochkonjunktur 1955/56 wurden schon verschiedentlich als Teil größerer Abhandlungen, aber noch nicht im Rahmen einer aktenbasierten Einzeluntersuchung dargestellt. Eine wichtige wirtschaftswissenschaftliche Arbeit liegt vor mit Helge Berger: Konjunkturpolitik im Wirtschaftswunder. Handlungsspielräume und Verhaltensmuster von Bundesbank und Regierung in den 1950er Jahren. Tübingen 1997, S. 111ff., 207ff. Den zentralen Aspekt der Preispolitik behandelt Irmgard Zündorf: Der Preis der Marktwirtschaft. Staatliche Preispolitik und Lebensstandard in Westdeutschland 1948 bis 1963. Stuttgart 2006, S. 202ff. Noch immer mustergültig für die konjunkturpolitische Auseinandersetzung Adenauer – Erhard ist das entsprechende Kapitel von Daniel Koerfer: Kampf ums Kanzleramt. Stuttgart 1987, S. 84–128.

7 Schreiben Erhards an Adenauer vom 11. April 1956, in: StBKAH III/23.

8 Schreiben Adenauers an Erhard vom 13. April 1956, in: Rudolf Morsey/Hans-Peter Schwarz (Hg.): Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe. Briefe 1955–1957. Bearb. von Hans Peter Mensing. Berlin 1998, Nr. 142, S. 184–189, hier 184.

Diese beispiellose Verschärfung des Dialogs zwischen Ende 1954 und Anfang 1956 wirft Fragen auf, denen der vorliegende Beitrag erstens anhand der politischen Kontroverse über die „Gefahren der Hochkonjunktur“⁹ nachgeht: Welche Positionen vertraten Adenauer und Erhard in der Debatte und welche Zielkonflikte taten sich auf? Welche Intentionen und Muster ihres Handelns sind erkennbar? Schließlich: In welchen größeren Zusammenhang ordnet sich die konjunkturpolitische Auseinandersetzung Mitte der 1950er Jahre ein?¹⁰

Ausgehend davon wird zweitens die spezifische Diskussion um die mentalen „Gefahren des Wohlstands“¹¹ nachgezeichnet, die sich um die Schlagworte „Konsum“ und „Materialismus“ drehte. Mit welchen politischen, ökonomischen und sozialen Inhalten wurden die Begriffe jeweils gefüllt? Welche unterschiedlichen Auffassungen, speziell über die gesellschaftlichen Folgen des Konsums, traten dabei hervor? Hinweise hierauf gibt ein Briefwechsel von Januar/Februar 1956, der zu den bemerkenswertesten Stücken der Adenauer-Erhard-Korrespondenz gehört.

Mit der Präsentation dieses Materials soll nicht zuletzt auf den demnächst erscheinenden neuen Band der „Rhöndorfer Ausgabe“ mit dem Titel „Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft“ aufmerksam gemacht werden.¹² Dabei wird sich die Edition keineswegs auf die Hochkonjunkturphase 1955/56 beschränken, sondern eine Vielzahl von Briefen, Reden und Gesprächen aus den Jahren zwischen 1948 und 1963 enthalten, welche die ganze Bandbreite der Wirtschaftspolitik in dieser Zeit abbilden und aufzeigen, wie das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft in der politischen Praxis – oft

-
- 9 Das Zitat entstammt dem Schreiben Erhards an Adenauer vom 11. April 1956, in: StBKAH III/23. Es wird hier zur Kennzeichnung der wirtschaftspolitischen Debatte über die Hochkonjunktur verwendet.
- 10 Zu Adenauers wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Gedankenbildung vgl. Pohl (Hg.): Adenauers Verhältnis zu Wirtschaft und Gesellschaft; Günther Schulz: Adenauer in seinem Verhältnis zu Wirtschaft und Gesellschaft, in: Anselm Doering-Manteuffel/Hans-Peter Schwarz (Hg.): Adenauer und die deutsche Geschichte. Bonn 2001, S. 63–80; zuletzt Hans Günter Hockerts: Konrad Adenauer – ein „Rheinischer Kapitalist“?, in: ders./Günther Schulz (Hg.): Der „Rheinische Kapitalismus“ in der Ära Adenauer. Paderborn 2016, S. 187–202. Zu Erhards Kurs in der Hochkonjunktur vgl. die materialgesättigte, freilich auch überzogen kritische Biographie von Volker Hentschel: Ludwig Erhard. Ein Politikerleben. München/Landsberg am Lech, S. 235ff. Überblicksartig angelegt und freundlicher in der Wertung ist Alfred C. Mierzejewski: Ludwig Erhard. Der Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft. Biografie. Berlin 2005, S. 191–242. Zu den geistigen Grundlagen der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft vgl. Horst Friedrich Wünsche: Ludwig Erhards Soziale Marktwirtschaft. Wissenschaftliche Grundlagen und politische Fehldeutungen. Reinbek/München 2015.
- 11 Das Zitat entstammt einer Kapitelüberschrift von Mierzejewski: Ludwig Erhard, S. 191–242. Es wird hier zur Kennzeichnung der Konsum- und Materialismusdebatte verwendet.
- 12 Während der Arbeit an dem Band ist der langjährige Mitherausgeber der „Rhöndorfer Ausgabe“, Hans-Peter Schwarz, unerwartet verstorben. Das Projekt, das er maßgeblich initiierte und engagiert begleitete, wird seinem Andenken gewidmet sein.

mühsam und konfliktreich – umgesetzt wurde. Zudem gestatten die Dokumente einen neuen Blick auf das Verhältnis der „ungleichen Gründerväter“¹³ Adenauer und Erhard, der nicht vorrangig auf die Frage der Kanzler-Nachfolge, also den sprichwörtlichen „Kampf ums Kanzleramt“¹⁴, fokussiert ist, sondern die langfristige Evolution der vielschichtigen Beziehungen verdeutlicht. Mit Blick auf beide Aspekte, die Wirtschaftspolitik ebenso wie die schwierige Partnerschaft Adenauer – Erhard, fällt der Hochkonjunkturdebatte freilich eine hohe Bedeutung zu.

Die „Gefahren der Hochkonjunktur“: Adenauer, Erhard und die wirtschaftspolitische Debatte 1955/56

Im Jahr 1955 nahm das Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik Deutschland um spektakuläre 11,8 % zu, ein Spitzenwert der Nachkriegszeit, der seitdem nicht mehr erreicht wurde.¹⁵ Diesen Aufschwung konnte Ludwig Erhard in weiten Teilen als persönlichen Erfolg reklamieren, stand er doch nach zeitgenössischer Wahrnehmung auf dem „Fundament“, das mit „der Währungsreform von 1948 (...) geschaffen worden war.“¹⁶ In den vorangegangenen Jahren hatte sich das Wachstum primär aus außenwirtschaftlichen Faktoren gespeist, aus einer überschüssigen Handels- und Zahlungsbilanz mit entsprechenden Devisengewinnen; nun traten auch innere Auftriebstendenzen hinzu, die in eine ausgesprochene Investitionskonjunktur mündeten und sogar Formen eines Investitionsbooms annahmen. Mit ihren Rationalisierungs- und Anpassungsinvestitionen reagierte die Industrie wiederum auf die Herausforderungen eines praktisch leergefegten Arbeitsmarkts, der mit einer Erwerbslosenquote von 2,7 % im dritten Quartal 1955 den Stand der Vollbeschäftigung erreicht hatte. Dass die Unternehmen daraufhin zu einer regelrechten „Jagd auf die Arbeitskräfte“ bliesen, beförderte den allgemeinen Lohnauftrieb noch zusätzlich und sicherte „den Arbeitnehmern am Markte eine immer stärkere Stellung“.¹⁷

Zweifellos konnte die Bundesregierung berechtigte Hoffnungen hegen, mithilfe dieser Wirtschaftsdaten ihre Popularität zu steigern und sich eine gute Ausgangsposition für die Bundestagswahl 1957 zu verschaffen. Umso befremdeter musste man im Bundeskanzleramt und im Bundeswirtschaftsministerium

13 Andreas Metz: Die ungleichen Gründerväter. Adenauers und Erhards langer Weg an die Spitze der Bundesrepublik. Konstanz 1998.

14 Koerfer: Kampf ums Kanzleramt.

15 Vgl. Michael Hollmann: Einleitung, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Bd. 8: 1955. Bearb. von Michael Hollmann und Kai von Jena. München 1997, S. 45; Hermann Adam: Wirtschaftspolitik und Regierungssystem in der Bundesrepublik Deutschland. Dritte aktualisierte Aufl. Opladen 1995, S. 68.

16 Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1955, S. 3.

17 Ebd., S. 7.

zur Kenntnis nehmen, dass in der öffentlichen Debatte nicht nur die „positive Seite“ der Hochkonjunktur (Vollbeschäftigung, Produktionsrekorde, Einkommenssteigerungen), sondern ebenso sehr ihre „negative Seite“ (Gefährdung der Geldwertstabilität, Verschlechterung des Preisklimas, Eskalation der Lohn-Preis-Spirale) thematisiert wurde.¹⁸ Ab einem gewissen Zeitpunkt, vom Spätsommer in den Herbst 1955, gewann die „negative“ Deutung sogar das Übergewicht. Es wurde nun das Bild einer „,gefährliche[n]‘ Konjunktur“¹⁹ gezeichnet, wobei sich Fachleute, Politiker und Funktionäre keineswegs einig waren, ob die Gefahren in der Konjunktur selbst wurzelten oder aus den überspannten Erwartungen resultierten, die ihr entgegengebracht wurden. Andere wiederum erkannten die Gefahr weniger in der konjunkturellen Entwicklung als vielmehr im vermeintlich verantwortungslosen Gerede hierüber.

Im März 1955 kündigte die IG Bergbau die laufenden Tarifverträge, forderte eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 12 % und setzte schließlich, unter dem gezielten Einsatz von Streikdrohungen, 9 % durch. Als sich der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie daraufhin für eine Erhöhung der Kohlenhöchstpreise aussprach, damit die Preise „in dem Ausmaße der ungedeckten Lohnsteigerungen heraufgesetzt werden konnten“²⁰, wurde Adenauer von der Sorge befallen, der Preisauftrieb könnte von den Grundstoff- auf die verarbeitenden Industrien übergreifen und zu einer allgemeinen Verteuerung der Lebenshaltung führen. Dem begegnete das Bundeswirtschaftsministerium zwar mit Verweis auf die relative Stabilität der Lebenshaltungskosten seit Jahresbeginn.²¹ Dennoch suchte der Bundeskanzler nun vermehrt nach einem Instrument zur Regulierung künftiger Lohnkonflikte, und es ist wohl kein Zufall, dass er wieder auf die Idee eines Bundeswirtschaftsrats verfiel, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu „laufenden Gesprächen mit der Bundesregierung am runden Tisch“ verpflichten sollte.²² Hierüber war bereits Anfang der 1950er Jahre im Zuge der Mitbestimmungsfrage debattiert worden.²³ In Anlehnung an die korporatistischen Strukturen der Zwischenkriegszeit dachte sich Adenauer die-

18 Die Auflistung der „positiven“ und der „negativen“ Seiten der Hochkonjunktur entstammt einem undatierten Vermerk des Bundesministeriums für Wirtschaft [September 1955], Bundesarchiv Koblenz (BArch), B 102/4001, 1.

19 Ludwig Erhard: Die „gefährliche“ Konjunktur. Aufgaben des Wirtschaftsministers in der Phase der Vollbeschäftigung, in: Die Zeit vom 8. September 1955. Erhard verwendete diesen Begriff naturgemäß nicht in einem affirmativen Sinne, sondern warb für den Satz: „Keine Angst vor der Konjunktur“.

20 Schreiben Fritz Bergs an Adenauer vom 19. April 1955, in: BArch, B 102/14775, 1.

21 Vgl. Schreiben Erhards an Staatssekretär Hans Globke vom 12. Mai 1955, in: BArch, B 102/14475, 1.

22 Protokoll der Kabinettsitzung am 16. Februar 1955, in: Kabinettsprotokolle 1955, TOP 2, S. 140.

23 Vgl. die Adenauer-Erhard-Korrespondenz über den Bundeswirtschaftsrat von 1950 bis 1952 in: BArch, B 136/2453, B 136/2454. Zum Kontext der politischen Diskussion vgl. Alexander Nützenadel: Wirtschaftliche Interessenvertretung in der parlamentarischen De-

ses Konsultationsorgan als Neuauflage des „vorläufigen Reichswirtschaftsrats“, dem er zwischen 1924 und 1933 selbst angehört hatte, allerdings verkleinert und effizienter organisiert.²⁴ Erhard hingegen lehnte eine Verstetigung der Sozialpartner-Beziehungen strikt ab; er wünschte sich keine institutionelle Lösung, sondern anlassbezogene Gespräche mit wechselnden Akteuren, die eine atmosphärische Auflockerung herbeiführen und der Lösung akuter Probleme dienen, aber eben keinen „runden Tisch“ begründen sollten.²⁵ Immerhin war auf diesem Wege bereits die Einigung im Lohnkonflikt mit der IG Bergbau vermittelt worden, den Adenauer freilich in der Sache sehr kritisch bewertete.²⁶

Erhard hatte das Projekt eines Bundeswirtschaftsrats deshalb bekämpft, weil er hierin einen Ansatz der Gewerkschaften erkannte, ihre „Vorstellungen von überbetrieblicher Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie“²⁷ durchzusetzen, das heißt eine „bezirkliche Organisation“ paritätisch besetzter Industrie- und Handelskammern zu etablieren. Dieser ordnungspolitische Vorbehalt war weiterhin gültig, allerdings hatte sich die Diskussion hierüber im Jahr 1955 weitgehend erübrigt. Mit Blick auf die ‚Steuerung‘ der Hochkonjunktur, wie sie Erhard vorschwebte, war es wohl entscheidender, dass er sich freie Hand für Preisenkungsgespräche wünschte, mittels derer er Gewerkschaften, Arbeitnehmer und Verbände, aber auch die Unternehmen direkt adressieren wollte.

Nach Ansicht des Bundeswirtschaftsministeriums bestand hierfür im Spätsommer 1955 dringender Handlungsbedarf. Analog dazu hatte die Bank deutscher Länder festgestellt, dass sich im Jahresverlauf „wenn auch nicht das tatsächliche *Preisniveau*, so doch das ‚Preisklima‘ vielfach verschlechtert hat“. Sowohl auf Produzenten- als auch auf Verbraucherseite wurde eine Aufweichung der Preisdisziplin beobachtet, die mit längerer „Dauer des ungewöhnlich starken Aufschwungs“ noch zunehmen müsse: „Die Tatsache, daß der Absatz sich ständig in einem Maße ausdehnt, das über alle früheren Erfahrungen hinausgeht (...), bringt es eben leider mit sich, daß (...) weite Schichten

mokratie. Die Debatte über den Bundeswirtschaftsrat in den fünfziger Jahren, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 51 (2003), S. 229–260.

24 Vgl. Protokoll einer Besprechung mit Gewerkschaftsvertretern im Bundeskanzleramt am 5. September 1951, in: BArch, B 136/6583, TOP 5. Vgl. ferner Hockerts: „Rheinischer Kapitalist“?, in: Der „Rheinische Kapitalismus“ in der Ära Adenauer, S. 187–202, hier S. 194f. Zum Reichswirtschaftsrat vgl. Joachim Lilla (Bearb.): Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat 1920 bis 1933/34. Düsseldorf 2012.

25 Vgl. Vermerke des Referats 7 im Bundeskanzleramt über die Sozialpartner-Besprechungen vom 3. März und 4. April 1955, in: BArch, B 136/8792.

26 Sein Kommentar im CDU-Bundesvorstand: „Ich brauche nur ein Wort zu sagen: Lohnpreisspirale“. Zudem wollte er die Rolle des Bundeswirtschaftsministeriums beim Zustandekommen der Tarifeinigung auch sachlich nicht anerkennen. Vgl. Protokoll der Sitzung des CDU-Bundesvorstands am 13. Januar 1956, in: Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957. Bearb. von Günther Buchstab, Nr. 11, S. 712–786, hier 716 (Zitat).

27 Schreiben Erhards an Adenauer vom 25. Mai 1955, in: BArch, B 136/2454.

nicht mehr so scharf rechnen.²⁸ Anfang August 1955 hatte der Zentralbankrat daher den Diskontsatz der Landeszentralbanken von 3 auf 3,5 % erhöht und die Mindestreservesätze der Geschäftsbanken bei den Landeszentralbanken um je 1 % erhöht, um die konjunkturelle Entwicklung im Sinne der Bewahrung der Währungsstabilität abzubremesen.²⁹

Obwohl Erhard die geldpolitische Berechtigung dieses Schritts anerkannte, war er hierüber keineswegs glücklich, da er nicht die Drosselung der Konjunktur als solche, sondern nur die Bereinigung ihrer problematischen Auswüchse, in erster Linie der Lohn-Preis-Eskalation, wünschte. Das war für ihn ebenso sehr eine Frage des akuten Krisenmanagements wie angewandter politischer Grundsätze. Er wollte nämlich die „Hochkonjunktur als Dauerzustand (...) stabilisieren“³⁰ und damit den „bekannten Rhythmus eines Konjunkturzyklus“ durchbrechen, „der von der Hochkonjunktur zu einem Abschwung, zur Depression und Krise führt und von dort aus erst mählich wieder von einem neuen Aufschwung abgelöst wird“.³¹ Die Konjunkturzyklen wurden seiner Auffassung zufolge nämlich nicht von einem „naturgesetzliche[n] Ablauf“ bestimmt, sondern durch „falsches wirtschaftliches Verhalten“ der Akteure herbeigeführt.³² Die „Einsicht aller Beteiligten“³³ herbeizuführen, erschien ihm allerdings durchaus möglich, und zwar auf dem Wege der „moral suasion“, also einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne, mit der „die Preise herunter[geredet]“ werden sollten.³⁴

28 Monatsberichte der Bank deutscher Länder, August 1955, S. 5 (Hervorhebung im Original).

29 Vgl. Protokoll der Sitzung des Zentralbankrats der Bank deutscher Länder am 3. August 1955, Historisches Archiv der Deutschen Bundesbank (HADB), B330, 87/1.

30 Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 11. Oktober 1955, in: Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1953–1957. Bearb. von Helge Heidemeyer. Düsseldorf 2003, Nr. 193, S. 820–835, hier 822.

31 Ebd. Dieser Ansatz, der mit dem tradierten Postulat konjunktureller Zyklen als gegebenem Rahmen der Wirtschaftspolitik bricht, lässt sich mit der neueren Deutung Horst Friedrich Wünsches verbinden, der Erhards Verständnis der Sozialen Marktwirtschaft aus dem neo- bzw. ordoliberalen Rahmen herauslöst und in die Tradition einer ethischen Ökonomie der historischen Schule der Nationalökonomie stellt. Wesentliches Ziel der Wirtschaftspolitik war demnach die Etablierung eines dauerhaften „Vollbeschäftigungs-Gleichgewichts“. Vgl. Wünsche: Erhards Soziale Marktwirtschaft, S. 406ff., mit Schaubild S. 412.

32 Alle Zitate: Denkschrift Erhards „Die konjunkturpolitische Situation und die Mittel zur Aufrechterhaltung der Stabilität“ (29. September 1955), in: BArch, 136/652. Damit korrespondierend beurteilte Erhard die „psychologische Situation sehr viel labiler“ als die „materiellen Gegebenheiten“: „Nicht die Wirtschaft, sondern die Menschen sind in Unordnung geraten.“

33 Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 11. Oktober 1955, in: CDU/CSU-Bundestagsfraktion 1953–1957, Nr. 193, S. 820–835, hier 822.

34 Zitat: Wortlaut einer Ansprache Erhards bei der Eröffnung der Automobilmesse in Frankfurt am 22. September 1955, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 30. September 1955, S. 1539. Zu dieser Form der „Seelenmassage“ im

Medienwirksam eingeläutet wurde diese Preissenkungsaktion auf einer Pressekonferenz im Bonner Bundeshaus am 2. September 1955.³⁵ In den folgenden Wochen sprach Erhard mit den Vertretern preispolitisch relevanter Organisationen (zum Beispiel Einzelhandel, Verbraucher) und spezieller Branchenverbände (etwa Bau- und Fleischereihandwerk). Sein Staatssekretär Ludger Westrick suchte den telefonischen Kontakt zu einzelnen Unternehmen wie dem Schuhproduzenten Salamander, Telefunken oder der AEG.³⁶ Mittels einer Massenbriefsendung appellierte das Bundeswirtschaftsministerium an das Preisbewusstsein der Verbraucher³⁷; ferner ließ es Anzeigen mit dem Konterfei Erhards und dem Aufruf „Maßhalten ist das volkswirtschaftliche Gebot der Stunde!“ drucken.³⁸

Am Monatsende berichtete Erhard dem Bundeskanzler nicht ohne Stolz, „daß sich dank meines pausenlosen Hämmerns ganz offenkundig das konjunkturpolitische Klima zum Besseren gewendet“ habe und „meine psychologische Einwirkung auf die Öffentlichkeit unzweifelhaft Erfolge zeitigt“.³⁹ Tatsächlich hatten einige Branchen zu diesem Zeitpunkt Absichtserklärungen bezüglich der Preisstabilisierung beziehungsweise Preissenkung abgegeben⁴⁰; eine allgemeine Beruhigung trat freilich nicht ein.⁴¹ Adenauer teilte Erhards Optimismus somit nur bedingt, ja er war sogar der Ansicht, dass dessen „bisherig[e] Erfolge auf diesem Gebiet nicht überschätzt werden dürften“.⁴² Noch immer sah er in einer aggressiven Lohnpolitik der Gewerkschaften die größte Gefahr für den

Kontext der Öffentlichkeitsarbeit des Bundeswirtschaftsministeriums vgl. Bernhard Löffler: Soziale Marktwirtschaft und administrative Praxis. Das Bundeswirtschaftsministerium unter Ludwig Erhard. Stuttgart 2002, S. 254.

35 Vgl. Protokoll der Pressekonferenz in: BArch, B 102/4001, 1.

36 Vgl. Übersicht über die Kontakte Erhards und Westricks (gesprächsweise) sowie Westricks (telefonisch) im Vermerk betr. „Lohn-Preisproblem“ vom 1. Oktober 1955, in: BArch, B 102/4001, 1.

37 Vgl. Erhards „Brief an die Hausfrauen“ (September 1955), in: BArch, B 102/4001, 2; hierzu auch Zündorf: Preis der Marktwirtschaft, S. 211f.

38 Vgl. BArch, B 102/4001, 2. Die Formulierung bezieht sich auf die Mäßigung bei den Lohn- und Preiserhöhungen, nicht auf eine Konsumdrosselung. Zu dem diesbezüglichen Missverständnis zwischen Adenauer und Erhard siehe unten S. 101.

39 Schreiben Erhards an Adenauer vom 29. September 1955, in: BArch, B 136/652.

40 Vgl. Vermerk des Referats I B 1 im Bundesministerium für Wirtschaft (Karl Hohmann) vom 28. September 1955 betr. „Auswirkungen der Appelle des Bundeswirtschaftsministers, keine Preiserhöhungen vorzunehmen und die Preise zu senken“, in: BArch, B 102/14411h.

41 Der Aufwärtstrend der Grundstoffpreise, der industriellen Erzeugerpreise und der Einzelhandelspreise wurde bis Jahresende 1955 keineswegs gestoppt. Der nicht saisonbereinigte Preisindex für die Lebenshaltung (1950 = 100), der sich im August und September auf 110 Punkte stabilisiert hatte, sollte im Oktober auf 111 und im November auf 112 Punkte steigen. Vgl. Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Dezember 1955, S. 26.

42 Protokoll der Kabinettsitzung am 6. Oktober 1955, in: Kabinettsprotokolle 1955, TOP D, S. 655.

Erhalt der Preisstabilität.⁴³ Zudem registrierte er mit Missfallen, wie sich Erhard im Zuge seiner Kampagne auf Konfrontationskurs zur Industrie begab, der er öffentlich vorwarf, die sich aus dem konjunkturellen Boom ergebenden Spielräume für Preissenkungen nicht auszunutzen.⁴⁴ Zweimal, am 5. und am 27. September 1955, war Fritz Berg, der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie, im Bundeskanzleramt vorstellig geworden, um gegen die Grundannahmen und Methoden des Wirtschaftsministers zu protestieren. Nach seiner Lesart konnte von einer pauschalen „Hochkonjunktur“ gar nicht die Rede sein, vielmehr „habe sich die Gesamtkonjunktur in eine Fülle von Sonderkonjunkturen“ aufgelöst, in der „neben sehr stark florierenden auch stagnierende und sogar notleidende Branchen und Betriebe“ stünden.⁴⁵ Gerade mit Blick auf die kleinen und mittleren Unternehmen hielt er Erhards Appelle, die ja auf eine „Herabsetzung der Gewinne“ durch Preissenkungen hinausliefen, für abwegig.⁴⁶

Der Bundeskanzler verfolgte in diesem Konflikt keine ganz einheitliche Linie. Einerseits verteidigte er die preispolitische Strategie des Wirtschaftsministers, die er sogar mit einem eigenen Beitrag publizistisch unterstützte.⁴⁷ Andererseits scheute er nicht davor zurück, den BDI-Präsidenten um eine eigene konjunkturpolitische Denkschrift zu bitten, die sich zu den diesbezüglichen Vorlagen der Fachressorts gesellen sollte, die Adenauer am 21. September 1955 im Kabinett beauftragt hatte.⁴⁸ Wie Erhard verärgert feststellte, sah es damit auch in der Öffentlichkeit so aus, als ob die Gutachten der zuständigen Bundesministerien mit den Forderungen des Industrieverbands „gewissermaßen gleichrangig“ nebeneinanderstünden.⁴⁹ Diese Desavouierung trug dazu bei, dass Erhard und Bundesfinanzminister Fritz Schäffer ihre jeweiligen Stellungnahmen aufeinander abstimmten und schließlich ein „gemeinsames Exposé über die konjunkturpolitische Situation und die Mittel zur Aufrechterhal-

43 Vgl. Schreiben Adenauers an Erhard vom 30. September 1955, in: Adenauer. Briefe 1955–1957, Nr. 28, S. 65f., ferner Schreiben vom 4. Oktober 1955, in: BArch, B 102/39061.

44 Es ist bezeichnend, dass Erhard im Zuge der Preissenkungskampagne zwar mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (am 8. September 1955), aber nicht einzeln mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie sprach. Ein Treffen im größeren Rahmen der Spitzenorganisationen der gewerblichen Wirtschaft am 4. Oktober fand dann ohne dessen Präsidenten Fritz Berg statt. Vgl. Protokoll der Besprechung in: BArch, B 102/4001, 2.

45 Memorandum Fritz Bergs „zur wirtschaftspolitischen Lage“ vom 4. Oktober 1955, in: BArch, B 136/652.

46 So die Wiedergabe der Argumente Bergs im Schreiben Adenauers an Erhard vom 6. September 1955, ebd.

47 Vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 13. September 1955, S. 1429.

48 Vgl. Kabinettsprotokolle 1955, TOP C, S. 536.

49 Schreiben Erhards an Adenauer vom 30. September 1955, in: BArch, B 136/652.

„tung der Stabilität unserer Wirtschaft und Währung“ vorlegten.⁵⁰ Bemerkenswert war das schon deshalb, weil die beiden Minister seit Aufnahme der Regierungsgeschäfte im Herbst 1949 fast ständig miteinander im Streit gelegen hatten, in erster Linie wegen Ressortzuständigkeiten⁵¹, aber auch in finanz- und steuerpolitischen Fragen⁵², und dabei selbst vor harten persönlichen Auseinandersetzungen nicht zurückgeschreckt waren. Ihr Antagonismus, ein wesentlicher Faktor der Machtbeziehungen innerhalb der Bundesregierung, fiel in der Konjunkturdebatte nun weg. Wenn auch das Urteil des „Spiegel“, der Kanzler hätte „die zwei ärgsten Rivalen seines Kabinetts ungewollt zusammengeschweißt“⁵³, etwas überzogen erscheint, sollte die veränderte Konstellation noch Folgen haben.

Bei der Beschreibung und Bewertung der konjunkturpolitischen Lage trug das „gemeinsame Exposé“ in weiten Teilen die Handschrift des Bundeswirtschaftsministeriums. Es qualifizierte die Konjunkturfrage als „psychologisches Problem, dem in erster Linie mit psychologischen Mitteln zu begegnen ist“, und würdigte dementsprechend die Preissenkungkampagne Erhards.⁵⁴ Mit unverkennbarer Stoßrichtung gegen den BDI forderten die Minister eine baldige Verabschiedung des Kartellgesetzes⁵⁵, um den in der Hochkonjunktur erlahmten Wettbewerb zu fördern und von dieser Seite aus preisdämpfend zu wirken. Zudem brachten sie eine Reihe gesetzlicher Einzelmaßnahmen zur Sprache, von einer Preisprüfungscompetenz des Bundeswirtschaftsministers⁵⁶ bis hin zu konjunkturpolitischen Zollsenkungen, die den Wettbewerbsdruck auf die Industrie über Importerleichterungen erhöhen sollten. Weitreichende Steuererleichterungen, etwa die Ausweitung der degressiven Abschreibung zur Förderung von Rationalisierungsinvestitionen, wie sie von der Industrie gefor-

50 Mit Datum vom 4. Oktober 1955. Vgl. ebd.

51 Hinsichtlich der Zuständigkeit für das Geld- und Kreditwesen (bis 1952), die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds (1952), das Bundesbankgesetz (1950 bis 1952) und die Gründung einer „bundeseigenen Bank“ (1953). Die diesbezüglichen Korrespondenzen Adenauer–Erhard werden in der „Rhöndorfer Ausgabe“ publiziert.

52 Etwa mit Blick auf den Methodenstreit über die Konsumabschöpfung während des Korea-Booms (1951) oder auf den Dauerkonflikt um die Steuer- und Kapitalmarktreform (1951 bis 1954). Zu den darauf bezogenen Schlüsseldokumenten vgl. demnächst ebenfalls Band 20 der „Rhöndorfer Ausgabe“.

53 Der Spiegel vom 12. Oktober 1955 („Kanzler auf dem Bock“).

54 „Gemeinsames Exposé über die konjunkturpolitische Situation“ vom 4. Oktober 1955, in: BArch, B 136/652, S. 1.

55 Vgl. ebd., S. 3, 11. Hiergegen wehrte sich der BDI bereits seit Jahren. Zur Kartellgesetzgebung vgl. Rüdiger Robert: Konzentrationspolitik in der Bundesrepublik. Das Beispiel der Entstehung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Berlin 1976; Lisa Murach-Brand: Antitrust auf deutsch. Der Einfluss der amerikanischen Alliierten auf das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) nach 1945. Tübingen 2004.

56 Vgl. „Gemeinsames Exposé“ vom 4. Oktober 1955, in: BArch, B 136/652, S. 3.

dert wurden⁵⁷, lehnten sie ab; allenfalls die gezielte Senkung einzelner Verbrauchssteuertarife wurde in Betracht gezogen.⁵⁸

Damit zeichnete sich ein Konflikt ab, der bei einer Besprechung aller maßgeblichen Bundesminister und Verbandsvertreter, die am 14. Oktober 1955 im Bundeskanzleramt stattfinden sollte, durchaus hätte eskalieren können. Dieses Treffen fand aber nicht statt, weil Adenauer am 7. Oktober erkrankte und dann sechs Wochen, bis zum 24. November, seine Dienstgeschäfte im Palais Schaumburg nicht wahrnehmen konnte. In Abwesenheit des Bundeskanzlers bündelten Erhard und Schäffer die Vorschläge ihres „Exposés“ zu einem „konjunkturpolitischen Programm“, das auf einer Sitzung des Deutschen Bundestags in Berlin am 19. Oktober in Form einer Regierungserklärung des Bundeswirtschaftsministers verlesen wurde.⁵⁹ Bei dem „Programm“ handelte es sich zwar eher um eine „recht vielschichtige Sammlung von konkreten Vorschlägen, Absichtserklärungen, Prüfungsversprechen und Appellen“, von denen manche erst mit Verzögerung oder gar nicht realisiert wurden.⁶⁰ So improvisiert es auch wirken mochte, erfüllte es aber doch seinen Zweck, die rein psychologische Strategie des Bundeswirtschaftsministers um konjunkturpolitisch kontraktive Maßnahmen zu erweitern, die angewendet werden konnten, um „dem überschäumenden (..) Wirtschaftskonjunkturkessel (...) das Feuer auszutreten“⁶¹, ohne es gleich ganz zu löschen, wie es im Falle weiterer Kreditrestriktionen der Bank deutscher Länder zu befürchten gewesen wäre.⁶²

Wie Adenauer diese Entwicklung während seiner Krankheitsphase im Einzelnen beurteilte, lässt sich nicht feststellen. Aufschlussreich ist aber ein Blick auf die größeren Zusammenhänge, in die sich die Konjunkturfrage im Spätherbst 1955 aus seiner Sicht einordnete. Außenpolitisch plagten ihn Zweifel an der langfristigen Europastrategie der Vereinigten Staaten, gepaart mit der Erwartung steigenden sowjetischen Drucks auf Deutschland nach 1957, zudem die Spannungen im Nahen Osten sowie die Unsicherheit hinsichtlich der Wah-

57 Vgl. Memorandum Fritz Bergs „zur wirtschaftspolitischen Lage“ vom 4. Oktober 1955, in: BArch, B 136/652, S. 6 und Anlage 8. Vgl. Abdruck einer Rede Fritz Bergs vor der Industrie- und Handelskammer Hagen am 19. Dezember 1955, in: Fritz Berg: Die westdeutsche Wirtschaft in der Bewährung. Ausgewählte Reden aus den Jahren 1950 bis 1956, Hagen 1966, S. 71–95, hier 87.

58 Angedacht war eine Senkung der Zucker- und der Kaffeesteuer. Vgl. „Gemeinsames Exposé“ vom 4. Oktober 1955, in: BArch, B 136/652, S. 12.

59 Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, Bd. 26, S. 5818D–5823D.

60 Berger: Konjunkturpolitik, S. 112.

61 Der Spiegel vom 12. Oktober 1955 („Kanzler auf dem Bock“).

62 In der Tat stand das Bündnis zwischen Wirtschafts- und Finanzministerium sowie der Bank deutscher Länder im Herbst 1955 noch unter dem Vorbehalt, dass Erhard und Schäffer die „klassischen Mittel der Notenbankpolitik“ eigentlich ablehnten, da sie eine unerwünschte „Minderung der wirtschaftlichen Energien“ zur Folge haben könnten. „Gemeinsames Exposé“ vom 4. Oktober 1955, in: BArch, B 136/652, S. 7.

len in Frankreich.⁶³ Innenpolitisch zog eine akute Krise auf, als die schon länger schwelenden Schwierigkeiten mit dem Koalitionspartner FDP eskalierten und sich das Regierungsbündnis wochenlang in einem prekären Zustand befand.⁶⁴ Hierdurch wurde der Bundeskanzler nach seiner Rückkehr in den Dienst ab Ende November 1955 vorrangig in Anspruch genommen. Augenscheinlich ist die dominierende außen- und innenpolitische Problemwahrnehmung durch eine skeptische Beurteilung der eigentlich glänzenden Wirtschaftslage ergänzt worden. In einem Kreis aus Sachverständigen und Verbandsvertretern⁶⁵ sprach Adenauer am 16. Dezember recht drastisch davon, „daß der deutsche Staat zur Zeit noch äußerst schwach sei“, und einem Gewerkschaftsstreik, der binnen einer Woche die „gesamte Wirtschaft in Unordnung“ bringen könne, machtlos gegenüberstehe.⁶⁶

Vor diesem Hintergrund wird auch die einen Monat später im CDU-Bundesvorstand gefallene Bemerkung verständlich, „daß vieles von dem, was wir sehen, Fassade ist – Fassade ist vielleicht etwas zu hart ausgedrückt –, aber nicht gut fundiert ist, so daß wir, wenn eine wirtschaftliche Baisse käme – durch irgendein politisches Ereignis ausgelöst –, zu befürchten hätten, daß wir in Deutschland sehr böse Dinge bekommen würden. So sehr wir auch Anlaß haben, uns darüber zu freuen, daß es der gewerblichen Wirtschaft im großen und ganzen gutgeht, so dürfen wir die Augen nicht davor schließen, daß die deutsche Wirtschaft (...) nicht genügend fundiert ist, um Stürme überstehen zu können.“⁶⁷ Auf eine Konjunkturdrosselung (oder auch nur eine Dämpfung) war der Bundeskanzler in dieser Stimmung wohl kaum ansprechbar.

63 Vgl. Protokoll der Kabinettsitzung am 30. November 1955, in: Kabinettsprotokolle 1955, TOP A, S. 708–713; ausführlich das Wortprotokoll der Koalitionsbesprechung am 6. Dezember 1955, in: Adenauer und die FDP, Nr. 152, S. 484–579, hier 486ff.; Informationsbericht des Journalisten Robert Strobel über ein Gespräch mit Adenauer vom 20. Dezember 1955, in: ebd., Nr. 156, S. 706–714, hier 706ff.

64 Der Koalitionsbruch wurde schließlich mit der Spaltung der FDP-Bundestagsfraktion am 23. Februar 1956 besiegelt. Vgl. ebd., S. 83, 757, Anm. 3.

65 Die Runde bestand aus Adenauer, Hans Globke und Franz Haenlein (Bundeskanzleramt), Hermann Josef Abs und Robert Pferdenges (als Berater), Karl Bernhard und Wilhelm Vocke (Bank deutscher Länder) sowie Fritz Berg (Bundesverband der Deutschen Industrie).

66 Protokoll der Besprechung über die wirtschaftliche Lage im Bundeskanzleramt am 16. Dezember 1955, in: BArch, B 136/4800, S. 10. Es ist bezeichnend, dass sich Adenauer auch in dieser wirtschaftspolitischen Besprechung ausführlich über die internationale Lage und die Koalitionsspannungen mit der FDP äußerte. Vgl. ebd., S. 2f.

67 Protokoll der Sitzung des CDU-Bundesvorstands am 13. Januar 1956, in: CDU-Bundesvorstand 1953–1957, Nr. 11, S. 712–786, hier 716.

Die „Gefahren des Wohlstands“: Adenauer und Erhard im Disput über Materialismus und Konsum

Das Jahr 1956 war erst wenige Wochen alt, da kam Erhard noch einmal auf die prinzipiellen Erwägungen zu sprechen, über die er sich mit Adenauer vor Jahr und Tag in vorweihnachtlicher Atmosphäre ausgetauscht hatte. Zum Anlass nahm er einen Artikel mit dem Titel „Soziale Marktwirtschaft und Materialismus“, den er am 29. Januar in dem vom Hannoveraner Landesbischof Hermann Lilje herausgegebenen „Allgemeinen Deutschen Sonntagsblatt“ veröffentlicht hatte.⁶⁸ Als er dem Bundeskanzler diesen Artikel einen Tag später übersandte, versah er ihn mit einem umfangreichen Begleitschreiben, das die abstrakten Reflexionen mit einer sehr konkreten politischen Botschaft verband.⁶⁹

Für Erhard wurde die Debatte, ob sich in der westdeutschen Gesellschaft eine „Verlagerung der Werte hin zum Primitiv-Materiellen des Genusses und einer Oberflächlichkeit der Lebensführung“⁷⁰ vollziehe, an der falschen Stelle beziehungsweise mit einer verfehlten Stoßrichtung geführt. Was er in einer bewusst abgeschwächten Formulierung als „materialistisch anmutende äußere Lebensführung“⁷¹ bezeichnete, galt ihm als „befristete Zeiterscheinung“ eines nachgeholt Konsums⁷², durch den sich bisher unterprivilegierte „Lohnempfänger“ ihren Anteil an der allgemeinen Erhöhung des Lebensstandards sicherten. Hierüber wollte der Wirtschaftsminister nun wahrlich keine Klage führen – ganz im Gegenteil: „Ich gebe sogar zu, daß ich diese Entwicklung bewußt anstrebte und über den Erfolg glücklich bin.“⁷³

Die „Gefahren des Wohlstands“, wie Erhard sie verstand, resultierten nicht aus dem Kaufverhalten der Bevölkerung, sondern aus dem Gruppenegoismus der Interessenverbände. Wenn er davon sprach, „daß die meisten Menschen das Maß für das Mögliche verloren zu haben scheinen“, meinte er damit eben keinen maßlosen Konsum, sondern eine bedenkliche Anfälligkeit für Einflüste-

68 Abdruck in: Ludwig Erhard. Gedanken aus fünf Jahrzehnten. Reden und Schriften. Hg. von Karl Hohmann. Düsseldorf/Wien/New York 1988, S. 466–470.

69 Vgl. Schreiben Erhards an Adenauer vom 30. Januar 1956, in: BAArch, B 136/652.

70 Ludwig Erhard: Soziale Marktwirtschaft und Materialismus, in: Hohmann: Gedanken aus fünf Jahrzehnten, S. 466.

71 Schreiben Erhards an Adenauer vom 30. Januar 1956, in: BAArch, B 136/652.

72 Wie Erhard hierzu in seinem Zeitungartikel ausführte: „Was hat sich denn ereignet? Ein darbendes und hungerndes Volk (...) gewann in einer relativ kurzen Zeitspanne, wesentlich durch eigene Kraft und Leistung, sein Leben und seine Freiheit gleichzeitig zurück. Was liegt da menschlich näher, als sich im Vollgefühl der wiedererstarkenden Lebenskraft ausleben, verbrauchen und auch genießen zu wollen?“ Ludwig Erhard: Soziale Marktwirtschaft und Materialismus, in: Hohmann: Gedanken aus fünf Jahrzehnten, S. 467.

73 Ebd.

rungen der „Interessenten“⁷⁴, die gleichsam an niedere Instinkte – Habgier, Neid und Missgunst – appellierten und damit die Illusion weckten, „mehr verbrauchen oder verdienen zu können, als die Volkswirtschaft im ganzen herzugeben vermag“.⁷⁵

Einer solchen Mentalität des „Mitglieder aller Gruppen, bereichert euch!“ entgegenzuwirken, war für Erhard dezidierte Aufgabe der Politik, und er beschwor die „Autorität“ des Bundeskanzlers, die allein „hinreichen würde, die Geister zu bändigen“. Ihre Ansichten darüber, wer denn eigentlich vorrangig zu bändigen sei, konnten aber verschiedener nicht sein: Während Adenauer eine Destabilisierung der Wirtschaft in erster Linie durch Aktionen der Gewerkschaften befürchtete, hatte Erhard in „freimütigen Gesprächen (...) eine unerwartete Aufgeschlossenheit“ der Arbeitnehmervertreter gefunden. Hingegen wurde der Industrieverband, der in der Konjunkturpolitik das Ohr Adenauers besaß, von Erhard als Paradebeispiel einer Organisation ohne „Disziplin und Verantwortungsgefühl“ gebrandmarkt, die es „dahin treiben“ ließ, „daß die Bank Deutscher Länder als Hüterin der Währung gar nicht anders handeln kann, als durch kreditpolitische Maßnahmen die Konjunktur zurückzudämmen und damit dem Spuk der Interessenten ein Ende zu bereiten“.⁷⁶ Eine weitere Kreditrestriktion hielt Erhard zwar nicht für wünschenswert, gegebenenfalls aber für unausweichlich. Im Gegenzug betrachtete Adenauer sie nicht nur als ökonomisch schädlich, sondern auch als politische Anmaßung, da er die Gesamtverantwortung für die Wirtschaftspolitik bei der Bundesregierung verortete und es für ein ausgesprochenes Ärgernis hielt, dass der Zentralbankrat „einschneidende Maßnahmen“ auf kreditpolitischem Gebiet „vorschlagen oder verfügen“ konnte, „ohne daß vorher eine Konsultation mit der Bundesregierung stattgefunden hat“.⁷⁷

Dass der Bundeskanzler die Positionen des Wirtschaftsministers vollumfänglich übernehmen würde, stand also nicht zu erwarten. Die Art und Weise, wie er sich darüber hinwegsetzte, war aber dennoch bemerkenswert. Er habe dessen Schreiben mit „sehr großem Interesse“ gelesen, teilte er ihm mit Datum vom 6. Februar 1956 mit: „Aber verzeihen Sie mir, wenn ich Ihnen sehr offen sage, die von Ihnen vorgeschlagenen Einwirkungen werden keinen Erfolg haben. Jahrelang haben wir unsere Bevölkerung selbst dazu veranlaßt, immer größere Anforderungen an das Leben zu stellen. Wir haben einen ganz neuen

74 Dieser Begriff wurde – ebenso wie derjenige des „Interessenpolitikers“ – mit abwertender Tendenz für Verbandsvertreter und Funktionäre bzw. solchen Gruppen nahestehende Politiker verwendet.

75 Ludwig Erhard: Soziale Marktwirtschaft und Materialismus, in: Hohmann: Gedanken aus fünf Jahrzehnten, S. 468.

76 Alle Zitate: Schreiben Erhards an Adenauer vom 30. Januar 1956, in: BArch, B 136/652.

77 Schreiben Adenauers an den Präsidenten der Bank deutscher Länder, Wilhelm Vocke, vom 7. November 1955, in: HADB, B 330, 2011.

Lebensstil heraufbeschworen, wir rühmen uns, daß 75 % aller Wohnungen jetzt Badezimmer bekämen. Ich darf Sie daran erinnern, daß Sie und Ihr Ministerium vor verhältnismäßig kurzer Zeit verkündeten, daß jeder einen Kühlschrank haben müsse (...). Jetzt plötzliche Zurückhaltung und Enthaltbarkeit zu predigen, halte ich für völlig aussichtslos.“⁷⁸

Offensichtlich nahm Adenauer an (oder er suggerierte es zumindest), Erhard habe – in Anlehnung an seine früheren Preissenkungskampagnen – einen öffentlichen Aufruf zur Konsumbeschränkung vorschlagen wollen. Das freilich lag nicht auf der konjunkturpolitischen Linie des Bundeskanzlers, fürchtete er doch den schwindenden „Nachholbedarf der Bevölkerung“ und „daher ein Abflauen der Konjunktur ausgerechnet (...) im Wahljahr, was verheerende Folgen haben könnte“. Als prophylaktische Gegenmaßnahme empfahl er die Verflüssigung der stillgelegten Kassenreserven des Bundes in Milliardenhöhe (aus dem sogenannten Juli Sturm), die „in ganz anderem Maße“ als bisher „zur Befruchtung der Wirtschaft verwendet werden“ müssten.⁷⁹ Damit bezog er eine klare Position im eskalierenden Ausgabenstreit zwischen dem Bundesfinanzminister und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in deren Auftrag eine Planungskommission („Kuchenausschuss“) an Vorschlägen für einen konjunkturstimulierenden Abfluss der Juli Sturm-Mittel arbeitete.⁸⁰

In der Form und in der Sache mussten diese Einlassungen auf Erhard sehr ernüchternd wirken. So sah er sich genötigt, abermals zu der ungeliebten Materialismusdebatte Stellung zu nehmen, obwohl er doch in erster Linie für ein Aufbrechen der „Verbandsherrschaft“⁸¹ werben wollte. Dabei hätte er es durchaus bei dem Verweis belassen können, es sei ihm „niemals (...) eingefallen“, „Zurückhaltung und Enthaltbarkeit zu predigen“, wie Adenauer es unterstellte.⁸² Die despektierliche Betrachtung des Konsums berührte bei Erhard aber einen wunden Punkt, der ihn nicht ruhen ließ. Das war schon ein Jahr

78 Schreiben Adenauers an Erhard vom 6. Februar 1956, in: Adenauer. Briefe 1955–1957, Nr. 109, S. 154–155, hier 154. Der Bundeswirtschaftsminister hatte im Juli 1955 eine „Konsumgüterwelle“ propagiert und dabei vor allem „Kühlschränke, Wasch- und Küchenmaschinen und Fernsehapparate“ beworben: „Ein Kühlschrank gehöre ebenso zum notwendigen Inventar (...) wie ein Bügeleisen (...) oder ein Staubsauger. Es sei ein Zeichen von Rückständigkeit, wenn in Westdeutschland nur in jedem zwanzigsten Haushalt ein Kühlschrank stehe“. Der Spiegel vom 20. Juli 1955 („Erhards Verbrauchswelle“). Vgl. dazu Mark E. Spicka: *Selling the Economic Miracle. Economic Reconstruction and Politics in West Germany, 1949–1957*. New York/Oxford 2007, S. 233ff.

79 Alle Zitate: Schreiben Adenauers an Erhard vom 6. Februar 1956, in: Adenauer. Briefe 1955–1957, Nr. 109, S. 154–155, hier 154f. Ende März 1956 erreichten die Kassenmittel einen Stand von 6,2 Mrd. DM.

80 Die Vorschläge wurden am 28. März 1956 der Öffentlichkeit vorgestellt. Vgl. Die große Steuerentlastung. Das Finanz- und Steuerprogramm der CDU/CSU-Fraktion, in: *Union in Deutschland* Nr. 25/26.

81 In Anlehnung an Theodor Eschenburg: *Herrschaft der Verbände?* Stuttgart 1955.

82 Schreiben Erhards an Adenauer vom 16. Februar 1956, in: BArch, B 136/652.

zuvor bei einer Rundfunkdebatte in Köln deutlich geworden, in der Wilhelm Röpke und Oswald von Nell-Breuning vor einer Übersteigerung des „wirtschaftlichen Denkens“ gewarnt und ihrer Meinung Ausdruck verliehen hatten, dass nicht die „hohe Produktionsziffer billiger Staubsauger und Kühlschränke“ das „Glück des Menschen letztlich ausmache, auch nicht das Streben nach Gewinn. Glück und Zufriedenheit hingen von der gelebten Erkenntnis anderer Werte, beispielsweise der Freiheit, ab.“ Erhards Reaktion hierauf fiel spürbar gereizt, fast schon ein wenig beleidigt aus: „Er fühlte sich betroffen von den kritischen Anmerkungen zu den Gefahren einer allzu konsequent geübten Marktwirtschaft. Man möge ihn entschuldigen, er habe nun einmal seine sehr beschränkten Pflichten als Wirtschaftsminister zu erfüllen, und er tue dies mit dem klaren Bewußtsein, nur eine begrenzte Aufgabe von vielen, wahrscheinlich wertvolleren [Aufgaben] zu erfüllen.“⁸³

Was sich hier im Gespräch mit – ja eigentlich gleichgesinnten – Nationalökonomern angedeutet hatte, unterstrich die Kontroverse mit dem Bundeskanzler noch ungleich mehr, dass Erhard nämlich in der Konsumkritik einen Vorwurf an seine Politik und damit auch an seine Person sah.⁸⁴ In der Replik auf Adenauer vom 16. Februar 1956 wendete er deshalb einige Mühe auf, um den Zusammenhang zwischen Marktwirtschaft und Materialismus ins Positive zu wenden: „Sie erwähnen, daß wir unsere Bevölkerung dazu veranlaßt hätten, immer größere Anforderungen an das Leben zu stellen, daß wir einen ganz neuen Lebensstil heraufbeschworen haben und uns rühmen, breiten Schichten unseres Volkes die Deckung zivilisatorischer Bedürfnisse ermöglicht zu haben. Das ist zutreffend, und ich behaupte, daß diese Politik nicht nur richtig war, sondern auch für die Zukunft richtig bleibt.“ Erhard hatte dabei nicht nur die volkswirtschaftliche Dynamik im Sinn, die das „Streben nach besserer (...) Lebensführung“ hervorbrachte.⁸⁵ Er bezog sich auch auf die Prämissen der Materialismusdebatte selbst, die er sozusagen dialektisch umkehrte, indem er seine „Überzeugung“ kundtat, „daß wir gerade umgekehrt über den wachsen-

83 Alle Zitate: Der Wirtschaftsmensch. Staubsauger sind nicht das Maß aller Dinge, in: Michael. Katholische Wochenzeitung (Düsseldorf) vom 6. Februar 1955. In einem anderen Pressebericht über die Diskussion werden Erhards Einlassungen folgendermaßen wiedergegeben: „Die Freiheit, so sagte Erhard zu [dem katholischen Theologen] Nell-Breuning, sei nicht nur ein ‚innerer Wert‘, sondern auch ein ‚äußerlich-faktischer‘, wobei natürlich kritische Grenzen zu beachten seien (,Aber so weit sind wir noch nicht.‘). Erhard plädierte für eine sinnvolle ‚Arbeitsteilung‘ zwischen Wirtschaftspolitiker und Priester: ‚Ich Sorge dafür, daß es den Menschen gutgeht, und Sie sorgen für das, was dann kommt‘. Kölnische Rundschau vom 6. Februar 1955 (,Der homo oeconomicus. Prof. Röpke und Prof. v. Nell-Breuning diskutieren Leitbilder der Wirtschaftsordnung“). Vgl. die Pressedokumentation in: BArch, B102/8946, 1.

84 Vgl. dazu sehr prägnant die Rundfunkrede Erhards von 12. März 1956, in: Hohmann: Gedanken aus fünf Jahrzehnten, S. 471–475, hier S. 471f.

85 Schreiben Erhards an Adenauer vom 16. Februar 1956, in: BArch, B 136/652.

den Wohlstand den verderblichen Geist des Materialismus werden bannen können, denn abgesehen von einigen Genies werden die Menschen für geistige und seelische Werte umso aufgeschlossener sein können, je weniger sie in den materiellen Kümernissen des Alltags gefangen sind“.⁸⁶

Erhard bewegte sich damit durchaus im Rahmen seiner Gedanken aus dem Jahre 1954, als er materielle Sicherheit und geistige Entfaltung in einen unauflösbaren Kausalzusammenhang gesetzt hatte.⁸⁷ In der Auseinandersetzung mit Adenauer erfüllte das Argument aber sicherlich auch den taktischen Zweck, die „Gefahren des Wohlstands“ wieder dort zu verorten, wo sie sich nach seiner Auffassung tatsächlich stellten: „Nicht das ist also das Übel, daß das deutsche Volk seinen Verbrauch steigern möchte, sondern daß es in den verschiedensten, ja fast allen Schichten und Gruppierungen die rechten Maße und realen Möglichkeiten verkennt und deshalb geneigt ist, den um ihre eigene Geltung und ihren Rang besorgten Funktionären und selbst wieder politischen Rattenfängern Gehör zu schenken.“⁸⁸

Auf welche „politischen Rattenfänger“ Erhard hier im Einzelnen anspielte, bleibt unklar. Was er zur Bändigung des „verderblichen Zeitgeist[s]“ allerdings vehement einforderte, war eine starke politische Führung, die sich willens und fähig zeigte, das „[deutsche] Volk unmittelbar anzusprechen und gegebenenfalls selbst hart anzupacken“, um es „den Verlockungen und Verhetzungen leichtfertiger Geschäftemacher“ zu entziehen. Das Prinzip der „Gefälligkeitsdemokratie“, dem Adenauer scheinbar nachzugeben drohte, wenn er auf eine Leerung des „Juliusturms“ pochte, zielte dabei gerade in die entgegengesetzte Richtung.⁸⁹

Da der Bundeskanzler hierauf nicht unmittelbar reagierte, brach ihr schriftlicher Dialog über die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen an dieser Stelle ab. Gut zehn Tage später, am 27. Februar 1956, tauschten sie sich in Gegenwart des CDU-Finanzpolitikers Franz Etsel mündlich aus.⁹⁰ Ob dabei auch die divergierenden Ansichten über Materialismus und Konsum angesprochen wurden, ist nicht auszumachen.⁹¹

So oder so standen die Aussichten für eine Annäherung der Standpunkte eher schlecht. In ihrer Ablehnung dessen, was sie als ‚primitive materialistische Gesinnung‘ verstanden, waren sie sich noch weitgehend einig. Differen-

86 Ebd.

87 Siehe oben.

88 Schreiben Erhards an Adenauer vom 16. Februar 1956, in: BArch, B 136/652.

89 Alle Zitate: ebd.

90 Vgl. Adenauer-Kalendarium. Nach einer Aktennotiz von Adenauers Sekretärin Elisabeth Arenz hat Erhards Schreiben vom 16. Februar 1956 bei dieser Besprechung vorgelegen. Vgl. BArch, B 136/652.

91 Nach dem Abgang Etzels unterhielten sich Erhard und Adenauer noch 20 Minuten unter vier Augen (von 13.00 bis 13.20 Uhr). Vgl. Adenauer-Kalendarium.

zen ergaben sich vor allem bei der Einschätzung der Frage, ob der Konsum als gesamtgesellschaftliches Phänomen eine solche ‚Gesinnung‘ zur Folge haben musste oder nicht. Während Erhard den gestiegenen Verbrauch als Ausdruck einer positiven Lebensgestaltung breiter Bevölkerungskreise und somit als wichtigen Faktor sozialer Dynamik würdigte, führte dieser Weg nach Adenauers Einschätzung mitten hinein in eine oberflächlich-sinnentleerte ‚Herrschaft der Dinge‘.⁹² Materiellen Wohlstand, so sah er es, ‚verträgt [der Mensch] am allerschlechtesten‘⁹³; er ließ ihn erschlaffen, verführte ihn zu Trägheit und Bequemlichkeit, brachte aber gleichwohl keine Zufriedenheit, sondern weckte immer nur neue Begehlichkeiten.⁹⁴

Geprägt durch die langjährige Tätigkeit in der praktischen Konsumforschung⁹⁵, richtete Erhard seine wirtschaftspolitische Konzeption hingegen auf die Errichtung eines Käufermarkts aus und feierte das öffentlichkeitswirksam als ‚Inthronisierung des Kunden‘.⁹⁶ Damit lag er insofern im Trend der Zeit als damals auch andernorts in Westeuropa konservative Regierungen die Verbraucher als politische Zielgruppe entdeckten und sich als ‚Vorkämpfer des Konsums‘ stilisierten.⁹⁷ Adenauer trug diese Politik, der er nicht zuletzt seine großen (Wahl-)erfolge verdankte, natürlich mit, setzte in der Öffentlichkeit bisweilen aber merklich andere Akzente. Deutlich wird das etwa anhand der Art und Weise, wie die beiden Politiker auf dem Deutschen Sparkassentag in Bonn am 27. April 1954 für den Spargedanken warben. Vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Hochkonjunktur konstatierte Erhard eine ‚starke Spannung zwischen dem Kapitalbedürfnis der Volkswirtschaft auf der einen Seite‘ und dem ‚ebenso lebendigen Verbraucherwillen auf der anderen Seite‘. Investitionen sollten daher nicht nur auf dem Wege des Sparens, sondern auch ‚über eine zusätzliche Kreditschöpfung‘ finanziert werden, um das

92 Frank Trentmann: *Herrschaft der Dinge. Die Geschichte des Konsums vom 15. Jahrhundert bis heute*. München 2017. Der Titel von Frank Trentmanns magistralen Werk, das keinen explizit konsumkritischen Ansatz verfolgt und auch nicht zu der Frage Stellung nehmen möchte, ‚ob Konsum ‚gut‘ oder ‚schlecht‘ ist‘, wird hier – bezogen auf die Wahrnehmung Adenauers – in einen anderen Sinnzusammenhang gestellt. Zitat: S. 18.

93 Protokoll der Sitzung des CDU-Bundesvorstands am 13. Januar 1956, in: CDU-Bundesvorstand 1953–1957, Nr. 11, S. 712–786, 716.

94 Vgl. ebd., S. 732. Vgl. hierzu ferner Anneliese Poppinga: *Konrad Adenauer. Geschichtsverständnis, Weltanschauung, politische Praxis*. Stuttgart 1975, S. 184.

95 Ab 1928 als Mitarbeiter im Nürnberger ‚Institut für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigware‘ beziehungsweise ab 1942 als Gründer des ‚Instituts für Industrieforschung‘.

96 Ludwig Erhard: *Wohlstand für alle*. Bearbeitet von Wolfram Langer, 16.–20.000 Auflage Anfang März 1957. Düsseldorf 1957, S. 39.

97 Trentmann: *Herrschaft der Dinge*, S. 412. Frank Trentmann nennt als Beispiel den populären Slogan der britischen Tories (‚You never had it so good‘) und formuliert zugespitzt: ‚Anstatt sich um Christus zu sorgen, entdeckten die Konservativen die Vielfalt der Auswahl.‘

Konsumkapital nicht übermäßig abzuschöpfen.⁹⁸ Demgegenüber hatte Adenauer zuvor die „ethische Seite des Sparens“ als Akt des Konsumverzichts oder zumindest eines überlegten Konsums herausgestellt, der auf eine Verschuldung zum Zwecke der Konsumbefriedigung verzichtet und die vorhandenen Ressourcen maßvoll einsetzt: „Das Sparen lenkt den Blick in die Zukunft, das Sparen zwingt auch, auch einmal sich zu überlegen, ob man denn nicht jetzt zunächst einmal das Geld nicht ausgibt, sondern für einen bestimmten Zweck zurücklegt. (...) Ich glaube, daß gerade die Spartätigkeit und der Spartrieb (...) nach alledem, was vorangegangen war, eine der Hauptursachen der Erholung des deutschen Volkes in wirtschaftlicher und ethischer Hinsicht ist.“⁹⁹

Ein ausufernder und ungezügelter Konsum bereitete dem Bundeskanzler auch deshalb Unbehagen, weil er seinem Ideal einer gefestigten Mittelstandsgesellschaft zu widersprechen schien, in der die Menschen keine Not zu leiden hatten, sich aber auch nicht zu materiellen Exzessen hinreißen ließen: „Die Grundlage für ein gutes christliches Leben ist weder die Armut noch der Reichtum“, so bemerkte er im Januar 1958 vor dem CDU-Bundesvorstand, „sondern ein mäßiger Besitz.“¹⁰⁰ Hieraus ergab sich das gesellschaftspolitische Postulat einer möglichst breiten Wohlstandsstreuung, welche die Bündelung von übermäßigem Besitz in den Händen weniger vermied, indem sie „mäßige[n] Besitz möglichst vieler“ garantierte.¹⁰¹

Diese Vorstellungen entsprangen Adenauers eigener Biographie. Aus den kleinbürgerlichen Verhältnissen, in die er 1876 hineingeboren worden war, hatte er sich mit Fleiß, Ehrgeiz und Disziplin in eine gehobene soziale Stellung emporgearbeitet. Dem Ideal des „mäßigen Besitzes“ mochte das Einkommen

-
- 98 Alle Zitate: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 80 vom 29. April 1954, S. 705, 706, 707. Erhard legte freilich Wert darauf, dass er „das Sparen nicht rundweg abgelehnt habe“, wie Adenauer ihm das noch zwei Jahre später vorhielt, „sondern ein rechtes Verhältnis zwischen Sparen und Verbrauchen als wünschenswert erachtete.“ Schreiben Erhards an Adenauer vom 27. April 1956, StBKAH III/23.
- 99 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 80 vom 29. April 1954, S. 705. In aufschlussreicher Diktion bezeichnete er den Spargedanken bei späterer Gelegenheit als „ethisches Erziehungsmittel nicht nur für Kinder, sondern auch für Erwachsene“. Protokoll einer Besprechung mit Vertretern des Deutschen Gewerkschaftsbunds am 10. Oktober 1957, in: BArch, B 136/6585.
- 100 Protokoll der Sitzung des CDU-Bundesvorstands am 17. Januar 1958, in: Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961. Bearb. von Günter Buchstab, Düsseldorf 1994, Nr. 2, S. 43–110, hier 86.
- 101 Rede Adenauers auf einer CDU-Kundgebung in Münster am 8. September 1946, in: StBKAH 02.03, S. 18. Im Kontext dieser Rede bezog sich das Zitat auf die Gestaltung eines menschenwürdigen Lebensumfeldes und damit auf die Sicherstellung einer allgemeinen Lebenszufriedenheit. Vor diesem Hintergrund charakterisierte Adenauer den „mäßigen Besitz“ politisch als „sicherste[n] Schutz der Demokratie und der Freiheit.“ Ebd.

des Kölner Oberbürgermeisters in den 1920er und frühen 1930er Jahren zwar nicht unbedingt entsprochen haben.¹⁰² Der Wert einer sparsamen, maßvollen und selbstbeherrschten Lebensführung stand für ihn jedoch zeitlebens außer Frage. Sie spiegelt sich nicht zuletzt in seinem Rhöndorfer Wohnhaus, Zeugnis einer „durch und durch bürgerlichen Wohnkultur, die gleichermaßen großzügig wie bescheiden erscheint“.¹⁰³

Bis Ende der 1950er Jahre hatte Adenauer eine regelrechte Abscheu vor den „reich gewordene[n] Kreise[n]“ entwickelt, die ihren Besitz auf die „lächerlichste Weise“ zur Schau stellten, dabei auch in erschreckendem Maße ein „mangelndes Nationalgefühl“¹⁰⁴ demonstrierten, wenn sie etwa zur Jagd ausgerechnet ins kommunistische Ungarn fuhren, wo angeblich bis zu 13.000 DM für jeden geschossenen Hirsch gezahlt wurden.¹⁰⁵

In seine Verbitterung über solch politische Instinktslosigkeiten mag sich die Erkenntnis gemischt haben, dass die idealtypische Verteilung des „mäßigen Besitzes“ um 1960 nicht vollumfänglich gesellschaftliche Realität geworden war. Ganz im Gegenteil fielen ihm bei Anbruch des neuen Jahrzehnts bedenkliche „Erscheinungen“ ins Auge: „Ich nenne hier insbesondere die außerordentliche Konzentration von wirtschaftlicher Macht sowie die Anhäufung von Reichtum, sei es in der Hand von Einzelpersonen oder von wirtschaftlichen Gesellschaften. Ich bin ferner innerlich geradezu erschüttert über die Maßlosigkeit der Deutschen in ihrer Lebenshaltung vierzehn Jahre nach dem restlosen Zusammenbruch.“¹⁰⁶ Bemerkenswert offen (und selbstkritisch) stellte er die

102 Als Stadtoberhaupt bezog Adenauer ein ruhestandsfähiges Jahresgehalt in Höhe von 42.000 Reichsmark. Vgl. Hans-Peter Schwarz: Adenauer. Der Aufstieg 1876–1952. Stuttgart 1986, S. 172. Ende 1927 besaß er ein Aktiendepot in Höhe von rund 1 Million RM. Vgl. Henning Köhler: Adenauer. Eine politische Biographie. Frankfurt/Main 1994, S. 251.

103 Corinna Franz: Gehört Rhöndorf zu Bonn?, in: Tilman Mayer/ Dagmar Schulze Heuling (Hg.): Über Bonn hinaus. Die ehemalige Bundeshauptstadt und ihre Rolle in der deutschen Geschichte. Baden-Baden 2018, S. 93–116, hier 112.

104 Alle Zitate: Schreiben Adenauers an Franz Etzel vom 30. Dezember 1959, in: Rudolf Morsey/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe. Briefe 1959–1961. Bearb. von Hans Peter Mensing. Paderborn u. a. 2004, Nr. 29, S. 44f., hier 44.

105 Vgl. die Rede Adenauers vor der Christlich-Sozialen Hochschulgruppe in der Universität Köln am 15. Februar 1960, in: StBKAH 02.21, S. 11.

106 Schreiben Adenauers an Franz Etzel vom 30. Dezember 1959, in: Adenauer. Briefe 1959–1961, Nr. 29, S. 44. In diesem Sinne betrachtete Adenauer die Rekulktivierung der Tugend des „Maßhaltens“ als geradezu volkspädagogische Aufgabe: „Es ist mit den Menschen wie mit allem, was wächst: Es dürfen keine Sprünge vorkommen. (...) Auch der jetzige Aufstieg nach dem Zusammenbruch und nach der Zerstörung ist für meinen Geschmack etwas zu schnell gegangen, und das verdirbt den Menschen, das verträgt er nicht. Deshalb glaube ich, daß wir Deutsche an uns selbst noch eine große Aufgabe der Erziehung haben und daß wir unserem Volk (...) beibringen müssen: Maßhalten! Weder himmelhoch jauchzend, noch zu Tode betrübt, sondern maßhalten, nicht zuviel verlangen, aber auch nicht nichts verlangen, sondern alles mit Maß. (...) Das ist also nach meiner Meinung eine der größten Aufgaben, die uns Deutschen noch bevorstehen, daß wir unser Volk zum Maßhal-

Frage, ob die Entwicklung „als Folge unserer gesamten Politik“ gedeutet werden könne: „[A]n unserer ganzen Arbeit muß etwas nicht in Ordnung sein, wenn solche Erscheinungen sich zeigen.“¹⁰⁷

Im Lichte dieser späteren Äußerungen erscheint die Hochkonjunkturdebatte Mitte der 1950er Jahre nicht frei von Paradoxien: Adenauer, der mit den Folgen des Massenkonsums haderte, wehrte sich mit Händen und Füßen gegen jede Konjunkturdämpfung. Erhard, der den Konsum begrüßte, ihm gar eine emanzipatorische Wirkung zuschrieb, gelangte Anfang 1956 „endlich“ zu der Erkenntnis, das sich die Konjunktur real „überhitzt“¹⁰⁸ hatte, und hielt eine Drosselung für geboten, um die Industrie an weiteren Preissteigerungen zu hindern.¹⁰⁹ Mit der Diskontsatzserhöhung im März 1956¹¹⁰ eskalierten ihre Spannungen in einer bisher nicht gekannten Weise.¹¹¹ Dass sich die Fachressorts mit der Bank deutscher Länder in konjunkturpolitischen Fragen nun regelmäßig abstimmten, wurde im Bundeskanzleramt mit Skepsis zur Kenntnis genommen.¹¹² Als Erhard und Schäffer im Mai 1956 ein zweites antizyklisches „Programm“ lancierten¹¹³ und der Zentralbankrat die Kreditpolitik abermals verschärfte¹¹⁴, wurde der Streit auf drastische Weise publik. Ausgerechnet auf der Jahresversammlung des Bundesverbands der Deutschen Industrie am 23. Mai 1956 im Kölner Gürzenich hielt der Bundeskanzler seine berichtigte „Fallbeil-Rede“, in der er mit seinen Ministern wie der Notenbank gleichermaßen abrechnete.¹¹⁵ Die damit ausgelöste „Gürzenich-Affäre“ bildete ein „Modell der Konfrontation“ für das offene – und öffentlich ausgetragene – Zerwürfnis zwi-

ten erziehen.“ Wortlaut eines Interviews mit Daniel Schorr (CBS) am 21. August 1962, in: StBKAH 02.27, Teil 3, S. 2f.

107 Schreiben Adenauers an Franz Etzel vom 30. Dezember 1959, in: Adenauer. Briefe 1959–1961, Nr. 29, S. 44, 45.

108 Beide Zitate: Mierzejewski: Ludwig Erhard, S. 198.

109 Vgl. Denkschrift „zur Diskontpolitik“ als Anlage eines Schreibens Erhards an Adenauer vom 12. März 1956, in: StBKAH III/23. Dafür relativierte er auch seine Bedenken gegen die „klassische Notenbankpolitik“ (siehe Anm. 62) als konjunkturpolitisches Instrument.

110 Von 3,5 Prozent auf 4,5 Prozent. Vgl. Protokoll der Zentralbankratssitzung vom 7./8. März 1956, in: HADB, B330, 92/2.

111 Vgl. Schreiben Adenauers an Erhard vom 17. März und 21. März 1956, in: Adenauer. Briefe 1955–1957, Nr. 124, S. 166–168, Nr. 126, S. 169–171; Schreiben Erhards an Adenauer vom 11. April 1956, in: StBKAH III/23; Schreiben Adenauers an Erhard vom 13. April 1956, in: Adenauer. Briefe 1955–1957, Nr. 142, S. 184–189; Schreiben Erhards an Adenauer vom 27. April 1956, in: StBKAH III/23.

112 Zum „konjunkturpolitischen Gremium“ vgl. das Material in: BArch, B 136/653.

113 Vgl. Schreiben Erhards und Schäffers an Hans Globke vom 17. Mai 1956, in: StBKAH III/23.

114 Am 18. Mai 1956 durch eine Erhöhung des Diskontsatzes der Landeszentralbanken von 4,5 auf 5,5 Prozent. Vgl. Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1956, S. 11f.

115 Vgl. den Wortlaut der in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 30. Mai 1956 veröffentlichten Rede unter www.konrad-adenauer.de.

schen Adenauer und Erhard, das die politische Arbeit der folgenden Jahre überschattete.¹¹⁶ Das freilich ist ein anderes Kapitel, über das die Dokumente im 20. Band der „Rhöndorfer Ausgabe“ noch Auskunft geben werden.

116 Koerfer: Kampf ums Kanzleramt, S. 84–127.

Die Libyenpolitik der Regierung Kohl/Genscher bis zum Attentat auf die Diskothek „La Belle“ (1982–1986)

Tim Szatkowski

Kurz nach den Terroranschlägen in den USA am 11. September 2001 erschien in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung ein Artikel, der die Anti-Terror-Politik der Bundesregierungen unter den Kanzlern von Willy Brandt bis Gerhard Schröder scharf kritisierte. Das „Zurückweichen im Kampf gegen den Terror“ sei seit dem Anschlag auf die israelische Mannschaft bei den Olympischen Spielen in München 1972 eine Konstante. Die „Sympathie der Linken für die Befreiungsbewegungen der Dritten Welt“ spiele dabei eine Rolle. Bis 1990 seien die politisch Verantwortlichen zudem der Auffassung gewesen, dass die Bonner Republik ihre Interessen im Ost-West-Konflikt, angesichts der Teilung Deutschlands, am besten durch die „Kunst des Brückenbauens“ wahren könne. Westdeutschland habe die Rolle des Vermittlers übernommen und eine „Tradition des Ausweichens“ begründet.¹

Im Mittelpunkt dieser Abhandlung steht die Frage, ob das stimmt. Als Gegenstand der Untersuchung bietet sich die Politik gegenüber Libyen an, weil dieser nordafrikanische Staat unter seinem langjährigen Machthaber Muammar al-Gaddafi an den bedeutendsten Anschlägen auf deutschem Boden in den 1970er und 1980er Jahren beteiligt war: am Olympia-Attentat von 1972 sowie am Anschlag auf die Diskothek „La Belle“ im April 1986. Die palästinensischen Attentäter, die im September 1972 die israelischen Sportler angriffen, hatten eine Ausbildung in libyschen Camps absolviert, und Gaddafi war ein Unterstützer der Terrororganisation „Schwarzer September“. Das damalige Verhalten der Regierung Brandt/Scheel scheint die späteren Vorwürfe zu bestätigen. Sie ergriff Sicherheitsmaßnahmen gegen mehrere arabische Staaten, doch nach Drohungen von libyscher Seite nahm sie diese schnell zurück. Ferner verzichtete sie darauf, die Auslieferung der drei überlebenden Attentäter zu fordern, die nach ihrer Freipressung in Libyen aufgenommen worden waren. Die Motive waren leicht zu ermitteln: der Eindruck, es sich politisch nicht leisten zu können, die arabischen Staaten herauszufordern; die Bedeutung Libyens als Wirtschaftspartner; die Hoffnung, weitere Anschläge zu verhindern.

Weil für die Jahre der sozial-liberalen Regierungen unter den Kanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt von 1969 bis 1982 bereits Forschungsergebnisse vorliegen², ist es möglich, die Analyse auf die Zeit von 1982 bis 1986 zu

1 Vgl. Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 30. September 2001 („Nie Mut zu entschlossenen Schritten“).

2 Vgl. Tim Szatkowski: Gaddafis Libyen und die Bundesrepublik Deutschland 1969 bis 1982. München 2013.

beschränken, das heißt von der Wahl Helmut Kohls zum Bundeskanzler Anfang Oktober 1982 bis zum Anschlag auf die Diskothek „La Belle“. Folglich liegt es nahe, auch die Frage nach Kontinuität beziehungsweise Diskontinuität zu stellen: Setzte sich die Regierung aus CDU/CSU und FDP bei der Libyenpolitik von ihren Vorgängerregierungen ab? Auf den ersten Blick scheint einiges dagegen zu sprechen. Der alte war auch der neue Außenminister: der Vorsitzende der FDP, Hans-Dietrich Genscher. Auch die Determinanten für das politische Handeln hatten sich nicht wesentlich geändert. Die Bundesrepublik Deutschland befand sich infolge der zweiten Ölkrise in einer Wirtschaftskrise mit struktureller Massenarbeitslosigkeit. Konnte es sich die Bundesregierung in einer solchen Situation leisten, einen weiterhin wichtigen Wirtschaftspartner wie Libyen politisch nicht vorsichtig zu behandeln?

Weitere Fragen kommen hinzu: Konnte ein Konfrontationskurs gegenüber Staaten, die den internationalen Terrorismus unterstützten, überhaupt Erfolg haben? Die USA betrieben eine Sanktions- und Quarantänepolitik, besonders seit dem Amtsantritt von Präsident Ronald Reagan im Januar 1981. Dazu gehörte seit März 1982 unter anderem das Verbot der Einfuhr von Rohöl aus Libyen. Aber ergab es nicht mehr Sinn, auf Kompromisse und Gesprächsbereitschaft zu setzen, um noch Einfluss nehmen zu können? Der richtige Kurs war zwischen der Bundesrepublik und den USA heftig umstritten, so dass hier zugleich die amerikanisch-libyschen und die deutsch-amerikanischen Beziehungen in den Fokus geraten.

Immer wieder behauptete die US-Regierung auch, Libyen laufe Gefahr, politisch von der UdSSR abhängig zu werden. War es für die Bundesregierung unter diesen Umständen nicht zwingend erforderlich, zu Libyen gute Beziehungen zu pflegen, damit sich das globale Machtverhältnis nicht zugunsten der UdSSR verschob? Für die Bundesrepublik, die aus historischen und psychologischen Gründen sowie wegen ihrer exponierten geographischen Lage besonders angreifbar war, schien das ein wichtiges Gebot zu sein. Zudem ist die Frage wichtig, ob und wie die christlich-liberale Regierung auf die Menschenrechtslage in Libyen reagierte. In Kohls Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 hieß es: „Wir treten ein für die Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte überall in der Welt.“ Der Schutz der Menschenrechte war verbal immer ein Kernelement bundesdeutscher Außenpolitik. Doch in der politischen Praxis sah vieles anders aus; realpolitische Überlagerungen dann oft menschenrechtliche Erwägungen.

Gaddafi und die Revolutionskomitees

Zunächst ist die Frage zu stellen: Mit wem hatte es die Regierung Kohl/Genscher zu tun? Im Juni 1982 berichtete der Botschafter der Bundesrepublik in Tripolis, Günter Held, über die maßgeblichen Persönlichkeiten in Libyen. Er

kam zu dem Ergebnis, dass „alle Macht praktisch bei Gaddafi“ liege. Es gebe niemanden mit ausreichendem innenpolitischen Rückhalt, der auf seine Entscheidungen großen Einfluss nehmen könne, auch nicht sein Stellvertreter Abdessalam Dschallud.³ Gaddafi hatte am 1. September 1969 mit einer Gruppe von elf weiteren jungen Offizieren die Macht übernommen⁴ und Libyen bis 1977 als Vorsitzender des „Revolutionären Kommandorats“ geführt. Doch Putschversuche und sein ausgeprägter Machtanspruch brachten ihn dazu, das politische System völlig umzukrempeln. Im Frühjahr 1977 etablierte er Volkskomitees und Volkskongresse, die er als Modell direkter Demokratie pries, so auch in seinem „Grünen Buch“, das in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre entstand. In Wahrheit handelte es sich nicht um eine Volksherrschaft, sondern um den Versuch, seine Alleinherrschaft zu festigen. Im Frühjahr 1979 gelang ihm dies mit der „Trennung von Revolution und Staatsgewalt“ endgültig. Bis zu seinem Tod 2011 blieb er als „Revolutionsführer“ ohne staatliches Amt und war dennoch die allein bestimmende politische Persönlichkeit.⁵

Gleichwohl war Gaddafis Herrschaft nie unangefochten. Allein die historische Entwicklung Libyens sprach gegen eine Ein-Mann-Regierung. Erst 1934 war unter der italienischen Besatzung eine territoriale und politische Einheit mit dem Zusammenschluss von Tripolitaniern, der Cyrenaika und dem Fessan entstanden. Traditionell spielten Stammes- und Familienstrukturen eine starke Rolle, die Gaddafi nie ganz brechen konnte. Er hatte es mit mehreren Gefahrenherden zu tun, zu denen die regulären Streitkräfte, vor allem ein Teil des Offizierskorps, ein Teil der Studentenschaft, islamistische Gruppen und die Auslandsopposition zählten.

-
- 3 Schriftbericht 341 des Botschafters Günter Held, Tripolis, vom 14. Juni 1982, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin (PAAA), B 36, Referat 311, Bd. 137733.
 - 4 Zu Gaddafis Biographie vgl. Alexandre Najjar: *Anatomie d'un tyran. Mouammar Kadhafi*. Arles 2011; Hassan Sadek: *Gaddafi*. Kreuzlingen u. a. 2005. Eine interessante Teilbiographie legte der spätere Leiter des Auslandsgeheimdienstes und Außenminister (2009–2011) vor. Vgl. Musa M. Kousa: *The political leader and his social background. Muammar Qadafi, the Libyan leader*. A thesis submitted to Michigan State University in partial fulfillment of the requirements for the degree of Master of Arts, Department of Sociology, 1978.
 - 5 Die libysche Geschichte seit 1951 beziehungsweise 1969 ist Gegenstand vieler wissenschaftlicher Publikationen. Der „arabische Frühling“ hat der Forschung noch einmal Auftrieb gegeben. Vgl. Ronald Bruce St John: *Libya. From Colony to Revolution*. Oxford 2012; Alison Pargeter: *Libya. The Rise and Fall of Qaddafi*. New Haven u. a. 2012; Geoff Simons: *Libya. The Struggle for Survival*. Basingstoke 1993; Geoff Simons: *Libya and the West. From Independence to Lockerbie*. Oxford 2003; Dirk Vandewalle (Hg.): *Qadhafi's Libya. 1969–1994*. New York 1995; Dirk Vandewalle: *Libya since independence. Oil and state-building*. London 1998; Dirk Vandewalle (Hg.): *Libya since 1969. Qadhafi's Revolution Revisited*. New York u. a. 2008; Dirk Vandewalle: *A History of Modern Libya*. Cambridge u. a. 2012; John Wright: *A History of Libya*. New York 2012.

Ein einzigartiges Machtinstrument hatte Gaddafi in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre geschaffen: die Revolutionskomitees, die sich ab November 1977 nur scheinbar spontan bildeten und einen ungeahnten „Prozess politischer Machtusurpation und Kontestation“⁶ auslösten. Ursprünglich mit der Aufgabe betraut, die Bevölkerung zu mobilisieren und das unübersichtliche System der „Volksherrschaft“ am Laufen zu halten, entwickelte sich diese Gruppe zum bedeutendsten Vorkämpfer seiner Ideologie. Die Revolutionskomitees, meistens jüngere Männer, die sich allein dem „Revolutionsführer“ verantwortlich fühlten, bauten ihren politischen Einfluss schnell aus und konnten in allen wichtigen Institutionen Fuß fassen. Diese selbst für Gaddafi bisweilen schwer kontrollierbare Elite übernahm vor allem im Bereich der inneren Sicherheit wichtige Funktionen: durch die Kontrolle der Bevölkerung und die Ausschaltung von Regimegegnern.⁷ Sie wurde, so berichtete der neue Botschafter der Bundesrepublik in Tripolis, Rolf Enders, im März 1984, „zum Staat im Staate mit eigener Miliz und Gerichtsbarkeit“.⁸

Im April/Mai 1984 eskalierten die Spannungen. Nachdem Gaddafi die Gründung von Revolutionskomitees unter den Auslandslibyern angekündigt hatte, übernahmen am 18. Februar 1984 in Großbritannien lebende Studenten die Leitung der libyschen Botschaft am St. James's Square in London. Kurz darauf, am 10./11. März, wurden Sprengstoffattentate gegen Exillibyer in London und Manchester verübt, bei denen 26 Personen Verletzungen erlitten.⁹ Am 17. April 1984 ereignete sich vor der libyschen Botschaft eine Schießerei mit tragischem Ausgang. Während dort Regimegegner und Regimeanhänger demonstrierten, wurden aus dem Gebäude heraus Schüsse aus einer Maschinenpistole abgegeben, die zwölf Menschen teils schwer verletzten. Die Polizistin Yvonne Fletcher erlag ihren Verletzungen.¹⁰

Die Regierung unter Premierministerin Margaret Thatcher befand sich in einer schwierigen Lage, denn sie musste bedenken, dass in Libyen rund 8.000 britische Staatsangehörige lebten. Am 22. April 1984 beschloss sie, die diplomatischen Beziehungen abzubrechen. Der gesamte Stab des „Volksbüros“

6 Hanspeter Mattes: Bilanz der libyschen Revolution. Drei Dekaden politischer Herrschaft Muammar al-Qaddafis. Hamburg 2001, S. 27, beziehungsweise www.wuqf.de/www/cms/upload/wuqf_2001_libyen.pdf (Abruf 24. August 2017).

7 Vgl. Roswitha Badry: Die Entwicklung der Dritten Universaltheorie (DUT) Muammar al-Qaddafis in Theorie und Praxis. Aus ideengeschichtlicher und historischer Sicht. Frankfurt/Main 1986, S. 85–93; Hanspeter Mattes: The Rise and Fall of the Revolutionary Committees, in: Vandewalle: Qadhafi's Libya. 1969–1994, S. 89–112.

8 Schriftbericht 129 des Botschafters Rolf Enders, Tripolis, vom 27. März 1984, in: PAAA, B 36, Referat 311, Bd. 137792.

9 Fernschreiben 454 des Gesandten Jürgen von Alten, London, vom 13. März 1984, in: PAAA, B 36, Referat 311, Bd. 137797.

10 Fernschreiben 3170 und 3437 des Innenministeriums an das Auswärtige Amt vom 17. beziehungsweise 18. April 1984, in: PAAA, B 46, Referat 515, Bd. 195663.

musste das Land binnen einer Woche verlassen. Allerdings wurde freies Geleit zugesagt – eine Entscheidung, die öffentliche Entrüstung auslöste, weil der Mörder der Polizistin ungestraft entkommen konnte. Bei der Durchsuchung nach Abzug des Personals wurden Waffen gefunden. Es zeigte sich, dass Libyen den diplomatischen Status seiner Botschaft für terroristische Aktivitäten missbraucht hatte.¹¹

Kurz darauf wurde Gaddafi selbst das Ziel eines Anschlags. Am 8. Mai 1984 informierte die westdeutsche Botschaft in Tripolis über Schießereien in der Hauptstadt. Es sei ein Anschlag auf die Bab-al-Aziziya-Kaserne, Gaddafis Wohnsitz und Kommandozentrale, geplant gewesen. Zwei Tage zuvor hatte es einen Zwischenfall an der libysch-tunesischen Grenze gegeben, bei dem Ahmed Ahwas, ein führendes Mitglied der National Front for the Salvation of Libya, getötet worden war.¹² Die NFSL, die wichtigste oppositionelle Gruppe gegen das Gaddafi-Regime, operierte vor allem vom Sudan aus. Die Mitglieder der NFSL wurden von der libyschen Führung pauschal als Muslimbrüder dargestellt. Tatsächlich vereinte sie ein breites Spektrum von Oppositionsgruppen, darunter auch Muslimbrüder und andere islamistische Organisationen. Ihre zentrale Figur war Mohammed al-Magariaf: 1981 Mitbegründer und dann Generalsekretär der NFSL, 2012/13 Vorsitzender des Allgemeinen Nationalkongresses und Staatsoberhaupt Libyens.¹³ Auch wenn der Angriff rasch scheiterte, bedeutete er doch einen Einschnitt, denn ein derart weitreichendes, koordiniertes Vorgehen von Regimegegnern aus dem Ausland hatte es bisher nicht gegeben. Die Kenntnis all dieser Vorgänge war für die Regierung Kohl/Genscher besonders wichtig. Es handelte sich um innere Auseinandersetzungen, die aber nicht nur in Libyen selbst ausgetragen wurden, sondern auch in westeuropäischen Staaten, und daher Rückwirkungen auf die jeweiligen zwischenstaatlichen Beziehungen hatten.

Westdeutschland als Austragungsort innerlibyscher Konflikte 1983 bis 1985

Als Anfang Oktober 1982 in Bonn die christlich-liberale Regierung gebildet wurde, waren die deutsch-libyschen Beziehungen bereits durch mehrere Haftfälle belastet. In der Bundesrepublik befand sich der Libyer Ehmida Bashir Ehmida in lebenslanger Strafhaft, der im Mai 1980 in Bonn den früheren liby-

11 Fernschreiben 676, 704 und 731 des Botschafters Rüdiger Freiherr von Wechmar, London, vom 23. und 27. April sowie 1. Mai 1984, in: PAAA, B 36, Referat 311, Bd. 137797.

12 Fernschreiben 214 des Legationsrats I. Klasse Volker Heinsberg, Tripolis, vom 8. Mai 1984, in: PAAA, B 36, Referat 311, Bd. 137792.

13 Zur NFSL und zum Anschlag auf Gaddafi im Mai 1984 vgl. Hanspeter Mattes: Qaddafi und die islamistische Opposition in Libyen. Zum Verlauf eines Konflikts. Hamburg 1995, S. 24–31; Alison Pargeter: Qadhafi and Political Islam in Libya, in: Vandewalle: Libya since 1969, S. 83–104, hier 87 f.

schen Diplomaten Omran al-Mehdawi im Auftrag der Revolutionskomitees erschossen hatte. In Libyen waren im April 1981 drei deutsche Staatsangehörige teils zu mehrjähriger, teils zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Sie waren Ende 1979 festgesetzt worden. Die libysche Justiz warf ihnen zahllose Vergehen vor; der größte Teil war frei erfunden. Die Libyer setzten sie ein, um Ehmida freizupressen.¹⁴ Außerdem wurde ein seit Ende 1981 inhaftierter Mitarbeiter der Firma Philipp Holzmann im Januar 1983 zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt.

Die Bundesregierung setzte sich für die Freilassung Ehmidas ein: aus humanitären Gründen, um die vier Deutschen zu befreien, und um die Sicherheit der in Libyen lebenden Deutschen nicht weiter zu gefährden. In einem Schreiben an Justizminister Hans Engelhard (FDP) bat Genscher, darauf hinzuwirken, dass das Land Nordrhein-Westfalen, wo Ehmida inhaftiert war, „bald die Voraussetzungen für den geplanten Austausch schafft“.¹⁵ Die Regierung unter Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) stellte sich jedoch quer, weil ein Verzicht auf den Strafanspruch des Staates bei diesem Kapitalverbrechen ein großes Opfer bedeutet hätte.

Ende März 1983 wurde die Lage noch komplizierter, als in der Bundesrepublik Haftbefehle gegen die libyschen Staatsangehörigen Mustafa Mohamed Zaidi und Abdullah Salem Yahia ausgestellt wurden. Zaidi arbeitete als Arzt an der Universitätsklinik Bonn, Yahia war Student. Ihnen wurden Freiheitsberaubung, Körperverletzung und Nötigung zum Nachteil der libyschen Studenten Ghariani und Shaladi vorgeworfen. El Hadi el-Ghariani und Ahmed Shaladi waren am 13./14. November 1982 in der ehemaligen Residenz des libyschen Botschafters in Bonn-Bad Godesberg in der Belderbuschstraße 1 misshandelt worden. Zaidi spielte dabei eine führende Rolle.¹⁶ Er war ein führendes Mitglied der Revolutionskomitees und galt als „deren Hauptexponent in der Bundesrepublik Deutschland“.¹⁷ Am 7. und 12. April 1983 wurden acht weitere deutsche Staatsangehörige in Libyen verhaftet, darunter vier Mitarbeiter der Firma Bilfinger + Berger sowie zwei von Siemens.

Am 7. April 1983 trafen der Beauftragte für Nah- und Mittelostpolitik im Auswärtigen Amt, Norbert Montfort, und der Leiter der Zentralabteilung im Innenministerium, der frühere Vizepräsident des BKA, Ministerialdirektor Günter Ermisch, mit einem Vertrauensmann von Younis Belgassem im Stei-

14 Aufzeichnung des Referats 511 vom 16. November 1982, in: PAAA, B 83, Referat 511, Bd. 1512.

15 Schreiben Genschers an Engelhard vom 28. Januar 1983, in: PAAA, B 150, Referat 010, VS-Bd. 14114 (VS = Verschlussache).

16 Schreiben des Leitenden Oberstaatsanwalts in Bonn an das Justizministerium vom 22. Juni 1983, in: PAAA, B 83, Referat 511, Bd. 1744.

17 Aufzeichnung des Ministerialdirektors Walter Gorenflos, Leiter der Politischen Abteilung 3, vom 15. April 1983, in: PAAA, B 36, Referat 311, Bd. 137795.

genberger Hotel auf dem Petersberg zusammen, um über die Lage zu beraten. Belgassam war Ende der 1970er und in der ersten Hälfte der 1980er Jahre der wichtigste Vermittler zwischen der Bundesrepublik und Libyen.¹⁸ Sein Vertrauter war der deutsche Geschäftsmann Werner Beintmann. Es wurde der Vorschlag diskutiert, Staatsminister Jürgen Möllemann als Sonderemissär zu Gaddafi zu entsenden.¹⁹

Bei einer Besprechung des „Arbeitsstabs Libyen“ im Kanzleramt am 12. April 1983 kamen die Staatssekretäre Klaus Kinkel (Justizministerium), Waldemar Schreckenberger (Kanzleramt) und Berndt von Staden (Auswärtiges Amt) überein, dass Möllemann möglichst schnell nach Tripolis reisen sollte, aber nicht ohne „Verhandlungsmarge“. Die Abschiebung Ehmidas sollte in Aussicht gestellt werden, und im Falle von Zaidi und Yahia sollte er die Zusage geben, dass man „eine Lösung anstreben“ werde.²⁰ Die Bundesregierung stand jedoch vor einem doppelten Problem. Die nordrhein-westfälische Regierung sperrte sich weiter gegen eine Abschiebung Ehmidas, und das Strafverfahren gegen Zaidi und Yahia war noch nicht beendet. Die Exekutive musste zudem darauf achten, nicht in das Justizwesen einzugreifen.

Möllemann hielt sich schließlich am 16./17. April 1983 in Tripolis auf. Zu einem Gespräch mit Gaddafi kam es nicht, dafür zu einer Begegnung mit Dschallud. Der Staatsminister betonte, dass „jetzt und hier ein politisches Übereinkommen über alle Haftfälle getroffen werden müsse“. Dschallud stimmte zu, dass „ein Austausch der Inhaftierten erfolgen solle“. Auf die Bemerkung, dass interne Konflikte nicht auf dem Boden anderer Staaten ausgeglichen werden können, reagierte der Stellvertreter Gaddafis zustimmend. Er wollte „seine Studenten“ entsprechend anweisen.²¹ Doch die innerdeutschen Schwierigkeiten waren damit nicht beseitigt. So betonte Schreckenberger, dass Bundeskanzler Kohl „im Falle Dr. Zaidi keine Inaussichtstellung von Privilegien vor Abschluss des Verfahrens“ wünsche.²²

18 Younis Belgassam: Jahrgang 1921, während der Monarchie unter König Idris (1951–1969) zuletzt Referent im Innenministerium, seit 1974 dort Staatssekretär, 1977 Innenminister, seit Frühjahr 1979 Leiter des zivilen (nichtmilitärischen) Geheimdienstes, von Februar 1984 bis Mai 1985 Sekretär (Minister) für Äußere Sicherheit. Ein Teil seiner Familie lebte in München.

19 Aufzeichnungen des Ministerialdirigenten Montfort vom 7. und 8. April 1983, in: PAAA, B 36, Referat 311, Bd. 137794.

20 Aufzeichnung des Staatssekretärs Berndt von Staden vom 12. April 1983, in: PAAA, B 36, Referat 311, Bd. 137794.

21 Fernschreiben 238 des Vortragenden Legationsrats (VLR) I. Klasse Reinhard Schlagintweit, Leiter des Referats 311, z. Z. Tripolis, vom 17. April 1983, in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1983. Bearb. von Tim Geiger, Matthias Peter und Mechthild Lindemann. München 2014, Dok. 103, S. 528–531, hier 529f.

22 Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Franz Josef Bertele, Leiter der Rechtsabteilung, vom 19. April 1983, in: PAAA, B 150, Referat 511, VS-Bd. 10801. Bertele war seit 18. Juli 1983 Ministerialdirektor.

Immerhin bewegte sich nun die nordrhein-westfälische Regierung. Offenbar führte die erneute Festsetzung von Deutschen in Libyen im April 1983 bei ihr zu einem Meinungsumschwung. Die Regierung Rau zeigte sich bereit, Zaidi und Yahia nach einer rechtskräftigen Verurteilung abzuschicken, verlangte aber eine Erklärung der Bundesregierung über eine Wohlverhaltenszusage der Libyer. Sie wollte sich darauf berufen können, dass sie auf Wunsch der Bundesregierung auf den Strafanspruch verzichtet habe.²³ Es lag nun an Staatssekretär von Staden und Belgassem, die Details einer Absprache auszuarbeiten. Sie kamen zwischen dem 26. April und 6. Mai 1983 zu acht Gesprächen zusammen.

Der Staatssekretär bestand auf Zusicherungen: keine Förderung innerlibyscher Auseinandersetzungen auf deutschem Boden durch libysche Stellen sowie Schutz deutscher Staatsangehöriger und Einrichtungen in Libyen vor politischen Übergriffen, die Belgassem erst nach einem Häftlingsaustausch abgeben wollte. Dieser forderte dagegen, Mitgliedern der NFSL die Einreise in die Bundesrepublik zu verweigern. Bei der vierten und fünften Gesprächsrunde am 29. April 1983 gab die libysche Seite dann doch die Wohlverhaltenszusage, an die auch die Revolutionskomitees gebunden sein sollten. Staden sicherte zu, dass „die Fälle Zaidi und Yahia nach Rechtskraft ebenso gelöst würden wie der Fall Ehmida“.²⁴ Auf Weisung von Dschallud bot Belgassem Anfang Mai eine „Paketlösung“ an: Freilassung der seit langem inhaftierten vier Deutschen gegen die Freilassung Ehmidas und Freilassung der zuletzt in Libyen inhaftierten acht Deutschen gegen die Freilassung Zaidis und Yahias (oder auch deren Haftverschonung). Staden machte deutlich, dass die Haltung seiner Regierung bei Zaidi und Yahia unverändert sei: keine Freilassung, keine Haftverschonung, aber ihre Abschiebung nach rechtskräftiger Verurteilung.²⁵

Überraschenderweise schlug nun die Regierung von Nordrhein-Westfalen ein Vorgehen nach § 154 b Absatz 4 StPO vor, das heißt Abschiebung bei vorläufiger Einstellung des Verfahrens. Konnte die Regierung Kohl/Genscher ein solches Vorgehen unterstützen? Bei einer Besprechung der zuständigen Staatssekretäre im Kanzleramt am 5. Mai 1983 gingen die Meinungen darüber weit auseinander. Staatssekretär Kinkel skizzierte die Vor- und Nachteile einer solchen Lösung. Gegen ein Vorgehen nach § 154 b StPO sprach: „Rechtsstaat setze sich durch; keine Missinterpretationen in der Presse (...) und keine Vorwürfe der Justiz wegen angeblicher Antastung richterlicher Unabhängigkeit“. Dafür sprach, dass ansonsten eine Eskalation wegen des langen Strafprozesses

23 Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Bertele vom 21. April 1983, in: PAAA, B 83, Referat 511, Bd. 1744.

24 Aufzeichnung des Referats 511 vom 2. Mai 1983, in: PAAA, B 36, Referat 311, Bd. 137795.

25 Aufzeichnung des Referats 511 vom 3. Mai 1983 über das sechste Gespräch, in: PAAA, B 36, Referat 311, Bd. 137795.

drohte und die libysche Seite ihre Zusagen zurücknehmen könnte. Kinkel favorisierte daher diesen Weg. Dagegen wandte sich Staatssekretär Schreckenberger. Rechtsstaatliche Prinzipien würden gefährdet, und bei Nachgiebigkeit werde die Regierung in künftigen Fällen noch erpressbarer. Die Bundesrepublik sei „keine Bananenrepublik“. Die Güterabwägung könne „nicht jedes Mal zugunsten der Betroffenen ausfallen“.²⁶

Am Ende agierte die Bundesrepublik doch wie eine Bananenrepublik. Es wurde das Verfahren nach § 154 b StPO gewählt. Wenige Tage später folgte ein doppelter Häftlingsaustausch: erst vier Deutsche gegen einen Libyer, nämlich Ehmida, bei dem nach § 456 a StPO von weiterer Strafvollstreckung infolge von Ausweisung abgesehen wurde; dann acht Deutsche gegen zwei Libyer, nämlich Zaidi und Yahia. Es zeigte sich der „Vorrang der humanitären Erwägungen vor justizpolitischen Interessen“.²⁷ Aus diesem Grund gab es auch kaum öffentliche Kritik. Immerhin kamen zwölf Deutsche frei, die zum Teil jahrelang inhaftiert gewesen waren.

Mit ähnlichen Problemen hatten auch andere westeuropäische Staaten zu kämpfen. Am 6. Oktober 1983 wurde Mohamed Abdallah Said Rashid, ein hochrangiges Mitglied der Revolutionskomitees, in einem Pariser Hotel festgenommen. Er galt als Drahtzieher der „Killerkommandos“, die in Westeuropa operierten. Gegen ihn lag ein Haftbefehl eines Mailänder Gerichts vor. Botschafter Enders berichtete, den Angehörigen dieser Kommandos werde vor ihrem Einsatz die Freipressung für den Fall der Festnahme zugesagt.²⁸ Was für sie galt, das galt für Said Rashid erst recht. Italien stellte gar nicht erst einen Auslieferungsantrag, und das zuständige französische Gericht ließ ihn frei. Zuvor waren französische Staatsangehörige an der Ausreise aus Libyen gehindert worden.²⁹

Außenminister Genscher forcierte nun seinen Plan, Libyen einen Besuch abzustatten. Seine Motive legte er in einem Schreiben an den amerikanischen Außenminister George Shultz dar. Aus der US-Botschaft in Bonn verlautete dazu, dass eine solche Reise „weder bei der Administration noch in der Öffentlichkeit viel Verständnis finden“ werde.³⁰ Wegen der Ereignisse in London am 17. April und des Anschlags auf Gaddafi am 8. Mai 1984 kam der Besuch nicht

26 Aufzeichnung des Referats 511 vom 5. Mai 1983, in: PAAA, B 36, Referat 311, Bd. 137795.

27 Aufzeichnung des Referats 511 vom 17. Mai 1983, in: PAAA, B 83, Referat 511, Bd. 1542.

28 Schriftbericht 46 des Botschafters Enders vom 29. Januar 1984, in: PAAA, B 46, Referat 515, Bd. 195663.

29 Fernschreiben 2132 des Gesandten Werner Rouget, Paris, vom 2. November 1983, in: PAAA, B 46, Referat 515, Bd. 195663.

30 Aufzeichnung des Referats 204 vom 16. April 1984, in: PAAA, B 36, Referat 311, Bd. 137793.

zustande. Die innere Lage in Libyen sprach auch weiterhin dagegen. Enders berichtete im Juni 1984, seit Tagen würden die nach dem 8. Mai „gefassten ‚streuenden Hunde‘ nacheinander öffentlich unter Misshandlungen durch den johlenden Pöbel auf grausame Weise erhängt“.³¹

Trotzdem hatte die Bundesregierung keine Skrupel, ihre Zustimmung zur Fortsetzung der Polizeikooperation zu geben. Eine solche Zusammenarbeit war erstmals 1975/76 durchgeführt worden und hatte schon damals die Frage aufgeworfen, ob es opportun sei, dem libyschen Polizeiapparat aufgrund der Haltung des Landes zum Terrorismus technische Hilfe zu gewähren.³² Ende April 1984 sollten zehn libysche Polizeibeamte in die Bundesrepublik zu einem Sprachkurs mit anschließender kriminaltechnischer Ausbildung beim BKA kommen. Nach den Vorkommnissen in London hatte das Innenministerium aber Bedenken und fragte beim Auswärtigen Amt an. Dort notierte man, dass die bisherige Kooperation wichtige „Gesprächskanäle“ eröffnet habe.³³ Das Ausbildungsvorhaben brachte die Bundesregierung im Folgejahr in eine schwierige Lage. Nach einem mehrmonatigen Sprachkurs und dem Abschluss des theoretischen Teils wurde die Ausbildung Ende Juni 1985 von deutscher Seite vorzeitig für beendet erklärt.³⁴ Der Grund war klar: der Auftragsmord an dem libyschen Asylantritt Denali im April 1985 in Bonn.

Gebril el-Denali lebte seit März 1981 als Asylsuchender beziehungsweise Asylberechtigter in der Bundesrepublik und gehörte zur Auslandsopposition. Bereits am 26. November 1982 war er überfallen, in das Gesundheitsbüro der libyschen Botschaft verschleppt und misshandelt worden.³⁵ Beim BKA in Wiesbaden legte Belgassem gegenüber Präsident Heinrich Boge am 12. Juni 1984 dar, dass in Libyen Inhaftierte schon in der Bundesrepublik auf das Attentat auf Gaddafi vorbereitet worden seien: durch Angehörige der NFSL wie Denali, Ghariani und Shaladi.³⁶ Doch Generalbundesanwalt Kurt Rebmann konnte kein Vergehen nach § 102 StGB (Angriff gegen Organe und Vertreter ausländischer Staaten) oder § 129/129 a (Bildung einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung) erkennen. Die Befragung zweier in Libyen Inhaftierter durch BKA-Beamte im Juli 1984, in Anwesenheit Belgassems, habe keinen

31 Fernschreiben 290 des Botschafters Enders vom 6. Juni 1984, in: PAAA, B 150, Referat 311, VS-Bd. 13572.

32 Vgl. Szatkowski: Gaddafis Libyen, S. 53–55, S. 61f. und S. 95.

33 Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jürgen Ruhfus, Leiter der Politischen Abteilung 3, vom 26. April 1984, in: PAAA, B 36, Referat 311, Bd. 137792.

34 Schreiben des BKA an das Innenministerium vom 1. Juli 1985, in: PAAA, B 36, Referat 311, Bd. 137792.

35 Schreiben des Leitenden Oberstaatsanwalts in Bonn an das Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen vom 9. Dezember 1982, in: PAAA, B 36, Referat 311, Bd. 137910.

36 Schreiben des Innenministeriums an das Auswärtige Amt vom 27. Juni 1984 mit Gesprächsaufzeichnung des BKA vom 18. Juni 1984 im Anhang, in: PAAA, B 46, Referat 515, Bd. 195663.

Anhaltspunkt ergeben, dass Oppositionelle in der Bundesrepublik für Kampfeinsätze ausgebildet worden seien; das sei erst im Sudan geschehen.³⁷ Unterdessen drohte Belgassem „zwischen zwei Mühlsteinen zerrieben zu werden“. Er benötigte „etwas Schriftliches, das er Gaddafi vorweisen“ konnte. Es tauchte der Gedanke auf, ihm eine interne Aufzeichnung des BKA über den Stand des Verfahrens durch das Auswärtige Amt zukommen zu lassen. Genscher lehnte das ab: „Davon bitte ich Abstand zu nehmen.“ Am 6. Dezember 1984 wurden gleichwohl entsprechende Unterlagen übergeben – „auf Wunsch des BKA“.³⁸

Eine Reise Genschers nach Tripolis war nach dem Mord an Denali endgültig vom Tisch. Die Tat war kein Einzelfall: Bereits im Juni/Juli 1984 sowie im Februar 1985 und Anfang April 1985 waren in Athen, Wien und auf Zypern mehrere libysche Staatsangehörige bei Anschlägen getötet oder schwer verletzt worden.³⁹ Denali wurde am 6. April 1985 auf dem Martinsplatz in Bonn von dem Libyer Fatahi M. el-Tarhoni erschossen. Tarhoni war am 22. Januar 1985 von Tripolis aus nach Frankfurt geflogen und hatte sein bis 21. Februar gültiges Touristenvisum von der Ausländerbehörde Bonn bis 21. April verlängern lassen. Das BfV hatte schon Anfang Februar die Sichtvermerksunterlagen bei der Botschaft in Tripolis angefordert; diese gingen am 21. Februar ein.⁴⁰ Hier offenbarte sich ein Versagen der Sicherheitsbehörden. Nach der Einreise von Tarhoni hatte es eine Warnung gegeben. Genscher räumte bei Gesprächen mit dem britischen Außenminister Geoffrey Howe am 22./23. April 1985 ein, dass diese „infolge unkoordinierten Vorgehens auf Seiten unserer inneren Behörden nicht umgesetzt worden sei“.⁴¹

Welche Antwort gab die Bundesregierung? Die Botschaft in Tripolis riet sofort vom Abbruch der diplomatischen Beziehungen ab. Sie schlug eine „drastische Einschränkung“ bei der Erteilung von Sichtvermerken und eine Reduzierung des Personals beim libyschen Volksbüro vor.⁴² Ins Visier geriet insbesondere der Verwaltungsangestellte im Volksbüro, Elamin Abdullah Ela-

37 Aufzeichnung des Generalbundesanwalts beim BGH vom 27. August 1984, in: PAAA, B 46, Referat 515, Bd. 195663.

38 Aufzeichnungen des (seit 26. Juli 1984) Ministerialdirigenten Schlagintweit, nun Beauftragter für Nah- und Mittelostpolitik, vom 4. und 5. Dezember 1984, in: PAAA, B 150, Referat 311, VS-Bd. 13572.

39 Aufzeichnung des Referats 311 vom 9. Dezember 1986, in: PAAA, B 36, Referat 311, Bd. 137900.

40 Aufzeichnung der Referate 510 und 511 vom 9. April 1985, in: PAAA, B 36, Referat 311, Bd. 137792.

41 Aufzeichnung vom 24. April 1985, in: AAPD 1985. Bearb. von Michael Ploetz, Mechthild Lindemann und Christoph Johannes Franzen. Berlin u. a. 2016, Dok. 100, S. 520f., hier 520.

42 Fernschreiben 189 des Botschafters Enders vom 10. April 1985, in: PAAA, B 52, Referat 422, Bd. 140130.

min. Er galt als ein „nicht kalkulierbares Gefährdungsrisiko“ und als Drahtzieher bei dem Mord an Denali. Die Rechtsabteilung des Auswärtigen Amts sah seine „umgehende Abreise“ als erforderlich an.⁴³ Das Innenministerium unter Friedrich Zimmermann (CSU) forderte die Ausweisung von vier Angehörigen der libyschen Botschaft, darunter Elamin. Doch im Auswärtigen Amt war man sich nicht einig, ob Elamin ausgewiesen werden sollte. Im Gegensatz zur Rechtsabteilung wies die Politische Abteilung 3 auf mögliche Gegenmaßnahmen der libyschen Seite hin. Sie vermutete, dass „das BMI auch aus innenpolitischen Gründen ein Exempel statuieren will“.⁴⁴

Sicherlich war es die Aufgabe des Auswärtigen Amts, die außenpolitischen Folgen solcher Maßnahmen zu bedenken. Es musste die Sicherheit der Botschaft und der 2.000 deutschen Staatsangehörigen in Libyen gewährleisten. Auch die Pflege der Wirtschaftsbeziehungen gehörte zu seinem Aufgabenbereich. Doch weitere kriminelle oder terroristische Umtriebe in Kauf zu nehmen, konnte in dieser Situation kaum die Alternative sein. Hier musste eine Grenze gezogen werden und die Politik, die auf Ausgleich und Kooperation setzte, dringend auf den Prüfstand gestellt werden. So beschloss die Bundesregierung am 17. Juni 1985, dass vier Angehörige des Volksbüros, darunter Elamin, die Bundesrepublik verlassen müssen. Sie wurden allerdings nicht zu „*personae non gratae*“ erklärt.⁴⁵ Ferner wurde die Praxis bei der Erteilung von Sichtvermerken an libysche Staatsangehörige verschärft.⁴⁶

Der Prozess gegen Tarhoni vor dem Landgericht Bonn endete am 11. November 1985. Er wurde für schuldig befunden, Denali aus politischen Gründen getötet zu haben; es wurde eine lebenslange Freiheitsstrafe verhängt.⁴⁷ 1986 wurden weitere Maßnahmen zur Abwehr terroristischer Gefahren, die von einreisenden Ausländern ausgingen, ergriffen. Die Innenministerkonferenz setzte eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe „zur Klärung der Konsequenzen aus dem Mordfall Denali“ ein. Diese zielte mit ihrem Bericht auf eine „Verbesserung der Kontrollmechanismen bei der Sichtvermerkserteilung, an den Grenzübergängen und bei den örtlichen Polizei- und Ausländerbehörden sowie (...) eine Verbesserung der Kommunikation zwischen den deutschen Behörden bei der

43 Aufzeichnung des Referats 511 vom 22. April 1985, in: PAAA, B 150, Referat 311, VS-Bd. 13624.

44 Aufzeichnung des Ministerialdirektors Wilhelm Haas, Leiter der Politischen Abteilung 3, vom 23. Mai 1985, in: AAPD 1985, Dok. 134, S. 688–691, hier 690.

45 Drahterlass 101 des Ministerialdirigenten Schlagintweit an die Botschaft in Tripolis vom 26. Juni 1985, in: AAPD 1985, Dok. 170, S. 894f.

46 Runderlass an alle diplomatischen und berufskonsularischen Auslandsvertretungen vom 11. Juli 1985, in: PAAA, B 36, Unterabteilung 31, Bd. 141149.

47 Fernschreiben 1847 des BKA an das Auswärtige Amt vom 11. November 1985, in: PAAA, B 36, Referat 311, Bd. 137902.

Weitergabe von Warnmeldungen und den im Ausländerzentralregister (AZR) beim Bundesverwaltungsamt gespeicherten Daten“.⁴⁸

Deutsch-libysche Wirtschaftsbeziehungen

Die Rücksichtnahme auf Libyen, welche die Bundesregierung lange übte, hatte immer auch mit der Pflege der Wirtschaftsbeziehungen zu tun. Anfang der 1980er Jahre avancierte Libyen zum wichtigsten Wirtschaftspartner in Afrika.⁴⁹ Im Frühjahr 1983 resümierte das Wirtschaftsministerium die Bedeutung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. Libyen stehe als Rohöllieferant an dritter Stelle hinter Saudi-Arabien und Großbritannien; sein Anteil an den Gesamtrohöleinfuhren liege bei 15,2 % (Wert von 1982). Die wichtigsten Ausfuhr Güter seien Kraftfahrzeuge, elektrotechnische Erzeugnisse, Maschinen sowie Eisen und Eisenwaren. Das Gesamtvolumen des Warenverkehrs 1982 betrage zehn Milliarden DM (Einfuhren im Wert von 7,2 und Ausfuhren von 2,8 Milliarden DM). Für Libyen sei die Bundesrepublik einer der wichtigsten Außenhandelspartner; bei der industriellen Kooperation stehe sie an erster Stelle. Ein Großteil der in Libyen durchgeführten oder aktuellen Projekte in diesem Sektor entfalle auf westdeutsche Unternehmen. Das bedeutendste Vorhaben sei 1981 verwirklicht worden: das Chemiewerk in Abu Kamasch im Grenzgebiet zu Tunesien mit einem Auftragswert von 1,3 Milliarden DM. Bei den Bundesbürgschaften stehe Libyen auf Platz vier der Obligoliste.⁵⁰

Als CDU, CSU und FDP im Oktober 1982 die Regierung übernahmen, stand die weitere Einfuhr libyschen Rohöls – es war qualitativ hochwertig, im Preis attraktiv und wegen der geographischen Nähe leicht zu beziehen – nicht zur Disposition. Unternehmen aus der Bundesrepublik hatten weiterhin ein großes Interesse am Libyen-Geschäft. Allerdings wurde der Handel mit dem arabischen Staat, einem der reichsten Länder Afrikas, schwieriger. Das hatte weniger mit der unberechenbaren Politik Gaddafis zu tun als mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Die weltweite Rezession ließ die Erdölexporte, die wichtigste Deviseneinnahmequelle, schrumpfen. Die Folge waren eine schwere Versorgungskrise und eine Sparpolitik.⁵¹ Das Gesamtvolumen des Waren-

48 Aufzeichnung des Referats 515 vom 4. Juni 1986 mit dem Bericht der Arbeitsgruppe im Anhang, in: PAAA, B 46, Referat 515, Bd. 195734.

49 Vgl. Tim Szatkowski: Bedingungslose Unterstützung für Gaddafi? Die Wirtschaftsbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Libyen am Ende der sozial-liberalen Koalition (1980–1982), in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 100 (2013), S. 432–458.

50 Aufzeichnung des Wirtschaftsministeriums vom 14. April 1983, in: PAAA, B 36, Referat 311, Bd. 137794.

51 Fernschreiben 166 des Botschafters Enders vom 17. April 1984, in: PAAA, B 36, Referat 311, Bd. 137799.

verkehrs blieb dennoch recht konstant. 1983 und 1984 lag es bei jeweils rund 8,4 Milliarden DM, 1985 bei 7,8 Milliarden DM. Der Wert der Rohöleinfuhren betrug jeweils über sechs Milliarden DM.⁵²

Im Sommer 1984 tauchten erste Informationen auf, dass deutsche Unternehmen am Bau einer Anlage zur Herstellung von Chemiewaffen beteiligt sein könnten. Es wurde festgehalten, dass ein früherer Mitarbeiter der Firma Karl Kolb 1981 für ein Jahr nach Libyen gegangen sei, um neben dem Werk in Abu Kammasch eine Anlage zur Herstellung von Lost aufzubauen. Ein Vorprodukt könne in dem Chemiewerk hergestellt werden. Das andere Vorprodukt (Thiodiglycol) falle bei Raffinerien an und könne leicht dorthin verbracht werden; dieses werde dann durch Chlorierung weiter verarbeitet. Libyen verfüge über eine ausreichende Zahl von in Deutschland ausgebildeten Chemikern, welche die Anlage betreiben könnten. Die betreffende Aufzeichnung lag Genscher vor; der Leiter der Wirtschaftsabteilung des Auswärtigen Amts, Per Fischer, notierte: „Da BND keine schriftliche Fixierung wünscht, sollte diese Präzisierung einer dem B[undes]K[anzler(amt)] von mir schon vor einigen Wochen vorgetragenen Tatsache dem BK mündlich übermittelt werden.“⁵³ Diese Meldungen erwiesen sich später zwar als falsch – nicht aber diejenigen über eine Beteiligung westdeutscher Firmen am Aufbau einer Chemiewaffenanlage nahe der Kleinstadt Rabta (auf dem Djebel Nafusa, südwestlich von Tripolis), die 1988/89 für Schlagzeilen sorgten.⁵⁴

„Die deutschen Raketen und Gaddafi – das ist eine schlechte Kombination.“ Mit dieser Bemerkung ging der Leiter des zuständigen Länderreferats im Auswärtigen Amt auf ein anderes heikles Thema ein.⁵⁵ Es waren die Aktivitäten der Firma OTRAG, die diese Sorgen hervorriefen. Die 1974 gegründete Orbital Transport und Raketen AG mit Sitz in München arbeitete als Verlustzuweisungsgesellschaft an der Entwicklung von Billigraketen für die kommerzielle Nutzung. Auf einem Versuchsgelände in Zaire gelangen ihr in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre einige Raketenstarts. Nach heftigen Angriffen mehrerer afrikanischer Staaten und der UdSSR gegen die Bundesrepublik und Zaire kündigte Präsident Mobutu Sese Seko 1979 den Vertrag mit der Firma, die bald darauf in Libyen auftauchte.⁵⁶ Ihr Versuchsgelände lag in der Nähe von Sebha.

52 Vgl. Statistisches Jahrbuch 1987 für die Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart u. a. 1987, S. 277.

53 Aufzeichnung des VLR I. Klasse Gerhard Henze, Leiter des Referats 422, für Ministerialdirektor Per Fischer, undatiert, in: PAAA, B 70, Referat 424, Bd. 145919. Hat Genscher am 30. Juli [1984] vorgelegen.

54 Vgl. dazu Deutscher Bundestag, Drucksache 11/3995 vom 15. Februar 1989.

55 Privatschreiben des VLR I. Klasse Schlagintweit vom 6. November 1980, in: PAAA, B 36, Referat 311, Bd. 137639.

56 Aufzeichnung des Wirtschaftsministeriums vom 26. September 1980, in: PAAA, B 52, Referat 422, Bd. 124229.

Die Tätigkeit der OTRAG in Libyen rief starke Reaktionen hervor. Im Oktober 1980 sprach der ägyptische Botschafter Omar Sirry im Auswärtigen Amt vor. Man wies ihn auf die 36. Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste vom 27. April 1978 hin, mit der die Ausfuhr ziviler Raketen und Versuchsraketen sowie ihrer Bestandteile genehmigungspflichtig geworden war.⁵⁷ Gleichwohl konnte der Eindruck entstehen, dass Gaddafi „mit Hilfe deutscher fortgeschrittener Technologie die Möglichkeit hat, seine abenteuerlichen außenpolitischen Pläne nachdrücklicher zu verfolgen“. Da spielte es auch keine Rolle, dass viele Gründe gegen die Verwendbarkeit der Raketen als Waffenträger sprachen.⁵⁸ Das Verteidigungsministerium legte dagegen dar, dass das OTRAG-Konzept durchaus dem libyschen Bedarf entsprechen dürfte. Die Billigraketen seien für Libyen ein weiterer Mosaikstein zur Schaffung von Trägermitteln im Kurz- und Mittelstreckenbereich.⁵⁹

Schließlich schien der Spuk ein Ende zu finden. Das in große finanzielle Schwierigkeiten geratene Unternehmen zog sich im Herbst 1981 aus Libyen zurück. Es hatte die zur Raketenproduktion benötigten Teile vor allem in Drittländern, unter anderem in der Schweiz, gekauft.⁶⁰ Doch auch für die Regierung Kohl/Genscher war die Angelegenheit damit nicht erledigt. Immer wieder tauchten Pressemeldungen auf, welche die OTRAG mit der Entwicklung militärisch nutzbarer Raketen in Libyen in Verbindung brachten. Das Auswärtige Amt dementierte die Berichte. Es seien wohl „noch einige deutsche Experten mit Privatverträgen in Libyen“.⁶¹

Aber ganz so harmlos war die Angelegenheit nicht. In einem Schreiben von Ende 1986 informierte das Finanzministerium über Ermittlungen des Zollfahndungsamts Karlsruhe. Demnach waren nicht nur Privatpersonen, sondern auch westdeutsche Unternehmen – über ein schwer zu überblickendes Firmennetz – am libyschen Programm zur Entwicklung militärisch nutzbarer Raketen beteiligt. Ein Teil des Personals rekrutierte sich aus früheren Mitarbeitern der OTRAG. Die Firma Globesat Gesellschaft für angewandte Satellitentechnik mbH aus München sei offenbar in die Verträge der OTRAG eingetreten und habe deren Verpflichtungen übernommen. In Betrieben in der Bundesrepublik seien Raketenteile entwickelt und hergestellt und teilweise mit unvollständigen

57 Aufzeichnung des Ministerialdirektors Niels Hansen, Leiter des Planungsstabs, vom 9. Oktober 1980, in: PAAA, B 73, Referat 413, Bd. 142117.

58 Aufzeichnung des Ministerialdirektors Gorenflos vom 31. Oktober 1980, in: PAAA, B 36, Referat 311, Bd. 137639.

59 Schreiben des Verteidigungsministeriums an das Auswärtige Amt vom 30. April 1981, in: PAAA, B 73, Referat 413, Bd. 142117.

60 Drahterlass 6012 des VLR I. Klasse Schlagintweit an die Botschaft in Washington vom 20. November 1981, in: PAAA, B 36, Referat 311, Bd. 137684.

61 Aufzeichnung des VLR I. Klasse Schlagintweit vom 7. September 1983, in: PAAA, B 36, Referat 311, Bd. 137799.

oder falschen Angaben nach Libyen exportiert worden.⁶² Der Geschäftsführer der Globesat, Walter Ziegler, und andere Beteiligte gerieten auch später wiederholt in das Visier der Zollfahndung.⁶³

Ohne Zweifel hatte Gaddafi auch das Ziel, in den Besitz von Kernsprengkörpern zu gelangen. Sein Land befand sich in der Kerntechnik aber noch in einem frühen Entwicklungsstadium. Es mangelte an industrieller Infrastruktur und Fachpersonal. Die nuklearen Aktivitäten Libyens waren durch die Kooperation mit der UdSSR bestimmt. 1975 unterzeichneten die beiden Staaten ein Abkommen, in dessen Folge in Tajura östlich von Tripolis ein Forschungsreaktor (Leichtwasserreaktor) errichtet wurde, der 1981 in Betrieb genommen werden konnte; zuvor hatte Libyen im Mai 1975 den Nichtverbreitungsvertrag von 1968 ratifiziert. Der Reaktor wurde mit hochangereichertem Uran betrieben, das die UdSSR bereitstellte, doch reichte diese Menge nicht für den Bau von Kernwaffen aus.⁶⁴ Deshalb bemühte sich Libyen um die Ausbildung von Studenten und Personal im Ausland sowie die Anwerbung von Fachpersonal. Zudem versuchte es, Gaszentrifugen zu erhalten, um Natururan anzureichern zu können (das im Aouzou-Gebiet zur Verfügung stand), oder eine Produktionsanlage für schweres Wasser zu erwerben.

An die Bundesregierung beziehungsweise bundesdeutsche Unternehmen trat Libyen mit fast allen diesen Anliegen heran. Bei der Firma Uhde bemühte es sich um die Lieferung einer Produktionsanlage für schweres Wasser.⁶⁵ Der Kraftwerk Union AG stellte es Aufträge für den Bau von Kernkraftwerken in Aussicht, und es war an der Vermittlung von Nuklearphysik-Studenten an westdeutsche Hochschulen interessiert.⁶⁶ Eine deutsch-libysche, von der Bundesregierung geförderte Nuklearkooperation war jedoch ausgeschlossen; die internationale Kritik wäre heftig gewesen.

Unter den langfristigen Projekten waren es vor allem zwei Vorhaben, welche die Dimension und die Probleme der Wirtschaftsbeziehungen aufzeigten: der geplante Verkauf von Airbus-Flugzeugen und der Bau einer Stahlwerksanlage in Misurata. Im Zuge ihrer Sanktionen gegen Libyen bat die amerikanische Regierung die Bundesregierung eindringlich, keine Waffen, keine zivilen Flug-

62 Schreiben des Finanzministeriums an das Wirtschaftsministerium vom 12. Dezember 1986 mit Berichten des Zollfahndungsamts Karlsruhe vom 9. Juni 1986, 8. Juli 1986 und 23. Oktober 1986 im Anhang, in: PAAA, B 70, Referat 424, Bd. 145920.

63 Vgl. FOCUS vom 3. Dezember 2001 („Alter Hase in der Falle“).

64 Vgl. Wyn Q. Bowen: Libya and nuclear proliferation. Stepping back from the brink. Abingdon 2006, vor allem S. 26–30.

65 Aufzeichnung des VLR I. Klasse Werner Rouget, Leiter des Referats 413, vom 2. April 1982, in: PAAA, B 71, Referat 405, Bd. 150511.

66 Aufzeichnung des Referats 413 vom 17. April 1984, in: PAAA, B 72, Referat 413/431, Bd. 145565.

zeuge, keine Nukleartechnologie und sonstigen sensitiven Güter zu liefern.⁶⁷ Im September 1981 hatte aber das multinationale Unternehmen Airbus Industrie einen Vertrag mit Libyan Arab Airlines über die Lieferung von zehn Flugzeugen vom Typ A 300 beziehungsweise A 310 geschlossen. Ursprünglich sollten sie mit amerikanischen Triebwerken von General Electric (GE) und weiteren Zulieferungen aus den USA ausgerüstet werden, die rund 30 % des Gesamtwertes von 1,5 Milliarden DM ausmachten. Kurz nach Vertragsabschluss wurden Vertreter der US-Botschaft im Wirtschaftsministerium vorstellig, um die Lieferung zu blockieren; die Flugzeuge würden für den Transport von Truppen und militärischem Material in den Tschad verwendet.⁶⁸

Im November 1982, nach der Regierungsübernahme durch CDU, CSU und FDP, ergab sich folgender Stand: Die US-Regierung war nicht bereit, die Ausfuhrgenehmigung für die GE-Triebwerke zu erteilen; Airbus Industrie arbeitete unterdessen am Ersatz durch Triebwerke aus britischer Produktion (Rolls Royce). Bezeichnenderweise kommentierte Genscher diesen Hinweis mit den Worten: „Sehr gut!“⁶⁹ Doch welche Vor- und Nachteile wären mit einer Europäisierung der Produktion verbunden gewesen? Auf der einen Seite bestanden die „Gefahr erheblicher Reibungen im transatlantischen Verhältnis“ und die „Gefahr schwerwiegender Auswirkungen auf die transatlantische technologische Zusammenarbeit“. Auch hätte sich die Produktion verteuert. Auf der anderen Seite musste eine Vertragsstornierung das Vertrauen in Airbus Industrie über Libyen hinaus erschüttern, was diesen Schlüsselbereich europäischer Industriekooperation gefährdet hätte, wo die Auftragslage ohnehin nicht gut war.⁷⁰

Libyen erhielt am Ende keines der zehn Flugzeuge. Das große Problem war nicht nur die amerikanische Haltung, sondern auch die Uneinigkeit der Europäer. Bei einem Gespräch im britischen Außenministerium wurde deutlich, dass die Regierung Thatcher – gleiches galt wohl für die französische Regierung – gar kein Interesse hatte, die USA umzustimmen. Eine Aufhebung des Exportverbots für GE konnte auch nachteilige Folgen haben. Die Regierung in Washington hätte dann auch dem amerikanischen Flugzeughersteller Boeing Exporte gestatten müssen, was die Konkurrenz verschärft hätte: „F[oreign and]

67 Aufzeichnung des VLR I. Klasse Schlagintweit vom 29. März 1982, in: PAAA, B 36, Referat 311, Bd. 137735.

68 Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer vom 27. Oktober 1981, in: PAAA, B 52, Referat 422, Bd. 148891.

69 Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer vom 10. November 1982, in: PAAA, B 52, Referat 422, Bd. 148891.

70 Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer vom 5. Juli 1983, in: PAAA, B 52, Referat 422, Bd. 148891.

C[ommonwealth]O[ffice] schien (...) Blockierung von GE und Boeing durch US-Regierung geradezu für die ideale Lösung zu halten.⁷¹

Scheiterte der Verkauf von Airbus-Flugzeugen an amerikanisch-europäischen und innereuropäischen Auseinandersetzungen, so waren die Schwierigkeiten beim Bau des Stahlwerkkomplexes in Misurata mit dazugehöriger Infrastruktur – das größte Industrieprojekt in Libyen, für das 1979 der Grundstein gelegt worden war – anderer Natur. Bundesdeutsche Unternehmen, so Krupp und Korf, hatten dafür Aufträge im Milliardenwert erhalten, und die Bundesregierung hatte hohe Bürgschaften gewährt. 1985 trat endgültig die kritische Phase ein. Die libysche Zahlungsfähigkeit und Zahlungswilligkeit verschlechterte sich drastisch.⁷²

Wegen der negativen Erfahrungen forderte das Finanzministerium im Sommer 1985 eine Deckungssperre für Libyen-Geschäfte; dieser Forderung schloss sich das Wirtschaftsministerium an. Doch das Auswärtige Amt warnte: Libyen werde keine neuen Aufträge an westdeutsche Firmen vergeben, es könnte den Schuldendienst noch weiter einschränken oder ganz einstellen, und eine Gefährdung deutscher Staatsangehöriger sei nicht auszuschließen.⁷³ Schließlich entschied sich der Interministerielle Ausfuhrgarantieausschuss doch für eine neue Politik. Die Orientierungsgröße pro Einzelgeschäft wurde auf 20 Millionen DM gesenkt; zwecks Schadensverhütung sollte bei bereits begonnenen Großprojekten großzügiger verfahren werden. Das Obligo des Bundes im Falle der Libyen-Geschäfte lag bei fast elf Milliarden DM; alleine für das Misurata-Projekt hatte der Bund Gewährleistungen in Höhe von 3,4 Milliarden DM übernommen.⁷⁴

Die Unternehmensleitung von Krupp beschloss, sich schrittweise zurückziehen – und scheiterte damit kläglich. Die libysche Seite zwang das Unternehmen, im Februar 1986 einen Vertrag über die Errichtung einer Kabelfabrik mit einem Auftragswert von 125 Millionen DM zu unterzeichnen. Krupp ließ sich darauf ein, weil es befürchtete, ansonsten keine ausstehenden Zahlungen für Leistungen aus dem Misurata-Projekt mehr zu erhalten.⁷⁵ Ende 1986 waren die Stahlwerke in Misurata „zu 95 % fertiggestellt“, die Libyer wegen der hohen Betriebskosten aber gar nicht an einer Inbetriebnahme interessiert (die erst

71 Fernschreiben 1212 des Botschafters Jürgen Ruhfus, London, vom 4. August 1983, in: PAAA, B 52, Referat 422, Bd. 148891.

72 Schriftbericht 288 des Botschafters Enders vom 11. Juni 1985 und Fernschreiben 489 des Legationsrats I. Klasse Wolfgang Vorwerk, Tripolis, vom 26. August 1985, in: PAAA, B 52, Referat 422, Bd. 149218.

73 Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Hans Werner Loeck, Leiter der Unterabteilung 42, vom 9. August 1985, in: PAAA, B 52, Referat 422, Bd. 140130.

74 Aufzeichnung des Referats 422 vom 26. September 1985, in: PAAA, B 52, Referat 422, Bd. 140130.

75 Fernschreiben 154 des Legationsrats I. Klasse Vorwerk vom 13. Februar 1986, in: PAAA, B 36, Referat 311, Bd. 137909.

1989 erfolgte). Es handelte sich um das „Beispiel einer riesigen Fehlkalkulation“. Für Krupp endete das Geschäft mit dem größten Verlust, „der je bei einem Einzelprojekt weltweit entstanden ist“.⁷⁶

Auffällig war, dass die amerikanische Regierung unter Präsident Reagan immer wieder Einfluss auf die deutsch-libyschen Wirtschaftsbeziehungen zu nehmen versuchte. Im April 1984 beantwortete das Auswärtige Amt eine Anfrage des Pentagon. Die Bundesrepublik habe keine Kriegswaffen nach Libyen geliefert, wohl aber – nach dem Außenwirtschaftsgesetz genehmigungspflichtige – „sonstige Rüstungsgüter“, so zuletzt Radar- und Richtfunkanlagen, Geräte für Funksprech- oder Funktelegraphie, Fernsprechanlagen und Lastkraftwagen. Zivile Bauvorhaben, und sei es für militärische Besteller, bedürften keiner Genehmigung (etwa Kasernen und Flughäfen).⁷⁷ Das war ein grundsätzliches Problem: Neben den Kriegswaffen existierte ein breites Repertoire an Gütern, die ihren Teil zur allgemeinen Entwicklung des Landes, aber zugleich zur militärischen Ausrüstung beitragen konnten, auch wenn die Bundesregierung solche Ausfuhren nur zurückhaltend genehmigte.

Auffällig war zudem, dass US-Amerikaner trotz der Sanktionen gegen Libyen am „Jahrhundertprojekt“ Großer Künstlicher Fluss beteiligt waren. Das verlich der Politik der Reagan-Administration nicht gerade Glaubwürdigkeit. Anfang Oktober 1983 beschloss der libysche Allgemeine Volkskongress, dieses Projekt durchzuführen. Es ging um die Versorgung der Küstenregion mit fossilem Wasser aus der Wüstenregion um Kufra.⁷⁸ Ende 1983 teilte Botschafter Enders mit, die US-Behörden hätten die Genehmigung zur Lieferung der Technologie für die Herstellung von Betonröhren durch die Firma Price Brothers an die südkoreanische Firma Dong-Ah erteilt.⁷⁹ Für die Realisierung des Künstlichen Flusses – ein erster Teilabschnitt wurde 1991 eingeweiht – war die US-Technologie *conditio sine qua non*, und die Administration in Washington verweigerte sie nicht.

76 Schriftbericht 499 des Legationsrats I. Klasse Vorwerk vom 14. November 1986, in: PAAA, B 52, Referat 422, Bd. 149218.

77 Drahterlass 499 des VLR I. Klasse Henze an die Botschaft in Washington vom 30. April 1984, in: PAAA, B 70, Referat 424, Bd. 135845.

78 Fernschreiben 580 des Botschafters Enders vom 12. Oktober 1983, in: PAAA, B 36, Referat 311, Bd. 137799. Vgl. ferner Konrad Schliephake: Der Große Künstliche Fluss Libyens, in: Fritz Edlinger/Erwin M. Ruprechtsberger (Hg.): Libyen. Geschichte–Landschaft–Gesellschaft–Politik. Wien 2009, S. 188–201.

79 Fernschreiben 685 des Botschafters Enders vom 12. Dezember 1983, in: PAAA, B 52, Referat 422, Bd. 135579.

Auf dem Weg in die große Krise: amerikanisch-libysche und deutsch-amerikanische Beziehungen

Insgesamt verschlechterten sich die amerikanisch-libyschen Beziehungen von 1982 bis 1986 allerdings kontinuierlich⁸⁰, was Rückwirkungen auf die deutsch-libyschen und die deutsch-amerikanischen Beziehungen hatte. Die USA richteten vor allem drei Vorwürfe an die Adresse Gaddafis: Libyen agiere völkerrechtswidrig im Tschad und verfolge eine den afrikanischen Kontinent destabilisierende Politik; das Land sei ein Parteigänger der UdSSR; Gaddafi betreibe Staatsterrorismus und unterstütze den internationalen Terrorismus sowie viele „Befreiungsbewegungen“.

Der erste Vorwurf war richtig. Der Tschad war ein fatales Beispiel für die Folgen kolonialer Grenzziehung. Der Norden und der Süden hatten ethnisch, religiös und kulturell kaum etwas gemeinsam. Gaddafi nutzte die Schwäche dieses Staates aus, in dem seit Mitte der 1960er Jahre ein fast permanenter Bürgerkrieg herrschte. Nach der Annexion des Aouzou-Gebiets 1973 marschierten libysche Truppen um die Jahreswende 1980/81 in den Tschad ein und besetzten den nördlichen Teil.⁸¹ Im September 1984 traf Gaddafi mit Frankreich eine Absprache über den Rückzug der Streitkräfte. Trotz der diffizilen Position Libyens im Nordtschad, die eine solche Vereinbarung nahelegte, handelte es sich um eine Finte. Die französischen Truppen verließen den Süden, während die Libyer im Norden verblieben.⁸²

In Afrika stellte Gaddafi einen „ernstzunehmenden Störfaktor“ dar. Seine Bereitschaft, „nahezu jede Oppositionsbewegung zu unterstützen“, erbrachte ein „verwirrendes Wechselspiel von Allianzen und Feindschaften“.⁸³ Bevorzugte Zielscheiben waren pro-westliche Staaten wie Ägypten und der Sudan. Während Ägypten unter Präsident Hosni Mubarak ein gefestigtes Regime aufwies, unterstützte Gaddafi die südsudanesischen Opposition gegen die islamische Regierung in Khartoum unter Präsident Dschafar Numeiri. Nach Numeiris Sturz im April 1985 vollzog Libyen jedoch eine spektakuläre Wende und

80 Zu den Beziehungen zwischen Libyen und den USA vgl. Ronald Bruce St John: *Libya and the United States. Two Centuries of Strife*. Philadelphia 2002; P. Edward Haley: *Qaddafi and the United States since 1969*. New York 1984. Zur libyschen Außenpolitik vgl. Heinz Brill: *Libyens Außen- und Sicherheitspolitik. Moamar el Gaddafis Motive und Visionen*. Baden-Baden 1988; Ronald Bruce St John: *Qaddafi's World Design. Libyan Foreign Policy, 1969–1987*. London 1987.

81 Aufzeichnung des Referats 321 vom 10. August 1983, in: PAAA, B 36, Referat 311, Bd. 137798.

82 Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Hans-Günter Sulimma, Beauftragter für Afrikapolitik, vom 20. Dezember 1984, in: PAAA, B 36, Referat 311, Bd. 137798.

83 Aufzeichnung des Referats 311 vom September 1986, in: PAAA, B 36, Referat 311, Bd. 137903. Vgl. ausführlich Mary-Jane Deeb: *Libya's Foreign Policy in North Africa*. Boulder 1991.

stellte die Hilfe für die Separatisten ein. Es hoffte, auf diese Weise die Ausrichtung des Sudan auf die USA und Ägypten aufbrechen zu können. Im August 1984 schlossen Libyen und Marokko den Vertrag von Oujda. Auch das bedeutete eine überraschende Wende. Gaddafi gab seine Unterstützung für die Fronte Polisario in der Westsahara auf; dafür stimmte König Hassan II. dem Projekt der Staatenunion zu (die nie zustande kam).⁸⁴ Mit Äthiopien und dem Südjemen war Libyen seit 1981 im Pakt von Aden verbunden.

Der zweite Vorwurf – Libyen sei ein Parteigänger der UdSSR – ist dagegen nur schwer nachzuvollziehen.⁸⁵ Wenn das überhaupt der Fall war, so die westdeutschen Diplomaten, dann lag es an den „Einkreisungs- und Einschüchterungsmaßnahmen“ der USA selbst, die Gaddafi Rückendeckung bei der UdSSR suchen ließen.⁸⁶ Ohne Zweifel aber waren die libysch-sowjetischen Beziehungen im militärischen Bereich von besonderer Güte. Das Rüstungsmaterial, das die Sowjets lieferten, war quantitativ und qualitativ bedeutend. Auch war die Zahl der sowjetischen Militärberater in Libyen beträchtlich.⁸⁷ Der UdSSR gelang es allerdings nie, dort einen Militärstützpunkt einzurichten. 1982/83 wurden auch die Wirtschaftsbeziehungen ausgeweitet. Der afrikanische Staat entwickelte sich zum drittichtigsten Handelspartner Moskaus in der Dritten Welt; die UdSSR nahm 10–15 % der libyschen Ölausfuhren ab.⁸⁸

Als Gaddafi im Oktober 1985 die UdSSR besuchte, wurde er protokollarisch hochrangig empfangen, und es wurde ein Programm zur wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Kooperation unterschrieben, aber kein Freundschaftsvertrag. In wichtigen politischen Fragen, gerade auch in der Nahostpolitik, bestanden „diametral entgegengesetzte Ansichten“.⁸⁹ Gaddafi war nicht gewillt, die Unabhängigkeit seines Landes aufs Spiel zu setzen; ideologische Differenzen taten ihr Übriges. Politik und Diplomatie in Westdeutschland hatten Recht, wenn sie die Analysen der amerikanischen Administration für Fehleinschätzungen hielten. Allerdings war dann auch ihre kontinuierlich

84 Aufzeichnung des Referats 311 vom 10. Juni 1985, in: PAAA, B 36, Referat 311, Bd. 137911.

85 Zu den Beziehungen zwischen Libyen und der UdSSR von 1969 bis Anfang der 1990er Jahre vgl. Yehudit Ronen: Qaddafi's Libya in World Politics. Boulder u. a. 2008, S. 81–104.

86 Schriftbericht des Botschafters Held vom 13. April 1982, in: PAAA, B 41, Referat 213, Bd. 133217.

87 Einer Aufzeichnung des Referats 311 vom 23. März 1984 zufolge hatte Gaddafi bis dahin Rüstungsgüter im Wert von 18 Milliarden US-Dollar in Warschauer-Pakt-Staaten geordert. Rund 70 % der libyschen Waffenbezüge kämen von dort. Es seien etwa 5 000 Militärberater aus WP-Staaten (sowie Jugoslawien und Kuba) dort tätig. Vgl. PAAA, B 36, Referat 311, Bd. 137797.

88 Fernschreiben 1531 des Botschafters Hans Jörg Kastl, Moskau, vom 13. April 1984, in: PAAA, B 36, Referat 311, Bd. 137800.

89 Fernschreiben 3274 des Gesandten Alexander Arnot, Moskau, vom 15. Oktober 1985, in: PAAA, B 41, Referat 213, Bd. 139339.

vorgetragene Mahnung, man müsse alles verhindern, was Gaddafi in die Arme Moskaus treiben könnte, nicht überzeugend.

Der dritte Vorwurf – Durchführung staatsterroristischer Aktionen sowie Förderung des internationalen Terrorismus und von „Befreiungsbewegungen“ weltweit – war und ist unbestritten. Die US-Regierung dokumentierte dies in einer Vielzahl von Publikationen, so in den „Patterns of Global Terrorism“.⁹⁰ Anfang 1986 präsentierte das State Department eine Zusammenstellung, in der es vor allem auf die Aktivitäten der Abu Nidal Organization (ANO) hinwies. Diese habe in den letzten acht Jahren mehr als 60 Anschläge begangen; Libyen gewähre der Gruppe um ihren Anführer Sabri Chalil al-Banna (Abu Nidal) finanzielle und logistische Unterstützung.⁹¹ Die amerikanische Regierung verfolgte Libyens Politik – das im irakisch-iranischen Krieg auch noch Waffen an den Erzfeind Iran lieferte – mit einer Obsession, die durchaus berechtigte Gründe hatte, in dieser Intensität in den westeuropäischen Staaten aber nur noch Kopfschütteln auslöste. Allerdings sah sie sich endgültig in ihrer Haltung bestätigt, als palästinensische Terroristen am 27. Dezember 1985 zeitgleich Anschläge auf die Flughäfen Rom-Fiumicino und Wien-Schwechat verübten. Ihr Ziel waren die Schalter der israelischen Fluggesellschaft El Al sowie in Rom auch der Schalter der amerikanischen Fluggesellschaft TWA. Die Terroristen töteten 19 Menschen, drei in Wien und 16 in Rom, und verletzten fast 150 teils schwer.⁹²

In den USA wurden die Anschläge, bei denen fünf amerikanische Staatsangehörige den Tod fanden, sofort „Arafat-feindlichen Palästinensergruppen“ zugeschrieben, konkret der ANO, was sich dann bestätigte. Damit rückte, neben Syrien, besonders Libyen in das Visier.⁹³ Präsident Reagan setzte zunächst auf eine Ausweitung der Sanktionspolitik. Die Maßnahmen wurden am 7. Januar 1986 bekanntgegeben⁹⁴ und beinhalteten die völlige Unterbrechung

90 Vgl. etwa United States Department of State, Office of the Ambassador-at-Large for Counter-Terrorism (Hg.): *Patterns of Global Terrorism*: 1985. Washington 1986. Für eine Übersicht seit 1969 vgl. Institute for National Security and Counterterrorism, Syracuse University (Hg.): *Patterns of Conduct. Libyan Regime Support for and Involvement in Acts of Terrorism*. Prepared for M. Cherif Bassiouni, Chair, UNHRC Commission of Inquiry into Human Rights Violations in Libya, by Corri Zoli, Sahar Azar, and Shani Ross. Syracuse (New York) 2010.

91 Vgl. die Dokumente „Chronology of Libyan Support for Terrorism 1980–85“ und „The Abu Nidal Group“, die mit Schriftbericht 88 der Botschaft in Washington vom 9. Januar 1986 übermittelt wurden; PAAA, B 70, Referat 424, Bd. 145919. Zur ANO vgl. Thomas Riegler: *Im Fadenkreuz: Österreich und der Nahostterrorismus 1973 bis 1985*. Göttingen 2011, S. 138–153.

92 Vgl. Riegler: *Im Fadenkreuz*, S. 293–307.

93 Fernschreiben 5888 des Gesandten Theodor Wallau, Washington, vom 30. Dezember 1985, in: PAAA, B 36, Unterabteilung 31, Bd. 141150.

94 Zu den amerikanischen Sanktionen vgl. Almut Hinz: *Die Sanktionen gegen Libyen. Sanktionen im modernen Völkerrecht und in der Staatenpraxis sowie ihre Anwendung am Beispiel Libyen*. Frankfurt/Main 2005, S. 211–216.

sämtlicher Importe und Exporte mit Ausnahme von Arznei- und Nahrungsmitteln, das Einfrieren aller libyschen Vermögenswerte in den USA und die Einstellung der Kreditgewährung. Es kam hinzu, dass die USA nachdrücklich die Unterstützung der Verbündeten einforderten: die Einführung von Import- und Exportkontrollen, die Einstellung aller Waffenverkäufe sowie der Lieferung von „dual use items“ und Hochtechnologie.⁹⁵

Die Reaktion der Bündnispartner war kühl. In der Bundesrepublik hatte sich das Wirtschaftsministerium schon zuvor gegen wirtschaftliche Maßnahmen zur Durchsetzung politischer Ziele ausgesprochen.⁹⁶ Auf der Sitzung der EPZ-Arbeitsgruppe Nah- und Mittelost am 8. Januar 1986 in Den Haag unterstützte nicht ein einziger EG-Mitgliedstaat die Forderung nach einem Embargo.⁹⁷ Die Amerikaner ließen aber nicht locker. Am selben Tag sprach der Gesandte an der US-Botschaft, James Dobbins, im Auswärtigen Amt vor. Er überreichte eine Kopie eines Schreibens von Reagan an Kohl und forderte die Bundesregierung auf, die Sanktionen zu unterstützen. Die Papiere, die er übergab, zeichneten sich durch eine „beachtliche Ruppigkeit in der Sprache“ aus.⁹⁸

Am 9. Januar 1986 sprach Genscher mit Botschafter Richard Burt. Dabei wurde deutlich, dass die Bundesregierung der US-Regierung entgegenkommen, aber nicht zu einschneidenden Maßnahmen greifen wollte. Genscher sagte zu, dafür zu sorgen, dass westdeutsche Unternehmen nicht in Geschäfte eintreten, die US-Firmen aufgrund der Sanktionen nicht mehr durchführen konnten. Die amerikanische Seite wollte jedoch mehr. Burt bat um Prüfung, ob das libysche Volksbüro in Bonn geschlossen werden könne, und regte die Ernennung eines hohen Beamten im Auswärtigen Amt für Fragen der Terrorismusbekämpfung an. Es gebe „starke, ja zwingende Gründe, Gaddafi zu ‚exkommunizieren‘“. Genscher konnte darauf verweisen, dass in seinem Ministerium die Einrichtung eines für Fragen des Terrorismus zuständigen Referats vorbereitet werde (Referat 515).⁹⁹

Auf Seiten der Bundesregierung überwog trotz der Bereitschaft zu einigen Zugeständnissen die Skepsis. Das wurde auch beim Gespräch des Bundeskanzlers mit dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand am

95 Fernschreiben 75/76 des Gesandten Wallau vom 7. Januar 1986, in: PAAA, B 70, Referat 424, Bd. 145919.

96 Schreiben des Wirtschaftsministeriums an das Auswärtige Amt vom 29. Juli 1985, in: PAAA, B 36, Referat 311, Bd. 137909. Vgl. ferner die Aufzeichnung des Wirtschaftsministeriums vom 10. Januar 1986, in: PAAA, B 70, Referat 424, Bd. 145919.

97 Aufzeichnung des Referats 311 vom 9. Januar 1986, in: PAAA, B 70, Referat 424, Bd. 145919.

98 Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jürgen Sudhoff, Leiter der Politischen Abteilung 3, vom 9. Januar 1986, in: PAAA, B 150, Referat 311, VS-Bd. 13620.

99 Drahterlass 50 des Ministerialdirigenten Hans-Friedrich von Ploetz, Leiter der Unterabteilung 20, an die Botschaft in Washington vom 10. Januar 1986, in: AAPD 1986. Bearb. von Matthias Peter und Daniela Taschler. Berlin u. a. 2017, Dok. 7, S. 36–39, hier 37.

16. Januar 1986 in Baden-Baden deutlich. Kohl erklärte, dass er „die amerikanischen Vorschläge für Sanktionen gegen Libyen nicht für glücklich halte“. Sie seien „eine innenpolitische Sache gewesen“. Mitterrand pflichtete ihm bei und meinte, „dies führe ohnehin zu nichts“.¹⁰⁰ Bezeichnend war auch die Antwort, die Kohl auf das Schreiben Reagans vom 8. Januar 1986 übermitteln ließ: „Ihre nationale Haltung und die von Ihnen verhängten (...) Wirtschaftsmaßnahmen finden angesichts der brutalen Verbrechen von Rom und Wien mein volles Verständnis.“¹⁰¹ Kohl verlor kein Wort über mögliche Sanktionen der Bundesrepublik, sondern hob nur hervor, dass es kein „undercutting“ durch westdeutsche Unternehmen geben werde.

Die US-Regierung entsandte nun einen hochrangigen Emissär, um den wichtigsten Verbündeten in Europa doch noch zu Zugeständnissen zu bewegen. Am 20./21. Januar 1986 besuchte der stellvertretende Außenminister John Whitehead die Bundesrepublik. Er führte unter anderem Gespräche mit Genscher¹⁰², Wirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) sowie dem Chef des Bundeskanzleramts, Wolfgang Schäuble. Letzterer äußerte sich konzilient. Die Bundesregierung wolle künftig „jeden Eindruck von Kritik an den USA zu vermeiden suchen“. Doch in der Sache blieb Schäuble hart. Er warnte, gemäßigte arabische Staaten könnten in eine „ungewollte Solidarisierung mit den radikalen Arabern“ hineingetrieben werden. Es bestehe die Gefahr weiteren Vordringens der UdSSR im arabischen Raum.¹⁰³

So blieb es bei der Aufforderung der Bundesregierung an die Industrie vom 8. Januar 1986, die Sanktionen nicht zu unterlaufen, sowie „besonders scharfe[n] Sicherheitsvorkehrungen“ bei der Sichtvermerkerteilung, Grenzkontrollen und der Anwendung ausländerrechtlicher Bestimmungen.¹⁰⁴ In den USA wuchs die Empörung über das Verhalten der Partner, doch die EG-Mitgliedstaaten waren nicht in der Lage, weitreichende Beschlüsse zu fassen. Die Erklärung, die nach dem EPZ-Ministertreffen am 27. Januar 1986 in Brüssel abgegeben wurde, war so weich formuliert, dass sie nur als Absage an die Wünsche der US-Regierung gelesen werden konnte. Die zwölf EG-Mitglieder einigten sich darauf, wirtschaftliche Vorteile durch „undercutting“ nicht zuzulassen. Waffen sollten nicht in Länder geliefert werden, die den Terrorismus

100 Aufzeichnung über das Gespräch, in: AAPD 1986, Dok. 10, S. 48–55, hier 54.

101 Schreiben Kohls an Reagan, das dem Auswärtigen Amt vom Bundeskanzleramt am 20. Januar 1986 mit der Bitte um Übermittlung an die Botschaft in Washington zugeleitet wurde, in: PAAA, B 150, Referat 204, VS-Bd. 12994.

102 Vgl. die Aufzeichnung über dieses Gespräch am 20. Januar 1986, in: AAPD 1986, Dok. 12, S. 62–71.

103 Aufzeichnung des Bundeskanzleramts vom 22. Januar 1986, in: PAAA, B 150, Referat 204, VS-Bd. 12994.

104 Drahterlass 104 an die Botschaft in Washington vom 23. Januar 1986, in: PAAA, B 52, Referat 422, Bd. 149216.

„eindeutig“ unterstützten. Da die Zwölf keinen Staat als eindeutigen Unterstützer ansahen, war das eine Leerformel.¹⁰⁵

Wie die Bundesregierung dachte, trat in den Gesprächen mit Vertretern anderer Regierungen besonders klar hervor. Kohl betonte bei einem Treffen mit dem italienischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi am 20. Februar 1986 in Bonn, dass die Weltmächte nicht in der Lage seien, „auf Provokationen kleinerer Dimension zu reagieren“. In Libyen lebten 1500 Deutsche: „Was solle er notfalls zum Schutz dieser Deutschen tun? Wir hätten keine Flotte im Mittelmeer!“ Der italienische Regierungschef hatte den Eindruck, dass die USA eine Gelegenheit für „begrenzte militärische Zusammenstöße“ suchten.¹⁰⁶ Diese Einschätzung war nicht abwegig.

Der seit 1973 schwelende Konflikt um die Große Syrte – Libyen beanspruchte den Bereich ungefähr südlich des 32. Breitengrades als Hoheitsgewässer – bot sich für die USA geradezu an, um ihre Macht zu demonstrieren. Schon im August 1981 hatte es in diesem Seegebiet, in dem die USA Manöverübungen durchführten, militärische Auseinandersetzungen gegeben. Nun, im März 1986, zogen sie Flugzeugträger, Begleitschiffe und Kampfflugzeuge in der Region zusammen. Am 23. März überquerten erstmals amerikanische Flugzeuge die „Todeslinie“, am 24. März folgte dann auch ein Schiffsverband. Die libysche Seite antwortete mit dem Abschuss von sowjetischen Luftabwehrraketen, die jedoch keinen Schaden anrichteten. Von Anfang an hatten die westdeutschen Diplomaten den Verdacht, der „gewaltige militärische Aufbau“ diene nur dem Ziel, Gaddafi zu provozieren, um einen Grund für einen Gegenschlag zu haben.¹⁰⁷ Der Gegenschlag kam sofort: Am 24./25. März folgten Angriffe auf libysche Schnellboote und Korvetten sowie Radar- und Raketenstellungen.¹⁰⁸ Die Botschaft der Bundesrepublik in den USA sah sich bestätigt. Die „Verteidigung des völkerrechtlichen Prinzips der Freiheit der Meere“, das der Rechtfertigung diene, erscheine im Rückblick als ein Vorwand, um gegen Gaddafi „legal lupenrein“ vorgehen zu können.¹⁰⁹ Gaddafi reagierte auf eine Weise, die den Konflikt mit den USA weiter verschärfte und ernste Folgen auch für die Bundesrepublik und die deutsch-libyschen Beziehungen hatte.

105 Fernschreiben 254 des Ministerialdirigenten Schlagintweit, z. Z. Brüssel, vom 27. Januar 1986, in: PAAA, B 36, Referat 311, Bd. 137905.

106 Aufzeichnung über das Gespräch, in: AAPD 1986, Dok. 49, S. 273–283, hier 281f.

107 Fernschreiben 1292 und 1307 des Botschafters Günther van Well, Washington, vom 24. beziehungsweise 25. März 1986, in: PAAA, B 29, Referat 209, Bd. 148724. Zitat aus Fernschreiben 1292.

108 Zum amerikanisch-libyschen Konflikt im März/April 1986 vgl. Jean-Joseph Clam/Helmut Hubel: Die Krise um Libyen. Bonn 1987; Hanspeter Mattes: Die militärische Konfrontation zwischen Libyen und den USA 1986. Zur Genese des Konflikts und seinen internationalen Auswirkungen. Hamburg 1986.

109 Fernschreiben 1397 des Gesandten Wallau vom 2. April 1986, in: PAAA, B 14, Referat 201, Bd. 143374.

Der Anschlag auf die Diskothek „La Belle“ am 5. April 1986

Am 5. April 1986 morgens meldete das BKA, dass sich gegen 1.50 Uhr in einer West-Berliner Diskothek in der Nähe des Breslauer Platzes eine Bombenexplosion ereignet habe. Eine tote weibliche Person sei aus den Trümmern geborgen worden, eine männliche Person im Krankenhaus verstorben.¹¹⁰ Am folgenden Tag informierte das Innenministerium, bisherige Ermittlungen hätten ergeben, dass 191 Personen zum Teil schwer verletzt worden seien.¹¹¹ Letztlich starben bei dem Anschlag drei Menschen, zwei amerikanische Soldaten und eine türkische Staatsangehörige: Sergeant Kenneth T. Ford und Nermin Hannay am 5. April sowie Staff Sergeant James E. Goins zwei Monate später, am 7. Juni 1986.

Wer war an der Tat beteiligt? Organisiert wurde der Terrorakt vom libyschen Volksbüro in Ost-Berlin, das von einem der Geheimdienste in Tripolis den Auftrag erhalten hatte, auf amerikanische Einrichtungen in der Bundesrepublik beziehungsweise in Berlin Anschläge zu verüben. Im Volksbüro waren mehrere Mitarbeiter mit der Planung, Koordinierung und Durchführung betraut, darunter Ali Ibrahim Keshlaf¹¹², Elamin Abdullah Elamin¹¹³, Yasser Chraidi¹¹⁴, Musbah Omar Abulgasem Eter¹¹⁵ und Musbah Ali Al Abani¹¹⁶. Sie alle waren Mitarbeiter der libyschen Geheimdienste. Dem Volksbüro gelang es auch, Ali Chanaa für seine Pläne zu gewinnen. Der gebürtige Palästinenser Chanaa, Jahrgang 1959, lebte seit 1976 als Asylbewerber in West-Berlin und war seit 1981 als Inoffizieller Mitarbeiter für das Ministerium für Staatssicher-

110 Fernschreiben 224 des BKA an das Auswärtige Amt vom 5. April 1986, in: PAAA, B 36, Referat 311, Bd. 137911.

111 Fernschreiben 1265 des Innenministeriums an das Auswärtige Amt vom 6. April 1986, in: PAAA, B 83, Referat 511, Bd. 1617.

112 Keshlaf, 1952 in Suq al-Khames (Libyen) geboren, war Angehöriger des Volksbüros mit Diplomatenausweis. Er reiste am 10. Januar 1984 in die DDR ein und am 12. April 1988 aus. Vgl. PAAA, Bestand Protokollabteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) der DDR, Karte Keshlaf.

113 Elamin, 1938 in Mizdah (Libyen) geboren, im Juni 1985 aus der Bundesrepublik ausgewiesen, war Angehöriger des Volksbüros mit Diplomatenausweis. Er reiste am 28. Februar 1986 in die DDR ein und bereits am 22. Oktober 1986 wieder aus. Vgl. ebd., Karte Elamin.

114 Chraidi, Jahrgang 1959, staatenloser Palästinenser, war Angehöriger des Volksbüros mit Mitarbeiterausweis (Verwaltungspersonal/technisches Personal). Er reiste am 8. Oktober 1984 in die DDR ein und wurde unter dem Namen „Youssef M. Salem“ (Geburtsjahr 1953, Geburtsort Tobruk) geführt. Vgl. ebd., Karte Salem.

115 Eter, 1957 in Tripolis geboren, war Angehöriger des Volksbüros mit Diplomatenausweis (ausgestellt am 3. Juni 1986). Er reiste am 12. Februar 1986 in die DDR ein und am 13. Februar 1987 aus. Vgl. ebd., Karte Abulgasem.

116 Al Abani, 1955 in Tagiura (Libyen) geboren, war Angehöriger des Volksbüros mit Diplomatenausweis. Er reiste am 13. März 1985 in die DDR ein und am 22. Oktober 1986 aus. Vgl. ebd., Karte Al Abani.

heit der DDR tätig (Deckname „Alba“). Er hatte den Auftrag, Informationen über Araber, die in West-Berlin lebten, zu beschaffen.

Mehrere Anschlagpläne wurden verworfen, bis Ende März 1986 drei Diskotheken in West-Berlin als mögliche Ziele feststanden, die gerne von amerikanischen Staatsangehörigen besucht wurden. Das MfS erfuhr davon über Chanaa.¹¹⁷ Vor allem aufgrund seiner IM-Tätigkeit, die in den MfS-Akten dokumentiert ist, lässt sich die Tatvorbereitung weitgehend rekonstruieren. Im Volksbüro in der Treskowallee in Karlshorst wurde die Diskothek „La Belle“ (Hauptstraße 78/79 in Friedenau, Bezirk Schöneberg) als Ziel festgelegt. Das Volksbüro stellte den Sprengstoff zur Verfügung, den Diplomaten nach Ost-Berlin gebracht hatten. Am 4. April transportierte Chraidis Ehefrau, Souad Mansour¹¹⁸, den Sprengstoff nach West-Berlin, in die Lindenstraße in Kreuzberg, in die Wohnung von Verena Chanaa.

Verena Chanaa, 1959 in Ost-Berlin als Verena Hampel geboren, arbeitete als IM („Petra Müller“) für das MfS, dem sie als Gelegenheitsprostituierte Informationen zukommen ließ. Von ihrem Ehemann Ali lebte sie mittlerweile getrennt. Sie hatte ihn 1978 in Ost-Berlin kennengelernt; Anfang 1981 war sie schwanger geworden. Der Preis für die Möglichkeit, 1981/82 in den Westen übersiedeln und heiraten zu können, war die Tätigkeit für das MfS.¹¹⁹ Über ihre Motive lassen sich nur Spekulationen anstellen. Wer die mit vielen kleinen Eisenstücken versehene Bombe zusammensetzte, ist bis heute nicht geklärt. Einige Stunden vor der Tat hielten sich in Verena Chanaas Wohnung fünf Personen auf: sie selbst, Andrea Häusler (ihre Schwester), Chraidid, Eter und Ali Chanaa. Häusler wusste vermutlich nichts von dem bevorstehenden Anschlag. Verena Chanaa fuhr mit ihrer Schwester in die Diskothek, deponierte die Bombe und löste den Zeitzünder aus.¹²⁰

117 Vgl. Klaus Schroeder/Jochen Stadt (Hg.): *Feindwärts der Mauer. Das Ministerium für Staatssicherheit und die West-Berliner Polizei*. Frankfurt/Main 2014, S. 432–439. Vgl. ferner John O. Koehler: *STASI. The Untold Story of the East German Secret Police*. Boulder 1999, S. 325–357. Die Darstellung von Koehler ist interessant, weil sie auf Interviews mit Rainer Wiegand beruht, dem damaligen Leiter der Arbeitsgruppe Ausländer in der für Spionageabwehr zuständigen Hauptabteilung II des MfS. Er kam im Juni 1996 bei einem mysteriösen Autounfall in Portugal ums Leben.

118 Mansour, geboren 1954 in Tripolis, reiste am 27. Dezember 1984 in die DDR ein und am 30. Juni 1988 aus. Sie besaß einen am 14. Februar 1985 ausgestellten Ausweis als Mitarbeiterin des Volksbüros. Vgl. PAAA, Bestand Protokollabteilung des MfAA, Karte Mansour.

119 Vgl. FOCUS vom 10. November 1997 („Gaddafis Puppe“).

120 Die Darstellung stützt sich auf den im Urteil des 5. Strafsenats des Bundesgerichtshofs vom 24. Juni 2004 geschilderten Ereignisablauf. Der BGH bestätigte das Urteil des Landgerichts Berlin vom 13. November 2001. Das Landgericht hatte Verena Chanaa wegen dreifachen Mordes und 104-fachen versuchten Mordes zu einer Freiheitsstrafe von 14 Jahren verurteilt, Chraidid wegen Beihilfe zu 14 Jahren Haft sowie Ali Chanaa und Eter wegen Beihilfe zu 12 Jahren. Häusler wurde freigesprochen. Vgl. <http://www.hrr-straft>

Der Anschlag kam keinesfalls überraschend. Bereits am 26. März 1986 übergab die U.S. Mission Berlin der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin ein Papier, in dem dargelegt wurde: „The U.S. Mission has received information which indicates clearly that agents of the Libyan Government resident in the Soviet sector of Berlin may be planning hostile activities against U.S. interests in the western sectors in Berlin or in the Federal Republic of Germany.“¹²¹ Aus den MfS-Akten geht hervor, dass die Vorbereitungen zu dieser Zeit bereits weit fortgeschritten waren. Danach beauftragte „Nuri“ (Yasser Chraidi) den Studenten an der TU Berlin, Imad Salim Mahmoud, geeignete Objekte auszukundschaften. Mahmoud benannte mehrere Objekte der US-Armee. „Nuri“ schickte daraufhin Al Abani mit einem Diplomaten-Fahrzeug nach West-Berlin. Abani transportierte Handgranaten, Pistolen und Maschinenpistolen, die in der Wohnung von Mahmoud in der Wiener Straße (Bezirk Kreuzberg) deponiert wurden. Am 26. März fuhren „Nuri“ und „Derwisch“ (Musbah Omar Abulgasser) in Mahmouds Wohnung, wo sie den Libanesen Ali Mansur trafen. Auch Mansur hatte Zielobjekte ausspioniert und überreichte einen Zettel, auf dem drei Diskotheken notiert waren, darunter „La Belle“. Mahmoud bekam aber kalte Füße und bestand auf Fortschaffung der Waffen aus seiner Wohnung.¹²²

Am 5. April abends, nach dem Anschlag, informierte das Innenministerium über verdächtige Personenbewegungen in den vergangenen Tagen. Am 27. März hätten Yasser Chraidi, der wegen Mordes mit Haftbefehl gesucht wurde¹²³, und Elamin Abdullah Elamin versucht, am Übergang Friedrichstraße mit einem Diplomaten-Fahrzeug nach West-Berlin einzureisen. Elamin habe seinen Diplomatenausweis mit sich geführt, aber keinen gültigen Reisepass; deshalb sei ihm die Einreise verweigert worden. Es sprächen „starke Indizien“

recht.de/hrr/5/03/5-306-03.pdf (Abruf: 24. August 2017). Vgl. ferner Die Welt vom 18. November 1997 („Der Angeklagte sitzt in Tripolis“). Nach anderer Darstellung flog ein Bombenexperte aus Libyen ein, um den Sprengsatz zu präparieren. Vgl. Koehler: STASI, S. 357.

121 Vermerk der Berliner Senatskanzlei vom 26. März 1986, in: PAAA, B 38, Referat 210, Bd. 139263. Später wurde vermutet, die Informationen stammten von „Alba“. Ali Chanaa wäre also ein Doppelagent gewesen, der auch für den amerikanischen Geheimdienst CIA spionierte. Vgl. Der Spiegel vom 16. Juli 1990 („Bomben von Derwisch“).

122 Vgl. Schroeder/Staadt: Feindwärts der Mauer, S. 433f.

123 Chraidi stand in Verdacht, am 30. Juli 1984 in West-Berlin den 21-jährigen libyschen Staatsangehörigen Mustafa el-Ashek erschossen zu haben, weil dieser aus dem Geheimdienstmilieu aussteigen wollte. Vgl. Bomben von Derwisch, in: Der Spiegel vom 16. Juli 1990. Anderen Angaben zufolge war el-Ashek ein Kritiker des Gaddafi-Regimes. Vgl. Tod eines Kritikers, in: FOCUS vom 26. Juli 2004. Chraidi stand später – wie auch Musbah Eter – ebenso in Verdacht, in der Nacht vom 1./2. Mai 1986 den Exil-Libyer Mohamed Ashur im Treptower Park in Ost-Berlin getötet oder den Mord in Auftrag gegeben zu haben. Ashur arbeitete mit der CIA zusammen und hatte Chraidi als Täter bei dem Mord an el-Ashek identifiziert. Vgl. <http://www.berliner-zeitung.de/stasi-akten--la-belle-attentaeter-veruebte-zwei-weitere-morde-in-berlin--der-blutet-aus-dem-kopf-17345006> (Abruf: 24. August 2017). Vgl. auch Koehler: STASI, S. 350–352.

für eine Beteiligung Libyens am Attentat. Das Innenministerium empfahl, „Gefährder“ stärker zu überwachen: „Verbleibskontrolle, Auffälligkeiten, Alibi-Überprüfungen“.¹²⁴

Danach wurden bis 5. April weitere Personenbewegungen zwischen dem Ost- und dem Westteil Berlins mit libyschen Diplomaten-Fahrzeugen registriert, so über den Übergang Heinrich-Heine-Straße. Besonders interessierte die Frage, wieso Chraidi den Sektorenübergang passieren konnte, ohne verhaftet zu werden. Referat 215 des Auswärtigen Amts (Auswärtige Angelegenheiten beim Bevollmächtigten der Bundesregierung in Berlin) berichtete am 11. April, nach dem durch die Alliierten festgelegten Kontrollverfahren könnten Polizei und Zoll auf West-Berliner Seite bei Diplomaten-Fahrzeugen lediglich „anhalten, listenmäßig erfassen, Listen an die Alliierten übersenden“. Interessant war auch der Hinweis auf die rund 9.000 Palästinenser in West-Berlin. Es gäbe keine Schwierigkeiten, sie dort zu rekrutieren. Meistens hätten sie libanesishe Pässe. Wenn diese abgelaufen seien, würden sie als „Staatenlose“ oder „Ungeklärte“ registriert.¹²⁵

Zum Fall Chraidi erkundigte sich das BKA beim Polizeipräsidium Berlin genauer. Die erste Frage lautete, weshalb seine Festnahme am 27. März nicht erfolgen konnte. Die Antwort: An den Sektorenübergängen in Berlin würden normalerweise keine Kontrollen durch die Polizei mit Aufnahme von Personalien durchgeführt. Bei den seit 27. März aufgrund einer Anordnung der Alliierten laufenden Kontrollen sei das Ziel die Erstellung von Listen der Ein- und Ausreisenden bestimmter Nationalitäten gewesen. Freiheitsbeschränkende Maßnahmen seien damit nicht verbunden gewesen. Folglich sei Chraidi zwar notiert, aber nicht festgenommen worden. Die zweite Frage lautete, inwieweit in Berlin ein Zugriff auf den „Geschützten Grenzfahndungsbestand“ bestehe. Elamin sei mit Maßnahme 3 (Zurückweisung) ausgeschrieben gewesen, die Einreise aber nur wegen des nicht ordnungsgemäßen Reisepasses verweigert worden. Die Antwort: Ein Zugriff bestehe nur am Grenzübergang Waltersdorfer Chaussee (zur DDR). Entsprechende technische Geräte seien an den Sektorenübergängen nicht vorhanden, „da nach hiesigem Rechtsverständnis eine Grenze innerhalb Berlins nicht existiert“. Das sei auch der Grund, weshalb an den Sektorenübergängen keine Kontrollen und Maßnahmen der Grenzfahndung durchgeführt würden.¹²⁶

124 Fernschreiben 40 des Innenministeriums an das Auswärtige Amt vom 5. April 1986, in: PAAA, B 36, Referat 311, Bd. 137911.

125 Fernschreiben 52 des VLR I. Klasse Götz Freiherr von Groll, Leiter des Referats 215, vom 11. April 1986, in: PAAA, B 38, Referat 210, Bd. 139263.

126 Fernschreiben 515 des BKA an das Auswärtige Amt vom 10. April 1986, in: PAAA, B 38, Referat 210, Bd. 139263. Das Geburtsdatum von Chraidi wurde mit 9. September 1959 angegeben; sein Geburtsort war das palästinensische Flüchtlingslager Ain al-Hilweh im Libanon.

Während das Innenministerium ziemlich schnell von einer libyschen Beteiligung am Anschlag ausging, zeigte sich das Auswärtige Amt deutlich zurückhaltender. In der zuständigen Politischen Abteilung empfahl man, zunächst den Leiter des Volksbüros einzubestellen.¹²⁷ Eine Schließung des Volksbüros kam überhaupt nicht in Betracht. Diesen Wunsch hatte bereits am 5. April der amerikanische Botschafter Richard R. Burt gegenüber Staatssekretär Jürgen Rühfus zum Ausdruck gebracht. Das Auswärtige Amt aber sträubte sich. Ein „gesicherter Erkenntnisstand im Sinne konkreter libyscher Beteiligung“ sei trotz „gewisser Indizien“ nicht gegeben. Die Auswirkungen auf die deutschen Unternehmen und Staatsangehörigen wären nicht vorhersehbar.¹²⁸

Am 6., 7., 9. und 17. April sprach der amerikanische Botschafter in Ost-Berlin, Francis J. Meehan, im Außenministerium vor und forderte die Regierung der DDR dazu auf, das dortige libysche Volksbüro sofort zu schließen. Er nannte unter anderem die Namen Keshlaf und Chraidi. Im MfAA stritt man wie zu erwarten alle Vorwürfe ab. Dafür, dass vom Territorium der DDR terroristische Aktivitäten ausgingen, gäbe es keinen Beweis. Meehan drohte am 17. April, dass seine Regierung „sicherlich aus der starren Haltung der DDR die erforderlichen Schlussfolgerungen ziehen“ werde.¹²⁹ Das waren leere Drohungen – und die Aussagen seines Gesprächspartners eine glatte Lüge. Das MfS und damit die politische Führung der DDR waren über die libyschen Aktivitäten voll im Bilde.

Am 8. April kam der Botschaftsrat an der amerikanischen Botschaft in Bonn, Olaf Grobel, mit Mitarbeitern des „Arbeitsstabs Terroranschlag“ im Auswärtigen Amt zusammen. Grobel teilte mit, amerikanische Dienststellen hätten Kenntnis von zwei „offiziellen Kommunikationen“ zwischen dem Volksbüro in Ost-Berlin und dem mutmaßlichen Einsatzleiter in Libyen, Said Rashid. Diese Erkenntnisse seien aber „vor Gericht nicht verwertbar“. Am 4. April habe das Volksbüro angekündigt, man erwarte etwas am Morgen des 5. April („to look forward to results in the morning of April 5th“). Am 5. April habe es mitgeteilt, ein erfolgreiches Unternehmen sei am frühen Morgen in Berlin durchgeführt worden („a successful operation was carried out in Berlin that morning“).¹³⁰ Wie Keshlaf, Elamin und Al Abani konnte auch Said Rashid nie für die Tat belangt werden.¹³¹

127 Aufzeichnung der Abteilung 3 vom 6. April 1986, in: PAAA, B 36, Referat 311, Bd. 137911.

128 Aufzeichnung des „Arbeitsstabs Terroranschlag Berlin“ vom 7. April 1986, in: AAPD 1986, Dok. 92, S. 507–512, hier 509.

129 Vermerke über die vier Gespräche Meehans mit dem Abteilungsleiter im MfAA, Herbert Barth, in: PAAA, MfAA, ZR 6027/14.

130 Aufzeichnung des „Arbeitsstabs Terroranschlag Berlin“ vom 8. April 1986, in: PAAA, B 150, Referat 515, VS-Bd. 12444.

131 Vgl. <http://www.stern.de/panorama/stern-crime/germany-s-most-wanted-der-terroranschlag-in-der-disco-3853632.html> (Abruf: 24. August 2017). Vgl. ferner Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 14. Oktober 2001 („Gaddafis Ingenieur des Terrors“).

Das Auswärtige Amt unter Genscher wählte den Weg, der am wenigsten politische und wirtschaftliche Nachteile zu versprechen schien. Am 9. April wurde der libysche Geschäftsträger einbestellt. Dieser erhielt die Mitteilung, dass zwei Angehörige des Volksbüros sofort abgezogen werden müssten. Sie sollten nicht durch neue Mitarbeiter ersetzt werden.¹³² Am nächsten Tag kam Staatssekretär Andreas Meyer-Landrut mit dem britischen Botschafter Sir Julian Bullard zu einem Gespräch zusammen. Seine Ausführungen sind aufschlussreich für die Haltung des Auswärtigen Amts. Meyer-Landrut legte dar, „dass wir uns hier in amerikanischer Öffentlichkeit schlecht behandelt fühlten. Die Evidenz für eine Involvierung von Vertretern der hiesigen libyschen Vertretung sei sehr gering, aber auch die Beweise für eine Beteiligung der libyschen Vertretung in Berlin (Ost) würden einen Richter nicht besonders beeindrucken. In [den] USA würde dabei übersehen, dass es neben amerikanischen Opfern auch 200 deutsche Verletzte gegeben habe. Wir hätten unsere eigenen leidvollen Erfahrungen mit dem Terrorismus, dem gegenüber wir uns in der Vergangenheit keineswegs schlapp gezeigt hätten. Es sei also etwas billig, uns eine weiche Haltung oder kommerzielle Motive zu unterstellen“.¹³³

Am 11. April beschloss die Alliierte Kommandantur, Angehörigen des libyschen Volksbüros in Ost-Berlin den Zugang zu den Westsektoren zu verwehren.¹³⁴ Ferner wies sie den Berliner Senat am 11. April an, die Polizeikontrollen zu verstärken. Vom 13. bis 21. April wurden an den Sektorenübergängen nach Ost-Berlin, an grenznahen U- und S-Bahnhöfen sowie den Übergängen in die DDR 14.481 Personenkontrollen durchgeführt. In 960 Fällen wurde ein Datenabgleich vorgenommen; es erfolgten 140 Festnahmen.¹³⁵ Das waren aber nur temporäre Maßnahmen, die das Prinzip der Freizügigkeit nicht beeinträchtigen sollten. Die offene Grenze blieb „eine wichtige politische Demonstration der westlichen Rechtsauffassung von der Einheit Berlins“. Die Teilung der Stadt sollte keinesfalls „durch ein westliches Grenzregime eine nachträgliche Rechtfertigung erfahren“.¹³⁶

Mitte des Monats griffen die USA zum äußersten Mittel: Am 15. April gegen 2 Uhr morgens begann ein militärischer Vergeltungsschlag, bei dem Flugzeugträger im Mittelmeer und Stützpunkte in Großbritannien als Basis dienten.

132 Aufzeichnung des VLR I. Klasse Gert Strenziok, Leiter des Referats 311, vom 9. April 1986, in: PAAA, B 38, Referat 210, Bd. 139263.

133 Aufzeichnung über das Gespräch vom 10. April 1986, in: PAAA, B 43, Referat 220, Bd. 130130.

134 Aufzeichnung des VLR Detlof von Berg, stv. Leiter des Referats 210, vom 14. April 1986, in: PAAA, B 38, Referat 210, Bd. 139263.

135 Schreiben der Senatsverwaltung für Justiz und Bundesangelegenheiten des Landes Berlin an das Auswärtige Amt vom 25. April 1986, in: PAAA, B 38, Referat 210, Bd. 139263

136 Sprechzettel für den Senator für Justiz und Bundesangelegenheiten des Landes Berlin, Rupert Scholz, vom 9. Mai 1986 für die Sitzung des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen am 14. Mai 1986, in: PAAA, B 38, Referat 210, Bd. 139263.

Auch wenn die „Operation El Dorado Canyon“ als eine Reaktion auf den Anschlag vom 5. April gesehen werden musste, waren die Einsatzpläne „seit langer Zeit vorbereitet“.¹³⁷ Im Auswärtigen Amt ergab eine erste Bewertung, es sei „nicht ersichtlich, auf welchen völkerrechtlichen Rechtfertigungsgrund sich die Amerikaner berufen könnten“.¹³⁸ Bei der Erörterung des Militärschlags in der NATO wurde „starke Zurückhaltung“ der Bündnispartner deutlich. Eine Unterstützung der amerikanischen Haltung war nach Informationen der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik „von keiner Seite erkennbar“.¹³⁹ Der amerikanische NATO-Botschafter David M. Abshire kritisierte die EG-Mitgliedstaaten hart: „Den Terrorismus könne man nicht mit einer Appeasement-Haltung bekämpfen.“¹⁴⁰

Hatte die US-Regierung mit ihrer Militäraktion gegen Ziele in Tripolis und Bengasi Erfolg? Nach Informationen des Pentagons beziehungsweise des Nachrichtendienstes DIA sollte Gaddafi nicht getötet werden, denn das hätte ihn zum Märtyrer gemacht. Auch sollte die libysche Armee geschont werden, weil man sich von ihr den Sturz Gaddafis erhoffte.¹⁴¹ Sollte Gaddafi wirklich nicht getötet werden? Neben militärischen Einrichtungen und Ausbildungslagern für Terroristen war die Bab-al-Aziziya-Kaserne jedenfalls eines der Hauptziele. Botschafter Enders meldete am 16. April den Tod von Gaddafis Adoptivtochter Hana (der bis heute nicht als gesichert gilt) und die Verletzung zweier seiner Söhne.¹⁴² Am nächsten Tag teilte Enders mit, Gaddafi lebe, sei unverletzt, aber politisch schwer angeschlagen.¹⁴³

Das Ergebnis ist bekannt: Gaddafi blieb noch 25 Jahre an der Macht. Und es ist auch bekannt, dass der amerikanische Angriff an den terroristischen Aktivitäten der Libyer nichts änderte. Zweieinhalb Jahre später war der schlimmste Terrorakt zu verzeichnen, für den vermutlich Gaddafis Libyen die Verantwortung trägt. Über der schottischen Stadt Lockerbie explodierte am 21. Dezember 1988 an Bord einer Maschine der Fluggesellschaft Pan American World Airways eine Bombe, die 270 Menschen tötete, unter ihnen 189 amerikanische

137 Fernschreiben 1627 des Brigadegenerals Hasso Freiherr von Uslar-Gleichen, Militärattaché an der Botschaft in Washington, vom 15. April 1986, in: PAAA, B 36, Referat 311, Bd. 137906.

138 Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bertele vom 15. April 1986, in: AAPD 1986, Dok. 102, S. 550–552, hier 550.

139 Fernschreiben 479 des Gesandten Detlev Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), vom 15. April 1986, in: AAPD 1986, Dok. 103, S. 553–555, hier 554.

140 Fernschreiben 500 des Gesandten Graf zu Rantzau vom 16. April 1986, in: PAAA, B 150, Referat 201, VS-Bd. 12081.

141 Fernschreiben 1686 des Brigadegenerals von Uslar-Gleichen vom 17. April 1986, in: PAAA, B 29, Referat 209, Bd. 148724.

142 Fernschreiben 360 des Botschafters Enders vom 16. April 1986, in: PAAA, B 29, Referat 209, Bd. 148724.

143 Fernschreiben 366 des Botschafters Enders vom 17. April 1986, in: PAAA, B 29, Referat 209, Bd. 148724.

Staatsangehörige. Ende April 1986 berichtete Botschafter Günther van Well nach Gesprächen im State Department, dass für die amerikanische Regierung Militärschläge gegen den Iran oder Syrien nicht in Frage kämen. Die Administration habe ihrer harten Rhetorik aber Taten folgen lassen müssen.¹⁴⁴ Libyen bot sich als geeignetes Objekt an, doch die erhoffte Destabilisierung des Gaddafi-Regimes blieb aus.

Spätestens seit dem 18. April 1986 konnte nicht mehr an der libyschen Urhebererschaft des Anschlags auf die Diskothek „La Belle“ gezweifelt werden. An diesem Tag legte der Leiter des Referats für Terrorismusbekämpfung beim BND Staatssekretär Meyer-Landrut entsprechende geheime Unterlagen vor. Die Dienste in den USA würden ihre Geheimhaltungsvorschriften strikt beachten. Die National Security Agency (NSA) habe dem BND den Funkfern-schreibverkehr zwischen der libyschen Botschaft in Ost-Berlin und Tripolis daher nicht im Klartext, sondern nur im Chiffriertext, also verschlüsselt, übermittelt, obwohl der libysche Code bereits „geknackt“ worden war. Dem BND sei es erst am 14. April gelungen, die Texte zu entschlüsseln.¹⁴⁵ Für dessen Präsidenten Hans-Georg Wieck lagen beweiskräftige nachrichtendienstliche Erkenntnisse bezüglich der „politischen Verantwortung“ Libyens vor.¹⁴⁶

Die Folgen des Anschlags

Am 16. April 1986 gab Bundeskanzler Kohl eine Regierungserklärung ab, die bemerkenswert war. Er beschrieb Libyen als „Zentrum des internationalen Terrorismus“ und verteidigte das amerikanische Vorgehen, auch wenn er einräumte, dass die „Hydra des Terrorismus“ mit militärischen Mitteln nicht auf die Dauer beseitigt werden könne. Zum Anschlag vom 5. April führte Kohl aus, nachrichtendienstliche Erkenntnisse sprächen „eindeutig für die Steuerung durch offizielle libysche Stellen“. Die Quellen seien beweisfähig; das libysche Volksbüro in Ost-Berlin trage die Verantwortung. Die EG-Mitgliedstaaten könnten einen wesentlichen Beitrag zur Abwehr des Terrorismus leisten, hätten das in der Vergangenheit aber nicht immer getan. Sie müssten „mehr politische Initiative entfalten, von der auch mehr Wirkung ausgeht“.¹⁴⁷

144 Fernschreiben 1862 des Botschafters van Well vom 28. April 1986, in: PAAA, B 29, Referat 209, Bd. 148724.

145 Aufzeichnung des VLR Hans-Joachim Heldt, Leiter des Referats 515, vom 30. April 1986, in: PAAA, B 150, Referat 515, VS-Bd. 12444.

146 Aufzeichnung des VLR Walter Eickhoff, stv. Leiter des Referats 311, vom 16. Mai 1986 über die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags am 14. Mai 1986, in: AAPD 1986, Dok. 140, S. 727–729, hier 728.

147 Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte, 10. Legislaturperiode, 209. Sitzung am 16. April 1986, S. 16021–16024, hier 16021–16023.

Auffällig war zunächst, dass die Libyenpolitik nun zum Gegenstand der innenpolitischen Auseinandersetzung geworden war. Die Grünen nutzten die Regierungserklärung vor allem, um gegen die amerikanische Politik zu polemisieren. Der Abgeordnete Hans-Christian Ströbele – der als Rechtsanwalt im La-Belle-Prozess ab 1997 Yasser Chraidi verteidigte – wertete den Militäranschlag vom 15. April als „Terrorangriff“; Ronald Reagan war für ihn ein „Oberterrorist“. Kohl wandte sich gegen „primitiven Antiamerikanismus“ und hatte beim Thema Terrorismus im Zusammenhang mit den Grünen „mancherlei Gedanken“.¹⁴⁸

Am 6. Mai 1986 brachten die Grünen im Bundestag eine Kleine Anfrage (mit 30 Fragen) ein, in der es unter anderem um die Beteiligung des Oberkommandos der amerikanischen Streitkräfte in Europa ging: „Kann die Bundesregierung bestätigen oder widerlegen, dass sich das USEUCOM in der Befehlskette der Bombardierung libyscher Städte durch amerikanische Flugzeuge am 15. April 1986 befand?“¹⁴⁹ Es handelte sich im Grunde um ein offenes Geheimnis: USEUCOM in Stuttgart hatte „nicht nur die betreffenden Planungen ausgearbeitet, sondern auch die Einsatzbefehle gegeben beziehungsweise weitergeleitet“. Zudem war USAFE (United States Air Forces in Europe) in Ramstein an der Planung beteiligt.¹⁵⁰ Für die „Operation El Dorado Canyon“ wurden also amerikanische Militäreinrichtungen in Westdeutschland benutzt, was die Frage der Souveränität und völkerrechtlichen Verantwortlichkeit der Bundesrepublik aufwarf.¹⁵¹ Bei USEUCOM verbanden sich „nationale US- und Bündniszuständigkeiten in nicht eindeutig auseinanderzuhaltender Weise“. Gleichwohl hatte die Bundesregierung aus Rücksicht auf den wichtigsten Bündnispartner kein Interesse, „hier theoretisch oder gar praktisch eine säuberliche Trennung zu versuchen“. Die Planung oder Leitung von Operationen auch außerhalb des Bündnisgebiets könne „als interner Vorgang innerhalb der amerikanischen Streitkräfte gewertet werden, der der Bundesregierung nicht bekannt zu sein braucht“.¹⁵²

Die Regierungserklärung Kohls vom 16. April 1986 offenbarte zudem Konflikte in der Koalition aus CDU, CSU und FDP bei außenpolitischen Fragen. In einem Interview mit der Welt am Sonntag kritisierte der Vorsitzende der

148 Ebd., S. 16021, 16023.

149 Deutscher Bundestag, Drucksache 10/5442 vom 6. Mai 1986.

150 Aufzeichnung des VLR I. Klasse Karl Walter Lewalter, Leiter des Referats 201, vom 5. Juni 1986, in: PAAA, B 150, Referat 500, VS-Bd. 12388.

151 Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Hermann Freiherr von Richthofen, Leiter der Politischen Abteilung 2, vom 13. November 1986, in: AAPD 1986, Dok. 326, S. 1674–1680. Vgl. ferner Deutscher Bundestag, Drucksache 10/5931 vom 15. August 1986 (Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Grünen).

152 Aufzeichnung des VLR I. Klasse Claus-Jürgen Duisberg, Leiter des Referats 500, vom 22. Juli 1986, in: PAAA, B 150, Referat 500, VS-Bd. 12388.

CSU, Franz Josef Strauß, die Haltung der EG-Mitgliedstaaten und besonders Genschers. Wären Sanktionen gegen Libyen verhängt worden, hätten die USA nicht militärisch eingreifen müssen. Es genüge nicht, „Kukident gegen Beinbrüche“ zu empfehlen.¹⁵³

Zumindest zwischen Kohl und Genscher gab es in der Libyenpolitik keine wesentlichen Differenzen. Beide lehnten weiterhin Sanktionen ab. Wohl aber zeigten sich einige unterschiedliche Einschätzungen, gerade als die deutsch-libyschen Beziehungen 1986 auf ihren Tiefpunkt zusteuerten. Diese wurden allerdings nicht öffentlich ausgetragen. So betonte Kohl in einem Bericht vor dem Vorstand seiner Partei am 26./27. Januar 1986 in Mayschoß, dass er „kein Freund eines starken industriellen Engagements“ in Libyen sei. Bundesdeutsche Unternehmen hätten dort „gewaltige Beträge“ investiert, „die uns weh tun“, zumal angesichts hoher Bundesbürgschaften. Das westdeutsche Engagement sollte reduziert werden, „aber es wird auch in Zukunft ein gewisses Engagement bleiben“. Zugleich sprach er sich wiederum gegen Boykottmaßnahmen aus.¹⁵⁴ Am 12. Mai 1986 zeigte sich Kohl zufrieden, dass nahezu alle beteiligten Staaten „zunehmend Überlegungen anstellen“, wie die wirtschaftliche Betätigung in Libyen „rückläufig entwickelt“ werden könne.¹⁵⁵

Ähnliche Aussagen sind für Genscher nicht überliefert. Der Außenminister war eher bestrebt, möglichst rasch zu einer Normalisierung der bilateralen Beziehungen zu gelangen. So waren seine Bemerkungen bezeichnend, als Ende 1986 diskutiert wurde, ob Siemens zwei Computersysteme und ein Richtfunksystem im Wert von knapp 20 Millionen DM an die libysche National Oil Company liefern könne. Rechtlich sprach nichts dagegen, aber eine Belastung der deutsch-amerikanischen Beziehungen war zu erwarten: „Ich bitte, unsere Bedenken nicht weiter zu verfolgen. Wir dürfen nicht päpstlicher als der Herr in Washington sein wollen. Wir dürfen unsere Beziehungen zu den arab[ischen] Ländern nicht weiter belasten.“¹⁵⁶

Die Regierungserklärung Kohls war noch in einem weiteren Punkt interessant. So kritisierte der Kanzler die mangelhafte Terrorabwehr der EG-Mitgliedstaaten. Änderte sich daran nun etwas oder blieb es bei „Phrasen zur Beschwichtigung des eigenen Gewissens oder der Umwelt“, wie Strauß in seinem Interview vermutete? Wurde die europäisch-amerikanische Zusammenarbeit verstärkt? Skepsis war angebracht. Bereits nach dem Tod von Yvonne Fletcher

153 Vgl. „Kukident gegen Beinbrüche“, in: Welt am Sonntag, 20. April 1986. Vgl. ferner FAZ vom 21. April 1986 („Strauß und Genscher im Streit über die Libyen-Politik“).

154 Helmut Kohl: Berichte zur Lage 1982–1989. Der Kanzler und Parteivorsitzende im Bundesvorstand der CDU Deutschlands. Bearbeitet von Günter Buchstab und Hans-Otto Kleinmann. Düsseldorf 2014, S. 395f.

155 Ebd., S. 410.

156 Aufzeichnung des Ministerialdirektors Alois Jelonek, Leiter der Wirtschaftsabteilung, vom 18. Dezember 1986, in: PAAA, B 70, Referat 424, Bd. 137472.

im April 1984 hatte es im Auswärtigen Amt eine Hausbesprechung gegeben, deren Ergebnis vielsagend war: Es gebe nicht viele Möglichkeiten, gegen die Botschaften der Terrorismus unterstützenden Staaten vorzugehen. Beim Waffenbesitz von Diplomaten bestünden „erhebliche von uns geduldete Grauzonen“. Zu wünschen wäre der verstärkte Austausch von Informationen. Jedoch dürften keine Maßnahmen vereinbart werden, „die zu einem Automatismus von Reaktionen innerhalb der Gemeinschaft der Zehn führen (also z. B. keine Schwelle, bei der dipl[omatische] Beziehungen abgebrochen werden)“.¹⁵⁷ Am 17. April 1986 trafen in Bonn die Leiter der Politischen Abteilungen der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA zusammen. Der Vorschlag der USA, Justizminister Edwin Meese solle an Treffen der TREVI-Gruppe und der Beauftragte für Terrorismusbekämpfung, Botschafter Robert B. Oakley, an Sitzungen der EPZ-Arbeitsgruppe „Terrorismus“ teilnehmen, stieß auf Ablehnung. Frankreich und Großbritannien äußerten „deutliche Vorbehalte“, denn „die Zwölf wollten ihre Meinung allein bilden“.¹⁵⁸

Als das „wichtigste Instrument für Sanktionen und für vorbeugende Maßnahmen“ wurde in der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amts das „Personanon-grata-Verfahren“ gesehen, also die Ausweisung von Angehörigen diplomatischer oder konsularischer Missionen und die Ablehnung personeller Neuzugänge.¹⁵⁹ Ganz auf dieser Linie lagen die Beschlüsse des EPZ-Ministertreffens vom 21. April 1986 in Luxemburg. Die Zahl der libyschen diplomatischen und konsularischen Vertreter sollte auf ein Minimum und ebenso ihre Bewegungsfreiheit auf den Aufenthaltsort beschränkt werden. Ferner sollten die Verfahren bei der Sichtvermerkserteilung für libysche Staatsangehörige strikt angewandt werden. Im Auswärtigen Amt wurde entschieden, das Volksbüro von 41 auf 19 Personen zu reduzieren. Das erforderte auch eine Reduzierung des westdeutschen Botschaftspersonals in Tripolis. Das Bundeskabinett stimmte zu.¹⁶⁰ Der Posten des Botschafters wurde vorläufig nicht mehr besetzt (erst wieder 1988) und Botschafter Enders nach Kingston versetzt.

157 Aufzeichnung des Referats 311 vom 1. Juni 1984, in: PAAA, B 36, Referat 311, Bd. 137791.

158 Drahterlass 3100 u. a. an die Botschaften in London, Paris und Washington vom 21. April 1986, in: AAPD 1986, Dok. 118, S. 623–634, hier 633f. Die USA hatten schon Anfang der 1980er Jahre um Aufnahme offizieller Kontakte zu TREVI ersucht, was negativ beantwortet worden war. Seitdem wurden inoffizielle Kontakte gepflegt. Vgl. Eva Oberloskamp: Codename TREVI. Terrorismusbekämpfung und die Anfänge einer europäischen Innenpolitik in den 1970er Jahren. Berlin u. a. 2017, S. 126.

159 Aufzeichnung des Referats 502 vom 28. April 1986, in: PAAA, B 46, Referat 515, Bd. 195693.

160 Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sudhoff vom 21. April 1986 sowie Aufzeichnung des Referats 011 vom 29. April 1986 über die Sitzung des Kabinetts am 23. April 1986, in: PAAA, B 36, Referat 311, Bd. 137910.

Die USA konnten ihre Interessen nur in einem Punkt voll durchsetzen: Die Bundesregierung gab ihre Zustimmung zur Stationierung eines amerikanischen „Expertenteams“ in Frankfurt am Main (auf dem Luftwaffenstützpunkt Rhein-Main). Das „Emergency Support Team“ sollte der Terrorismusbekämpfung dienen, im Bereich Fernmeldewesen aktiv werden und nachrichtendienstliche Tätigkeiten ausüben. Mit Rücksicht auf das bilaterale Verhältnis sprachen vor allem „politische Gründe“ dafür, dem Wunsch der USA stattzugeben. Allerdings war das an einige Bedingungen gebunden. Es galt sicherzustellen, dass die deutsche Rechtsordnung respektiert wird, dass auf deutschem Boden von Ausländern keine Hoheitsakte vorgenommen werden, keine Gewalt angewendet wird, auch nicht in Drittländern, und sich das EST nicht an subversiven Bestrebungen oder Bürgerkriegen beteiligt. Während das Kanzleramt und das Innenministerium rasch Zustimmung signalisierten, zeigte sich Genscher skeptischer. Der Außenminister notierte: „1) Es fehlt die Festlegung, dass das ‚EST‘ auf deutschem Boden nur mit d[eu]t[scher] Zustimmung tätig werden darf. Zuständigkeit für Zustimmung ist von den inneren Behörden zu klären. (Polizeihoheit liegt bei den Ländern.) 2) Ich halte Einholung dt. Zustimmung für Einsatz außerdem für erforderlich.“¹⁶¹

Das Auswärtige Amt widersprach dem Anliegen also nicht, mahnte aber „klare Festlegungen“ zum Umfang, zur Zusammensetzung, zum Auftrag sowie zum Tätigwerden des Teams auf deutschem Boden und dem Boden von Drittstaaten an.¹⁶² Das sollte in Form eines Briefwechsels geschehen. Das Kanzleramt verzichtete letztlich darauf, was man als weitgehendes Zugeständnis werten kann. Schäuble strebte „keine schriftlichen Festlegungen mit der amerikanischen Seite“ an.¹⁶³ Er erklärte seine Zustimmung im Vertrauen darauf, dass die Bundesregierung „nicht in politisch unangenehme Situationen gebracht werde“. Die amerikanische Seite verwies dagegen auf die „Schnelligkeit der erforderlichen Entscheidungen“, die eine automatische Information vielleicht nicht immer gewährleiste.¹⁶⁴

Dafür kam die Bundesregierung der US-Regierung im wirtschaftlichen Bereich lediglich ein kleines Stück entgegen, und auch das nur widerwillig. Die USA versuchten, in ihre Sanktionen auch deutsche und andere ausländische Tochtergesellschaften amerikanischer Unternehmen einzubeziehen, um Um-

161 Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz vom 21. August 1986, in: AAPD 1986, Dok. 224, S. 1195–1199, hier 1195 (Anm. 2), 1197.

162 Schreiben des Staatssekretärs Andreas Meyer-Landrut an Bundesminister Schäuble vom 8. September 1986, in: AAPD 1986, Dok. 237, S. 1261–1263, hier 1262.

163 Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz vom 6. Oktober 1986, in: PAAA, B 150, Referat 204, VS-Bd. 12994.

164 Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen vom 11. November 1986 über sein Gespräch mit dem Beauftragten der US-Regierung für Terrorismusbekämpfung, Paul Bremer, am 6. November 1986 in Wien, in: AAPD 1986, Dok. 321, S. 1649.

gehungsmöglichkeiten beim Erdölgeschäft einzuschränken. Der Anteil libyschen Rohöls an der westdeutschen Ölversorgung, der über US-Tochtergesellschaften mit Sitz in der Bundesrepublik importiert wurde, lag bei rund 40 %. Da eine neue „Verweigerung“ nur abträglich sein konnte, schien ein Zugeständnis angebracht zu sein.¹⁶⁵ Die amerikanische Seite übergab Anfang Juni 1986 ein Papier, in dem dargelegt wurde, die Administration werde auf die Ölgesellschaften in den USA mit dem Ziel einwirken, „ihre Töchter in der Bundesrepublik Deutschland zu veranlassen, kein libysches Öl mehr zu kaufen“. Damit konnte sich die Regierung Kohl/Genscher einverstanden erklären, weil es sich um die „schonendste“ aller Maßnahmen handelte.¹⁶⁶ Gleichwohl sah Genscher auch das nicht unkritisch, weil er das Vorgehen für inkonsequent hielt: „Es sollte [...] gefragt werden, welche rechtlichen Schritte gegen die US-Gesellschaften, die in Libyen tätig sind, ergriffen worden sind. Wenn gegen die US-Gesellschaften wirksam gehandelt wird, gibt es das Problem mit den deutschen Töchtern nicht, weil nicht gefördertes Öl nicht exportiert werden kann.“¹⁶⁷ Kurz darauf stellte die US-Botschaft in Bonn klar, dass die US-Firmen „ihre Tätigkeit in Libyen definitiv bis Ende Juni einstellen“ müssten.¹⁶⁸

Die deutsch-libyschen Wirtschaftsbeziehungen brachen 1986 ein. Der Wert der Einfuhren betrug in diesem Jahr nur noch 2,15 Milliarden DM, der Wert der Ausfuhren nach Libyen 1,1 Milliarden DM.¹⁶⁹ Die Mitte April 1986 beschlossene Entscheidungssperre wurde vom Interministeriellen Ausfuhrgarantieausschuss am 10. Juli 1986 in eine offizielle Deckungssperre umgewandelt.¹⁷⁰

Bilanz

Begründete die Regierung Kohl/Genscher mit ihrer Libyenpolitik eine Tradition des Zurückweichens vor dem Terrorismus beziehungsweise führte sie diese fort, lautete die Frage zu Beginn. Zunächst bleibt festzuhalten, dass Libyen in der bundesdeutschen Diplomatie und Politik nie als Parteigänger der UdSSR beurteilt wurde. Sprachen auch die sowjetischen Rüstungslieferungen dafür – vieles andere sprach dagegen. Wohl aber richtete sich alle Aufmerksamkeit auf

165 Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Jürgen Trumpf, Leiter der Unterabteilung 41, vom 23. Mai 1986, in: PAAA, B 46, Referat 515, Bd. 195693.

166 Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek vom 3. Juni 1986, in: PAAA, B 150, Referat 422, VS-Bd. 13727.

167 Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek vom 13. Juni 1986, in: AAPD 1986, Dok. 172, S. 894–896, hier 894 (Anm. 3).

168 Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek vom 2. Juli 1986, in: PAAA, B 150, Referat 422, VS-Bd. 13727.

169 Vgl. Statistisches Jahrbuch 1988 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart u. a. 1988, S. 271.

170 Aufzeichnung des Referats 422 vom 29. August 1986, in: PAAA, B 36, Referat 311, Bd. 137902.

die Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten und deren mögliche Intensivierung. Die Außenpolitik der Bundesrepublik war fixiert auf den Ost-West-Konflikt, und so galt es, Gaddafi eine westliche Option zu eröffnen beziehungsweise zu erhalten. Möglichst wenige Staaten sollten in den direkten oder indirekten Einfluss- und Machtbereich der UdSSR abgleiten.

Gute Beziehungen zu Libyen zu pflegen, erschien aber noch aus anderen Gründen sinnvoll. Gaddafi unternahm immer wieder Versuche, politische Interessen durch Geiselnahmen durchzusetzen. Deutsche Staatsangehörige in Libyen wurden wiederholt Opfer seines Vorgehens. Mit den Kampagnen zur Ausschaltung von Regimegegnern im Ausland, die von den schwer zu zähmenden Revolutionskomitees getragen wurden, kam ein weiterer Konflikt dazu. Einerseits waren diese Kampagnen innenpolitische Ablenkungsmanöver, andererseits hatte Gaddafi berechtigte Gründe, sich bedroht zu fühlen. Angehörige der NFSL, von denen einige zeitweise in Westdeutschland lebten, planten seine Ermordung. In dieser Situation war ein besonnener, wenn auch undurchsichtiger Mann wie Belgassem wertvoll. Er wurde zum Anker in den deutsch-libyschen Beziehungen, bis die Revolutionskomitees ihn kaltstellten. Ihm beziehungsweise Gaddafi wurden weitgehende Zugeständnisse gemacht: die Fortführung der Polizeikooperation, der Verzicht auf weitere Strafvollstreckung im Falle Ehmidas, die Abschiebung Zaidis und Yahias bei Einstellung des Gerichtsverfahrens oder die Übergabe von Unterlagen des BKA zu laufenden Ermittlungen gegen angebliche Regimegegner.

Nicht zuletzt war der Bonner Politik die Pflege der Wirtschaftsbeziehungen besonders wichtig. Energiewirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Interessen sprachen gerade nach der Wirtschaftskrise zu Beginn der 1980er Jahre dafür. Libyen war wie in den 1960er und 1970er Jahren auch in der ersten Hälfte der 1980er Jahre einer der größten Rohöllieferanten, und westdeutsche Unternehmen machten mit diesem Land – trotz leicht rückläufiger Tendenz und trotz manch negativer Erfahrung – insgesamt gute Geschäfte. Der arabische Staat gehörte zu den bedeutendsten Wirtschaftspartnern in Afrika, war ein gewinnbringender Absatzmarkt und vergab hohe Aufträge für den Auf- oder Ausbau von Industrie, Landwirtschaft und Infrastruktur. Die Wirtschaftsbeziehungen hatten aber nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine politische Dimension. Sie waren zugleich ein Instrument der Außenpolitik. Gute wirtschaftliche Kontakte konnten dazu beitragen, bilaterale Probleme zu lösen.

Andere Interessen wie der Schutz der deutschen Staatsangehörigen in Libyen und die Verhinderung weiterer Anschläge kamen hinzu. Das bedeutete zum einen, dass Menschenrechte im Hinblick auf Libyen so gut wie nicht thematisiert wurden. In den Berichten der Diplomaten an das Auswärtige Amt und in den Aufzeichnungen der Bonner Zentrale über die Libyenpolitik standen menschenrechtliche Fragen nie im Mittelpunkt, bestenfalls waren sie ein Punkt unter vielen anderen. Realpolitische Erwägungen dominierten die politische Pra-

xis. Zum anderen legte diese spezifische westdeutsche Interessenlage die Mittel, welche die Bundesregierung bei der Terrorismusabwehr einsetzte, im Grunde schon fest. Von vornherein war klar: Eine aggressive Strategie, ein hartes und provozierendes Vorgehen, wie es die amerikanische Regierung, auch aus innenpolitischen Gründen, demonstrierte, kam nicht in Frage. Wirtschaftssanktionen waren tabu; sie galten als wirtschaftlich nicht zielführend und politisch unsinnig. Den Gesprächsfaden abreißen zu lassen, einen Konfrontationskurs zu steuern, konnte die Möglichkeiten, Einfluss zu nehmen, nur reduzieren. Das Ganze war auch eine Frage der Psychologie. Ein arabischer Staatsmann wie Gaddafi wollte ernstgenommen werden. Daher schien es besser zu sein, ihm das Gefühl zu geben, wichtig zu sein, um Vertrauen zu schaffen.

Welche Maßnahmen ergriff die Regierung Kohl/Genscher? Ausweisungen von Diplomaten beziehungsweise Aufforderungen an die libysche Botschaft, ihr Personal zu reduzieren, stellten das schärfste Instrument dar. Libyen reagierte auf diese zumindest im diplomatischen Verkehr recht gravierenden Schritte ohne Skrupel. Der bekannteste Fall war der Geheimdienstmitarbeiter Elamin Elamin, der nach seiner Ausweisung aus Bonn an das Volksbüro in Ost-Berlin versetzt wurde, um dort einen Anschlag auf amerikanische Einrichtungen – konkret dann die Diskothek „La Belle“ – mit zu planen. Ferner wurde libyschen Staatsangehörigen die Einreise in die Bundesrepublik erschwert, durch schärfere Grenzkontrollen und vor allem eine restriktivere Praxis bei der Sichtvermerkerteilung. Auch wurden ausländerrechtliche Bestimmungen konsequenter angewandt.

Im Falle des Anschlags auf die Diskothek „La Belle“ am 5. April 1986 griffen diese Maßnahmen gar nicht. Hier zeigte sich, wie verwundbar die Bundesrepublik im Ost-West-Konflikt war. Die besondere Lage in Berlin brachte es mit sich, dass sich ausländische Diplomaten zwischen dem Ost- und dem Westteil der Stadt nahezu ungehindert bewegen konnten. Die westliche Auffassung, dass Berlin eine Einheit sei und die faktische Teilung nicht durch ein Grenzregime bestätigt werden sollte, stand über Sicherheitsinteressen. Zudem war es für Terroristen ein leichtes, Personal in West-Berlin zu rekrutieren, weil sich dort viele (staatenlose) Araber aufhielten. Diejenigen, die den Anschlag hätten verhindern können, hatten kein Interesse, das zu tun: die politische Führung der DDR beziehungsweise die Staatssicherheit, die über die libyschen Aktivitäten weitgehend informiert waren.

Reagierten die politisch Verantwortlichen in Bonn auf die Bedrohung durch den libyschen Terrorismus angemessen? Genscher sagte einmal über Gaddafi: „Man müsse den Tiger streicheln, wenn man ihn nicht bändigen könne.“¹⁷¹

171 Aufzeichnung über das Gespräch Genschers mit dem amerikanischen Außenminister George Shultz am 6. Dezember 1983 in Bonn, in: AAPD 1983, Dok. 371, S. 1848–1854, hier 1853.

Einige Zeit waren die Bemühungen um Konfliktbeilegung erfolgreich. Die innerlibyschen Auseinandersetzungen auf deutschem Boden konnten zunächst beendet werden. Doch mit dem Auftragsmord an dem Asylbewerber Denali im April 1985 wurde erneut eine Grenze überschritten. Es war eine Fehleinschätzung, zu glauben, die libysche Politik grundsätzlich ändern zu können. Nicht nur Libyens Botschaft in Ost-Berlin entwickelte sich zu einer Zentrale des Terrors, auch das Volksbüro in Bonn.

In eine tiefe Krise gerieten die bilateralen Beziehungen mit dem Anschlag auf die Diskothek „La Belle“ – eine Folge der amerikanisch-libyschen Konfrontation und der unnachgiebigen Haltung der Reagan-Administration. Gegenüber dem portugiesischen Regierungschef Anibal Cavaco Silva legte Bundeskanzler Kohl Mitte April 1986 dar, dass die Europäer „natürlich auch Heuchler seien. Die USA sollten überall als Gendarm auftreten. In Wirklichkeit aber sei doch unsere Nahostpolitik ein Skandal. Wir seien wirtschaftlich Giganten, politisch träten wir aber als Zwerge auf.“¹⁷² Die USA waren kein Riese, weil sie den Konflikt mit Libyen militärisch zu lösen versuchten, und die Bundesrepublik war kein Zwerg, weil sie auf Ausgleich und Kooperation setzte. Nach dem Mord an Denali verschärfte die Regierung aus CDU, CSU und FDP ihren Kurs, doch all das mit der Maßgabe, möglichst ungeschoren aus dieser Lage herauszukommen, die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen nicht nachhaltig zu beschädigen und bald wieder zu einer Neuaufnahme der politischen Kontakte zu kommen, was insbesondere Genscher wünschte. Insoweit stand sie in einer Tradition des Ausweichens und in Kontinuität zu den Regierungen unter den Kanzlern Brandt und Schmidt. Die Antwort der libyschen Seite war schonungslos: eben der Anschlag auf „La Belle“.

172 Aufzeichnung über das Gespräch am 15. April 1986, in: AAPD 1986, Dok. 100, S. 542–547, hier 545.

DIE ÄRA KOHL IM GESPRÄCH

XVI. Helmut Kohl und die Umbrüche in Osteuropa

Einführung*

Hanns Jürgen Küsters

Helmut Kohl und die Umbrüche in Osteuropa, das ist das Thema unserer heutigen Tagung in der Reihe „Die Ära Kohl im Gespräch“, zu der ich Sie ganz herzlich hier auf dem Petersberg begrüße. Bekanntlich ist es nunmehr ein Vierteljahrhundert her, dass nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 der Zwei-plus-Vier-Vertrag am 15. März 1991 völkerrechtlich mit Hinterlegung der Ratifikationsurkunde im damaligen Bonner Auswärtigen Amt in Kraft trat.

Ich freue mich, dass wir sowohl wissenschaftliche Kollegen als auch Zeitzeugen wieder an einen Tisch haben zusammenbringen können, die sowohl aus der eigenen praktischen Erfahrung als auch aus der Distanz analytische Beurteilungen der Vorgänge vornehmen und in einen Austausch treten in der Hoffnung, dass wir daraus das eine oder andere an neuen Erkenntnissen gewinnen. Denn die ursprüngliche Intention dieser Reihe war und ist unverändert, Neues zur Ära Kohl und damit auch Neues zur zeitgeschichtlichen Forschung zu präsentieren, Anstöße zu geben, der einen oder der anderen Frage nachzugehen.

Das Jahr 1991 war sicherlich in zeithistorischer Perspektive von besonderer Bedeutung, denn die militärischen Strukturen des Warschauer Paktes waren zu dem Zeitpunkt, als Deutschland völkerrechtlich ein wiedervereinigter Staat wurde, schon faktisch in Auflösung begriffen. Bis zum 1. Juli 1991 erfolgte die offizielle Auflösung des östlichen Militärbündnisses. Die NATO bot übrigens schon 1990 den ost-mitteleuropäischen Staaten sicherheitspolitische Kooperation im so genannten Nordatlantischen Kooperationsrat an, der zugleich eine Art Brücke zwischen Ost und West, auch im Sinne neuerer vertrauensbildender Maßnahmen, schlagen sollte.

Niemand ahnte jedoch, dass der vollständige Zerfall der Sowjetunion zum Jahresende 1991 bevorstand, obwohl seit mehreren Jahren eine Art Desintegrationsprozess der föderalen politischen Strukturen in der Sowjetunion deutlich zu beobachten war. Mit der Auflösung der Sowjetunion an Weihnachten des Jahres 1991 kam dieser Prozess zum Abschluss. Nach dem gescheiterten Putsch in Moskau im August 1991 wurde die Tätigkeit der bis dahin allein re-

* Einführungsvortrag anlässlich der Fachtagung „Die Ära Kohl im Gespräch“ am 7./8. Juli 2016 auf dem Petersberg in Königswinter.

gierenden KPdSU auf dem Gebiet der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, dem heutigen Russland, offiziell verboten. Für uns also umso mehr Anlass, um mit einigen Schlaglichtern einmal genauer hinzuschauen, was denn letztendlich die Konsequenzen und Folgen dieser Entwicklung gewesen sind, insbesondere für die 1990er Jahre und damit auch für die Politik von Bundeskanzler Helmut Kohl.

Sicherheitspolitisch blieb, wie wir alle wissen, die Lage prekär. Zwar wurden die in Polen, in Ungarn und der ebenfalls schon in Auflösung befindlichen Tschechoslowakei stationierten sowjetischen Truppen abgezogen. Indes blieben in Deutschland auf dem ehemaligen Gebiet der DDR die sowjetischen Truppen, die dann russische Truppen waren, bis Ende Oktober 1994 stationiert; also eine Übergangsphase, die sicherheitspolitisch nicht ganz einfach war. Der Truppenabzug war das Ergebnis eines Kompromisses, den die Regierung Kohl mit der sowjetischen Führung im Zuge der Wiedervereinigungsverhandlungen vereinbart hatte.

Wichtig für uns ist die Frage, wie Helmut Kohl damals den Zusammenbruch der Sowjetunion mit dem zeitlich parallel eskalierenden Balkankonflikt bewertete, der in den Jugoslawienkrieg mündete. Sollte nicht nach der Überwindung der deutschen Teilung, und das war ja eigentlich das Credo auch Helmut Kohls in dieser Zeit, auch die Teilung Europas überwunden sein? Sollte nicht der Krieg als Mittel der Konfliktbereinigung ein für alle Mal auf dem Kontinent beseitigt werden? Ein Irrglaube, wie wir heute wissen. Denn die Unabhängigkeitsbewegungen und das Streben nach Erlangung des Selbstbestimmungsrechtes erstreckten sich nicht nur auf die Sowjetunion, auf Ostmitteleuropa, sondern vor allen Dingen auch auf den Balkan. Diese Prozesse zogen sich de facto über ein ganzes Jahrzehnt hin, vom Zehn-Tage-Krieg in Slowenien 1991, über den Kroatienkrieg zwischen 1991 und 1995, den Bosnienkrieg ab 1992 bis zu dem kroatisch-bosnischen Krieg, einem Sonderkonflikt im Rahmen des Bosnienkrieges, dem Kosovokrieg, der dann 1999 folgte, und letztlich auch dem albanischen Aufstand in Mazedonien 2001. Also ein sehr konfliktreiches Jahrzehnt, das wir hier auch in seinen Folgewirkungen zu beleuchten haben.

Welchen historischen Entwicklungen liegen den wirklichen Kriegsursachen zugrunde? Was waren die Triebkräfte? Bekanntlich hat jede Entwicklung eine längere Vorlaufzeit, sowohl in der Sowjetunion als auch auf dem Balkan, wo vor allen Dingen in Jugoslawien schon seit dem Tode Titos innerstaatliche Kämpfe in dieser Vielvölkerrepublik aufgebrochen waren.

Heute wird oft übersehen, dass in den 1980er Jahren die Ost-West-Beziehungen nach Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses in eine neue Phase eingetreten waren. Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte wuchs damals in den west- und osteuropäischen Staaten enorm an. Die Ausgaben für Rüstungsgüter gingen in Osteuropa allerdings vollends zu Lasten der Konsumgü-

terindustrie und machten es der Sowjetunion praktisch unmöglich, eine neue Eskalationsstufe im Rüstungswettlauf mit den USA durch Einführung von SDI zu erreichen. Der europäische Integrationsprozess stagnierte, weil entscheidende Fortschritte zu einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion nur schwer zu vereinbaren waren und die D-Mark sich immer mehr zu einer internationalen Leitwährung neben dem US-Dollar und neben dem Yen entwickelte. Zudem war inzwischen in Osteuropa, das dürfen wir nicht verkennen, eine neue Nachkriegsgeneration herangewachsen, die mehr Freiheit und Prosperität verlangte. An den Schalthebeln der Macht saßen Politiker wie Helmut Kohl und andere, die den Zweiten Weltkrieg erlebt und weitere militärische Konfrontationen faktisch für nutzlos erachteten. Die Technologieentwicklung sowie ökonomisches Wohlstandsleben und -ersehnen bestimmten die Politik mehr als rüstungspolitisches Sicherheitsdenken. So zumindest behauptete es Helmut Kohl damals.

Die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Reduzierung der Mittelstreckenwaffen (INF) signalisierten erstmals die beiderseitige Bereitschaft zum Einstieg in echte Abrüstung. Gorbatschows Politik der Perestroika eröffnete bisher ungeahnte Chancen, zu neuen politischen Vereinbarungen mit dem Westen zu gelangen. Die Breschnew-Doktrin erwies sich als überholt, und 1990 wurde auch die NATO mit ihrer Verteidigungsdoktrin den neuen Verhältnissen angepasst. Die Diplomatie beherrschte zunehmend die Szene und – vielleicht eine noch zu verifizierende These – das Militär spielte zwar noch eine Rolle, doch staatliche Ausgaben richteten sich nicht mehr in erster Linie nach ihren Wünschen. Es wäre wichtig zu wissen, ob das von den Sicherheitsexperten auch so gesehen wird.

Die Blockkonfrontation begann zu bröckeln. Erstes Anzeichen war das Assoziierungsabkommen Polens mit den Europäischen Gemeinschaften, das bereits Ende 1988 angedacht und dann 1989 umgesetzt wurde. Die Entwicklungen der Jahre 1989 bis 1991 führten zu den bekannten Umwälzungen. Den Gründen dafür nachzugehen und die Haltung Helmut Kohls herauszuarbeiten, das ist unsere zentrale Aufgabe.

Inzwischen existieren ganz unterschiedliche Deutungen hinsichtlich der Ursachen dieser Entwicklung. Hier seien nur ganz kurz einige zentrale Thesen umrissen.

Erstens: Die ökonomische Verfallsentwicklung der Sowjetunion aufgrund stagnierender Wirtschaftsleistungen hatte maßgeblichen Einfluss auf das neue Denken von Glasnost und Perestroika unter Gorbatschow seit Mitte des Jahrzehnts. Immer wieder taucht die These auf, Gorbatschow habe mit seiner Reformpolitik den Niedergang nicht nur verursacht, sondern auch noch intensiviert. Wjatscheslaw Daschtschew kritisierte jüngst Gorbatschows Unfähigkeit zu umfassenden Gesellschaftsreformen. Sein Fehler, Jelzins Machtergreifung nicht verhindert zu haben, hätte der Sowjetunion den Todesstoß versetzt. Da-

mit wird eine Art sowjetische Dolchstoßlegende propagiert.¹ Gorbatschow dagegen hat stets behauptet, der wirtschaftliche Zusammenbruch des Sowjetsystems sei unaufhaltsam gewesen; er habe lediglich versucht, den Prozess in erträgliche Bahnen zu lenken. Dahinter verbirgt sich die grundsätzliche, jedoch hypothetische Frage, ob die Sowjetunion ohne die Reformen wirklich überlebensfähig gewesen wäre.

Stefan Karner kam in einer Untersuchung zu dem Ergebnis, dass Gorbatschow ein Bewahrer des Systems sein wollte, das sowjetische Imperium und das kommunistische Regime jedoch ökonomisch nicht mehr zu retten gewesen seien, weil der Zerfallsprozess so weit fortgeschritten war. Folglich konnte die Sowjetunion ihre Herrschaftsposition nur noch bedingt aufrechterhalten. Sie verlor den Kalten Krieg sowohl aufgrund mangelnder militärtechnologischer Fähigkeiten, politisch und ideologisch, als auch aufgrund ihrer Ökonomie. Bekanntermaßen war das planwirtschaftliche System offenkundig der kapitalistischen Marktwirtschaft unterlegen.²

Ein zweiter Gedanke ist genauso wichtig, nämlich die Rolle der politischen Propaganda, die zwiespältig eingeschätzt wird. Auch wenn Gorbatschow nicht von allem überzeugt gewesen sein sollte, was er in Bezug auf seine Reformpolitik sagte, so wusste er doch genau, was er jenseits der kommunistischen Rhetorik tat. Zumindest ist das ein Befund, den wir für die Wiedervereinigungsphase festhalten können. Für Anhänger der These von der sowjetischen Modernisierung als Ziel der Reformpolitik Gorbatschows war seine kommunistische Rhetorik nur ein Instrument gegenüber den Konservativen in der eigenen Partei, mehr Grundsätze westlich-sozialer Demokratie durchzusetzen. Für Vertreter der These des sowjetischen Totalitarismus dagegen war sein Reformgerede lediglich ein Ansatz, westliche Behauptungen zu konterkarieren, von der Sowjetunion gehe nach wie vor eine Bedrohung aus.

Unumstritten ist wohl, dass es ohne Gorbatschow zunächst keine institutionellen Reformen gegeben hätte. Ob sie von dem höheren Ziel beseelt waren, den Kalten Krieg und die Nachkriegsperiode des Zweiten Weltkriegs endgültig zu beenden, womit möglicherweise auch eine Verhinderung des Zerfalls der Sowjetunion einhergegangen wäre, bleibt sicherlich zu prüfen. Fest steht allerdings, dass die kommunistischen Führer der Warschauer-Pakt-Staaten unfähig waren, auf die rasante Entwicklung zu reagieren.

Ein drittes Moment betrifft die Tatsache, dass die Entwicklungen natürlich beeinflusst waren von dem Festhalten der Westmächte an dem NATO-Doppelbeschluss. Die langfristige Wirkung dessen darf nicht unterschätzt werden.

1 FAZ vom 14. März 2016 („Eine Art Dolchstoßlegende“).

2 Stefan Karner: Von der Stagnation zum Verfall. Kennzeichen der sowjetischen Wirtschaft der 1980er Jahre, in: Hanns Jürgen Küsters (Hg.): Der Zerfall des Sowjetimperiums und Deutschlands Wiedervereinigung. Köln/Weimar/Wien 2016, S. 15–46.

Dass die Politik Helmut Kohls dabei ausschlaggebend war, steht wohl außer Frage. Seine persönlichen Beziehungen zu Gorbatschow und den amerikanischen Präsidenten Reagan und Bush sen., aber auch späterhin seine Kontakte zu Boris Jelzin und Bill Clinton sind gewiss nicht hoch genug einzuschätzen. Ohne sein Einverständnis wäre das INF-Abkommen zumindest hinausgezögert worden, vielleicht sogar auch gescheitert. Es war der Einstieg in eine grundlegende veränderte amerikanisch-sowjetische Zusammenarbeit, die zu wirklichen Abrüstungsschritten führte. Die Vereinbarung war zugleich für Reagan der Anstoß zu seiner Rede vor dem Brandenburger Tor mit der Aufforderung an Gorbatschow, die Mauer abzureißen. Das ist meiner Auffassung nach ein Momentum, was wir auch noch mal in der langfristigen Perspektive betrachten müssen.

Ein vierter Aspekt: Die langfristigen Folgen des Zusammenbruchs der Sowjetunion sind wohl in der westlichen Allianz nicht richtig eingeschätzt worden. Moskau hatte mit der Wiedervereinigung der Deutschen sein Faustpfand DDR in Mitteleuropa und damit natürlich die Errungenschaften des Zweiten Weltkriegs verloren. Die UdSSR fühlte sich seitdem faktisch als ein Verlierer, oder vielleicht auch als der einzige Verlierer des „Großen Vaterländischen Krieges“. Ein wichtiger psychologischer Faktor, bei dem interessant wäre zu wissen, wie dies eigentlich im Westen aufgenommen worden ist: als ein Faktum, das die Sowjetunion hinnehmen muss, oder als eine Entwicklung, die es erforderlich macht, die Sowjets aktiv einzubinden, wozu diese aber ihrerseits später nicht bereit waren.

Ich möchte nicht auf die aktuellen Entwicklungen eingehen, die Stationierung von Raketenabwehrsystemen, die heute als Belagerungszustand Russlands dargestellt werden und die das sowjetische beziehungsweise das russische Selbstwertgefühl nachhaltig tangiert haben. Fest steht aber, dass es zumindest derzeit ein Teil der Politik Putins ist, diese Traumata der Einkreisung zu hegen und zu pflegen.

Ein letzter Aspekt: Das Dilemma Europas, besser gesagt der EU, war in den 1990er Jahren bereits größer, als es nach dem Erfolg des Maastricht-Vertrages und der Einführung des Euros zu sein schien. Kamen Ungenauigkeiten, Fehler und politische Prioritätenentscheidungen bei der Einführung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion erst viele Jahre später in ihrer Tragweite ans Tageslicht, so offenbarte zumindest der Balkankonflikt schon damals die Uneinigkeit und die Mängel der außen- und sicherheitspolitischen Kooperation, nämlich ihre Unfähigkeit, Sicherheit und Stabilität auf dem ganzen europäischen Kontinent zu garantieren. Dies war und ist unverändert eine Aufgabe der EU ebenso wie der NATO. Das 1990 für möglich Gehaltene, nämlich Krieg als Instrument zur Konfliktlösung beiseite zu schieben, kam schneller wieder zur Anwendung, als gedacht. Es bedurfte der Intervention der USA, um den Balkankonflikt nicht zu einem Flächenbrand werden zu lassen. Uneinigkeit des

Westens in der Anerkennungspolitik, ein deutsches Vorpreschen bei der Anerkennung Kroatiens, aber auch letztendlich die schwierige Situation für die Deutschen, das Selbstbestimmungsrecht dieser Völker zu unterstützen, wohl wissend, wie schwierig es sein würde, das war auch ein Dilemma deutscher Außenpolitik.

Der Out-of-Area-Einsatz der Bundeswehr, im Grundgesetz überhaupt noch nicht geregelt, war bereits zu einer Herausforderung für die Regierung Kohl geworden, als die Tinte unter dem Zwei-plus-Vier-Vertrag gerade zu trocknen begann. Schon im September 1990 musste die Bundesrepublik einen hohen Geldbetrag, 3,3 Milliarden DM, für den Irakkrieg zur Verfügung stellen, was Kohl damals dem amerikanischen Außenminister James Baker zusagte. Es war auch eine Form neuer Verantwortung deutscher Außenpolitik, die damals demonstriert wurde, und dann entsprechend zu dem Out-of-Area-Einsatz führte.

Wir haben im Rahmen dieser Tagung eine Reihe von Fragen anzugehen und Antworten zu geben. Ich freue mich auf interessante Diskussionen.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion und die deutschen Reaktionen*

Helmut Altrichter

I.

Am Morgen des 19. August 1991 übernahm ein achtköpfiges „Notstandskomitee“, zu dem unter anderem der Vizepräsident, der Ministerpräsident, der Innen- und der Verteidigungsminister sowie der Chef des KGB gehörten, in Moskau die Macht. Mit der Begründung, Gorbatschow, der amtierende Präsident, der gerade Urlaub auf der Krim machte, sei erkrankt und daher zur Ausübung seiner Amtspflichten nicht mehr in der Lage, verhängten sie über das gesamte Land den Ausnahmezustand. Panzer wurden in die großen Städte geschickt, Kundgebungen und Demonstrationen verboten, die Massenmedien der Kontrolle des Komitees unterstellt. Radio und Fernsehen brachten ernste Musik.

Gebannt schaute die Welt auf die Moskauer Ereignisse. Auch in der Bundesrepublik beherrschten sie für eine knappe Woche die Schlagzeilen. „Michail Gorbatschow gestürzt“, meldete am nächsten Tag die Süddeutsche Zeitung, und „Orthodoxe Kommunisten übernehmen die Macht“ fügte die FAZ hinzu. „Gorbatschow gefangen – oder tot?“ fragte sich die Abendzeitung, während die Bild-Zeitung die eigene Ratlosigkeit und die ihrer Leser in der Balkenüberschrift zum Ausdruck brachte: „Gorbi gestürzt. Mein Gott, was nun?“. Doch zwei Tage später konnte man bereits Entwarnung geben: „Die Putschisten in Moskau geben auf“, „Der Putsch in der Sowjetunion [ist] zusammengebrochen“, meldeten am 22. August Süddeutsche und FAZ. Bild jubelte: „Jelzin siegt. Verräter getürmt. Gorbi gerettet“, und diesmal bemühte die Abendzeitung die Metaphysik: „Das Wunder von Moskau“. Einen Tag später erfuhren die Leser der Abendzeitung, auch wenn sie nur die Schlagzeilen überflogen, dass „Gorbi“ schon sein Testament gemacht hatte, während Bild seinen Lesern einen authentischen Bericht versprach: „Gorbi: So war's“. Weitsichtig, wenn auch den Ereignissen etwas vorausseilend, sah die TAZ die Ereignisse der letzten Tage als „Das Ende des sowjetischen Imperiums“.¹

* Vortrag anlässlich der Fachtagung „Die Ära Kohl im Gespräch“ am 7./8. Juli 2016 auf dem Petersberg in Königswinter.

1 Die Ausführungen stützen sich vor allem auf ein internationales Zeitungsarchiv, das in meiner Zeit am Erlanger Lehrstuhl für die Gorbatschow- und Jelzinzeit angelegt wurde. Die Fußnoten beschränken sich auf Belege. Die oben zitierten Artikel finden sich in SZ vom 20. August 1991; FAZ vom 20. August 1991; Abendzeitung vom 20. August 1991; Bild vom 20. August 1991; SZ vom 22. August 1991; FAZ vom 22. August 1991; Bild

In der Tat markierte der Putschversuch den Anfang vom Ende. Kaum ein halbes Jahr später, am 25. Dezember 1991, trat Michail Gorbatschow als Präsident der UdSSR zurück. Die „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“, der er angeblich vorstand, existierte nicht mehr. Zweieinhalb Wochen zuvor, am 8. Dezember 1991, hatten ihre drei slawischen Kernrepubliken (Russland, Weißrussland und die Ukraine) die Sowjetunion für aufgelöst erklärt und an ihrer Stelle eine neue, lockere Föderation gegründet, die sie „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“ nannten. Am 21. Dezember waren dieser Gemeinschaft auch Armenien, Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgisien, Moldawien, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan beigetreten. Außen vor geblieben waren die drei Baltischen Republiken und Georgien, weil sie künftig völlig unabhängig, weder Teile der alten Sowjetunion noch der neuen Gemeinschaft, sein wollten.

II.

Die anfangs zitierten Reaktionen bundesrepublikanischer Medien auf den Putschversuch in Moskau zeigen zweierlei: 1. eine sehr personenbezogene Sicht auf die Ereignisse, fokussiert auf Gorbatschow und Jelzin. In ihrer Rivalität zueinander waren die Rollen verteilt: Gorbatschow stand für die Union und war der Zauderer, Jelzin für die größte der Unionsrepubliken (Russland), und er war der Drängler. Der Blick in die bundesrepublikanischen Medien zeigt 2., dass für sie (wie für breite Kreise der bundesdeutschen Öffentlichkeit) der Zusammenbruch der Sowjetunion nicht auf den formellen Rücktritt Gorbatschows als Staatspräsident zu datieren war, sondern schon viel früher, spätestens mit dem gescheiterten Putsch begann.

Anatolij Tschernajew, einer der engsten und klügsten politischen Berater Gorbatschows, der ihn auch auf die Krim begleitet und dessen Festsetzung miterlebt hatte, berichtete, nach der Rückkehr Gorbatschows von der Krim nach Moskau habe dieser auch mit Bundeskanzler Kohl telefoniert; Kohl habe ihm sinngemäß gesagt: „Ich freue mich sehr, dass du [Gorbatschow] wieder auf deinem Posten bist. Alles, was wir eingefroren haben, werden wir wieder ankurbeln, die ganze Bandbreite unserer Vereinbarungen wird wieder in Kraft gesetzt. Alles wird gut werden.“ Doch natürlich wusste auch Kohl, dass die eigentlichen Probleme Gorbatschows nicht im Verhältnis zur Außenwelt, sondern im Innern, im Verhältnis zur Partei, zum KGB, zur sozialistischen Planwirtschaft, im Verhältnis der Union zu ihren Einzelrepubliken, zu den Nationalitäten, bestanden. Alle diese Probleme hatten sich durch den Putschversuch

vom 22. August 1991; Abendzeitung vom 22. August 1991; TAZ vom 22. August 1991; Bild vom 23. August 1991.

massiv verstärkt, mehr noch: Nach Meinung der bundesdeutschen Medien war nicht nur Gorbatschow, sondern die Sowjetunion am Ende.

„Michail Gorbatschows Ende und Erbe“ titelte Theo Sommer am 23. August 1991 in der Zeit; der „Staatsstreich der Gestrigen verbaut der Sowjetunion den Weg in die Zukunft“, hieß der Untertitel.² Offenkundig war der Artikel bereits überholt, als er erschien. Er spielte mit dem Gedanken, dass das Notstandskomitee die Oberhand behalten und Gorbatschow sein Leben in einer Dreizimmerwohnung am Kutusow-Prospekt oder in Stawropol beenden könnte. Doch auch dann sei die Wiedervereinigung Deutschlands nicht rückgängig zu machen, Osteuropa nicht erneut unter Kuratel zu stellen, der Warschauer Pakt bleibe aufgelöst, selbst wenn man der Perestrojka im Innern ein Ende bereite und nach außen einen neuen Kalten Krieg beginne.

Zu diesem Zeitpunkt war der Putsch bereits gescheitert und Gorbatschow nach Moskau zurückgekehrt. Ein Millionenpublikum in Ost und West erlebte an eben diesem 23. August an den Bildschirmen mit, wie Jelzin, der Präsident Russlands, im russischen Parlament den noch sichtlich erschöpften Gorbatschow nötigte, ein Protokoll vorzulesen, aus dem hervorging, dass alle von Gorbatschow in die Regierung geholten Kabinettsmitglieder sich hinter die Putschisten gestellt hatten.³ In Anwesenheit Gorbatschows, der noch immer Chef der KPdSU war, unterzeichnete Jelzin ein Dekret, das der KPdSU in Russland jegliche Aktivitäten untersagte, und ließ die Parteizentrale am Alten Platz versiegeln. Mit anderen Worten: Jelzin verbot faktisch jene Partei, die die Sowjetunion geschaffen und die über Jahrzehnte das bis zum Vorjahr in Artikel 6 der Verfassung garantierte Monopol auf die Macht ausgeübt hatte. Die Volksmenge, die sich an der Parteizentrale versammelt und diese mit Steinen beworfen hatte, fand ganz in der Nähe ein neues Objekt ihrer Wut: Sie holte Felix Edmundowitsch Dscherschinki, den „eisernen Felix“, vom Sockel, den Gründer der berüchtigten Tscheka, der Vorgängerorganisation von GPU, NKWD und des KGB. Denkmalspechte rückten in den nächsten Tagen an, um mit Hammer und Meißel Verzierungungen vom Marmorsockel zu lösen oder sonstige Teile als Souvenir herauszuschlagen, in Konkurrenz zu denen, die mit Buntstift oder Sprühdosen neue Inschriften anzubringen suchten. Am 6. September 1991 wurde die zweitgrößte Stadt des Landes umbenannt. Sie hieß nun nicht mehr nach dem im Januar 1924 verstorbenen Partei- und Staatsgründer, aus Leningrad wurde wieder Sankt Petersburg. Ohne allen Zweifel versuchte man –

2 Die Zeit vom 23. August 1991.

3 Dazu und zum Folgenden auch die ausführliche Zeitungsberichterstattung, etwa in FAZ, SZ, NZZ, TAZ vom 24. August 1991; im Spiegel vom 26. August 1991, S. 132ff.; Die Zeit vom 30. August 1991, mit einem Leitartikel von Christoph Bertram: „Abschied von Zar und Kommissar. In Moskau geht mehr als nur der Kommunismus zu Ende“, und einem „Dossier“ mit einem Artikel des früheren sowjetischen Außenministers Eduard Schewardnadse: „Warum wollte Gorbatschow nicht auf uns hören?“

auf der Suche nach einer neuen Identität – sich von gewissen Traditionssträngen der Vergangenheit zu lösen.

Wenn die FAZ am gleichen Tag titelte: „Die alte Sowjetunion gibt es nicht mehr“, man in „Süddeutscher“ und TAZ ganz ähnliche Überschriften fand, hatte dies allerdings weniger mit Geschichtspolitik als mit einer Verfassungsänderung zu tun: Der Volksdeputiertenkongress hatte soeben Gesetzesvorschlägen zugestimmt, mit denen er sich selbst abschaffte und neue Übergangsgremien schuf. Wie die rote Fahne mit Hammer und Sichel – so die TAZ – symbolisierte auch der Volksdeputiertenkongress nur noch den „abgestorbenen Staat“. Die neuen Gremien sollten ein Staatsrat – bestehend aus den Führern der Mitgliedsrepubliken unter dem Vorsitz des Präsidenten der UdSSR –, ein Wirtschaftskomitee – paritätisch besetzt durch die Mitgliedsrepubliken – und ein aus zwei Kammern bestehender neuer Oberster Sowjet für die Gesetzgebung sein. Ziel war die Umwandlung der „Union“ in eine lose Föderation oder Konföderation, die schon in der Vorbereitung der neuen Verfassung die völlige Gleichberechtigung der Republiken, ob groß oder klein, reich oder arm, bedeutend oder weniger bedeutend, garantierte. Die Föderation oder Konföderation sollte auch den „Sozialismus“ aus ihrer Selbstbezeichnung streichen: Sie sollte statt „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ künftig „Union der Souveränen Sowjetrepubliken“ heißen, wobei allen Republiken freizustellen war, ob sie ihr beitraten oder nicht.⁴

„Das Imperium ist tot“ titelte auch der Spiegel Anfang September 1991, wobei der Titel in Anführungszeichen stand und vorgab, selbst ein Zitat zu sein, das so oder so ähnlich im Gespräch mit Präsidenten der verschiedenen Unionsrepubliken gefallen sei. Der Artikel referierte als einhellige Meinung, dass das „ewige Bündnis freier Republiken, vom großen Russland auf immer vereint“, wie es die sowjetische Hymne besang, nur noch auf dem Papier fortbestehe. Ob sie es nun am Machtverlust Gorbatschows und damit des Zentrums festmachten, am Verbot der Partei und ihrer Presseorgane, an der symbolpolitischen Distanzierung vom Sozialismus und vom alten System oder an der geplanten Umwandlung der Union zu einer Föderation oder Konföderation – die Destruktion der alten Sowjetunion hatte aus Sicht der bundesdeutschen Medien längst begonnen, mehr noch: Sie war Faktum, die alte Sowjetunion gab es nicht mehr, das Imperium war tot, am Ende.

Der Austritt Russlands, Weißrusslands und der Ukraine aus der Sowjetunion und die Gründung der GUS Anfang Dezember kam dennoch auch für sie überraschend, zumal man vorher wochenlang über die Modalitäten, wie es weiter gehen könnte, gesprochen und verhandelt hatte. Worauf diese Verhandlungen schließlich hinauszu laufen schienen, war ein Unionsvertrag zur Bildung eines konföderativen Staatenbundes, der auf der Deklaration der Men-

4 FAZ vom 6. September 1991; ebenso NZZ, SZ, TAZ, Die Zeit vom 6. September 1991.

schenrechte und -freiheiten sowie dem Völkerrecht beruhte und ohne eine eigentliche, neue Verfassung, also auch ohne eine direkte Gewalt des Zentrums über seine staatlichen Teilnehmer auskam. „Unionseigentum“, „Unionssteuerrecht“, „Verfassungsgericht“ – solche Begriffe sollte es im neuen Vertrag nicht mehr geben. Darauf drängte vor allem die Ukraine, die sich am 1. Dezember 1991 für unabhängig erklärt hatte. Sie unterstützte auch nicht die Idee eines gemeinsamen Marktes, in dem „alles unifiziert und gleichgemacht ist“. Wie groß das Misstrauen gegenüber dem Zentrum war, zeigt der Umstand, dass man an das Zentrum schon im November kaum mehr Steuerbeiträge überwies, sodass die immer noch bestehende Union Gehälter für Lehrer, Beamte, Militärangehörige, Rentner, Studenten nicht mehr zahlen konnte. Die Ukraine unter Präsident Krawtschuk befürchtete, Russland könnte die Macht in einer Nachfolgeorganisation an sich reißen, und verweigerte letztendlich die Unterschrift. Krawtschuk war aber beim Treffen in Minsk zu einem anderen Coup bereit: der Gründung der GUS. Dass es darauf hinauslaufen könnte, hatte Jelzin vertraulich schon im November 1991 Bundeskanzler Kohl mitgeteilt, obwohl er eine neue Union, also eine staatliche Lösung statt einer bloßen Konföderation, bevorzugt hätte, wie in Kohls Memoiren nachzulesen ist. Die Präsidenten Russlands, Weißrusslands und der Ukraine hatten vorab auch mit dem amerikanischen Präsidenten George Bush sen. telefoniert, nicht aber mit ihrem eigenen, sowjetischen Präsidenten. Für Gorbatschow kam die Entwicklung daher wirklich überraschend.⁵

Ich fasse zusammen: Die bundesrepublikanischen Medien berichteten sehr eingehend über die Entwicklungen seit dem Sommer 1991, deren Ergebnis sich seit September immer stärker abzuzeichnen begann. Niemand höre mehr auf Gorbatschows düstere Warnungen und Weltuntergangsszenarien, seine Einflussmöglichkeiten würden immer geringer; er sei gescheitert, selbst wenn er es noch nicht wahrhaben wolle; nach langem Siechtum stehe die Sowjetunion vor dem endgültigen Ende; sie werde nun zu Grabe getragen – das war der Grundtenor der Berichterstattung, wohl auch die Erfahrung des offiziellen Bonn, ohne Belehrungen, zu einem Gutteil selbst ratlos, ohne Häme. Aber auch vom Streit zwischen Russland und Kasachstan um die Atomwaffen war inzwischen immer häufiger zu lesen, und wichtiger noch: zwischen Russland und der Ukraine um die Krim und die Schwarzmeerflotte; schließlich war vor allem an Kiew der Plan einer neuen Union gescheitert. Dort war das Misstrauen – von den baltischen Staaten abgesehen, die ihre Unabhängigkeit inzwischen erkämpft hatten – wohl am größten; man fürchtete in Kiew, dass Russland nicht nur die Beibehaltung gemeinsamer Streitkräfte und einer gemeinsamen Währung, sondern für sich selbst eine hegemoniale Stellung in

5 Helmut Kohl: *Erinnerungen 1990–1994*. München 2007, S. 363ff., 378ff., 398ff.; Michail Gorbatschow: *Erinnerungen*. Berlin 1995, S. 1093ff., insbesondere 1107ff.

einer solchen Union anstrebte. Die Befürchtung einer neuen Hegemonialstellung Russlands hatte Jelzin selbst befeuert, als er schon Ende August 1991 erklärte, sollte die Ukraine auf ihrer vollständigen staatlichen Unabhängigkeit bestehen, werde man auch ernsthaft über eine neue Grenzziehung nachdenken müssen, schließlich könne man ihr nicht einfach mehrheitlich von Russen bewohnte Gebiete wie die Westukraine und die Krim überlassen. Ähnliche Drohungen brachte sein Sprecher auch gegenüber Kasachstan vor, worüber die westlichen Medien eingehend berichteten.⁶ Dass die Befürchtungen der Republiken fortbestanden und im Herbst 1991 im Streit um die Schwarzmeerflotte, die Atomwaffen, die Schulden eher noch stiegen, wurde von den westlichen Medien ebenfalls wahrgenommen und ausführlich dokumentiert, zumal ein Großteil dieser Debatten in der Öffentlichkeit ausgetragen wurde.

III.

Hatte sich die Bundesrepublik, das offizielle Bonn, bis zum Dezember, also vor der Gründung der GUS, ihrer Erweiterung durch acht weitere Republiken und dem Rücktritt Gorbatschows als Staatspräsident, auf eine Beobachterrolle beschränken müssen, so ergab sich danach Handlungsbedarf. Sechs Fragen mussten geklärt und geregelt werden: 1. die Frage der Anerkennung; 2. die Einbindung der neuen Staaten in die bestehenden zwischenstaatlichen Strukturen; 3. die Frage der Rechtsnachfolge im Verhältnis zur aufgelösten Sowjetunion; 4. die Frage der Übernahme der Altschulden und die Vergabe neuer Kredite; 5. die Frage der Atomwaffen, zumal vor dem Hintergrund ihrer vereinbarten Nichtverbreitung im Atomwaffensperrvertrag; 6. die Organisation von humanitären Hilfslieferungen an die Nachfolgestaaten, nachdem sich deren schwierige wirtschaftliche Lage im Laufe des Jahres immer mehr zuspitzte. Um diese Fragen drehte sich auch ein Großteil der Berichterstattung in den bundesdeutschen Medien. Ich fasse ihre Grundzüge kurz zusammen:

Noch vor der Jahreswende hatte die Bundesrepublik 1. nicht nur Russland und der Ukraine, sondern auch Armenien, Aserbaidschan, Weißrussland, Kasachstan, Moldawien, Turkmenistan und Usbekistan die diplomatische Anerkennung zugesichert. Eine Anregung der Bundesregierung, gemeinsame Vertretungen der EG-Länder, aller oder mehrerer EG-Länder, zu schaffen und so auch die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu stärken, setzte sich

6 Vgl. hierzu stellvertretend: „Republiken wehren sich gegen Übermacht Russlands“; „Russische Minderheiten ängstigen die Nachbarrepubliken“; „Kiew und Moskau geloben Frieden. Zwölf Stunden verhandelten eine russische und eine ukrainische Delegation miteinander, dann war Jelzins Drohung mit Gebietsansprüchen vom Tisch“; „Der russische Bär erhebt Ansprüche. Immer mehr Republiken erklären ihre Unabhängigkeit. Doch nun möchte Russland die Ukraine und Weißrußland nicht einfach ziehen lassen“. FAZ, SZ, TAZ bereits am 28./29. August 1991.

nicht durch. Außenminister Genscher kündigte an, die Bundesrepublik werde 2. sich bei der Tagung des KSZE-Außenministerrates Ende Januar 1992 für die Aufnahme der neuen Republiken in die KSZE einsetzen, was auch geschah und auf dem Prager Treffen beschlossen wurde. Vergleichbares galt für die Aufnahme der elf GUS-Staaten in den NATO-Kooperationsrat im März 1992. Auch über die Aufnahme in den IWF und die Weltbank sowie die Beteiligung Russlands am Weltwirtschaftsgipfel wurde bereits gesprochen. Von erheblicher Bedeutung für Deutschland waren 3. die völkerrechtlichen Konsequenzen, die sich aus dem Erlöschen der Sowjetunion ergaben. Die Bundesrepublik hatte mit der Sowjetunion 40 Verträge abgeschlossen, darunter auch den Vertrag über den Abzug der ehemals sowjetischen Truppen; die DDR hatte sogar 500 Verträge mit der UdSSR. Waren sie noch gültig? Da Jelzin sich zur Staatskontinuität, auch gegenüber der UNO, bekannte und mit der Teilidentität auch den Sitz im Sicherheitsrat für Russland beanspruchte, konnte diese Frage als geklärt gelten. Etwas schwieriger war 4. die Frage der Altschulden und der Zinszahlungen, was sowohl die Gläubigerstaaten wie die privaten Banken betraf, zumal ohne Regelung der Altschulden auch keine neuen Kredite zu erhalten waren, die dringend benötigt wurden. Die Schulden der GUS-Staaten wurden nach ersten Schätzungen auf 68 Milliarden Dollar beziffert, wovon die Forderungen der deutschen Geschäftsbanken sich auf knapp 40 Milliarden DM beliefen. Zwar gewährten westliche Staaten und Banken einen Tilgungsaufschub, doch auch mit den Zinsen waren die GUS-Staaten bereits eine Milliarde Dollar im Rückstand. Wenn Russland drei Viertel der Schulden übernehmen wollte, argwöhnten die einen, dass es damit nur seine Hegemonialstellung festigen wolle, und die anderen fragten sich, woher das Geld dafür kommen sollte angesichts der katastrophalen wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Gläubiger wie Schuldner wussten, dass rasche Lösungen nicht zu erwarten waren, zumal der Streit 5. von anderen Fragen – Atomwaffen, Schwarzmeerflotte, Krim – überlagert wurde und die daran beteiligten Staaten ihre Faustpfänder nicht aus der Hand geben wollten, bevor sie damit etwas erreicht hatten. Während man über all dies verhandelte, spitzte sich 6. die wirtschaftliche Lage in den GUS-Staaten, namentlich auch in Russland, immer mehr zu. Die Freigabe der Preise ließ diese geradezu explodieren: 1992 schätzte man die Inflationsrate auf 2.500 %, während das Brutto-sozialprodukt, das bereits 1991 um 12,9 % zurückgegangen war, erneut um 18,5 % schrumpfte. Für den Januar 1991 hatte Präsident Bush zu einer Geberkonferenz nach Washington eingeladen, auf der die GUS-Hilfe koordiniert werden sollte. In Bonn fühlte man sich irgendwie übergangen und fragte indigniert nach, ob die Amerikaner denn die deutsche Hilfe koordinieren wollten. Schließlich seien bisher 70 % der Sowjethilfe aus Deutschland gekommen, 81,5 % aus der EG, während die USA nur 8,2 % und Japan 6,3 % beisteuerten. Empfindlichkeit hin oder her, dass die Lieferungen von Nahrungsmitteln, Me-

dikamenten, Hilfe bei der Energieversorgung von Monat zu Monat dringlicher wurde, war offensichtlich.⁷

IV.

Und was war mit Gorbatschow, mit dem wir begonnen haben? Er war in der Bundesrepublik nicht vergessen. Als er im März 1992 zum ersten Mal nach seinem Rücktritt wieder nach Deutschland kam, als Privatmann, wurde er in München mit allen, wirklich allen ortsüblichen Ehren empfangen: Er marschierte unter den Klängen des bayerischen Defiliermarsches in den Festsaal des Hofbräuhauses ein, er wurde mit einem Empfang im Antiquarium der Residenz geehrt, er sprach in den Kammerspielen von dem, was später in den Erinnerungen stehen sollte, dazu gab es Neuschwanstein, Wieskirche und Oper, Gebirgsschützen, Alphornbläser und Trachtengruppen und als Souvenir einen Hut mit Gamsbart. Von München reiste er nach Bonn, Gütersloh, Düsseldorf und Hamburg weiter.⁸

Doch Gorbatschow stand fortan für die Vergangenheit, die Sowjetunion – für das neue Russland stand Boris Jelzin, ein ganz anderer Typ⁹: Von bäuerlicher Herkunft, ein Provinzler; mit einem Vater, der ihn immer wieder mit dem Riemen verdrosch; ein Junge, der immer neue Streiche ausheckte und von der Schule flog; der mit einem Hammer auf eine Granate einschlug und dabei zwei Finger verlor. Im Ural geboren und aufgewachsen, blieb er dort; er war bereits 54, als er nach Moskau berufen wurde. Selbst wenn manches auf die Selbststilisierung in der Autobiographie zurückzuführen war: Etwas Rabaukenhaftes hatte er schon. Während Gorbatschow in Moskau Jura studierte – ein ideologisches Fach –, schrieb sich Jelzin an der Polytechnischen Hochschule des Ural für Bauwesen ein; während Gorbatschow unmittelbar nach seinem Studium über die Partei und ihre Jugendorganisation Karriere machte, blieb Jelzin im Grunde bis zu seinem 45. Lebensjahr in seinem Beruf tätig, bevor er Parteichef von Swerdlowsk wurde. Die Partei war für Jelzin nicht „sein Leben“, der all seine Loyalität galt, ein Theoretiker war er schon gar nicht. Umso leichter fiel es ihm daher, sich von der Partei zu lösen, dazu brauchte er auch kein Programm. Als Parteichef von Stadt und Gebiet Moskau galt er als volksnah, fuhr

7 Zu diesen Themen wie Anerkennung der neuen Staaten, deutsche Hilfe für die Sowjetunion, Zahlungsaufschub, Aufnahme der GUS-Mitglieder in die KSZE, Kernwaffenfrage, Hilfe der Europäischen Gemeinschaft, Washingtoner Geberkonferenz und die ausführliche bundesdeutsche Berichterstattung darüber am Beispiel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vgl. FAZ vom 2./4./6./8./11./13./23./24./25./31. Januar 1992; zur Fortsetzung aller bestehenden Verträge FAZ vom 3. Februar 1992; zum Zinsrückstand FAZ vom 24. Juni 1992; zum Tilgungsmoratorium auf dem Münchner G-7-Gipfel FAZ vom 7. Juli 1992.

8 Vgl. Berichterstattung in SZ und FAZ vom 9. März 1992 und folgende.

9 Dazu auch George W. Breslauer: Gorbachev und Yeltsin as Leaders. Cambridge 2002.

mit der U-Bahn, machte unangekündigte Inspektionen, kanzelte Untergebene ab und versuchte, mafiöse Sümpfe trockenulegen. An Gorbatschow kritisierte Jelzin nicht, dass dieser alles falsch mache; nur sollte alles viel schneller gehen, viel entschlossener angepackt werden, ohne Rücksichtnahmen und Dogmen. Er profilierte sich so als Gegenfigur zu Gorbatschow, nicht mit eigenem Programm, sondern als steter Mahner: gegen die zentrale Planwirtschaft, für mehr Markt, für mehr nationale Selbstbestimmung, und entdeckte dabei als Appellationsinstanz die neue Öffentlichkeit und als Mittel die neuen Medien. Kurzum, er war ein Politiker neuen Typs: ein Macher jenseits der Großideologien, ohne große Vision; ein Quereinsteiger in die Politik, der sich von ihr distanzierte, mit Unterhaltungswert und Sympathie für die Öffentlichkeit.

Die sowjetische Perzeption von Kohls Wiedervereinigungspolitik*

Peter Ruggenthaler

Wenn ich meinen Beitrag „Die sowjetische Perzeption von Kohls Wiedervereinigungspolitik“¹ genannt habe, so wäre es aus sowjetischer Sicht eigentlich angebrachter, als Zugang die Frage zu wählen, wie es dazu kam, dass die Sowjetunion überhaupt ihre Zustimmung gab, geben konnte oder geben musste, auf das Faustpfand DDR, das letztlich den Schlussstein des sowjetischen Imperiums bildete, zu verzichten. Man könnte sich fragen, ob man denn in Moskau nicht wusste, welche Folgen das haben würde? Folgen, die wir heute, mehr als ein Vierteljahrhundert danach, viel stärker spüren als damals.

Sowjetische Reaktionen auf den Mauerfall

Die sowjetische Reaktion auf den Mauerfall am 9. November 1989 ist bekannt: Viermächteverhandlungen über Deutschland ohne die Deutschen war das Stichwort. SED-Generalsekretär Egon Krenz wurde zum sowjetischen Botschafter Wjatscheslaw Kotschewasow bestellt, befand sich in erheblicher Erklärungsnot und versuchte den Mauerfall so darzulegen, als wäre er eine freiwillige Aktion der DDR gewesen. Kotschewasow hielt klar fest, dass es zwar Sache der DDR sei, die Grenze zur Bundesrepublik Deutschland zu öffnen, dass aber im Falle Berlins die Interessen der Alliierten tangiert seien.² Krenz blieb nichts anders übrig, als sich mit einem Telegramm direkt an Michail Gorbatschow zu wenden, in dem er ihn darum bat, den Botschafter der UdSSR in der DDR, also Kotschewasow, zu beauftragen, unverzüglich mit den Vertretern der Westmächte in Berlin Verbindungen aufzunehmen, um zu gewährleisten, dass die Ordnung in der Stadt aufrecht erhalten und Provokationen an der Staatsgrenze seitens Berlin West verhindert würden.³ Krenz bezog sich also ganz bewusst auf die Viermächteverantwortung für Berlin. Es war letztendlich aus seiner Sicht auch das einzige, was er tun konnte, um Moskau quasi zu ak-

* Vortrag anlässlich der Fachtagung „Die Ära Kohl im Gespräch“ am 7./8. Juli 2016 auf dem Petersberg in Königswinter.

1 Der Vortrag basiert auf der neuen sowjetischen Dokumente zum Vereinigungsprozess umfassenden Quellenedition eines österreichisch-russischen Forschungsprojektes, das 2014/15 am Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung, Graz-Wien, durchgeführt wurde. Siehe Stefan Karner/Mark Kramer/Peter Ruggenthaler u. a. (Hg.): Der Kreml und die deutsche Wiedervereinigung 1990. Interne sowjetische Analysen. Berlin 2015.

2 Hans-Hermann Hertle: Chronik des Mauerfalls. Augsburg 2006, S. 231.

3 Ebd., S. 238f.

tivieren, den Schutz der Grenze in Berlin wieder herzustellen. Es war ein Versuch, zurück zu rudern.⁴

Gänzlich konträr war das Denken in Gorbatschows engstem Umfeld, wie ein Tagebucheintrag seines persönlichen Assistenten Anatoli Tschernjajew zeigt. Dieser schrieb anlässlich des Mauerfalls: „Die Berliner Mauer ist gefallen. Eine ganze Epoche in der Geschichte des sozialistischen Systems ist zu Ende gegangen. Hier geht es schon nicht mehr um den Sozialismus, sondern um eine Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt. Hier ist das Ende von Jalta, das Finale für das Stalinsche Erbe und für die Zerschlagung von Hitler-Deutschland“.⁵ Ähnlich, und noch darüber hinausgehend, äußerte sich der persönliche Assistent von Außenminister Eduard Schewardnadse, Tejmuraz Stepanov-Mamaladze, der notierte, das Ende von Jalta und das Ende der nach dem Krieg entstandenen Spaltung Europas sei gekommen. Im Gegensatz zu Tschernjajew ging er noch einen Schritt weiter und prognostizierte sogar, die „Errichtung eines neuen vereinten Deutschlands“, das eine „neue europäische Realität“ sei.⁶

Das sowjetische Außenministerium wertete die Grenzöffnung und die Reiseerleichterungen offiziell als einen souveränen Akt der Regierung der DDR.⁷ Krenz sollte naturgemäß der Rücken gestärkt werden. Gorbatschow erklärte in Richtung der Regierung Kohl, die Leugnung der Realität, dass nämlich zwei deutsche Staaten existierten, verfolge nur das Ziel, die Lage in der DDR zu destabilisieren. Versöhnlicher endete das Telefonat zwischen Gorbatschow und Kohl am 11. November. Gorbatschow äußerte, er vertraue auf die Gründlichkeit der Deutschen und bat Kohl sogar, falls erforderlich, bei neuen Entwicklungen unverzüglich Kontakt aufzunehmen.⁸ Zwei Tage später wurde der sowjetische Botschafter Kwizinski bei Kanzleramtsminister Seiters vorstellig, um mitzuteilen: „Wesentlich sei, dass man die Entwicklung nicht störe, sondern die DDR als einen souveränen Staat behandle.“ Zugleich signalisierte er, bei der Lösung der nun anstehenden Probleme werde sich Moskau konstruktiv

-
- 4 Die Botschafter der vier Mächte Allerdings trafen sich schließlich zwei Monate später, am 11. Dezember 1989, im Alliierten Kontrollratsgebäude. Nunmehr war der Anlass dazu längst überholt.
 - 5 Tagebucheintrag Anatolij Tschernjajews, 10. November 1989, abgedruckt in: Aleksandr Galkin/Anatolij Tschernjajew (Hg.): Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. München 2011, S. 228.
 - 6 Hoover Institution, Stepanov-Mamaladze papers, Eintrag vom 12. November 1989, abgedruckt in: Karner u. a. (Hg.): Der Kreml und die deutsche Wiedervereinigung 1990, S. 123f.
 - 7 Hertle: Chronik des Mauerfalls, S. 241.
 - 8 Telefonat Michail Gorbatschows mit Helmut Kohl, 11. November 1989, abgedruckt in: Galkin/Tschernjajew (Hg.): Michail Gorbatschow und die deutsche Frage, S. 229–232, hier 232.

verhalten. Seiters sicherte seinerseits die Bereitschaft der Bundesregierung zur vollen Kooperation zu.⁹

Moskau hielt folglich weiterhin an der völkerrechtlich verbrieften Zwei-staatlichkeit fest und ordnete die Vorgänge in der DDR und um den Mauerfall in den Prozess der Veränderungen in Ost-Mitteleuropa ein. In seiner Binnensicht verglich man die „Bruderländer“ miteinander, und aus dieser Perspektive zählte die DDR nun endlich zu den Reformstaaten. Gleichzeitig wurde nun aber die deutsche Frage für Moskau zum Dilemma der Perestrojka-Politik. Konnte Gorbatschow und Schewardnadse auf der internationalen Bühne ein Husarenritt gelingen?

Moskau gibt ungewollt die Initialzündung zum Wiedervereinigungsprozess

Eine Woche nach dem Mauerfall legte Kohls enger Berater Horst Teltschik eine außenpolitische Expertise für den Kanzler vor, in der er zum eindeutigen und ernüchternden Ergebnis kam, dass, wenn überhaupt, nur mit Unterstützung der USA eine Chance bestünde, die Wiedervereinigung international durchzusetzen.¹⁰ Die sowjetische Politik schloss zu diesem Zeitpunkt noch eine Wiedervereinigung zur Lösung der Krise in der DDR eindeutig aus. Die deutsche Einheit stehe jetzt nicht nur zur Debatte und sei, wie Teltschik schrieb, für Moskau lediglich in einer fernen, nicht sehr konkret gesehenen Zukunft, nur bei Auflösung der Militärpakte und Beachtung der bestehenden Grenzen und nicht in Form einer Absonderung der DDR denkbar.¹¹

Wenige Wochen später sah alles ganz anders aus. Wie war es dazu gekommen? Dabei half Kohl gewissermaßen ein Glücksfall. Es handelt sich um eine spannende, äußerst komplexe Geschichte, die ich hier nur knapp skizzieren kann. Jenseits der offiziellen sowjetischen Position agierte im Kreml, genauer gesagt in den Korridoren des Zentralkomitees, die „graue Eminenz“ Valentin Falin. Eine bekannte Persönlichkeit, einer der Macher der Ostverträge, seither engster Vertrauter von Egon Bahr. Kurzum, nicht irgendjemand im Kreml, auch nicht jemand, den man in der Deutschland-Politik so einfach umgehen konnte. Falin versuchte sehr offensiv, vor allem über Tschernjajew, Gorbatschow dazu zu drängen, tätig zu werden. Er stellte klar, dass, „sich die bundesdeutsche Führung sehr wohl Gedanken darüber mache, wie sie in einer nach dem Mauerfall radikal veränderten Situation einen bedeutenden Schritt in

9 Gespräch Rudolf Seiters mit Julij Kwizinski, 13. November 1989, Vermerk von Claus-Jürgen Duisberg vom 27. November 1989, abgedruckt in: Hanns Jürgen Küsters/Daniel Hofmann (Bearb.): Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. München 1998, S. 530.

10 Vorlage Horst Teltschiks an Helmut Kohl, abgedruckt in: Küsters/Hofmann (Bearb.): Deutsche Einheit, S. 546.

11 Ebd., S. 547.

Richtung der Wiedervereinigung als eines der erklärten verfassungsmäßigen Ziele ihrer Politik machen könnte“.¹²

Letzteres trachtete Falin dadurch zu verhindern, indem Kohl zu irgendeiner Reaktion veranlasst werden sollte, durch die dieser die Zweistaatlichkeit faktisch anerkannte und akzeptierte. Falin versuchte Tschernjajew zu überzeugen, in einer geheimen Mission seinen Mitarbeiter Nikolaj Portugalow zu Telttschik zu schicken, um noch einmal die sowjetisch-bundesdeutschen Vereinbarungen festzuhalten. Tschernjajew empfahl letztlich Gorbatschow, angesichts der internen Grabenkämpfe im Kreml dafür seine Zustimmung zu geben. Damit könne man auch ein bisschen das Ego Falins stimulieren, ihn in die Behandlung der deutschen Frage einbinden und möglicherweise ruhig stellen.¹³

Und jetzt passierte etwas in der Geschichte in der Sowjetunion und des Zentralkomitees völlig Einzigartiges, wie Andrej Gratschow, Berater Gorbatschows, in seinem hervorragenden Buch festgehalten hat: Ein ZK-Sekretär ergriff die Initiative zur persönlichen Diplomatie, ohne den Generalsekretär der KPdSU einzuweihen.¹⁴ Denn Falin ging noch einen Schritt weiter, als er mit der sowjetischen Führung abgesprochen hatte. Er schickte Portugalow zu Telttschik, um die – mit Gorbatschow abgeklärten – offiziellen Angelegenheiten zu besprechen. Darüber hinaus gab er Portugalow aber ein mit Gorbatschow nicht abgesprochenes Non-Paper mit. Dieses Paper drehte sich um Fragen der Wiedervereinigung, der Allianzzugehörigkeit und der Möglichkeit des Abschlusses eines Friedensvertrages. Unter anderem hieß es: „Wie Sie sehen, denken wir in der deutschen Frage alternativ über alles Mögliche, sogar quasi Undenkbares nach.“ So hat es Telttschik in seinen Erinnerungen dargelegt.¹⁵ Portugalow gab ihm sogar zu verstehen, dass die Sowjetunion mittelfristig einer wie immer gestalteten deutschen Konföderation grünes Licht geben könnte. Telttschik war wie elektrisiert, ging sofort zu Kohl, und als Resultat entstand dessen heute legendärer Zehn-Punkte-Plan.

Wenn man hinter die Kulissen sieht, wissen wir heute, dass dies so von Moskau nicht intendiert war. Die Portugalow-Mission wurde zu einem Selbstläufer, der genau zum Gegenteil des Erwünschten führte, nämlich dass Kohl nun explizit die Wiedervereinigung auf die Tagesordnung setzte. Dieser sah sich auch durch die von DDR-Ministerpräsident Hans Modrow vorgestellten Über-

12 Nikolaj Portugalow: Moskauer Germanistenfraktion in der Wendezeit (1987–1990). Unveröffentl. Manuskript. Herrn Fritjof Meyer, Hamburg, danke ich für den Einblick in das Manuskript.

13 Siehe dazu im Detail Stefan Karner/Mark Kramer/Ol'ga Pavlenko/Peter Ruggenthaler/Manfred Wilke: Der Kreml und der deutsche Vereinigungsprozess 1989/90, in: Karner u. a. (Hg.): Der Kreml und die deutsche Wiedervereinigung 1990, S. 13–108, hier 31f.

14 Andrei Grachev: Gorbachev's Gamble. Soviet Foreign Policy and the End of the Cold War. Cambridge 2008, S. 146f.

15 Horst Telttschik: 329 Tage. Innenansichten einer Einigung. Berlin 1993, S. 43f.

legungen hinsichtlich einer Konföderation gezwungen,¹⁶ irgendwie tätig zu werden. Was nun aus Moskau von Falin über Portugalow zu Teltschik kam, wirkte wie ein deutschlandpolitischer Rückenwind. Dieser gab Kohl eine gewisse Sicherheit, dass er in Richtung Wiedervereinigung tätig werden könne, ohne dabei Gorbatschow zu gefährden.

Gorbatschow allerdings war entsetzt über Kohls Vorpreschen. Dies bekam Hans-Dietrich Genscher am 5. Dezember am Rande des Warschauer Pakt-Gipfels im Moskau heftig zu spüren. Die scharfe Kritik wiederholte Gorbatschow dann noch in einem Schreiben an Kohl.¹⁷ Diese Kritik ließ bei Kohl anscheinend die Alarmglocken schrillen. Der Kanzler verlangte nun offenbar präzise Auskunft über die sowjetische Position. Nur so ist es meines Erachtens zu erklären, dass Teltschik schon am 6. Dezember 1989 Kohl eine ausführliche Stellungnahme vorlegte, in der er die amtlichen und nicht amtlichen Positionen des Kremls darlegte. Unter amtlichen verstand er dabei Gorbatschows offizielle Haltung, als nicht-amtliche die Überlegungen der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees. Dabei stellt Teltschik im Nachhinein, also quasi Kohls aktive Politik noch einmal gutheißen, die positive Wirkung der „Zehn Punkte“ dar, denn diese, so Teltschik, hätten verhindert, dass die Weltöffentlichkeit allein mit sowjetischen Vorschlägen zur deutschen Frage konfrontiert worden sei.¹⁸ Die Überlegungen Modrows waren in der Tat kein reiner DDR-Plan, sondern in Absprache mit Moskau entstanden. Nach der Verkündung der „Zehn Punkte“ war dieser Plan nun obsolet geworden.

Teltschik hielt es also für richtig, dass Kohl die Initiative ergriffen hatte. Die folgende Entwicklung gab ihm Recht. Kohls Umfeld verstand, dass Gorbatschow besorgt sein musste, insbesondere über die Rückwirkungen auf die strategische Situation der UdSSR, und berücksichtigte dies in der weiteren Vorgehensweise. So stellte schließlich Kohl die „Zehn Punkte“ gegenüber Moskau als Ausgangspunkt einer langjährigen Entwicklung dar, die am Ende zum Ziel einer deutschen Einheit führen sollte. Kohl wandte sich auch persönlich an Gorbatschow und versuchte, wie er es dann nannte, „offensichtlich vorliegende Missverständnisse“ auszuräumen.¹⁹ Dabei handelte sich um die wahrscheinlich gefährlichste Etappe im gesamten Wiedervereinigungsprozess.

16 Karner u. a.: Der Kreml und der deutsche Vereinigungsprozess 1989/90, S. 33.

17 Hanns Jürgen Küsters: Entscheidung für die deutsche Einheit, in: Küsters/Hofmann (Bearb.): Deutsche Einheit, S. 70.

18 Vorlage Horst Teltschiks an Helmut Kohl, 6. Dezember 1989, abgedruckt in: Küsters/Hofmann (Bearb.): Deutsche Einheit, S. 616–618.

19 Helmut Kohl: Erinnerungen 1982–1990. München 2005, S. 1009.

Kapitale Fehleinschätzungen auf sowjetischer Seite und keine klare Strategie

Ein ganz wichtiger Schritt in diesem war der Seegipfel vor Malta am 2. und 3. Dezember 1989, denn er endete mit einer kolossalen Fehleinschätzung der amerikanischen Haltung durch die sowjetische Delegation. Beide Präsidenten, George H. W. Bush und Gorbatschow, hatten sich auf eine enge Abstimmung in der deutschen Frage und insgesamt zu den Veränderungen in Europa verständigt, und Bush hatte Gorbatschow zugesichert, in der deutschen Frage keine übereilten Handlungen oder Versuche vorzunehmen, die Entscheidung hinsichtlich der Wiedervereinigung zu beschleunigen.²⁰ Aus den Gipfelgesprächen zog die sowjetische Delegation folgende Schlussfolgerung: „Unseren Informationen zufolge, und Gorbatschow war damit eins, hatten sich die Amerikaner zu diesem Zeitpunkt noch nicht entschieden, ob für sie die Entstehung eines geeinten Deutschlands von Vorteil ist oder nicht, besonders unter der zuvor erwähnten Haltung der Bündnispartner in der NATO.“²¹ Dieser Eindruck war grundlegend falsch.

Die nächste Station war die NATO-Ratstagung in Brüssel, auf der die westlichen Verbündeten eine gemeinsame Linie in der deutschen Frage abstimmten.²² Kohl und Bush traten im Schulterschluss auf, wodurch es gelang, trotz aller anfänglichen Widerstände, vor allem auf britischer und französischer Seite, eine gemeinsame westliche Linie zu entwerfen. Nach dem Muster des KSZE-Prozesses sollte es eine Konferenz über die äußeren Bedingungen der deutschen Einheit geben.

Wie reagiert man im Kreml darauf? Zunächst einmal gar nicht. Erst am 26. Januar 1990 versammelte Gorbatschow, der zu dieser Zeit mit schweren Nationalitätenproblemen und Zerfallserscheinungen im sowjetischen Imperium, etwa in Aserbaidschan, zu kämpfen hatte, eine größere deutschlandpolitische Runde.²³ Dazu gehörten die wichtigsten Politbüromitglieder, die Deutschlandexperten aus verschiedenen Abteilungen des Zentralkomitees und des

20 Auszug des Gesprächs Michail Gorbatschows mit George Bush sen. am 2. Dezember 1989, abgedruckt in: Galkin/Tschernjajew (Hg.): Michail Gorbatschow und die deutsche Frage, S. 249–252, hier 251.

21 Siehe die Aufzeichnungen A. S. Tschernjajews, abgedruckt in: Stefan Karner/Mark Kramer/Peter Ruggenthaler u. a. (Hg.): Der Kreml und die „Wende“ 1989. Interne Analysen der sowjetischen Führung zum Fall der kommunistischen Regime. Dokumente. Innsbruck 2014, S. 535–549 (Dokument 89), hier 540.

22 Hier und im Folgenden Küsters: Entscheidung für die deutsche Einheit, S. 68.

23 Hier und im Folgenden siehe die Aufzeichnungen A. Tschernjajews über die „Diskussion der deutschen Frage im Beraterstab“, 26. Januar 1990, in: Galkin/Tschernajew (Hg.): Michail Gorbatschow und die deutsche Frage, S. 286–291, hier 286. Original in: AFG, F. 2, op. 1, Dokument 17814, S. 1–5. In ihren Erinnerungen beschrieben diese Sitzung: Anatolij S. Černjaev: *Šest' let s Gorbachevym*. Moskau 1993, S. 346f.; Georgij Ch. Šachnazarov: *Cena svobody. Reformacija Gorbačeva glazami ego pomošćnika*. Moskau 1993, S. 125–127; Valentin Falin: *Politische Erinnerungen*. München 1993, S. 489f.

Außenministeriums. Es war das erste und zugleich auch letzte Treffen dieser Art. Gorbatschow zeigte sich dabei sehr optimistisch. Er meinte, trotz der sich beschleunigenden Diskussion über eine Wiedervereinigung Deutschlands würde der Prozess „zumindestens für einige Jahre hinausgezögert werden können und die UdSSR in der Zwischenzeit die Dinge zu ihrem Vorteil wenden können“, nicht zuletzt durch ein Ausschöpfen „unserer Truppenpräsenz in Ostdeutschland“.

Zudem war er davon überzeugt, dass ein wiedervereinigtes Deutschland außerhalb der NATO stehen würde. Knapp vier Stunden dauerte dieses Treffen. Gorbatschow legte dar, dass sich die sowjetische Regierung bemühen müsse, so viel Zeit wie möglich zu gewinnen. Die Hauptsache, so Gorbatschow, sei jetzt, den Prozess hinauszuzögern, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, was sein Endziel sein könnte. Zu diesem Zweck schlug er vor, in Übereinstimmung mit jenen NATO-Staaten vorzugehen, die einer Wiedervereinigung Deutschlands misstrauisch gegenüberstünden. Frankreich, sagte er, „will keine Wiedervereinigung“, und England fürchte sich „vor einer Degradierung auf den Rücksitz“. Thatcher und Mitterand erschienen ihm als nützliche Partner, um „jene zu bändigen, die in großer Eile sind“, ebenso wie Polen und andere.

Gorbatschow war davon überzeugt, dass der Warschauer Pakt überleben und sogar aufblühen würde, und die UdSSR die Präsenz ihrer Truppen in der DDR nutzen könnte, um die Geschwindigkeit der Veränderungen in Deutschland zu reduzieren sowie eine Beeinträchtigung der sowjetischen Sicherheitsinteressen zu verhindern. Gorbatschow war aber klar, Deutschland würde sich wiedervereinigen. Die Vereinigung sollte aber so lange wie irgendwie möglich hinausgezögert werden. Wie aber eine Verzögerungstaktik aussehen sollte, wurde nicht eigens erörtert. Außenminister Schewardnadse blieb ohne konkrete Anweisungen,²⁴ auch Verhandlungsstrategien wurden nicht ausgearbeitet. Marschall Achromejew wurde aber bereits beauftragt, den Abzug der Streitkräfte vorzubereiten. Parallel dazu, zwei Wochen nach diesem Treffen, bot die Sowjetunion am 11. Februar 1990 den Regierungen Polens, Ungarns und der Tschechoslowakei – nach ausdrücklichen Aufforderungen dazu – Verhandlungen über den Truppenabzug ihrer Streitkräfte an.²⁵

Die folgenden Stationen des Wiedervereinigungsprozesses sind in der einschlägigen Literatur ausführlich behandelt worden: von den entscheidenden Verhandlungen James Bakers mit Gorbatschow in Moskau im Februar 1990 bis hin zu Gorbatschows Zusicherung an die Deutschen auf das Recht der Selbstbestimmung während des Besuchs Kohls in Moskau und zur Umkeh-

24 Vladislav Zubok: *With his back against the Wall: Gorbachev, Soviet demise, and German reunification*, in: *Cold War History* 2014/4, S. 630.

25 Aufzeichnungen A. Tschernjaews über die „Diskussion der deutschen Frage im Beraterstab“, 26. Januar 1990, S. 286–291.

zung von „Vier-plus-Zwei“ zu „Zwei-plus-Vier“-Gesprächen.²⁶ Deutlich wurde zusehends eines: Gorbatschow konnte den Prozess nicht hinauszögern. Das lag vor allem am vorgegebenen Tempo durch Kohl und die US-Administration.

Typisch für die sowjetische Haltung im Wiedervereinigungsprozess ist das Auftreten der sowjetischen Delegation abseits der Open-Skies-Konferenz in Ottawa im Februar 1990, bei der es um die Abrüstung von Kampfflugzeugen und Mittelstreckenraketen ging. Thema überall in den Korridoren und abseits der Tagung war aber der „Zwei-plus-Vier“-Prozess. Darauf war die sowjetische Delegation unter Schewardnadse nicht vorbereitet. Schewardnadse beklagte sich im Gespräch mit seinem britischen Kollegen Douglas Hurd, dass nun plötzlich die deutsche Wiedervereinigung auf der Tagesordnung stehe. Ursächlich dafür sei ja der Reformunwillen Honeckers gewesen, die DDR sei selbst schuld an der entstandenen Lage. Nun sei es aber zu spät, jetzt könne man die Wiedervereinigung nur hinauszögern. Er warnte vor einer NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands und plädierte für Neutralität, was Hurd aber zurückwies mit dem Hinweis, dass in diesem Fall das mächtigste Land in Europa neben der UdSSR durch nichts und niemanden gebunden wäre. Das könne ja auch nicht, so Hurd, im Interesse der Sowjetunion sein – das Standardargument der westlichen Seite für eine NATO-Mitgliedschaft eines geeinten Deutschland.²⁷

Letztendlich einigte man sich in Ottawa auf den „Zwei-plus-Vier“-Mechanismus. Schewardnadse konnte nichts mehr verzögern, auch aufgrund einer fehlenden klaren Strategie. Ein wesentlicher Punkt dabei: das sich verschärfende Misstrauen zwischen Gorbatschow und Schewardnadse. Der sowjetische Außenminister, so ein interessanter Fund aus den Aufzeichnungen seines Assistenten, soll angeblich gefürchtet haben, dass ihn Gorbatschow nicht vor den orthodoxen Kräften in Moskau schützen, sondern als Sündenbock für die dann vollzogene deutsche Einheit ans Messer liefern würde.²⁸

Aufweichen der sowjetischen Position dank Wirtschaftshilfe?

Zum Thema Wirtschaftshilfe an die UdSSR gäbe es viel im Detail zu sagen. Hier nur so viel: Schon zum Start der „Zwei-plus-Vier“-Gespräche am 4. Mai 1990 in Bonn wurde im Prinzip die sowjetische Position zur NATO-Mitgliedschaft aufgeweicht. Schewardnadse erklärte, die Frage der Bündniszugehörigkeit eines vereinten Deutschland müsse nicht bis zum Abschluss des Vereini-

26 Siehe vor allem Küsters: Entscheidung für die deutsche Einheit; Philip Zelikow/Condoleezza Rice: Sternstunde der Diplomatie. Berlin 1997.

27 Karner u. a.: Der Krenl und der deutsche Vereinigungsprozess 1989/90, S. 76.

28 So die plausible Einschätzung der Haltung Gorbatschows und Schewardnadses zur deutschen Frage Anfang 1990. Siehe Zubok: With his back against the Wall, S. 627f.

gungsprozesses gelöst werden. Parallel dazu häuften sich die flehenden Bitten, der Sowjetunion wirtschaftlich zu helfen. Es ging um Milliardenkredite, etwa bei einer geheimen Mission Teltschiks mit Vertretern der Deutschen Bank und Dresdner Bank nach Moskau, wo parallel zum Start der „Zwei-plus-Vier“-Verhandlungen die Wirtschaftshilfe fixiert wurde.²⁹ Dies könnte Kohl veranlassen haben, sich im Vorfeld des Gipfels in Washington gegenüber Bush sehr optimistisch zu zeigen, dass Gorbatschow letztlich zustimmen werde, dass das vereinte Deutschland auch künftig der NATO angehören dürfe.

Nachdem Gorbatschow auf dem Gipfeltreffen mit US-Präsident Bush in Washington im Mai 1990 tatsächlich erklärt hatte, dass Deutschland selbst entscheiden dürfe, welchem Bündnis es angehören möchte oder nicht, herrschte innerhalb der sowjetischen Delegation große Aufregung, Falin und Achromjew waren geschockt. Sie nahmen Tschernjajew wutentbrannt in die Mangel und fragten, wie es dazu kommen konnte. Interessant ist, dass es sich auch Tschernjajew selbst nicht erklären konnte, warum sich Gorbatschow plötzlich so eindeutig festgelegt hatte. Am plausibelsten ist die Erklärung von Zelikow/Rice, dass Bush Gorbatschow mit dem Hinweis auf die Schlussakte von Helsinki, sprich über die freie Wahl der Bündniszugehörigkeit, auf dem falschen Fuß erwischt hatte.³⁰ Konnte er ihn aber wirklich auf dem falschen Fuß erwischen, nachdem die Wirtschaftsversprechen und Abmachungen schon erfolgt waren? Das wäre eine der noch offenen großen Fragen, ohne den Vorwurf strapazieren zu wollen, Gorbatschow hätte die DDR „verkauft“.

Fazit

Welche Rolle die Vereinigung Deutschlands beim Zerfall der Sowjetunion spielte, wird wohl nie genau einzuschätzen sein. Dass sie eine ganz gewichtige Rolle spielte, steht meines Erachtens außer Zweifel, aber sie war sicher nicht der entscheidende Todesstoß für die Sowjetunion. Ich möchte schließen mit einem sehr prägnanten Zitat von Schewardnades Assistenten, Stepanow-Mamaladze, der schon beim Start der „Zwei-plus-Vier“-Verhandlungen in Bonn Anfang Mai 1990 den Ausgang der Verhandlungen mit dem Schicksal Gorbatschows und Schewardnades verband: „Die Vereinigung Deutschlands ist eine Frage des persönlichen Schicksals“³¹ – von Gorbatschow und Schewardnadse. „Die Hartnäckigkeit, mit der sie sich gegen die Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands in der NATO aussprachen, ist erklärbar. Den deutschen Einigungsprozess kann man leicht als Untergrabung der Sicherheit der UdSSR auslegen, obwohl es im traditionellen Sinne nicht so ist. Aber der Zusammenbruch

29 Küsters: Entscheidung für die deutsche Einheit, S. 165f.

30 Zelikow/Rice: Sternstunde der Diplomatie, S. 377.

31 Karner u. a.: Der Kreml und der deutsche Vereinigungsprozess 1989/90, S. 108.

des sozialistischen Systems außerhalb der Organisation des Warschauer Pakts gibt den Gegnern der Perestrojka, Gorbatschows und seiner Außenpolitik starke Trümpfe. Vor dem Hintergrund des Zerfalls des Warschauer Pakts bleibt die NATO der Faktor der neuen Ordnung. Unsere Truppen verlassen Ungarn und die Tschechoslowakei, die amerikanischen bleiben. Der RGW macht den letzten Atemzug, die EG zieht immer stärker unsere ehemaligen Verbündeten und Partner an. Das Klagegeschrei, wofür haben wir Blut vergossen, ist nicht nur einfach Ergebnis einer Hysterie und Psychose einer zerfallenden Supermacht. Dahinter stehen äußerst ernsthafte Motive und Tendenzen. Die Vereinigung Deutschlands unterstreicht gleichsam den größten Triumph in der unglückseligen Geschichte unseres Landes. Den Sieg über den deutschen Faschismus, den Sieg, der wiederum gleichsam das Recht auf die Existenz eines solchen Staates heiligt. Wo wir doch gesiegt haben, wo wir doch durchgehalten haben, nicht von ungefähr entstanden sind und so gequält und so viel Blut vergossen haben. Weiters gab der Sieg über Deutschland den Anstoß zur Umwandlung der Sowjetunion in eine Weltmacht. Ein Verlust dieses Status wird weder Gorbi noch Schewi [Schewardnadse] verziehen werden. Schlussendlich zählte die Teilung Deutschlands bei uns immer zur größten Errungenschaft außenpolitischen Denkens, das mit solch einer Teilung die ewige Bastion der Sicherheit Russlands vor dem ewigen deutschen Aggressor geschaffen hatte. Nun wird diese Bastion zerstört.³²

Weder Gorbatschow noch Schewardnadse waren grundsätzlich gegen die deutsche Wiedervereinigung – im Gegensatz zu vielen Opponenten in Moskau. Sie versuchten im Verhandlungsprozess ein Maximum an positiven Resultaten für die Sowjetunion herauszuholen und gingen von einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschland für die Zukunft aus, verbunden mit der Hoffnung, dass die Sowjetunion gemäß Gorbatschows Philosophie eines „Gemeinsamen Hauses Europa“ in eine neue europäische Sicherheitsstruktur eingebunden werde, in der sie gleichberechtigt sei. Daran konnten Gorbatschow und Schewardnadse in den Jahren 1990 und 1991 nur scheitern.

32 Ebd.

Militärische Optionen? Die Balkankriege und die Regierung Kohl*

Klaus Naumann

Mein ursprüngliches Thema lautete: Militärische Optionen auf dem Balkan? Der Jugoslawienkrieg und die Militärstrategie der Regierung Kohl. Ich habe nach meinen Hinweisen auf das Fehlen einer Strategie der Regierung Kohl in den Jugoslawien-Kriegen, geschweige denn einer Militärstrategie, das heutige Thema zugewiesen erhalten.

Ich will wie folgt vorgehen: Ich werde zunächst noch einmal kurz die Jugoslawienkriege in Erinnerung rufen, dann die deutsche Haltung in diesen Krisen skizzieren und auf die Position der Regierungen Kohl zu Militäreinsätzen eingehen, bevor ich mit den daraus zu gewinnenden Lehren schließen werde.

I.

Als Jugoslawienkriege, oft auch Balkankonflikt genannt, wird eine Serie von Kriegen auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien gegen Ende des 20. Jahrhunderts bezeichnet, die mit dem Zerfall des Staates Jugoslawien verbunden waren. Dabei handelt es sich um den 10-Tage-Krieg in Slowenien (1991), den Kroatienkrieg (1991–1995), den Bosnienkrieg (1992–1995), den kroatisch-bosnischen Krieg im Rahmen des Bosnienkriegs, sowie, nach dem Ende von Kohls Amtszeit, den Kosovokrieg (1999) und den Albanischen Aufstand in Mazedonien (2001).

Nach Volksabstimmungen, die jedoch nicht die Verpflichtung zum gegenseitigen Einverständnis bei der Neuregelung von Grenzveränderungen berücksichtigten, erklärten zunächst Slowenien und Kroatien im Juni 1991 ihre Unabhängigkeit, gefolgt von Mazedonien (November 1991) und Bosnien-Herzegowina (März 1992). Die Zentralregierung in Belgrad war nicht bereit, die Abspaltungen zu akzeptieren und versuchte mit der serbisch dominierten Jugoslawischen Volksarmee (JNA) die Unabhängigkeitsbestrebungen in Slowenien und Kroatien militärisch zu vereiteln. 1992 weitete sich der Krieg auch auf Bosnien-Herzegowina aus.

Die Jugoslawienkriege wurden durch eine komplexe Vermischung von ethnischen, religiösen und schweren ökonomischen Problemen verursacht, denen sich Jugoslawien schon seit den 1980er Jahren ausgesetzt sah. Eine wesentliche Ursache der nach dem Tod Titos einsetzenden Streitigkeiten zwischen den Republiken lag in der Verteilung der finanziellen Mittel zwischen den Teilre-

* Vortrag anlässlich der Fachtagung „Die Ära Kohl im Gespräch“ am 7./8. Juli 2016 auf dem Petersberg in Königswinter.

publiken – ähnlich dem deutschen Länderfinanzausgleich. Angesichts der Hyperinflation der 1980er Jahre und den immer geringeren werdenden Mitteln beanspruchten Kroatien und Slowenien als die wohlhabenderen Teilrepubliken größere Teile der bei ihnen erwirtschafteten Mittel für sich, während die ärmeren Länder Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Montenegro sowie Serbien mit seinen beiden autonomen Provinzen Kosovo und Vojvodina einen höheren Anteil als Ausgleich für die schlechte Wirtschaftslage verlangten. Dieser Konflikt konnte, nicht zuletzt aufgrund des nicht klar etablierten Regierungssystems, politisch nicht gelöst werden.

Die damit ohnehin aufgeheizte Atmosphäre hatte 1986 die Serbische Akademie der Wissenschaften und Künste mit ihrem SANU-Memorandum vollends vergiftet, in dem sie das politische System Jugoslawiens angriff und von einer systematischen Benachteiligung des serbischen Volkes sprach, ja sogar von einem „Genozid“ an den Serben im Kosovo. Der Nationalismus innerhalb der jugoslawischen Völker, insbesondere innerhalb der albanischen und serbischen Volksgruppe, nahm immer mehr zu. Dazu trug auf serbischer Seite besonders die Politik von Slobodan Milošević bei, seit September 1987 Parteisekretär des Bundes der Kommunisten Serbiens. Er initiierte 1989 eine Änderung der serbischen Verfassung, mit der die seit den Verfassungsänderungen von 1967 und 1974 praktisch auf Republikstatus ausgeweiteten Autonomierechte der serbischen Provinzen Kosovo und Vojvodina faktisch abgeschafft wurden. Damit wurde aufgehoben, was Tito gezielt herbeigeführt hatte, nämlich die Position Serbiens zu schwächen, um eine den tatsächlichen Bevölkerungsanteilen in Jugoslawien entsprechende Dominanz der serbischen Bevölkerung auf der politischen Ebene der jugoslawischen Bundesrepublik zu verhindern. Gleichzeitig wurde die politische Führung der Regionen durch Gefolgsleute von Milošević ersetzt. Zusätzlich angeheizt wurde das politische Klima auch durch nationalistische, antiserbische und antisemitische Äußerungen Franjo Tuđmans, des späteren kroatischen Staatspräsidenten. Erschwerend hinzu kamen in Kroatien die öffentliche Darstellung von nationalistischen Symbolen, die Diskriminierung von Serben, vor allem im Beruf, das brutale Vorgehen der Polizei, die Verharmlosung serbischer Opfer im Zweiten Weltkrieg und schließlich eine um sich greifende „Serbophobie“.

Slowenen und Kroaten entwickelten Reformvorschläge zur Überwindung der Krise und wollten eine politische und ökonomische Liberalisierung sowie die Umwandlung des Bundesstaates in eine Konföderation. Die serbische Führung unter Slobodan Milošević schlug dagegen Verfassungsänderungen zur Stärkung des Zentrums vor.

1990 kam es zu ersten freien Wahlen in einigen Teilrepubliken, die in Kroatien und Slowenien mehrheitlich von den nach staatlicher Unabhängigkeit strebenden Parteien gewonnen wurden. Nach entsprechenden Referenden proklamierten am 25. Juni 1991 sowohl Slowenien als auch Kroatien ihre Unab-

hängigkeit. Das sah die Führung in Belgrad als Verfassungsbruch an. Sie versuchte unter maßgeblichem Einfluss von Milošević, die Unabhängigkeit mit Hilfe der Jugoslawischen Volksarmee (JNA) zu verhindern. So kam es im Juni 1991 in Slowenien zu ersten Kämpfen mit der jugoslawischen Armee. Auch die anderen in Jugoslawien schwelenden Konflikte entwickelten sich zum offenen Krieg. Insbesondere in den Republiken mit ethnisch weitgehend heterogener Bevölkerung (Bosnien-Herzegowina, Kroatien) kam es zu harten und lang andauernden Kämpfen. Allein in Bosnien forderte der Krieg um die 100.000 Todesopfer. Es kam zu Massenfluchten, Vertreibungen und Zerstörungen. Eines der Probleme der neuen Republiken Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina war ihre Schutzlosigkeit gegenüber der JNA. Sie mussten eigene Armeen aus Polizei und Territorialverteidigung improvisieren und litten dazu noch unter dem gegen ganz Jugoslawien verhängten Waffenembargo.

Die meisten westlichen Staaten waren im Jahr 1991 noch entschlossen, Jugoslawien als Staat zu erhalten, kamen jedoch mit der Zeit zur Einsicht, dass dies nicht mehr zu verwirklichen war. Eine im Jahr 1992 von der EU eingesetzte Kommission stellte abschließend fest, dass die Grenzen der ehemaligen Teilrepubliken Jugoslawiens als zwischenstaatliche Grenzen der nun souveränen Nachfolgestaaten zu betrachten seien.

Die Kriege im Einzelnen muss ich nicht mehr schildern. Wir alle erinnern uns an die Schreckensbilder, die ab 1992 durch unsere Nachrichten gingen, wir erinnern uns auch an die gewaltige Zahl von Flüchtlingen, zunächst überwiegend aus Kroatien und Bosnien-Herzegowina, die vor allem in Deutschland Zuflucht suchten und wir erinnern uns an das großspurige Wort des luxemburgischen Außenministers Poos, der die Lösung der Konflikte als die Stunde Europas sah.

Wie stand Deutschland zu den Kriegen vor seiner Haustür, die keineswegs überraschend kamen, denn interne Papiere, vor allem im Verteidigungsministerium, waren schon Mitte der 1970er Jahre zu dem Schluss gekommen, dass nach dem Tod Titos ein gewaltsames Zerbrechen Jugoslawiens nicht ausgeschlossen werden könne. Hätte Deutschland militärische Optionen gehabt?

II.

Die Bundesregierung stand vor einem kaum auflösbaren Dilemma. Einerseits galt es die Prinzipien der Charta von Paris, darunter vor allem eben die Unverletzlichkeit von Grenzen, zu bewahren, doch andererseits galt es auch das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu schützen, das Deutschland ja gerade in seiner Vereinigung in Anspruch genommen hatte. Des Weiteren wollte Deutschland keineswegs eine Sonderrolle spielen, denn Kohls vorrangiges Ziel war es, die Politische Union Europas voranzubringen. Dazu brauchte er vor allem Frankreich, das im Laufe der Balkankrise zunehmend stärker die

noch aus dem Ersten Weltkrieg stammende Unterstützung der Serben zur Leitlinie seiner Balkanpolitik machte. Zudem hatte Deutschland zu bedenken, dass eine Reihe seiner EU-Partner, so Spanien, Frankreich und Großbritannien, mit Autonomiebewegungen zu kämpfen hatte, die eine Anerkennung von Slowenien und Kroatien als Ermunterung hätten sehen können. Bundesaußenminister Genscher, wie stets in seiner Politik getrieben von den Medien, die er meist vorher in seine Richtung gelenkt hatte, war strikter Befürworter einer Anerkennung Kroatiens und Sloweniens. Kohl konnte dem wenig entgegensetzen, denn er hatte schließlich das Selbstbestimmungsrecht zum zentralen Argument erhoben. Über Kroatien und Slowenien kam es zu schwerem Streit zwischen Kohl und Mitterand, der sicher doch ein wenig beeindruckt war von den in Frankreich immer mehr erhobenen Verdächtigungen einer Verbindung zwischen der bundesdeutschen Politik und der kroatischen ehemaligen Ustascha. Mitterand droht im September unverhohlen, die Verhandlungen über die Politische Union platzen zu lassen. Mitterand war es wohl auch, der den nahezu bis zum Ende der Amtszeit Helmut Kohls geltenden Grundsatz auslöste, keine deutschen Truppen in Gebiete zu entsenden, in denen die Wehrmacht gekämpft hatte. Schon damit hatte Kohl die durchaus vorhandenen, wenn auch begrenzten militärischen Optionen Deutschlands aus dem Spiel genommen, vor allem aber hatte er Deutschland wieder in eine Sonderrolle gebracht, die doch gerade mit der Wiederherstellung der staatlichen Einheit überwunden worden war. Er betonte dazu noch gegenüber Mitterand, dass dies auch gelten würde, wenn das deutsche – allerdings vorgeschobene – Verfassungsproblem gelöst sei. Alle Bundesregierungen hatten nämlich seit einem Beschluss des Bundessicherheitsrates vom 3. November 1983 stereotyp behauptet, das Grundgesetz lasse die Entsendung deutscher Truppen in Gebiete außerhalb des NATO-Vertragsgebietes nicht zu, es sei denn, es läge ein Konflikt vor, der zugleich als völkerrechtswidriger Angriff auf die Bundesrepublik Deutschland zu sehen sei. Nahezu alle führenden deutschen Staatsrechtler hielten die dem Beschluss zugrundeliegende Rechtsposition für nicht haltbar, aber die gebetsmühlenartige Wiederholung einer unbegründeten Position durch alle Bundesregierungen und insbesondere durch den in dieser Sache unermüdlichen Außenminister Genscher verfehlte ihre Wirkung nicht: Die Menschen in Deutschland glaubten der Regierung und das tat auch die Mehrheit der Soldaten der Bundeswehr. Als ich 1991 Generalinspekteur wurde, war die Mehrheit der Soldaten der Meinung: Landesverteidigung ja, aber kein Einsatz außerhalb Deutschlands. Wer im Bündnis eingesetzt war – und ich war dies zum Zeitpunkt des Bundessicherheitsrats-Beschlusses von 1983 – sah sich oft erbarmungslosem Spott alliierter Kameraden ausgesetzt, die, gestützt auf Gutachten ihrer Rechtsexperten, die deutsche Position als das entlarvten, was sie tatsächlich war: Ein Feigenblatt, hinter dem Deutschland sich vor der Übernahme größerer Verantwortung verstecken wollte.

Der Beschluss Dubrovniks durch die Serben ließ dann die Stimmung kippen, eine Mehrheit in der EU für eine Anerkennung der neuen Staaten, ja, sogar für ein Eingreifen schien in greifbare Nähe zu rücken. Dennoch entschloss sich der Bundeskanzler, erneut getrieben von Genscher und den Medien, noch vor Weihnachten im Alleingang Kroatien und Slowenien anzuerkennen. Es darf hier nicht unerwähnt bleiben, dass so mancher unserer Verbündeten Deutschland die Verantwortung dafür zuschrieb, durch die von der Bundesregierung forcierte Anerkennung Kroatiens die Lawine der Balkankriege ins Rollen gebracht zu haben. Ich teile diese Ansicht nicht, denn das mit brutaler Repression zusammengehaltene Kunstgebilde Jugoslawien war nicht zu erhalten. Alle wussten, dass Jugoslawien nach Titos Tod zerbrechen würde.

Die eigentliche Lehre aus dem Fall Kroatien ist, dass man nicht nur zur Anerkennung und Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker bereit sein muss, sondern auch zum Schutz wehrloser Staaten, die unter Berufung darauf entstanden und international anerkannt wurden. Deutschland war im Fall Kroatien zu dieser Konsequenz nicht bereit. Europa war es auch nicht, es nahm erst den Mund zu voll und blieb uneinig, und in den Vereinigten Staaten glaubte der Vize-Außenminister Larry Eagleburger, ehemals Botschafter in Belgrad, noch immer daran, dass Jugoslawien zu reparieren sei, was die USA aber nicht hinderte, über die CIA Kroatien durch Waffen und Ausbildung zu unterstützen. Milošević jedoch wusste Dank Kohls Wort „Keine deutschen Truppen auf dem Balkan!“, dass er Handlungsfreiheit hatte, weil NATO wie EG – auf Einstimmigkeit angewiesen, aber uneinig – nicht eingreifen würden. Das Hinnehmen der brutalen Zerstörung Vukovars durch die Weltöffentlichkeit lieferte ihm den letzten Beweis dafür. Milošević nutzte von da an seinen Spielraum hart und skrupellos und verstand es auch, die Ambitionen des kroatischen Präsidenten Tudjman zu seinen Gunsten auszuspielen. Kroatien und Serbien führten zwar Krieg in Slawonien, arbeiteten aber gleichzeitig unter der Hand gemeinsam an der Aufteilung Bosnien-Herzegowinas. Beide wussten, dass Kohl in dieser Zeit die Ratifizierung des Maastrichter Vertrages zur eindeutigen Priorität erklärt hatte. Der Balkan war Nebensache, Ablenkung durch Jugoslawien konnte er nicht gebrauchen. Zudem war die deutsche Politik durch seine Selbstfesselung in Sachen Militäreinsätze zum Akteur zweiten Grades geworden. Frankreich und Großbritannien nutzten das und machten jetzt in Jugoslawien Politik über die Vereinten Nationen. Wie kühl man das spielen kann, habe ich selbst erlebt, als ich, da kein Truppensteller, bei einer Tagung der Generalstabschefs der Westeuropäischen Union (WEU) gebeten wurde, den Raum bei der Behandlung des Themas Jugoslawien zu verlassen.

Dem Bundeskanzler war keineswegs wohl bei der Leisetreterei, insbesondere, weil er durch das FDP-geführte Außenministerium auch noch gezwungen wurde, das von ihm als unmoralisch empfundene Waffenembargo einzuhalten. Er drängte auf und suchte nach diplomatischen Lösungen, und es gelang auch,

durch Mitwirkung in der Kontaktgruppe ab 1994 die diplomatische Isolierung zu durchbrechen. Dennoch blieb die Bundesrepublik Deutschland Akteur in der zweiten Reihe, weil sie sich militärisch nicht beteiligte, noch nicht einmal an Friedenstruppen. Auch als im Juli 1994 das Bundesverfassungsgericht die Rechtsauffassung des Bundesverteidigungsministeriums und der Verbündeten bestätigte, wonach Einsätze der Bundeswehr über die Landesverteidigung hinaus zulässig sind, blieb der Bundeskanzler mehr als zurückhaltend, diese Option zu nutzen. Am deutlichsten wurde dies, als er seine Haltung dem neuen Jugoslawien-Vermittler Carl Bildt erläuterte. Es blieb beim Mantra: Keine deutschen Truppen auf dem Balkan. Das ist der Punkt, zu dem ich mir bis heute Vorwürfe mache. Es war eine kaum ernsthaft, allenfalls emotional begründbare Linie des Bundeskanzlers, aber ich habe sie als politische Vorgabe loyal mitgetragen.

Nahezu die gesamte Kriegsgeneration äußerte sich unisono in diesem Sinn. Außerdem war die Bundeswehr in ihrer inneren Einstellung noch nicht reif für einen solchen Einsatz. Vor allem aber war da bei mir eben auch die nüchterne Einsicht in die gegebene politische Situation in Deutschland am Anfang der 1990er Jahre. Es wäre ein blindes Anrennen gegen die Wand geworden, hätte man versucht, eine deutsche Beteiligung an militärischen Zwangsmaßnahmen durchzusetzen. Es gab dafür keine Aussicht auf Erfolg. Zu meiner Entlastung kann ich nur sagen, dass ich im Gegensatz zu den handelnden Politiker die Gegenspieler wie Tudjman, Izetbegovic und vor allem den Hauptverantwortlichen, Slobodan Milošević, nicht persönlich kannte. Ich habe sie alle, vor allem aber Milošević, kennen und einschätzen gelernt, als ich ab 1996 Chairman des Military Committee war. Milošević wusste genau, dass die Verwirklichung seiner groß-serbischen Träume nur mit Gewalt und nur gegen den Widerstand vieler in Europa durchzusetzen war. Was er dazu unter allen Umständen verhindern musste war, dass seine Gegner die Einmütigkeit entwickelten, aus der die Kraft zum Handeln entsteht. Stimmen wie die Deutschlands, so ehrbar die moralische Begründung gewesen sein mag, trugen dazu bei, die Uneinigkeit Europas und somit den Handlungsspielraum für Milošević zu erhalten. So lange aber Europa nicht mit einer Zunge sprach, war es eben auch unmöglich, die USA zum Handeln zu bewegen und Russland dazu zu bringen, seine schützende Hand von Milošević wegzuziehen. Die führenden Politiker aller NATO-Staaten und Russlands damaliger Präsident kannten ihre Gegenspieler in Jugoslawien und ahnten zumindest, was diese wollten. Sie hätten das grausame Spiel, das auf dem Rücken so vieler Unschuldiger ausgetragen wurde, eher erkennen und durchkreuzen können und müssen. Sie taten es nicht, weil Jugoslawien für sie einfach keine Priorität hatte.

Viele Beobachter der jugoslawischen Tragödie teilten die Ansicht, dass frühes, entschlossenes, notfalls bewaffnetes Eingreifen gegen den von Milošević angestachelten Nationalismus der Serben möglicherweise das dann bis 1995

anhaltende und ab 1998 im Kosovo erneut beginnende Blutvergießen hätte verhindern können. Deutschland hat mit seiner Haltung bis 1995 geschlossenes Handeln unmöglich gemacht, hat damit Frankreich und Großbritannien erlaubt, die noch immer wirkmächtigen Sympathien für Serbien verdeckt zur Geltung zu bringen, und es hat seine eigenen, wenn auch bescheidenen, militärischen Optionen verspielt.

Je mehr die Krise sich ab 1994 zuspitzte, desto drängender wurde nun aber auch die Frage nach deutscher militärischer Beteiligung.

III.

Früh, schon 1992, beteiligte sich Deutschland an humanitärer Hilfe durch Gestellung von Transportfliegern für den Transport von Hilfsgütern nach Sarajewo. Der Einsatz begann am 4. Juli 1992 und dauerte bis zum 9. Januar 1996. Rund 1.400 mal flogen unsere Transall nach Sarajewo und brachten mehr als 10.000 Tonnen Material in die Stadt. So manches Mal wurden die, die Hilfe brachten, beschossen. Einmal, im Februar 1993, wurde eine unserer Transall getroffen und der Lademeister schwer verwundet. Im März 1993 begann die Versorgung der Bevölkerung Bosniens im sogenannten Air Drop. Mehr als 300 mal flogen amerikanische C-130 und deutsche und französische Transall von Frankfurt in den Luftraum über Bosnien-Herzegowina und warfen mehr als 2.000 Tonnen Lebensmittel und Hilfsgüter ab. Immer wieder kamen unsere Flieger unter Beschuss, denn zum Abwurf mussten die Flugzeuge die sichere Reiseflughöhe verlassen. Ich habe selbst einen dieser Flüge mitgemacht und die auf unser Flugzeug gerichteten Flugabwehrgranaten unter uns detonieren sehen. Schnell erkannten wir, dass wir unsere Transall behelfsmäßig und rasch nachrüsten mussten: Der Einbau von GPS-Empfängern, Radarwarnempfängern und CHAFF-Dispensern zum Ablenken von Flugkörpern waren als Sofortmaßnahmen unumgänglich. Die konstruktionsbedingten Mängel unserer damals schon betagten Transall, die für diese Art von Missionen nicht gebaut worden waren, konnten wir natürlich nicht beheben. Unsere Luftwaffe braucht ein neues, modernes Transportflugzeug, das stand schon 1992 fest. Umso bedauerliches ist es, dass fast 25 Jahre später, vor allem als Folge politischer Fehlentscheidungen, der Mangel noch immer besteht und noch immer kein neues leistungsfähiges Flugzeug in ausreichender Zahl im Bestand der Luftwaffe ist.

Ebenfalls seit Sommer 1992 beteiligte Deutschland sich an der Operation SHARP GUARD, der von NATO und WEU gemeinsam durchgeführten Überwachung des Handels- und Waffenembargos in und über der Adria. Die Bundeswehr stellte ab Juli 1992 bis Sommer 1996 regelmäßig zwei Schiffe (Fregatten oder Zerstörer) und drei auf Sardinien stationierte Seefernaufklärungsflugzeuge vom Typ Breguet Atlantique. Hinzukam die logistische Unter-

stützung dieser Kräfte durch Tanker, die für NATO und WEU zur Verfügung gestellt wurden, und durch zahllose Versorgungsflüge.

Man wird über Embargooperationen ebenso streiten können wie über Sanktionen und deren Wirksamkeit. Die Tatsache aber, dass in den vier Jahren der Operation rund 75.000 Schiffe abgefragt, fast 6.000 kontrolliert, rund 1.400 umgeleitet und drei beschlagnahmt wurden, hatte zusammen mit den Sanktionen und der Überwachung der albanischen Häfen durch UN-Teams sicher Auswirkungen für Serbien und Montenegro. Es waren rein wirtschaftliche Folgen, aber auch für das westliche Bündnis von Interesse. Man gewann wertvolle Erfahrungen in der politischen und militärischen Abstimmung und Kontrolle von Einsätzen unterhalb der Schwelle des Krieges, Erfahrungen, die später manches in Bosnien und im Kosovo einfacher machten. Als Beispiel nenne ich nur die Abstimmung und Autorisierung der Einsatzregeln (ROE). Politiker wie Militärs in Deutschland lernten aus den Erfahrungen in der Adria und erkannten, dass Einsätze nur beginnen können, wenn die Einsatzregeln dem Auftrag entsprechend klar festgelegt sind. Wir begriffen auch, dass man an solchen Einsätzen nur dann teilnehmen sollte, wenn man als Nation alle Einsatzregeln auch für die beteiligten eigenen Kräfte freigeben kann.

Die deutsche Teilnahme an der Embargoüberwachung war bündnispolitisch weit wichtiger als dies auf den ersten Blick erscheinen mag. Sie zeigte den Partnern, dass Deutschland auch in der Jugoslawienkrise bereit war, Verantwortung zu übernehmen, und dass die Bundesregierung trotz eines unverändert zögerlichen Bundeskanzlers Schritt für Schritt Wege suchte, den Konsens in der Gesellschaft über die Teilnahme der Bundeswehr an Friedensoperationen zu erweitern und zu vertiefen.

Für die Soldaten der Bundeswehr war es ein weiterer, wenn auch kleiner Schritt hin zur Einsatzarmee. Das Erleben des Einsatzes gemeinsam mit den Kameraden aus den anderen NATO-Ländern hat damals vielen noch einmal vor Augen geführt haben, dass Soldat in der Welt nach dem Kalten Krieg zu sein heißt, im Frieden jederzeit bereit zu sein, auch fern der Heimat eingesetzt zu werden. Der seefahrende Teil unserer Marine hatte dies seit Jahrzehnten so erlebt, insofern war es für sie nichts Neues, wohl aber für Heer und Luftwaffe. Neu war die allmählich entstehende politische Zielsetzung, Militär und damit potentiell Gewalt einzusetzen, um Frieden zu erzwingen oder zu erhalten.

Der eigentliche Schritt aber, der Einsatz auf dem Boden Jugoslawiens, war damit noch nicht getan. Er erfolgte nach der dramatischen Wende der Situation in Bosnien, erzeugt durch den Fall der bosnischen Enklaven im überwiegend serbischen Osten Bosniens, allen voran Srebrenica. Die Geduld der westlichen Welt ging zu Ende.

Pfingsten 1995 ergriff Frankreich die Initiative und berief eine Konferenz in Paris ein, die zunächst noch vage, aber erkennbar, eine schnelle europäische

Eingreiftruppe für Bosnien schaffen wollte. Frankreich brachte damit einen Stein ins Rollen, der wenige Wochen später bei einer weiteren Konferenz im Lancaster House in London zu dem Ergebnis führte, dass ein schneller Eingreifverband aufgestellt und sein Zusammenwirken mit NATO und UN geregelt wurde. Deutschland beteiligte sich daran durch Entsendung eines Feldlazarettes und mit Luftaufklärung. Ende Juni 1995 beschloss der Deutsche Bundestag die Entsendung unserer Sanitäter nach Trogir in Kroatien und die Beteiligung der Luftwaffe. Die Auflage war, dass deutsche Soldaten nicht auf dem Boden in Bosnien-Herzegowina, in der Box, wie das im Jargon heißt, eingesetzt wurden. Doch schon die Entwicklung der Lage im Sommer und Herbst 1995 machte diese Auflage zunehmend fragwürdig. Im Spätsommer 1995 erfolgten nach dem Massaker von Sarajewo die Luftschläge der NATO, nachdem Bosnier und Kroaten den Serben in Bosnien die Initiative auf dem Boden entrissen und sie in Kroatien überraschend schnell besiegt hatten. Deutsche ECR- und RECCE-Tornado, die seit Juli in Piacenza stationiert waren, wurden Ende Juli 1995 der NATO für den Einsatz unterstellt. Ab Ende August nahmen sie an den NATO-Luftoperationen über Bosnien-Herzegowina teil. Damit befanden sich ab Ende August 1995 Soldaten der Bundeswehr zum ersten Male in einem bewaffneten Konflikt.

Die NATO-Operation „Deliberate Force“ endete am 14. September 1995. Die Verhandlungen über eine friedliche Lösung für Bosnien begannen. Die Konferenz von Dayton beschloss eine NATO-geführte Implementierungstruppe – IFOR.

Niemand in der Bundesregierung zweifelte, dass Deutschland sich beteiligen musste, aber innenpolitisch wirkten noch die seit 1992 aufgebauten Hemmschwellen gegenüber einem Einsatz in Bosnien selbst nach. Am 6. Dezember 1995 beschloss der Deutsche Bundestag die Entsendung eines rund 2.500 Mann starken Unterstützungsverbandes, der aus seinem Einsatzraum in Kroatien heraus die NATO-Implementierungstruppe logistisch unterstützen sollte. Dies war zwar immer noch ein Einsatz mit Einschränkungen, doch die entscheidende Hürde war genommen: Deutschland beteiligte sich mit Bodentruppen an dem NATO-Einsatz in Jugoslawien. Die Bundeswehr war damit Ende 1995 zurückgekehrt in den Kreis unserer Verbündeten. Jedermann wusste nun, dass die noch fehlenden Schritte zur vollen Normalität nur noch eine Frage der Zeit waren. Sie wurden in den Jahren bis 1999 auch relativ rasch getan, und sie konnten auch relativ rasch getan werden, weil eine Voraussetzung geschaffen war, als ich mein Amt als Generalinspekteur im Februar 1996 abgab: Die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr hatten den Einsatz als Friedensaufgabe angenommen, die innere Umstellung von der Ausbildungsarmee auf die Einsatzarmee war vollzogen.

Organisatorisch war das eingeleitet, was Mitte der 1990er Jahre politisch durchsetzbar war. Ein Kontingent von rund 50.000 Mann Krisenreaktionskräf-

te, einschließlich des neu aufgestellten Kommandos Spezialkräfte, sollte bis zum Jahr 2000 bereitgestellt werden. In diesen Verbänden sollten nur Zeit- und Berufssoldaten sowie freiwillig länger als zehn Monate dienende Wehrpflichtige dienen. Das Ziel war, geschlossene Verbände der Bundeswehr für den Einsatz verfügbar zu haben. Die Bundesregierung und der Bundestag hatten diese Planung zur Kenntnis genommen und die Bundesregierung hatte eine Anhebung des notleidenden Verteidigungshaushaltes beschlossen. Diese Pläne lösten nicht gerade Begeisterung bei der damaligen Opposition aus. Mehr war deshalb nicht zu machen, denn das politische Ziel von Verteidigungsminister Rühle war es, mit der Opposition einen Grundkonsens in den Schlüsselfragen der Verteidigungspolitik wiederherzustellen. Diese Befindlichkeit der Jahreswende 1995/96 darf nicht vergessen werden, wenn heute geschichtsklitternd beklagt wird, die überfälligen Reformen in der Bundeswehr seien bis zum Regierungswechsel 1998 versäumt worden. Es ist sicher nicht genügend getan worden, vor allem wurde versäumt umzusteuern, als sich die finanziellen Zusicherungen des Bundeskanzlers, die Grundlage der Planungen des Jahres 1995 gewesen waren, schon im Sommer 1996 in Luft auflösten. Dennoch war eine, wie die Entwicklung ab 1999 im Übrigen zeigte, zukunftsweisende Grundlage geschaffen worden. Ohne sie hätte die Bundesregierung 1999 im Kosovo-Konflikt nicht so entschlossen handeln können wie sie es dankenswerterweise getan hat.

Der Einsatz der Bundeswehr im Kosovo stellte die volle Rückkehr Deutschlands und seiner Bundeswehr in die Gemeinschaft der NATO-Staaten dar. Deutschland zeigte, dass es bereit ist, solidarisch mit seinen Partnern zu handeln, wenn es darum geht, bedrohtes Leben zu schützen und den Frieden in Europa wiederherzustellen, und dazu notfalls auch Waffen einzusetzen. Der Nutznießer der erwiesenen Solidarität der Verbündeten in der Zeit des Kalten Krieges hatte in unglaublich kurzer Zeit den großen Schritt getan, anderen solidarisch beizustehen.

IV.

Die vielleicht wichtigste Lehre und Folgerung ist, dass Deutschland in EU und NATO keine Sonderrolle spielen darf – eine hochaktuelle Einsicht mit Blick auf die Diskussionen nach dem Brexit.

Deutschland war 1991 dabei, sich mit seiner Position erneut in eine Sonderrolle zu bringen und das in dem Augenblick, in dem die durch die deutsche Teilung erzwungene Sonderrolle zu Ende gegangen war. Eine Sonderrolle Deutschlands aber wäre unvereinbar mit der im Zuge der Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten deutlich artikulierten Politik, durch internationale Einbindung Ängste vor diesem größeren Deutschland zu mindern. Die ab 1992 eintretende Fehlentwicklung wurde erst 1995 korrigiert.

Hinzu kam, dass ein Land, das sich internationaler Solidarität mit den Schwachen verweigert, das seinen Egoismus durch immer stärkere Verwandlung in eine Spaßgesellschaft auslebt, auf Dauer keine Sympathie, sondern nur Verachtung ernten würde. Eine solche Entwicklung barg Risiken in sich und konnte daher nicht im Interesse Deutschlands liegen, denn allzu viele wahre Freunde hat Deutschland auch heute noch nicht. Sie könnte auch dazu führen, dass Vieles von dem, was an Versöhnung mit den Nachbarn erreicht worden ist, rückgängig gemacht oder zumindest in seiner anhaltenden Wirksamkeit eingeschränkt werden würde. Daran gilt es auch heute noch zu denken, wenn in jeder Krise nahezu gebetsmühlenartig als erste Stellungnahme der Politik zu hören ist, es gäbe keine militärische Lösung. Es gibt fast immer eine militärische Lösung, wenn man den politischen Willen dazu und die Fähigkeiten dafür hat. Ob man sie nutzt, ist eine Frage der Risikobewertung. Sicher ist nur, wer stets als Erstes sagt, es gäbe keine militärische Lösung, ermutigt den Gegenspieler, genau diese zu suchen, weil damit für ihn das Risiko vermindert wird.

Eine weitere Folgerung ist, dass man in einer Welt voller ungelöster Nationalitätenkonflikte Staaten nur anerkennen darf, wenn man, sofern der anerkannte neue Staat dessen bedarf, auch bereit ist, ihm beim Schutz seiner Souveränität zu helfen. Diese Folgerung ist heute angesichts der zunehmenden Gefahr, Staaten zerfallen zu sehen, und vor dem Hintergrund wahrscheinlicher Neuordnungen auf den politischen Landkarten, vor allem des Nahen Ostens, noch wichtiger, als sie es in den 1990er Jahren war.

Schließlich, und das ist vielleicht die Botschaft des neuen Weißbuchs, muss man bereit sein, Verantwortung für Freiheit und Recht zu übernehmen und willens sein, diese zu schützen. Erhalten kann man beides nur, wenn man dafür auch etwas tut, also Sicherheit nicht, wie im letzten Jahrzehnt geschehen, vernachlässigt. Wenn die Gesellschaft Sicherheit will, darf sie sie nicht „outsourcen“, das heißt sie eingesetzten Soldaten überlassen, ohne sich um diese zu kümmern.

Sollten unser Staat, unsere Gesellschaft nur diese bescheidenen Punkte aus Jugoslawien lernen, dann hätten die damaligen Fehler uns auf den rechten Pfad gebracht. Denn in der Welt von heute muss Deutschland mehr Verantwortung übernehmen, wenn unser Staat auch in Zukunft seiner zentralen Verpflichtung gerecht werden will, seine Bürger vor den Gefahren einer aus den Fugen geratenen Welt zu schützen.

Das Ende der Sowjetunion aus der Sicht des BND*

Hans-Georg Wieck

Ich fungiere heute als Chronist und weniger als Analytiker für etwas, was früher getan oder geschrieben worden ist. Als solcher möchte ich Sie vertraut machen mit der Beurteilung der Sowjetunion durch den BND während meiner Amtszeit von 1985 bis 1990. Diese Beurteilung ist zusammengefasst in drei Berichten, die ich sowohl im Inland bei Präsentationen vor der Regierung als auch in abgeschwächter Form bei geschlossenen Kreisen und im Weißen Haus, im Elysée-Palast und in der Downing Street verwendet habe. Diese Unterlagen wurden nicht in die offizielle Berichterstattung des BND an die Bundesregierung integriert, sondern blieben Dokumente, für die ich verantwortlich zeichnete. Sie spiegeln die Berichterstattung wider und haben die Berichterstattung des BND beeinflusst.

Im Einzelnen handelt sich um folgende Dokumente:

1. The Soviet Union in Transition? (I) – 10. Oktober 1988
2. The Soviet Union in Transition? (II) – 16. Mai 1990
3. Das Gemeinsame Haus Europa – Der Umbruch in der Sowjetunion und in Osteuropa – Juni 1990 – mit Vorwort aus dem Oktober 1990

Aus diesen Unterlagen trage ich Teile vor und verbinde sie mit zusammenfassenden eigenen Äußerungen von heute. Auf diese Weise kann ich Sie gleichsam rückversetzen in die Berichterstattung des Dienstes in dieser Zeit über die Sowjetunion. Lassen Sie mich zu Beginn aus einem Manuskript, das ich nach meiner Dienstzeit im Oktober 1990 gefertigt habe, einen Absatz wiedergeben über eine Präsentation unserer oder meiner Beurteilung der Sowjetunion. Am 11. November 1986 hatte ich zur Lage und Entwicklung in der Sowjetunion im sogenannten Schröder-Kreis um den ehemaligen Innen-, Außen- und Verteidigungsminister Dr. Gerhard Schröder vorgetragen, dem ich als ehemaliger Leiter des Ministerbüros im Auswärtigen Amt (1961–1966) und im Bundesministerium der Verteidigung (1966–1969) eng verbunden war. Darüber heißt es in meinem Manuskript:

„Am 11. November 1986 trug ich im Schröder-Kreis zur Lage und Entwicklung in der Sowjetunion vor. Die Schlüsselaussage war der Hinweis auf die Feststellung von KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow auf dem XXXVII. Parteitag im März 1986, mit der er die Lebensfähigkeit des kapitalistischen Systems bestätigte und zum Ziel der sowjetischen Reformbewegung

* Vortrag anlässlich der Fachtagung „Die Ära Kohl im Gespräch“ am 7./8. Juli 2016 auf dem Petersberg in Königswinter.

die Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit der Sowjetunion um die „bessere Welt“ mit offenem Ausgang erklärte. Der historische Determinismus der marxistischen Doktrin und die Lehre vom zwangsläufigen Untergang des kapitalistischen Systems als feststehendem Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung war damit aufgegeben worden. Der Vortrag fand vor dem Hintergrund des Abkommens zwischen den USA und der Sowjetunion in Reykjavik vom Herbst 1986 über die vollständige Beseitigung der Mittelstreckenraketen in Europa statt. Ein Ergebnis, das dann auch zur Beseitigung der Nuklearraketen auf beiden Seiten mit der Reichweite von 500 km führte. Der Schröder-Kreis war überaus skeptisch gegenüber meiner Hauptaussage, dass wir es mit einer genuinen Reformpartei in Moskau unter der Führung von Gorbatschow zu tun hätten, es aber durchaus beachtliche Gegenkräfte gäbe und daher die Politik von Gorbatschow eine sehr kritische Phase durchlaufe. Diese Feststellungen lagen auf der Linie der BND Berichterstattung an die Bundesregierung.“

Am 2. Oktober 1990 habe ich die Leitung des BND an Herrn Porzner übergeben. Ich kann also die Antwort auf die mit der Themenstellung gegebene Frage nicht kraft meines Amtes geben, sondern nur aus der Geschichte der von Gorbatschow eingeleiteten Reformpolitik und vor dem Hintergrund der Erfahrungen, die ich im Laufe meiner Assoziierung mit dem sowjetischen Experiment seit 1957, unter anderem als Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau (1977–1980) bis hin zur Analyse des Reformansatzes von Gorbatschow auf internationaler Ebene sowie im Inland seit 1985 gewonnen habe, zuletzt vom August 1985 bis zum Oktober 1990 als Leiter des BND.

Der erste Bericht vom 10. Oktober 1988

Mit dem Vortragstext vom 10. Oktober 1988 gab ich einen Gesamtüberblick der Entwicklung in der Sowjetunion im Zeichen von Perestroika und Glasnost. Schon auf der ersten Seite des Vortrags bemerke ich, dass bei der Wahl von Michael Gorbatschow zum neuen Generalsekretär – übrigens auf Vorschlag des Außenministers und Politbüro-Mitglieds Andrey Gromyko – ein Vertreter der Konservativen, Ligatschow, zur Nr. 2 des Politbüros und zum Vorsitzenden des Sekretariats des Politbüros gewählt wurde: ein Reflex der Machtverhältnisse im Zentralkomitee, aber auch Ausdruck der Sorge, den Reformkurs des neuen Generalsekretärs auch unter Gesichtspunkten des Machterhalts der Partei und der Unterstützung des Reformkurses in der Bevölkerung in der Person eines „Konservativen“ deutlich zu machen. Dann heißt es in dem Bericht: „And ever since, this dualism is the constant factor that determines and influences the direction of the Soviet Union and the speed of the development.“

Dieser Bericht stand unter dem Eindruck der Ergebnisse der Parteikonferenz vom Juli 1988, auf der es Gorbatschow nicht gelungen war, seinen Reformkurs durchzusetzen und er daher zu dem Hilfsmittel hatte greifen müssen, sich zum

Vorsitzenden einer Kommission zur Verfassungsreform wählen zu lassen – in der Hoffnung, durch eine Ausweitung der politischen Basis für die Reformpolitik sich auch auf andere als die kommunistischen Kräfte im Lande abzustützen und einen Demokratisierungs-Prozess einzuleiten – gleichsam einen qualitativen Sprung vorwärts zu wagen – angesichts der ideologisch bedingten Opposition an der Basis und in den Rängen der KPdSU.

Ich stellte fest: „He could not suppress the prevailing ideology. He had to shift to other methods and, fortunately or not, to this end he found a quotation from Lenin: ‚All the Power to the Soviets‘ – the Soviets meaning the councils, meaning the state institutions, meaning parliament.“ Should Gorbachev succeed in this effort to move the authority from the Communist Party to the state institutions, this would mean an event of historic dimension. State institutions will have to take into account many more factors than those of ideological nature and preoccupations of the communist party (...) So what we are witnessing – should he succeed – is that until now it was the party in the final result that determined the future, and in the future, it might be state institutions such as the Presidency and a legislative body that deliberates, considers and finalizes the legislation for the Soviet Union.“

In wirtschaftlicher Hinsicht, blieb der Bericht skeptisch bezüglich der Reformfähigkeit des Wirtschaftssystems. Es hieß dort: „It is true that (...) productivity, effectiveness and innovation in capitalist societies grow more rapidly than in socialist societies. If there is no other means available than those of the present socialist system in the Soviet Union to modernize the country, to make it more effective, then a continuation of the present downward trends of the Soviet Union would result in an erosion of the Soviet Union’s position in the world at large and in their relations to the capitalist world as a whole and to the United States in particular. Continuation of the present ideologically determined system of the Soviet Union would not doom the West but the Soviet Union.“

Weiter wurde in diesem Zusammenhang ausgeführt: „A few in the Soviet apparatus have realized and recognized that the foremost and fundamental weakness of the Soviet economic system is not central or command planning and central decision-making, but the subordination of the individual to the collective system“. So hatte ein Leningrader Manifest von 1986 die Desintegration der Gesellschaft, Alkoholismus, den Motivationsmangel des Einzelnen etc. beklagt.

Der Bericht analysierte des Weiteren die militärischen Aufwendungen, die ungeachtet ihres enormen Umfangs (15 bis 17 % des Bruttosozialprodukts) der Sowjetunion keine strategischen Vorteile gebracht hatten. Wörtlich hieß es: „If the prospect for the capitalist world collapse remain dim, then the purpose and usefulness of the presently maintained military options are at least questionable.“ Im selben Zusammenhang konstatierte der Bericht den weiteren Verfall

des Lebensstandards der Bevölkerung und unterstrich die Notwendigkeit substantieller westlicher Investitionen, um die Modernisierung der sowjetischen Wirtschaft zu ermöglichen. Zum damaligen Zeitpunkt – im Jahre 1988 – gebe es allerdings keinerlei Anzeichen für einen solchen Wechsel in den beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen. Folgende Problemfelder wurden identifiziert:

1. „One is the growing discrepancy between the anticipated improvements of the living standard of the population and the poverty reality.“
2. „The nationality problems (...) Gorbachev conceded already in February/March 1986 Party Congress that there are problems among the nationalities within the Soviet Union.“ Kommissionen berieten über diese neu aufkommenden nationalen Rivalitäten.
3. Der dritte Problemkreis bezog sich auf das Thema „History revisited – The history of the Soviet Union is under review“ – ein Aufsehen erregender Vorgang nach den Jahrzehnte währenden Unterdrückungskampagnen gegen andere Sichtweisen auf die Geschichte des Landes als die der Partei selbst. Die bürgerrechtlichen und historisch orientierten Gründungen von „Memorial“ zur Offenlegung der kommunistischen Verbrechen und von „Pamjat“ zur Etablierung einer nicht-kommunistisch geprägten Geschichtsschreibung Russlands gaben zwei sehr unterschiedliche Richtungen vor.
4. Der Bericht stellte auf die Führungsposition Gorbatschow ab und sah aktuell keinen konkreten Rivalen, konstatierte aber einen Machtkampf um die weitere Richtung von Reformen und die Sicherung des Fortbestandes der Sowjetunion. Bei der Parteikonferenz hatten sich nach Beurteilung des Berichts 70 % der 5.000 Delegierten gegen den Reformkurs des Generalsekretärs gestellt. Gorbatschow hatte den offenen Gegensatz durch die Bildung einer Kommission zur Reform der Verfassung entschärft – ein, wie der Bericht festhielt, Überraschungs-Schachzug des KPdSU-Generalsekretärs. Der Bericht stellte dann die Prozedur für die Bildung des Parlaments dar und identifizierte als dessen Hauptaufgabe der Bildung der Regierung und die Erarbeitung der Verfassungsreform. Damit endete der Bericht vom Oktober 1988 mit einer hoffnungsvollen Note. Es wurde aber nicht übersehen, dass es sich bei den Parlamentariern im Wesentlichen doch um Kommunisten handeln werde, denen andere Ideen als die der kommunistischen Lehre nicht geläufig seien – es sei denn nationalistische.

Zusammenfassend hieß es schließlich: „The report conveyed to you in principle the way in which direction the Soviet Union moved during the last three years. We have to watch carefully whether indeed the shift of power of final resort is going to take place from the Party which is still committed to the ideology to the state organization that has to take into account other factors and therefore could develop a more balanced and more cooperative Soviet Union.“

*Der Transformationsprozess in der Sowjetunion in dem Bericht vom
16. Mai 1990*

Im zweiten Bericht vom Mai 1990 stellte ich einleitend vor dem Hintergrund des Mauerfalls und des sich beschleunigenden Einigungsprozesses fest, dass mit der Aufhebung des Machtmonopols der KPdSU und der Verfassungsreform die Macht nun auf der Basis der revidierten Verfassung beim Präsidenten und beim Parlament liege: „At the top Gorbachev is governing with changing majorities, mostly with reformers and the nationalists.“ In militärischer und in militärpolitischer Hinsicht waren mehrere Reformschritte unternommen worden, um die Verteidigungslasten zu reduzieren und sicherheitspolitische Abkommen mit den USA und dem Westen auf den Weg zu bringen. Dazu gehörte die Ankündigung einseitiger Truppenreduktionen mit dem Ziel der Ablösung der bisherigen Offensiv-Option durch eine Verteidigungsoption – und zwar in allen Staaten des Warschauer Pakts. Die Haushaltsberatungen konzentrierten sich auf Umschichtungen im Haushalt vom Rüstungsbereich auf andere Sektoren – vor allem der Wirtschaft und der Versorgung der Bevölkerung.

Im Einleitungsteil des zweiten Vortrags sagte ich weiter: „These changes in East-West relations are important, however, the political desintegration of Warsaw Pact and COMECON are far more important and constitute significant steps towards a Soviet Union that does not adhere any longer to hegemonial aspirations in Eastern and Central Europe or even beyond.“ Dennoch fügte ich hinzu: „Given the uncertainties and instabilities which accompany – and that is no surprise – the development in the Soviet Union it is advisable to be cautious until such times that agreements on disarmament are put into effect and are being implemented in an agreement which seems to be fairly advanced on START (Strategic and Nuclear Weapons) on CFE (Conventional Forces Europe) and on CW (Chemical Weapons). National, international and collective systems are certainly of equal importance. They constitute an indispensable tool for ‚Indication and Warning-Methods‘ in military and political terms.“

Weniger optimistisch fiel die Beurteilung der Frage aus, ob und auf welche Weise die Zentralmacht die aufkommenden Spannungen mit einzelnen Nationen und Gliedstaaten der Sowjetunion behandelte und wie sich diese Verhandlungen entwickelt hatten: „A bill is under debate to organize withdrawal from the Union if so wanted. However, the Central Government has been overtaken by events in a number of cases – in particular by the search for complete independence in Lithuania and up to a degree in the other Baltic states which had been incorporated in violation of international law in 1940 – pursuant to an agreement between Stalin and Hitler.“

Ich stellte abschließend fest: „National forces are forming political associations practically in all republics, and the question poses itself: Does the future hold anything different in hand and at disposal than the disintegration as it has

occurred to other colonial powers in the past? In particular, in Western capitals this view is held by quite a number of observers. German specialists are inclined to consider it possible that a federal, if not confederated settlement is feasible for the Soviet Union. This seems to be the prevailing view in Washington also. However such an outcome cannot be taken for granted. It presupposes that across the country, not only among the Russian population something more is linking together the nations and nationalities than fear of KGB and the Army.“

Das waren starke Worte. Die Sowjetunion als starker Zentralstaat war schon Vergangenheit. Ob eine föderale oder konföderale Bindung bleiben konnte, hing von der Antwort auf die Frage ab, ob es eine verbindende Idee gab, auf die sich die Föderation zukünftig würde stützen können – und nicht mehr, wie bislang, auf die Drohung mit und die Ausübung von Gewalt durch die Zentrale mittels KGB und Armee.

Würde es zukünftig einen alle erfassenden Patriotismus auf der Grundlage des Großen Vaterländischen Krieges geben? Würde den christlichen Traditionen, auch wenn sie unterdrückt waren, eine Bindungskraft zufallen – zum Beispiel gegenüber der Bedrohung durch den islamischen Fundamentalismus? Oder könnte es gelingen, durch föderale Zusammenarbeit zwischen den Gliedstaaten neue Bindungswirkung zu entfalten und so den Zerfalls-Prozess aufzuhalten.

Die im ersten Bericht zum Ausdruck gebrachten Befürchtungen auf wirtschaftlichem Gebiet hatten sich bewahrheitet. Die Wirtschaft befand sich im Zustand des Verfalls. Westliche Anleihen wurden in dem Bericht vom 16. Mai 1990 mit großer Dringlichkeit gefordert, um den Zerfall der Wirtschaft zu verhindern, einen Zerfall, der durch Misswirtschaft in der Landwirtschaft und auf dem Energiesektor beschleunigt wurde. Zum Schluss stellte ich fest: „The deficiency society has created a climate of jealousy, of crime, of black market behavior, a climate of hatred and ill will among the people. This is one of the most negative results of Soviet Communist development of today. It will be a long way, it can succeed only in consonance and with the participation of the West.“ Bei dem Malta-Treffen von US-Präsident Bush mit Präsident Gorbatschow im Frühjahr 1990 wurde dann in der Tat die Unterstützung der sowjetischen Bemühungen um Annäherung an die westlichen Finanzmärkte in Aussicht gestellt, falls es Fortschritte bei der Verfassungsreform und der Anerkennung der Menschenrechte der Bürger gäbe und der schon eingeleitete Wechsel der sowjetischen Außen- und Militärpolitik sich fortsetzen würde.

Da der Weg zur deutschen politischen Einheit zu diesem Zeitpunkt offen stand, war auch die Beurteilung der sowjetischen Außen- und Militärpolitik in diesem zweiten Bericht eher positiv. Die Integration der neuen Länder in die Bundesrepublik und der Abzug der sowjetischen Armee aus der DDR wurden in einen unmittelbaren Zusammenhang gebracht.

Skeptischer fällt hingegen die Beurteilung der Zukunft der Sowjetunion aus: Einerseits wurde auf die Fortsetzung des Reformkurses von Gorbatschow gebaut, andererseits mehrten sich die Anzeichen für eine fortdauernde, ja, sich verschärfende Instabilität: „It is expected that one way or the other some parts of today's Soviet Union would in the end de facto break away from the Soviet Union – such as the Baltic States. This could be fatal for the Gorbachev Reform Party if it comes at the wrong time – namely now!“

„Das Gemeinsame Haus Europa“

Wenige Wochen danach stellte ich auf einem internationalen Seminar mit stark wirtschaftlichen Akzenten unter der Überschrift „Das Gemeinsame Haus Europa – Der Umbruch in der Sowjetunion und in Osteuropa“ ein Papier mit zehn Thesen zur Diskussion. Sie befassten sich mit der Überwindung des sowjetischen Systems, ein Ziel, das aber nur bei Bewältigung drängender Herausforderungen gelingen werde. So müsse es erstens gelingen, das absterbende ideologische System des Kommunismus in der Sowjetunion in eine neue politische Struktur zu überführen, um als Weltmacht und als Wettbewerber in der internationalen Staaten- und Wirtschaftsordnung bestehen zu können. Zweitens müssten die nach Unabhängigkeit und Selbständigkeit strebenden Nationalitäten diese möglichst rasch im Rahmen einer Konföderation erhalten. Drittens müssten die Residualkräfte der alten Sowjetunion (Partei, Armee, KGB), die mit allen verfügbaren Mitteln die Überführung des Landes in eine demokratische Ordnung zu verhindern suchen, domestiziert werden. Die Umsetzung dieser Ziele sei jedoch in Frage gestellt durch die Schwäche der demokratischen Reformkräfte und die zentrifugalen Tendenzen in den Teilrepubliken der Sowjetunion.

Das Papier schloss daher mit einem eher pessimistischen Ausblick: „Daher können die innenpolitischen Gegensätze zur Desintegration der Sowjetunion führen (Bürgerkrieg, Sezessionskriege). Angesichts dieser Risiken muss die westliche Fähigkeit zum Krisenmanagement entwickelt bzw. auf die neuen Umstände umgestellt werden. Die Volkswirtschaften der RGW-Länder sind in einem desolaten Zustand und bewegen sich mit ihrer begrenzten Leistungsfähigkeit am unteren Rand der Weltwirtschaft. Das monetäre System in den RGW-Ländern ist inflationsgefährdet. Der informelle Sektor der RGW-Wirtschaften macht mehr als ein Drittel der Wirtschaftsleistung der Länder aus. Im Zuge der neuen Ost-West-Wirtschaftspolitik sollte die Bildung von Industrie- und Handelskammern gefördert werden, um den informellen Sektor in die neuen Volkswirtschaften zu integrieren.“

Schlussbemerkung

Die Analysen des BND zu den Entwicklungen in der Sowjetunion wurden von unseren Partnern im Bündnis und der Europäischen Gemeinschaft stets mit Skepsis aufgenommen. Man konnte sich nicht vorstellen, dass das Sowjetsystem „am Ende“ war und den Anschluss an den Westen suchte – in Form des Wettbewerbs um die bessere Welt.

Es herrschte die Meinung vor, dass es zur Wiederkehr des sowjetischen und kommunistischen Expansionskurses kommen werde. Zugleich meinten viele, dass im Falle der Fortsetzung der Reformpolitik das Risiko des Zerfalls der Sowjetunion zunehme, weil es sich um ein spätkoloniales System handle, das unter demokratischen Rahmenbedingungen keinen Bestand haben könne. Klarer: Die Fähigkeit der sowjetischen Reformpartei, die Sowjetunion auf eine neuen Basis der Legitimation im Wege eines föderalen oder konföderativen und demokratischen Systems zu stellen, zu stabilisieren, wurde im Westen weder als Ziel noch als reale Möglichkeit angesehen.

Lange Zeit übersahen unsere Freunde im Westen auch die Rolle und die Bedeutung des russischen „Führers“ Boris Jelzin, dem es gelang, die Russische Föderation auf den Weg der Reformpolitik zu bringen und der eine interregionale Verständigung in der Sowjetunion der Art anstrebte, wie es auch von den Ministerpräsidenten der Länder in Deutschland nach dem Krieg vorgenommen wurde, beim Verfassungskonvent von Herrenchiemsee. In Jelzins Konzept steckte ein erhebliches Stück politischer Weisheit und politischer Wahrheit, aber auch machtpolitische Rivalität mit Gorbatschow.

Die Tatsache, dass die Machtstellung Gorbatschows weitgehend ausgehöhlt worden war, ist unbestritten. Die zentralen Behörden der Union konnten sich nur in dem Maße durchsetzen, wie sie auf einen Konsensus mit den Behörden der Republiken rechnen konnten. Das ist war das Grundproblem der späten Sowjetunion.

Die Haltung der Bundesregierung zum beginnenden Balkan-Konflikt*

Christian Schwarz-Schilling

Als Historiker weiß ich sehr wohl, dass man zwischen Fakten und der Bewertung von Fakten möglichst klar unterscheiden sollte. Bei komplexen historischen Situationen ist das schwierig genug. Wenn man dann aber auch noch Politiker ist, als Mitglied der Bundesregierung tätig und bei der Beurteilung der Fakten zu einer abweichenden Meinungsbildung gegenüber der Bundesregierung kommt, werden bei diesem Thema gleichermaßen historische Fakten, Bewertung von politischen Entscheidungen und das persönliche Selbstverständnis der eigenen Rolle in der Politik berührt.

Kurz zur damaligen Lage: Die „friedliche Revolution“ 1989/90 war ja eine einmalige Situation. Wir waren eigentlich alle erstaunt und von Ungläubigkeit befallen: Kann das denn alles wahr sein? Dieses Zusammenspiel der Ereignisse in der DDR, mit dem Wandel der Politik in der Sowjetunion und der Situation in den USA? Es war eine einmalige historische Konstellation, die es in der Folgezeit nicht mehr gab: Dass nämlich in den Machtzentren der Welt – auf die es ankam! – kluge und verständige Politiker am Ruder waren, die darin übereinstimmten, Frieden zu bewahren und die einmalige Chance der Geschichte positiv zu nutzen. Da waren in Amerika die Präsidenten Ronald Reagan und dann George H. W. Bush sen., der mit seinem Außenminister James Baker die Verhandlungen zur deutschen Wiedervereinigung führte. Sie standen Deutschland treu und uneigennützig zur Seite. Da waren Michail Gorbatschow zusammen mit seinem Außenminister Eduard Schewardnadse, die die Verhandlungen über die Deutschlandfrage in fairer und ernsthafter Weise führten – was im Westen zunächst kaum einer glauben wollte! In der Bundesrepublik schließlich trieb Helmut Kohl, der deutsche Bundeskanzler, mit seinem Außenminister Hans-Dietrich Genscher die Verhandlungen mit allen vier Mächten entschlossen voran. Helmut Kohl musste seine persönliche Einstellung aufgrund der neuen Lage nicht um ein Jota verändern, weil er die Hoffnung auf eine deutsche Wiedervereinigung nie aufgegeben hatte. Das waren die Partner, die in einer höchst bemerkenswerten Form zusammengespielt und den friedlichen Wandel in der internationalen Politik ermöglicht haben.

Jetzt aber die andere, ebenfalls ungewöhnliche Situation: dass der jugoslawische Weg ein verhängnisvoller Sonderweg wurde. Für die dortige Entwicklung hin zu einer hochgefährlichen Instabilität waren drei Faktoren ausschlaggebend: Der Verlust der Integrationsfigur Tito, der vor einigen Jahren gestorben

* Vortrag anlässlich der Fachtagung „Die Ära Kohl im Gespräch“ am 7./8. Juli 2016 auf dem Petersberg in Königswinter.

war; der Untergang des kommunistischen Systems in der Sowjetunion und in den Ostblockstaaten, sowie schließlich die dadurch wieder virulent werdenden Probleme nationalistischer Ideen und der Vielvölkerstaaten.

Sehr aufschlussreich hat sich übrigens kürzlich der von Juni bis Dezember 1991 als Präsident Jugoslawiens fungierende Stjepan Mesić in einem großen Interview in der österreichischen Zeitung *Der Standard* über diese Zeit geäußert.¹ Das Ziel des serbischen Anführers Slobodan Milošević sei gewesen, auf den Ruinen Jugoslawiens ein ethnisch sauberes „Großserbien“ zu schaffen. Es sei nicht möglich gewesen, mit ihm eine neue politische Vereinbarung zu treffen. Auf die Frage, woran eine solche Vereinbarung konkret gescheitert sei, antwortete Mesić: Das alte Modell Jugoslawiens habe drei Faktoren gehabt, die es zusammenhielten. Das erste war Tito mit seinem Charisma, das zweite der Bund der Kommunisten und drittens die Armee. Nach dem Tod Titos und dem Zerfall der Partei habe die Armee einen neuen Sponsor gesucht und ihn in Milošević gefunden. Dies sei für ihn das Zeichen gewesen, dass er die Grenzen militärisch verändern könne und sich darin bestärkt fühlte, neue Vereinbarungen abzulehnen. „Als ich nach Belgrad kam“, so sagte Mesić, „habe ich ihm sofort gesagt, dass ich der letzte Präsident dieses Modells sein werde.“ Schon vor seiner Amtsübernahme habe er, so Mesić in demselben Interview, an einem langen Gespräch mit dem damaligen Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher teilgenommen. Darin habe er diesem die These dargelegt, dass Jugoslawien in der bisherigen Form nicht erhalten bleiben könne und sich Milošević bereits für den Krieg entschieden habe. Genscher habe ihm zunächst nicht geglaubt, sich dann aber überzeugen lassen. Außerdem habe er – so immer noch Mesić in besagtem Interview – Genscher vorausgesagt, dass dieser Krieg in Slowenien kurz sein werde, weil es dort keine autochthone serbische Bevölkerung gäbe. In Kroatien hingegen werde der Krieg sehr blutig sein, weil Milošević den Teil des kroatischen Territoriums wolle, in dem Serben leben. Auch in Bosnien-Herzegowina werde es eine brutale und grausame Auseinandersetzung geben, weil Milošević hier gar 63% des bosnisch-herzegowinischen Territoriums für Serbien beanspruche. Später habe es sich gezeigt, dass er damit Recht behalten habe. Auf Genschers Frage, wer Slowenien und Kroatien anerkennen werde, wenn diese sich für unabhängige Staaten erklären, habe er gesagt: Ungarn wird uns anerkennen, der Vatikan ebenso – letzteres eine aus heutiger Sicht sehr interessante Aussage, dass diese Voraussagen von dem Kroaten Mesić schon damals gemacht worden sind. Er – Mesić – sei dann auch nach dem Treffen mit Genscher zum Vatikan gereist und dort mit Kardinal Angelo Sodano zusammengetroffen. Auf die Frage, ob der Krieg in Slowenien die Haltung des Westens gegenüber dem Jugoslawien-Problem verändert habe,

¹ *Der Standard* (Wien) vom 26. Juni 2016 („Stjepan Mesić: Die Welt nahm Jugoslawien falsch wahr“).

antwortete Mesić, dass Europa dann bemerkt habe, dass Milošević keine Vereinbarung wollte. Es sei aber schon zu spät gewesen, der Krieg habe sich schon schnell ausgeweitet. Die Vereinten Nationen hätten gegen Slowenien und Kroatien dann auch noch ein Waffenembargo verkündet, während Serbien über die gesamten Waffen der jugoslawischen Volksarmee verfügte. Da Kroatien nach der jugoslawischen Verfassung kein Recht zum Aufbau einer eigenen Armee gehabt habe, habe man als Ausweichmanöver im Rahmen des Innenministeriums die Nationale Garde gegründet, aus der später die kroatische Armee hervorgegangen sei.

Ich finde diese Aussagen von Herrn Mesić sehr interessant, da er einer der kenntnisreichsten Politiker aus der damaligen Zeit war und auch heute noch ist – jemand, mit dem man, das habe ich auch selber erlebt, wirklich vernünftig sprechen kann.

Schon im Vorfeld der Unabhängigkeitserklärung Kroatiens am 25. Juni 1991 begannen die Auseinandersetzungen in der Grenzstadt Vukovar. Vukovar hatte eine Bevölkerung von 37 % Serben und 43 % Kroaten. Freischärler aus Serbien griffen ein und auch die jugoslawische Volksarmee war bereits deutlich auf der serbischen Seite. Die Bereitschaft zum Völkermord war nach meiner Überzeugung, ungeachtet der Mitverantwortung anderer Volksgruppen für die Eskalation, bereits präzise sichtbar. Auch die Konzentrationslager in Omarska und in Prijedor waren bereits installiert zu dieser Zeit. Der große Weckruf kam durch den amerikanischen Journalisten Roy Gutman, der zum ersten Mal wagte, deutlich zu sagen, was sich hier eigentlich abspielte.² Das State Department hat damals versucht, diese Berichterstattung total zu unterdrücken. Die Faktenlage war aber eindeutig so, dass die Errichtung von Konzentrationslagern und die systematische Erschießung von Zivilisten, also nicht etwa von gefangenen Armeeeingeborenen, auf der serbischen Seite begonnen hat.

Die Frage war: Wie sollte man darauf reagieren? Hier wird immer wieder behauptet, dass man keine Möglichkeit sah oder hatte. Entschieden möchte ich dem widersprechen: Es gab gute und realistische Planungen der NATO. Vergleiche mit dem Ersten oder gar mit dem Zweiten Weltkrieg, wo die Demokratien gegenüber Nazideutschland nicht gerüstet, das heißt nicht vorbereitet waren, lassen sich hier kaum ziehen. Hier handelte es sich mit der NATO vielmehr um das stärkste Bündnis der Welt, das es je gegeben hat. Und dennoch haben wir diese Aggression zugelassen und die UN hat stattdessen ein Embargo verhängt, das weniger den gut gerüsteten Aggressor als vielmehr diejenigen traf, die überfallen worden waren. Von Anfang an wurde immer wieder erklärt, ein Krieg in Jugoslawien sei seitens der NATO nicht zu führen. Wenn wir damals nur einen kurzen Moment die Amerikaner gebeten hätten, mit ihrer 7. Flotte

2 Die Welt vom 6. August 1992 („Die Bewacher schnitten ihnen die Gurgel durch“).

aus dem Mittelmeer dort hinzufahren und festzustellen: „Noch ein Schuss! – und es wird eine Antwort der USA (NATO) geben“, dann hätten nach meiner Überzeugung die Dinge anders ausgesehen. Die Serben hätten einen Rückzieher gemacht. Stattdessen handelten die Europäer so, dass die Serben eher daran interessiert waren, weitere Schritte auszuloten: „Wie weit können wir Serben gehen?“ Und hier ist dann durchaus eine Parallele zur Appeasement-Politik Daladiers und Chamberlains gegenüber Hitler vor dem Zweiten Weltkrieg zu erkennen. Nur war Europa damals wirklich nicht für einen Krieg gegen Hitler gerüstet, während wir heute mit der NATO das stärkste Bündnis der Welt hatten.

Im März 1991 gab es dann ein Geheimgespräch zwischen dem kroatischen Präsidiumsmitglied Franjo Tuđman und Milošević, bei dem man sich bereits über die Aufteilung von Bosnien besprach. Da war Tuđman noch ganz auf der Seite der Serben, bis dann die Geschichte im Laufe des Jahres 1991 immer dramatischer wurde, weil Milošević eben auch überwiegend von Serben bewohnte Gebiete in Kroatien okkupieren und Serbien einverleiben wollte.

Es folgten die Erklärungen der Unabhängigkeit von Kroatien und Slowenien. Der vieldiskutierte Anerkennung der neuen Staaten folgte der militärische Einsatz der jugoslawisch-serbischen Volksarmee mit Flugzeugen und Panzern sowie von Freischärlern aus Serbien auf dem Fuße. So war auch jetzt der Beginn der Kämpfe zwischen Kroaten und Serben nicht mehr aufzuhalten.

Bundeskanzler Helmut Kohl gab am 4. September 1991 eine Regierungserklärung zur „Lage und Entwicklung in der Sowjetunion und in Jugoslawien“ ab.³ Darin hieß es: „Ganz besondere Sorge bereitet uns in diesen Tagen der Konflikt in Jugoslawien. Uns allen stehen die Bilder vor Augen, Bilder von demonstrierenden Müttern in europäischen Hauptstädten, und aus Jugoslawien kommen Bilder des Schreckens und des Terrors auf die Fernsehbildschirme. Vor allem diejenigen in Deutschland, die noch eine persönliche Erinnerung an die Schrecken des Krieges haben, sind davon ganz besonders bewegt. Angesichts der massiven militärischen Einsätze der letzten Wochen und Tage – nach den jüngsten Berichten kann man vielleicht sogar sagen: und Stunden – geht es darum, dass sofort und uneingeschränkt auf jede Gewaltanwendung verzichtet wird. Dieses gilt für die jugoslawische Volksarmee, wie für alle anderen bewaffneten Verbände. Die Europäische Gemeinschaft hat auf der außerordentlichen Sitzung der Außenminister am 27. August 1991 erklärt, ich zitiere: ‚Die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten werden niemals eine Politik der vollen-

3 CDU-Dokumentation 26/1991: „Ein neues Europa des Friedens, der Freiheit und der guten Nachbarschaft.“ Erklärung der Bundesregierung zur Lage und Entwicklung in der Sowjetunion und Jugoslawien, abgegeben von Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem Deutschen Bundestag am 4. September 1991.

deten Tatsachen akzeptieren. Sie sind entschlossen, durch Gewalt herbeigeführte Grenzänderungen nicht anzuerkennen‘.⁴⁴

Dann fuhr Helmut Kohl fort: „Gestern haben sich die Außenminister der Gemeinschaft darauf geeinigt, bereits für den kommenden Samstag eine Friedenskonferenz nach Den Haag einzuberufen. Auf dieser Konferenz sollten alle Konfliktparteien in Jugoslawien zusammen mit den Gemeinschaftsländern teilnehmen. Ich begrüße es ganz besonders, dass mit Lord Carrington ein Mann als Koordinator vorgeschlagen wurde, dessen große internationale Erfahrung allseits geschätzt wird. Nunmehr sind auch die Voraussetzungen geschaffen, dass die Europäische Beobachterkommission die Einhaltung des Waffenstillstands auch in Kroatien überwachen kann. Ich will von dieser Stelle aus noch einmal alle Verantwortlichen in Jugoslawien aufrufen, der Mission ihre Tätigkeit zu erleichtern. Hinter den europäischen Friedensbemühungen stehen alle KSZE-Staaten. Dennoch, so glaube ich, ist es wichtig, dass wir in dieser Stunde noch einmal deutlich machen: Wer glaubt, jetzt immer noch auf Gewalt setzen zu können, muss mit einer entschiedenen Antwort aller Europäer rechnen. Dies gilt auch nicht zuletzt für die Bundesrepublik namentlich im Blick auf die daraus zu ziehenden Konsequenzen. Wenn Dialog, wenn friedliches Miteinander nicht mehr möglich ist, dann stellt sich für uns auch und gerade aus unserem Verständnis des Selbstbestimmungsrechts die Frage, diejenigen Republiken, die nicht mehr zu Jugoslawien gehören wollen, völkerrechtlich anzuerkennen.“⁴⁵

Das war für mich in der damaligen Zeit eine recht deutliche Stellungnahme. Ich war damit voll einverstanden, weil ich mich mit Jugoslawien bis dahin politisch noch nie beschäftigt hatte. Wer sich mit Milošević näher befasst hätte, der hätte allerdings wissen müssen, dass fürchterliche Dinge im Gange und in der Planung waren und dass hier nur die sichtbare Einleitung konkreter Schritte und ein deutliches Ultimatum hätten etwas ausrichten können. In den USA war man da etwas erfahrener: Im amerikanischen Außenministerium gab es sogar 14 Mitarbeiter, die alle zurückgetreten sind, weil sie die Nichtaktivität der Regierung in der Jugoslawien-Frage für einen katastrophalen Fehler gehalten haben. Derartiges gab es in Europa nirgendwo, im Gegenteil. Sehr interessant sind hier die damaligen Gespräche im Weißen Haus von US-Präsident Bill Clinton: „On Bosnia the President said: His government first had been divided over proposals for direct intervention to stop the infamous spasm of violence and the ethnic cleansing, that has plagued the former Yugoslavia since the end of the Cold War. He said: General Powell and others had recommended against various military options arguing that air attacks were tempting and saved but could compel a truce, and that ground troops would be exposed among hostile

4 Ebd., S. 9f.

5 Ebd., S. 10.

foreigners in difficult terrain. Within weeks, the new administration had explored ideas to relax the international embargo on arms shipments to the region, reasoning that the embargo penalized the weakest, most victimized nation of Bosnia-Herzegovina. Unlike its neighbors in Serbia and Croatia, the heavily Muslim population of Bosnia was isolated without access to arms smuggled across the borders. The Bosnian Government wanted the embargo lifted so its people and could defend themselves, thereby opening a chance for military balance among the antagonists that could lead to a political settlement. Clinton said U. S. allies in Europe blocked proposals to adjust or remove the embargo. They justified their opposition on plausible humanitarian grounds, arguing that more arms would only fuel the bloodshed, but privately, said the president, key allies objected that an independent Bosnia would be ‚unnatural‘ as the only Muslim nation in Europe. He said they favored the embargo precisely because it locked in Bosnia’s disadvantage. Worse, he added, they parried numerous alternatives as a danger to the some eight thousand European peacekeepers deployed in Bosnia to safeguard emergency shipments of food and medical supplies. They challenged U. S. standing to propose shifts in policy with no American soldiers at risk. While upholding their peacekeepers as a badge of commitment, they turned these troops effectively into a shield for the steady dismemberment of Bosnia by Serb forces. When I expressed shock at such cynicism, reminiscent of the blind-eye diplomacy regarding the plight of Europe’s Jews during World War II, President Clinton only shrugged. He said President Francois Mitterrand of France had been especially blunt in saying that Bosnia did not belong, and that British officials also spoke of a painful but realistic restoration of Christian Europe. Against Britain and France, he said, German chancellor Helmut Kohl among others had supported moves to reconsider the United Nations arms embargo, failing in part because Germany did not hold a seat on the United Nation Security Council. Clinton sounded as though he were obliged to start over. He groped amid these chastening constraints for new leadership options to stop Bosnia’s mass sectarian violence.“⁶
Das ist das Datum: Januar 1993.

Aus der Regierungserklärung vom 21. September 1991 und den Verlautbarungen bis Mitte 1992 geht sehr deutlich hervor, dass Helmut Kohl die große Gefahr dieses Konfliktes auf dem Balkan gesehen und sich in seiner Reaktion am Anfang von der Haltung Englands und Frankreichs deutlich unterschieden hat.

Diese Entwicklung hatte auch ursächlich nichts mit den Russen zu tun, sondern es waren England und Frankreich und es war die Gefahr einer Spaltung der NATO, die Deutschland natürlich gesehen hat. Ich glaube, wenn die Bun-

6 Taylor Branch: The Clinton Tapes. Wrestling History with the President. New York u. a. 2009.

desrepublik sich damals dazu bereitgefunden hätte, die Seite der Vereinigten Staaten in deutlicherer Weise zu unterstützen, dann hätten wir vielleicht eine andere Akzentuierung bekommen. Und wir wären der Vorstellung der USA, dass die Bundesrepublik Deutschland jetzt künftig nach der Wiedervereinigung eine Rolle als „partner in leadership“ spielen sollte, näher gekommen. Umso größer war natürlich die Enttäuschung der USA über das wirkliche Verhalten Deutschlands. Und diese Weichenstellung Deutschlands war eindeutig darauf zurückzuführen, dass die Unsicherheit, die für die Stabilität der Regierung durch die Illoyalität der Regierungsfraktion der FDP gegen Beschlüsse der eigenen Bundesregierung entstanden war, eine sehr viel ängstlichere Umsicht des Kanzlers zur Folge hatte. Hier hatte er offensichtlich Sorge aufgrund der früheren Erfahrungen mit dem kleinen Koalitionspartner, der ihn ja auch lange genug warten ließ, bis er den Koalitionsschritt zur größeren Volkspartei und der größten Mehrheitspartei des Parlaments, nämlich der CDU/CSU, vollziehen wollte. Denn 1991 bis zum Sommer 1992 war bei uns die von der SPD-Opposition eingereichte Verfassungsklage noch keineswegs so virulent. Das geschah erst, als die FDP sich als Regierungsfraktion dieser Klage angeschlossen hat und damit einen Akt der Illoyalität auch gegenüber Helmut Kohl begangen hat. Jetzt wurde in Deutschland die Verfassungsfrage zu einem großen Politikum gemacht, obwohl die Behauptung, wir könnten aufgrund der Bestimmungen des Grundgesetzes nicht handeln, ein dreister politischer Schachzug unseres kleinen Koalitionspartners war. Alle einschlägigen Experten haben damals gesagt, dass es zwar möglicherweise noch Regelungsbedarf bei dem Zustandekommen solcher Bündnisbeschlüsse durch das Parlament geben werde, aber nicht, dass die Bundesrepublik als Mitglied der NATO in einem nicht dem NATO-Gebiet zugehörigen Territorium, wo gleichwohl das Bündnis militärische Maßnahmen für notwendig hält, sich nicht betätigen dürfe. Denn dann wäre auch die Mitgliedschaft in der NATO im Grunde genommen sinnlos. Dies war dann auch Gegenstand eines längeren Gesprächs zwischen dem Bundeskanzler und mir. Er erläuterte mir, wie es zu der Klage der SPD gegen die Beteiligung deutscher Fregatten bei der NATO-Überwachung des Waffenembargos gegenüber Kroatien und Bosnien-Herzegowina vor dem Bundesverfassungsgericht gekommen war und dass wir deshalb praktisch zur politischen Passivität in diesem Konflikt gezwungen wären. Obwohl ich froh über dieses offene Gespräch war, musste ich feststellen, dass Helmut Kohl und ich hier in wesentlichen Fragen verschiedener Meinung waren. Ich erinnerte ihn an Konrad Adenauer, der bei der Frage des Eintritts der Bundesrepublik in die NATO trotz der damaligen Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht keine Verzögerungen hingenommen und alle notwendigen Maßnahmen getroffen habe. Dieser habe sinngemäß erklärt: Wir haben die Frage geprüft und wir bleiben bei unserem Beschluss. Und wenn sich der Beschluss ändern muss aufgrund von Anpassungen an die Urteile des Verfassungsgerichts, dann werden wir das tun.

Aber wir werden deswegen unsere Handlungsfähigkeit jetzt nicht aufgeben. So hat Adenauer es gemacht und das habe ich damals Helmut Kohl vorgehalten und ihm gesagt, ich könne nicht verstehen, dass wir uns damit einfach für Jahre ausklinken und uns des politischen Einflusses auf die euro-atlantische Allianz völlig begeben. Und so kam es dazu, dass wir in die Konsultationen innerhalb der NATO gar nicht mehr mit einbezogen wurden. Ich habe dann nach meinem Rücktritt im Jahre 1993 von General Hanno Graf Kielmannsegg, Chef des Stabes der NATO, Heeresgruppe Nord, einen langen Brief bekommen, in dem er darlegte, es stimme nicht, dass die NATO nicht vorbereitet gewesen sei. Es habe vielmehr sehr genaue Planungen gegeben, ein großer Teil seines Stabes bilde seit zwei Monaten den Kern der militärischen Führungsorganisation der UN in Bosnien-Herzegowina. Dieser General war nun wirklich jemand, der wusste, wovon er redete, und der seine Verzweiflung ausdrückte über die Politiker, die nicht zuhören wollten und dann militärisch gesehen absurde Vergleiche mit Vietnam und dem Golfkrieg anstellten, die schon von den geographischen Gegebenheiten her gänzlich anders gelagert waren.

Auch NATO-Generalsekretär Manfred Wörner, zu dem ich ein sehr gutes Verhältnis hatte, war verzweifelt, dass Deutschland da keine klare Stellungnahme abgab, keinerlei echte Vermittlungsfunktion mehr hatte, im Sinne einer Einheit der NATO in dieser Frage. Wir waren ausgespielt und Wörner, als Deutscher, kämpfte sozusagen auf verlorenem Posten, weil er von Bonn nicht unterstützt wurde. Wenn man auf Außenposten sitzt, mit schwierigsten und komplizierten internationalen Komplexen zu kämpfen hat und dabei von seiner eigenen Hauptstadt-Zentrale nicht unterstützt wird, ist man weitgehend verloren – das habe ich später als Hoher Repräsentant von Bosnien-Herzegowina selber erfahren müssen. Aber das gehört jetzt hier nicht zu unserem Thema. Dazu werde ich mich später an anderer Stelle einmal ausführlich äußern.

Die Passivität der NATO führte dann dazu, dass die UN am 9. Januar 1992 14.000 Mann UNPROFOR-Truppen nach Kroatien schickten, um dort die Gebiete, die von Serben mit bewohnt waren, sozusagen zu entwaffnen, weil ja laufend Freischärler aus Serbien und Teile der regulären serbischen Truppen dort eindringen und das ganze Gebiet immer mehr zur serbischen Seite brachten. Aber was war das Mandat dieser Truppen? Da hieß es: Das Mandat ist, die Versorgungskonvois für die humanitäre Hilfe zu schützen, nicht die Bevölkerung oder dafür zu sorgen, dass die Konvois auch wirklich ankommen. Ja, wie kann man als Politiker solche Mandate auch nur formulieren? Da stellte sich etwa ein serbischer Panzer quer auf die Straße und dann stand der UNHCR-Konvoi vor Bihać, vor Goradze. Und was machte die UNPROFOR? Sie erklärte, man dürfe erst eingreifen, wenn man beschossen werde, und dies sei ja nicht der Fall. So stand man dann still und drei Tage später drehte der Konvoi wieder ab nach Zagreb. Da gab es junge UNPROFOR-Soldaten, Blauhelme, die die Kämpfe als reine Zuschauer beobachteten und ihre Strichlisten machten darü-

ber, wie Frauen vergewaltigt und massakriert wurden, und durften kein Wort sagen, selbst dann nicht, wenn in irgendeiner Garage Menschen verbrannt wurden. Nichts durften sie tun. Dass diese Leute, junge Menschen, dann psychisch kaputt nach Hause kommen, ist doch nur zu verständlich. Wie konnte man derartige Mandate beschließen?

Dann kamen die furchtbaren Berichte unseres jungen Kollegen im Deutschen Bundestag, Stefan Schwarz. Er kam als junger Abgeordneter von einer Reise nach Bosnien-Herzegowina zurück und berichtete am 7. Dezember 1992 in unserer Fraktion. Die Fraktion war versteinert, als sie hörte, was er erzählte. Ich war natürlich ebenfalls entsetzt und habe gesagt, ich würde das bei der Kabinettsitzung am nächsten Tag noch einmal zur Sprache bringen.

Auf der Tagesordnung dieser Kabinettsitzung, die ich jetzt nicht in allen Einzelheiten schildern möchte, stand ein Bericht des Generalinspektors Naumann über die Lage in Somalia. In der Diskussion kam die Rede sehr schnell auf die Geschehnisse in Bosnien-Herzegowina. Ich berichtete über den erschütternden Bericht von Stefan Schwarz vor der Fraktion. Es gab durchaus kritische Stimmen, die unsere passive Haltung für unangebracht hielten, etwa von Entwicklungshilfeminister Carl-Dietrich Spranger (CSU). Als die Diskussion sich dem Ende zuneigte, äußerte ich die Bitte, doch den Mitgliedern des Kabinetts die Stellungnahme der Bundesregierung betreffend Auslandseinsätze der Bundeswehr, die diese zum 30. November 1992 an das Bundesverfassungsgericht abgeben sollte, zuzuleiten. „Ich möchte“, so erklärte ich, „die Haltung der Bundesregierung wirklich einmal hier ganz genau sehen und hören“. Zunächst gab es Schweigen. Dann ergriff der für die Verfassung zuständige Innenminister Rudolf Seiters das Wort und erklärte, dass die Stellungnahme des Innenministeriums Mitte November fertig gestellt gewesen und an das federführende Ministerium, das Auswärtige Amt, weitergeleitet worden sei. Dort sei man mit dem Inhalt nicht einverstanden gewesen. Bei den anschließenden Gesprächen zwischen den Ministerien habe man sich nicht einigen können. Daher könne die Stellungnahme der Bundesregierung an das Bundesverfassungsgericht nicht, wie gewünscht, bis zum 30. November abgegeben werden. Ich war fassungslos über diese selbstverschuldete Verzögerung und fragte – nicht ohne den Kanzler anzuschauen –, wie es denn nun weitergehen solle. Da erklärte Außenminister Kinkel, dass man das Bundesverfassungsgericht um eine Verschiebung des Abgabetermins um ca. ein Vierteljahr gebeten habe. Angesichts meines Gesprächs mit dem Bundeskanzler, bei dem mir zugesichert worden war, dass man die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts so schnell wie möglich herbeiführen wolle, und angesichts der katastrophalen Situation, die gerade im beginnenden Winter durch das Vorgehen der serbischen Armee sich jeden Tag verschlimmerte, war ich zutiefst betroffen und hielt die politische Handlungsunfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland für erschütternd. Ich war wirklich emotional außer mir und brachte meine

Empörung mit dem Satz zum Ausdruck, dass ich mich „schäme, einem solchen Kabinett anzugehören, wenn es bei einem solchen Nichtstun bleibt!“ Man sei nicht in einem Katasteramt, wo wir jetzt drei Monate mal warten, bis wir die Unterlagen kriegen, und dann die Fragen vor Gericht klären können. Hier gehe es jeden Tag um Erschießungen in Sarajewo und anderswo! Es entstand eine neue, hitzige Debatte, die keineswegs einseitig verlief. Am Schluss erhielt ich aber einen ziemlich scharfen Ruf des Bundeskanzlers, der mich daran erinnern sollte, dass „niemand hier gezwungenermaßen am Kabinettstisch sitze“.

Zu einem persönlichen Gespräch mit Helmut Kohl kam es nicht mehr, da er zu einer Auslandsreise aufbrechen musste. Ich verfasste mein Rücktrittsschreiben, das ich dem Bundeskanzler durch meinen Fahrer direkt in sein Büro zugeleitet habe. Darin habe ich erklärt, dass ich die Haltung der Bundesregierung, die den Ernst der Lage nicht sehe, nicht mittragen könne und ihr nicht mehr angehören wolle.

Ich bin nach wie vor der Meinung, dass man im Umgang mit Diktatoren und Tyrannen so schnell wie möglich handeln muss, weil jedes Zögern die Dinge verschlimmert. Ich erinnere mich an ein Wort von dem großen Präsidenten der Tschechoslowakei, Václav Havel, der bei der Enthüllung eines Denkmals zur Erinnerung an die Judentransporte in das KZ-Lager Ostrau sagte: „Wenn wir nicht fähig sind, dem Bösen von Anfang an die Stirn zu bieten, riskieren wir, dass wir später dazu nicht mehr im Stande sind. In jedem Nachgeben gegenüber den Gewalttätern ist die Gefahr enthalten, dass sich das Rad des Grauens erneut anfängt zu drehen.“ Das war und ist absolut meine Meinung. Deswegen ist es zu dieser Kontroverse und zu meinem Rücktritt gekommen.

Im gleichen Sinne hat es der kürzlich verstorbene Elie Wiesel bei der Eröffnung des Holocaust-Museums im April 1993 in Washington gesagt. Präsident Clinton, der unmittelbar vor ihm saß, fühlte sich durch diese Rede direkt angesprochen. Er sei, so Wiesel, vor einem halben Jahr aus Sarajewo zurückgekommen und habe dort Dinge erlebt, die er nicht für möglich gehalten habe und die ihn nicht mehr schlafen ließen. Wenn nicht sofort eingegriffen werde, dann werde man noch manches Holocaust-Museum eröffnen müssen. Es waren zahlreiche Diplomaten und Außenminister anwesend, Außenminister Kinkel eingeschlossen. Alle waren sehr betroffen von dieser Aussage von Elie Wiesel. Clinton hat daraufhin seinen Außenminister Warren Christopher nach Europa geschickt. Dieser hat gegenüber seinen Gesprächspartnern erklärt, man müsse erstens die serbischen Belagerungsringe durch Luftangriffe zerstören und zweitens das Embargo aufheben.

Dies war die zweite Chance für Europa, den katastrophalen Entwicklungen auf dem Balkan Einhalt zu gebieten. Mein Vorwurf, auch an die Bundesregierung, ist, dass man kein wirklich ernsthaftes Gespräch darüber geführt hat. Der amerikanische Außenminister kam nach London, er fuhr nach Moskau, er fuhr nach Rom, er fuhr nach Paris und er fuhr nach Bonn. Die Gespräche wurden

ein Desaster. Man ließ ihn in Europa voll im Regen stehen, insbesondere in London und Paris. In Bonn betonten Kohl und Kinkel ihre „moralische Unterstützung“, machten aber unzweifelhaft deutlich, dass man wegen der deutschen Verfassungslage jeden militärischen Beistand ablehnen müsse – „zu Wasser, zu Land und zu Luft“.

Und so ist diese zweite Chance für Europa wiederum vertan worden. Das hat mich natürlich unglaublich betroffen gemacht und war für mich ein Zeichen, dass man offensichtlich den Willen nicht mehr hatte, wirklich etwas zu tun. In England hat man, als Christopher kam, ihm sinngemäß gesagt: Um Gottes Willen, nicht stören mit eurem Vorschlag, wir sind gerade in sehr guten Verhandlungen mit der serbischen Seite. Das war im Prinzip Europas Antwort auf den amerikanischen Vorstoß. Auch Deutschland hat keine eigene Initiative ergriffen, auch deshalb, weil durch die erwähnte Verzögerung bei der Klärung der Verfassungsfrage unser politischer Einfluss auf null gesunken war.

Was nun im Juli 1995 in Srebrenica passiert ist, brauche ich jetzt im Einzelnen sicher nicht zu erläutern. Das ist ja alles bekannt und auch gut dokumentiert. Es lässt sich beim serbischen Vorgehen schon in den Jahren 1992/1993 ein klares Muster erkennen, das mit erstaunlicher Systematik immer wieder angewendet worden ist:

- Große Städte wurden durch die Armee umzingelt und monate- oder sogar jahrelang belagert.
- Der Belagerungsring wurde immer undurchdringlicher und humanitäre Hilfskonvois für die Bevölkerung wurden ab einem bestimmten Zeitpunkt total unterbunden. Das galt auch für die UNHCR-Hilfskonvois, welche von UNPROFOR-Blauhelmen begleitet wurden, die aber nicht befugt waren, gegen die militärische Blockade vorzugehen.
- Gleichzeitig wurden die Bombardements durch Artillerie, Mörser und teilweise auch Luftstreitkräfte zu einem Dauerzustand verstärkt. Die Existenzgrundlagen der Zivilbevölkerung wurden so durch Mangel an Lebensmitteln, Verbandsmaterialien und medizinischer Versorgung immer mehr zerstört. Auch die sogenannten „save havens“, also die von der UN deklarierten „Friedenszonen“ – wie Gorazde, Bihac, Sarajewo oder auch Srebrenica – waren davon betroffen. Dennoch fühlte die Internationale Gemeinschaft sich nicht verpflichtet, hiergegen vorzugehen, um die Angriffe sowie die Blockaden zu beseitigen.
- Durch gezielte „Sniper“-Beschießungen einzelner Zivilisten in den Städten wurde die Bevölkerung von den umgebenden Hügeln immer wieder in Angst und Schrecken versetzt und wahllos niedergeschossen.
- Die absichtliche und rücksichtslose Zerstörung der Kulturgüter, insbesondere der Kirchen und Moscheen sowie der Rot-Kreuz-Stationen, war ein bewusst eingesetztes Instrument zur Entwurzelung der kroatischen und bosnischen Bevölkerung.

- Die systematische Ermordung ganzer nichtserbischer Bevölkerungsgruppen, entgegen allen Menschenrechtskonventionen, war schon zum frühen Zeitpunkt ebenfalls Bestandteil der Strategie.
- Die Gefangennahme nichtserbischer Frauen und Mädchen und deren teilweise Zusammenfassung in speziellen Lagern diente auch dem Zweck, diese systematisch zu vergewaltigen und zu Müttern serbischer Kinder zu machen.

Wenn man immer auf diese Ereignisse trifft und feststellt, dass das Vorgehen offenbar stets nach dem gleichen Schema erfolgt, kann man sich dem Schluss kaum entziehen, dass es sich hierbei nicht um unkontrollierte Exzesse herumstreunender Truppenteile handelte, sondern um die bewusste Ausführung ideologisch begründeter Handlungsanweisungen zur Schaffung eines „Greater Serbia“.

Abschließend noch kurz zu der Frage, wie es dann zum Friedensschluss gekommen ist. Es wird fälschlicherweise, ich verkürze das jetzt, in fast allen Geschichtsbüchern geschrieben, dass nach Srebrenica die NATO eingegriffen und damit den Krieg beendet habe. In Wahrheit war es anders: Nach der Eroberung von Srebrenica Anfang Juli 1995 ereignete sich dort mit über 8.000 ermordeten Männern und Jugendlichen der schlimmste Völkermord des Jugoslawienkrieges. In der zweiten Julihälfte fand dann in London eine europäische Außenministerkonferenz statt, in der ein lautstarker Protest gegen Serbien formuliert wurde, aber keine konkreten Gegenmaßnahmen ergriffen worden sind. Im Gegenteil: Die sonst üblichen Versicherungen des Schutzes der „Friedenszonen“ der UN blieben diesmal für die Region Bihac aus, was von den Serben gleich so gedeutet wurde, dass man nach dem Fall von Srebrenica jetzt auch Bihac zur Eroberung freigegeben hatte. Entsprechend rollten die Panzer jetzt durch die kroatische Krajina gen Bihac. Auch verstärkte Luftangriffe setzten gegen Bihac ein. Die Region Bihac, die bereits über drei Jahre von serbischen Truppen und Kampfseinheiten des abtrünnigen Herrn Abdić – der dort seine eigenen Geschäfte zwischen den Kriegsparteien machte – belagert worden war, geriet so in höchste Not. Die Befürchtung, dass jetzt ein neues „Srebrenica“ für die 300.000 eingeschlossenen Menschen in der Bihac-Region bevorstehen könnte, wurde sehr real und brachte die Menschen in Panik. In höchster Not wurde auf Betreiben des bosnischen Präsidenten Izetbegović eine Zusammenkunft mit Präsident Tuđman in Split organisiert. Die Außenminister, die Verteidigungsminister, die hohen Militärs und weitere wichtige Persönlichkeiten beider Länder begleiteten sie. Der amerikanische Botschafter Galbraith in Zagreb und ich waren die beiden einzigen ausländischen Gäste, welche bei dem Treffen der beiden Delegationen als Berater dabei sein durften. Nach einigen recht komplizierten Bemühungen, an welchen sich der amerikanische Botschafter auf der kroatischen Seite und ich mich auf der bosnischen Seite beteiligte, die gegenseitige Abneigung der beiden Präsidenten zu überwinden, nahm

diese Konferenz – wohl aus der gegenseitigen Not, der serbischen Aggression nicht mehr standhalten zu können – einen wirklich erfolgreichen Verlauf: Es wurde beschlossen, dass beide Länder sofort militärisch zusammenarbeiten, dass Ende Juli/Anfang August eine Offensive („Oluja“) zur Befreiung von Bihać gestartet wird und kroatische Truppen weiter in Bosnien eingreifen und den bosnischen Truppen dabei helfen, die serbischen Eroberungen zurückzugewinnen. Dieses „Dekret von Split“ war der eigentliche erfolgreiche Wendepunkt des Krieges. Ich hatte noch nach der Konferenz ein sehr eingehendes Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter, der mir die veränderte amerikanische Haltung erläuterte und dem ich versprach, sofort unser Auswärtiges Amt zu informieren, damit die Bundesrepublik Deutschland mit der amerikanischen Linie konform gehe. Außerdem hatte ich ein wichtiges Gespräch mit dem kroatischen Verteidigungsminister Susak, der vor einiger Zeit aus Kanada als kroatischer Emigrant wieder nach Kroatien zurückgekehrt war. Wir besprachen Einzelheiten der Offensive „Oluja“, wobei er mir versicherte, dass sie spätestens Anfang August beginnen müsse.

Als ich zurückgekehrt war, erlebte ich noch einen echten Tiefschlag: Der kroatische Außenminister Granić informierte mich darüber, dass Deutschlands Außenpolitik völlig aus dem Ruder laufe. Nicht nur, dass das Auswärtige Amt keine Unterstützung der Deklaration von Split zusagte, sondern der kroatische Botschafter wurde ins Außenministerium einbestellt, wo ihm schwere Vorwürfe über die Konferenzergebnisse von Split gemacht worden sind. Daraufhin nahm ich sofort Verbindung zu Bundeskanzler Kohl auf, der in den Ferien am Wolfgangsee weilte. Ich schickte ihm das inzwischen bei mir eingetroffene Aide-Mémoire, welches die US-Regierung an Kroatien gesandt hatte und das mir von der amerikanischen Botschaft in Bonn sofort zur Information zugestellt worden war. Ich führte ein längeres Telefongespräch mit dem Kanzler und erläuterte ihm das Aide-Mémoire der Amerikaner und die einzelnen Abschnitte per Fax. Zwei Tage später erhielt ich dann die Bestätigung von Herrn Sanader, der damals Kabinettschef von Präsident Tudman war, dass der deutsche Botschafter die kroatische Regierung um ein Gespräch gebeten hatte und ins kroatische Außenministerium gekommen war, um eine ähnliche Demarche wie das State Department der kroatischen Regierung zu überbringen. Mein Gott, war ich erleichtert! Durch die schnelle Entscheidung des Kanzlers wurde auch meine Glaubwürdigkeit wieder hergestellt. Fälschlicherweise wurde durch meine Anwesenheit bei der Konferenz in Split offenbar der Eindruck erweckt, dass sich Deutschland bereits auf der amerikanischen Linie befinde. Besonders erwähnenswert ist allerdings, dass der Kanzler von den Ereignissen in Split und der veränderten amerikanischen Haltung keine Ahnung hatte und das Auswärtige Amt offenbar die alte Linie zusammen mit England und Frankreich beibehalten wollte. Das sollte mich allerdings, nach allem, was ich erlebt hatte, nicht wundern!

Während die europäischen Außenminister immer noch keine gemeinsame Linie finden konnten, sind die Amerikaner nach dem militärischen Zusammengehen von Kroaten und Bosniaken dazu übergegangen, deren Armeen offen zu unterstützen. Diese starteten zunächst eine Offensive, um das eingeschnürte Bihac zu befreien 300.000 Menschen, davon rund 150.000 Flüchtlinge, waren dort bereits drei Jahre von der Außenwelt abgeschlossen.

Der Krieg ist also vor allem deshalb zu einem Ende gekommen, weil die von den Amerikanern ausgebildete kroatische Armee so gut war, dass sie innerhalb von einer Woche 30 km vor Banja Luka stand, also in der Republika Srpska. Dann hat die NATO auf gemeinsamen Beschluss schnell eingegriffen, nämlich aus Angst, dass jetzt die kroatische Armee diese Republika Srpska komplett überrollt und es zum „großen Krieg“ mit Milošević kommt.

Kroatien und Bosnien wurden deshalb besonders auf Geheiß der europäischen NATO-Partner angewiesen, den kroatisch-bosnischen Vormarsch sofort zu stoppen und sich wieder auf das Gebiet der Föderation zurückzuziehen. Zum Ausgleich wurden jetzt nach dem einstimmigen Beschluss der NATO einige strategische Militärstützpunkte und Kommunikationszentren der Serben durch NATO-Flugzeuge angegriffen. Die durch die Konferenz von Split eingeleiteten Maßnahmen und vor allem der Einsatz der von den Amerikanern entgegen den Beschlüssen der europäischen NATO-Partner ausgebildeten und auch ausgerüsteten Bodentruppen waren also entscheidend für die Wende des Krieges. Diese Wende erst machte den Weg frei für den Friedensvertrag von Dayton.

Der Verlauf des Krieges zeigt übrigens sehr deutlich, dass die Initiative von US-Präsident Clinton, die den Europäern durch den amerikanischen Außenminister Warren Christopher im Mai/Juni 1993 vorgetragen wurde, großen Sinn ergeben und den Krieg mehr als zweieinhalb Jahre früher beendet hätte. Die Oberflächlichkeit der europäischen Diskussion über die amerikanischen Vorschläge hat mich angesichts der kritischen Lage damals empört. Nicht nur Christopher wurde im Regen stehen gelassen – auch die sehr eingehende Analyse von Joe Biden, dem späteren Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten, der damals Vorsitzender des Committee on Foreign Relations des amerikanischen Senats war und der im April 1993 mit einer Expertengruppe nach Europa gereist war und eine ausgezeichnete Expertise mit entsprechenden Vorschlägen gemacht hatte, blieb in Europa total unbeachtet liegen. Als ich unseren deutschen Außenminister auf die amerikanischen Vorschläge aufmerksam machte, erhielt ich eine nichtssagende kurze schriftliche Antwort. Von diesem Zeitpunkt an stand mein Urteil leider Gottes sehr fest, dass es einen langen Krieg mit Serbien geben würde und ich, aufgrund der Dominanz der englisch-französischen Politik, nur auf sehr unwesentliche Kompromisse unseres Kanzlers Helmut Kohl hoffen durfte.

Die Bosnier, die sich als Europäer gefühlt haben, hätten sich dann auch anders verhalten können. Es wäre ihnen erspart geblieben, sich an arabische Län-

der mit der dringenden Bitte um Überlebenshilfe zu wenden. An dieser Stelle könnte man auch manche Spekulationen anschließen, welche interessanten Perspektiven das für uns Europäer eröffnet hätte.

Ich habe eine Äußerung von Karl Jaspers sehr verinnerlicht, auch im Hinblick auf meine weitere Tätigkeit: „Friede ist nur durch Freiheit, Freiheit nur durch Wahrheit möglich. Daher ist die Unwahrheit das eigentlich Böse, jeden Frieden Vernichtende: die Unwahrheit von der Verschleierung bis zur blinden Lässigkeit, von der Lüge bis zur inneren Verlogenheit, von der Gedankenlosigkeit bis zum doktrinären Wahrheitsfanatismus, von der Unwahrhaftigkeit des Einzelnen bis zur Unwahrhaftigkeit des öffentlichen Zustandes.“ Das ist genau der Punkt, auch in unserem Zusammenhang.

Hugo Grotius, der große Völkerrechtslehrer, der selber 30 Jahre seines Lebens in der Verbannung war, hat nach dem Westfälischen Frieden festgestellt, dass die souveränen Staaten nur friedlich überleben könnten, wenn sie ein System des Völkerrechts schüfen, das es zukünftig ermögliche, sich mit allen Kräften der hiesigen Welt, die täglich und stündlich in das Schlimmere abzugleiten drohe, entgegenzustellen.

Ich glaube, dass das zwei Wahrheiten sind, die auch heute gültig sind. Wenn wir sie nicht beherzigen, werden wir schneller, als wir denken, in einer ähnlichen Krise sein, wie wir sie im Kalten Krieg gehabt haben, der ja stets in der Gefahr war, in einen heißen Krieg umzuschlagen.

MISZELLEN

Die Gründung der CDU in Sachsen-Anhalt 1945

Oliver Salten

Die Vorgänge um die Gründung der CDU im späteren Sachsen-Anhalt* im Juli 1945 sind nur schwer durchschaubar. Bereits 1969 klagte der ehemalige Chefredakteur des DDR-CDU-Zentralorgans „Neue Zeit“, Alwin Schaper, in einer Abhandlung über die frühen Jahre des Landesverbandes: „Aufschluß über den Verlauf der Gründung geben weder die Protokolle des Landesverbandes noch die Ausgaben der Landeszeitung ‚Der Neue Weg‘.“¹ 2001 gelang es Ralf Thomas Baus in seiner Dissertation über die CDU in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) den Geschehnissen in Sachsen-Anhalt eine Gestalt zu geben, die seitdem nicht infrage gestellt worden ist.²

Ein bislang kaum beachtetes Dokument aus den Beständen des Kreisverbandes Zeitz bietet jedoch Gelegenheit, den Ablauf der Ereignisse nochmals zu hinterfragen und ein paar neue Überlegungen darüber anzustellen, wie die Gründung des CDU-Landesverbandes vermutlich ablief.³ Es handelt sich hierbei um den Gründungsaufruf des CDU-Provinzialverbandes Sachsen-Anhalt aus Halle vom 25. Juli 1945, den die Gründer der CDU in Zeitz übernommen hatten.⁴ Er ist auf drei Seiten Durchschlagpapier überliefert, die mit einer Schreibmaschine beschrieben wurden, aber mittlerweile recht stark verblichen sind. Überschriften ist er mit „Aufruf der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands“ und beginnt mit der Anrede: „Deutsche Männer! Deutsche Frauen! Deutsche Jugend!“ Zunächst wird der Nationalsozialismus als das grundlegende Übel qualifiziert, das „millionenfaches Leid und grauenvolles Elend“ mit sich gebracht habe. Diktatur und Krieg seien die Ursache dafür, dass man „vor einer noch nicht zu übersehenden Katastrophe“ stehe. Die Aufgabe des Wiederaufbaus stehe allen bevor, „die guten Willens sind“ und bereit

* Zur Begriffsgeschichte von „Sachsen-Anhalt“ siehe unten S. 215.

- 1 Alwin Schaper: Jahre der Entscheidung. Erinnerungen an die Entwicklung des Landesverbandes Sachsen-Anhalt der CDU (1945 bis 1952). Berlin (Ost) 1969, S. 11.
- 2 Ralf Thomas Baus: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1948. Gründung – Programm – Politik (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 36). Düsseldorf 2001, S. 151–158.
- 3 Gründungsaufruf des CDU-Provinzialverbandes Sachsen-Anhalt vom 25. Juli 1945, in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) Bestand Kreisverband Zeitz 02-364-001/1.
- 4 Der vollständige Text ist im Anhang wiedergegeben. Eine Abbildung des Aufrufes findet sich in: Andreas Grau/Hanns Jürgen Küsters (Hg.): „Ein freies Volk soll wiedererstehen...“ Dokumente zur Gründung der CDU. Bornheim o.J., S. 33–35.

seien, alles in ihren Möglichkeiten stehende dafür zu tun. Die CDU wird dabei als überkonfessionelle Partei vorgestellt, die an dieser Aufgabe in „Zusammenarbeit mit den anderen antifaschistischen Parteien“ mitwirken wolle. Zwar wird anerkannt, dass auch in anderen Parteien Christen engagiert seien, die Bedeutung „christlichen Kultur- und Gedankenguts wie der christlichen Gesittung“ wird jedoch als so wichtig empfunden, dass man sich auch ausdrücklich christlich nennen wolle. Nach einem Bekenntnis zur Demokratie und der nochmaligen Absage an den „Faschismus“ werden einzelne Forderungen in Form einer in sechs Punkten gegliederten Aufzählung aufgestellt, die man folgendermaßen zusammenfassen kann:

- Zerschlagung des Nationalsozialismus und Wiederaufrichtung staatlicher Strukturen
- Friedliche und verlässliche Außenpolitik
- Wiederherstellung von menschenwürdigen Lebensbedingungen
- Gleichheit aller vor dem Gesetz
- Freie Wirtschaft mit planwirtschaftlichen Elementen und Sicherstellung der Versorgung
- Sicherstellung von Bildung, Familie, Religions- und Redefreiheit

Zum Abschluss folgt ein nochmaliger Aufruf zu einem Engagement in der neuen Partei.

Verantwortlich für den Aufruf zeichnet der „Provinzialverband Sachsen-Anhalt“ der CDU. Unterhalb des Aufrufes steht die Angabe „Für Halle“, wobei „Halle“ handschriftlich mit „Zeit“ überschrieben wurde und anschließend die Gründer der CDU in Zeit ihre Unterschriften unter den Aufruf setzten.⁵ Zwischen den Unterschriften steht die abschließende Datierung des Originaldokuments: „Halle/Saale, den 25. Juli 1945“.

Die wirkliche Bedeutung dieses Dokuments erschließt sich jedoch erst, wenn man die Geschehnisse berücksichtigt, die zur Gründung der CDU in Sachsen-Anhalt führten. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) erlaubte bereits am 10. Juni 1945 in ihrem Befehl Nr. 2 als erste Besatzungsmacht die Bildung politischer Parteien, wobei die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) von Anfang an im von den Sowjets angestrebten Vierparteiensystem aus Kommunisten, Sozialdemokraten, Liberalen und Christdemokraten eine bevorzugte Stellung einnahm.⁶ Auch wenn bürgerliche Kreise um

5 Es handelt sich hierbei um insgesamt 17 Personen, wobei 15 von ihnen maschinenschriftlich mit einer Berufsbezeichnung und die einzige Frau, Dorothea Lyding, mit der Standesbezeichnung „Ehefrau“ versehen worden sind. Zu Dorothea Lyding und Christina Trittel: Die Abgeordneten des ersten Landtages von Sachsen-Anhalt 1946–1950. Vom Scheitern demokratischer Hoffnung. Magdeburg 2007, S. 161. Drei der Namen sind aus unbekanntenen Gründen später durchgestrichen worden.

6 Baus: Union, S. 70.

Andreas Hermes und Jakob Kaiser bereits seit Mitte Mai die Gründung einer überkonfessionellen Sammlungspartei vorangetrieben hatten, konnten sie erst am 26. Juni 1945 den Berliner Gründungsaufwurf der CDU verabschieden.⁷

In Sachsen-Anhalt stellte sich die Lage noch komplizierter dar.⁸ Bis Anfang Juli 1945 waren die Landstriche westlich von Elbe und Mulde durch US-amerikanische und britische Truppen besetzt, eine politische Tätigkeit blieb während dieser Zeit ausgeschlossen. Nach der Übergabe des Gebietes an sowjetische Truppen wurde am 16. Juli 1945 die preußische Provinz Sachsen wiederhergestellt, jedoch mit weitreichenden territorialen Änderungen im Vergleich zum Vorkriegszustand. Der Regierungsbezirk Erfurt wurde endgültig Thüringen angegliedert und die Provinz Sachsen mit dem ehemaligen Freistaat Anhalt vereinigt. Neue Provinzialhauptstadt wurde anstelle Magdeburgs das relativ unzerstört gebliebene Halle. Zwar wurde der Name der Provinz formal erst Ende Dezember 1946 durch den Landtag in „Sachsen-Anhalt“ geändert, wie der Gründungsaufwurf jedoch belegt, war er offenbar bereits kurz nach der Neugliederung in Gebrauch.

Die Veränderung der Ländergrenzen dürfte es in Sachsen-Anhalt erschwert haben, an die politischen Strukturen der Weimarer Republik anzuknüpfen. Umso bedeutsamer war es, dass die Anfänge des politischen Lebens in der neuen Landeshauptstadt lagen. Am 8. Juli wurde im Volkspark eine Großkundgebung abgehalten, mit der die Gründung der Parteien in die Wege geleitet wurde. Der spätere CDU-Landesvorsitzende Leo Herwegen erwähnte in einem rückschauenden Zeitungsbericht von 1947, dass es eine Kundgebung gegen den Faschismus gewesen sei, auf der vier Redner gesprochen hätten, die vor 1933 „im politischen Leben“ gestanden hätten.⁹ Wahrscheinlich war die örtliche SMA die Initiatorin der Veranstaltung.¹⁰

7 Der Aufruf ist abgebildet bei: Grau/Küsters (Hg.): Volk, S. 12–17. Zu den Vorgängen um die Ausarbeitung des Aufrufes: Johann Baptist Gradl: Anfang unter dem Sowjetstern. Die CDU 1945–1948 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Köln 1981, S. 14–18; Siegfried Suckut: Zum Wandel von Rolle und Funktion der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDUD) im Parteiensystem der SBZ/DDR (1945–1952), in: Hermann Weber (Hg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945–1950. Köln 1982, S. 117–128, hier 117f.; Manfred Wilde: Die SBZ-CDU 1945–1947. Zwischen Kriegsende und kaltem Krieg. München 1998, S. 38–46; Baus: Union, S. 72–79.

8 Vgl. zum Folgenden die Zusammenfassung bei Mathias Tullner: Geschichte des Landes Sachsen-Anhalt. 2. Aufl. Magdeburg 1996, S. 140f.; Baus: Union, S. 154.

9 Leo Herwegen: Der Weg der CDU zu ihrem Ziel, in: Der Neue Weg, 28. März 1947. Schaper: Jahre, S. 11 behauptet ohne Quellenangabe, dass die Veranstaltung auf dem Hallmarkt stattgefunden habe. Baus: Union, S. 151, folgt ihm darin. Der Verortung im Volkspark durch Herwegen ist allerdings größeres Gewicht beizumessen, auch schon wegen der noch recht unmittelbaren Nähe zu den Ereignissen.

10 Wilde: SBZ-CDU, S. 50.

Baus vermutet als Gründungsdatum der CDU in Halle den 22. Juli 1945.¹¹ Dafür führt er zwei Belege an. Zum einen erwähnt Wladimir Gall, seit Juli 1945 Leiter der Kultur- und Zensurabteilung der SMA in Halle, das Datum in seinen Erinnerungen.¹² Zum anderen existiert eine Bescheinigung für einen Dr. Ferdinand Schulze vom 1. September 1954 anlässlich eines Gesuches um Erreichung einer höheren Rente, aus der hervorgeht, dass er am 22. Juli 1945 in Halle Mitbegründer der CDU war.¹³ Da beide Aussagen unabhängig voneinander überliefert sind, kann es kaum einen Zweifel an der Korrektheit dieses Datums geben. Warum wurde der Gründungsaufruf aber erst am 25. Juli 1945 endgültig aufgestellt und unterzeichnet?

Es dürfte unstrittig sein, dass die Teilnehmer der Versammlung am 22. Juli 1945 durchaus über die Gründung der CDU in Berlin orientiert waren. Darauf deutet zum einen die Namensgebung der Partei hin, zum anderen aber auch die Tatsache, dass auf der Kundgebung am 8. Juli vier Redner sprachen, bei denen es sich nur um die Vertreter der vier in Gründung befindlichen Parteien gehandelt haben kann.¹⁴ Obwohl sich direkte Verbindungen zwischen den Berliner und Hallenser Gründern bislang nicht nachweisen lassen, waren anscheinend auch inhaltliche Vorstellungen der Berliner im Groben bekannt. Da der Aufruf aber nicht vorlag, musste man in Eile selbst einen herstellen.¹⁵ Offenbar fiel der Beschluss hierzu erst auf der Gründungssitzung am 22. Juli 1945. Das Ziel war, eine Arbeitsgrundlage herzustellen, auf die sich andere Neugründungen

11 Baus, Union, S. 152–153. Das genaue Datum der Gründung war wohl schon 1965 nicht mehr bekannt, zumindest wurde es im Parteiorgan des CDU-Bezirksverbandes Halle weder im Artikel über die Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der Parteigründung, noch in dem über einen Empfang des Kreisverbandes Halle erwähnt: So erfüllten wir den Gründungsaufruf, in: *Der Neue Weg*, 2. Juli 1965; In der Blockgemeinschaft, in: *Der Neue Weg*, 3./4. Juli 1965. Als Ort der Gründung wurde im Brief eines „Der Neue Weg“-Redakteurs an den DDR-CDU-Politiker Günter Wirth aus dem Jahr 1963 das „Kulturhaus einer Schrebergarten-Vereinigung in der Schleiermacherstraße“ angegeben. ACDP Nachlass Günter Wirth 01-531-219.

12 Wladimir Gall: *Mein Weg nach Halle*. Berlin (Ost) 1988, S. 129.

13 ACDP, Bestand Kreisverband Halle 02-360-010/1. In einem Artikel über Schulze aus dem Jahr 1964 wird angegeben, dass er an der Gründung der CDU in Halle am 26. Juni 1945 beteiligt gewesen sei: Fünf Sprachen und Verkehr – Unionsfreund Dr. Schulze feiert seinen 80. Geburtstag, in: *Der Neue Weg*, 27. November 1964. Offenbar wurde hier das Datum des später übernommenen Berliner Gründungsaufrufes als Hallenser Gründungstag angesehen. Vgl. auch den späteren Gründungsaufruf der CDU Sachsen-Anhalt, in: ACDP Bestand CDU in der DDR 07-011-2376.

14 „Das politische und kulturelle Leben entsteht (In Halle vor 20 Jahren)“, in: *Der Neue Weg*, 3./4. Juli 1965. Christina Trittel: *Die Landtagsfraktionen in Sachsen-Anhalt von 1946 bis 1950. Analyse des landespolitischen Handelns und der Handlungsspielräume kollektiver Akteure in der werdenden DDR*. Wiesbaden 2006, S. 36, spricht irrtümlich von einer „CDU-Großkundgebung“.

15 Auch in Thüringen wurde in Ermangelung des Berliner Aufrufes am 20. Juli 1945 ein eigenes Programm erarbeitet, das aber nicht mehr veröffentlicht wurde. Vgl.: Markus Kieffer: *Gründung und Anfänge der CDU in Thüringen (1945–1952)*. Erfurt 1995, S. 4f.

bis zum Eintreffen weiterer Nachrichten aus Berlin gegenüber ihren potentiellen Mitgliedern und der örtlichen Kommandantur berufen konnten. Außerdem konnte so der Führungsanspruch der Hallenser CDU im Provinzialverband gestärkt und die neue Rolle Halles als Hauptstadt Sachsen-Anhalts betont werden. Zumindest für Zeitz ist dokumentiert, dass dies gelungen ist.

Innerlich wie äußerlich wird der Provisoriumscharakter des Aufrufes deutlich. Man beschränkte sich auf grundlegende Forderungen, ohne zu sehr ins Einzelne zu gehen. Die klare Absage an Faschismus und Nationalsozialismus, der Hinweis auf Wiederaufbau und Zusammenarbeit „mit den anderen antifaschistischen Parteien“ sowie die Darstellung der Fixpunkte Christentum und Demokratie dürften im Hallenser Gründerkreis allgemein anerkannt gewesen sein.

Unter den einzelnen Forderungen dürften die Punkte eins bis vier keine kontroversen Diskussionen ausgelöst haben. In Punkt fünf, der sich mit der zukünftigen Wirtschaftspolitik befasste, orientierte man sich, ob mit Absicht oder aus Zufall muss offen bleiben, am Berliner Aufruf, indem man es vorzog, keine Entscheidung für ein marktwirtschaftliches oder sozialistisches Wirtschaftsmodell zu treffen.¹⁶ Auf der einen Seite wollte man „freie Wirtschaft unter stärkster Betonung des Konsumenteninteresses“, auf der anderen Seite hielt man eine „gesunde Planwirtschaft“ und die Möglichkeit von Verstaatlichungen für sinnvoll. Man hielt sich in dieser Hinsicht beide Möglichkeiten offen.

Punkt sechs wirkt schließlich wie eine reine Sammlung verschiedener Forderungen. Hier wurden jugend-, schul-, familien-, wissenschafts- und kirchenpolitische Forderungen zusammengelegt mit der Festlegung auf die Garantie der Redefreiheit und den Minderheitenschutz. Diese Überlegungen hätten in einer eingehenderen Behandlung möglicherweise zu voreiligen Festlegungen und Widersprüchen zum Berliner Aufruf geführt.

Die äußere Form des Aufrufes deutet darauf hin, dass er niemals für den Druck vorgesehen war. Handschriftlich wurden Absatzzeichen eingefügt und der Ausdruck „im Geiste der Selbsthingebung“ gestrichen. Die Zeitzer Gründer erhielten aus Halle diesen korrigierten Schreibmaschinendurchschlag. Für den Zweck der CDU-Gründung in Zeitz wurde nur noch der Ort handschriftlich korrigiert, sonst scheint er aber vollauf genügt zu haben.

Erst Ende August oder Anfang September konnte von Halle aus ein gedruckter Gründungsaufruf herausgegeben werden.¹⁷ Er beinhaltete den Berliner Aufruf, der mit 22 weiteren Unterzeichnern für den Provinzialverband Sachsen-Anhalt versehen worden war. Diese Namen waren wohl auch diejenigen, die unter dem ursprünglichen Aufruf vom 25. Juli 1945 standen. So wie in Zeitz die dortigen Gründer den Aufruf unterschrieben haben, muss man davon

16 Diese Entscheidung ist auch im Berliner Gründungsaufruf nicht endgültig getroffen worden. Vgl. Wilde: SBZ-CDU, S. 43f.

17 ACDP 07-011-2376. Zur Datierung: Baus: Union, S. 157f. mit Anm. 417.

ausgehen, dass dies eben auch in Halle geschehen ist. Darauf weist schon der Ausdruck „Für Halle“ oberhalb der Datierung hin.

Die Angelegenheit wird jedoch verkompliziert durch einige Angaben Alwin Schapers, die nicht ins Bild passen wollen. Er berichtet, dass der „Aufruf zur Gründung der CDU (...) in Halle von einem Kreis repräsentativer evangelischer und katholischer Christen und einigen Liberalen“ erging. Die Namen, die er dafür angibt, unterscheiden sich zum Teil von denen des gedruckten Gründungsaufrufes.¹⁸ Bei diesem wie bei Schaper vertreten sind nur Horst Boerngen, Heinz Dechant, Carl Duda, Heinz Fielitz, Leo Herwegen, Friedrich Holtz, Heinrich Hübenthal, Max Knobling und Albert Ost.¹⁹ Pfarrer Schwarzkopf²⁰, Willi Poche²¹, Agnes Raab und Hans Günter Stibbe werden nur bei Schaper erwähnt. Es ist unwahrscheinlich, dass Schaper diese vier Namen willkürlich hinzugefügt hat. Es wäre etwa schwer erklärlich, warum er Agnes Raab aufgeführt hätte, eine spätere Landtagsabgeordnete, die sich nicht der zunehmenden Gleichschaltung der CDU unterwerfen wollte und 1952 in die

18 Schaper: Jahre, S. 11f.

19 Zu den folgenden Ausführungen vgl., sofern nicht anders angegeben, den genannten Brief an Günter Wirth, der eine Kurzbeschreibung der einzelnen Personen enthält, soweit sie 1963 noch greifbar waren, in: ACDP 01-531-219 sowie Schaper: Jahre, S. 12. Horst Boerngen war Mitglied der deutsch-christlichen Studentenvereinigung und vor 1933 Landessekretär des Christlich-Sozialen Volksdienstes; später wurde er Mitglied der sächsischen Provinzialsynode. Heinz Dechant war der erste Chefredakteur von „Der Neue Weg“ und ging 1946 in den Westen (vgl. auch die Angaben auf der Karteikarte der Exil-CDU zu Heinz Dechant, in: ACDP Bestand Exil-CDU 03-013-743). Pfarrer Curt Duda war Mitglied der Bekennenden Kirche und starb bereits 1946. Hans Fielitz war lange ärztlicher Direktor des Diakonissenhauses in Halle. Leo Herwegen (1886–1972), vor 1933 Landtagsabgeordneter der Zentrumspartei, wurde 1945 erster Vorsitzender der CDU Sachsen-Anhalt, 1946 Landtagsabgeordneter und Minister für Arbeit und Soziales. 1950 wurde er in einem Schauprozess zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Nach seiner Entlassung 1956 flüchtete er in die Bundesrepublik (vgl.: Trittel: Abgeordneten, S. 182–186). Friedrich Holtz war Pfarrer in Halle. Heinrich Hübenthal ging später in die Bundesrepublik. Max Knobling war Kaufmann in Halle, war dort zwischen 1945 und 1950 CDU-Kreisvorsitzender und siedelte 1950 in den Westen über (vgl. ebenfalls die Angaben der Exil-CDU auf der Karteikarte zu Max Knobling, in: ACDP 03-013-744). Albert Ost war zunächst kaufmännischer Angestellter, dann Generalsekretär des Christlichen Vereins Junger Männer in Halle. Nach 1945 wurde er Stadtrat, zog dann Ende 1947 oder Anfang 1948 in die britische Zone.

20 Möglicherweise liegt hier ein Missverständnis vor. Gemeint war wohl Pfarrer Johannes Schwartzkopff, der aber nicht mit Werner Schwartzkopff, einem Kaufmann aus Halle verwechselt werden sollte, dessen Name unter den 22 Unterzeichnern des gedruckten Gründungsaufrufes genannt wird. Diesem Irrtum unterliegt etwa Baus: Union, S. 151. Vgl. auch die Angaben im genannten Brief des Redakteurs an Günter Wirth, in: ACDP 01-531-219.

21 Willi Poche dürfte mit dem Bezirksgeschäftsführer Poche identisch sein, der am 28. November 1945 an einer Sitzung des Provinzialvorstandes teilnahm: ACDP, Bestand Landesverband Sachsen-Anhalt 03-032-001/1. Er wurde später Organisationsleiter des Landes- und des Bezirksverbandes. Vgl. Karteikarte der Exil-CDU zu Willi Poche, in: ACDP 03-013-804.

Bundesrepublik floh,²² aber dafür den Unterzeichner Friedrich Tschinke unterschlagen sollte, ein „Opfer des Faschismus“, der 1948 an den Folgen seiner Haft im Gefängnis und Konzentrationslager unter den Nationalsozialisten verstorben war.²³ Allein für Hans Günter Stibbe ist dies nicht völlig auszuschließen. Möglicherweise war Schaper bestrebt, einen führenden Vertreter der „fortschrittlichen Kräfte“ bereits bei der Gründung anwesend sein zu lassen.²⁴ Allerdings lässt sich klar nachweisen, dass Stibbe gar nicht am Gründungsvorgang beteiligt war, sondern erst Mitte September 1945 der CDU beitrug.²⁵

Diese unterschiedlichen, teils sogar widersprüchlichen Angaben lassen sich möglicherweise so erklären, dass Schaper keinen der beiden Gründungsaufträge vorliegen hatte. Aus dem Archiv des Hauptvorstandes der CDU in der DDR, in dem zumindest der gedruckte Gründungsauftrag zu finden war, scheint er sich nur auf die Protokolle des Landesvorstandes beschränkt zu haben.²⁶ „Besonders wertvoll“ seien dagegen die mündlichen Auskünfte von „alten Parteimitgliedern“ gewesen.²⁷ Offenbar stützte er sich für die Rekonstruktion des Gründungsvorganges auf Zeitzeugenaussagen, die aber nicht den genauen Teilnehmerkreis der Versammlung vom 22. Juli 1945 oder der Unterzeichner der Gründungsaufträge wiedergaben.

Da Schapers Angaben also nicht hilfreich sind, darf man tatsächlich davon ausgehen, dass die 22 Personen, die unter dem gedruckten Gründungsauftrag vom August/September 1945 stehen, tatsächlich diejenigen waren, von denen die Gründung der CDU in Halle ausging und die unter den Gründungsauftrag vom 25. Juli 1945 standen. Obwohl im Juli bereits an weiteren Orten in Sachsen-Anhalt Ortsgruppen der CDU entstanden waren,²⁸ stammten alle Unterzeichner des Aufrufs aus Halle.²⁹ Andere Gründungen wurden nicht berücksichtigt. Weiterhin fällt auf, dass der gedruckte Aufruf nicht mit einem Datum versehen wurde.³⁰ Auf diese Weise konnte man ein Gründungsdokument vor-

22 Trittel: Abgeordneten, S. 172.

23 Lebenslauf des Rektors Friedrich Tschinke, in: ACDP 01-531-219.

24 Hans Günter Stibbe wurde 1948 Landesgeschäftsführer. Vgl. das Protokoll der Landesvorstandssitzung vom 27. September 1948, in: ACDP 03-032-001/2. Ab 1950 war er stellvertretender Landesvorsitzender, später stellvertretender Bezirksvorsitzender und Mitglied der Volkskammer. Vgl. die Karteikarte der Exil-CDU zu Hans Günter Stibbe, in: ACDP 03-013-810.

25 Union teilt mit, Heft 7/1958, S. 7.

26 Schaper: Jahre, S. 6.

27 Schaper: Jahre, S. 7.

28 So konstituierten sich die Parteien in Magdeburg am 15. Juli, in Köthen bildete sich am 20. Juli eine Christlich-Soziale Union und auch in Stendal wurde bereits im Juli eine CDU-Ortsgruppe gegründet. Vgl.: Baus: Union, S. 154f.

29 Brief des „Der Neue Weg“-Redakteurs an Günter Wirth, in: ACDP 01-531-219.

30 Vgl. dazu den Gründungsauftrag des Landesverbandes Sachsen, dessen Gründer ebenfalls den Berliner Aufruf übernahmen, allerdings ohne die Namen, und mit einem eigenen Datum versehen, in: ACDP, Bestand Landesverband Sachsen 03-035-115.

legen, das den Führungsanspruch der Hallenser CDU in Sachsen-Anhalt untermauern sollte. Man setzte sich in direktem Zusammenhang zur Gründung der neuen Partei in Berlin und verzichtete unter diesem Gesichtspunkt auch auf ein eigenes Gründungsdatum.

Es ist jedoch bemerkenswert, dass der oben genannte Ferdinand Schulze nicht bei den Unterzeichnern auftaucht. Gleiches gilt offenbar auch für den Vater des 1951 in die Bundesrepublik geflüchteten späteren Experten für das DDR-Rechtssystem, Siegfried Mampel, der an der Gründung der CDU in Halle beteiligt gewesen sein soll.³¹ Beide scheinen nicht in die Vorbereitungen zur Erstellung des Aufrufes zwischen dem 22. und dem 25. Juli 1945 involviert gewesen zu sein. Man muss also davon ausgehen, dass der Kreis derjenigen, die sich am 22. Juli 1945 versammelten, sehr viel größer war als die 22 Personen, die als eine Art Gründungsausschuss fungierten, den Aufruf drei Tage später ausgearbeitet hatten und ihn dann auch unterzeichneten.

Das Provisorium des Hallenser Gründungsaufwurfes endete mit der Herausgabe einer eigenen Version des Berliner Gründungsaufwurfes. Festzuhalten bleibt, dass die Hallenser CDU unter der Führung von Leo Herwegen bereits sehr früh die Möglichkeiten erkannt hatte, die sich mit der Verlagerung der Hauptstadtfunktion von Magdeburg nach Halle ergeben hatten. Mittels des eigenen Gründungsaufwurfes, entstanden in Ermangelung des Berliner Aufrufes, konnte man zumindest diesen Führungsanspruch in andere Orte, wie etwa Zeitz, exportieren. Der unter Einfügung des Berliner Aufrufes gestaltete zweite Gründungsaufwurf manifestierte diesen Anspruch, dokumentierte innerhalb der CDU in Sachsen-Anhalt die Anerkennung der Hallenser Gründer durch die Berliner Gesamtleitung, und wurde als fiktiver Gründungstag des CDU-Landesverbandes Sachsen-Anhalt festgesetzt. Die Vorgänge im Juli und August 1945 zeugen letztlich nicht nur von dem großen Selbstbewusstsein der Hallenser CDU-Gründer, sondern auch von ihrem Bestreben, trotz aller Widrigkeiten der Nachkriegszeit, dieses Selbstbewusstsein rasch in politische Ansprüche innerhalb der neuen Partei umzuwandeln.

31 Siegfried Mampel: So fing es an. Politische Erinnerungen aus Halle (Saale) 1945 bis 1950, in: Deutschland-Archiv 30 (1997), S. 417–437, hier 419. Baus: Union, S. 157 (Anm. 417), möchte auch die beiden späteren ersten Fraktionsvorsitzenden der CDU im Landtag, Erich Fascher und Anton Miller, zum Gründerkreis zählen. Dies ist überaus fraglich. Fascher trat der CDU nachweislich erst am 21. September bei. Vgl. Gerhard Besier: „Politische Reifeprozesse“. Zum Engagement des MfS an den theologischen Fakultäten bzw. Sektionen, in: Clemens Vollnhals (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit (Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten 7) Berlin 1996, S. 267–297, hier 267. Miller trat der CDU „im Sommer 1945“ bei, wie Baus in der genannten Anmerkung selbst aus einem Lebenslauf Millers zitiert. Diese Angabe ist zu unbestimmt, als dass man ausdrücklich daraus schließen könnte, er sei bei der Gründungsversammlung dabei gewesen.

*Anhang*³²

A u f r u f
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands!

Deutsche Männer!
Deutsche Frauen!
Deutsche Jugend!

Der verantwortungslose Größenwahn des Nationalsozialismus hat in Verbindung mit Unfähigkeit und Verderbtheit millionenfaches Leid und grauenvolles Elend über unser deutsches Volk gebracht.

Die faschistische Irrlehre, deren nationalsozialistischer Betrug, haben zu einem grauenvollen Ende geführt. Ströme von Blut sind geflossen, Städte sind vernichtet,³³ der Pulsschlag des Wirtschaftslebens ist erlahmt, der geordnete Zusammenhang in Staat und Volk ist zerstört. Die Grundlagen des sittlichen Lebens sind erschüttert. Wir stehen vor einer noch nicht zu übersehenden Katastrophe!

Unser an Leid und Seele auf schwerste geschädigtes, ja, schier zugrunde gerichtetes Volk soll und muß sich aus dem Abgrund wieder emporarbeiten. Die hiermit gegebene Aufgabe bleibt unlösbar, wenn nicht alle, die guten Willens sind, im Geiste der Selbsthingebung³⁴ alles tun, was sie unter Opfern an Zeit, Kraft und Mitteln irgendwie leisten können, um das zusammengebrochene Vaterland wieder aufzubauen.

In aufrichtigem Willen zur Zusammenarbeit mit den anderen antifaschistischen Parteien ist die neugegründete überkonfessionelle Christlich-demokratische Union entschlossen, das Äußerste einzusetzen, um zu dem ersehnten Ziel zu gelangen.

Wir nennen uns christlich. Wir sind uns dabei dessen bewußt, daß auch in den anderen Parteien bei vielen christliche Gesinnung mitspricht. Uns erscheint jedoch der Wert des christlichen Kultur- und Gedankenguts wie der christlichen Gesittung als so wichtig für Volk und Staat, daß wir uns auch ausdrücklich christlich nennen.

Der Staat, an dessen Bau wir mitarbeiten, soll und kann kein anderer als ein demokratischer sein. Wer zu uns stößt, hat die Demokratie ernst zu nehmen. Im Bekenntnis zu einem vom echten Volkswillen getragenen Staat wissen wir uns einig mit den anderen Parteien, und wir sind gewillt, diese Einigkeit bewußt zu

32 Im Folgenden erfolgt die vollständige Wiedergabe des Gründungsaufrufes des CDU-Provinzialverbandes Sachsen-Anhalt vom 25. Juli 1945 (ACDP 02-364-001/1). Orthografische Fehler wurden stillschweigend korrigiert.

33 Handschriftlich im Original hinter dem Komma ergänzt: „u“.

34 „im Geiste der Selbsthingebung“ mit kleinen Kreuzen im Original durchgestrichen.

pflügen.³⁵ Wir glauben, daß durch das Eintreten der Christen für ein demokratisches Deutschland diesem eine besonders zuverlässige Stütze erwächst.

Die Ehrfurcht vor Gott und seinen ewigen Geboten hat nicht zugelassen, daß wahre Christen sich der Anmaßung des Nationalsozialismus beugten. Wir denken in Dankbarkeit aller derer, die um ihrer aufrechten Haltung willen Schweres zu erdulden hatten. Wir wenden und auch fernerhin gegen den Faschismus und alle Mächte gewaltsamer Unterdrückung. Deshalb fordert die

Christlich-Demokratische Union Deutschlands:

die restlose Zerschlagung und Vernichtung des Nationalsozialismus in jeder Form; ein qualifiziertes Beamtentum; ein zuverlässiges Polizeiorgan; abschaffen der geheimen Staatspolizei; scharfe Bekämpfung des Denunziantentums;

ein freundschaftlich-nachbarliches Verhältnis mit allen friedliebenden Nationen; die Heilighaltung geschlossener Staatsverträge;

die Wiedergeburt der vom Nationalsozialismus zertretenen Menschenwürde; durchgreifende Hilfe für alle mittelbar oder unmittelbar durch den Krieg Geschädigten; eine gesunde Lohn- und Tarif- sowie Sozialpolitik.

gleiches Recht für jeden Staatsbürger ohne Ansehen der Person, des Ranges und des Standes als Grundlage für ein neues Vertrauen des Volkes in die Rechtspflege;

freie Wirtschaft unter stärkster Betonung des Konsumenteninteresses; gesunde Planwirtschaft und, wenn im öffentlichen Interesse nötig, Verstaatlichung von wirtschaftlichen Unternehmen; freie Entfaltung aller für das Volk wertvollen persönlichen Kräfte; Wiederaufbau der deutschen Heimat mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln; Sicherung der Ernährung und Versorgung mit allen lebenswichtigen Verbrauchsgütern;

Erziehung einer wahrheitsliebenden berufstüchtigen Jugend und Heranbildung eines dazu geeigneten Lehrkörpers; freie sportliche und bündige Betätigung der Jugend; Hütung und Pflege der Familie und des Elternrechts; Achtung und Schutz der persönlichen Freiheit; Religions-, Gesinnungs- und Gewissensfreiheit für jeden Staatsbürger; Freiheit der wissenschaftlichen Forschung; Freiheit in Rede, Schrift und Bild im Rahmen neu zu schaffender gesetzlicher Bestimmungen; gesetzlichen Schutz der religiösen Gemeinschaften und ihrer Einrichtungen; verständnisvolle Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche; gesetzlichen Schutz der Minderheiten; Pflege deutscher Kultur;

35 Im Original handschriftliches Zeichen für einen Absatz.

Deutsche Männer!
Deutsche Frauen!
Deutsche Jugend!

Ans Werk! Das oberste Gebot heißt jetzt nicht:
„Ich will meine Ruhe haben!“
sondern:
„Ich will helfen!“

Nicht ein einziger darf mehr abseits stehen; prüft Euch selbst und handelt. Wir haben Euch nichts zu versprechen; nur was wir jetzt säen, werden wir ernten.

Die Christlich-Demokratische
Union Deutschlands

Der Provinzial-Verband Sachsen-Anhalt.

Für Halle³⁶

Halle/Saale, den 25. Juli 1945.

³⁶ „Halle“ wurde handschriftlich mit blauer Tinte mit „Zeit“ überschrieben. Darunter und auf der Rückseite folgen die Unterschriften der Zeitzer CDU-Gründer.

Konrad Adenauer und Bonn

Stephan Eisel

Am 19. April 2017 jährte sich 50. Mal der Todestag von Konrad Adenauer. An diesem Tag ist 1967 nicht nur der ehemalige Bundeskanzler verstorben, sondern auch der amtierende Bonner Bundestagsabgeordnete. Adenauer stellte sich bei den ersten fünf Bundestagswahlen der Direktwahl und vertrat den Bonner Wahlkreis bis zu seinem Tod im Deutschen Bundestag. Dennoch ist dieses Feld seiner politischen Arbeit praktisch kein Thema in den inzwischen zahlreich erschienenen Biographien über ihn.

Beziehungen zu Bonn

Adenauers Beziehung zu Bonn gründet in einer lange zurückreichenden Familiengeschichte. Sein Urgroßvater hatte sich 1784 in Bonn angesiedelt. Väterlicherseits stammte der erste Bundeskanzler aus einer Bonner Bäckerfamilie und auch mütterlicherseits gab es Bonner Verknüpfungen.¹ Daher stellt Hans-Peter Schwarz in seiner Adenauer-Biographie fest: „Der Befund ist offenkundig: Konrad Adenauer ist nur ein Neu-Kölner, genealogisch kann ihn Bonn viel eher für sich reklamieren.“²

1895 verbrachte Adenauer schon als 19jähriger „erstmal einen längeren Zeitraum in Bonn“³ und absolvierte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität die letzten drei Semester seines Jurastudiums. Wie vor ihm der spätere Reichskanzler Wilhelm Marx stieß er zur katholischen Bonner Studentenverbindung Arminia im KV. Hans-Peter Schwarz vermutet in dieser Zeit auch den Ursprung der Absicht, sich in der Rhöndorfer Gegend niederzulassen. Der Umzug dorthin erfolgte dann 1935 – zwei Jahre nach der Absetzung als Kölner Oberbürgermeister durch die Nazis.

Im „Rhöndorfer Exil“ gehörte ein Bonner Bekanntenkreis mit dem Kunsthistoriker Josef Busley, dem Zahnarzt Joseph Vollmar⁴ und dem Syndicus der Handwerkskammer, Fritz Schliebusch, zu Adenauers Bezugspunkten. In jener

1 Die Bäckerei Adenauer befand sich zunächst an der Ecke Kasernenstraße/Maargasse (heute Oxfordstraße) und später in Meßdorf. Zu Einzelheiten Herbert Weffer: Die Verbundenheit der Familie Adenauer mit Meßdorf, in: Robert Thomas (Hg.): Beiträge zur Geschichte Lessenich-Meßdorf. Bonn 1982, S. 175–186 und Hans-Peter Schwarz: Adenauer. Der Aufstieg 1867–1952. Stuttgart 1986, S. 54.

2 Schwarz: Adenauer, S. 58.

3 Ebd., S. 99.

4 Als Adenauer im September 1944 aus dem Krankenhaus Hohenlind floh, um sich den Zugriff der Nazis bis zum Eintreffen der Amerikaner zu entziehen, übernachtete er auf der Flucht in Vollmars Bonner Wohnung. Vgl. Schwarz: Adenauer, S. 402.

Zeit hat sich „in Bonn und Bad Godesberg ein ganzes Nest ehemaliger Zentrumspolitiker zusammengefunden“.⁵

Dazu gehörten neben Adenauer der frühere Reichskanzler Wilhelm Marx, Andreas Hermes, Reichsernährungsminister a. D. und 1945 nach der Befreiung aus der Todeszelle in Moabit Mitgründer der CDU in Berlin, Professor Albert Lauscher als ehemaliger Vorsitzender des preußischen Zentrums und Rudolf Ameluxen. Im Plittersdorfer Haus des späteren ersten Regierungschefs von Nordrhein-Westfalen fand Adenauer nach dem sogenannten Röhm-Putsch 1934 eine zeitweilige Bleibe. Zu dem Kreis gehörte auch der 1939 im Konzentrationslager Dachau ermordete Professor Benedict Schmittmann mit seiner Frau Ellen. Auch nach dem Krieg blieb Bonn für die Familie Adenauer vielfacher persönlicher Bezugspunkt. So studierte Sohn Paul in Bonn Katholische Theologie und Sohn Georg besuchte das Godesberger Aloisius-Kolleg.⁶

Seine erste große Rede an die Bonnerinnen und Bonner hielt Konrad Adenauer am 7. April 1946 im Kuppelsaal des Museums Koenig. Seine Worte zum Schluss der Rede offenbaren auch den persönlichen Bezug des späteren Bundeskanzlers zur späteren Bundeshauptstadt: „Lassen Sie mich zum Schluss noch ein Wort zu Ihnen sagen als Einwohner der Stadt Bonn. Jede Stadt am Rhein hat ihr besonderes Gesicht, ihre besondere Aufgabe. Ich kenne Bonn. Ich war der Vorsitzende der Bonner Studenten 1½ Jahre lang, und ich habe seit vielen Jahren im geistigen Bereich Bonns gelebt und an seinem geistigen und kulturellen Leben Anteil genommen. Bonn hat die Aufgabe, ein geistiges und kulturelles Zentrum am Rhein zu sein, ein deutsches geistiges Zentrum, aber durchdrungen von der Atmosphäre des rheinischen Landes, weltoffen und aufgeschlossen gegenüber dem Westen und gegenüber dem europäischen Geiste. Ich hoffe und ich wünsche, dass Bonn und Bonns Alma mater aus Schutt und Asche wieder auferstehen möge zu neuem Leben, dass Bonn diese Aufgabe, die das Schicksal ihm zugewiesen hat, erfüllen wird.“⁷

An seinem 75. Geburtstag am 5. Januar 1951 wurde Konrad Adenauer – wie es in der Urkunde unter anderem heißt – „als bescheidener Dank dafür, dass der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland den Bürgern unserer Stadt sich ganz besonders verbunden fühlt“ die Ehrenbürgerwürde der Stadt Bonn verlie-

5 Schwarz: Adenauer, S. 403.

6 Vgl. Adenauer: Briefe 1951–1953. Rhöndorfer Ausgabe. Hg. von Hans-Peter Schwarz und Rudolf Morsey. Bearb. von Hans-Peter Mensing. Berlin 1987, S. 336ff. Dort wollte Adenauer im Februar 1953 übrigens die Abiturrede für den Abiturjahrgang seines Sohnes halten. Wegen einer Grippe musste er kurzfristig absagen, aber die typisch Adenauersche heiter-ernste Rede wurde vom damaligen Direktor des Aloisius-Kollegs, Pater Dr. Hubert Becker, verlesen.

7 Das Manuskript der Rede ist im Archiv der „Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus“ Rhöndorf erhalten. StBKAH I/08.51. Eine Rede, die Adenauer für den 18. Februar 1948 beim Parteitag des Kreisverbandes Bonn-Land in Godesberg zugesagt hatte, musste er kurzfristig absagen und bat um Weitergabe des Redemanuskripts an die Versammlung.

hen. Aus diesem Anlass beschrieb der Bundeskanzler und Bonner Abgeordnete in einer Rede von der Rathaustreppe, von der 1848 auch Karl Schurz gesprochen hatte, sein Verhältnis zu Bonn mit den Worten:

„Dann bin ich aber doch zum Teil deswegen Bonner, weil mein Vater in Bonn geboren ist. Und weiter, meine lieben Bonner, war ich drei Semester in Bonn Student. Ich erinnere mich, dass auf dem alten Markplatz die Bonner Stadtsoldaten Fastnacht mächtig ihre Wesen und Unwesen trieben und dass sie die Leute verhafteten und hereinbrachten. Die Zeiten sind anders geworden. Das Bonn von damals besteht noch zum Teil. (...) Aber Bonn ist nicht nur eine Hohenzollern-Universitätsstadt gewesen, Bonn war immer eine Hochburg demokratischen Gedankens, und eben ist mir gesagt worden, dass von dieser Stelle aus seinerzeit Schurz zu den Bonnern gesprochen hat und ebenfalls Kinkel. Meine Freunde, ich halte fest an dem freiheitlichen Geist, der diese Männer beseelt hat. (...) Ich habe eben gehört, dass die Bonner Jugend den Problemen unserer Zeit aufgeschlossen gegenüber steht. Ich freue mich darüber und bitte Sie: Halten Sie fest daran, dass von Bonn ausgehen muss in die deutschen Lande dieser Geist einer wahren demokratischen Freiheit.“⁸

Die erste Bundestagskandidatur

An der Bonner CDU-Partei Gründung selbst war Konrad Adenauer nicht beteiligt gewesen, im September 1945 war er noch Kölner Oberbürgermeister. Erst einige Zeit nachdem er am 6. Oktober 1945 aus diesem Amt entlassen wurde, kümmerte er sich nach anfänglichem Zögern – Grund hierfür war auch, dass ihm die britische Besatzungsmacht eine politische Betätigung vorübergehend verboten hatte – um den Aufbau der CDU in der britischen Zone, deren Vorsitz der 1946 übernahm. Dennoch gibt es deutliche Bezüge Adenauers zu den Bonner Christdemokraten. Dabei spielen vor allem seine persönlichen Kontakte zum ersten CDU-Kreisvorsitzenden Bonn-Stadt, Rechtsanwalt Johannes Henry, eine Rolle.

Kennengelernt hatten sich Henry und Adenauer – beide Jahrgang 1876 – in der katholischen Bonner Studentenverbindung Arminia. Als Henry im April 1896 dort eintrat, gehörte Adenauer bereits zur Aktivitas der Verbindung. Die beiden Bundesbrüder verband in den folgenden Jahren über das gemeinsame Jurastudium hinaus ein ähnlicher Lebensweg. Beide wurden im Zentrum aktiv, dessen Bonner Vorsitz Henry 1907 übernahm, während Adenauer im Kölner Zentrum immer weiter nach vorne rückte. Als 1917 eine Nachwahl in den Reichstag erforderlich wurde, wurde Henry sogar für zwei Jahre Bonner Reichstagsabgeordneter des Zentrums in Berlin. Von 1919–1932 wirkte Johan-

8 Zit. nach Bonner Rundschau vom 6. Januar 1951.

nes Henry dann als Verbandsgeschäftsführer des Kartellverbandes der katholischen Studentenverbindungen Deutschlands.⁹

Auch Adenauer war ja bald überregional aktiv geworden, unter anderem seit 1920 als Präsident des Preußischen Staatsrates. Während Adenauer 1933 von den Nazis aus seinem Amt als Kölner Oberbürgermeister vertrieben wurde, gab Henry 1933 wegen der Schikanen nach Hitlers Machtübernahme den Vorsitz des Zentrums und sein Bonner Stadtratsmandat ab, das er seit 1912 größtenteils als Vorsitzender der Zentrumsfraktion ausgeübt hatte. Adenauer und Henry standen in den Jahren des NS-Regimes gleichermaßen unter Gestapo-Kontrolle und wurden nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 im August und September beide in den Kölner Messehallen inhaftiert.¹⁰

Die persönliche Beziehung zwischen Konrad Adenauer und Johannes Henry bildete offenbar auch die Grundlage für die ersten politischen Kontakte zwischen dem ehemaligen Kölner Oberbürgermeister und der neu gegründeten Bonner CDU. Henry bat als neuer Bonner CDU-Vorsitzender gleich nach dessen Wahl zum CDU-Vorsitzenden in der britischen Zone am 10. Februar 1946 den „lieben Adenauer, demnächst einmal hier in einer Versammlung zu sprechen. (...) Wir versprechen uns gerade von einem rednerischen Auftreten von Dir großen Erfolg. (...) Deine wechselvollen Erlebnisse in den letzten Monaten haben wir auch hier in Bonn mit großem Interesse verfolgt und freuen uns über die Dir doch letzten Endes (zum Teil) gewordene Anerkennung“. Adenauers Antwort datiert schon vom 22. Februar mit der Bitte um Verständnis, aus Termingründen „wenigstens vorerst in Bonn nicht sprechen zu können“.

Schon am 4. März 1946 hakte Henry erneut nach: „Wäre es aber nun vielleicht nicht doch möglich, dass Du Ende März oder Anfang April zu uns sprechen würdest? Es würde das hier zweifellos begrüßt werden. Unsere Bitte ist umso dringlicher, als es offensichtlich mit zugkräftigen Redner bei der CDU nicht besonders gut bestellt ist, wie leider Gottes auch auf anderen Gebieten.“ Nur vier Tage später, am 8. März 1946, schrieb Henry erneut: „Wir wären Dir auf jeden Fall ungemein dankbar, wenn Du uns recht bald eine wenigstens grundsätzlich zusagende Antwort zukommen lassen wolltest.“ Die Hartnäckigkeit hatte Erfolg, Adenauer sagte am 16. März 1946 zu, „im Laufe des April in Bonn zu sprechen“.¹¹

Konrad Adenauer hielt die fragliche Rede dann am 7. April 1946 im Kuppelsaal des Museums Koenig vor 1.200 Gästen, unter ihnen Reichskanzler a. D. Wilhelm Marx. Der Text gehört sicher zu den eindrucksvollsten des späteren

9 Martin Luible: Johannes Henry – Leben und Schaffen. München-Pasing (Eigenverlag) 1959, S. 5ff.

10 Ebd., S. 35ff.

11 Der Briefwechsel befindet sich im Archiv der „Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus“, Rhöndorf. StBKAH I/08.51.

Kanzlers. Er sprach zu den Ursachen und Folgen der nationalsozialistischen Diktatur, den Grundideen der noch nicht ein Jahr alten CDU und Grundfragen der Außenpolitik.¹² Das Godesberger Anzeigenblatt schilderte die Atmosphäre mit den Worten: „Viele Jahre hindurch flossen von Rednertribünen Ströme von Schlagwörtern und Phrasen, von Großsprecherei und Agitation. Kein Wunder, dass man sich heute innerliche angerührt fühlt, wenn nun eine Persönlichkeit wie Dr. Adenauer spricht: ruhig, sachlich, mit sparsamen Gesten, ohne Spekulation auf Beifall, Wege und Werte zeigend, die nach vielhundertjähriger Wirksamkeit hinter dem roten Nebel von Fahnen und Phantasmen versunken waren.“¹³

Dieser Respekt, der Adenauer entgegenschlug, sein Wohnsitz in Rhöndorf und damit im späteren Bundestagswahlkreis „Bonn Stadt und Land“, die Verbundenheit mit Johannes Henry, sein Wirken als Abgeordneter für Bonn-Land im ersten nordrhein-westfälischen Landtag 1946–1950, seine Arbeit als Präsident des Parlamentarischen Rates und sein Einsatz für die Wahl Bonns als Bundeshauptstadt am 10. Mai 1949 – all dies lässt im Rückblick die Kandidatur Adenauers im Bonner Bundestagswahlkreis als fast unabweislich erscheinen. Dennoch ist nicht mehr nachweisbar, wie es konkret dazu kam, dass Adenauer im Wahlkreis Bonn-Stadt und Bonn-Land CDU-Bundestagsabgeordneter wurde. Der frühere Bonner Oberbürgermeister und spätere Landtagsabgeordnete Peter Maria Busen nahm jedenfalls am 20. Geburtstag der Bonner CDU 1966 für sich in Anspruch, Adenauer für die Bonner Kandidatur ins Gespräch gebracht zu haben und berichtete: „Als die Kölner sich vierzehn Tage später ebenfalls um Adenauer bemühten, hatten wir den Fuchs bereits in der Falle.“¹⁴

Auch über Adenauers Wahlkampfaktivitäten im eigenen Wahlkreis sind für die Zeit vor der ersten Bundestagswahl keine Unterlagen erhalten. Überliefert ist allerdings die schon fast klassische Schilderung aus Paul Weymars 1955 erschienener „autorisierter Biographie“ über den Abend dieses ersten Wahltages im Hause Adenauer: „Der 14. August war ein warmer gewitterschwüler Tag. Adenauer war schon am Vormittag in Rhöndorf zur Wahlurne gegangen. Anschließend hatte er seine rückständige Privatkorrespondenz erledigt, und am Nachmittag fand das sonntagsübliche Familientreffen statt, zu dem Kinder und Enkel aus Köln und Mönchengladbach angereist kamen. Man unterhielt sich, wie mir Georg Adenauer, des Kanzlers jüngster Sohn, erzählte, über Kindererziehung und Kuchenbacken. Ein Gespräch über den mutmaßlichen Ausgang der Wahl lehnte der Familienvater ab, obwohl er selbst in Bonn kandidierte. ‚Kinder, ich bin müde‘, sagte er. ‚Was zu tun war, haben wir getan. Und was dabei herauskommt, ist nicht unsere Sache. Morgen wissen wir es sowieso,

12 Vgl. Anm.7.

13 Godesberger Anzeigenblatt vom 9. April 1946.

14 Bonner Rundschau vom 9. Februar 1966.

und deshalb ist es müßig, sich heute schon Gedanken zu machen.‘ Abends gegen neun Uhr wird aus Bonn angerufen: Ein Parteifreund meldet das Bonner Ergebnis. 28.000 Stimmen für die CDU, Adenauer ist in direkter Wahl als Abgeordneter in den Bundestag gewählt worden. Herzlich gratuliert ihm die Familie. Er winkt ab. ‚Abwarten, wie das weitergeht‘, meint er lakonisch. Um zehn Uhr legt er sich schlafen.“¹⁵

Der nächste Morgen brachte nicht nur einen Sieg der CDU bei der Bundestagswahl insgesamt, sondern auch ein klares Ergebnis in Bonn: Bei einer Wahlbeteiligung von 77,57% entfielen auf die CDU und ihren prominenten Kandidaten im gesamten Wahlkreis 72.951 der 132.910 gültigen Stimmen, also 54,5%. In der Stadt Bonn konnte die CDU ihren Anteil von 17.440 Stimmen bei den Gemeindewahlen vom 17. Oktober 1948 und 17.114 Stimmen bei der Landtagswahl am 6. Februar 1949 auf 30.845 Stimmen (53,7%) nahezu verdoppeln – ohne Zweifel wesentlich ein persönlicher Erfolg Adenauers.

Adenauers erster SPD-Gegenkandidat Franz Heinen meinte dann auch zum Ergebnis: „Unsere Position war ungünstig. Wir waren der gewaltigen Propaganda der CDU gegenüber nicht gewappnet, weil uns das Geld fehlte. Dazu kam, dass die CDU mir ihren besten Mann gegenübergestellt hat. Und schließlich hat uns die Haltung der SPD für Frankfurt in Bonn geschadet.“ Konrad Adenauer selbst sagte als neu gewählter Direktabgeordneter „an die Bonner Bürger gewandt“: „Ich bin mir der Verpflichtung, die eine solche Wahl mir auferlegt, voll bewusst und werde sie nach besten Kräften zu erfüllen suchen. Sorgen Sie, dass Bonn Deutschland wirklich das gibt, was eine Hauptstadt der Bundesregierung und dem Bundestag geben muss. Wirken Sie mit, dass Ihre Stadt der neuen Bundesregierung ihren Charakter mitteilt, nicht aber diesen Charakter einbüßt.“¹⁶

In der Bonner Rundschau wurde das Faksimile einer weiteren kurzen Dankadresse an die Bonner abgedruckt: „Meinen Bonner Wählern danke ich von Herzen. Bonn wird, das hoffe ich zuversichtlich, dem neuen Deutschland vieles geben: Tradition und Fortschritt. K. Adenauer 14.8.1949.“¹⁷

Auch als Adenauer am 15. September 1949 erstmals zum Bundeskanzler gewählt wurde, vergaß er seine Bonner Wähler ebenso wenig wie diese ihn. Der CDU-Fraktionsvorsitzende im Rat, Peter Maria Busen, schickte ein Telegramm: „Die CDU-Fraktion der Bonner Stadtvertretung entbietet Ihnen als dem ersten Kanzler der Bundesrepublik herzlichen Gruss und Glückwunsch. Wir haben das Vertrauen, dass Sie der beste Steuermann für eine glückliche Fahrt in die deutsche Zukunft sind.“¹⁸ Zu den ersten persönlichen Gratulanten

15 Paul Weymar: Konrad Adenauer. München 1955, S. 424.

16 Westdeutsche Zeitung vom 15. August 1949.

17 Bonner Rundschau 5. Januar 1951.

18 Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (HStAD), Bestand RWV 47, 100, Bl. 469.

gehörten der Bonner Oberbürgermeister Peter Stockhausen und die Landtagsabgeordneten.

In einer Bonner Lokalzeitung findet sich eine anschauliche Schilderung der Szenerie vor dem Plenarsaal am Tag der Kanzlerwahl: „Der Gewählte selber aber, unerschütterlich wie immer in seiner Ruhe, freute sich sichtlich über die ehrlichen und freudigen Glückwünsche der Männer und Frauen, die sich nach der Wahl in der Vorhalle des großen Plenarsaals um ihn drängten. Die dreiviertelstündige Pause bis zur nächsten Sitzung opferte er in humorvoller Ergebenheit denen, die ihn in dichter Traube umringten und um ein Autogramm baten. (...) Als wir ihn dann baten, der Bonner Bevölkerung ein Grußwort zu sagen, hielt er inne im Schreiben, hob den Kopf, sah uns an, dachte einen Augenblick nach und sagte dann jenen Satz, den er uns in einer etwas ruhigeren Minute auch aufschrieb.“ Die Zeitung druckte den Gruß Adenauers am nächsten Tag als Faksimile ab: „Bonner bleibt wie Ihr seid – Ihr wart vorbildlich in diesen historischen Tagen. Adenauer.“

Zur Stimmung in der Stadt schrieb die gleiche Zeitung: „Mittlerweile hatte sich in der Stadt bereits die Nachricht verbreitet, dass Dr. Adenauer, der ja für die Wahl als Abgeordneter des Bundestages in Bonn so erfolgreich kandidiert hatte, der erste Bundeskanzler der deutschen Nachkriegsrepublik geworden sei. Die Fahnen, die vor und nach der regenreichen Nacht eingeholt worden waren, wurden fast überall wieder aufgehängt. Die Zuversicht aller aber, die für eine ausgewogene Vernunft in der Politik des sich neu bildenden Staates sind, wurde an diesem Tage noch gestärkt. Das gilt besonders auf für Bonn, das zu größtem Hundertsatz seine Zuversicht eben auf den Abgeordneten und nunmehrigen Bundeskanzler Dr. Adenauer gesetzt hatte.“¹⁹

Der Bonner Abgeordnete Adenauer

Inwieweit sich Adenauer regelmäßig den Angelegenheiten des eigenen Wahlkreises annahm, ist nur bruchstückhaft überliefert. Recht kritisch beurteilt in diesem Zusammenhang Bonns langjähriger Oberstadtdirektor Wolfgang Hesse (1964–1975) den ersten Kanzler: „Auch während seiner so erfolgreichen langen Amtszeit hatten er und die von ihm geführte Bundesregierung viel zu selten ein besonderes Interesse an den Sorgen und Nöten Bonns gezeigt – eine Tatsache, die im Rückblick noch unverständlicher erscheint, besonders wenn man an die politische Übereinstimmung denkt und daran, dass Adenauer Abgeordneter des Bonner Wahlkreises war.“²⁰ Bekannt sind aus der unmittelbaren

19 Alles zit. ebd. Vermutlich handelt es sich um die Bonner Rundschau.

20 Wolfgang Hesse: Stationen – Steiniger Weg zum Bonner Sommer. Bonn 1987, S. 116. Für die späteren Jahre hat der rechtsrheinische CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Georg Kliebing (im Bundestag 1961–1972) Adenauer manches an Wahlkreisarbeit abgenommen.

Nachkriegszeit Adenauers Leumundsschreiben für viele Einzelpersönlichkeiten in der Bonner Region gegen den Vorwurf der Nazi-Nähe und sein Interesse für Einzelfragen, die zum Beispiel vom Verschönerungsverein Siebengebirge vorgetragen wurden. Gelegentlich erhob er auch den Zeigefinger Richtung Bonner Stadtverwaltung, etwa in einem Schreiben vom 16. August 1949 an Oberstadtdirektor Dr. Johannes Langendörfer: „Wie ich zuverlässig höre, werden in Bonn derartig erhebliche Preise für Zimmer verlangt, dass das Wort ‚Wucher‘ fast zu maßvoll dafür ist. Ich bitte Sie, mit aller Energie dafür zu sorgen, dass derartige Überforderungen unterbleiben.“²¹

Zu den Aktivitäten, die den Abgeordneten Adenauer auch als Bundeskanzler politisch mit seinem Wahlkreis verbanden, gehörten die regelmäßigen Kundgebungen vor den Bundestagswahlen in Bonn. Er sprach am 3. September 1953 in der Mensa der Universität Bonn, am 9. September 1957 am selben Ort und am 16. August 1961 in der Obushalle.²² 1953 griff Adenauer in seinem eigenen Wahlkreis übrigens auch mit einem Flugblatt in den Landtagswahlkampf ein. Kurz und knapp hieß es: „Ich bin überzeugt, dass meine Bonner Wähler erneut ihren Sinn für das große Ganze beweisen und ihre beispielhafte Entscheidung vom 6. September 1953 mit der gleichen Eindeutigkeit bekräftigen werden. Adenauer.“²³ Ähnliches ist aus anderen Nicht-Bundestagswahlkämpfen nicht bekannt.

Mehrfach gekümmert hat sich Adenauer offenbar um die Bonner Jahrhundertfrage der Tieferlegung der Bundesbahn. Dazu fand im Oktober 1960 sogar ein Gespräch des Bundeskanzlers mit Bundesfinanzminister Eitzel, Bundesverkehrsminister Seehofer, dem Bonner Oberbürgermeister Dr. Daniels und Oberstadtdirektor Dr. Schmidt im Kabinettsaal des Palais Schaumburg statt. Die Bonner Rundschau berichtete darüber am 13. Oktober 1960: „Bundeskanzler Dr. Adenauer ging bei der Darstellung seiner Ansichten von seiner Erfahrung als Kölner Oberbürgermeister aus. (...) Auf die Stadt Bonn überblendend meinte der Kanzler, gerade weil sie räumlich so stark eingeeignet sei, bedürfe die Atmosphäre einer Auflockerung und Belebung durch eine großzügige Maßnahme. Man dürfe sich nicht an das Althergebrachte klammern. ‚Leben wir nicht zu eng hier? Müssen nicht andere Maßstäbe angelegt werden?‘ Außerordentlich gut informiert über die Einzelheiten der verschiedenen Bonner Verkehrsprobleme zeigte sich der Kanzler in dem Gespräch.“²⁴ Auch Jahre danach findet sich eine Protokollnotiz des Geschäftsführungsausschusses der CDU Bonn-Stadt vom Februar 1965, der die stete Aktualität des Themas

21 Adenauer: Briefe 1949–1951, S. 87.

22 HStAD RWV 47, 103, 107, 90. Am Tag nach der erneut überzeugend gewonnenen Wahl im September 1953 sprach Adenauer offenbar auch von der Rathaustreppe zu seinen Bonner Wählern. HStAD RWV 47, 101, Bl. 43.

23 HStAD RWV 47, 107, Bl. 254.

24 Bonner Rundschau vom 13. Oktober 1960.

belegt: „Der Vorsitzende (Adolf-Heinrich von Arnim) berichtet über ein Gespräch mit Dr. Adenauer, bei dem insbesondere die Tieflegung der Bundesbahn in Bonn besprochen wurde.“²⁵

Bei seinen fünf Kandidaturen 1949–1965 erzielte Adenauer seit Einführung der Erst- und Zweitstimme persönlich ein noch besseres Ergebnis als den schon weit überdurchschnittlichen Stimmenanteil, den die CDU als Partei erreichte. Auch darin kommt seine Verwurzelung im eigenen Wahlkreis zum Ausdruck:

Wahlkreisergebnisse für Adenauer im Wahlkreis Bonn

Wahl	Erststimmenanteil Konrad Adenauer	Zweitstimmenanteil CDU	Differenz
1949	54,5 %	Noch keine Zweitstimme	
1953	68,6 %	63,4 %	+5,4 %
1957	66,9 %	64,0 %	+2,9 %
1961	58,2 %	56,3 %	+1,9 %
1965	59,5 %	56,0 %	+3,5 %

Adenauer und die Bonner CDU

Wie sich Adenauer um parteiinterne Angelegenheiten des eigenen Sprengels gekümmert hat, ist nur für die Anfangszeit belegt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass er zunächst als Vorsitzender der CDU in der britischen Zone beansprucht war. Dass er dennoch ein wachsames Auge auf die Parteifreunde vor Ort richtete, belegt ein Brief vom 9. Juni 1948 an Dr. Heinrich Wolf, von 1946–1949 Gründungsvorsitzender des Kreisverbandes Bonn-Land: „Sehr geehrter Herr Wolf! Aus Godesberg höre ich, dass dort Differenzen zwischen dem Fraktionsvorsitzenden der Fraktion und der Verwaltung in einer öffentlichen Versammlung ausgetragen werden sollen. Ich halte eine derartige öffentliche Wäsche für ganz unmöglich und bitte Sie, unter allen Umständen zu verhindern, dass etwas Derartiges gemacht wird. Wir dürfen unter keinen Umständen in der gegenwärtigen Situation unseren Gegnern auch noch das Beispiel innerer Uneinigkeit geben. Ich wäre Ihnen übrigens dankbar, wenn Sie mir mitteilen würden, was in Godesberg los ist. Mit freundlichen Grüßen (Adenauer).“²⁶

Godesberg gehörte damals zum CDU-Kreisverband Bonn-Land, in dem mit Rhöndorf auch Adenauers Wohnort lag. Engere persönliche Kontakte zum städtischen Kreisverband hatte er, wie erwähnt, vor allem über dessen ersten Vorsitzenden Henry. Später mag der persönliche Bezug durch Adenauers Arzt Prof. Paul Martini, seit 1932 Ordinarius an der Bonner Universität und nach

²⁵ HStAD RWV 47, 28, Bl. 76.

²⁶ Adenauer: Briefe 1947–1949, S. 257.

dem Krieg CDU-Ratsmitglied, aufrechterhalten worden sein.²⁷ Darüber hinaus hat der Kanzler wohl – nicht nur aus Zeitgründen – am Parteileben vor Ort nur selten teilgenommen. Hans-Peter Schwarz hält zu Adenauers Einstellung auch fest: „Für den im Parteileben so beliebten nächtlichen Umtrunk hat er nie etwas übrig gehabt.“²⁸

Zu den heute noch nachweisbaren Aktivitäten Adenauers bei der CDU des eigenen Wahlkreises während seiner Amtszeit als Bundeskanzler gehört eine Einladung des Kreisvorsitzenden Bonn-Stadt Dr. Reinermann vom März 1957 in den großen Saal des Sternhotels am Bonner Markt: „Der Herr Bundeskanzler gibt uns die Ehre, vor einem kleineren Kreis von Mitgliedern der Kreisverbände Bonn-Stadt und Bonn-Land zu politischen Fragen zu sprechen. Es wird dann auch Gelegenheit zur Aussprache sein.“²⁹

Während über die erste Aufstellung Adenauers als Bonner CDU-Bundestagskandidat in den Archiven keine Unterlagen zu finden sind, ist das Verfahren für die zweite Bundestagswahl 1953 nachvollziehbar. Damals luden die Ortsverbände mit einem gleichlautenden Brief, der das Ergebnis schon vorwegnahm und so die unbestrittene Stellung Adenauers unterstrich, zur Delegiertenwahl: „Die Bestimmungen des Wahlgesetzes machen es notwendig, den Kandidaten des Wahlkreises Bonn, Dr. Konrad Adenauer, in einer gemeinsamen Delegiertenversammlung mit dem Kreisverband Bonn-Land aufzustellen.“³⁰

Die „Niederschrift über den Verlauf der Delegiertentagung im Wahlkreis 69, am 20. Juli 1953“ ist erhalten. Danach agierte der „2. Kreisvorsitzende Bonn-Stadt Bergassessor a. D. Sabass“ als Versammlungsleiter und der „Vorsitzende des Kreisverbandes Bonn-Land, Landtagsabgeordneter Pieck, schlägt Adenauer als Kandidat der CDU des Wahlkreises 69 vor. Weitere Vorschläge erfolgten nicht.“ In der folgenden geheimen Abstimmung entfallen bei einer Enthaltung 76 Ja-Stimmen auf Adenauer. Der Kandidat selbst war offenbar nicht anwesend und wurde durch ein von der Versammlung beschlossenes und im Entwurf überliefertes Telegramm um die Annahme der Kandidatur gebeten.³¹

Die gemeinsame Kandidatenaufstellung durch die Kreisverbände Bonn-Stadt und Bonn-Land war von Anfang an eine politisch und protokollarisch nicht einfache Angelegenheit. Die Federführung wechselte zwischen den beiden Verbänden. 1953 lag sie bei Bonn-Land.³² 1957 hatte offenbar der Kreisverband Bonn-Stadt die Nominierungsregie, was die Stadtpartei Bad Godesberg im Kreisverband Bonn-Land nicht hinderte, Adenauer frühzeitig und

27 Vgl. Schwarz: Adenauer, S. 816.

28 Schwarz: Adenauer, S. 803.

29 HStAD RWV 47, 484, Bl. 118.

30 HStAD RWV 47, 89, Bl. 34ff.

31 HStAD RWV 47, 90, Bl. 102ff.

32 Vgl. HStAD RWV 47, 90.

öffentlich mit einem Telegramm aus der Jahreshauptversammlung um die erneute Kandidatur für das Bundestagsmandat zu bitten.³³

An Vorstandssitzungen des Kreisverbandes Bonn-Land hat Adenauer nach Berichten von Zeitzeugen häufiger teilgenommen. Erst 1963 wurde er als Bundestagsabgeordneter in den Kreisvorstand des Kreisverbandes Bonn-Stadt kooptiert. Das Vorstandsprotokoll vom 3. Juli 1963 hält dazu fest: „Der Vorsitzende (Dr. Wilhelm Daniels) gibt bekannt, dass Bundeskanzler Dr. Adenauer gemäß 5 (1) b unserer Satzung zur Vorstandssitzung eingeladen wurde. Wie der Bundeskanzler schriftlich mitgeteilt hat, ist er grundsätzlich an den Beratungen des Kreisvorstandes der CDU Bonn-Stadt sehr interessiert und beabsichtigt, nach seinem Ausscheiden als Bundeskanzler künftig an unseren Sitzungen teilzunehmen, soweit ihm dies zeitlich möglich ist.“³⁴

Noch bei Adenauers letzter Kandidatur 1965 spielten die Rivalitäten zwischen den Kreisverbänden Bonn-Stadt und Bonn-Land, seit 1959 in einen Kreisverband Godesberg und Bonn-Land aufgeteilt, eine Rolle. Das Protokoll der Vorstandssitzung des Kreisverbandes Bonn-Stadt vom 25. Januar 1965 vermerkt dazu: „Herr von Arnim berichtet über eine Besprechung der Kreisvorsitzenden Hauser, Rösing und von Arnim mit dem Landesvorsitzenden Grundmann am 22. Januar 1965 über die Vorbereitung der Nominierung des Bundestagskandidaten. Er teilt mit, dass der Kreisverband Bonn-Stadt federführend die Durchführung der Nominierung des Bundestagskandidaten zu leiten hat. Zu der hierzu notwendigen Delegiertenversammlung entsendet der Kreisverband Bonn-Stadt 25 Delegierte, der Kreisverband Bad Godesberg 25 Delegierte, der Kreisverband Bonn-Land 10 Delegierte“.³⁵ Als Adenauer 1965 wieder nominiert war, wurde zwischen den Kreisverbänden der offenbar übliche gemeinsame Wahlkampfausschuss eingerichtet. Der Altbundeskanzler stellte dem Ausschuss ausweislich des Protokolls 50.000 DM für den Wahlkampf zur Verfügung – eine Summe, die sicher nicht ins gewohnte Adenauerbild der Knausrigkeit in Gelddingen passt.³⁶ Die Wahlkampfaktivitäten selbst blieben im gewohnten Rahmen. Der Geschäftsführungsausschuss des Kreisverbandes Bonn-Stadt beschloss dazu am 14. Juli 1965, „dass am 30. August eine Wahlrundreise des Bundestagskandidaten stattfinden soll. Sämtliche Bezirke sollen zu diesem Zweck Veranstaltungen durchführen, wobei ein Referent gewonnen werden soll, der die Veranstaltung bestreitet. Zu diesen Veranstaltungen wird dann jeweils der Bundestagskandidat für etwa 15–20 Minuten hinzukommen.“³⁷ Vorangegangen waren Verstimmungen zwischen beiden

33 Bonner Rundschau vom 30. Juni 1957.

34 HStAD RWV 47, 29, Bl. 150.

35 HStAD RWV 47, 40, Bl. 35.

36 HStAD RWV 47, 28, Bl. 17.

37 HStAD RWV 47, 28, Bl. 12f.

Kreisverbänden, zu denen das Protokoll der Sitzung vom 4. Januar 1965 festhält: „Einstimmig wendet sich der Vorstand gegen das Verfahren, wie Bad Godesberg dem Bundeskanzler a. D. die Kandidatur ohne vorhergehende Fühlungnahme mit den betroffenen Kreisverbänden angeboten hat. Es besteht jedoch darüber Übereinkunft, dass Dr. Adenauer bei uns kandidieren soll. Herr Vogel weist noch darauf hin, dass das gut sei, da sonst möglicherweise bei den Mehrheitsverhältnissen unter den Delegierten jemand nominiert werden könnte, der nicht die Zustimmung unseres Kreisverbandes findet.“³⁸ So deuteten sich schon jene Reibereien an, die vor der Bundestagswahl 1969 durch die Bundestagsbewerbungen von Dr. Wilhelm Daniels und Alo Hauser um die Nachfolge Adenauers zu einer schweren Krise in der Bonner CDU führten.

Adenauers letzte Begegnung mit der Bonner CDU vor seinem Tod am 19. April 1967 war sein Auftritt bei der Jahreshauptversammlung am 21. Januar 1967 im Saal des Bonner Bürgervereins. Tagesordnungspunkt 4 sah vor „Bericht des Bundestagsabgeordneten für Bonn Dr. Konrad Adenauer“. Aus dem Protokoll ist ersichtlich, dass der Altkanzler von 16.00–17.25 Uhr an der Versammlung teilnahm.³⁹ Er hielt eine kurze Rede – „Der Herr Vorsitzende hat gesagt, dass ich kurz zu Ihnen sprechen werde. Einem Vorsitzenden muss man folgen, meine Damen und Herren.“⁴⁰ – in der er die Außen- und Finanzpolitik die Regierung Erhard kritisierte, die Gefahren der Großen Koalition für die Union ebenso thematisierte – „Die einzigen, die noch reden, sind die (Freien) Demokraten, und die haben nichts zu sagen.“ – wie die deutsch-französische Freundschaft: „Ich bin stolz darauf, dass es mir gelungen ist, mit Frankreich zu einer Verständigung zu kommen.“⁴¹

Dass Adenauers Name auch heute in Bonn ständig präsent ist, bleibt sichtbares Zeichen der Verbundenheit nicht nur mit dem ersten Kanzler der Republik, sondern auch mit dem mehrfach direkt gewählten Abgeordneten des Wahlkreises. Schon 1964 änderte die bereits 1956 in Schloss Eichholz bei Bonn gegründete „Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit“ ihren Namen in Konrad-Adenauer-Stiftung. In Rhöndorf pflegt die „Stiftung Konrad-Adenauer-Haus“ den Nachlass des ersten Kanzlers. Bereits ein Jahr nach seinem Tod erhielt das „Konrad-Adenauer-Gymnasium“ seinen Namen. Eine der wichtigsten Bonner Straßen, an dem mit dem Museum Koenig und dem Palais Schaumburg zwei der historischen Wirkungsstätten Adenauers lie-

38 HStAD RWV 47, 29, Bl. 43.

39 Vgl. HStAD RWV 47, 52, Bl. 1.

40 Bonner Rundschau vom 23. Januar 1967. Der Geschäftsführungsausschuss des Kreisverbandes hatte schon in seiner Sitzung am 8. Dezember 1966 festgelegt: „Der Bericht der Herren Dr. Adenauer, Busen und Gronwald darf nicht länger als 10 Minuten bei der Jahreshauptversammlung sein.“ Andernfalls müsse er schriftlich erfolgen. HStAD RWV 47, 29, Bl. 1.

41 Jeweils zit. nach Generalanzeiger Bonn vom 23. Januar 1967.

gen, hat den Namen „Konrad-Adenauer-Allee“. 1982 wurde auf dem Bundeskanzlerplatz das bekannte Adenauer-Denkmal von Hubertus von Pilgrim aufgestellt. Schließlich wurde 1994 durch Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl auch dem Köln-Bonner-Flughafen der Namen Adenauer verliehen.

Dass der Name Konrad Adenauer untrennbar mit Bonn verbunden bleibt, hat nicht nur damit zu tun, dass hier seine Wirkungsstätte als Bundeskanzler lag. In Bonn lagen auch seine familiären Wurzeln, im unmittelbar benachbarten Rhöndorf hatte er seinen privaten Wohnort und als bis einziger Regierungschef der Bundesrepublik Deutschland war er auch direkt gewählter Bundestagsabgeordneter der Hauptstadt. Diese besondere Konstellation war durchaus prägend für sein politisches Handeln.

WÜRDIGUNG

Nachruf auf Prof. Dr. Dr. h. c. Hans-Peter Schwarz

Über vier Jahrzehnte lang hat der Politikwissenschaftler und Zeithistoriker Prof. Dr. Dr. h. c. Hans-Peter Schwarz, der am 14. Juni 2017 unerwartet verstarb, die Arbeiten des Archivs für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) von Beginn an unterstützt und wissenschaftlich begleitet. Hans-Peter Schwarz besaß die Gabe, Vergangenes, Zeitgeschichtliches und Gegenwärtiges in der Perspektive des Grundsätzlichen zu betrachten.

Schon 1976, anlässlich des hundertsten Geburtstags von Konrad Adenauer, beteiligte er sich als Mitherausgeber des zweibändigen Werkes „Konrad Adenauer und seine Zeit“ an der ersten wissenschaftlichen Bilanz der Ära Adenauer. Sie war zugleich die erste Veröffentlichung des gerade im Aufbau befindlichen Archivs. In dieser Zeit gehörte Schwarz zu der nachrückenden Generation junger Professoren. Er legte die Wurzeln der bundesdeutschen Geschichte frei, suchte Erklärungen, warum nach Zusammenbruch und Teilung 1945 in Deutschland weitere Katastrophen ausblieben und wollte Wege aufzeigen, wie die Bundesrepublik Deutschland in Zeiten der Entspannungspolitik in der Westintegration verhaftet bleiben sollte und deutschlandpolitische Grundpositionen aufrechterhalten werden konnten.

Bei seinen Forschungen zur „Ära Adenauer“ und den beiden großen Kanzler-Biografien über Konrad Adenauer und Helmut Kohl griff er immer wieder auf die Bestände des ACDP zurück. Als Mitherausgeber der Reihe „Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte“ wie auch später in seiner Funktion als Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats der „Historisch-Politischen Mitteilungen“ durfte das ACDP auf seinen enormen Wissenshorizont und Erfahrungsschatz zurückgreifen. Viele konstruktiv-kritische Vorschläge für zeithistorische Arbeiten gehen auf ihn zurück. Dafür gebührt ihm besonderer Dank.

In seiner Festrede anlässlich des 40jährigen Bestehens des ACDP im Oktober 2016 strich er nochmals die bedeutende Rolle von Parteiarchiven als Serviceeinrichtungen für Forscher und interessierte Öffentlichkeit heraus, die „heute eine wichtige *gesamtstaatliche Aufgabe*“ erfüllen. Solche klaren Bewertungen und Positionierungen, die heutzutage zwar Historiker, Politikwissenschaftler und Journalisten teilen, aber einige Vertreter staatlicher Archive in Frage stellen, waren symptomatisch für Hans-Peter Schwarz. Dies betraf ebenso seine Forderung, dass Parteiarchive in der Kapitale präsent sein müssen, damit sie auch ihre Aufgabe, auf das Geschichtsbewusstsein einzuwirken, wahrnehmen können. Sein Plädoyer für eine kritische Beobachtung der jeweiligen Tendenzen in der Zeitgeschichtsforschung und damit zur pluralistischen

Vielfalt alles dessen, was unter „Geschichtspolitik“ subsumiert werden kann, ist heute das Vermächtnis, das er uns hinterlassen hat. Wir werden diesen kritisch-konstruktiven Ratgeber vermissen.

Hanns Jürgen Küsters

Neuerscheinungen zur Christlichen Demokratie Auswahlbibliographie 2016–2017*

Editionen, Handbücher, Lexika

- Adenauer, Paul: Konrad Adenauer – der Vater, die Macht und das Erbe. Das Tagebuch des Monsignore Paul Adenauer 1961–1966. Hg. u. bearb. von Hanns Jürgen Küsters Paderborn 2017.
- Böttger, Katrin/Jopp, Mathias (Hg.): Handbuch zur deutschen Europapolitik. Bonn 2017.
- Decker, Frank/Neu, Viola (Hg.): Handbuch der deutschen Parteien. 3., erweiterte u. aktualisierte Auflage. Wiesbaden 2017.
- Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag: Sitzungsprotokolle 1969–1972. 2 Halbbände. Bearb. von Kathrin Zehender (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Vierte Reihe: Deutschland seit 1945). Düsseldorf 2016.
- Ludwig, Christian (Bearb.): Kommunales Wahllexikon. Stand: 1. April 2017. Aktualisierte Fassung. Sankt Augustin/Berlin 2017.

Monographien, Aufsätze, Sammelbände

Deutschland

- Abmeier, Karlies (Hg.): Politik im Zeichen der Reformation – der lange Schatten von 1517. Sankt Augustin/Berlin 2017.
- Dies. (Hg.): Reformation weltweit. Erinnerungen in vier Kontinenten. Sankt Augustin/Berlin 2017.
- Altenhof, Ralf/Bunk, Sarah/Piepenschnieder, Melanie (Hg.): Politischer Extremismus im Vergleich. Beiträge zur politischen Bildung (Schriftenreihe Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung 3). Münster 2017.
- Anger, Christina/Orth, Anja Katrin: Bildungsgerechtigkeit in Deutschland. Eine Analyse der Entwicklung seit dem Jahr 2000. Sankt Augustin/Berlin 2016.
- Aretz, Henning: Katholisch und evangelisch in der Union Was trennt, was verbindet?, in: Evangelische Verantwortung (2016) 11+12, S. 3–5.
- Arnold, Adrian: Deutschland – der ängstliche Riese. Merkel und die verunsicherte Republik. Zürich 2017.
- Arntz, Jochen/Schmale, Holger: Die Kanzler und ihre Familien. Wie das Privatleben die deutsche Politik prägt. Köln 2017.

* Zusammengestellt von Christine Brunzel.

- Bahners, Patrick: Helmut Kohl. Der Charakter der Macht. München 2017.
- Beckmann, Christopher: Klares Ziel und langer Atem. Bernhard Vogel – Brückenbauer zwischen Ost und West. Vorwort von Michael Rutz. Mit einem Gespräch zwischen Bernhard Vogel und Michael Rutz. Freiburg/Breisgau 2017.
- Ders.: Hat er oder hat er nicht? Ludwig Erhard und die CDU, in: Die Politische Meinung, Sonderausgabe 5 (2017): Ludwig Erhard – Deutschlands größter Mutmacher, S. 73–78.
- Bergold, Ralph/Sautermeister, Jochen/Schröder, André (Hg.): Dem Wandel eine menschliche Gestalt geben. Sozialethische Perspektiven für die Gesellschaft von Morgen. Festschrift zur Neueröffnung und zum 70-jährigen Bestehen des Katholisch-Sozialen Instituts. Freiburg/Breisgau 2017.
- Bergsdorf, Wolfgang: Ein Glücksfall für Deutschland und Europa. Nachruf auf Helmut Kohl, in: Die Neue Ordnung 71 (2017) 4, S. 252–258.
- Ders.: Über die Zukunft der Demokratie (Kirche und Gesellschaft 437). Köln 2017.
- Bliert, Burkhard/Schröder, Kamila: Die (vermeintliche) deutsche Leitkultur. Der Wahlkampfstand des Bundesinnenministers, in: Politik & Kultur (2017) 1, S. 10.
- Biermann, Werner: Konrad Adenauer. Ein Jahrhundertleben. Berlin 2017.
- Blum, Daniela: Der katholische Luther. Begegnungen – Prägungen – Rezeptionen. Paderborn 2016.
- Böhmer, Wolfgang: „Sachsen-Anhalt ist kein politisches Schwergewicht“, in: Hendrik Träger/Sonja Priebus (Hg.): Politik und Regieren in Sachsen-Anhalt. Wiesbaden 2017, S. 15–29.
- Bollmann, Ralph: Kohls späte Erbin. Angela Merkel stellt die Weichen für eine Vertiefung der EU, in: Internationale Politik 72 (2017) 4, S. 72–77.
- Borchard, Michael: Einsame Entscheidung. Ludwig Erhard und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel, in: Die Politische Meinung, Sonderausgabe 5 (2017): Ludwig Erhard – Deutschlands größter Mutmacher, S. 103–107.
- Brakel, Alexander: Das falsche Amt. Ludwig Erhard als Bundeskanzler, in: Die Politische Meinung, Sonderausgabe 5 (2017): Ludwig Erhard Deutschlands größter Mutmacher, S. 97–102.
- Ders.: Ökumene der Politik?, in: Karlies Abmeier (Hg.): Politik im Zeichen der Reformation – der lange Schatten von 1517. Sankt Augustin/Berlin 2017, S. 65–70.
- Brakel, Elmar: Ein Europa der Vaterländer?, in: Bodo Hombach/Edmund Stoiber (Hg.): Europa in der Krise. Vom Traum zum Feindbild? Marburg 2017, S. 147–154.
- Brunkhorst, Hauke: Europa am Abgrund. Zwölf Jahre Merkel, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 62 (2017) 7, S. 55–62.

- Bugl, Josef: Mein Leben und meine Erfahrungen in Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Sankt Augustin/Berlin 2017.
- Christlich-Demokratische Union Deutschlands/Bezirksverband Elbe-Weser (Hg.): 70 Jahre CDU Bezirksverband – die Elbe-Weser-Partei. Unsere Elbe-Weser-Region nach vorne bringen. Stade 2017.
- Christlich-Demokratische Union Deutschlands/Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben. Regierungsprogramm 2017–2021. Berlin 2017.
- Christlich-Demokratische Union Deutschlands/Kommunalpolitische Vereinigung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): 60 Jahre Kommunalpolitische Vereinigung NRW. Kommunalverfassung in NRW: Wie alles begann (Kommunal Info Sonderausgabe). Recklinghausen 2017.
- Christlich-Demokratische Union Deutschlands/Kreisverband Mülheim an der Ruhr: 70 Jahre CDU in Mülheim an der Ruhr. Dokumentation. Mülheim/Ruhr 2016.
- Christlich-Demokratische Union Deutschlands/Landesverband Nordrhein-Westfalen: Zuhören. Entscheiden. Handeln. Regierungsprogramm der CDU für Nordrhein-Westfalen 2017–2022. Beschluss des 39. Landesparteitags, 1. April 2017, Münster, CDU Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf 2017
- Christlich-Demokratische Union Deutschlands/Landesverband Saar: Zusammen. Weiter. Voran. Zukunftsplan Saar – Für ein eigenständiges und starkes Saarland! Einstimmiger Beschluss des Programmausschusses der CDU Saar am 17.02.2017. Saarbrücken 2017.
- Christlich-Demokratische Union Deutschlands/Landesverband Schleswig-Holstein: #Anpacken – Sicher leben in Schleswig-Holstein. Programm der CDU Schleswig-Holstein zur Landtagswahl 2017. Kiel 2017.
- Christlich-Demokratische Union Deutschlands / Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen (Hg.): 70 Jahre CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf 2016.
- Danker, Uwe/Lehmann-Himmel, Sebastian: Landespolitik mit Vergangenheit. Geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung der personellen und strukturellen Kontinuität in der schleswig-holsteinischen Legislative und Exekutive nach 1945. Husum 2017.
- Diekmann, Kai (Hg.): Helmut Kohl 1930–2017. Sein Leben in BILD. München 2017.
- Duryea, Sarah/Messgeier, Sina/Eib, Maja (Hg.): Heimat bilden in Thüringen. Herausforderungen Migration und Integration (Handreichung zur politischen Bildung 22). Sankt Augustin/Berlin 2016.
- Erdmann, Ulrich: Der Landtagsabgeordnete Dr. Gerhard Gerlich (1950–1962). Gutachten. Kiel 2016.

- Escher, Clemens: „Deutschland, Deutschland, Du mein Alles!“ Die Deutschen auf der Suche nach ihrer Nationalhymne 1949–1952. Paderborn 2017.
- Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU (Hg.): Wohin führen die Alternativen der AfD? Ein Faktencheck. Berlin 2016.
- Ders.: Zehn Thesen zum „C“ in der Union des Bundesvorstandes des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) verabschiedet am 07.11.2016, in: *Evangelische Verantwortung* (2016) 11+12, S. 89.
- Faas, Thorsten u. a. (Hg.): Merkel gegen Steinbrück. Analysen zum TV-Duell vor der Bundestagswahl 2013. Wiesbaden 2017.
- Fislage, Franziska/Konrad-Adenauer-Stiftung: Die bessere Demokratie. Grundsätze für eine repräsentative Ordnung. Sankt Augustin/Berlin 2016.
- Gassert, Philipp/Hennecke, Hans Jörg (Hg.): Koalitionen in der Bundesrepublik. Bildung, Management und Krisen von Adenauer bis Merkel (Rhöndorfer Gespräche 27). Paderborn 2017.
- Gerber, Stefan: Pragmatismus und Kulturkritik. Politikbegründung und politische Kommunikation im Katholizismus der Weimarer Republik (1918–1925) (Quellen und Forschungen aus dem Gebiete der Geschichte. Neue Folge 26). Paderborn 2016.
- Gerster, Johannes: Typen und Mythen. Von Franz-Josef Strauß und Herbert Wehner bis heute. Ingelheim 2017.
- Glaab, Manuela (Hg.): Politik mit Bürgern – Politik für Bürger. Praxis Perspektiven einer neuen Beteiligungskultur (Bürgergesellschaft und Demokratie). Wiesbaden 2016.
- Görtemaker, Manfred: Das deutsche Parlament (Bildband). Konstanz 2016.
- Graf, Friedrich Wilhelm: Der Protestantismus. Geschichte und Gegenwart. München 2017.
- Gröhe, Hermann: Aufbruch – Demokratie – Wirksamkeit des Wortes. Für uns Alle, in: Karlies Abmeier (Hg.): *Politik im Zeichen der Reformation – der lange Schatten von 1517*. Sankt Augustin/Berlin 2017. S. 96–99.
- Ders.: Selbstbewusst. Offen. Zur Freiheit berufen, in: Thomas Rachel/Christian Meißner (Hg.): *Bewusst evangelisch – Von der Gegenwartsbedeutung der Reformation* (Evangelische Verantwortung gestern und heute 3). Rheinbach 2017, S. 21–23.
- Ders.: Zukunftsfest Gesundheit, in: *Kommunalpolitische Blätter* 69 (2017) 7/8, S. 14–15.
- Grosch, Martin: Franz Josef Jung. Stationen einer politischen Karriere. Mit einem Geleitwort von Angela Merkel. Wiesbaden 2017.
- Grütters, Monika: Wo bleibt die Avantgarde?, in: *Frau & Politik* 62 (2017) 1, S. 5–6.
- Guttenberger, Petra L.: Worin besteht der christliche Beitrag zur Politik heute?, in: *Zur Debatte* 47 (2017) 1, S. 32–36.

- Harbarth, Stephan: Mit einem starken Staat für Freiheit und Sicherheit. Die Handschrift der Union in der Inneren Sicherheit, in: Entscheidung 65 (2017) 1/2, S. 12–13.
- Hausner, Uli: Karrieredestination Europäisches Parlament. Konservativ-christdemokratische und grüne Abgeordnete im Vergleich. Wiesbaden 2017.
- Hefe, Peter: Soziale Marktwirtschaft global? Drei Berichte aus der Praxis (Asien und Europa als Partner einer globalen Ordnungspolitik), in: Die Politische Meinung, Sonderausgabe 5 (2017): Ludwig Erhard – Deutschlands größter Mutmacher, S. 125–127.
- Heimbach-Steins, Marianne (Hg.): Zerreißprobe Flüchtlingsintegration (Theologie kontrovers). Freiburg/Breisgau 2017.
- Hemmelmann, Petra: Der Kompass der CDU. Analyse der Grundsatz- und Wahlprogramme von Adenauer bis Merkel. Wiesbaden 2017.
- Hidalgo, Oliver/Zapf, Holger/Wildmann, Philipp W. (Hg.): Christentum und Islam als politische Religionen. Ideenwandel im Spiegel gesellschaftlicher Entwicklungen (Politik und Religion). Wiesbaden 2017.
- Hildmann, Philipp W./Koecke, J. Christian (Hg.): Christentum und politische Liberalität. Zu den religiösen Wurzeln säkularer Demokratie (Berliner Bibliothek 3). Frankfurt/Main u. a. 2017.
- Hintze, Peter†: Luther und die Kraft der Differenz, in: Thomas Rachel/Christian Meißner (Hg.): Bewusst evangelisch. Von der Gegenwartsbedeutung der Reformation (Evangelische Verantwortung gestern und heute 3). Rheinbach 2017, S. 25–26.
- Holtz, Katrin B./Bauer, Bence/Spengler, Frank: Konrad Adenauer – ein Christdemokrat und europäischer Staatsmann. Internationale Konferenz an der Andrassy Universität in Budapest (Im Plenum kompakt). Budapest 2016.
- Huber, Wolfgang: Warum ich gern evangelisch bin, in: Thomas Rachel/Christian Meißner (Hg.): Bewusst evangelisch. Von der Gegenwartsbedeutung der Reformation (Evangelische Verantwortung gestern und heute 3). Rheinbach 2017, S. 27–28.
- Jaeger, Pia: Soziale Gerechtigkeit im Wandel. Ein idealistisches Konstrukt und/oder ein Mittel zur politischen Akzeptanzsicherung? Baden-Baden 2017.
- Joas, Hans: Kirche als Moralagentur? München 2016.
- Junge Union Deutschlands/Landesverband Hessen (Hg.): 70 Jahre. Die Geschichte der Jungen Union Hessen von 1946 bis 2016. Niestetal 2016.
- Käßmann, Margot: Kreativ. Lebendig. Hellwach, in: Thomas Rachel/Christian Meißner (Hg.): Bewusst evangelisch. Von der Gegenwartsbedeutung der Reformation (Evangelische Verantwortung gestern und heute 3). Rheinbach 2017, S. 31–32.
- Kajewski, Marie-Christine/Manemann, Jürgen (Hg.): Politische Theologie und Politische Philosophie. Baden-Baden 2016.

- Kartmann, Norbert: Evangelisch in ökumenischer Offenheit, in: Thomas Rachel/Christian Meißner (Hg.): *Bewusst evangelisch. Von der Gegenwartsbedeutung der Reformation (Evangelische Verantwortung gestern und heute 3)*. Rheinbach 2017, S. 29–30.
- Kauder, Volker: Keine Angst vor der Globalisierung! Warum der Freihandel für Deutschland so wichtig ist, in: *Die Politische Meinung* 62 (2017) 543, S. 85–90.
- Ders.: Die Kraft des Christentums. Über das „C“, den Kampagnenbegriff „Ehe für alle“ und die Religionsfreiheit als zentrales Menschenrecht, in: *Die Politische Meinung* 62 (2017) 545, S. 35–40.
- Ders./Pöttering, Hans Gert (Hg.): *Glauben in Bedrängnis. Religionsfreiheit als Menschenrecht*. Freiburg/Breisgau 2017.
- Klößner, Julia: Gesicht zeigen! Julia Klößner über Konsequenzen aus dem Anschlag in Berlin und die Bedeutung der Debatte um die Vollverschleierung, in: *Die Politische Meinung* 62 (2017) 542, S. 100–104.
- Knispel, Martin/Schäfer, Martin: *Berliner Gespräche. Politiker über Glauben, Werte und Verantwortung*. Mit einem Vorwort von Dr. Frank-Walter Steinmeier. Marburg 2017.
- Köster, Thomas (Hg.): *Zukunftsfeste Rente. Neue Impulse für die Alterssicherung*. Freiburg/Breisgau 2017.
- Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): *Politiker aus christlicher Verantwortung. Festveranstaltung anlässlich des 100. Geburtstags von Prof. Dr. Bruno Heck (Eine Veranstaltung des Regionalbüros Südbaden)*. Paderborn 2017.
- Koschmieder, Carsten (Hg.): *Parteien, Parteiensysteme und politische Orientierungen. Aktuelle Beiträge der Parteienforschung. Festschrift für Oskar Niedermayer*. Wiesbaden 2017.
- Kramp-Karrenbauer, Annegret: Die Rente von morgen. Mehrdimensionale Antworten auf ein drängendes Problem, in: Thomas Köster (Hg.): *Zukunftsfeste Rente. Neue Impulse für die Alterssicherung*. Freiburg/Breisgau 2017, S. 155–162.
- Kreutzer, Ansgar: *Politische Theologie für heute. Aktualisierungen und Konkretionen eines theologischen Programms*. Freiburg/Breisgau u. a. 2017.
- Krienke, Markus: Christdemokratie als Alternative zur politischen Theologie? Die Rückkehr politischer Religion in postsäkularer Zeit, in: Oliver Hidalgo/Holger Zapf/Philipp W. Wildmann (Hg.): *Christentum und Islam als politische Religionen. Ideenwandel im Spiegel gesellschaftlicher Entwicklungen (Politik und Religion)*. Wiesbaden 2017, S. 71–94.
- Kronenberg, Volker (Hg.): *Schwarz-Grün. Erfahrungen und Perspektiven*. Wiesbaden 2016.
- Kühn, Alexander: *Christlicher Extremismus in Deutschland. Das Verhältnis der Partei Bibeltreuer Christen, Christliche Mitte, Priesterbruderschaft*

- St. Pius und Zeugen Jehovas zum demokratischen Verfassungsstaat. Leipzig 2017.
- Küppers, Arnd: Die Ordnungsethik der katholischen Soziallehre (Kirche und Gesellschaft 436). Köln 2017.
- Küsters, Hanns Jürgen: Helmut Kohl, die CDU und die Wiederherstellung der deutschen Einheit, in: Michael Gehler/Maximilian Graf (Hg.): Europa und die deutsche Einheit. Beobachtungen, Entscheidungen und Folgen. Göttingen 2017, S. 27–42.
- Ders.: „Neugier auf das Kommende“. Zum Tode von Hans-Peter Schwarz (*13. Mai 1934 in Lörrach, †14. Juni 2017 in Herrsching am Ammersee), in: Die Politische Meinung 62 (2017) 545, S. 120–122.
- Lammert, Norbert: Unser Staat, unsere Geschichte, unsere Kultur. Verantwortung für Vergangenheit und Zukunft. Erweiterte Neuauflage. Freiburg/Breisgau 2017.
- Ders.: „Dienst am Menschen, Dienst an der Gemeinschaft“. In memoriam Peter Hintze (*25. April 1950, †26. November 2016), in: Die Politische Meinung 62 (2017) 542, S. 117–119.
- Lappenküper, Ulrich (Hg.): Atlantiker im Richtungsstreit. Ludwig Erhard auf dem internationalen Parkett, in: Die Politische Meinung, Sonderausgabe 5 (2017): Ludwig Erhard Deutschlands größter Mutmacher, S. 108–113.
- Ders.: Otto von Bismarck und das „lange 19. Jahrhundert“. Lebendige Vergangenheit im Spiegel der „Friedrichsruher Beiträge“ 1996–2016. Paderborn 2017.
- Laschet, Armin: In Zeiten globaler Krisen und Herausforderungen brauchen wir mehr Europa in der Sicherheitspolitik, in: Wolfgang Ischinger/Dirk Messner (Hg.): Deutschlands neue Verantwortung. Die Zukunft der deutschen und europäischen Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik. Berlin 2017, S. 288–289.
- Ders.: Mehr Europa in Zeiten globaler Herausforderungen, in: Bodo Hombach/Edmund Stoiber (Hg.): Europa in der Krise. Vom Traum zum Feindbild? Marburg 2017, S. 159–166.
- Leonhardt, Rochus: Religion und Politik im Christentum. Vergangenheit und Gegenwart eines spannungsreichen Verhältnisses. Baden-Baden 2017.
- Leyen, Ursula von der: Blick auf das Wesentliche, in: Thomas Rachel/Christian Meißner (Hg.): Bewusst evangelisch – Von der Gegenwartsbedeutung der Reformation (Evangelische Verantwortung gestern und heute 3). Rheinbach 2017, S. 37–38.
- Lieberknecht, Christine: Was mir mein evangelischer Glaube bedeutet, in: Thomas Rachel/Christian Meißner (Hg.): Bewusst evangelisch – Von der Gegenwartsbedeutung der Reformation (Evangelische Verantwortung gestern und heute 3). Rheinbach 2017, S. 39–40.

- Liebold, Sebastian/Schale, Frank (Hg.): Neugründung auf alten Werten? Konservative Intellektuelle und Politik in der Bundesrepublik. Baden-Baden 2017.
- Linnemann, Carsten: „Die machen eh, was sie wollen“. Wut, Frust, Unbehagen – Politik muss besser werden. Freiburg/Breisgau 2017.
- Ders.: Noch nicht gescheitert. Über Erhards Währungs- und Preisreform und den Euro, in: Die Politische Meinung, Sonderausgabe 5 (2017): Ludwig Erhard – Deutschlands größter Mutmacher, S. 79–83.
- Ders.: Was würde Ludwig Erhard heute sagen?, in: Souverän 16 (2017) 2, S. 18–19.
- Mach, Manfred: Deutsche Weichenstellungen ohne Europa. Energiewende, Klimawandel, Eurorettung, Asylkrise. Eine Standortbestimmung. Berlin 2016.
- März, Peter: Von Stresemann bis Kiesinger. Große Koalitionen von Weimar zur alten Bundesrepublik, in: Mut 52 (2017) 586, S. 66–82.
- Maier, Hans: Christentum und Gegenwart. Gesammelte Abhandlungen. Freiburg/Breisgau 2016.
- Maizière, Thomas de: In den Kommunen entsteht Zusammenhalt, in: Kommunalpolitische Blätter 69 (2017) 5, S. 12–13.
- Ders.: Ohne die Reformation wäre ich nicht in Deutschland, in: Thomas Rachel/Christian Meißner (Hg.): Bewusst evangelisch – Von der Gegenwartsbedeutung der Reformation (Evangelische Verantwortung gestern und heute 3). Rheinbach 2017, S. 41–42.
- Marx, Reinhard: Gerechtigkeit und Teilhabe für alle. 125 Jahre Rerum novarum und die katholische Soziallehre (Kirche und Gesellschaft 432). Köln 2016.
- Meireis, Torsten/Schieder, Rolf (Hg.): Religion and Democracy. Studies in Public Theology (Ethik und Gesellschaft 3). Baden-Baden 2017.
- Meissner, Irene: „Wir müssen den Stil der Zeit repräsentieren“. Ludwig Erhard und sein Architekt Sep Ruf, in: Die Politische Meinung, Sonderausgabe 5 (2017): Ludwig Erhard Deutschlands größter Mutmacher, S. 140–145.
- Merkel, Angela: Frei und mutig in all den Dingen, in: Thomas Rachel/Christian Meißner (Hg.): Bewusst evangelisch – Von der Gegenwartsbedeutung der Reformation (Evangelische Verantwortung gestern und heute 3). Rheinbach 2017, S. 43–44.
- Dies.: Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben, in: Kommunalpolitische Blätter 69 (2017) 9, S. 10–12.
- Meyer zu Hörste-Bührer, Raphaela J.: Gott und Menschen in Beziehungen: Impulse Karl Barths für relationale Ansätze zum Verständnis christlichen Glaubens (Forschungen zur Reformierten Theologie 6). Neukirchen-Vluyn 2016.

- Mierzejewski, Alfred C.: Visionär und Pragmatiker. Stationen einer Biographie, in: Die Politische Meinung, Sonderausgabe 5 (2017): Ludwig Erhard – Deutschlands größter Mutmacher, S. 18–21.
- Middelaar, Luuk van: Vom Kontinent zur Union. Gegenwart und Geschichte des vereinten Europa. Berlin 2016.
- Möller, Horst: Helmut Kohl – Kanzler der deutschen Einheit, in: Jürgen Schneider: Einigkeit, Recht und Freiheit.: 25 Jahre deutsche Wiedervereinigung (1990–2015) (Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 132.3). Stuttgart 2017. S. 23–29.
- Molt, Peter: Der Vater, die Macht und das Erbe. Anmerkungen eines Zeitzeugen zum Tagebuch des Monsignore Paul Adenauer, in: Die Politische Meinung 62 (2017) 544, S. 119–123.
- Motschmann, Elisabeth: „Ruhm dem Luther!“, in: Thomas Rachel/Christian Meißner (Hg.): Bewusst evangelisch – Von der Gegenwartsbedeutung der Reformation (Evangelische Verantwortung gestern und heute 3). Rheinbach 2017, S. 45–46.
- Neu, Viola: Landtagswahl im Saarland am 26. März 2017. Wahlanalyse. Vorläufiges Ergebnis. Sankt Augustin/Berlin 2017.
- Dies.: Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 7. Mai 2017. Wahlanalyse. Vorläufiges Ergebnis. Sankt Augustin/Berlin 2017.
- Dies.: Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai 2017. Wahlanalyse. Vorläufiges Ergebnis. Sankt Augustin/Berlin 2017.
- Dies.: Aus der Opposition in die Regierung. Die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, in: Die Politische Meinung 62 (2017) 544, S. 96–100.
- Dies./Pokorny, Sabine: Bundestagswahl in Deutschland am 24. September 2017. Wahlanalyse. Vorläufiges Ergebnis. Sankt Augustin/Berlin 2017.
- Neuner, Peter: Martin Luthers Reformation. Eine katholische Würdigung. Freiburg/Breisgau 2017.
- Niedermayer, Oskar: Wahlen und Parteiensystem in Berlin. Berlin 2017.
- Plickert, Philip (Hg.): Merkel. Eine kritische Bilanz. München 2017.
- Pokorny, Sabine: Gesundheit und Familie vor Arbeit und Einkommen – Studie zum sozialen Aufstieg in Deutschland. Sankt Augustin/Berlin 2017.
- Dies.: Was uns prägt, was uns eint. Umfrage unter Deutschen, Migranten und Ausländern, in: Die Politische Meinung 62 (2017) 543, S. 67–71.
- Pöttering, Hans-Gert: Wir sind zu unserem Glück vereint. Mein europäischer Weg. 2., durchgesehene u. aktualisierte Auflage. Weimar 2016.
- Ders.: Predigt. Buß- und Bettags-Gottesdienst zum Abschluss der ökumenischen Friedensdekade, Mittwoch, 16. November 2016, Braunschweig. Bornheim 2016.
- Ders.: „Zurück zu den Gründervätern Europas!?“ Ansprache von Hans-Gert Pöttering anlässlich der Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aa-

- chen an Papst Franziskus, Rom, Campo Santo Teutonico, Christi Himmelfahrt, 5. Mai 2016 (Positionen zu Europa). Sankt Augustin/Berlin 2016.
- Ders.: Der Stiftung auf das Engste verbunden. Zum Tode von Roman Herzog (*5. April 1934, †10. Januar 2017), in: *Die Politische Meinung* 62 (2017) 542, S. 120–122.
- Ders.: Konstanten für den Wandel. Zum 50. Todestag Konrad Adenauers (*5. Januar 1876, †19. April 1967), in: *Die Politische Meinung* 62 (2017) 543, S. 120–123.
- Ders.: Über Wurzeln und Werte. Wie christlich ist Europa?, in: *Die Politische Meinung* 62 (2017) 545, S. 63–68.
- Ders. (Hg.): *Preis Soziale Marktwirtschaft 2015: Friede Springer. Unternehmerin mit Mut und Weitsicht. Eine Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.* Sankt Augustin/Berlin 2016.
- Preusche, Bernhard: *Sozialstaat im Überlegungsgleichgewicht. Die Kohärenz von Sozialrecht, Gerechtigkeitsvorstellungen und katholischer Soziallehre zur Erarbeitung sozialstaatlicher Qualitätskriterien (Ethik in den Sozialwissenschaften 2).* Baden-Baden 2017.
- Püttmann, Andreas: *Wie katholisch ist Deutschland... Und was hat es davon?* Paderborn 2017.
- Raabe, Stephan: Die Kirche, die AfD und die kirchlichen „Rechstauser“, in: *Mut* 52 (2017) 585, S. 30–41.
- Rachel, Thomas: Im Gespräch: Reformation als Bildungsbewegung, in: *Karlies Abmeier (Hg.): Politik im Zeichen der Reformation – der lange Schatten von 1517.* Sankt Augustin/Berlin 2017, S. 52–54.
- Ders./Meißner, Christian (Hg.): *Bewusst evangelisch – Von der Gegenwartsbedeutung der Reformation (Evangelische Verantwortung gestern und heute 3).* Rheinbach 2017.
- Rauscher, Anton: *Die soziale Verantwortung der Christen. Die Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle Mönchengladbach.* Paderborn 2017.
- Resing, Volker: *Angela Merkel – Die Protestantin. Ihr Aufstieg, ihre Krisen – und jetzt?* Freiburg/Breisgau 2017.
- Ders.: *Heikle Renaissance*, in: *Cicero Juli* 2017, S. 36–37.
- Ders. (Chefred.): *Kinder, Kinder. Ethische Konflikte am Lebensanfang (Herder Korrespondenz Spezial 2017,1).* Freiburg/Breisgau 2017.
- Reuth, Ralf Georg: *Annäherung an Helmut Kohl.* München 2017.
- Riebsamen, Lothar: Bilanz der Gesundheitspolitik der 18. Wahlperiode. Schwerpunkt Krankenhaus, Pflege, Digitalisierung, in: *Gesellschaftspolitische Kommentare* 58 (2017) 4/6, S. 3–4.
- Robin, Alexander: Die Machttektonik der Großen Koalition, in: *Politik & Kommunikation* (2017) 120, S. 40–44.

- Rommelspacher, Birgit: Wie christlich ist unsere Gesellschaft? Das Christentum im Zeitalter von Säkularität und Multireligiosität (Edition Kulturwissenschaft 102). Bielefeld 2017.
- Roth, Tanja: Gabriele Strecker. Leben und Werk einer frauenpolitischen Aktivistin in der Nachkriegszeit. Kassel 2016.
- Rüther, Günther: Die Unmächtigen. Schriftsteller und Intellektuelle seit 1945. Göttingen 2016.
- Rüttgers, Jürgen: „Er war ein ganz großer Häuptling“. Neues über Konrad Adenauer. Paderborn 2017.
- Rupps, Martin: Kanzlerdämmerung. Wer zu spät kommt, darf regieren. Zürich 2017.
- Sack, Detlef/Strünck, Christoph (Hg.): Verbände unter Druck. Protest, Opposition und Spaltung in Interessenorganisationen (Zeitschrift für Politikwissenschaft. Sonderheft 2/2016). Wiesbaden 2016.
- Schabedoth, Hans-Joachim: SPD und Merkel. Vernunft Ehe vor der Scheidung. Schüren 2017.
- Schaeede, Stephan: Zwischen Gesetz und Evangelium. Überlegungen zu einer christlichen Flüchtlingsethik (Analysen und Argumente aus der Konrad-Adenauer-Stiftung). Sankt Augustin/Berlin 2017.
- Schäfer, Matthias: Alles in Ordo? Anmerkungen zu den normativen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft, in: Die Politische Meinung, Sonderausgabe 5 (2017): Ludwig Erhard – Deutschlands größter Mutmacher, S. 50–54.
- Schäuble, Wolfgang: Protestantismus und Politik. München 2017.
- Ders.: Freiheit in Verantwortung. Ludwig Erhards Auftrag ist aktueller denn je, in: Die Politische Meinung, Sonderausgabe 5 (2017): Ludwig Erhard – Deutschlands größter Mutmacher, S. 37–40.
- Ders.: Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands vom 31. August 1990, in: Jürgen Schneider: Einigkeit, Recht und Freiheit. 25 Jahre deutsche Wiedervereinigung (1990–2015) (Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 132.3). Stuttgart 2017, S. 327–334.
- Ders.: Zwischen Mammon und Wucher. Die Reformation, die Christen und das Geld, in: Karlies Abmeier (Hg.): Politik im Zeichen der Reformation. Der lange Schatten von 1517. Sankt Augustin/Berlin 2017, S. 43–46.
- Scheuer, Andreas: Gemeinsam klar für Deutschland. CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer MdB über die anstehenden Herausforderungen im gemeinsamen Wahlkampf, in: Entscheidung 65 (2017) 7/8, S. 19.
- Schlarmann, Josef: Angela Merkel aus der Nähe. Reinbek 2017.
- Schmidt, Christian: Lebenswert und zukunftsfest. Eine neue Politik für ländliche Regionen, in: Die Politische Meinung 62 (2017) 544, S. 80–85.

- Schneider, Jürgen: Einigkeit, Recht und Freiheit. 25 Jahre deutsche Wiedervereinigung (1990–2015). Eine ordnungstheoretische Analyse (Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 132.3). Stuttgart 2017.
- Schoen, Harald u. a.: Election Campaigns and Voter Decision-Making in a Multi-Party System. The 2009 and 2013 German Federal Elections (Studien zur Wahl- und Einstellungsforschung 33). Baden-Baden 2017.
- Schuppener, Henriette: „Ihr trugt die Schande nicht Ihr wehrtet Euch“. Das Gedenken an den 20. Juli 1944 im Wandel der Zeit (Schriftenreihe der Forschungsgemeinschaft 20. Juli 1944 e. V. 21). Augsburg 2017.
- Schütz, Mathias: Mit und gegen Deutschland. Das „deutsche Problem“ als Motiv der westeuropäischen Einigungsdiskussion 1945–1954. Hamburg 2016.
- Schwarz, Hans-Peter†: Bismarck in Bonn? Die Außenpolitik Adenauers in historischer Perspektive, in: Ulrich Lappenküper (Hg.): Otto von Bismarck und das „lange 19. Jahrhundert“. Lebendige Vergangenheit im Spiegel der „Friedrichsruher Beiträge“ 1996–2016. Paderborn 2017, S. 376–398.
- Seiters, Rudolf: Vertrauensverhältnisse. Autobiografie. Freiburg/Breisgau 2016.
- Sittner, Gernot (Hg.): Helmut Kohl und der Mantel der Geschichte (Süddeutsche Zeitung Edition). München 2016.
- Spahn, Jens: Bedingt reformoptimistisch. Jens Spahn über Generationengerechtigkeit und die Weiterentwicklung des Rentensystems, in: Die Politische Meinung 62 (2017) 543, S. 98–102.
- Spiegel-Verlag (Hg.): Angela Merkel. Ein Leben in zwei Welten (Der Spiegel: Biografie). Hamburg 2017.
- Ders.: Helmut Kohl. Kanzler der Einheit 1930–2017 (Der Spiegel: Biografie). Hamburg 2017.
- Spöcker, Christoph: Helmut Kohl. Kleine Anekdoten aus dem Leben eines großen Politikers. München 2016.
- Sridharan, Ashok: Der Zeit voraus. Bonner Spuren, in: Die Politische Meinung, Sonderausgabe 5 (2017): Ludwig Erhard – Deutschlands größter Mutmacher, S. 8487.
- Steber, Martina: Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Grossbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1980 (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London 78). Berlin 2017.
- Steg, Christian: Die Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl. Analyse der Nominierungen von CDU und SPD in Baden-Württemberg zur Bundestagswahl 2009 (Parteien und Wahlen 14). Baden-Baden 2016.
- Stiftung Christlich-Soziale Politik (Hg.): Ein Christlich-Sozialer wird 75. Festschrift Werner Schreiber. Königswinter 2016.

- Stoiber, Edmund: Europa – auf die Menschen zugehen!, in: Bodo Hombach/Edmund Stoiber (Hg.): Europa in der Krise. Vom Traum zum Feindbild? Marburg 2017, S. 17–29.
- Stremmel, Ralf u. a. (Hg.): Humboldt dankt, Adenauer dementiert. Briefe aus dem Historischen Archiv Krupp. Darmstadt 2017.
- Tauber, Peter: Christliche Werte sind stärker als rechter Hass. Für ein selbstbestimmtes Leben, in: Evangelische Verantwortung (2017) 3+4, S. 11–12.
- Ders.: Echte Freiheit, in: Thomas Rachel/Christian Meißner (Hg.): Bewusst evangelisch – Von der Gegenwartsbedeutung der Reformation (Evangelische Verantwortung gestern und heute 3). Rheinbach 2017, S. 53–54.
- Tischner, Wolfgang: Mehr als Erhards Brigadier. Über Franz Etzel, in: Die Politische Meinung, Sonderausgabe 5 (2017): Ludwig Erhard – Deutschlands größter Mutmacher, S. 92–96.
- Träger, Hendrik/Priebus, Sonja (Hg.): Politik und Regieren in Sachsen-Anhalt. Wiesbaden 2017.
- Tröger, Johannes: Kulturkritik und Utopie. Das Denken rechter katholischer Intellektueller in Deutschland und Großbritannien 1918–1939. Paderborn 2016.
- Tüpper, Rita Anna: „Kompass für eine bessere Welt“. Zum Tode von Klaus Gotto (*22. April 1943 in Trier, †25. Januar 2017 in Bonn), in: Die Politische Meinung 62 (2017) 543, S. 126–127.
- Vogel, Bernhard: In memoriam Helmut Kohl (*3. April 1930, †16. Juni 2017), in: Die Politische Meinung 62 (2017) 545, S. 104–105.
- Ders.: „Mehr Demokratie wagen?“ Zur Frage von Volksbefragungen und Volksentscheiden, in: Die Politische Meinung 62 (2017) 543, S. 77–80.
- Ders.: „Lebendige Erinnerung an Konrad Adenauer“. Festrede anlässlich des 141. Geburtstags Konrad Adenauers, 5. Januar 2017, Königswinter/Petersberg. Sankt Augustin/Berlin 2017.
- Vogt, Markus/Schallenberg, Peter (Hg.): Soziale Ungleichheiten. Von der empirischen Analyse zur gerechtigkeitsethischen Reflexion (Christliche Sozialethik im Diskurs 9). Paderborn 2017.
- Voigt, Mario: In welchem Deutschland wollen wir leben? Anmerkungen zum Wahljahr 2017, in: Civis mit Sonde (2016) 3, S. 88–93.
- Voßkuhle, Andreas: Die Verfassung der Mitte (Themen 101). München 2016.
- Wagner, Rita (Hg.): Konrad der Große. Die Adenauerzeit in Köln 1917 bis 1933. Begleitbuch zur Ausstellung im Kölnischen Stadtmuseum vom 1. Juli bis zum 19. November 2017. Mainz 2017.
- Wahlers, Gerhard: Orte der Erinnerung. Der Beitrag der Konrad-Adenauer-Stiftung zur Bewahrung jüdischen Kulturguts in Osteuropa, in: Die Politische Meinung 62 (2017) 542, S. 123–125.

- Wanner, Tassilo: Heilige Allianz? Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Heiligen Stuhl (Politik und Religion). Wiesbaden 2017.
- Weber, Manfred: 2017 geht es um wahren Patriotismus! Über den Unterschied zwischen Patrioten und Nationalisten, in: *Civis mit Sonde* (2017) 1, S. 34–38.
- Weckbach-Mara, Friedemann: Deutschland – deine Politiker. Machtkämpfe, Staatsgeheimnisse, Amtsmissbrauch und Privates von Helmut Schmidt bis Angela Merkel. Halle/Saale 2017.
- Weckenbrock, Christoph: Schwarz-Grün für Deutschland? Wie aus politischen Erzfeinden Bündnispartner wurden. Bielefeld 2017.
- Weckenbrock, Christoph: Schwarz-grüne Koalitionen in Deutschland. Erfahrungswerte aus Kommunen und Ländern und Perspektiven für den Bund (Parteien und Wahlen 13). Baden-Baden 2017.
- Wengst, Udo: „Ära Erhard“. Der Bundesminister für Wirtschaft (1949 bis 1963), in: *Die Politische Meinung, Sonderausgabe 5* (2017): Ludwig Erhard Deutschlands größter Mutmacher, S. 88–91.
- Westphal, Jürgen: In drei Gewalten. Als Abgeordneter in der Hamburger Bürgerschaft, als Minister in Schleswig-Holstein, als Verfassungsrichter in Hamburg (Konrad-Adenauer-Stiftung). Sankt Augustin/Berlin 2017.
- Wiencierz, Christian: Vertrauen in politische Parteien. Der Einfluss von Gesprächen über Wahlwerbung auf die Vertrauenswürdigkeit. Wiesbaden 2017.
- Wiesendahl, Elmar (Hg.): Parteien und soziale Ungleichheit. Wiesbaden 2017.
- Wiesmann, Bettina M.: Frankfurt. Gründungsort der Sozialen Marktwirtschaft, in: *Die Politische Meinung, Sonderausgabe 5* (2017): Ludwig Erhard – Deutschlands größter Mutmacher, S. 6063.
- Wild, Volker/Ferdinand, Jan: Gedenkpolitik als Imagepolitik. Die Kohl-Regierung und das „Holocaust-Denkmal“, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 64 (2016) 11, S. 968–982.
- Würtenberger, Thomas: Symbole der Freiheit. Zu den Wurzeln westlicher politischer Kultur. Weimar 2017.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela: Gespaltene Mitte – feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Bonn 2016.
- Ziegler, Merle: Kybernetisch regieren. Architektur des Bonner Bundeskanzleramtes 1969–1976 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 172), (Parlament und Öffentlichkeit 6). Düsseldorf 2017.
- Ziemiak, Paul: Das „C“ jenseits der Floskeln. Nachdenken über siebenzig Jahre Junge Union, in: *Die Politische Meinung* 62 (2017) 545, S. 106–109.
- Zimmer, Matthias: Entfernte Verwandtschaft. Soziallehre und CDU (Königswinterer Notizen 15). Königswinter 2016.

Europa, Asien, Lateinamerika – Internationale Kooperationen

- Blanc, Julia: Ökokatholizismus. Sozialethische Analysen zu ausgewählten Ländern und Institutionen in Europa (Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Nachhaltigkeitsforschung 21). Marburg 2017.
- Borchard, Michael: Israels Blick auf das europäisch-israelische Verhältnis. Zwischen Nähe und Distanz (KAS-Studie). Jerusalem 2017.
- Decker, Rudolf: Europa und Afrika. Von der Krise zu einer gemeinsamen Zukunft der Nachbarkontinente. Freiburg/Breisgau 2017.
- Dorostan, Yasmin: Die Zukunft europapolitischer Information und Kommunikation. Eine Delphi-Studie zur Entwicklung von Zukunftsszenarien. Baden-Baden 2017.
- Gärtner, Stefan: Der Fall des niederländischen Katholizismus. Kirche und Seelsorge in einer spätmodernen Gesellschaft. Freiburg/Breisgau u. a. 2017.
- Gehler, Michael: Europa: Ideen – Institutionen – Vereinigung. Reinbek u. a. 2017.
- Gehler, Michael/Graf, Maximilian (Hg.): Europa und die Deutsche Einheit. Beobachtungen, Entscheidungen und Folgen. Göttingen 2017.
- Goltz, Anna von der/Waldschmidt, Britta (Hg.): Inventing the Silent Majority in Western Europe and the United States. Conservatism in the 1960s and 1970s. New York u. a. 2017.
- Gonschor, Marcus: Politik der Feder. Die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik Deutschland 1945/49 bis 1990 im Spiegel der Erinnerungen von US-Präsidenten und Bundeskanzlern (Historische Europa-Studien 19). Hildesheim 2017.
- Guérend, Jean-Pierre (Hg.): Franz Stock: Wegbereiter der Versöhnung. Tagebücher und Schriften. Freiburg/Breisgau 2017.
- Hackett, Clifford P.: Who Wrote the Memoirs of Jean Monnet? An Intimate Account of an Historic Collaboration. New York 2016.
- Heimbach-Steins, Marianne: Europa und Migration. Sozialethische Denkanstöße (Kirche und Gesellschaft 438). Köln 2017.
- Hengsbach, Friedhelm: „Was ist los mit dir, Europa?“ Für mehr Gerechtigkeit, Frieden und Solidarität! Frankfurt/Main 2017.
- Herzog, Bodo: Eine Neujustierung der Governance der Europäischen Währungsunion. Was kann aus Sicht einer deutschen Ordnungspolitik getan werden? Sankt Augustin/Berlin 2016.
- Hestermann, Jenny: Inszenierte Versöhnung. Reisediplomatie und die deutsch-israelischen Beziehungen von 1957 bis 1984 (Wissenschaftliche Reihe des Fritz-Bauer-Instituts 28). Frankfurt/Main 2016.
- Hilz, Wolfram/Ulatowski, Rafal: Deutschland und Polen in der Europäischen Union. Nationale Präferenzen und Kooperationspotentiale ein Vierteljahr-

- hundert nach dem Umbruch 1989/90 (Bonner Studien zum globalen Wandel 22). Marburg 2017.
- Höffner, Joseph: Christentum und Menschenwürde (Ausgewählte Schriften 2). Paderborn 2017.
- Ders.: Ursprünge der sozialen Frage (Ausgewählte Schriften 6). Paderborn 2017.
- Hombach, Bodo/Stoiber, Edmund (Hg.): Europa in der Krise. Vom Traum zum Feindbild? Marburg 2017.
- Huneus, Carlos/Couso, Javier (Hg.): Eduardo Frei Montalva: un gobierno reformista. A 50 años de la „Revolución en Libertad“. Santiago de Chile 2016.
- Ischinger, Wolfgang/Messner, Dirk (Hg.): Deutschlands neue Verantwortung. Die Zukunft der deutschen und europäischen Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik. Berlin 2017.
- Juncker, Jean-Claude: „Die EU ist die einzige Lösung für Europa, in der Welt von morgen zu bestehen!“ 9. November 2016, Allianz Forum in Berlin (Die Europa Rede 7/2016). Sankt Augustin/Berlin 2017.
- Klauer, Markus: Einhundert Jahre Schlacht von Verdun. Deutsch-französische Wege nach Europa. Hg. von Melanie Piepenschneider und Philipp Lerch (Handreichung zur politischen Bildung 23). Sankt Augustin/Berlin 2017.
- Mack, Elke: Was hält Europa und den Westen zusammen? (Kirche und Gesellschaft 441). Köln 2017.
- Mangasarian, Leon/Techau, Jan: Führungsmacht Deutschland. Strategie ohne Angst und Anmaßung. München 2017.
- Oehring, Otmar: Christen und Jesiden im Irak. Aktuelle Lage und Perspektiven. Sankt Augustin/Berlin 2017.
- Priess, Frank: „Make Europe strong again!“ Folgen und Folgerungen aus der US-Wahl, in: Die Politische Meinung 62 (2017) 542, S. 111–116.
- Ders.: Internationale Parteienzusammenarbeit. Ein Lagebild aus christlich-demokratischer Perspektive, in: Die Politische Meinung 62 (2017) 545, S. 88–91.
- Rüttgers, Jürgen/Bonner Akademie für Forschung und Lehre Praktischer Politik: Mehr Demokratie in Europa. Die Wahrheit über Europas Zukunft. Marburg 2016.
- Rüttgers, Jürgen/Decker, Frank (Hg.): Europas Ende, Europas Anfang. Neue Perspektiven für die Europäische Union. Frankfurt/Main 2017.
- Schaefer, Bettina (Hg.): Für Freiheit kämpfen...selbstbestimmt leben. Erinnerungen an Władysław Bartoszewski. Hamburg 2017.
- Schäuble, Wolfgang/Sapin, Michel u. a.: Anders gemeinsam. Ein deutsch-französisches Gespräch. Mit Vorworten von Angela Merkel und François Hollande. Hamburg 2016.
- Ders.: Europa steht zur Wahl. Rede beim Festakt „70 Jahre Europa-Union Deutschland“, in: Integration (2017) 1, S. 3–10.

- Schubert, Sophia/Weiß, Alexander (Hg.): „Demokratie“ jenseits des Westens. Theorien, Diskurse, Einstellungen (Politische Vierteljahresschrift. Sonderheft 51). Baden-Baden 2016.
- Schwarz, Hans-Peter†: Die neue Völkerwanderung nach Europa. Über den Verlust politischer Kontrolle und moralischer Gewissheiten. Stuttgart 2017.
- Siewert, Christian: Die italienische Christdemokratie. Der mögliche Bezug der Forza Italia zur Christdemokratie. Hamburg 2016.
- Spengler, Frank/Baumann, Gabriele (Hg.): Integration von religiösen und ethnischen Minderheiten im Osten Europas. Tagungsband. Symposium der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Rates der Deutschen in der Ukraine am 13. September 2016 in Uschhorod/Ungwar. Budapest 2017.
- Toscani, Stephan: Die europäische Dimension der Innenpolitik. Der saarländische Landesminister für Finanzen und Europa über Grenzregionen als Laboratorien der europäischen Idee, in: Die Politische Meinung 62 (2017) 542, S. 42–46.
- Traniello, Francesco: Katholizismus und politische Kultur in Italien. Münster 2016.
- Wesemann, Kristin/Brähler, David: Endlich auf dem richtigen Weg? In Lateinamerika wirbelt der Wunsch nach mehr Mitbestimmung die Parteiensysteme durcheinander, in: Auslandsinformationen 33 (2017) 2, S. 74–84.
- Wientzek, Olaf: Hoffnungsschimmer für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (Analysen und Argumente aus der Konrad-Adenauer-Stiftung. Perspektiven deutscher Außenpolitik 2017, 236). Sankt Augustin 2017.

Abstracts*

Günther Heydemann: Between distance and rejection – The historical and political location of Brexit (pp. 1–14)

Britain's decision to leave the European Union has manoeuvred the country into a position of isolation. This article provides the issue with further historical context by outlining Britain's relationship with Europe and European integration over the last 200 years. These relations have almost always been fraught with problems, not least due to British exceptionalism and the lasting impression left by the country's former status as a world power.

Christopher Dowe: A federal unitarian? Matthias Erzberger and his conception of Reich reform and the unitary state (pp. 15–35)

Matthias Erzberger was a former federalist who became a unitarian after the First World War. This change is particularly clear from the financial reforms he implemented as Reich Finance Minister between 1919 and 1920. Erzberger used the reforms to consolidate aspects that were already present in contemporary society: the First World War had led to a considerable shift in financing and competencies had been moved away from the level of the Länder to that of the Reich. Moreover, the international and domestic threats facing the Reich not only led Erzberger to accept the Allies' conditions for a ceasefire but also to call for a more powerful Reich. However, he also supported the continued existence of Germany's federal states, with the exception of Prussia. Erzberger wanted the federal states to be roughly of the same size and to take over the administration of the Reich while acting autonomously in matters of cultural policy. Erzberger's financial reforms enabled him to introduce a uniform tax administration and ensure that all taxpayers were treated equally. He hoped that this would help to add balance to society while strengthening the young democracy. Finally, instead of prioritising the state, Erzberger always focused on the well-being of the citizens and the nation.

Tiziana Di Maio: 'National' foreign policy: Aspects of foreign policy and international politics in the manifesto of the Italian People's Party (pp. 37–58)

This essay uses the debates that accompanied Italy's entry into the First World War to describe the contributions made by the Catholic Partito Popolare Italiano (PPI) in terms of the development of Italian foreign policy in the run-up to

* Translated by Simon Philips.

Mussolini's assumption of power. During this period, a programme was developed that promoted international integration and cooperation in accord with the ideas advocated by the League of Nations; it was influenced by the party's founder, Don Luigi Sturzo, and inspired by considerations set out by Pope Benedict XV. The creation of a 'People's International' – an association of Christian social parties – was to contribute towards this programme.

Nikolas Dörr: The reactions of European Christian democrats to the 'historical compromise' in Italy (pp. 59–85)

This article examines the impact that the 1973 'historical compromise' between Democrazia Cristiana (DC) and the Italian Communist Party (PCI) had on the relationship between the DC, the German CDU and the British Conservative Party. During the 1960s, the left wing of the DC, and the Italian Catholic Church, began opening up towards the PCI. In 1976, as a means of preventing the future establishment of a purely left-wing government, the DC's minority government accepted the toleration of the PCI. However, this situation placed great strain on the relationship between the CDU and the DC, as Helmut Kohl, the chairman of the CDU, continued to reject any form of cooperation with communist parties. In addition, the contact that existed between the DC and the CDU in the GDR further clouded the relationship. Moreover, the DC's links with the Conservative Party deteriorated after Margaret Thatcher took over the leadership of the British conservatives in 1975. As a result, the DC refused to allow conservative parties to join the EPP (which was founded in 1976) if they did not openly espouse Christian values – as was the case with the British Conservatives. Furthermore, neither the DC nor the Christian democratic parties in Belgium or the Netherlands joined the European Democrat Union (EDU) when it was established in 1978. As such, the creation of a powerful European alliance of right-of-centre political parties largely failed due to the tense relations that existed between Italy's Democrazia Cristiana and the British Conservative Party.

Holger Löttel: The dangers of prosperity. The dispute between Konrad Adenauer and Ludwig Erhard over the social consequences of the 'economic miracle' (pp. 87–108)

This article uses an exchange of letters that took place in spring 1956 to examine the differences between Konrad Adenauer's and Ludwig Erhard's views on economic and regulatory policy, and social and socio-political issues. Erhard believed that the 'dangers of prosperity' lay – above all – in the rising egoism of group interests. In contrast, Adenauer viewed the ever-growing levels of

individualised consumerism that were focused on materialism as particularly threatening to society.

Tim Szatkowski: The Kohl/Genscher government's Libya policy until the attack on the 'La Belle' discotheque (1982–1986) (pp. 109–149)

This article focuses on the Federal Republic of Germany's policy towards Libya in the first years of the Kohl government. During this time, Libya policy was situated in a field of tension that ranged from foreign, German and economic policy to alliance issues and human rights. Despite pressure from the US, the federal government refrained from implementing sanctions against Libya for a long time in order to avoid damaging economic cooperation, tarnishing relations with the Arab world and encouraging a rapprochement between Libya and the USSR. The attack on the 'La Belle' discotheque in West Berlin, which was planned by the Libyan 'People's Bureau' in East Berlin and conducted with the knowledge of the GDR government, opened up a deep rift in bilateral relations and led to the collapse of economic ties.

Hanns Jürgen Küsters: Introduction to the conference 'The Kohl government and the upheavals in Eastern Europe' as part of the conference 'The Kohl era in discussion' (pp. 151–156)

After German unification and the downfall of the Soviet Union, Europe faced a conflict-ridden decade. Some issues relating to the causes and consequences of the resulting upheaval remain controversial. This article outlines a number of these issues.

Helmut Altrichter: The collapse of the Soviet Union and Germany's reaction (pp. 157–165)

This article uses press reports to study the reactions of the German media to the coup by conservative communist forces against the Russian communist party and state leader Mikhail Gorbachev in August 1991 and to the dissolution of the Soviet Union in December of the same year. Although there was a consensus among the media that the coup had no chance of success, it was clear that it also marked the end of a former world power. In addition, the German media conducted in-depth discussions about the manifold problems that the upheaval was causing in Germany.

Peter Ruggenthaler: The Soviet perception of Kohl's reunification policy (pp. 167–176)

This article uses newly accessible Soviet sources to outline the reactions of the Moscow leadership to the Kohl government's policy from the period beginning with the fall of the Berlin Wall. An undertaking by Valentin Falin, which had not been coordinated with Gorbachev, acted as a catalyst behind Helmut Kohls' acceptance of a more active form of reunification policy. Falin had encouraged Portugalow, a member of his staff, to hint to Kohl's adviser, Horst Teltschik, that Russia was broadly willing to discuss the German question. In the period that followed, Soviet policy was primarily characterised by efforts to delay German unification for as long as possible although the Soviets continued to lack a clear strategy.

Klaus Naumann: Military options? The Yugoslav wars and the Kohl government (pp. 177–187)

In June 1991, domestic tensions in Yugoslavia led Slovenia and Croatia to declare independence. The areas that still belonged to Yugoslavia were dominated by Serbia, and it responded with military force. Although the German government supported the right of a people to self-determination, it faced a dilemma because France and Britain had sided with Serbia. Even in 1994, when the German Federal Constitutional Court ruled that the Bundeswehr could be deployed on issues that were not directly related to domestic security, the German government continued to maintain restraint. However, as of 1992, the Bundeswehr began monitoring the arms embargo imposed on Yugoslavia and participating in humanitarian operations in Bosnia-Herzegovina. Be this as it may, it was only once NATO had begun intervening in the war in 1995 that the Bundeswehr's air and ground forces actually took part in combat missions. Developments during the Balkan wars demonstrate that Germany can and should no longer attempt to assume a unique role within NATO.

Hans-Georg Wieck: The end of the Soviet Union – from the perspective of the BND (pp. 189–196)

In this article, the former head of the German Federal Intelligence Service (BND) traces his organisation's assessment of the developments that occurred in the Soviet Union between 1985 and 1990. During this period, the BND noticed that fundamental power shifts were taking place in the USSR. Moreover, the organisation believed that on-going domestic tensions in the country signified that the Soviet Union might be facing collapse. However, these views were met with general scepticism among the Federal Republic of Germany's part-

ners in the West, who neither predicted the disintegration of the USSR nor recognised the importance of Boris Yeltsin.

Christian Schwarz-Schilling: The German government's stance on the emerging conflict in the Balkans (pp. 197–211)

This article describes the talks that took place within the German government about the escalating conflict in the Balkans and does so from the perspective of a person who participated in the debates. Above all, the discussions centred on the extent to which the deployment of German soldiers as part of peacekeeping or peace-enforcing missions was permissible under the German constitution. Whereas the European NATO states were unable to agree on a robust response to the actions planned by the Serbian forces, the support provided by the US to the Croatian-Bosnian army led to a turnaround in the war and, ultimately, to the Dayton Peace Agreement.

Oliver Salten: The foundation of the CDU in Saxony-Anhalt (pp. 213–223)

The discovery of a paper announcing the foundation of the CDU in Zeitz on July 25, 1945 – in the holdings of the town's district association – sheds new light on the processes associated with the establishment of the party in Saxony-Anhalt. The newly discovered paper is used to trace the founding of the CDU in the federal state of Saxony-Anhalt and to highlight discrepancies between the current literature. In particular, a comparison to similar announcements enables the date when the party was founded and the circle of people who were initially involved to be corrected.

Stephan Eisel: Konrad Adenauer as a member of the Bundestag in Bonn (pp. 225–237)

From 1949 until his death on 19 April, 1967, Konrad Adenauer represented the constituency of Bonn as a directly elected member of the German Bundestag. During his chancellorship, Adenauer dealt somewhat sporadically with constituency matters because of the burden he faced due to government affairs. However, he participated in party committee meetings and continued to do so after leaving the Chancellery.

Résumés*

Günther Heydemann: Entre distance et rejet: le Brexit, un lieu historique et politique (p. 1–14)

L'essai replace le Brexit, décision par laquelle la Grande-Bretagne s'est engagée dans son propre isolement, dans un contexte historique plus large et retrace les relations du pays avec l'Europe ou avec la construction européenne des deux derniers siècles. Elles ont presque toujours été problématiques, notamment en raison d'une conscience de soi particulière des Britanniques et de l'influence durable de l'ancien statut de puissance mondiale.

Christopher Dowe: Un unitariste fédéral? Matthias Erzberger et ses conceptions de la réforme du Reich et de l'État unitaire (p. 15–35)

Après la Première Guerre mondiale, Matthias Erzberger se détourne du fédéralisme pour prôner l'unitarisme. En témoigne la réforme financière qu'il mène à titre de ministre des Finances du Reich en 1919–1920. Il cristallise ainsi une situation existante : sous l'effet de la guerre, les finances du Reich ont déjà été fortement transférées de l'échelon des Länder à celui du Reich. La menace étrangère et intérieure qui pèse sur ce dernier amène Matthias Erzberger à accepter les conditions de l'armistice allié, mais aussi à plaider en faveur du renforcement des pouvoirs du Reich. Il veut toutefois préserver les Länder allemands – à l'exception de la Prusse. Le ministre souhaite former des Länder de taille similaire, qui assureraient l'administration du pays et seraient autonomes en matière culturelle. Dans le sillage de la réforme financière, il introduit une administration fiscale unitaire et impose le traitement égalitaire de tous les contribuables. Matthias Erzberger espère ainsi compenser les disparités sociales et renforcer la jeune démocratie. Sa priorité n'est pas l'État, mais le bien-être des citoyens et de la nation.

Tiziana Di Maio: Une politique étrangère «nationale»: aspects de la politique étrangère et internationale dans le programme du Parti Populaire Italien (p. 37–58)

S'appuyant sur les débats à propos de l'entrée de l'Italie dans la Première Guerre mondiale, l'article décrit la contribution du catholique Partito Popolare Italiano (PPI) dans la formulation d'une politique étrangère italienne avant l'arrivée au pouvoir de Mussolini. Sous l'influence du fondateur du parti, Don

* Traduit par Valentine Meunier.

Luigi Sturzo, et des réflexions du pape Benoît XV, le PPI élabore un programme qui promeut l'interdépendance internationale et la coopération dans l'esprit de la Société des Nations. La création d'une «internationale populaire» regroupant tous les partis de sensibilité chrétienne et sociale doit favoriser ce mouvement.

Nikolas Dörr: Les réactions des chrétiens-démocrates européens au «compromis historique» en Italie (p. 59–85)

La contribution étudie les répercussions du «compromis historique» de 1973 entre la Democrazia Cristiana (DC) et le parti communiste italien (PCI) au prisme des relations de la DC avec la CDU et le Conservative Party britannique. Dans les années 1960, l'aile gauche de la DC, comme l'Église catholique d'Italie, pratique une politique d'ouverture à l'égard du PCI. Pour empêcher la formation d'un gouvernement purement de gauche, le PCI tolère un gouvernement minoritaire de la DC en 1976. Ces deux faits grevent les relations entre la DC et la CDU car Helmut Kohl, président de la CDU, rejette toute coopération avec un parti communiste. Les contacts de la DC avec la CDU en RDA n'arrangent pas les choses. Avec le Conservative Party, les rapports se dégradent après l'arrivée à la tête du parti de Margaret Thatcher en 1975. La DC se refuse par la suite à accepter les partis conservateurs sans références chrétiennes – à l'instar des conservateurs britanniques – au sein du PPE, fondé en 1976. Ni la DC ni les partis chrétiens-démocrates belges et néerlandais n'adhèrent à l'European Democrat Union (EDU), créée deux ans plus tard. Ainsi, la fondation d'une puissante coalition européenne de centre droit échoue-t-elle notamment en raison des piètres relations entre la DC et le Conservative Party.

Holger Löttel: Les dangers de la prospérité: la querelle de Konrad Adenauer et Ludwig Erhard sur les impacts sociaux du «miracle économique»(p. 87–108)

L'article explore les conceptions divergentes de Konrad Adenauer et Ludwig Erhard sur les questions de politique économique, réglementaire et sociale, au prisme d'un échange épistolaire du début 1956. Tandis que pour Ludwig Erhard les «dangers de la prospérité» résident avant tout dans l'égoïsme croissant d'intérêts particuliers, Konrad Adenauer pense que c'est la hausse constante de la consommation individuelle et matérialiste qui menace la chose publique.

Tim Szatkowski: La politique libyenne du gouvernement Kohl/Genscher jusqu'à l'attentat contre la discothèque «La Belle» (1982–1986) (p. 109–149)

La contribution s'intéresse à la politique fédérale envers la Libye pendant les premières années du gouvernement Kohl. Elle se situe à la tension de questions de politique étrangère et interallemande, économique et partisane, mais aussi de droits humains. Malgré la pression des États-Unis, le gouvernement fédéral se tient longtemps en retrait des sanctions contre la Libye pour ne pas hypothéquer la qualité de sa coopération économique et de ses relations avec le monde arabe et éviter que la Libye ne se rapproche de l'URSS. L'attentat contre la discothèque «La Belle» à Berlin-Ouest, planifié à Berlin-Est par le «bureau populaire» libyen, en connaissance de cause du gouvernement de RDA, plonge les relations bilatérales dans une crise profonde et entraîne un effondrement des relations économiques.

Hanns Jürgen Küsters: Introduction au colloque «Le gouvernement Kohl et les bouleversements en Europe de l'Est» dans le cadre du cycle de manifestations «L'ère Kohl en débat» (p. 151–156)

Une décennie conflictuelle succède à la réunification allemande et à la désintégration de l'Union soviétique en Europe. Les causes et les répercussions de ces changements profonds donnent lieu aujourd'hui encore à un certain nombre de controverses. La contribution aborde une partie de ces questions en souffrance d'explication.

Helmut Altrichter: L'effondrement de l'Union soviétique et la réaction allemande (p. 157–165)

À partir d'articles de presse, l'auteur analyse les réactions des médias fédéraux au putsch des forces conservatrices communistes contre Mikhaïl Gorbatchev, chef de l'État et du parti, en août 1991 et à la dissolution de l'Union soviétique en décembre de la même année. L'idée que malgré son échec le putsch signe déjà la fin de l'ancienne grande puissance semble faire consensus. La presse débat aussi intensivement des multiples problèmes que ces bouleversements posent à la politique allemande.

Peter Ruggenthaler: La politique de réunification d'Helmut Kohl dans la perception soviétique (p. 167–176)

La récente ouverture de certaines archives soviétiques permet d'étudier les réactions des dirigeants moscovites à la politique interallemande du gouvernement Kohl après la chute du Mur. Le changement de cap d'Helmut Kohl en

faveur d'une politique active de réunification est dû à une intervention de Valentin Faline, non coordonnée avec *Mikhail* Gorbatchev, qui, par l'intermédiaire de son collaborateur Nikolai Portugalov, laisse entendre à Horst Teltschik, conseiller d'Helmut Kohl, que l'URSS est parfaitement disposée à discuter de la question allemande. Par la suite, la politique soviétique se distingue avant tout par des démarches visant à retarder le plus possible l'unité allemande, sans poursuivre toutefois de stratégie claire.

Klaus Naumann: Des options militaires? Les guerres en Yougoslavie et le gouvernement Kohl (p. 177–187)

Les tensions internes en Yougoslavie amènent la Slovénie et la Croatie à déclarer leur indépendance en juin 1991. Le reste du pays, dominé par la Serbie, réagit en recourant à l'intervention militaire. Si le gouvernement fédéral soutient, en principe, le droit à l'autodétermination de tous les peuples, il se trouve alors confronté à un dilemme, car la France et la Grande-Bretagne prennent parti pour la Serbie. Le gouvernement fédéral se montre réticent à une intervention militaire de ses troupes à l'étranger, même après l'arrêt de la Cour constitutionnelle fédérale en 1994, selon lequel le rôle de la Bundeswehr ne doit pas se limiter à la défense du pays. Au demeurant, l'Allemagne s'implique dès 1992 dans le contrôle de l'embargo sur les armes décrété à l'encontre de la Yougoslavie et dans des interventions humanitaires en Bosnie-Herzégovine. La Bundeswehr ne s'engage dans les combats aériens et terrestres qu'avec l'entrée de l'OTAN dans le conflit en 1995. L'évolution des guerres balkaniques montre que la République fédérale ne peut ni ne doit plus avoir un statut particulier au sein de l'OTAN.

Hans-Georg Wieck: La fin de l'Union soviétique dans la perspective du BND (p. 189–196)

L'ancien directeur du BND retrace la vision de son service sur l'évolution de la situation en Union soviétique entre 1985 et 1990. La plupart des partenaires occidentaux de la République fédérale d'Allemagne font montre de suspicion à l'égard des analyses du BND constatant des déplacements de pouvoir fondamentaux en URSS et considérant son effondrement comme une option envisageable au vu des tensions nationales. Ils n'anticipent ni la proche désintégration de l'URSS ni l'importance de Boris Eltsine.

Christian Schwarz-Schilling: La position du gouvernement fédéral sur le début du conflit dans les Balkans (p. 197–211)

L'article traite des débats internes du gouvernement allemand face à l'escalade du conflit dans les Balkans, dans la perspective de l'un de ses participants. L'enjeu principal est alors de clarifier si l'engagement de soldats allemands dans des mesures de maintien ou d'imposition de la paix est conforme à la Constitution. Les États européens membres de l'OTAN ne parviennent pas à s'entendre sur une réaction énergique à l'intervention planifiée des forces serbes, et c'est le soutien des États-Unis à l'armée croato-bosniaque qui provoque un tournant dans le conflit et permet à terme de signer les accords de paix de Dayton.

Oliver Salten: La fondation de la CDU en Saxe-Anhalt (p. 213–223)

La découverte de l'appel à la fondation de la CDU, lancé à Zeitz le 25 juillet 1945, dans les archives de la section du Kreis à Zeitz apporte un nouvel éclairage sur la genèse de la CDU en Saxe-Anhalt. En partant de ce document, l'auteur retrace la fondation du parti dans la province, ou Land, de Saxe-Anhalt, et met au jour les contradictions des recherches scientifiques menées jusque-là. La mise en perspective de cet appel et d'autres similaires permet en particulier de corriger les propos sur la date de fondation et sur le cercle des fondateurs du parti.

Stephan Eisel: Konrad Adenauer, un député bonnois au Bundestag (p. 225–237)

De 1949 à son décès, le 19 avril 1967, Konrad Adenauer représente la circonscription de Bonn au Bundestag, à titre d' élu sur mandat direct. La charge des affaires fédérales fait qu'il ne s'intéresse que sporadiquement aux questions de sa circonscription pendant qu'il est chancelier, mais il participe aux réunions des organes du parti compétents en la matière, même après son départ de la Chancellerie.

Zusammenfassungen

Günther Heydemann: Zwischen Distanz und Ablehnung: Der historisch-politische Ort des Brexit (S. 1–14)

Der Essay stellt die Brexit-Entscheidung, durch die Großbritannien sich in eine Selbstisolierung manövriert habe, in einen weiteren historischen Kontext und skizziert das Verhältnis des Landes zu Europa beziehungsweise der europäischen Integration in den letzten 200 Jahren. Die Beziehungen seien fast immer problematisch gewesen, nicht zuletzt aufgrund eines britischen Sonderbewusstseins und einer nachhaltigen Prägung durch den einstigen Weltmacht-Status.

Christopher Dowe: Ein föderaler Unitarist? Matthias Erzberger und seine Vorstellungen von Reichsreform und Einheitsstaat (S. 15–35)

Der ehemalige Föderalist Matthias Erzberger wandelte sich nach dem Ersten Weltkrieg zum Unitaristen. Ausdruck dieses Wandels war die von ihm als Reichsfinanzminister durchgesetzte Reichsfinanzreform von 1919/20. Damit fixierte Erzberger den bereits bestehenden Zustand: Schon durch den Krieg war es zu einer gewaltigen Verschiebung der Reichsfinanzen von der Länder- zur Reichsebene gekommen. Die äußere und innere Bedrohung des Reiches ließen Erzberger nicht nur die alliierten Waffenstillstandsbedingungen akzeptieren, sondern auch für eine Stärkung der Reichsgewalt plädieren. An den deutschen Ländern wollte er – mit Ausnahme Preußens – allerdings festhalten. Erzberger wollte in etwa gleich große Länder bilden, die die Verwaltung des Reiches übernehmen und autonom in Fragen der Kulturpolitik sein sollten. Gleichzeitig konnte er durch die Finanzreform eine einheitliche Steuerverwaltung einführen und die Gleichbehandlung aller Steuerzahler erreichen. Davon erhoffte sich Erzberger einen sozialen Ausgleich und die Stärkung der jungen Demokratie. Nicht der Staat stand für ihn stets an erster Stelle, sondern das Wohl des Bürgers und der Nation.

Tiziana Di Maio: Eine „nationale“ Außenpolitik: Aspekte der Außenpolitik und Internationalen Politik im Programm der italienischen Volkspartei (S. 37–58)

Der Aufsatz schildert, ausgehend von den Debatten um einen Eintritt Italiens in den Ersten Weltkrieg, den Beitrag des katholischen Partito Popolare Italiano (PPI) zur Formulierung einer italienischen Außenpolitik vor der Regierungsübernahme Mussolinis. Unter dem Einfluss des Parteigründers Don Luigi

Sturzo und inspiriert von Überlegungen Papst Benedikts XV. entwickelte man ein Programm, das eine internationale Verflechtung und Kooperation entsprechend der Völkerbundsidee befürwortete. Dazu sollte auch die Schaffung einer „Volks-Internationalen“ als Zusammenschluss christlich-sozial geprägter Parteien beitragen.

Nikolas Dörr: Reaktionen europäischer Christlicher Demokraten auf den „historischen Kompromiss“ in Italien (S. 59–85)

Der Beitrag untersucht die Auswirkungen des „Historischen Kompromisses“ zwischen der Democrazia Cristiana (DC) und der Kommunistischen Partei Italiens (PCI) von 1973 auf das Verhältnis der DC zur CDU und der britischen Conservative Party. Sowohl der linke Flügel der DC, als auch die Katholische Kirche Italiens hatten sich in den 1960er Jahren gegenüber der PCI geöffnet. Um eine reine Linksregierung zu verhindern, kam es 1976 zur Tolerierung einer Minderheitsregierung der DC durch die PCI. Beides belastete die Beziehungen zwischen CDU und DC stark, da etwa der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl jede Zusammenarbeit mit einer kommunistischen Partei ablehnte. Auch die Kontakte der DC zur CDU in der DDR trübten das Verhältnis. Die Beziehungen der DC zur Conservative Party verschlechterten sich nach der Übernahme des Parteivorsitzes durch Margret Thatcher 1975. Als eine Folge weigerte sich die DC, konservative Parteien ohne christlichen Wertebezug – wie die britischen Konservativen – in die 1976 gegründete EVP aufzunehmen. Der daraufhin 1978 gegründeten European Democrat Union (EDU) traten weder die DC noch die christlich-demokratischen Parteien Belgiens und der Niederlande bei. Die Gründung eines schlagkräftigen europäischen Parteienbündnisses der rechten Mitte scheiterte somit nicht zuletzt an den schlechten Beziehungen zwischen DC und Conservative Party.

Holger Löttel: Die Gefahren des Wohlstands: Konrad Adenauer und Ludwig Erhard im Disput über die gesellschaftlichen Folgen des „Wirtschaftswunders“ (S. 87–108)

Anhand eines Briefwechsels aus dem Frühjahr 1956 werden die unterschiedlichen Auffassungen Konrad Adenauers und Ludwig Erhards in wirtschafts- und ordnungspolitischen sowie sozial- und gesellschaftspolitischen Fragen untersucht. Während Erhard die „Gefahren des Wohlstands“ vor allem in einem steigenden Egoismus von Gruppeninteressen sah, stellte für Adenauer ein immer stärker wachsendes, auf das Materielle konzentriertes individuelles Konsumstreben eine Bedrohung für das Gemeinwesen dar.

Tim Szatkowski: Die Libyenpolitik der Regierung Kohl/Genscher bis zum Attentat auf die Diskothek „La Belle“ (1982–1986) (S. 109–149)

Der Beitrag behandelt die bundesdeutsche Politik gegenüber Libyen in den ersten Jahren der Regierung Kohl. Diese bewegte sich im Spannungsfeld außen- und deutschlandpolitischer, wirtschafts- und bündnispolitischer sowie humanitärer Fragen. Trotz entsprechenden Drucks aus den USA hielt sich die Bundesregierung mit Sanktionen gegenüber Libyen lange zurück, um die gute wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Beziehungen zur arabischen Welt nicht zu belasten und Libyen von einer Annäherung an die UdSSR abzuhalten. Nach dem mit Wissen der DDR-Regierung von Mitarbeitern des libyschen „Volksbüros“ in Ost-Berlin geplanten Anschlag auf West-Berliner Diskothek „La Belle“ kam es zu einer tiefen Krise im bilateralen Verhältnis und einem Einbruch der Wirtschaftsbeziehungen.

Hanns Jürgen Küsters: Einführung zur Tagung „Die Regierung Kohl und die Umbrüche in Osteuropa“ im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Die Ära Kohl im Gespräch“ (S. 151–156)

Auf die deutsche Vereinigung und den Untergang der Sowjetunion folgte ein konfliktreiches Jahrzehnt in Europa. Hinsichtlich der Ursachen des Umbruchs wie auch seiner Auswirkungen wird eine Reihe von Fragen nach wie vor kontrovers diskutiert. Der Beitrag skizziert einige dieser klärungsbedürftigen Probleme.

Helmut Altrichter: Der Zusammenbruch der Sowjetunion und die deutsche Reaktion (S. 157–165)

Anhand von Presseberichten werden die Reaktionen der bundesdeutschen Medien auf den Putsch konservativer kommunistischer Kräfte gegen Partei- und Staatschef Michail Gorbatschow im August 1991 sowie die Auflösung der Sowjetunion im Dezember desselben Jahres dargestellt. Es bestand Einvernehmen darüber, dass trotz seiner Erfolglosigkeit bereits der Putsch das Ende der einstigen Weltmacht markierte. Intensiv wurden auch die vielfältigen Probleme diskutiert, die sich aus den Umwälzungen für die deutsche Politik ergaben.

Peter Ruggenthaler: Die sowjetische Perzeption von Kohls Wiedervereinigungspolitik (S. 167–176)

Auf der Grundlage neu zugänglicher sowjetischer Quellen werden die Reaktionen der Moskauer Führung auf die Deutschlandpolitik der Regierung Kohl seit dem Mauerfall skizziert. Katalysator für das Einschwenken Helmut Kohls

auf eine aktive Wiedervereinigungspolitik war ein mit Gorbatschow nicht abgestimmter Vorstoß Valentin Falins, der seinen Mitarbeiter Portugalow gegenüber Kohls Berater Horst Teltchik weitgehende Gesprächsbereitschaft in der deutschen Frage andeuten ließ. In der Folge war die sowjetische Politik vor allem von dem Bemühen geprägt, die deutsche Einheit möglichst hinauszögern, ohne dass eine klare Strategie entwickelt worden wäre.

Klaus Naumann: Militärische Optionen? Die Jugoslawienkriege und die Regierung Kohl (S. 177–187)

Die inneren Spannungen in Jugoslawien führten im Juni 1991 zur Unabhängigkeitserklärung Sloweniens und Kroatiens. Das von Serbien dominierte Rest-Jugoslawien reagierte darauf mit dem Einsatz militärischer Gewalt. Obwohl die Bundesregierung das Selbstbestimmungsrecht der Völker grundsätzlich unterstützte, stand sie nun vor einem Dilemma, da Frankreich und Großbritannien zugunsten Serbiens Partei ergriffen. Auch als das Bundesverfassungsgericht 1994 entschied, dass die Bundeswehr nicht nur zur Landesverteidigung eingesetzt werden dürfe, blieb die Bundesregierung zurückhaltend. Allerdings beteiligte man sich ab 1992 an der Überwachung des über Jugoslawien verhängten Waffenembargos und an humanitären Einsätzen in Bosnien-Herzegowina. Erst als die NATO 1995 in den Krieg eingriff, beteiligte sich auch die Bundeswehr mit Luft- und Bodentruppen an Kampfeinsätzen. Die Entwicklung der Balkankriege hat gezeigt, dass die Bundesrepublik Deutschland innerhalb der NATO keine Sonderrolle mehr einnehmen kann und darf.

Hans-Georg Wieck: Das Ende der Sowjetunion aus der Sicht des BND (S. 189–196)

Der frühere Leiter des BND zeichnet die Sicht seiner Behörde auf die Entwicklung der Sowjetunion zwischen 1985 und 1990 nach. Die Analysen des BND, die grundlegende Machtverschiebungen in der UdSSR konstatierten und angesichts nationaler Spannungen auch deren Zerfall für möglich hielten, wurden von den westlichen Partnern der Bundesrepublik Deutschland zumeist skeptisch beurteilt. Von ihnen wurde weder der baldige Zerfall der UdSSR vorausgesehen noch die Bedeutung von Boris Jelzin erkannt.

Christian Schwarz-Schilling: Die Haltung der Bundesregierung zum beginnenden Balkan-Konflikt (S. 197–211)

Der Beitrag schildert aus der Perspektive eines Beteiligten die Diskussionen innerhalb der Bundesregierung angesichts der eskalierenden Konflikte auf dem Balkan. Dabei spielte vor allem die Klärung der Frage eine Rolle, inwie-

weit ein Einsatz deutscher Soldaten bei friedenssichernden oder friedens erzwingenden Maßnahmen verfassungskonform sei. Während sich die europäischen NATO-Staaten auf keine robuste Reaktion gegen das planmäßige Vorgehen serbischer Kräfte verständigen konnte, war es die Unterstützung der USA für die kroatisch-bosnische Armee, die eine Kriegswende herbeiführte und schließlich den Friedensschluss von Dayton ermöglichte.

Oliver Salten: Die Gründung der CDU in Sachsen-Anhalt (S. 213–223)

Der Fund des Gründungsaufrufs der CDU in Zeitz vom 25. Juli 1945 im Bestand des Kreisverbandes Zeitz wirft ein neues Licht auf den Gründungsprozess in der CDU in Sachsen-Anhalt. Davon ausgehend werden die Parteigründung in der Provinz beziehungsweise im Land Sachsen-Anhalt nachgezeichnet und Widersprüche in der bisherigen Forschungsliteratur aufgedeckt. Durch den Vergleich mit weiteren Gründungsaufrufen können insbesondere die Aussagen zum Gründungsdatum und zum Kreis der Parteigründer korrigiert werden.

Stephan Eisel: Konrad Adenauer als Bonner Bundestagsabgeordneter (S. 225–237)

Konrad Adenauer vertrat von 1949 bis zu seinem Tod am 19. April 1967 den Wahlkreis Bonn als direkt gewählter Abgeordneter im Deutschen Bundestag. Während seiner Kanzlerschaft war seine Auseinandersetzung mit Wahlkreisangelegenheiten angesichts der Belastung durch die Regierungsgeschäfte eher sporadischer Natur, während er an Sitzungen der betreffenden Parteigremien durchaus teilnahm und dies auch nach seinem Ausscheiden aus dem Kanzleramt fortsetzte.

Mitarbeiter dieses Bandes

- Helmut Altrichter*, Dr. phil., Professor em. für Osteuropäische Geschichte an der Universität Nürnberg-Erlangen
- Tiziana Di Maio*, Professorin für Geschichte der Internationalen Beziehungen an der Libera Università Maria SS. Assunta di Roma (LUMSA)
- Nikolas Dörr*, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter (Post-Doc), SOCIUM-Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik an der Universität Bremen, Abt. Politische Ökonomie des Wohlfahrtsstaates
- Christopher Dowe*, Dr. phil., Wissenschaftlicher Angestellter, Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Stuttgart
- Stephan Eisel*, Dr. phil., ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestages, Projektleiter „Internet und Demokratie“ sowie „Bürgerbeteiligung“ bei der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin
- Günther Heydemann*, Dr. phil., Professor em. für Neuere und Zeitgeschichte an der Universität Leipzig, bis 30.9.2016 Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden
- Hanns Jürgen Küsters*, Dr. rer. pol., Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin; apl. Professor für Wissenschaft von der Politik und Zeitgeschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn
- Holger Löttel*, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Rhöndorf
- Klaus Naumann*, Dr. h. c., General a. D., 1991–1996 Generalinspekteur der Bundeswehr, 1996–1999 Vorsitzender des Militärausschusses der NATO
- Peter Ruggenthaler*, Priv.-Doz., Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Ludwig-Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung, Graz
- Oliver Salten*, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin
- Christian Schwarz-Schilling*, Dr. phil., 1982–1992 Bundesminister für Post und Telekommunikation, 2006/2007 Hoher Repräsentant und Sonderbeauftragter der Europäischen Union für Bosnien/Herzegowina
- Tim Szatkowski*, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Zeitgeschichte, Edition Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, Berlin
- Hans-Georg Wieck*, Dr. phil., Botschafter a. D., 1985–1990 Präsident des Bundesnachrichtendienstes